Deutschlands Schicksalsjahre

Nationalismus und Imperialismus

Von Dr. Heinrich Schnee

STORAGE-ITEM
MAIN

LP9-N12C

U.B.C. LIBRARY

THE LIBRARY

THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of British Columbia Library

http://www.archive.org/details/nationalismusund00schn

DEUTSCHLANDS SCHICKSALSJAHRE

Nationalismus und Imperialismus

Von Dr. Heinrich Schnee

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

Nationalismus und Imperialismus

Von

Dr. Heinrich Schnee

Gouverneur z. D. / Mitglied des Reichstags

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

Meiner lieben Frau gewidmet

Inhalt

Vorwort XIII

Einleitung

Nationalismus und Imperialismus als Kräfte des neuzeitlichen Weltgeschehens 1

Die Nationalitätenbewegungen in Europa. Ihr Einfluß auf die Entstehung des Weltkrieges. Der Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert. Konflikte zwischen den Imperialismen der Großmächte. Auflehnung des Nationalismus der unterworfenen Völker gegen den Imperialismus.

Begriffsbestimmung des Nationalismus und des Imperialismus 6

Verschiedene Bedeutung von „Nation" im Deutschen und in fremden Sprachen. Definition des Nationalismus. Entstehung und Anwendung des Wortes Imperialismus. Definition des Imperialismus.

Die Entwicklung des Nationalismus

Die Grundlage. Zusammensetzung der Nationen 12

Nationalismus ist Fortentwicklung primitiver Zusammengehörigkeitsempfindungen. Entwicklung in Europa durch Zerstörung Römischen Reichs seitens Germanenstämme unterbrochen. Ferner Gegenwirkung des Universalismus der christlichen Kirche. Die Zusammensetzung der Hauptnationen Europas. Die Bildung von Nationen in überseeischen Ländern.

Die Entstehung der europäischen Nationen 20

Langsame Entwicklung der europäischen Nationen. Abschließung der Stände gegeneinander. Die Hörigkeit. Der Absolutismus der Landesherren. Die Zersplitterung in kleine Länder und Herrschaften. Der Partikularismus. Das Weltbürgertum. Äußerungen deutscher Denker und Dichter. Die nationale Bewegung der Freiheitskriege. Die Reaktion. Bismarcks „Wiederanfachen des Restes des deutschen Nationalgefühls". Nationalismus und Internationalismus im Deutschen Reich und in Europa. Ausdehnung des deutschen Nationalgefühls nach dem Kriege auf die Deutschen außerhalb des Reiches. Entwicklung des Nationalismus in dem übrigen Europa.

Die Entwicklung des Imperialismus 34

Zusammenhang zwischen Imperialismus und Nationalismus. Imperialismus bereits vorhanden, ehe das Wort dafür gebraucht. Frühere Bestrebungen zur Bildung von Weltreichen. Die Änderung der Weltverhältnisse durch Entwicklung moderner Wirtschaft und Technik. Industrie und Bevölkerungszunahme. Ernährung übervölkerter Länder aus Übersee. Einfluß

auf imperialistische Bestrebungen. Kapitalismus und Imperialismus. Marxistische Theorien. Lenins Einstellung zum Imperialismus. Kritik der sozialistischen Betrachtungsweise. Bedeutung der Seemacht für den modernen Imperialismus. Die Ausdehnung der Herrschaft der imperialistischen Mächte über die Erde.

Der Konflikt der Imperialismen und der deutsche Vorkriegs-Imperialismus 54

Die imperialistischen Ziele der Großmächte vor dem Kriege. Die Kombination gegen die Mittelmächte. Deutschlands imperialistische Bestrebungen. Gegensatz nicht in deutscher Kolonialpolitik, sondern in Bagdad-Bahn und besonders Flottenausbau. Deutschland als Hindernis der Verwirklichung der imperialistischen Ziele seiner Gegner. Der Kriegsausbruch.

Nationalismus und Imperialismus im britischen Weltreich

Vorbemerkung 68

Der englische Nationalismus 68

Vorteil der Insellage Englands. Entwicklung seit Mittelalter ungestört durch feindliche Invasion. Wirkung der Abgeschlossenheit auf englischen Volkscharakter. Beuterecht gegen Fremde. Kühnheit und Zähigkeit der Seefahrer. Bildung der englischen Nation. Die innere politische Entwicklung. Aufhebung der Hörigkeit im 14. Jahrhundert. Anfänge des parlamentarischen Systems. Gesetze zum Schutz der persönlichen Freiheit. Entwicklung des Parlamentarismus. Die Stellung des englischen Adels. Irland. Die Entwicklung des englischen Wahlrechts, der Parteien und des Regierungssystems.

Einfluß des englischen Nationalcharakters auf den Imperialismus 83

Rückwirkung der politischen Entwicklung der Engländer auf die Ausgestaltung des Britischen Reiches. Geringere Ausbildung der Klassengegensätze. Gleichmäßigkeit der Lebensformen. Die Erziehung zum Gentleman. Der Glaube an die Vorzüglichkeit des Engländertums. Einfluß religiöser Momente. Das Puritanertum. Sekten. Philosophische Systeme. Utilitarismus und Kapitalismus. Das Manchestertum. Geistige Strömungen als Träger des Imperialismus. Carlyle. Die Schriftsteller des Größeren Britannien. Der Darwinismus. Der Gedanke des auserwählten Volks. Der Cant. Englische Propaganda.

Die Phasen des britischen Imperialismus 105

Die englische Kolonialausbreitung. Die drei Etappen des englisch-französischen Ringens. Antikoloniale Strömungen in England. Richard Cobdens Ideen. Ihr Einfluß auf die englische Kolonialpolitik. Emporkommen und Sieg des Imperialismus. Cecil Rhodes. Ausdehnung des Britischen Reiches.

Die Entwicklung des Britischen Reiches im Innern 116

Reichsinstitute. Die Reichskonferenzen. Kriegshilfe der Dominions. Die Bedeutung der Dominions. Auftreten ihrer Minister bei Feststellung

der Friedensbedingungen. Beitritt der Dominions zum Völkerbund. Ihre Rolle bei der Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisvertrages. Die Reichskonferenz von 1926. Die Verfassung des Britischen Reiches. Die Stellung der Dominions. Die Stellung des englischen Königs. Die Führung der Außenpolitik. Die Reichsverteidigung. Finanzen. Wirtschaft. Auswanderung. Zollbegünstigungen. Die Grundlagen des Zusammenhangs des Britischen Reiches.

Nationalismus gegen Imperialismus im Britischen Reich . . 134

Der indische Nationalismus. Ghandi. Amritsar. Mohammedaner und Hindus. Die Montague-Chelmsford-Reformen.
Die ägyptische Nationalistenbewegung. Die Besetzung Ägyptens. Lord Cromer. Ägypten im Kriege und nach dem Kriege. Protektorat dann Unabhängigkeitserklärung. Zaghlul Pascha. Fortdauer der nationalistischen Bewegung.
Der arabische Nationalismus. Das englische Versprechen des selbständigen Araberreichs. Die Geheimverträge mit Frankreich und Verteilung der Mandatsgebiete. Unzufriedenheit der Araber. Schwierigkeiten in Irak. Versprechen Nationalen Heims in Palästina an die Juden. Die Zionistischen Bestrebungen in Palästina. Widerstreben der Araber.
Die Farbigenprobleme in Südafrika. Die indische Frage. Schwarz und weiß. Die Colour Bar. Die Rassenbewegung unter den schwarzen Völkern in Südafrika und anderen britischen Besitzungen in Afrika. Der Garveyismus. Die Machtmittel und Methoden der englischen Politik gegenüber farbigen Völkern.

Nationale Gegenwirkungen gegen den britischen Imperialismus außerhalb des Britischen Reiches 151

Die Völker an der Peripherie des Britischen Reiches. Die Wahabiten in Arabien. Die Türkei. Afghanistan. Persien. Die Entwicklung in China. Der chinesische Nationalismus. Die Kämpfe in China. Rückschlag für den britischen Imperialismus.

Nationalismus und Imperialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika

Der amerikanische Nationalismus 160

Die kolonialen Gründungen in Nordamerika. Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung. Unabhängigkeitserklärung. Die amerikanische Verfassung. Zunahme der Bevölkerung. Die Gebietserweiterungen auf dem nordamerikanischen Kontinent. Die Einwanderung. Beschränkung derselben vor und nach dem Weltkrieg. Die neue Einwanderungsgesetzgebung. Ihr Einfluß auf die Zusammensetzung der Nation.

Der amerikanische Imperialismus 172

Beginn des amerikanischen Imperialismus mit dem spanisch-amerikanischen Krieg. Die vorhergehende amerikanische Politik. Washingtons Abschiedsadresse. Die Monroedoktrin. Stellung Kubas unter amerikanischen Schutz. Annexion Portoricos und der Philippinen. Annexion der Hawaiigruppe. Amerikanischer Imperialismus in China. Die Politik der offnen

Tür. Beginn der „Dollardiplomatie" unter Präsident Taft. Das Eindringen des amerikanischen Kapitals in China. Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den europäischen Mächten. Ihr Eintritt in den Weltkrieg. Ablehnung der Wilsonschen Verträge durch den Senat. Amerikanisch-englische Rivalität. Die Washington-Konferenz. Das Flottenabkommen. Die Wirtschafts- und Finanzmacht der Vereinigten Staaten. Amerikanisches Kapital in Kanada, in Lateinamerika. Der Panamakanal. Nikaragua, Honduras, Guatemala. Imperialistisches Vorgehen in Santo Domingo und Haiti. Amerikanisches Kapital in Mexiko. Bürgerkrieg und Ölpolitik. Amerikanisches Kapital in Colombia und im sonstigen Südamerika. Der Panamerikanismus. Reaktion des Nationalismus der lateinamerikanischen Staaten gegen den anglo-amerikanischen Imperialismus.

Der japanische Nationalismus und Imperialismus . . 202

Alter der japanischen Nation. Beendigung der Abgeschlossenheit durch amerikanisch-japanischen Vertrag 1854. Die Umwälzung von 1868. Das japanische Nationalgefühl. Der chinesisch-japanische Krieg. Der russisch-japanische Krieg. Japans Teilnahme am Weltkrieg. Die 21 Forderungen an China. Ausbreitung der japanischen Macht auf dem asiatischen Festlande. Die Washingtoner Konferenz. Das Abkommen über die Flottenstärke und Stützpunkte im Stillen Ozean. Die Verträge über die Verhältnisse Ostasiens. Das Ende des englisch-japanischen Bündnisses. Rückgabe Kiautschous an China. Rückzug der Japaner aus anderen ostasiatischen Gebieten. Konzentrierung der japanischen Politik. Das Erdbeben 1923. Das japanische Bevölkerungsproblem und seine Einwirkung auf den Imperialismus.

Nationalismus und Imperialismus in Rußland

Der russische Imperialismus vor der Umwälzung 217

Der Drang nach eisfreien Häfen. Die Dardanellenfrage. Das Verhältnis zu den europäischen Mächten. Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag. Dessen Nichterneuerung. Das französisch-russische Bündnis. Russischer Imperialismus im fernen Osten. Wiederaufnahme der Dardanellenpläne nach der Niederlage gegen Japan. Das russische Volk. Der Panslawismus und seine Bedeutung für den Ausbruch des Weltkrieges. Rußlands imperialistische Kriegsziele. Der Zusammenbruch des Zarismus.

Der Bolschewismus in seinem Verhalten zum Nationalismus und Imperialismus 225

Lenins Ideen über die Nationalitätenfrage. Die Durchführung dieser Ideen in der Sowjetunion. Gewährung der Autonomie an die Nationalitäten. Nationalistische Regungen im bolschewistischen Rußland.
Bolschewismus und Imperialismus. Russischer Expansionsdrang nach Asien. Die revolutionäre Propaganda der Bolschewisten. Rückschläge des Bolschewismus in Europa. Das Verhältnis zu den Randstaaten. Das deutsch-russische Verhältnis. Der Rapallovertrag und der Berliner Vertrag. Russische Tätigkeit in der Mandschurei. Zeitweise Erfolge und schließlicher Zusammenbruch des Bolschewismus in China. Bolschewistische Propaganda in Niederländisch-Indien, in Afrika. Der Kapitalbedarf der Sowjetunion. Seine Befriedigung unvereinbar mit Fortdauer revolutionärer Propaganda in anderen Ländern. Die „Einkreisung" seitens Englands. Die Opposition Trotzkis.

Der französische Nationalismus und Imperialismus . 242

Frühe staatliche Einigung des französischen Volks, aber Scheidung in Privilegierte und Nichtprivilegierte. Grundlage einheitlichen Nationalgefühls erst durch französische Revolution geschaffen. Französische Ausdehnung in Europa. Koloniale Erwerbungen. Deren Verlust an England. Wiedererwerb von Kolonien beginnend mit der Eroberung von Algier 1830. Französischer Imperialismus in Ostasien, Nordafrika (Tunis), Madagaskar. Zusammenschluß der nord- und westafrikanischen Besitzungen zu einem großen Kolonialreich. Faschoda. Englisch-französischer Marokkovertrag von 1904. Die deutsch-französischen Marokkokrisen und deren Abschluß. Die Eroberung Marokkos. Französischer Imperialismus nach dem Kriege. Politik in Europa. Französische Mandate über Syrien und deutsche westafrikanische Kolonien. Das französische Bevölkerungsproblem und die Methoden der Kolonialpolitik. Die Militarisierung der Eingeborenen. Nationale Erhebungen von farbigen Völkern.

Der italienische Nationalismus und Imperialismus . 270

Die Bildung der italienischen Nation. Die Irredenta und Italiens Kriegsbeteiligung. Der Fascismus, Mussolinis Erfolge im Innern. Erwerb von Kolonien vor dem Kriege. Der Rückschlag in Abessinien. Eroberung von Tripolis. Italiens Eintritt in den Krieg auf Grund des Londoner Geheimvertrages. Der italienische Imperialismus nach dem Kriege. Gewaltpolitik in Südtirol. Das Bevölkerungsproblem Italiens verschärft durch Amerikas Einwanderungsbeschränkungen. Italiens Expansionsbestrebungen gehemmt durch die Machtverhältnisse im Mittelmeer und in dessen Randländern.

Gegenwart und Zukunft des Nationalismus 281

Der Nationalismus im Weltkrieg. Benutzung der Idee desselben durch die Alliierten. Nach dem Krieg Erfüllung der nationalen Aspirationen soweit für letztere vorteilhaft. Verstoß der Regelung gegen Wilsons Grundsätze. Die neuen Nationalitätenstaaten. Sprachliche, wirtschaftliche, kulturelle, politische Folgen der Balkanisierung. Die Minderheitenprobleme und ihre Lösung. Stärke des Nationalismus unabhängig von Staatsform. Gegenströmungen gegen den Nationalismus. Die Religionen. Der internationale Sozialismus. Der Pazifismus. Die paneuropäische Bewegung. Der Gedanke der europäischen Zollunion. Die panamerikanische Bewegung. Trotz Gegenströmungen Zunahme des Nationalismus. Die Lage Deutschlands und der Deutschen im Auslande. Der Anschluß Österreichs. Die Grenzlanddeutschen. Die Deutschen in geschlossenen Niederlassungen innerhalb fremden Volkstums. Die Deutschstämmigen in Amerika und anderen Weltteilen. Die Reichsdeutschen im Auslande. Der Zusammenhang des Deutschtums in der Welt.

Gegenwart und Zukunft des Imperialismus 321

Triumph des Imperialismus in den Friedensdiktaten. Gebietsabtretungen, einseitige Entwaffnung der besiegten Länder. Versagen des Völkerbundes. Das Mandatsystem. Die Abrüstung. Der Dawesplan und die Kriegsschulden der Alliierten. Weiterausbreitung der Imperialismen der Großmächte. Deren Verhältnis zur Volkskraft der Großmächte. Bevölkerungsprobleme der weißen und farbigen Völker. Lösung für Kulturnationen in übervölkerten Ländern nicht durch Geburtenbeschränkung, sondern Beteiligung an Erschließung großer unentwickelter überseeischer Länder. Wirtschaftsimperialismus. Der Kampf um die Rohstoffe. Öl, Kautschuk,

Baumwolle. Deutschland gegenwärtig keine imperialistische Macht, überhaupt keine Großmacht. Grundlage deutscher Kolonialforderungen gekränktes Rechtsempfinden und Lebensnotwendigkeit auf zu engem Raum wohnenden deutschen Volkes. Zukunft der Imperialismen. Nicht Vertrustung zu einem Ultra-Imperialismus. Auch Aussicht auf Ausbau des Völkerbundes zu einer machtvollen obersten Weltinstanz äußerst gering. Vermeidung des Zusammenstoßes der Imperialismen nur bei Selbstbeschränkung derselben möglich. Hierfür Analogien in bisheriger Menschheitsentwicklung vorhanden. Ansätze dazu in Ausdehnung Schiedsgerichtsverfahren und Bewegungen zur Verständigung zwischen den Nationen gegeben.

Personen- und Sachregister 363

Vorwort

Dieſes Buch iſt aus Gedankengängen entſtanden, die ich meiner Vorleſung über „Nationalismus und Imperialismus“ an der Hochſchule für Politik in Berlin im Winter 1926—27 zugrunde gelegt habe. In der Darſtellung iſt auch die ſeitdem erfolgte neueſte Entwicklung berückſichtigt worden.

Nationalismus und Imperialismus gehören zu den in umfaſſenden politiſchen Erörterungen am meiſten gebrauchten Worten. Die Menſchen nehmen je nach ihrer Weltanſchauung und nach ihrer Parteiſtellung dazu bejahend oder verneinend, lobend oder verdammend Stellung. Die Angehörigen mancher Parteien in verſchiedenen Ländern nennen ſich ſelbſt mit Stolz Nationaliſten. Für den internationalen Pazifiſten bedeutet dagegen der Nationaliſt einen Friedensſtörer, ja bisweilen geradezu eine Art Schreckgeſpenſt. In England ſind viele überzeugte Imperialiſten und bezeichnen ſich als ſolche. Andererſeits gibt es Leute, welche in dem Imperialismus die Wurzel alles Übels erblicken, das die Welt in und nach dem Weltkrieg befallen hat. Dabei herrſcht oft eine weitgehende Unklarheit darüber, was eigentlich unter Nationalismus und Imperialismus zu verſtehen iſt. Es handelt ſich dabei um Empfindungen und Beſtrebungen, die viele Völker der Erde, ja den größten Teil der Menſchheit in ihren Bann gezogen haben. Man kann dieſe weltbewegenden Kräfte nicht mit Schlagworten abtun oder mit bloß gefühlsmäßiger Einſtellung an ſie herangehen. Von ihnen gilt vielmehr das gleiche, was Spinoza in ſeiner Ethik von den Leidenſchaften und Handlungen der Menſchen überhaupt ſagte: Man ſoll ſie nicht beklagen, nicht belächeln, ſondern ſie zu verſtehen ſuchen!

Es handelt sich bei dem Nationalismus und Imperialismus nicht um theoretische Dinge, sondern um die Menschheit durchflutende Bewegungen von größter praktischer Auswirkung. Sie sind mit die stärksten Former der Geschicke der die Erde bewohnenden Völker. Niemand vermag ein richtiges Urteil über die moderne Weltpolitik zu gewinnen, der sich nicht über die treibenden Kräfte dieser Politik klar geworden ist. Das moderne Europa ist im 19. Jahrhundert wesentlich durch die dem Nationalismus entstammenden Kräfte gestaltet worden. In den letzten Jahrzehnten des 19. und im 20. Jahrhundert hat der Imperialismus den größten Teil der Welt in seinen Bereich gezogen, und ist in beständiger Weiterausdehnung begriffen. Aber es handelt sich nicht um die Verdrängung einer Kraft des Völkerlebens durch eine neue anders geartete Kraft. Der Imperialismus ruht vielmehr im Grunde auf dem Nationalismus. Dieser hat zur Bildung der starken Nationen mit Großmachtstellung geführt, welche die Träger des Imperialismus sind. Andererseits gewinnt der Nationalismus der von den imperialistischen Großmächten unterworfenen Völker immer neue Kraft aus dem Kampf gegen den Imperialismus um die Wiedergewinnung der nationalen Freiheit.

Diesem Zusammenhang entsprechend sind Nationalismus und Imperialismus in diesem Buch behandelt worden. Nach einer einleitenden Betrachtung über das Wesen und den Begriff derselben ist die Entwicklung des Nationalismus dargestellt, wobei besonders die deutschen Verhältnisse berücksichtigt sind. Nach einer Darlegung der Entwicklung des Imperialismus folgt eine Erörterung des Konflikts der Imperialismen und des deutschen Vorkriegsimperialismus. Die Analysierung der imperialistischen Ziele der Großmächte, die als Gegner im Weltkrieg Deutschland gegenüberstanden, und andererseits der der Mittelmächte läßt klar erkennen, wie vollständig die gegen die letzteren erhobenen Beschuldigungen, ihrerseits den Weltkrieg herbeigeführt zu haben, der Begründung entbehren.

Es wird dann im Einzelnen der Nationalismus und Imperialismus im britiſchen Weltreich, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Japan, in Frankreich und in Italien dargeſtellt, wobei naturgemäß die Erörterung des weltumſpannenden britiſchen Imperialismus ſowohl in ſeinen nationalen Grundlagen wie in ſeiner Organiſation und ſeiner Auswirkung gegen fremde Völker und der Reaktion des Nationalismus der letzteren den breiteſten Raum einnimmt. Ein beſonderer Abſchnitt iſt der Stellung des Bolſchewismus zum Nationalismus und Imperialismus gewidmet.

Den letzten Teil des Buches bildet eine Erörterung über Gegenwart und Zukunft ſowohl des Nationalismus wie des Imperialismus, wobei der Stellung Deutſchlands in dieſer gegenwärtigen Welt eingehende Betrachtungen gewidmet ſind. Das Ergebnis dieſer Erörterungen iſt, daß weder in der Gegenwart noch für abſehbare Zukunft mit einem Nachlaſſen der Kräfte des Nationalismus zu rechnen iſt. Eine Löſung der ſich aus dem Gegeneinanderwirken der Nationalismen der Staatsvölker und der Minderheiten ergebenden Schwierigkeiten iſt nur in der Weiſe möglich, daß den einem fremden Staat angehörigen Nationen oder Beſtandteilen von ſolchen nicht weiter das Aufgehen in der fremden Nation aufgezwungen wird, ſondern daß ihnen die Bewahrung ihrer nationalen Eigenart unter Gewährung der Kulturautonomie zugeſtanden wird.

Was den Imperialismus anbetrifft, ſo befinden ſich die Großmächte, zu denen das entwaffnete und geknebelte Deutſchland trotz nomineller Anerkennung als ſolcher nicht mehr gehört, nicht nur in einem Stadium beſtändiger Ausdehnung ihrer finanziellen, wirtſchaftlichen und politiſchen Einflußſphären, die ſich in verſchiedenen Brennpunkten ſchneiden, ſondern auch in dem des Wettrüſtens, zur See nicht minder wie auf dem Lande. Aus dem drohenden Zuſammenſtoß der Imperialismen und aus den nationalen Bewegungen der unterworfenen Völker gegen den

Imperialismus ergeben sich Gefahren für die ganze Welt, nicht zuletzt auch für die imperialistischen Großmächte selbst. Der Völkerbund hat bisher in der Frage der Abrüstung wie überhaupt der Befriedung der Welt vollkommen versagt. Eine Vermeidung jener Gefahren ist nur denkbar bei einer Selbstbeschränkung der imperialistischen Großmächte, die eine Betrachtung sonstiger Menschheitsentwicklung als möglich erscheinen läßt und für die in der Tat einzelne Ansätze in der Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit und in verschiedenen sonstigen auf Verständigung zwischen den Nationen gerichteten Bewegungen vorhanden sind.

Um das Buch nicht unübersichtlich zu machen, habe ich es nach Möglichkeit vermieden, Bücher zu zitieren, und mich, soweit nicht sonst ein zwingender Anlaß dazu vorlag, darauf beschränkt, einige der neuesten Werke anzuführen, um dem Leser etwaiges Verfolgen behandelter Fragen in ausführlichen Werken zu ermöglichen.

Berlin-Charlottenburg, im November 1927.

Heinrich Schnee.

Einleitung

Nationalismus und Imperialismus als Kräfte des neuzeitlichen Weltgeschehens

Nationalismus und Imperialismus sind starke bewegende Kräfte im neuzeitlichen Weltgeschehen. Das galt für die Zeit vor dem Kriege, das gilt auch für die gegenwärtige Zeit. Ein großer Teil des 19. Jahrhunderts war erfüllt von den Kämpfen, die sich aus der Nationalitätenbewegung, wie man es damals nannte, ergaben. Im ersten Teil des 19. Jahrhunderts waren es die Kämpfe von Nationen, die durch die französische Eroberungspolitik bedrückt oder bedroht waren. Es war die Zeit der Freiheitskriege. Der spätere Teil des 19. Jahrhunderts war erfüllt von den Bewegungen, die zur Einigung bis dahin zersplitterter Nationen führten, zur Einigung des deutschen Volkes, zur Einigung des italienischen Volkes. Damit waren aber die Nationalitätenbewegungen keineswegs erschöpft. Es gab eine Reihe von Staaten in Europa, in welchen die betreffenden Nationen, wenigstens in der Hauptsache, in einem Staat zusammengeschlossen waren. Dieser Vorgang der Bildung eines Nationalstaates hatte sich bei manchen Nationen schon in einem viel früheren Stadium der Geschichte abgespielt. Aber es gab andere Nationen, die sich ganz oder teilweise unter fremder Herrschaft befanden. So haben wir auch weiterhin am Ende des 19. Jahrhunderts und am Anfang des 20. Jahrhunderts jene aus dem Nationalismus sich ergebenden Bewegungen gesehen. Sie traten besonders stark hervor in Österreich-Ungarn, das ja geradezu als Nationalitätenstaat bezeichnet wurde, indem eine Reihe von verschiedenen Nationen oder Teile von Nationen in einem Reich zusammengeschlossen waren: die Deutschen, die Österreicher genannt wurden, die Ungarn, die Tschechen, dann Teile der Italiener, Serben, Kroaten, Polen und anderer Völker. Es waren ganz verschiedene Nationalitäten, die unter dem Habsburger Zepter vereinigt waren. Bei diesen Nationalitäten, die früher ungestört zusammen gelebt hatten, traten bereits in dem zweiten Teil des 19.

Jahrhunderts und in verstärktem Maße später jene starken Bewegungen auf, die auf Selbständigkeit und Lostrennung von dem bisherigen Reich, auf eine Verbindung und Vereinigung mit anderen Angehörigen der betreffenden Nation sich geltend machten. Besonders stark war einerseits die Bewegung der Tschechen, welche die Selbständigkeit erstrebten, andererseits die der Angehörigen des serbischen Volkes, die in der Herzegowina und in Bosnien vertreten waren und den Anschluß an Serbien zum Ziele hatte. In Italien, welches die Hauptmasse des italienischen Volkes umfaßt, war jene starke Bewegung der Irredenta vorhanden. Irredenta ist ein italienisches Wort, das unerlöst bedeutet. Die unerlösten Teile des Volkes, welche unter österreichischer oder sonstiger Herrschaft standen, sollten befreit werden.

Solche Bewegungen oder Empfindungen des Nationalismus waren auch vorhanden bei anderen Völkern, bei denen sie zunächst nicht in dem starken Maße äußerlich hervortraten. Das Nationalgefühl und der Nationalismus, mit dem Streben nach Selbständigkeit, waren in der polnischen Nation, welche durch die Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts als staatliches Gebilde aufgehört hatte, zu existieren, erhalten geblieben. Das hat sich schon früher gezeigt, insbesondere zu den Zeiten Napoleons I., zu denen die Polen bereits danach strebten, das eigene polnische Reich wieder aufzurichten. Das zeigte sich dann auch im weiteren Verlauf der Geschichte, zeitweise in Aufständen, wie noch im Jahre 1863, um nur den letzten großen Aufstand des 19. Jahrhunderts zu nennen, und trat dann später noch stärker hervor. Solche Nationalitätenbewegungen hat es auch in anderen Teilen Europas gegeben. Ich brauche nur den Namen Irland zu nennen, um die Erinnerung wachzurufen an jene beständigen, niemals aufhörenden Bestrebungen des irländischen Volkes, die Befreiung von der englischen Herrschaft zu erlangen. Die Iren haben seit den Zeiten, seit denen sie unter englische Herrschaft geraten sind, niemals den Kampf um die nationale Selbständigkeit aufgegeben und stehen auch heute noch darin, obwohl sie in gewissem Umfang neuerdings die Selbständigkeit erreicht haben.

Manche dieser nationalistischen Bewegungen sind von großem Einfluß auf die neueste Entwicklung der Verhältnisse in Europa gewesen. Einzelne, wie die großserbische, waren von Bedeutung für die Entstehung des Weltkrieges, andere, wie die tschechische und polnische, für den Verlauf desselben. Sie alle haben auf die Regelung der europäischen staatlichen Verhältnisse in den den unterlegenen Mächten

auferlegten Diktatfrieden ihre Wirkung gehabt. Im Weltkrieg war von den Alliierten das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Welt geworfen worden. Es sind dann einige Völker, die bisher in einem Staatsverbande mit anderen Völkern gelebt hatten, selbständig gemacht worden. Es ist die Wiederherstellung eines selbständigen Polen erfolgt, sowie die Errichtung der Tschechoslowakei. Es sind ferner einige Länder, welche nur einen Teil der Angehörigen der betreffenden Nationalität in sich faßten, durch Gebiete vergrößert worden, in denen andere Volksangehörige lebten.

Aber damit ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker keineswegs zur Durchführung gelangt. Die neugeschaffenen oder vergrößerten Länder sind nicht Nationalstaaten, welche nur die Angehörigen der betreffenden Nation umfassen. Sie enthalten vielmehr neben diesen große Zahlen von Angehörigen anderer Nationen. Durch die Gründung der neuen Staaten nach dem Weltkrieg, die Abtrennung von Teilen von den im Kriege besiegten Ländern, die Zuteilung von Millionen von Menschen an andere Länder ist bezüglich des Zustandes der Nationalitäten in Europa keine Verbesserung, sondern im Gegenteil eine Verschlechterung erfolgt. Die Zahl derjenigen Angehörigen von Nationen, die fremder Herrschaft unterworfen sind, ist jetzt größer als das vor dem Weltkriege der Fall war. Es leben jetzt etwa 40 Millionen Menschen in Europa unter fremder Herrschaft.

Der Nationalismus tritt in der Gegenwart außerordentlich stark hervor. Er äußert sich nach zwei Richtungen hin. Der Nationalismus der Nation, welche die Herrschaft in dem betreffenden Staat hat, sucht in manchen Ländern die Angehörigen fremder Nationalität entweder sich zu assimilieren, sie mit den Angehörigen der eigenen Nation zu verschmelzen, oder aber sie zu entfernen oder zu unterdrücken. Man braucht nur auf Südtirol, dem italienischen Staat zugeteilt, auf Polen, auf die Tschechoslowakei zu blicken, um ein Bild von dem Vorgehen der nationalistischen Regierungen zu erhalten.

Andererseits strebt der Nationalismus der in fremden Staaten lebenden Völker danach, zum mindesten kulturell die eigene Nationalität zu erhalten, in Sprache, Sitten, Schulwesen usw. Bei manchen der abgesprengten, unter fremde Herrschaft gelangten Bestandteilen von Nationen findet sich das Bestreben, sich auch staatlich wieder mit der Nation zu vereinigen, der die Betreffenden angehören. Das Sehnen nach dem wirklichen Selbstbestimmungsrecht der Völker geht durch diese an selbständiger Entfaltung gehinderten Nationen

oder Teile von solchen. In diesen „Minderheiten", wie sie in besonders großer Kopfzahl der Angehörigen fremder Nationalität in den neuerrichteten oder vergrößerten Staaten vorhanden sind, sind ungemein schwierige Probleme der Entwicklung Europas begriffen.

Das gleiche Sehnen findet sich auch bei manchen farbigen Völkern alter Kultur, welche unter der Botmäßigkeit von Nationen weißer Rasse stehen. Es hat eine starke Förderung erfahren durch die Ereignisse des Weltkrieges, währenddessen die Alliierten in großem Maßstabe Angehörige farbiger Rassen in den Kampf der europäischen Nationen hineingezogen und gleichzeitig auch in jene Massen das Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hineingeworfen haben.

Der Nationalismus wird, wie dies seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts der Fall gewesen ist, auch weiterhin eine der ausschlaggebenden Kräfte für die Entwicklung der Weltgeschichte sein.

Während so der Nationalismus seit langem eine sehr große Rolle für die Entwicklung der europäischen Verhältnisse gespielt hat, trat der Imperialismus unter diesem Namen erst in dem letzten Teil des 19. Jahrhunderts, etwa in den letzten zwei Jahrzehnten, sowie im 20. Jahrhundert hervor. Der Geschichtschreiber Friedjung, der von einem Verlage gebeten wurde, eine Fortsetzung der großen Schlosserschen Weltgeschichte zu schreiben, hat als Namen für diese Fortsetzung der Weltgeschichte gewählt: „Das Zeitalter des Imperialismus". Er beschreibt die Zeit von 1884–1914, also das Menschenalter, das dem Ausbruch des Krieges vorausging. Er maß diesem Imperialismus eine so ausschlaggebende Bedeutung bei, daß er meinte, der Charakter dieses Zeitalters wäre dadurch überhaupt bestimmt.

Worin äußerte sich dieser Imperialismus? Darin, daß die Mächte, welche über die entsprechenden Hilfsmittel verfügten, ihre Herrschaft über andere Länder und über andere Völker auszudehnen suchten. Das war bei manchen der älteren Staaten bereits seit langem der Fall gewesen. Spanien und Portugal hatten umfangreiche Kolonien in verschiedenen Weltteilen erworben, waren aber aus verschiedenen Gründen allmählich zurückgetreten. Dann waren Holland, England und Frankreich in den Vordergrund getreten. Aus dem Wettbewerb ging nach wiederholten Kriegen mit Frankreich, die sich durch Jahrhunderte hinzogen, England als Sieger hervor mit ungeheuren Besitzungen in allen Weltteilen. Doch auch Frankreich hatte sich im 19. Jahrhundert ein neues großes Kolonialreich geschaffen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzogen sich weltgeschichtlich bedeutsame Wandlungen in Europa und in anderen Weltteilen. Mit der Einigung bisher zersplitterter Nationen, der deutschen und der italienischen, traten neue Großmächte auf den Plan, die auch ihren Anteil an der Entwicklung der Länder außerhalb ihrer Staatsgrenzen zu erlangen suchten. Der Koloß Rußland suchte seine Ausdehnung nach Gebieten zu gewinnen, die ihm den Auslaß über See vermittels eisfreier Häfen gewähren konnten. In Ostasien bildete sich eine neue Großmacht, Japan. Jenseits des Atlantischen Ozeans begann das große Staatswesen der Vereinigten Staaten von Amerika, das bisher in der Erschließung des von der Natur so reich ausgestatteten geräumigen eigenen Landes Genüge gefunden hatte, gleichfalls über seine Grenzen hinauszugreifen und fremde Gebiete unter amerikanische Herrschaft oder Kontrolle zu bringen. Andererseits nahm das Britische Reich eine immer größere Ausdehnung an. Es trat in ihm das Drängen nach einheitlicher Zusammenfassung und Sicherung der dazugehörigen vielartigen Länder und Völker hervor.

Alle diese Vorgänge wurden imperialistisch genannt. Man sprach nicht nur von dem britischen Imperialismus — in England ist der Name entstanden — sondern von dem französischen, dem russischen, dem deutschen, dem japanischen, dem amerikanischen Imperialismus.

Neben dem Streben nach Ausdehnung politischer Macht und territorialen Besitzes gewann mit der ungeheuren durch die moderne Technik ermöglichten Entwicklung der Weltwirtschaft der Drang nach Sicherung von Rohstoffen und Absatzgebieten wachsende Bedeutung. Das Verlangen, sich für den Bezug von Nahrungsmitteln und Rohstoffen von anderen unabhängig zu machen, spielte eine große Rolle. Bestrebungen, das ausschließliche Monopol für gewisse Rohstoffe zu erhalten, traten hervor. Eine besonders große Bedeutung hat in der neuesten Zeit das Ringen um die Petroleumvorkommen der Welt zwischen amerikanischen und englisch-holländischen Gruppen erlangt. Das Finanzkapital sucht in steigendem Maße außerhalb der Grenzen des heimischen Staates Anlage und nimmt in stets wachsendem Maße Einfluß nicht nur auf die wirtschaftliche und finanzielle, sondern auch auf die politische Entwicklung in fremden Ländern. Auch solche Vorgänge werden als Imperialismus schlechthin oder als Wirtschaftsimperialismus bezeichnet.

Alle diese imperialistischen Bestrebungen, mögen sie nun unmit-

telbar von den Großmächten ausgehen oder von den in diesen vorhandenen Wirtschafts- und Finanzkräften, haben eine ungemein große Bedeutung für das Weltgeschehen. Sie führten zur Einbeziehung fremder Länder und Völker in den Machtbereich der Großmächte und zur Erschließung bisher außerhalb der Weltwirtschaft stehender Länder. Sie führten aber auch zu Kriegen zwecks Unterwerfung fremder Völker, die sich nicht gutwillig dem Imperialismus unterwarfen, sie führten auch zu Revolten unterworfener Völker, die den eigenen Nationalismus dem Imperialismus der herrschenden Großmacht entgegenstellen. Sie führen schließlich zum Zusammenstoß der verschiedenen Imperialismen gegeneinander. Worauf beruhten die Konflikte zwischen den modernen Großmächten, die zu den Kriegen der Neuzeit führten, zum japanisch-russischen Krieg 1904/05 und zuletzt zum Weltkrieg? Worauf beruhen die gegenwärtigen Differenzen und Konfliktsmöglichkeiten, die die beteiligten Großmächte immer wieder durch Verhandlungen, durch Abkommen, durch Konferenzen auszugleichen versuchen? Es sind die imperialistischen Bestrebungen der Großmächte, die einander kreuzen und die Gefahr des Zusammenstoßes immer wieder am Horizont erscheinen lassen. Ob es sich um die unmittelbaren Ausdehnungsbestrebungen der Mächte handelt, wie im Falle Rußlands und Japans in Ostasien, oder um Fragen der Seemacht, wie vor dem Weltkrieg im Verhältnis Deutschland – England und gegenwärtig im Verhältnis der drei Hauptseemächte England, Amerika und Japan, oder um wirtschaftliche und Finanzfragen, wie im Falle des Ringens um den Petroleumbesitz in Mexiko und anderen Ländern, es sind immer imperialistische Motive, welche den Verlauf der Dinge maßgebend beeinflussen. So kommt dem Imperialismus eine entscheidende Rolle für das neuzeitliche Weltgeschehen zu.

Begriffsbestimmung des Nationalismus und des Imperialismus

Wir haben gesehen, wie der Nationalismus und Imperialismus eine ungemein große Bedeutung in der Welt gehabt haben und noch besitzen. Bei dieser Lage sollte man annehmen, daß die Worte Nationalismus und Imperialismus schon lange gebraucht würden und eine feststehende Bedeutung hätten. Aber in Wirklichkeit ist es keineswegs der Fall. Es zeigt sich auch hier wie bei manchen anderen Din-

gen, wie eine gewisse Entwicklung in der Welt bereits vorhanden sein kann, ehe sich das entsprechende Wort dafür gefunden hat. Eine solche Erscheinung konnte man z. B. beobachten bei der Weltwirtschaft. Das ist ein Wort, das heute so gebräuchlich ist, daß man meinen könnte, das hätte es immer gegeben. Tatsächlich ist der Gebrauch dieses Wortes noch gar nicht alt, und dasjenige, was man darunter bezeichnet, war schon früher vorhanden, ehe dieses Wort angewandt wurde, für das sich übrigens in manchen fremden Sprachen auch heute noch kein entsprechendes Wort gebildet hat. Ähnlich steht es mit dem Nationalismus und Imperialismus.

Es kommt bezüglich des ersteren Wortes für fremde Sprachen eine gewisse Schwierigkeit dazu. Man versteht im Deutschen unter Nation und Nationalismus etwas anderes, als das in manchen anderen Sprachen der Fall ist, vor allem im Englischen und Französischen. Wir verstehen unter Nation die nach Abstammung, Sprache, Sitte zusammengehörigen Menschen ohne Rücksicht auf die Staatsgrenze, während die Engländer und Franzosen unter Nation das im Staat zusammengeschlossene Volk verstehen.

Im Deutschen einen Unterschied zwischen „Kulturnationen" und „Staatsnationen" zu machen, wie das vorgeschlagen ist[1]), scheint mir angesichts des bestehenden Sprachgebrauchs nicht angängig. Die deutsche Nation umfaßt auch diejenigen Deutschen, die infolge der historischen Entwicklung außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs wohnen. Eine deutsche Staatsnation gibt es nicht. Denn die im Deutschen Reich staatlich zusammengefaßten Deutschen stellen nicht die deutsche Nation dar. Ebensowenig aber wäre der Ausdruck „Staatsnation" auf andere Nationen anwendbar. Denn die obengenannten fremden Nationen gebrauchen den Ausdruck „Nation" in anderem Sinne. Zur französischen „nation" werden auch die farbigen Millionenvölker in den Kolonien gerechnet, die deutscher Sprachgebrauch keinesfalls unter den Begriff der Nation stellen würde. Auch manche andere Völker folgen im Gebrauch des Wortes Nation nicht dem deutschen, sondern dem englischen oder französischen Sprachgebrauch.

Wenn man nun irgendwelche Lexika verschiedener Nationen daraufhin nachsieht, was unter Nationalismus oder Imperialismus zu verstehen ist, so macht man die Erfahrung, daß in Ausgaben, die nicht

[1]) Vgl. F. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 3. Aufl., München 1915, S. 2 u. die das. Zitierten.

ganz modern sind, diese Worte meist überhaupt noch nicht enthalten sind. Beim Imperialismus ist dies kein Wunder, da das Wort in seiner modernen Bedeutung erst seit 1884 in Gebrauch gekommen ist (s. S. 9). Der Nationalismus wird, wenn er überhaupt erwähnt wird, als eine enge einseitige Denkweise umschrieben. So wird in Larousses „Grand Dictionnaire Universel" 1874 der „Nationalisme" definiert als „blinde und ausschließliche Voreingenommenheit für alles, was der Nation eigen ist, zu der man gehört", und ein Wort von Berlioz zitiert: „Die engen Ideen des Nationalismus scheinen allen geraden Geistern von einer unendlichen Lächerlichkeit zu sein." In älteren deutschen Lexika findet sich das Wort Nationalismus überhaupt nicht, wohl aber wird das Wort Nationalist als Bezeichnung der Anhänger verschiedener politischer Parteien in Irland, in Frankreich, in Ungarn angegeben, welche das Nationalitätsprinzip besonders scharf betonen. Die französische Enzyklopädie (La Grande Encyclopédie) von 1889 enthält dagegen nichts über Nationalismus oder Nationalist, ebensowenig die große britische Encyclopaedia Britannica.

In der amerikanischen Enzyklopädie „The Americana" wird dagegen als „Nationalism" das beschrieben, was wir Sozialisierung oder auch Verstaatlichung von Privateigentum nennen, während als Nationalisten die Anhänger der irischen Partei bezeichnet werden. Der allgemeine englische Sprachgebrauch dürfte aber dahin gehen, was hier „Nationalism" genannt wird, sonst „Nationalization" zu nennen, welches Wort sowohl unsere Naturalisierung wie auch Verstaatlichung von Privateigentum bedeutet. Nationalism hat sonst auch im Englischen die gleiche Bedeutung wie das deutsche Wort Nationalismus, also das Streben, das zu fördern, was für die eigene Nation gut ist.

Das Wort Nationalist wird auch heute noch in den verschiedenen Ländern überwiegend auf Angehörige bestimmter Parteien angewandt, die sich selbst so nennen, wie die irische Nationalistenpartei, oder die extrem rechtsgerichteten Parteien angehören. Der Sprachgebrauch ist allerdings nicht einheitlich.

Ebensowenig ist das beim Worte Nationalismus der Fall. Es wurde wohl ursprünglich, wie auch die oben angeführte französische Definition eines sehr verbreiteten Nachschlagewerkes aus den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zeigt, in ähnlicher Bedeutung wie Nationalist gebraucht, also zur Bezeichnung einer engen Art des

nationalen Denkens. Aber man würde damit dem Begriff des Nationalismus, wie er sich in der Neuzeit entwickelt hat, nicht gerecht werden. Der Nationalismus ist in den verschiedenen Ländern zur Denkweise immer weiterer Bevölkerungskreise geworden. In einzelnen Ländern hat er die Herrschaft erlangt und ist für die Geschicke derselben bestimmend geworden. Es würde falsch sein, den Begriff heutzutage in so enger Weise umschreiben zu wollen, wie das vor einem halben Jahrhundert geschehen ist. Es dürfte vielmehr das Richtige sein, den Begriff des Nationalismus weit zu fassen und ihn zu bezeichnen als das auf die Förderung der Zwecke der eigenen Nation gerichtete Streben. Oft liegt in dem Gedanken des Nationalismus der Wunsch, die eigene Nation unabhängig zu machen, soweit das noch nicht erreicht ist; das ist z. B. bei den irischen Nationalisten der Fall. Oft liegt auch der Wunsch darin, die zu einer Nation Zusammengehörigen, aber unter der Hoheit verschiedener Staaten Stehenden in einem einheitlichen Nationalstaat zusammenzuschließen. Dies war z. B. der Fall bei den italienischen Irredentisten, wie bei den Groß-Serben. Aber diese Gedanken oder Wünsche sind nicht ein notwendiger Bestandteil des Nationalismus. Sie sind im allgemeinen nur dann vorhanden, wenn nach den räumlichen Zusammenhängen ihre Verwirklichung im Rahmen des Möglichen liegt. Es findet sich ein Nationalismus in dem hier gebrauchten Sinne auch bei Bestandteilen von Nationen, die von dem Staat, in welchem der Hauptteil der Nation vereinigt ist, so weit entfernt wohnen und durch andere Staaten und Nationen von ihm getrennt sind, daß die Frage der politischen Vereinigung praktisch ausscheidet.

Was nun den Imperialismus anbetrifft, so ist Imperialismus ein neulateinisches Wort, dessen eigentliche Bedeutung entsprechend dem lateinischen Worte Imperium und Imperator darin besteht, daß er die Herrschaft eines Kaisers oder eines militärischen Gewalthabers über ein großes Reich bezeichnet, wie es in dem römischen Imperium früher der Fall war. Aber in der Neuzeit wird das Wort Imperialismus nicht in diesem Sinne angewandt, sondern es hat eine wesentlich andere Meinung erhalten. Es ist in dieser neuen Bedeutung erst seit dem Jahre 1884 in Gebrauch gekommen, und zwar von England aus. Damals wurde in England die Imperial Federation League gebildet, der Verband für imperialen Zusammenschluß. Das Wort „Imperial" hatte vollkommen die Bedeutung verloren, die es ursprünglich nach dem lateinischen Ausdruck hatte. Es wurde in bezug auf das British

Empire, das Britische Reich, gebraucht. Die Bestrebung dieses Verbandes ging dahin, einen engeren Zusammenschluß der Teile des Britischen Reiches in wirtschaftlicher und staatsrechtlicher Hinsicht herbeizuführen. Dieses ungeheure britische Weltreich besteht aus dem Mutterlande und einer großen Reihe von Kolonien verschiedenen Entwicklungsgrades, unter denen die großen Dominions Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, sowie das indische Reich die wichtigste Rolle spielen. Das Streben des 1884 gegründeten Verbandes ging dahin, eine solche Ordnung im Britischen Reich herbeizuführen, daß das Verbleiben der großen selbstverwaltenden Kolonien innerhalb des Reiches gesichert wurde, eine Organisation, die die Zwecke des Britischen Reiches zu erfüllen geeignet war. Dabei hat dann im weiteren Verlauf die Zollfrage eine große Rolle gespielt. Es war der damalige Kolonialminister Chamberlain, welcher die Gewährung von Vorzugszöllen an die Kolonien und umgekehrt befürwortete, also die Errichtung eines Zollvereins etwa. Um diese Ideen ist stark gekämpft worden in England, ganz besonders bei den Wahlen Anfang 1906. Das Ergebnis war damals ein großer Sieg der Freihändler über die Schutzzöllner. Die konservative Regierung wurde gestürzt. So sind jene Fragen des britischen Imperialismus sehr stark verknüpft mit Zollfragen. England hat sich neuerdings dem System der Schutzzölle und der Vorzugszölle innerhalb des Britischen Reiches genähert, denen sich allerdings in der Praxis starke Hindernisse in den Weg stellen. Bei diesem Imperialismus innerhalb des Britischen Reiches handelt es sich wesentlich um Fragen der Erhaltung des Reiches, der Beziehungen zwischen seinen Teilen, der Reichsverteidigung, der Verwaltung, der Zölle. Nach außen tritt der Imperialismus dagegen als Bestreben zur Ausdehnung des britischen Herrschaftsbereichs hervor, wobei man nur an die Ausdehnung der britischen Herrschaft in Asien und Südafrika zu denken braucht. So begreift der Imperialismus eine Reihe verschiedener Dinge in sich: die Ausdehnung eines Reiches über die Erde, dessen Organisation, das Streben nach Weltherrschaft, dann die wirtschaftliche Expansion, den wirtschaftlichen Imperialismus, den auch manche als Neu-Merkantilismus bezeichnen. (Merkantilismus, jene Art der Wirtschaftspolitik, welche im 17. und 18. Jahrhundert von manchen Völkern angewandt wurde, um dem eigenen Lande Vorteile, vor allem aus Handel und Kolonien zu sichern.)

Angesichts der Vielseitigkeit dessen, was unter Imperialismus verstanden wird, ist es schwierig, eine Definition zu geben. Ottmar

Spann meint in dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften[1]), es sei „keine eigentlich wissenschaftliche", es sei nur eine parteipolitische Begriffsbildung, die mit dem Worte Imperialismus versucht werde. Er hält eine klare eindeutige Begriffsbestimmung nicht für möglich, weil der Begriff keinen einheitlichen Gegenstand habe.

Trotzdem erscheint es zweckmäßig, eine Definition zu versuchen, die naturgemäß weit sein muß, da nur so dasjenige, was im modernen Sprachgebrauch unter Imperialismus verstanden wird, darunter fällt. Von einer rückschauenden Anwendung des modernen Wortes Imperialismus auf die Verhältnisse des römischen Imperiums, dem es sprachlich seinen Ursprung verdankt, und auf die Verhältnisse des Mittelalters[2]) muß natürlich dabei abgesehen werden.

Es wird in diesem modernen Sprachgebrauch des Wortes „Imperialismus" dasselbe zu definieren sein, als *Ausdehnung der politischen oder wirtschaftlichen Macht von Großmächten auf fremde Länder und Völker und deren Organisation.*

[1]) 4. Aufl., 1923, Art. Imperialismus.

[2]) Vgl. Görres Staatslexikon 3. Auflage, 1903, Art. Imperialismus.

Die Entwicklung des Nationalismus

Die Grundlage. Zusammensetzung der Nationen

Es wird von manchen die Meinung vertreten, daß der Nationalismus, das Nationalgefühl und die Bildung von Nationen etwas Neues seien, daß sie das Ergebnis einer sehr langen Entwicklung seien, welche sich erst in der Neuzeit vollzogen habe. Ich halte diese Auffassung in dieser Allgemeinheit nicht für richtig. Ich meine, daß der Nationalismus, im Grunde gesehen, nur die Weiterentwicklung von dem ist, was in der Geschichte der Menschheitsentwicklung von jeher vorhanden war.

Selbst bei den am meisten zurückgebliebenen Menschen, wie z. B. den Eingeborenen in Neuguinea, wo man noch kaum von einer Stammesentwicklung sprechen kann, sondern nur von Horden, sind die Ansätze dazu vorhanden. Man findet, daß dort schon ein Gefühl der Zusammengehörigkeit vorhanden ist, das im Grunde nicht verschieden ist von dem, was auf höheren Stufen der Entwicklung den Kern des Nationalgefühls ausmacht. Die grundlegende Unterscheidung ist ebenso in dem Tavevet – Tadiat – wir, die zu uns Gehörigen – die anderen, wie in dem Sinn Fein (wir selbst) der irischen Nationalisten enthalten. In jenem Stadium wäre es verfehlt, von Nationalgefühl oder Nationalismus zu sprechen. Die Urempfindung aber ist vorhanden; diese ist eben das Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Gruppe von Menschen, die in der Abstammung, Sitte, Sprache zusammengehören.

Nun sagen jene Vertreter der Wissenschaft, die meinen, daß die Nationalität etwas Neues sei, daß die Nation ja in Wirklichkeit niemals die Angehörigen eines Stammes umfasse, sondern daß sie gemischt sei aus Angehörigen verschiedener Rassen und Stämme. Das trifft zu. Dasselbe gilt aber auch schon für die ersten Urzustände der Menschheit, wie sie uns bei den unentwickelten Eingeborenen noch heutigestags entgegentreten. Eine Mischung mit Menschen fremder Abstammung erfolgt selbst bei jenen Kannibalenhorden Neuguineas,

die andere Horden überfallen, die Männer töten und die Weiber mitnehmen und mit ihnen Kinder zeugen. In weit stärkerem Maße erfolgt eine solche Mischung unter Völkern mit fortgeschrittener Stammesverfassung. Als Beispiel mögen hier die ostafrikanischen Vorgänge angeführt werden. Als dort die Zulukaffern von Süden her eindrangen, stießen sie auf andere vorhandene Stämme, zerschlugen diese und verleibten sich die Unterworfenen ein. In Südafrika haben die großen Führer der Zulukaffern die jungen Leute zwangsweise in Regimenter eingestellt. Wer denkt da nicht an die Janitscharenregimenter, welche die Türken aus den Jünglingen der unterworfenen christlichen Staaten zusammenstellten? Diese Ausläufer der Zulukaffern, welche nach Ostafrika gelangten, die Wangoni, haben sich durch Heirat und sonst derart mit anderen Völkern gemischt, daß in diesem Stamm jetzt eine beträchtliche Zahl von Schwarzen anderer Abstammung sich befindet.

Bei weiterer Entwicklung, wenn es sich um größere Einheiten handelt, so wird man das Wort „Volk" gebrauchen. Das Volk charakterisiert sich dadurch, daß es, teilweise nach Abstammung, aber vor allem auch nach Sprache und Sitte, sich selbst als zusammengehörig betrachtet. Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Empfindungen und der Art der Zusammensetzung eines solchen Stammes oder Volkes auf einer geringeren Stufe der Kultur und denen einer Nation besteht nicht. Der Unterschied liegt nur in dem Stadium der Kulturentwicklung. Unser Blick in Europa ist dadurch getrübt worden, daß bei uns der natürliche Gang der Entwicklung unterbrochen worden ist. Wir können aber diesen Gang in manchen anderen Weltteilen noch verfolgen. Es gibt in anderen Weltteilen Nationen, die seit Tausenden von Jahren bestehen. Man braucht nur den Blick nach Ostasien wenden, um in den Japanern und Chinesen Nationen zu finden, die alle Charakterzüge solcher tragen und die seit Jahrtausenden als solche Bestand haben. In Europa wäre es vielleicht, ich möchte sagen, wahrscheinlich auch dahin gekommen, wenn wir die gleiche ununterbrochene Entwicklung wie jene gehabt hätten, wenn etwa das Römerreich erhalten wäre. Tatsächlich zerfiel dieses. Es traten die Germanenstämme ihre Eroberungszüge an und übernahmen in einem großen Teil Europas die Herrschaft. Die Germanen waren nach ihrem Kulturzustand noch nicht zur Bildung einer Nation gelangt und mußten bis dahin noch einen langen Weg zurücklegen.

Ein starkes Hindernis stellte zudem im frühen Mittelalter das Christentum der Bildung von Nationen entgegen. Das Christentum hatte

die Idee des Universalismus, der Einheit der christlichen Völker. Das trat besonders stark hervor in jener Zeit des Mittelalters, in welcher die päpstliche Vorherrschaft über die ganze christliche Welt durchzuführen versucht wurde. Der Gedanke des Universalismus ist u. a. in den Schriften des großen Dichters Dante und des großen Thomas von Aquino zum Ausdruck gebracht. Beide erblickten in der christlichen Gesamtmonarchie das Heil und in dem damaligen mittelalterlichen Kaisertum die Verwirklichung, mit dem Unterschied, daß Dante den Kaiser dem Papst als gleichwertige Macht an die Seite gestellt haben wollte, während Thomas von Aquino die weltliche Macht dem Papst untergeordnet wissen wollte.

Diese Idee des christlichen Universalismus ist übrigens keineswegs auf das Mittelalter beschränkt geblieben. Sie findet sich in ihrem Gegensatz zum Nationalismus auch in manchen Äußerungen moderner katholischer Gelehrter. Die Auffassungen sind allerdings keineswegs einheitlich, wie sich aus dem Ergebnis der Umfrage von Maurice Vaussard über den Nationalismus ergibt, in der die Äußerungen einer großen Zahl von katholischen Bischöfen, Priestern, Gelehrten, Politikern wiedergegeben sind[1]). Bemerkenswert ist, daß selbst am Ende des 19. Jahrhunderts eine Wiener Synode verkündete, „daß die Nationalität ein Rest des Heidentums und die Verschiedenheit der Sprache nur eine Folge der Sünde und des Abfalls von Gott sei"[2]).

Dieser Universalismus der katholischen Kirche im Mittelalter wirkte der Entwicklung von Nationalstaaten hindernd entgegen. Der Einfluß der katholischen Kirche gegenüber der staatlichen Macht verminderte sich aber im weiteren Verlauf des Mittelalters. Es kam im 16. Jahrhundert, beginnend auch schon im letzten Teil des 15. Jahrhunderts, die Reformation, durch welche große Teile der europäischen Bevölke-

---

[1]) Anm. Maurice Vaussard. Enquête sur de nationalisme. Paris 1924. Hervorzuheben ist daraus u. a. die Ausführung von Mgr. Chollet, Erzbischof von Cambrai, daß der Nationalismus der Juden in gewisser Hinsicht göttlich sei, also eine wahre und gute Einrichtung, weil er dazu gedient hätte, das Reich Christi vorzubereiten. Er kommt zu dem Schluß, daß der Nationalismus eine legitime und notwendige, aber eine gefährliche Macht sei. R. Guignard, welcher in der Zeitschrift „Das Abendland" (Nr. 10 vom Juli 1926) Vaussards Buch bespricht, kommt zu dem Ergebnis: Der unbedingte Nationalismus also ist, vom christlichen Standpunkt aus betrachtet, eine falsche Auslegung der christlichen Lehre (manchmal auch eine Art Häresie oder gerade das Gegenteil der christlichen Lehre) und eine moralische Gefahr. Man soll ihn verurteilen.

[2]) Zitiert nach Waldemar Mitscherlich, Der Nationalismus Westeuropas. Leipz. 1920, S. 119.

rung dem katholischen Einfluß entzogen wurden. Es kam die Abtrennung Englands unter Heinrich VIII. Es entwickelten sich die Nationalstaaten in Europa. Kein einziger dieser Staaten aber ist in dem Sinne einheitlicher Volksstaat, daß er eine nach Abstammung und Rasse einheitliche Bevölkerung in sich schlösse.

Selbst die Nationalstaaten, welche ihrer Bevölkerung nach am einheitlichsten zusammengesetzt sind, wie dies vor allem von Schweden gilt, enthalten doch sowohl nach Rasse, wie nach Volkstum verschiedenartige Bestandteile in sich (Deutsche, Finnen, Lappen). In weit höherem Maße gilt dies von den großen Staaten des westlichen mittleren und östlichen Europa. In England wohnte, als die keltischen Eroberer um 600 v. Chr. eindrangen, eine andersrassige Urbevölkerung. Sie wurde in den äußersten Westen zurückgedrängt. Als der bekannte Weltreisende Pytheas aus Massilia zur Zeit Alexanders des Großen, also ungefähr 300 Jahre v. Chr., seine berühmte Reise machte, fand er dort u. a. das Volk der Pretaniker, zu der Urbevölkerung gehörig, vor, von dem der Name Britannien herkommt. Auf die keltische Eroberung folgte die römische. Es wurde ein großer Teil der Insel von den Römern in Besitz genommen, die im nördlichen Teil eine Schutzmauer errichteten. Diese römische Okkupation hat auch einige Jahrhunderte gedauert, bis etwa um 400 herum die römische Legion aus Britannien herausgenommen wurde. Dann kam jener große Einfall der Angelsachsen, nach der Sage im Jahre 449 unter den Brüdern Hengist und Horsa als Führern. Es erfolgte die Besiedlung durch die Angelsachsen, die die keltische Bevölkerung aus großen Teilen des Landes verdrängten. Zum Teil fand auch eine Mischung mit ihnen statt. Dann kamen später wiederum andere Leute aus anderen Gegenden, und zwar aus Skandinavien, aus Dänemark. Es kam sogar zu einer zeitweisen dänischen Herrschaft in England. Es waren die Wikinger, welche ja viele Länder Europas damals heimsuchten, die Wikinger, welche in der Entwicklung großer Teile Europas eine sehr bedeutende Rolle gespielt haben. Nachdem diese Herrschaft wieder beseitigt war, kam die Eroberung Englands durch die Normannen unter Wilhelm dem Eroberer im Jahre 1066. Die Normannen erlangten die Herrschaft in England und den größten Landbesitz. Die Folgen machen sich bis auf den heutigen Tag bemerkbar. Manche der größten grundbesitzenden Geschlechter tragen heute noch normannisch-französische Namen. Mit dieser normannischen Eroberung war die Völkermischung in England im wesentlichen abgeschlossen.

Man sieht, wie eine große Anzahl von verschiedenen Volkselementen sich vereinigt hat, aus denen schließlich die englische Nation entstanden ist, so daß man keineswegs sagen kann, daß sie einen einheitlichen Volksstamm umfaßt. Die Engländer werden oft als Angelsachsen bezeichnet. Aber wenngleich die Angelsachsen den stärksten Bestandteil des Volkes ausmachen, so sind doch eine ganze Reihe anderer Völker dazugekommen.

Genau das gleiche Bild ergibt sich, wenn man irgendeine andere der modernen Nationen in Europa betrachtet. In Frankreich war eine Urbevölkerung vorhanden, die aus Ligurern und Iberern, wie teilweise Basken im Südwesten, bestand. Dann kamen die Kelten, die Gallier, die zu Cäsars Zeiten den größten Teil der Bevölkerung ausgemacht haben. Später kamen die germanischen Stämme der Goten, der Burgunden und dann schließlich der Franken, von denen die Franzosen ihren Namen Frankreich angenommen haben. Also auch hier ist kein einheitlicher Volksstamm vorhanden, sondern die französische Nation ist aus einer Reihe von verschiedenen Völkern entstanden. Außerdem sind noch jene Normannen vorhanden in der Normandie, die ursprünglich Wikinger, Skandinavier waren, und schließlich sind noch weitere Mischungen mit anderen Völkergruppen erfolgt. Die Angehörigen der verschiedenen Stämme haben sich untereinander gemischt und haben jene Nation gebildet, die seit langem etwas Einheitliches darstellt, in stärkerem Maße, wie das bei vielen anderen Völkern der Fall war.

Das Gleiche findet sich auch bei allen anderen Nationen. In Spanien war eine kelt-iberische Bevölkerung vorhanden, dann kamen die Karthager und Phönizier, darauf die Römer. Später drangen germanische Völker ein, Vandalen, Sueven und Westgoten. Es folgte der Einbruch der Mauren, die jahrhundertelang den größten Teil des Landes beherrschten. Im Nordosten des Landes wohnen Basken. So hat sich auch die spanische Nation aus verschiedenen Volksbestandteilen entwickelt.

Fast noch stärker war die Mischung in Italien. Die Urbevölkerung dieser Insel setzte sich bereits aus verschiedenen Stämmen zusammen. Der Norden war von Galliern bewohnt. Als das römische Weltreich errichtet war, wurden Massen von Sklaven aus den verschiedensten Ländern nach Italien gebracht, die nun wiederum zur Mischung der Bevölkerung beitrugen. Es braucht nur daran erinnert zu werden, wie in der Kaiserstadt die freigelassenen Sklaven eine

immer wichtigere Rolle spielten und große öffentliche Staatsposten bekleideten. Dann kam im weiteren Verlauf der Geschichte jenes Eindringen der germanischen Stämme, von denen die Langobarden jahrhundertelang einen beträchtlichen Teil der Halbinsel beherrschten. Vom Süden drangen die Sarazenen ein, dann kamen jene Normannen, die um Europa herumfuhren und unter Robert Guiscard und seinen Nachfolgern ihre Herrschaft in Süditalien aufrichteten. So ist in Italien eine außerordentlich große Mischung verschiedener Völker erfolgt, aus denen sich die italienische Nation entwickelt hat.

In Rußland gibt es sogar 140 verschiedene Völker, die das Russische Reich bewohnen und die zusammen die Nation bildeten. Man findet unter den Russen, die den größeren Teil der Bevölkerung ausmachen, eine Reihe untereinander verwandter Völker, z. B. Großrussen, Kleinrussen, Weißrussen usw. Daneben aber stehen Völker ganz verschiedener Rasse und Sprache. Die Gründung des Reiches ist durch Waräger nordischer Rasse erfolgt, die von Skandinavien herunterkamen und das erste Herrschergeschlecht einsetzten. Von sehr großem Einfluß auf die Zusammensetzung der russischen Nation ist der Umstand, daß vom Anfang des 13. Jahrhunderts ab 250 Jahre hindurch der größte Teil Rußlands unter mongolischer Herrschaft gestanden hat, seit dem Eindringen Dschingiskans, dessen Nachkommen sogar bis nach Schlesien vordrangen. Diese lange Mongolenherrschaft hat natürlich auf die Zusammensetzung der Bevölkerung Rußlands seinen Einfluß gehabt.

Auch die deutsche Nation ist aus verschiedenen Völkern entstanden. Der Osten Deutschlands war von slawischen Völkern bewohnt und ist erst allmählich von Westen her von den Germanen erobert und besiedelt worden. Dabei ist die Urbevölkerung zum größten Teil erhalten geblieben. Die germanischen Einwanderer haben sich mit ihnen vermischt. Im Westen Deutschlands hat eine solche Vermischung von Germanen mit Kelten stattgefunden. Es haben Kelten in früherer Zeit auch in Mitteldeutschland gesessen. In Thüringen findet man in der Steinsburg bei Hildburghausen noch Überreste einer großen keltischen Burg aus der Zeit ungefähr 500 Jahre v. Chr. Man hat bei diesen Überresten einwandfrei festgestellt, daß die Bewohner Kelten gewesen sind, verwandt mit den Kelten, die in dem heutigen Frankreich wohnten. Man hat festgestellt, daß eine ganze Reihe von keltischen Burgen in jenen Landen gelegen haben. Es scheint indessen, daß diese Kelten vor den germanischen eindringenden Stämmen diese Burgen geräumt

haben und abgezogen sind, ohne daß es zu einer Vermischung gekommen wäre. Aber in anderen Teilen Deutschlands nach Westen hin ist es zu einer Mischung mit Kelten gekommen. Ebenso hat in den Gegenden am Rhein, wo die römische Besetzung lange gedauert hat, eine Vermischung mit Angehörigen von zum Römischen Reich gehörigen Völkern stattgefunden. Auch im Süden Deutschlands ist eine Mischung mit romanisierten Kelten erfolgt. So ergibt sich, daß das deutsche Volk ebenfalls sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammengesetzt hat, in denen die germanischen Völker überwogen und für die endgültige Gestaltung der Nation, für die Sprache usw. schließlich maßgebend waren. Man kann auch noch daran denken, daß auch sonst im Laufe unserer Geschichte Mischungen stattgefunden haben, wie zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in der das Land von Angehörigen der verschiedenen Nationen überflutet gewesen ist. Eine Wirkung in dieser Richtung hat auch die Zuwanderung vertriebener Protestanten, wie der Hugenotten aus Frankreich, gehabt.

Bei diesem Rückblick in die Vergangenheit möchte es scheinen, als wäre der Prozeß der Bildung von Nationen abgeschlossen, als gäbe es jetzt fertige Nationen, während früher ein solcher Entwicklungsprozeß vor sich gegangen wäre. In Wirklichkeit geht dieser Prozeß der Bildung der Nationen immer weiter. Ganz besonders augenfällig ist dies in den neuen Ländern jenseits des Ozeans. Dort ist einmal der Gang der Bildung von Nationen ein viel schnellerer, als es in Europa der Fall war, und auf der anderen Seite vollzieht sich dort ein friedlicher Verschmelzungsprozeß. Zwar sind auch in Amerika die Ankömmlinge aus Europa als Eroberer in die Gebiete der Urbewohner eingedrungen, haben diese ausgerottet oder unterworfen und das Land besetzt. Aber nachdem die Länder für die weiße Rasse gesichert sind, spielt sich der Vorgang der Bildung der Nation so ab, daß die Einwandernden freiwillig ihre Nationalität aufgeben und Angehörige der Nation werden, in deren Bereich sie sich niedergelassen haben. Dieser Gang der Entwicklung tritt im stärksten Maße in den Vereinigten Staaten von Amerika hervor. Dort ist eine sehr starke Mischung aus verschiedenen Bevölkerungsbestandteilen, in mancher Beziehung noch stärker als in Europa, vorhanden. Nordamerika ist ursprünglich sowohl von Spaniern, wie von Engländern, Franzosen und Holländern kolonisiert worden. Erst allmählich hat sich im Laufe von langwierigen Kriegen das Ergebnis herausgestellt, daß England als der Besitzer überblieb. England hat dann verhältnismäßig frühzeitig einen

großen Teil ſeines Beſitzes verloren, indem die Vereinigten Staaten ſich im 18. Jahrhundert ſelbſtändig erklärten. Wenn bereits im erſten Stadium der Beſiedelung Nordamerikas ſchon eine gewiſſe Miſchung vorhanden war, ſo wurde ſie nach der Gründung der Vereinigten Staaten noch weit ſtärker. Die Einwanderung aus Europa erfolgte in immer ſtärkerem Maße, und ganz beſonders ſtark innerhalb des 19. Jahrhunderts. Auch die Einfuhr großer Mengen von Negerſklaven hatte einen großen Einfluß auf die Zuſammenſetzung des amerikaniſchen Volkes. Daraus hat ſich eine verſchiedenartig zuſammengeſetzte Bevölkerung ergeben, die ſich auch noch beſtändig ändert infolge des weiteren Zuzuges von Europäern. Die gegenwärtige Zuſammenſetzung iſt ungefähr ſo, daß die Angelſachſen vielleicht die knappe Hälfte der Bewohner der Vereinigten Staaten bilden mögen, daß die Abkömmlinge der Deutſchen, die Deutſch-Amerikaner — zu denen der volksmäßigen Herkunft nach auch die Amerikaner deutſcher Abſtammung zu rechnen ſind, die ſich nicht mehr Deutſch-Amerikaner nennen — ein reichliches Viertel der geſamten Bevölkerung bilden. Dann kommen als nächſt ſtarker Bevölkerungsbeſtandteil die Iren, die nicht ſo ſtark wie die Deutſchen, aber immerhin doch von ſehr großer Bedeutung ſind. Darauf folgen Angehörige ſkandinaviſcher Völker, ſodann Angehörige der italieniſchen Nation und anderer europäiſcher Nationen. Die Zuſammenſetzung war urſprünglich ſo, daß die Angelſachſen, die Deutſchen, die Iren und Angehörige der Völker aus dem nördlichen Europa überwogen. Erſt allmählich trat eine Änderung darin ein, daß auch aus Südeuropa ſehr viele Einwanderer dorthin kamen. Gegen dieſen Zufluß von Angehörigen der verſchiedenen Nationen haben die Amerikaner ſich neuerdings durch Geſetze geſchützt, die die Zahl der Einwandernden in gewiſſer Weiſe beſchränken. Wir ſehen, wie dort die Amerikaner bewußt auf eine beſtimmte Zuſammenſetzung ihrer Nation hinarbeiten, indem ſie die Tore für die Angehörigen gewiſſer Nationen in ſtärkerem Maße als für die anderer Nationen geſchloſſen halten. (S. S. 169 ff.) Andererſeits ſehen wir dort die merkwürdige Erſcheinung, daß die aus heterogenen Elementen in verhältnismäßig kurzer Zeit zuſammengeſetzte Nation ein ſtärkeres Nationalgefühl an den Tag legt, als manche andere ältere Nationen, die einheitlicher zuſammengeſetzt ſind als die amerikaniſche.

In ähnlicher Weiſe geht die Entſtehung von Nationen aus verſchiedenartigen Beſtandteilen auch in Südamerika vor ſich. Auf dem Wege zur Bildung ſelbſtändiger Nationen ſind die engliſchen Domi-

nions, jene Länder, die ursprünglich englische Kolonien waren und dann selbständig geworden als Schwesternationen an die Seite des Mutterlandes treten. Auch in manchen dieser Dominions setzt sich die Bevölkerung aus verschiedenen Bestandteilen zusammen. In Kanada sind zwei Hauptbestandteile vorhanden, die Franzosen und die Engländer. Kanada war bis zur Schlacht bei Quebeck 1759 eine französische Kolonie, deren Osten von Franzosen besiedelt war. Die französische Bevölkerung ist auch nach Abtretung der Kolonie an England sitzen geblieben. Es haben sich aus etwa einigen sechzigtausend Köpfen ohne viel Zuwanderung von außen die jetzigen französischen Kanadier von etwa 2½ Millionen Köpfen entwickelt, die Quebeck und einen Teil der anderen östlichen Provinz bewohnen. Es hat sich dort die französische Sprache und im gewissen Sinne auch die Sitte erhalten. Der übrige Teil des Landes ist überwiegend von Engländern besiedelt, aber auch in Kanada wandern Angehörige anderer Nationen ein. Dort wiederholt sich, bisher noch in kleinerem Maßstabe, das Bild wie in den Vereinigten Staaten.

Was die übrigen Dominions anlangt, so hat Neuseeland eine verhältnismäßig einheitliche englische Bevölkerung. In Australien überwiegt gleichfalls das englische Element. Es gibt aber dort auch eine beträchtliche Anzahl von Angehörigen anderer Nationen, besonders Irländer. In Südafrika überwiegen der Zahl nach bei weitem die Schwarzen. Von der weißen Bevölkerung sind die Hauptbestandteile die Buren und die Engländer, von denen die Buren der Zahl nach überwiegen. Daneben gibt es Deutsche und Angehörige anderer Nationen, die gleichfalls einen gewissen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen. Wenn man nun genauer zusieht, so findet man, daß die Buren wieder gleichfalls kein einstämmiges Volk waren, sondern daß neben den Holländern auch Franzosen und Deutsche einen sehr beträchtlichen Zuschuß gegeben haben. Aus diesen Bevölkerungsbestandteilen hat sich im Laufe der Geschichte das Burenvolk entwickelt.

Die Entstehung der europäischen Nationen

Im Vergleich zu der modernen Entstehung von Nationen in der Neuen Welt erscheint die Entwicklung der Nationen im alten Europa als ein außerordentlich langwieriger und schwieriger Prozeß. Woran lag dies? Oben ist der Universalismus der Kirche angeführt wor-

den als einer der Hinderungsgründe. Aber es lagen im Mittelalter noch eine Reihe anderer Hindernisse vor, welche der Bildung von Nationen entgegenstanden. Da war vor allem die Abschließung der Stände gegeneinander vorhanden. Verschiedentlich war die Lage so, daß der Adel des einen Landes sich enger verbunden fühlte mit dem Adel eines anderen Landes, als mit den eigenen Bürgern und Bauern. Man kann das in früheren Jahrhunderten sehr deutlich verfolgen. Es mag dahingestellt bleiben, ob dies mit einer als solcher empfundenen gemeinsamen Rassenzugehörigkeit (zur nordischen Rasse) zusammenhängt, wie dies einzelne Vertreter der modernen Rassenkunde annehmen. Wahrscheinlicher als diese problematische Rassenzugehörigkeit ist das Gefühl der Gemeinsamkeit auf Grund gleicher ritterlicher Anschauungen und Sitten, welche diese oberste Schicht der europäischen Länder von den bäuerlichen Massen und den Bürgern abhoben.

Dann kam die Abschließung der Städte gegen das Land und umgekehrt. Die Menschen bewegten sich im kleinen Kreise. Alle waren eng gebunden. Die Liebe zur engeren Heimat war vorhanden, aber nicht zu einem großen Vaterland. Es fehlte das Nationalgefühl. Es war eine einheitliche deutsche Nation in früheren Jahrhunderten überhaupt nicht vorhanden.

Von besonders großer Bedeutung war etwas anderes: die Hörigkeit, die Leibeigenschaft, in der sich ein großer Teil des deutschen Volkes befand. Ich bin der Überzeugung, daß ein Hauptgrund, weshalb England allen anderen Völkern vorangekommen ist, darin lag, daß in England die Leibeigenschaft bereits im 14. Jahrhundert restlos aufgehoben wurde. Die Gründe hierfür waren nicht etwa in der Voraussicht oder Humanität irgendwelcher Könige, Fürsten, Adliger, Großgrundbesitzer zu suchen, die mit einer schönen Geste den Leibeigenen die Freiheit gaben, sondern der Grund lag in dem Auftreten der Pest. Die Pest hat bekanntlich im 14. Jahrhundert auch in Mitteleuropa das Land verheert und schwere Opfer gefordert. Sie trat ganz besonders schlimm in England auf und soll etwa die Hälfte der Bewohner dahingerafft haben. Die Folge davon war, daß die Ländereien verödet lagen, da es an Landarbeitern fehlte. Die an die Scholle gebundenen an Zahl zusammengeschrumpften Hörigen stellten keine genügenden Arbeitskräfte dar. Da entschloß man sich, den bisherigen Leibeigenen die Freiheit zu geben und ihnen Lohn für die Arbeit auf dem Lande zu gewähren. Das war der Grund für diese so ungeheuer weittragende Maßregel, die nicht bloß auf die Geschicke Englands selbst, sondern

auch indirekt auf die Geschicke eines großen Teiles der übrigen Welt von maßgebendem Einfluß gewesen ist.

Die frühe Aufhebung der Hörigkeit in England war von größter Bedeutung einmal für England selbst. Denn nur auf diese Weise war es möglich, daß die Beschäftigung mit der Politik, mit der inneren Politik des eigenen Landes, mit der Selbstverwaltung sich auf alle Kreise des englischen Volkes erstrecken konnte. Es wurde möglich, daß in England früher als in den meisten anderen Ländern sich ein starkes Nationalgefühl entwickelte.

Sie hatte aber auch die größten Rückwirkungen auf die Geschichte anderer Weltteile. Diese freien Engländer, die gewohnt waren, an der Selbstverwaltung Anteil zu nehmen, begannen überall, wo sie Kolonien gründeten, sofort nach dieser Methode als freie Leute ihre Selbstverwaltung einzurichten. Darin liegt indirekt mit eine der Ursachen für die großzügige englische Kolonisation. Aus dieser Selbstverwaltung heraus hat sich in den englischen Kolonien allmählich die größere Organisation mit dem eigenen Parlamentarismus nach englischem Muster entwickelt.

Wenn man nun damit die anderen Länder vergleicht, in denen es nur spät zur Aufhebung der Leibeigenschaft gekommen ist, so findet man, daß dort nicht nur die Bevölkerung als Volk rückständig bleiben mußte, sondern daß auch das Nationalgefühl nicht im gleichen Maße sich entwickeln konnte. Denn mir scheint es klar zu sein, daß die Menschen für solche großen Empfindungen nur sehr schwer zugänglich sein können, wenn sie als Hörige immer auf einen bestimmten Herrn zu blicken haben und gezwungen sind, ihre Arbeit zu verrichten, ohne sich frei bewegen zu können.

Es kommt weiter die Wirkung des Absolutismus in Betracht, der sich allmählich in den Ländern Europas entwickelte. Der Absolutismus hat ganz verschieden auf das Nationalgefühl gewirkt, je nachdem es zur Bildung einer starken Zentralgewalt eines großen Staates kam oder zur Zersplitterung in Kleinstaaterei. Das erstere geschah in England und Frankreich, wo frühzeitig die Zentralgewalt in dem König verkörpert wurde; dort war die Zentralgewalt stärker und bildete den einheitlichen Staat; die Macht der kleineren Gebilde wurde vernichtet. In diesen Einheitsstaaten entwickelte sich natürlich ein starkes Nationalgefühl. Das war insbesondere in England der Fall, wo auch in anderer Hinsicht, wie oben erörtert, die Voraussetzungen dafür günstig waren. Der Absolutismus war in einer gewissen Zeit-

spanne am stärksten in Frankreich entwickelt unter Ludwig XIV., unter dem der Staat sich völlig in dem König verkörperte. Dort war das Nationalgefühl sehr stark entwickelt, aber doch nur in dem Teil der Bevölkerung, vor allem dem Adel, der die Freiheit und große Besitzungen hatte. Aber in den Massen des Volkes, die in Abhängigkeit und unter Druck standen, entwickelte sich der moderne Nationalismus erst in Verfolg der Revolution, der Befreiung der Menschen. Erst von da ab fühlten sich sämtliche Glieder des Volkes als gemeinsame Nation.

Eine ganz entgegengesetzte Wirkung hat dieser Absolutismus der Landesherren dort gehabt, wo es keinen gemeinsamen Staat gab, wo die Nation in eine Reihe von kleinen Herrschaften zersplittert war. Da standen die Interessen der kleinen Landesherren gegeneinander und gegen die gemeinsame Nation. Da stellte sich der Absolutismus der Landesherren als ein Hindernis für die Entwicklung des Nationalgefühls und der Nation dar. Das war ganz besonders in Deutschland und in Italien der Fall, wo eine große Zahl kleiner Landesherren nebeneinander standen. Die Wirkung war ein ausgeprägter Partikularismus und das Fehlen eines einheitlichen Nationalgefühls, wobei Deutschland infolge des Mangels auch an alter Tradition, da ja das deutsche Volk auch in früheren Zeiten nie einheitlich zusammengeschlossen war, ganz besonders unglücklich daran war. Unsere Geschichte hat sich sehr ungünstig für das Nationalgefühl entwickelt. Es hat in Deutschland trotz all der großen Kaisergestalten aus dem frühen Mittelalter niemand gegeben, der so, wie es in Frankreich und England gelang, die Gesamtkräfte der Nation zusammengefaßt hätte. Es hat niemand gegeben, der ein einheitliches Reich begründet hätte, in dem das gesamte deutsche Volk seine Grundlage erblickt hätte, sondern in Deutschland ist es zum Zerfall der Kaisermacht und zu der Bildung der unendlich vielen kleinen Landesherren gekommen.

Ganz besonders stark gelitten hat Deutschland durch den Streit der Konfessionen. Es war in dem frühen Mittelalter, wie ich ausgeführt habe, von einem einheitlichen Nationalgefühl noch keine Rede. So weit man derartiges findet, waren es die Ritter, die solche Empfindungen hegten. Man kann etwa bei Walther von der Vogelweide Aussprüche finden, die in dieser Richtung gedeutet werden können. Aber das erstreckte sich nicht auf die ganze Nation. Erst in dem späteren Mittelalter beginnen sich solche nationalen Ideen auch bei den Bürgern zu zei-

gen, und nun setzte jener unglückliche Streit der Konfessionen ein. Die Reformation führte nicht zu der einheitlichen Religion in Deutschland, sondern besonders auch unter dem Einfluß der späteren Gegenreformation zu einer großen Spaltung. Martin Luther selbst hat seine berühmte Schrift geschrieben an den „Christlichen Adel deutscher Nation". Wir finden die Idee der deutschen Nation, aber für Luther stand doch die religiöse Seite der Sache im Vordergrunde. Ihm kam es auf die reine Lehre an, und die Frage der deutschen Nation war für ihn nicht die entscheidende Frage. Es gab auch in der Folgezeit kein gemeinsames Nationalempfinden, das irgendwie zur Geltung kam. Der Partikularismus triumphierte in dem in eine große Zahl von Ländern, Ländchen, Städten und Dörfern zersplitterten Deutschen Reich. Im 17. und 18. Jahrhundert sind etwa 2000 verschiedene Herrschaften im Deutschen Reich vorhanden gewesen[1]):

77 größere weltliche Fürstentümer,
171 kleinere Herrschaften, Grafschaften und Titularherrschaften,
63 geistliche Fürstentümer und Reichsabteien,
51 Reichsstädte,
45 Reichsdörfer und ca.
1475 Reichsritterschaftsgebiete.

Es war also eine Trennung in lauter kleine Herrschaften vorhanden, die selbständig und bloß durch eine schwache Reichsgewalt verbunden waren.

Das hat gedauert, bis der fremde Eroberer, Napoleon, eingriff. Er eignete sich das linke Rheinufer an; als Entschädigung erhielten die deutschen Fürsten die geistlichen Fürstentümer durch den Reichsdeputationshauptschluß im Jahre 1803. Da wurden alle geistlichen Fürstentümer bis auf 3, alle Reichsstädte bis auf 6 eingezogen. Im Jahre 1806 wurde der Rheinbund geschlossen, durch den sämtliche Reichsritterschafts- und Grafschaftsgebiete eingezogen und der Landeshoheit unterstellt wurden. Infolge dieser Gewaltmaßnahme wurde die Zahl der deutschen Länder bis auf 40 herabgedrückt. Dann wurde durch die Ereignisse im Jahre 1866 die Zahl noch weiter vermindert, und zwar bis auf 26. Jetzt nach der Umwälzung haben wir die Zahl glücklich bis auf 18 heruntergebracht. Soviel haben wir jedoch heute noch. Es ist ein Beweis für den Einfluß partikularistischer Gedankengänge einerseits, das Fehlen einer großzügigen politischen Denkweise und

[1]) Siehe Brandenburg, Die Reichsgründung. Leipz. 1916, Bd. I, S. 39/40.

Tatkraft bei den bei der Umwälzung an die Macht gelangten Persönlichkeiten andererseits, daß nicht zum mindesten die Mehrzahl dieser größtenteils innerlich unberechtigten kleinstaatlichen Gebilde, die nur dem Vorhandensein der früheren Dynastien ihren Ursprung verdankten, beseitigt worden ist. Der deutsche Partikularismus hat unzweifelhaft außerordentlich schädlich in bezug auf das einheitliche Nationalgefühl gewirkt. Dieser Partikularismus beruht nun keineswegs etwa darauf, daß es sich um verschiedene deutsche Stämme handelte, sondern er beruht im wesentlichen auf der Bildung der kleinen Fürstentümer und sonstigen Herrschaften. Es war Fürst Bismarck, der in sehr entschiedener und klarer Weise darauf hingewiesen hat. Er hat in seinen Gedanken und Erinnerungen entwickelt, wie z. B. der Zusammenhang des Königreichs Bayern nicht nur auf dem bajuvarischen Stamm beruht, wie er im Süden Bayerns und in Österreich vorhanden ist, sondern „der Augsburger Schwabe, der Pfälzer Alemanne und der Mainfranke, sehr verschiedenen Geblüts, nennen sich mit derselben Genugtuung Bayern, wie der Altbayer in München und Landshut, lediglich weil sie mit den letzteren durch die gemeinschaftliche Dynastie seit drei Menschenaltern verbunden sind". Er hat ganz besonders deutlich sich in einer Rede ausgesprochen, welche er am 10. April 1895 an eine Abordnung des Norddeutschen Lloyd gehalten hat. Er sagte: „Die Uneinigkeit der Deutschen beruht nicht, wie man gewöhnlich meint, auf der Stammesverschiedenheit. Man kann nicht sagen, daß die Bayern und Sachsen sich nicht vertragen, wenn sie beieinander sind, sondern es sind die dynastischen Verschiedenheiten, welche Grenzen geschaffen haben, die die Gebiete gleicher Stammesgenossen quer durchschneiden, wie zwischen den plattdeutschen Altmärkern und den plattdeutschen Lüneburgern, wie zwischen den Wettiner Landschaften im alten Thüringen, wie in den hohenzollernschen Gebieten, und wie dort in Schwaben die Beispiele am schärfsten sind, wo der Schwabe gegen den Schwaben sich abgrenzte als Reichsritter in Reichsdörfern und Reichsstädten, und so war es auch in Westfalen.

Man muß also nicht die Stammesverschiedenheit anklagen. Es ist die Verschiedenheit der Herrscher gewesen. Die Fürsten vertrugen sich nicht untereinander, und so wurden die Nachbarn nach der Farbe der Uniform, die sie trugen, veranlaßt, aufeinander zu schießen. Daß dies beseitigt ist, verdanken wir den regierenden Autoritäten, die auf das traurige Privileg verzichtet haben, ihre deutschen Untertanen gegeneinander fechten zu lassen."

Dieser Partikularismus, bei dem ja gewiß die ursprünglichen Stämme eine gewisse Rolle spielen, aber doch nicht die entscheidende, hat zweifellos der Bildung eines deutschen einheitlichen Nationalgefühls in stärkstem Maße entgegengewirkt. Es gab keine einheitliche Nation für den Deutschen in dem Sinne, wie es das für England und Frankreich gab. Es gab nur kleine Ländchen, die Deutschen waren über ein großes Gebiet zerstreut. Das hat viel dazu beigetragen, daß die im 17. und 18. Jahrhundert in Europa auftretenden geistigen Strömungen des Weltbürgertums in Deutschland besonders seltsame Blüten hervorbrachten. Es seien nachstehend einige Stimmen deutscher Geistesfürsten wiedergegeben, welche Hinneigung zum Weltbürgertum und Abweisung des nationalen Gedankens erkennen lassen. Der große Philosoph Leibniz, nach dessen Namen die Leibniz-Akademie benannt ist und der im Jahre 1716 gestorben ist, schrieb an Peter den Großen: „daß er nicht zu denen gehöre, die auf ihr Vaterland erpicht seien, sondern er gehe auf den Nutzen des ganzen menschlichen Geschlechtes". Lessing erklärt: „von der Liebe zum Vaterland keinen Begriff zu haben. Die Liebe zum Vaterland sei höchstens eine heroische Schwachheit". Schiller rühmt sich als Weltbürger zu schreiben: „der früh sein Vaterland verloren habe, um es gegen die große Welt einzutauschen, ja daß er dem Himmel danke, weil er unter Menschen lebe, die einer Aufopferung für das Vaterland nicht fähig seien; ein vaterländisches Ideal sei nur für unreife Nationen wichtig". Er sagt: „Es ist ein armseliges kleinliches Ideal, für eine Nation zu schreiben; einem philosophischen Geiste ist diese Grenze durchaus unerträglich. Dieser kann bei einer so wandelbaren, zufälligen und willkürlichen Form der Menschheit, bei einem Fragment — und was ist die wichtigste Nation anderes? — nicht stille stehn." Schiller sagt weiter: „Der Deutsche sei es, der auf dem Erdenrund zumeist, wenn nicht allein, die universalen Tendenzen menschlicher Entwicklung verkörpert . . ."

Wir haben hier einen Gedanken, der schon ein wenig nach der anderen Seite geht. Dieser Ausspruch zeigt einen Anklang an das, was sich allgemein bei den Engländern findet, die das Heil der Welt in der Ausbreitung und Herrschaft der englischen Geistesrichtung erblicken. Nur mit dem Unterschied, daß es sich bei dem Engländer um einen ausgesprochenen Nationalismus handelt, indem durch die Annahme der britischen Herrschaft und Ideenwelt die Menschheit zur hö-

heren Entwicklung gelangen soll. Von Schiller dagegen wird die Ansicht vertreten, daß der universale Gedanke im Deutschen verkörpert sei. Immerhin aber finden sich manche Zusammenhänge zwischen Weltbürgertum und nationaler Entwicklung[1]).

Es seien noch einige weltbürgerliche Äußerungen deutscher Dichter angeführt: Herder nennt eine Nation „einen großen ungejäteten Haufen von Kraut und Unkraut, einen Sammelplatz von Torheiten und Fehlern, wie von Vortrefflichkeit und Tugend". Er ersehnte nur die geistige, nicht die politische Freiheit. Wieland meinte, gerade durch seine Zersplitterung genieße Deutschland „einen höheren Grad gesetzlicher und bürgerlicher Freiheit" als irgendein anderes Kulturvolk, indem immer einer von den vielen Reichsständen den anderen im Schach halte. Auch Goethe war nicht in unserem Sinne national. Er ist in den Zeiten der Freiheitskriege nicht etwa als nationaler Dichter hervorgetreten. Bekannt ist sein Wort von Napoleon: „Rüttelt nicht an euren Ketten, der Mann ist euch zu groß." Das ist eine Haltung, die als passiv, jedenfalls nicht als national erscheint.

Die Erweckung des deutschen Nationalgefühls erfolgte durch die napoleonische Unterdrückung, sie erfolgte in den Freiheitskriegen. Unser größter Staatsmann, Bismarck, der 1815 geboren ist und noch unter den Eindrücken jener Zeiten aus den Erzählungen seiner Kindheit gestanden hat, hat sich darüber wiederholt ausgesprochen, insbesondere in seiner Rede an die Abordnung der Universität Jena am 30. Juli 1892, in der er sagte:

„Das zerschlagene Eisen der altpreußischen Monarchie wurde unter dem schweren und schmerzlichen Hammer der Fremdherrschaft zu dem Stahl geschmiedet, der 1813 diese Fremdherrschaft mit starker Elastizität zurückschleuderte. Ohne diesen Druck der Fremdherrschaft und ohne den vollständigen Verzicht auf die Vergangenheit wäre das Erwachen des deutschen Nationalgefühls im preußischen Land, welches aus der Zeit der tiefsten Schmach der Fremdherrschaft seine ersten Ursprünge zog, kaum möglich gewesen."

In jenen schweren Zeiten haben manche der großen Deutschen die Idee des einheitlichen deutschen Nationalgefühls voll erfaßt. Es war der Freiherr vom Stein, der im November 1812 an einen hannoverschen Staatsmann schrieb:

„Es tut mir leid, daß Euer Exzellenz in mir den Preußen vermuten und in sich den Hannoveraner entdecken; ich habe nur ein Vaterland,

[1]) Vgl. F. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 3. Aufl., München 1915.

das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teil desselben angehöre, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Teil desselben von Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig; es sind nur bloße Werkzeuge. Mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wiederzuerlangen, um beides in seiner Lage zwischen Frankreich und Rußland zu behaupten . . . Mein Glaubensbekenntnis ist Einheit."

Blücher schrieb in einem Brief an Scharnhorst zu Beginn des Jahres 1813: „Jetzt ist es wiederum die Zeit zu duhn, was ich schon anno 1809 angeraten, nämlich die Nation zu den Waffen zu rufen, und wenn die Fürsten nicht wollen und sich dem entgegensetzen, sie samt dem Bonaparte wegzujagen. Denn nicht nur Preußen allein, sondern das ganze deutsche Vaterland muß wiederum heraufgebracht und die Nation hergestellt werden."

Es sind diese Ideen der deutschen Einheit, wie sie hier von großen Männern vertreten sind, nicht zur Durchführung gelangt. Die Begeisterung der Freiheitskriege führte zu dem Erfolg gegen Napoleon. Aber zur Aufrichtung einer einheitlichen deutschen Nation kam es nicht. Vielmehr ist alles beim alten geblieben. So stark auch in einzelnen Persönlichkeiten das Nationalgefühl sich äußert, so großen Eindruck auch Dichter wie E. M. Arndt („Mein Vaterland muß größer sein") hervorriefen, so kam es doch zu keinem Fortschritt in Richtung auf das gemeinsame deutsche Vaterland. Auch Fichtes „Reden an die deutsche Nation" waren zwar von großem geistigen Einfluß auf seine Zeitgenossen, konnten aber naturgemäß zu keinen praktischen Änderungen der von den Dynastien und deren Staatsmännern im alten partikularistischen Sinne betriebenen Politik führen. Fichte wandte sich „als Deutscher an Deutsche, schlechtweg nicht anerkennend, sondern durchaus beiseitesetzend all die trennenden Unterschiede, welche unselige Ereignisse seit Jahrhunderten in der einen Nation gemacht haben". Fichte forderte den nationalen deutschen Staat. Er glaubte, daß dies Ziel erreicht werden könnte durch Erziehung der Jugend zu vaterländischer Gesinnung und sittlichem Wollen.

Diese nationale Bewegung, wie sie in den Freiheitskriegen hervortrat, verflachte allmählich oder wurde von den regierenden Gewalten unterdrückt. Die in der heiligen Allianz vereinigten Monarchen suchten den bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten und unterdrückten alle jene

Bestrebungen, wie sie besonders in studentischen Kreisen hervortraten. Dann kam jene Bewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die auf die Errichtung des nationalen deutschen Kaisertums gerichtet war und in den Beratungen in der Paulskirche in Frankfurt a. M. ihren Ausdruck fand. Auch diese Bewegung schlug fehl. Sie stieß auf den Widerstand der in Deutschland regierenden Gewalten, der Dynastien, und es fehlte die staatsmännische Kraft, um solche Pläne durchzusetzen. So, kann man sagen, versickerte diese Bewegung allmählich. Es bedurfte erst des Erstehens des größten deutschen Staatsmannes Bismarck, um wiederum eine Änderung herbeizuführen und um einen großen deutschen Nationalstaat, wenn auch nicht den deutschen Nationalstaat, zu gründen.

Bismarck hat selbst in Reden, die er nach seinem Abschied gehalten hat, wiederholt ausgesprochen, wie es sich hier um ein klares Ziel handelte, wie seine Arbeit von Anfang an darauf gerichtet war. So sagte er am 14. April 1891 in einer Rede an eine Abordnung aus Kiel: „Mir stand bei Antritt meines Ministeriums und schon früher in Frankfurt die Überzeugung fest, daß wir nur durch die Wiedererweckung der deutschen Nationalität und durch die Einheit der deutschen Stämme die Fähigkeit, unter den europäischen Völkern frei zu atmen und zu leben, würden erringen können. Dies zu erreichen, stellte ich vorerst über alles . . . So war es meine Aufgabe, vor allem unser Nationalgefühl zur Entwicklung zu bringen." Er sagte weiter: „Für mich . . . handelte es sich darum, den Rest des deutschen Nationalgefühls, das unter der Asche glimmte, anzufachen."

Es ist bekannt, daß Bismarck zunächst auf großen Widerstand stieß, auf eine Verkennung seiner Absichten auch von seiten solcher, die nachher, als sie erkannten, was er wollte, voll mit ihm übereinstimmten. Es gelang diese Erweckung des Nationalgefühls, es gelang die Gründung des Deutschen Reiches. Bismarck hat, um dies zu erreichen, auch ein Mittel angewandt, das ihm persönlich unsympathisch war: die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Er tat dies, um das neue Deutsche Reich populär zu machen. Allerdings hat Bismarck nicht den deutschen Gesamtstaat, den die gesamte deutsche Nation umfassenden Staat schaffen können, er war nur imstande, eine Teillösung zu geben, wie sie mit Rücksicht auf die Dynastien allein möglich war.

Wir, die wir in diesem Reich groß geworden sind, haben uns meistens in der Vorkriegszeit nicht klargemacht, daß die nationalen Verhältnisse, die Verhältnisse der deutschen Nation, doch anders lagen, als

sie in dem Deutschen Reich und in dem Nachbarstaat, der Habsburgischen Monarchie, zum Ausdruck kamen. Die Deutschen in Österreich sind ja zum größten Teil, ebenso wie die Mehrzahl der in Bayern wohnenden Deutschen, Bajuwaren. Unter dem Gesichtspunkt der Nation betrachtet, stehen sie viel eher mit diesen Bayern im Zusammenhang als etwa die zum Stamme der Franken oder der Schwaben gehörenden staatlichen Bayern. So wurde nur eine Teillösung gegeben durch die Gründung des Deutschen Reiches, das zwar den größten Teil der deutschen Stämme, aber doch lange nicht alle umfaßte.

Dies hat dazu geführt, daß man im Deutschen Reich zwar ein Nationalgefühl hatte, daß aber dieses nicht auf die deutsche Nation als solche gerichtet war, sondern sich nur auf denjenigen Teil der Deutschen bezog, der staatlich in diesem Reiche vereinigt war. Man hatte sich daran gewöhnt, die Deutschen in Österreich als Österreicher anzusehen und nicht als Deutsche. Es ist infolge jener politischen Verhältnisse dahin gekommen, daß im Deutschen Reich der Vorkriegszeit niemals jemand im Ernst daran gedacht hat, daß man sich mit den Deutschen in Österreich zu einer staatlich vereinigten Nation zusammenschließen solle. Auf jener Seite hat es allerdings einmal eine Bewegung gegeben, die mit dem Gedanken eines Anschlusses der Deutsch-Österreicher an das Deutsche Reich umging. Es haben sich aber daraus ernsthafte Erörterungen nicht ergeben. So hat diese Spaltung der Deutschen, die auch darin zum Ausdruck kam, daß nicht alle auf zusammenhängender Bodenfläche wohnenden Deutschen in einem Staat zusammengeschlossen waren, dazu beigetragen, daß das Nationalgefühl im Deutschen Reich auch in der Neuzeit nicht in dem Maße entwickelt war, wie das in manchen fremden geschlossenen Nationalstaaten der Fall war.

Die Schwäche des deutschen Nationalgefühls, wie es sich aus den angeführten Momenten erklärt, hat wesentlich dazu beigetragen, daß manche internationale Bestrebungen und Strömungen in Deutschland größeren Anklang gefunden haben als im Bereich vieler anderer Staaten. Das gilt besonders von den internationalen Ideen der Sozialdemokratie und später des Kommunismus. Die von dem deutschen Juden Marx in London erdachten Ideen haben einen viel stärkeren Rückhalt und eine viel stärkere Auswirkung in Deutschland gefunden als etwa in England oder Frankreich. Die deutsche sozialdemokratische Partei, die von diesen Marxschen Ideen der Zusammengehörigkeit der Arbeiter in allen Ländern ausging, hat eine größere

Stärke erlangt, als das in den anderen Ländern der Fall war. Zu einer Zeit, zu der in England von einer politischen Arbeiterpartei noch kaum die Rede war, war in Deutschland bereits eine sehr starke, von internationalen Gedanken durchsetzte sozialdemokratische Partei vorhanden. Das Gleiche gilt im Verhältnis zu Frankreich.

Es kam dann eine Zeit, als der Weltkrieg ausbrach, in der die nationale Idee in den Vordergrund trat, in der alle Deutschen, auch diejenigen, die von internationalen Ideen erfaßt zu sein schienen, sich auf den Boden der gemeinsamen nationalen Verteidigung stellten. Ähnlich war es in den anderen Ländern. Indessen am Ende des Krieges gestaltete sich die Lage bei uns und in den uns feindlichen Ländern verschieden. In den Siegerländern trat eine beträchtliche Verstärkung des Nationalismus ein. In England konnte Lloyd George nach Ende des Krieges in den sogen. „Khakiwahlen" eine große Mehrheit für die von nationalistischem Geist erfüllte Koalition erlangen. In Frankreich hatte der nationale Block eine Zeitlang vollkommen die Herrschaft, wogegen die anderen Parteien keine Chancen besaßen. Bei uns in Deutschland erlebten wir, daß zunächst eine Stärkung der pazifistischen und internationalen Ideen erfolgte, dann aber eine Reaktion eintrat, die hervorgerufen wurde durch jene ungeheuer harten und unmöglichen Bedingungen, wie sie uns, unter dem Einfluß jenes Nationalismus in den anderen Ländern, in dem Versailler Diktatfrieden auferlegt wurden. Diese Reaktion führte wiederum zu einer Belebung des Nationalismus. Andererseits errang besonders in den durch den Kriegsausgang und die Maßnahmen unserer Gegner verursachten Zeiten großer wirtschaftlicher Not der Kommunismus Erfolge.

Auch in der Gegenwart ist im deutschen Volk nicht ein so einheitliches Nationalgefühl vorhanden, wie man es etwa in England findet. Aber dieses Nationalgefühl begreift jetzt nicht nur die im Deutschen Reich zusammengefaßten Angehörigen des deutschen Volkes in sich, sondern es erstreckt sich auch auf die Deutschen, die außerhalb der deutschen Grenzen leben. Die Reichsdeutschen betrachten jetzt die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen nicht mehr wie früher als Österreicher oder sonstige Fremde, sondern als Deutsche. Und umgekehrt tritt dem, der aus Deutschland herauskommt, entgegen, daß auch die Auffassung der Deutschen im Ausland, die anderen Staaten angehören, eine andere geworden ist. Wenn früher die Österreicher sich als Österreicher fühlten und nicht als Deutsche, so ist das jetzt nicht

mehr der Fall, sondern es ist in dem ganz überwiegenden Teil der Deutsch-Österreicher die Empfindung vorhanden, daß sie genau so Deutsche sind wie wir anderen auch. Auch sonst ist das Deutschtum in der ganzen Welt sich mehr als früher der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Volk bewußt geworden.

Es bedarf noch eines Rückblickes auf die Entwicklung des Nationalismus in anderen Teilen Europas. Die napoleonische Unterdrückung hatte zur Empörung auch anderer Völker geführt, insbesondere der Spanier, die in den Kämpfen seit 1808 ein sehr starkes Nationalgefühl an den Tag legten. Auch nach dem Abschluß der napoleonischen Kriege, welche zur Rückgängigmachung der französischen Eroberungen führten, sind Nationalitätenkämpfe und Bewegungen in verschiedenen Teilen Europas, deren Bewohner sich von der ihnen auferlegten Fremdherrschaft zu befreien suchten, nicht zum Aufhören gekommen. In Griechenland trat von 1821 ab die Bewegung zur Befreiung der griechischen Nation hervor. Sie erhielt dank der Einmischung der Großmächte im Jahre 1827 ihre Lösung dadurch, daß Griechenland als unabhängig erklärt wurde. 1830 kam der polnische Aufstand. Der polnische Nationalismus loderte auf. Die Polen versuchten, sich von Rußland zu befreien, wurden jedoch niedergeworfen. Es kamen die polnischen Aufstände 1846–48. Dann der Aufstand im Jahre 1863. Die Polen sind ein Volk, das zwar in der Fähigkeit zur staatlichen Organisation in seiner geschichtlichen Entwicklung große Mängel gezeigt hat, das aber von sehr starkem Nationalgefühl erfüllt ist. Es war eine völlige Verkennung der nationalen Empfindungen und der Verhältnisse des polnischen Volkes, wenn man im Weltkrieg auf deutscher Seite die Gründung eines Königreichs Polen aus dem zu Rußland gehörenden Teil Polens versucht hat. Man muß sich wundern, daß eine solche Maßregel getroffen wurde; denn kein anderer als Bismarck hat in ungemein klarer und schlagender Weise die Gründe dargelegt, die dagegen sprechen würden. Im Jahre 1863, als jener Aufstand in Polen tobte, waren starke Sympathien für die polnische Aufstandsbewegung in Preußen vorhanden. Bismarck hatte große Schwierigkeiten, seine Politik der Unterstützung Rußlands gegenüber dem Preußischen Landtag durchzusetzen. Damals hat er in den Jahren 1863 und 1867 in Reden vor dem Preußischen Landtag ausgeführt, wie vollständig verfehlt der Gedanke sein würde, daß man daran denken könnte, daß sich ein selbständiges Polen lediglich aus russischem Gebiete bilden würde und wohlfühlen könnte. Es sei damit zu rech-

nen, daß die Polen die Aufrichtung der Gesamtnation unter Hineinnahme der zu Preußen und Österreich gehörenden Teile anstreben würden. Wie richtig diese Ansicht gewesen ist, haben die Ereignisse im Weltkrieg gezeigt.

Es kam weiter zu den nationalen Erhebungen auf dem Balkan gegen die Türkenherrschaft, in Moldau und in der Wallachei; im Jahre 1860 wurde der rumänische Staat gebildet. Im weiteren Verlauf kam jene Erhebung, die zur Bildung Serbiens und Bulgariens führte. Im Falle von Serbien können wir bemerken, wie alt eingewurzelt das serbische Nationalgefühl ist. Die Serben waren im Jahre 1389 in der Schlacht auf dem Amselfelde gegen die Türken unterlegen. Zur Erinnerung daran feiern sie diesen Gedenktag bis auf den heutigen Tag. Der Nationalismus der Serben, der zur Vereinigung mit den unter österreichischer Herrschaft stehenden Stammesgenossen in einem Großserbien drängte, hat später in der Entwicklung, die zum Weltkrieg führte, eine große Rolle gespielt.

So ist in dem Jahrhundert, das dem Weltkrieg vorausging, allenthalben in Europa ein Anwachsen des Nationalismus erfolgt. Neben die alten Staaten nationaler Einheit, wozu vor allem England und Frankreich gehörten, trat die auf nationalen Gedankengängen beruhende Gründung des Deutschen Reiches und des Königreichs Italien, sowie die Errichtung einer Reihe von nationalen Staaten auf dem Balkan. Nicht minder stark als in diesen letzteren war der Nationalismus mancher unter fremder Herrschaft verbliebener Volksteile, was besonders in den wachsenden Nationalitätskonflikten in Österreich-Ungarn zum Ausdruck kam.

Die Entwicklung des Imperialismus

Das Ziel des Nationalismus auf zusammenhängender Bodenfläche lebender Volksgenossen ist in der Regel die Herstellung eines einheitlichen Nationalstaates. Erst wenn eine Nation oder Teile einer Nation staatlich organisiert sind, so daß eine staatliche Macht vorhanden ist, ist eine Wirkung nach außen möglich. Es besteht insofern ein Zusammenhang zwischen dem Nationalismus und dem Imperialismus. Manche Gelehrte meinen, daß ein Gegensatz zwischen ihnen bestände, indem der Nationalismus auf die Gründung eines Nationalstaates gerichtet sei, der Imperialismus dagegen über die nationalen Grenzen hinausgehe. Das letztere ist richtig, aber der Zusammenhang besteht: Es kann ein Imperialismus erst auf der Grundlage zur Entstehung gelangen, die der Nationalismus schafft.

Bei dem Imperialismus handelt es sich keineswegs um etwas ganz Neues in der Geschichte. Es liegt hier ähnlich wie bei dem Nationalismus, der auf der Fortentwicklung ursprünglicher Empfindungen der Stammes- und Volksgemeinschaft beruht. Auch bei dem Imperialismus handelt es sich um die Fortsetzung solcher Bestrebungen, wie sie früher vorhanden waren und wie sie im Wesen der politischen Kräfte und Strömungen der Nationen liegen. Dasjenige, was neu hinzugekommen ist und dem Imperialismus einen anderen Charakter gibt, liegt in der modernen Entwicklung der Technik, Wirtschaft und Kultur. Im Grunde handelt es sich trotzdem um dieselben Dinge wie in früheren Zeiten, nur in weit größerer Ausmessung.

Es liegt nahe, bei dem Imperialismus an das römische Imperium zu denken, denn von ihm ist der Name ursprünglich gekommen. Es handelte sich um die Ausdehnung der römischen Macht auf andere Teile der Welt, auf die damals bekannte Welt. Insofern ist der Charakter derselbe wie bei manchen jener neuzeitlichen Bewegungen, die unter den Begriff des Imperialismus fallen. Der Unterschied liegt hauptsächlich darin, daß es sich damals um ganz andere Formen der Entwicklung handelte. Das Römische Reich war ein wirtschaftlich auf Sklaventum aufgebautes Reich. Es lagen die wirtschaftlichen Ver-

hältniſſe vollkommen anders als jetzt, obwohl auch in der Neuzeit engliſche Schriftſteller geradezu Vergleiche zwiſchen dem Römiſchen und dem Britiſchen Reich gezogen haben. Die Grundidee des Imperialismus, der Ausdehnung der eigenen Macht auf fremde Länder, findet ſich aber auch in Zeiten und bei Nationen, bei denen von Streben nach Weltherrſchaft nicht die Rede war. Leopold von Ranke, der große deutſche Geſchichtſchreiber, hat in dem Eingang ſeiner Weltgeſchichte als Grundſatz der hiſtoriſchen Geſchichte feſtgeſtellt, daß der Beſitz der Erde nun einmal der Kampfpreis iſt, um den die Völker ringen. Dieſes Ringen um Erweiterung der eigenen Bodenfläche, um Erlangung eines größeren Teiles der Erdoberfläche fand zu allen Zeiten ſtatt, lange, ehe von einem Imperialismus die Rede war.

In der Neuzeit würde man von einem Imperialismus wohl ſchon von jener Zeit ab ſprechen können, in welcher europäiſche Nationen begannen, große Teile der Welt, insbeſondere in Überſee, in Beſitz zu nehmen, wo es ſich darum handelte, die Welt zwiſchen den Nationen zu verteilen. Ende des 15. Jahrhunderts, als Amerika entdeckt war, begannen jene beiden Völker, welche damals die hauptſeefahrenden Nationen waren, die Portugieſen und die Spanier, ſich jener überſeeiſchen Länder zu bemächtigen. Durch eine Bulle des Papſtes Alexander VI. wurde die Welt verteilt. Öſtlich von der von ihm feſtgeſetzten Demarkationslinie ſollten alle Länder den Portugieſen und weſtlich den Spaniern gehören. Dieſe Beſtrebungen waren auf die Gründung von Weltreichen gerichtet. Sie führten allerdings im weiteren Verlauf nicht dazu, indem als erfolgreiche Konkurrenten die Holländer, Engländer und Franzoſen auftraten. Aber auch die Beſtrebungen der letzteren Nationen boten das Bild ſolcher auf Gründung von Weltreichen gerichteten Beſtrebungen. Man würde mit Fug und Recht den Namen Imperialismus darauf anwenden können.

Tatſächlich iſt dieſer Name aber, wie S. 9 dargelegt, erſt weit ſpäter entſtanden, und man hat ihn erſt auf die neuere Entwicklung angewandt. Aber irgendein tiefgehender, durchſchlagender Unterſchied zwiſchen jenen Beſtrebungen und den ſpäteren iſt nicht vorhanden, denn das Weſentliche des Imperialismus beſteht eben darin, die eigene Macht auf fremde Länder auszudehnen. Gewiſſe Unterſchiede beſtehen allerdings zwiſchen den als Imperialismus bezeichneten modernen Vorgängen und den früheren.

Sie erſtrecken ſich ſowohl auf das politiſche Gebiet als auch auf das wirtſchaftliche. Durch die moderne Technik ſind große Verände-

rungen hervorgerufen, einmal in bezug auf die Nationen, welche imperialistische Ziele verfolgten, andererseits in bezug auf die Objekte dieses Imperialismus. In früheren Zeiten haben die Menschen immer nur aus dem Boden leben können, auf dem sie wohnten. Gewiß, es hat auch im Altertum große Städte, wie Rom, gegeben, in denen Menschenzusammenballungen stattfanden, zu denen von weither Nahrungsmittel und Rohstoffe herangeführt wurden. Aber derartiges war eng begrenzt. Es traf nur auf solche Orte zu, die an der See oder an Flüssen lagen und leicht erreichbar waren, und nur auf solche Machtzentren, welche größere Teile der Erdoberfläche beherrschten und in der Lage waren, die Heranführung von Lebensmitteln und anderen Stoffen anzuordnen. Aber im Altertum und Mittelalter war es nicht möglich, daß ganze Länder übervölkert waren und daß die Nahrungsmittel aus weiter Ferne herbeitransportiert wurden.

Ein solcher Zustand konnte erst entstehen mit der Entwicklung der modernen Technik, mit der Entwicklung des Verkehrs. So war es erst mit der Erfindung der Dampfmaschinen, der Eisenbahnen und Dampfer möglich, daß früher ungeahnte Mengen von Artikeln des Gewerbefleißes in bestimmten Bezirken hergestellt und daß Transporte mit großer Schnelligkeit von Land zu Land geführt wurden. Es war erst vom Ende des 18. Jahrhunderts an, daß zunächst in England eine solche Entwicklung erfolgte. Im 19. Jahrhundert nahm sie große Dimensionen an. Es folgte die Entwicklung in anderen Ländern, erst verhältnismäßig spät in unserem eigenen Vaterlande. Diese Entwicklung ist so schnell gegangen, daß es manchmal schwer ist, sich zu vergegenwärtigen, wie die Verhältnisse vor nicht langen Zeiten so ganz andere gewesen sind wie heute, daß z. B. die Zeiten nicht allzu fern hinter uns liegen, in denen England Agrarland war und eine Bevölkerung von nur 6 Millionen Einwohnern hatte. Das war noch im 18. Jahrhundert der Fall. Zu jener Zeit hatte Frankreich bereits eine Bevölkerung von 24 Millionen, welche Zahl es annähernd schon im 17. Jahrhundert unter Ludwig XIV. erreicht hatte. Jetzt ist England ein dichtbevölkertes Land von 44 Millionen Einwohnern und hat Frankreich erheblich hinter sich gelassen. In dem früheren Agrarlande England, in dem eine nicht sehr dichte Bevölkerung sich aus dem Boden selbst erhielt, wohnen jetzt die Massen von Menschen, die ihre Nahrung nur zum kleineren Teil aus England selbst erhalten, und zum weitaus größeren Teil aus der Einfuhr von Nahrungs- und Rohstoffen von Übersee ernährt werden. Bei unserem eigenen Vaterlande liegt die Zeit,

in der es Agrarland war, noch nicht so weit zurück. Die Bevölkerung vor etwa hundert Jahren wird auf 25 Millionen geschätzt. Sie betrug zur Zeit der Reichsgründung etwa 40 Millionen. Das war eine Bevölkerung, die wesentlich aus dem deutschen Grund und Boden erhalten werden konnte. Es hat lange gedauert, bis sich dieser Zustand änderte. Noch in den 80er Jahren war der Überschuß der Nahrungsmitteleinfuhr über die -ausfuhr kein bedeutender. Damals wurde das Wesentlichste auf dem eigenen Boden erzeugt. Zu jener Zeit betrug die Bevölkerungsziffer im Deutschen Reich pro Quadratkilometer 84 Köpfe. Erst in der Folgezeit geschah im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Industrie jene gewaltige Zunahme der Bevölkerung, die zu einer Bevölkerungszahl von 120 pro Quadratkilometer im Jahre 1910 führte. Jene fast 67 Millionen Menschen konnten nicht mehr von den Erzeugnissen des deutschen Bodens leben. Der größere Teil der Bevölkerung war nicht mehr in der Landwirtschaft, sondern in der Industrie und in sonstigen Berufen tätig.

Die umwälzende Änderung in der Struktur der Wirtschaft und der Menschenverhältnisse ist erst erfolgt, seitdem die Maschinen erfunden wurden, seitdem die Dampfkraft entdeckt wurde, seitdem die Kohlen und andere Rohstoffe kraft der Erfindungen in dieser modernen Weise ausgebeutet wurden. Erst damit war die Grundlage gegeben, auf der größere Menschenzusammenballungen in ganzen Ländern stattfinden konnten. Aber das allein genügte nicht, sondern dazukommen mußte die Entwicklung des Transportes. Erst von dem Zeitpunkte ab, in dem Eisenbahnen und andere Transportmittel vorhanden waren, war es möglich, größere Bevölkerungen zu ernähren, für die die Erträgnisse des eigenen Landes nicht hinreichten. Dazu war nicht ausreichend, daß in den Kulturländern, in welchen eine stärkere Bevölkerung infolge dieser Entwicklung sich bildete, die Transportmittel entwickelt waren, sondern es mußten solche Transportmittel auch in fernen Ländern hergestellt werden. Es mußte die Möglichkeit geschaffen werden, daß Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Innern entfernter Länder erst an die Küste und von dort mit dem Schiffsverkehr zu den zu ernährenden Bevölkerungen gebracht wurden. Wenn z. B. irgendwo im Innern Afrikas, dort, wo von den verschiedenen Getreidearten hundertfache Frucht getragen wird, noch so große Flächen und noch so große Erntemengen vorhanden waren, so war es gar nicht möglich, sie irgendwie nutzbar zu machen, sondern, wenn ein Überschuß über den eigenen Bedarf der dort ansässigen Bevölkerung vorhanden war,

so verfaulte er einfach, denn es war unmöglich, diese Ernte irgendwie an den Weltmarkt heranzubringen. Also die Erbauung von Eisenbahnen auch in solchen entlegenen Ländern ist die Voraussetzung dafür, daß große überschießende Bevölkerungen hier in Europa ernährt werden können.

So hat sich der Zustand, wie er früher in der Geschichte nie dagewesen ist, gebildet, daß beträchtliche Teile der Bevölkerung großer Länder vollkommen von Übersee leben. Das gilt für England, das gilt für Deutschland, das gilt für Belgien und noch manche anderen jener Länder, die eine starke Industrie besitzen.

So hat sich das Bild gegen früher durchaus geändert. Wenn man früher überseeische Gebiete erwarb, so tat man es gewiß auch im Hinblick auf die Wirtschaft, auf die Vorteile, die man erhielt. Aber das, was aus jenen Ländern ausgeführt wurde, war doch nur eine außerordentlich beschränkte kleine Menge von Gütern, verglichen mit der Gegenwart. Wenn man einmal die Handelszahlen aus früheren Jahrhunderten nachschlägt, etwa in dem Handel zwischen England einerseits und Afrika andererseits, so ist man überrascht, um was für geringe Mengen es sich da handelte. Da stößt man in den früheren Zeiten auf Werte von einigen Millionen Mark im Jahr als Handel zwischen dem meistentwickelten Lande England und überseeischen großen Ländern. Man stößt im weiteren Verlauf auf Zahlen, die wenige hundert Millionen von Mark ausmachen. So betrug z. B. um das Jahr 1700 herum der gesamte Exporthandel Englands nach ganz Afrika nur ungefähr 100 000 Pfund Sterling (2 Millionen Mark). Und selbst 70 Jahre später, um 1770, war dieser Handel erst auf das Zehnfache angewachsen. Er betrug noch nicht einmal eine Million Pfund Sterling, also rund 20 Millionen Mark. Selbst wenn man den verschiedenen Geldwert berücksichtigt, so ist doch ein ganz ungeheurer Unterschied zwischen dem, was damals den Handel ausmachte und dem, was heutzutage an Milliardenwerten zwischen den Haupthandelsländern und anderen Kontinenten hin und her geht. Es hing das einmal zusammen mit den Verkehrseinrichtungen. Jene kleinen Segelschiffe konnten keine sehr große Mengen transportieren. Andererseits aber hing es damit zusammen, daß damals die Länder sich selbst aus ihren Agrarprodukten ernährten, so daß gar kein Bedürfnis dafür vorhanden war, aus dem Innern jener Überseeländer Agrarprodukte auszuführen. Es fehlten auch in den überseeischen Ländern die Verkehrseinrichtungen. Man konnte gar nicht so große Men-

gen, die zur Ernährung von Millionen von Menschen hätten dienen können, aus dem Innern Amerikas oder Afrikas in den Handel bringen. Man kann sich heute noch ein richtiges Bild von dem Zustand der überseeischen Länder machen, wie er allgemein vor der Erfindung der Dampfmaschinen, Eisenbahnen usw. gewesen ist. Denn auch heutzutage gibt es noch solche Länder. Die Möglichkeit, Massen von Getreidearten oder sonstigen Massenprodukten aus dem Innern eines Landes an die Küste zu schaffen, ist nur dort gegeben, wo Transportmittel geschaffen sind, wo Eisenbahnen oder Autos vorhanden sind. Denn der Transport würde sich auf größere Entfernungen nicht lohnen oder er wäre ganz unmöglich, wenn er mit Pferden oder Ochsen ausgeführt werden müßte. Noch ungünstiger ist die Sache, wenn es sich um tropische Länder handelt, wo die Tierkrankheiten die Möglichkeit des Haltens von Zugtieren ausschließen, und die Transporte auf Köpfen oder Rücken von Trägern vorgenommen werden müssen.

So fehlten früher auf der einen Seite die Transporteinrichtungen, auf der anderen der Bedarf an überseeischen Massenprodukten, denn die Völker konnten sich aus dem eigenen Lande selbst ernähren. In beiden Beziehungen ist nun in der Neuzeit eine völlige Änderung erfolgt. Durch die Industrieentwicklung ist die Möglichkeit geschaffen, daß viel mehr Menschen in einem Lande leben können, als aus dessen Bodenprodukten erhalten werden können. Die Entwicklung des Transportwesens hat es ermöglicht, daß diese Menschen von außen her erhalten werden. So werden tatsächlich beträchtliche Teile der europäischen Bevölkerung aus weit entfernten überseeischen Ländern erhalten. Große Mengen an Nahrungs- und Genußmitteln, wie Öle und Fette, Reis, Mais, Kakao, Kaffee, Tee, Tabak kommen aus entfernten Gegenden der Welt. Dasselbe gilt für die Rohstoffe für die Industrie, wie Wolle, Baumwolle, Jute, Sisalhanf, Kautschuk, Mineralien verschiedener Art.

Diese moderne Entwicklung hat dahin geführt, daß jetzt für die Ausdehnungsbestrebungen der Länder weitere Gesichtspunkte als früher maßgebend sind. Früher handelte es sich darum, einmal Länder zu haben, in welchen der Überschuß der heimischen Bevölkerung sich niederließ. Das waren insbesondere jene englischen Kolonien in Amerika, aus denen die Vereinigten Staaten entstanden sind, Kanada, in der Südsee Australien, Neuseeland usw., in denen sich nun allmählich neue weiße Nationen entwickeln. Ferner handelte es sich darum, irgendwelche Stützpunkte in Übersee zu gewinnen. Es handelte sich

weiter darum, solche überseeischen Produkte, die besonders wertvoll waren, einzuführen. In früheren Zeiten war das Streben besonders auf Gold und Silber gerichtet, dann kamen die Gewürze, die ungeheuer hoch bezahlt wurden. Es waren der Quantität nach verhältnismäßig nicht sehr große Mengen, die herauskamen. Ein Schiff stellte einen großen Wert dar, wenn es etwa mit Gewürz beladen war. Aber es handelte sich noch nicht darum, die heimische Bevölkerung durch Einfuhr von Übersee zu ernähren.

Erst in der späteren Zeit, der der Dampfmaschinen, der Industrieentwicklung und der Übervölkerung der Industrieländer tritt dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund. Die Ausdehnung des eigenen Herrschaftsbereiches über andere Länder, geschah nun auch zu dem Zweck, um Nahrungsmittel und Rohstoffe zu erhalten zur Ernährung und Erhaltung der eigenen Bevölkerung und für die heimische Industrie.

Im Zusammenhang hiermit zeigte sich nunmehr ein Kampf um die Rohstoffe zwischen den verschiedenen Nationen. Man hat deswegen von einem wirtschaftlichen Imperialismus gesprochen. Es handelt sich darum, daß die Mächte für ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse die Rohstoffquellen mit Beschlag zu belegen suchen. Das Bestreben beschränkt sich nicht darauf, möglichst viel Länder zu besitzen, sondern die Rohstoffquellen zu erfassen oder zum mindesten die Verfügungsgewalt über sie zu erlangen. Es mag nur an den Kampf um das Petroleum erinnert werden, der sich zwischen Amerika und England abspielt, verkörpert auf der einen Seite durch die große amerikanische Standard Oil Company, auf der anderen Seite durch die englisch-holländische Royal Dutch Shell-Gruppe und die Anglo Persian Oil Company, an der die englische Regierung beteiligt ist. Es sind hauptsächlich die Amerikaner und die Engländer, die sich gegenseitig die Petroleumfelder streitig zu machen suchen. Wo immer die Möglichkeit von Petroleumvorkommen vorhanden zu sein scheint, haben diese großen Gesellschaften die betreffenden Gebiete mit Beschlag belegt oder suchen sich die Ölkonzession zu sichern. Unmittelbar nach dem Krieg ging der Streit um das Petroleum in Mossul (Mesopotamien), an dem eine deutsche Beteiligung vorgelegen hatte. Der Streit wurde dann in der Weise geschlichtet, daß den amerikanischen Interessenten von englischer Seite gewisse Konzessionen der Beteiligung an den Ölvorkommen gemacht sind. Dieses Ringen erstreckt sich auf die ganze Welt und ist in neuester Zeit besonders intensiv geworden mit bezug auf das russische Petroleum (s. S. 345 ff.).

Dann sehen wir die Bestrebungen auf dem Gebiete eines anderen Hauptrohstoffs, des Kautschuks, durch Einschränkung des Kautschukanbaus in den Hauptproduktionsländern im englischen und holländischen Besitz die Preise zu kontrollieren. Das Hauptabnehmerland Amerika sieht sich dadurch geschädigt und seine Interessenten trachten danach, durch Anlage eigener Kautschukplantagen dieser monopolistischen Preisbildung entgegenzuwirken. Auch bei der Baumwolle, bezüglich deren die Vereinigten Staaten von Amerika eine Art Monopolstellung haben, tritt das Bestreben hervor. Da versucht wiederum das Britische Reich, sich möglichst unabhängig zu machen. Nicht nur, daß es in Ägypten, wo ja immer eine besonders gute Art Baumwolle gewonnen wurde, den Baumwollbau zu erweitern sucht, sondern in anderen Ländern innerhalb des Britischen Reichs sind gleichfalls Bemühungen im Gange, um an den verschiedensten Stellen eine bedeutende Erweiterung der Baumwollproduktion herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit diesen wirtschaftlichen Bestrebungen und im Zusammenhang mit dem Jagen nach Rohstoffen steht ein ungemein starkes Anwachsen des Kapitals und Hineinwirken des Kapitals in die imperialistischen Bestrebungen. Es waren schon vor dem Kriege große Kapitalkonzentrationen in verschiedenen Ländern erfolgt. An der Spitze stand England mit seinem ungeheuren Kapital und großen Banken. Es hatte große Kapitalien außerhalb Englands vestiert, nicht nur innerhalb des Britischen Reiches, sondern auch in einer Reihe anderer Länder, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika. Frankreich hatte große Kapitalanlagen im Ausland, allerdings zum großen Teil nicht in überseeischen Ländern, sondern in Rußland, und zwar in Form von Anleihen für das Russische Reich und die russischen Eisenbahnen, Anleihen, die überwiegend mit militärischen und strategischen Zielen zusammenhingen, und dazu gedient haben, um für den Krieg zu rüsten. Später erst kam Deutschland. Die Kapitalkonzentration in den großen deutschen Banken war bedeutend. Die deutschen Kapitalanlagen im Ausland erreichten eine bedeutende Höhe, wenn sie auch erheblich hinter den englischen zurückblieben.

Dieser Kapitalismus erstreckte seine Wirksamkeit weit in die verschiedensten Teile der Welt und hat einen großen Einfluß gehabt gerade für die Entwicklung mancher jener Dinge, die man als in das Gebiet des Imperialismus gehörend ansehen muß. Um ein Beispiel aus unserer eigenen deutschen Entwicklung anzuführen, so war das Unternehmen der Bagdadbahn wesentlich mit von der Deutschen

Bank finanziert. Es handelte sich hier um ein wirtschaftliches Unternehmen, das dazu dienen sollte, die Verbindung nach dem Innern Kleinasiens und nach Mesopotamien herzustellen. Es war im wesentlichen dazu bestimmt, der deutschen und türkischen Wirtschaft zu nützen. Die Absicht ging keineswegs dahin, daß Deutschland daran gedacht hätte, das Land oder einen Teil desselben zu erwerben. Es handelte sich nur darum, wirtschaftlichen Einfluß zu erlangen. Aber doch mußte dies notwendigerweise dazu führen, daß auch ein politischer Einfluß sich ergab, daß die Stellung Deutschlands in diesem Teil der Welt eine andere wurde, als sie früher gewesen war. Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Stellung Deutschlands in diesem Teil der Welt wurde verstärkt.

Von manchen wissenschaftlichen und politischen Schriftstellern, die auf dem Boden des Marxismus stehen, wird der Imperialismus lediglich aus dieser modernen Entwicklung des Kapitalismus erklärt und als eine moderne Form des Kapitalismus betrachtet. Der bekannte Sozialtheoretiker Kautsky hat über den Imperialismus folgende Ansicht geäußert[1]): „Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitals. Er besteht in dem Drange, jeder industriellen kapitalistischen Nation sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird." Das Wesen des Imperialismus bestehe darin, daß ein Industrieland sich agrarische Länder, die ökonomisch und daher auch politisch rückständig seien, anzueignen suche. Es ist etwas Richtiges an dieser Auffassung, aber sie ist keineswegs erschöpfend. Der Imperialismus macht nicht halt bei agrarischen Gebieten, er geht weiter. Er versucht alle Arten von Gebieten sich anzueignen.

Man braucht nur die Tatsachen der Weltgeschichte, der imperialistischen Bestrebungen anzusehen, um zu finden, daß der Imperialismus in seinem Aneignungsverlangen sich keineswegs auf Agrarländer beschränkt. Im Gegenteil, man findet, wie sich manche dieser Bestrebungen auf Industriegebiete gerichtet haben, wenn beispielsweise Frankreich das industriell hoch entwickelte Lothringen zu erringen suchte und seine Wünsche sogar auf das Saargebiet ausdehnte. Wenn man das Britische Reich betrachtet, so findet man, wie zwar ursprünglich der größte Teil der dazu gehörigen Kolonialländer große Gebiete mit

[1]) Karl Kautsky, Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund. Nürnberg 1915, S. 15.

agrarischem Charakter waren. Aber innerhalb des Britischen Reiches, das der Imperialismus gerade zu einer Einheit zusammenzuschließen sucht, hat sich in wachsendem Maße die Industrie entwickelt. In Kanada ist eine bedeutende anwachsende Industrie vorhanden, die sich nach amerikanischem Muster zu entwickeln sucht. In Indien ist eine große Industrie entstanden, die die Baumwolle im Lande fabrikmäßig bearbeitet. In Australien sind gleichfalls bedeutende Anfänge einer Industrie vorhanden. Man kann sagen, daß überhaupt in vielen Teilen der Welt die Bestrebungen in der Neuzeit darauf gerichtet sind, eine starke industrielle Entwicklung dort hervorzurufen, wo früher nur Agrarentwicklung war, Bestrebungen, die dahin gehen, möglichst dort, wo die Rohstoffe selbst erzeugt werden, auch die fabrikmäßige Verarbeitung vorzunehmen. So kann man gerade im Hinblick auf den britischen Imperialismus nicht sagen, daß der Begriff des Imperialismus sich darin erschöpfe, daß Industriestaaten Agrarländer in ihren Bereich zu ziehen suchten. Wir brauchen auch nur an andere Fälle zu denken, die praktisch vorgekommen sind, etwa an den britischen Imperialismus, der nach Transvaal und dem Oranje-Freistaat griff, der diese Länder dem Britischen Reich durch Krieg mit Gewalt einverleibte, um zu finden, daß auch hier nicht die Aneignung von Agrarländern der maßgebende Gesichtspunkt für das britische imperialistische Vorgehen war. Es handelte sich zwar bei den Burenstaaten um Länder landwirtschaftlichen Charakters, aber der Grund, der zu der Einverleibung dieser Länder in das Britische Reich geführt hat, war ihr Goldreichtum. Es mag ferner erinnert werden an die Bestrebungen imperialistischer Staaten, sich Länder mit Öl- oder Mineralvorkommen (z. B. Mossul) zu sichern. Auch in diesen Fällen *versagt* der Gedanke, wie ihn Kautsky in seiner Begriffsbestimmung dargelegt hat. Der Imperialismus ist nicht auf Landerwerbungen beschränkt, er ist umfassender, er strebt danach, überhaupt den eigenen Spielraum der Betätigung, im ganzen gesehen, zu erweitern. Ich möchte eine Wendung anführen, die Spengler in seinem „Untergang des Abendlandes" gebraucht. Er meint: Das Ziel der Politik ist das „Wachstum der eigenen Lebenseinheit auf Kosten der anderen". Man könnte diese Worte in anderer Gestaltung auf den Imperialismus anwenden. Er ist das Wachstum des eigenen Macht- und Wirtschaftsbereiches auf Kosten anderer Länder und Völker.

Eine noch weitergehende Auffassung bezüglich des kapitalistischen

Charakters des Imperialismus hatte derjenige Mann, der den Marxismus in Reinkultur vertreten hat, der einzige, der in die Lage gekommen ist, seine Ideen in größtem Stil in die Praxis umzusetzen, nämlich Lenin, der verstorbene Führer des Bolschewismus. Er hat ein Buch veröffentlicht: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus". Diese Schrift war bereits im Jahre 1916 in Zürich geschrieben, ist dann später in wenig veränderter Form 1920 von ihm nochmals veröffentlicht und mit einem Vorwort versehen worden. Lenin gibt die Definition des Imperialismus dahin, daß er sagt: der Imperialismus sei „das monopolistische Stadium des Kapitalismus"[1]). Er führt aus, daß der Imperialismus als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt erwachsen sei. Er sei zum kapitalistischen Imperialismus erst dann geworden, als auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe einige seiner Grundzüge sich in ihr Gegenteil umzuwandeln begannen und durchweg Formen einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnung sich herausbildeten und sichtbar wurden.

Lenin meinte also, daß der Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium nur das Übergangsstadium wäre zu dem Zustand, den Lenin selbst in seiner kommunistisch-bolschewistischen Ordnung herbeizuführen suchte. Demgegenüber hebt Kautsky mit Recht hervor, daß der Imperialismus nicht mit dem modernen Kapitalismus identisch ist und nicht eine Phase oder ein Stadium des Kapitalismus ist, sondern eine Politik. Im übrigen liegt bei den Gedankengängen Lenins zunächst der Irrtum zugrunde, als ob solche großen Wirtschaftsleistungen, wie sie den monopolistischen Unternehmungen eines Rockefeller und anderer zugrunde liegen, von der Leitung eines kommunistischen Staatswesens vollbracht werden könnten. Bei den großen Wirtschaftsentwicklungen handelt es sich um individuelle Leistungen. Bei den Unternehmungen spielt die Führung und Leitung desjenigen, der an der Spitze steht, die Hauptrolle. Es handelt sich einmal um die Fähigkeiten des Betreffenden, dann aber auch um die Organisation. Bei gleichen Fähigkeiten wird ein Mann, der an staatliche Vorschriften gebunden ist, in wirtschaftlicher Tätigkeit viel weniger leisten können, als der in freier Wirtschaft stehende. Höchstleistungen auf

[1]) N. Lenin, Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. Neue Aufl. Wien-Berlin 1925, S. 79.

wirtschaftlichem Gebiet sind nur bei Freiheit der Disposition des Leiters möglich. Er muß in der Lage sein, nach eigenem Ermessen ein Risiko auf sich zu nehmen, das unter Umständen auch zum Verderben führen kann. Das ist in einem sozialisierten Staat unmöglich. Wir haben bei uns in Deutschland in der Zwangswirtschaft eine solche Gemeinwirtschaft erlebt; wir haben gefunden, daß da nicht die großen Leistungen erzielt werden konnten, sondern daß im Gegenteil erhebliche Mängel hervortraten.

Das zweite ist, daß bei einer Gemeinwirtschaft ein Hauptbeweggrund des menschlichen Lebens wegfällt, und zwar das Privatinteresse. Die Erfahrung zeigt, daß auf wirtschaftlichem Gebiet dieser Antrieb zur Erzielung von Höchstleistungen nicht entbehrt werden kann. Der hohe Stand der kapitalistischen Wirtschaft ist gerade wesentlich mit unter dem Einfluß des Privatinteresses erzielt worden. Der Gedanke, daß dies ein Übergangsstadium zu einem Zustand darstelle, in dem das Privatinteresse ganz wegfällt, erscheint völlig abwegig.

Was die Monopole anbetrifft, so spielen sie in der Tat in der Gegenwart eine große Rolle, sie haben sie auch schon vor dem Weltkriege gespielt. Es ist unzweifelhaft, daß die Versuche, über große Gebiete, vielleicht auch über die ganze Welt eine Monopolwirtschaft für Rohstoffe einzuführen, von großer Bedeutung für die imperialistischen Bestrebungen ist. Ebenso ist die Konzentration des Kapitals dafür von großer Wichtigkeit. Manches von dem was Hilferding[1]) über das Finanzkapital ausführt, ist zutreffend. Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht mehr den Industrien, die es anwenden, sondern sie erhalten die Verfügung über dieses Kapital durch die Banken, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertreten. Andererseits müssen die Banken bei der Entwicklung der Verhältnisse einen immer wachsenden Teil ihres Kapitals in die Industrie hineinstecken. Sie werden damit in einem größeren Umfange industrielle Kapitalisten, also das Geld der Banken ist nicht mehr, wie das früher war, lediglich Geld, das auf den Banken zu irgendwelcher Verwendung vorhanden ist, sondern es wird als industrielles Kapital verwandt. Es handelt sich in solchen Fällen um Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industrien. Aber es gibt ein ganz falsches Bild, wenn man diese kapitalistischen Bestrebungen mit dem Imperialismus identifizieren will. Beim Imperialismus handelt es sich um Ausdehnungsbestrebungen, um Dinge, die weit über das Bereich der bloßen Wirt-

[1]) R. Hilferding, Das Finanzkapital, 2. Aufl.

schaft hinausreichen. Man spricht mit Recht von einem wirtschaftlichen Imperialismus, umfassend jene imperialistischen Bestrebungen, die sich auf wirtschaftliche Dinge bezieht. Dahin fallen z. B. die auf die Monopolisierung mancher Rohstoffe gerichteten Bestrebungen. Der wirtschaftliche Imperialismus stellt jedoch nur einen Teil des Imperialismus dar, der sich nicht bloß wirtschaftlich, sondern ganz besonders machtpolitisch äußert.

Lenin war wie oben erwähnt der Auffassung, daß der Imperialismus lediglich eine Etappe des Kapitalismus sei und den Durchgang bilde zu der höheren Ordnung, als welche er den Kommunismus betrachtet. Er glaubt, daß der monopolistische Kapitalismus bereits das Zwischenstadium zwischen dem früheren Stand des Kapitalismus und dem Zukunftsstaate sei. Er hat dann in Rußland versucht, diesen letzteren in die Wirklichkeit zu überführen. Es ist bekannt, daß daraus in kurzem furchtbare Zustände entstanden und daß der Kommunismus nicht zuletzt auf wirtschaftlichem Gebiet zu einem Fiasko führte. Schon nach wenigen Jahren sah sich Lenin gezwungen, diese Politik umzustellen und praktisch wieder zur Kapitalwirtschaft in Rußland zu greifen. Im Jahre 1921 wurde der Binnenhandel wieder zugelassen, ebenso die Beteiligung von Privatkapital und das Heranziehen vom Kapital aus dem Auslande in Form von Konzessionen. So ist tatsächlich jene erhoffte oder erträumte kommunistische Wirtschaft nicht zur Wirklichkeit geworden.

Lenin hat diese Erfahrung im Jahre 1921 gemacht. Sein Vorwort zu seinem oben erwähnten Buche „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus" ist im Jahre 1920 geschrieben. Also es scheint, daß Lenin 1920 noch die Überzeugung hatte, die er in seinem Buche vertreten hatte, nämlich, daß auf den Zwischenzustand des monopolistischen Kapitalismus nunmehr die Gesamtwirtschaft, die kommunistische Wirtschaft, folgen müsse. Der Gewalt der Tatsachen gegenüber haben diese Theorien nicht standgehalten. Es war ein Unglück für das Russische Reich, daß dort durch einen Mann, der fanatisch an diese theoretischen Ideen glaubte, jenes gigantische Experiment gemacht wurde, die kommunistische Wirtschaft zur Einführung zu bringen. Unsägliches Unheil ist dadurch über das russische Volk gekommen. Was wir gegenwärtig in Rußland sehen, die Zwistigkeiten zwischen Opposition und Machthabern, sind zum Teil die Folgen des Umstandes, daß das Experiment der Einführung des Kommunismus fehlgeschlagen ist, daß andere Wirtschaftsformen gesucht werden mußten

und daß die mit dem Kommunismus zusammenhängende Idee der Propagierung der Weltrevolution den wirklichen Verhältnissen gegenüber sich nicht als durchführbar gezeigt hat.

Bei den marristischen Gedankengängen handelt es sich um einseitige Ideen, die der Vielheit der Wirklichkeit nicht gerecht werden. Die Dinge sind in ihnen lediglich unter dem Gesichtspunkt eines Kapitalismus angesehen, wie er sich der auf der materiellen Geschichtsauffassung beruhenden Vorstellungsweise darstellt. Aber der Imperialismus ist in Wirklichkeit weit umfassender. Gewiß hängt seine Entwicklung in der Neuzeit mit der wirtschaftlichen Struktur zusammen. Das ist aber nicht auf das Finanzkapital beschränkt, so groß auch die Bedeutung ist, welche diesem Kapital für die Entwicklung des Imperialismus zukommt. Es spielen dabei andere Kräfte und andere Gesichtspunkte eine sehr große Rolle. Es ist keineswegs bloß das Kapital, sondern die ganze Art der Wirtschaft, des Verkehrs, der modernen Technik, die die Art dieser Entwicklung bestimmen.

Für den modernen Imperialismus der europäischen Nationen war es von großer Bedeutung, daß sich der Wert der außereuropäischen Welt außerordentlich gesteigert hat. Das hängt zum Teil zusammen mit der Entwicklung der Industrie, mit dem Anwachsen der Bevölkerung, mit der Notwendigkeit, für die wachsende Bevölkerung Nahrungsmittel über See zu erhalten. Es hängt damit zusammen, daß die Volkswirtschaft der Nationen immer mehr abhängig wurde vom Außenhandel. Die Binnenwirtschaft genügte nicht mehr. Die Völker waren darauf angewiesen, Produkte und Artikel von außen zu erlangen. So kam es dahin, daß die Existenz ganzer großer Nationen davon abhängt, daß ihre Einfuhr nicht gestört wird. Ein Land wie England produziert ja nur einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz von dem, was zur Ernährung der Bevölkerung gebraucht wird, im eigenen Lande. Es muß der größte Teil dessen, was die Bevölkerung ißt, eingeführt werden, dann auch ein beträchtlicher Teil der von der Industrie benötigten Rohstoffe. Die Lage ist so, — wir Deutschen haben es selbst am eigenen Leibe während des Krieges erfahren — daß für manche Länder eine genügende Ernährung des Volkes in dieser modernen Wirtschaftsverfassung gar nicht möglich, wenn nicht der Außenhandel und die Einfuhr ungestört vor sich gehen können. Die Lage im Kriege war so, daß England im Falle eines Abschneidens von seinen überseeischen Verbindungen durch den U-Bootkrieg vollkommen erledigt gewesen wäre, weil es im Lande

nicht genug zu leben hatte. Die Lage bei uns war so, daß die tatsächlich erfolgte Abschnürung von der Außenwelt zu einer ungenügenden Ernährung des deutschen Volkes und zum Mangel wichtigster Rohstoffe geführt hat. Dadurch ist schließlich das unglückliche Ende des Kriegs mit herbeigeführt worden.

Aus solchen Verhältnissen heraus erklärt sich das Streben mancher Nationen, die Verbindung nach Übersee zu sichern und die Kontrolle über die Schiffahrtswege zu erhalten, und schließlich das Bestreben, die wirtschaftliche Kontrolle auch in anderen Ländern zu haben, damit die Zufuhr des eigenen Landes gesichert ist.

Damit hängt endlich auch das Streben nach Seemacht zusammen. Sie ist notwendig, um den Handelsverkehr und die Schiffahrtwege und überhaupt die Interessen der Nation auf See und über See zu sichern. Die Entwicklung der Seemacht hat in der Geschichte des Imperialismus eine große Rolle gespielt und spielt sie heute noch. Der britische Imperialismus hat nur infolge der starken Entwicklung der britischen Seemacht und der über hundert Jahre währenden britischen Seeherrschaft seine ungeheure Ausdehnung nehmen können. Wenn in dem gewaltigen Ringen des Weltkrieges die Alliierten schließlich den Sieg davontrugen, so beruhte das wesentlich mit auf der Beherrschung der Meere durch ihre überlegenen Flotten, welche ihnen die Benutzung der Hilfsquellen der ganzen Welt gestatteten, während die Mittelmächte von der Außenwelt abgeschlossen, auf einen verhältnismäßig kleinen Bereich beschränkt und an der Heranziehung überseeischer Hilfsmittel behindert waren. Die Seemacht ist einer der Hauptträger des Imperialismus; denn von einer einzigen Ausnahme abgesehen — der Ausdehnung Rußlands nach Asien hinein — sind die Länder, welche Objekte des Imperialismus sind, von den imperialistischen Mächten nur auf dem Seewege zu erreichen und zu beherrschen.

Demgemäß bildet die Entwicklung der Seemacht für die imperialistischen Mächte der Gegenwart einen Hauptgegenstand ihrer Sorge. Die Möglichkeit der Verwirklichung imperialistischer Ziele hängt wesentlich mit von dem Maße ab, in dem die betreffende Macht Flotten von Schlachtschiffen, Kreuzern, U-Booten und Marineflugzeugen zur Verfügung hat. Während in früheren Zeiten das „europäische Gleichgewicht" für die allgemeine Politik der Mächte eine große Rolle spielte, ist jetzt das Gleichgewicht in den Flottenstärken der imperialistischen Hauptmächte an die Stelle getreten. In wiederkehrenden Konferenzen wird versucht, einem Wettrüsten und den sich daraus ergebenden

Gefahren für den Weltfrieden durch Festlegung der für die einzelnen Mächte zulässigen Flottenstärken vorzubeugen (s. S. 333).

Die Seemacht ist für manche Mächte in der Gegenwart noch weit wichtiger, als sie in der Vergangenheit gewesen ist. Daß der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte in früheren Zeiten von größter Bedeutung gewesen ist, erscheint als unzweifelhaft; wenn auch vielleicht nicht jede These der Vorkämpfer dieser Ideen[1]) bewiesen werden kann. Aber in der Neuzeit haben sich für manche Mächte die Verhältnisse so verschoben, daß der Schwerpunkt für sie weit mehr in der Seemacht liegt, als in vergangenen Zeiten. Früher handelte es sich darum, die eigene Macht auszudehnen, den überseeischen Handel zu sichern, gewonnene überseeische Stützpunkte zu behaupten, die Verbindungswege dorthin zu schützen. Aber wenn dies nicht gelang und eine fremde Macht die Herrschaft zur See errang, so bedeutete das noch keine Vernichtung der Existenzgrundlagen der betreffenden Nation. Sämtliche Länder waren früher in der Hauptsache Agrarländer. Ihre Bevölkerungen konnten sich aus dem eigenen Grund und Boden erhalten. Abschließung des Landes von der See brachte nicht die Gefahren des Verhungerns für weite Teile der Bevölkerung mit sich oder die Gefahr des Stillstandes des wirtschaftlichen Lebens. Andererseits war in den Zeiten der Segelschiffahrt eine vollständige Absperrung ganzer Länder über See gar nicht möglich. Die Geschichte solcher Versuche, insbesondere des größten, der französischen Kontinentalsperre, lehrt, daß ein ausgedehnter Schmuggel derartige Maßnahmen in ihrer Wirksamkeit sehr stark beeinträchtigte.

In der Neuzeit hat sich die Sache nach zwei Richtungen hin geändert. Einmal sind manche Länder für die Ernährung eines sehr beträchtlichen Teiles ihrer Bevölkerung auf die Einführung von Nahrungsmitteln über See angewiesen. In stärkstem Maße ist dies in England der Fall, welches nur einen Bruchteil der für die Ernährung seiner Bevölkerung erforderlichen Nahrungsmittel im Lande erzeugt. Das Abschneiden der Zufuhrwege über See würde für ein solches Land die Katastrophe bedeuten. Andererseits ist für die moderne Technik mit ihren schnellfahrenden Kriegsschiffen, ihren weittragenden Geschützen, ihren durch Flugzeuge, Kabel, Funkverkehr gegebenen Aufklärungsmöglichkeiten in ganz anderer Weise als früher eine völlige Absperrung von Ländern vom überseeischen Verkehr möglich, als das

[1]) Vgl. A. T. Mahan, The Influence of Seapower upon History. London 1890, in deutscher Übersetzung 1896/99 erschienen.

früher geschehen konnte. So ist die Bedeutung der Seemacht für die Gegenwart erhöht bis zu dem Zeitpunkt, in welchem etwa die Luftflotten für die Kontrolle der Zufuhrwege an die Stelle der Seeflotten getreten sein werden.

Wenn für den modernen Imperialismus hinsichtlich der Bedeutung der Seemacht kein grundsätzlicher Unterschied im Vergleich zu früheren Zeiten besteht, sondern nur dem Grade nach, so ist in anderer Hinsicht ein solcher grundsätzlicher Unterschied gegenüber dem Imperialismus vergangener Zeiten vorhanden. In früheren Zeiten hat es verschiedentlich Bestrebungen zur Bildung eines weit ausgreifenden Imperiums gegeben. Dann aber handelte es sich um die Bildung eines einheitlichen Reiches. Man braucht nur an die Zeit des römischen Reiches zu denken oder an die Bestrebungen des Deutschen Reiches im Mittelalter. Es lag immer die Idee, ein einheitliches, großes, weltbeherrschendes Reich zu gründen, zugrunde. In der Neuzeit ist das nicht mehr der Fall, sondern es zeigt sich, daß verschiedene Nationen nebeneinander imperialistische Ziele verfolgen, daß verschiedene Imperialismen aufeinanderstoßen. Wenn auch der Name Imperialismus neu ist, so kann man doch schon für die Zeiten der napoleonischen Kriege von einem Zusammenstoß der Imperialismen, von einem Kampfe um die Weltherrschaft sprechen. Auf der einen Seite stand England, auf der anderen Seite Frankreich mit all der Macht, die sie sich angegliedert hatten. Unser großer Dichter Schiller hat in seinen berühmten Versen vom Jahre 1801 ein zutreffendes Bild der Dinge gegeben, wenn er sagte: „Zwo gewaltige Nationen ringen um der Welt alleinigen Besitz. Aller Länder Freiheit zu verschlingen, schwingen sie den Dreizack und den Blitz". In diesem Ringen, in dem zeitweise Napoleon die Herrschaft über Europa zu erlangen schien, ist Frankreich dann unterlegen und England hat seit der Schlacht von Trafalgar, seit 1805, hundert Jahre lang keinen ernsthaften Rivalen um die Seemacht gehabt.

Nach siegreicher Beendigung des Ringens mit Frankreich stand England der Zugriff auf fremde Länder offen, soweit sie nicht bereits im Besitz anderer Nationen standen. Es hat davon ausgiebigen Gebrauch gemacht. Die Lage war so, daß für viele große Länder überhaupt keine Bewerber außer England vorhanden waren. So konnte z. B. England den ganzen Kontinent Australien, den größten der Südsee, ohne weiteres an sich nehmen, ohne daß es dem geringsten Widerstand begegnet wäre, oder auch nur einen Mitbewerber

gehabt hätte. In jenem Stadium der Entwicklung, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und darüber hinaus, ist England bei seinen Ausdehnungsbestrebungen auch noch nicht auf den Nationalismus der unter seine Botmäßigkeit gebrachten Völker gestoßen, wenigstens nicht in der Form, wie er sich später zeigte. Damals hat England noch nicht jene Schwierigkeiten erlebt, die sich später aus dem allmählichen Anwachsen der Unabhängigkeitsbewegungen unter den farbigen Kulturvölkern ergaben. England hat Zeiten erlebt, in denen die Überzeugung von der Nützlichkeit dessen, was wir heute Imperialismus nennen, keineswegs allgemein unter den Engländern verbreitet war. Man kann in englischen Büchern lesen, daß das ganze Britische Reich zufällig zustande gekommen sei, daß niemand daran gedacht habe, ein solches Reich zu gründen. Selbst die Wendung wird gern gebraucht, daß England seine ungeheueren überseeischen Besitzungen in „fits of absence of mind", in Anfällen von Geistesabwesenheit, von Zerstreutheit erworben habe. Das ist sicher weit übertrieben. Es steckt ein gutes Stück „Cant" in solchen Äußerungen, den wir, wenn auch nicht ganz treffend mit Heuchelei zu übersetzen pflegen. Die Tatsache steht aber andererseits fest, daß zu den Zeiten, zu denen der Freihandel seine Blütezeit erlebte, in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, es weite Kreise in England gegeben hat, die einen Zustand der Dinge für vorteilhafter erklärte, in dem England keine Kolonien haben würde.

Wenn lediglich der Freihandel bestände, so würde nach dieser Auffassung England auf dem Wege des Handels sein Vermögen vermehren, ohne daß es die Lasten einer Kolonialverwaltung zu tragen habe. Aber diese, besonders von Liberalen lange Zeit hindurch gepflegten Ideen haben doch niemals die Herrschaft in einer solchen Weise erlangt, daß praktisch für die Geschicke des Britischen Reiches entscheidende Konsequenzen daraus gezogen wären. England ist immer größer geworden, hat immer mehr Kolonien bekommen, und bisweilen kam es vor, daß selbst unter liberaler Leitung in England Zugriffe auf fremdes Land erfolgten, die man heute als imperialistisch bezeichnen würde, wenn man damals auch diese Ausdrücke noch nicht angewandt hat. Es wird darauf bei der Erörterung des britischen Imperialismus noch eingegangen werden. (S. S. 113 ff.)

Der Imperialismus der modernen Großmächte hat zur Beherrschung von Erdräumen und Menschenmassen geführt, wie es die frühere Weltgeschichte nicht gekannt hat. Die ungeheuren imperialisti-

schen Reiche der Gegenwart umfassen den größten Teil der Erde und ihrer Bevölkerung. Sie sind in dieser Ausdehnung erst eine Schöpfung der neuesten Zeit. Es sei hier eine Tabelle wiedergegeben, in der der bekannte Geograph Supan[1]) die Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts zusammengefaßt hat.

Von 100 % der Fläche gehörten den europäischen Kolonialmächten (einschließlich den Vereinigten Staaten von Amerika):

	1876	1900	
In Afrika	10,8 %	90,4 %	+79,6 %
In Polynesien (Südsee)	56,8 %	98,9 %	+42,1 %
In Asien	51,5 %	56,6 %	+ 5,1 %
In Australien	100 %	100 %	
In Amerika	27,5 %	27,2 %	− 0,3 %

Hieraus ergibt sich, daß die Besitznahme Afrikas durch die imperialistischen Mächte zum allergrößten Teil erst in den letzten 2½ Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erfolgt ist und ebenso die Vollendung der Besitznahme der Südseeinseln.

Die Verteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten hat dann im Anfang des 20. Jahrhunderts weitere Fortschritte gemacht. Nach Hübners Geographisch-Statistischen Tabellen hatten im Jahre 1914 die Großmächte den nachstehend aufgeführten Besitz:

	Mutterland		Kolonialbesitz	
	Fläche in Millionen qkm	Einwohner in Millionen	Fläche in Millionen qkm	Einwohner in Millionen
England	0,3	46,5	30,1	378,3
Rußland	5,4	136,2	16,9	33,2
Frankreich	0,5	39,6	10,6	55,5
Deutschland	0,5	64,9	2,9	12,3
Vereinigte Staaten von Amerika	9,4	97,0	0,3	9,7
Japan	0,4	53,0	0,3	19,2
Zusammen	16,5	437,2	61,1	508,2

Die sechs Großmächte umfaßten also insgesamt 77,6 Millionen Quadratkilometer mit 945,4 Millionen Einwohnern. Das ist, da die gesamte Fläche der Erde 134,7 Millionen Quadratkilometer beträgt und die Gesamtzahl ihrer Bewohner 1656 Millionen, der weitaus

[1]) Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien 1906, S. 254.

größere Teil der Erde und ihrer Völker. Dabei ist in der obigen Zusammenstellung die jüngste imperialistische Macht Italien nicht mit berücksichtigt, so daß in Wirklichkeit der unter der Herrschaft der Großmächte stehende Teil der Erde und der Menschheit noch größer ist als oben angegeben.

Im Zeitalter des Imperialismus haben die von den Großmächten unmittelbar beherrschten Landflächen und Volksmassen beständig zugenommen. Aber tatsächlich ist der Wirkungsbereich des Imperialismus noch weit größer, als aus solchen Zusammenstellungen, wie die oben wiedergegebenen, hervorgeht. Denn eine ganze Reihe von Ländern und Völkern, die politisch sich noch der Selbständigkeit erfreuen, steht unter dem wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß und damit zum Teil auch unter dem politischen Einfluß imperialistischer Mächte. Welche große Bedeutung das Kapital bereits in der imperialistischen Entwicklung der Vorkriegszeit besaß, läßt sich daran erkennen, daß England in den letzten Jahren vor dem Kriege in der Lage war, etwa 200 Millionen £ (4 Milliarden Mark) jährlich außerhalb Englands anzulegen.

Eine Zeitlang schien es, als ob die Ausdehnung des Imperialismus keine Schranken mehr an irgend welchen Kräften außerhalb der Großmächte selbst finden werde und als ob das ungeheuere, von 400 Millionen Menschen bewohnte chinesische Reich, von dem einzelne kleinere Stücke bereits von den fremden Mächten abgerissen waren, Gegenstand einer Teilung werden würde. Das war zur Zeit der Boxerunruhen 1900. Doch dann hat sich ein starker wachsender Nationalismus in dem Reich der Mitte gezeigt, der dem imperialistischen Vordringen der fremden Großmächte Halt geboten hat und sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die Zukunft als unübersteigliche Schranke erweisen wird.

Die neueste Entwicklung des Imperialismus nach dem Weltkriege wird weiter unten erörtert. (S. S. 321 ff.)

Der Konflikt der Imperialismen und der deutsche Vorkriegs-Imperialismus

Es ist schon oben erwähnt, daß der Name Imperialismus erst aufgekommen ist von England aus, und zwar seit der Gründung der Imperial Federation League, jenes Verbandes, der auf Zusammenschluß der einzelnen Teile des Britischen Reiches ausging. Es war also Imperialismus in der Form, daß die schon vorhandenen Bestandteile des Britischen Reichs, vor allem jene großen, selbstverwaltenden Kolonien, die den Namen Dominions erhalten haben, enger zusammengeschlossen werden sollten. Aber auch nach diesem Zeitpunkt hat England ungeheure Gebiete erworben. Wenn man Karten ansieht, in denen der Vergleich mit früheren Zeiten angegeben ist, so fällt in die Augen, wie in früheren Zeiten England in vielen Weltgegenden zunächst nur Handelsniederlassungen hatte, wie die Ausdehnung erst allmählich erfolgte, und das Britische Reich das Ergebnis einer verhältnismäßig neuen Entwicklung ist. In der Zeit seit 1884 sind ganz bedeutende große Gebiete zum Britischen Reich hinzugekommen, insbesondere Südafrika und andere Länder in Afrika, sowie asiatische Gebiete. Der britische Imperialismus beschränkte sich keineswegs auf den Ausbau des vorhandenen Britischen Reichs, sondern hat dieses weit ausgreifend durch Hinzugewinnung neuer Länder erweitert.

Neben dem britischen Imperialismus stand der französische, der vor allem die Ausdehnung in Afrika auf seine Fahnen geschrieben hatte. Frankreich hat in jener Zeit, in der die verschiedenen Kolonialmächte diejenigen Küstengebiete des dunklen Kontinents okkupierten, welche keiner Macht gehörten, es verstanden, mit großer Energie, Geschicklichkeit und Ausdauer eine Menge von Expeditionen in das Innere zu senden, um dort Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen abzuschließen. So hat Frankreich es in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts fertig gebracht, die Nationen, die in Westafrika Kolonien hatten, vor allem England und Deutschland, vom Innern ab-

zuschließen und deren Bereich zu begrenzen. Wenn man eine Karte von Afrika ansieht, so findet man, daß sowohl die englischen wie auch die damaligen deutschen Kolonien bloße Enklaven waren, daß nahezu die ganze Nordwesthälfte Afrikas französisch wurde. Das war erst ein Vorgang der neuesten Zeit. Wenn man ältere Karten betrachtet, so findet man, daß früher Frankreich ebenso wie andere Nationen nur abgeschlossene Kolonien hatte, im Norden Algier und im Nordwesten die Elfenbeinküste. Erst seinem schnellen Zugriff in jener Zeit hat es Frankreich zu verdanken, daß es jenes ungeheure Kolonialreich sich schaffen konnte. Der französische Imperialismus hat auch in Asien beträchtliche Gebiete unter die französische Herrschaft gebracht.

Aber wie schon früher in der französischen Geschichte blieb doch der Blick Frankreichs wesentlich nach dem Rhein gerichtet. Das Streben, die im Kriege 1870/71 von Frankreich wieder abgetrennten ursprünglich deutschen Gebiete Elsaß-Lothringen wieder mit Frankreich zu vereinigen, blieb Leitstern der französischen Politik.

Der französische Imperialismus stand einmal im Jahre 1898 bei dem Konflikt von Faschoda unmittelbar vor dem kriegerischen Zusammenstoß mit dem britischen Imperialismus, als Kitchener von Norden kommend am Nil die Expedition Marchand vorfand, welche die französische Flagge gesetzt hatte (s. S. 252 ff.). Frankreich wich zurück. Es zog vor, die Schlappe hinzunehmen, um die Aussichten einer Revanche gegen Deutschland nicht zu beeinträchtigen, und einigte sich später mit England zur Entente cordiale gegen Deutschland.

Am Ende des Weltkrieges hat dann Frankreich eine weitere beträchtliche Erweiterung durch Übertragung der Mandate in Syrien und über den größten Teil der deutschen Kolonien in Westafrika, Kamerun und Togo erfahren.

Der russische Imperialismus gewann seine örtliche Ausbreitung nach Asien hin. In dem großen Sibirien erhielt es aber nicht die Befriedigung der russischen Wünsche auf Gewinnung eines eisfreien Hafens, welchen die Natur dem großen Lande versagt hatte. Dieser Drang hatte Rußland schon in früheren Stadien seiner Geschichte nach Südosten getrieben. Aber die Bestrebungen, durch Konstantinopel und die Meerengen den ersehnten Auslaß in das Mittelmeer zu erlangen, schlugen immer wieder fehl. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts drang Rußland in Asien nach Süden in Richtung auf das englisch-indische Reich vor. Es schien zeitweise, als ob ein Zusammenstoß zwischen den vom Norden vordringenden russischen Trup-

pen und der englischen Macht in Indien unvermeidbar wäre. Aber es kam nicht dazu. Rußland machte vor den Grenzen Indiens halt.

Später wandte sich Rußland Ende der 1890er Jahre nach den Gestaden des Stillen Ozeans, um dort die Häfen zu erlangen, die ihm in Europa versagt geblieben waren. Es setzte sich 1898 in Port Arthur und Dalny auf der Halbinsel Liautung fest. Dann aber wurde es von den Japanern im Kriege 1904/05 wieder hinausgeworfen.

Rußland wandte sich nunmehr wieder seinem alten Ziel, Konstantinopel, zu und suchte die Erreichung desselben durch Verträge mit anderen Mächten zu sichern. Mit Frankreich war es bereits seit 1891 im Bündnis zusammengeschlossen. Nunmehr kam es 1907 zu einem Abkommen mit England, in dem ein Ausgleich über die verschiedenen Punkte herbeigeführt wurde, in denen der englische und der russische Imperialismus einander kreuzten. In erster Linie traf dies auf Persien zu, wo Rußland von Norden, England von Süden kommend die Macht und wirtschaftliche Vorteile sich anzueignen suchten. So war das von vielen für unmöglich Gehaltene doch geschehen: die beiden imperialistischen Mächte, die hauptsächlich an Asien interessiert waren und deren Gegensätze und Reibungsflächen die denkbar größten waren, hatten sich in einem Abkommen geeinigt, welches sich der Form nach nur auf die beiderseitigen asiatischen Interessen bezog, der Sache nach aber gegen die Mittelmächte richtete, die den russischen Aspirationen auf Konstantinopel im Wege standen.

Als der Weltkrieg mit Rußland, Frankreich und England in gemeinsamer Front gegen Österreich-Ungarn und Deutschland ausbrach, schien es einen Augenblick so, als ob Rußland der Befriedigung seines jahrhundertealten Wunsches nahestand; denn seine Verbündeten England und Frankreich gestanden ihm im Falle des siegreichen Ausganges des Krieges den Besitz Konstantinopels und der Meerengen zu. Aber die russische Kraft brach vor den deutschen Armeen zusammen. Das Zarentum fiel, der Bolschewismus überflutete Rußland. Konstantinopel blieb in türkischem Besitz.

Der japanische Imperialismus war auf die Ausdehnung japanischer Macht und Wirtschaftsinteressen auf dem asiatischen Festland gerichtet. Japan war durch Bündnisvertrag vom Jahre 1902 mit England verbunden, der ihm im russisch-japanischen Kriege als Rückendeckung gegen die etwaige Intervention anderer europäischer Mächte diente.

So war es schon sieben Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges zu

einer Kombination von vier der größten imperialistischen Mächte gekommen, welche, soweit sie in ihren Ausdehnungsbestrebungen gegeneinander gestoßen waren, zu einem wenigstens vorläufigen Ausgleich gelangt waren. Frankreich und England hatten alle ihre Differenzpunkte in Afrika und anderen Teilen der Welt durch den Marokkovertrag von 1904 beigelegt. Frankreich und Rußland waren verbündet. Die imperialistischen Bestrebungen dieser beiden Mächte kreuzten sich in dieser Epoche in keinem wichtigen Punkt. Frankreichs Trachten war auf die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens und auf Ausdehnung in Afrika gerichtet; das Rußlands auf die Gewinnung Konstantinopels. Beide konnten einander unterstützen, ohne sich selbst zu benachteiligen. Japans Bestrebungen in Ostasien wurden von England unterstützt. Sie berührten weder die französischen Interessen in China, welche sich auf den außer japanischem Bereich liegenden Süden Chinas erstreckte, noch in der Zeit seit dem Rückzuge Rußlands aus Nordchina nach dem verlorenen Kriege bis zum Ausbruch des Weltkrieges diejenigen Rußlands. Rußland und England hatten ihre unversöhnlich scheinenden Differenzen wenigstens auf Zeit beigelegt, Rußland, um seinem Ziel der Gewinnung der Meerengen näher zu kommen, England, um durch Hinzuziehung der russischen Großmacht die Einkreisung Deutschlands zu vollenden, dessen Seemachtsentwicklung ihm bedrohlich zu werden schien.

Indirekt war mit dieser Kombination in gewisser Weise auch Italien verknüpft, die jüngste unter den imperialistischen Mächten. Italien war noch Mitglied des Dreibundes, aber seit dem Eintritt der stärksten Seemacht in eine den Mittelmächten feindliche Kombination war mit effektiver Erfüllung der Bundespflichten durch das mit seinen langgestreckten Küsten Seeangriffen ausgesetzte und für die Ernährung seiner Bevölkerung auf die Einfuhr über See angewiesene Land kaum zu rechnen. Italien war durch Sonderabmachungen mit anderen Mächten sowie die Kriegserklärung an die Türkei und Eroberung des unter türkischer Oberhoheit stehenden Tripolis bereits eigene imperialistische Wege gewandelt. Das Verlangen der italienischen Irredentisten nach Angliederung der italienisch sprechenden Volksangehörigen unter fremder Staatshoheit richtete sich hauptsächlich gegen seinen eigenen Bundesgenossen Österreich-Ungarn. So konnten die Mittelmächte bei einem großen Kriege im günstigsten Falle nur mit einer Neutralität Italiens rechnen und mußten auf dessen Eintritt in den Krieg auf seiten der Gegner gefaßt sein, wenn

diese den italienischen Wünschen entsprechende Zugeständnisse machen konnten.

Von den sonstigen imperialistischen Mächten standen die Vereinigten Staaten von Amerika im Hintergrunde. Ihr Imperialismus machte sich in der Hauptsache in Richtung auf die südlich gelegenen Länder des amerikanischen Kontinents bemerkbar. Sie hielten sich von den europäischen Verwicklungen fern und waren an sich weder an der Frage Elsaß-Lothringens noch an der Besetzung Konstantinopels interessiert. Lediglich an den ostasiatischen Angelegenheiten nahmen sie unmittelbaren Anteil in der Richtung, zu verhindern, daß die offene Tür für amerikanischen Handel, Kapital und sonstige amerikanische Betätigung seitens einer der anderen Mächte geschlossen würde. Sie blieben abwartend außerhalb der Kombination der Mächte gegen Deutschland, waren aber durch verschiedene Umstände und besonders durch die englische Propaganda gegen die deutsche Politik voreingenommen.

Zwei der kombinierten Hauptmächte, nämlich Frankreich und Rußland, hatten positive imperialistische Ziele, welche nur durch Krieg erreicht werden konnten. Frankreich trachtete nach der Eroberung Elsaß-Lothringens, Rußland nach der Konstantinopels und der Dardanellen. England hatte keine imperialistischen Ausdehnungsziele, welche es in Konflikt mit Deutschland bringen mußten. Soweit sich die beiderseitigen Interessen kreuzten, was in Vorderasien bezüglich der Bagdadbahn der Fall war, war ein Ausgleich viel leichter möglich, als zwischen englischen und russischen Interessen in Asien. Es war etwas anderes, was England von deutscher Seite als bedrohlich empfand. Das war der Ausbau der deutschen Kriegsflotte. Diesem auf irgendwelche Weise ein Ende zu bereiten, ehe er sich für England ungünstig auswirken konnte, war ein Hauptziel englischer Politik. Daher die verschiedenen englischen Versuche, durch Abkommen den deutschen Flottenbau einzuschränken, daher der Eintritt Englands in die Kombination gegen Deutschland mit dem Ziele, wenn die Gelegenheit sich bieten würde, der deutschen Flotte den vernichtenden Schlag beizubringen.

Deutschland hatte in den Zeiten, in denen England und Frankreich miteinander um den Besitz der Erde gerungen hatten, ein Dasein weit abseits imperialistischer Politik geführt. Es fehlte die einheitliche Geschlossenheit und die starke Zentralregierung, welche jene beiden Mächte bereits seit langem besaßen. Das in eine Reihe von

Staaten zerspaltene Deutsche Reich konnte sich nur mit Mühe der Überflutung von außen erwehren. Wertvolle deutsche Landesteile waren im Laufe der Zeiten abgerissen worden. Wenn ein einzelner Landesherr, wie der seiner Zeit weit vorausschauende Große Kurfürst, versuchte, das zu treiben, was wir jetzt imperialistische Politik nennen, nämlich unter Schaffung einer Kriegsflotte seinem Lande einen Anteil an überseeischem Besitz zu verschaffen, so scheiterte diese völlig an dem Fehlen der staatlichen Machtmittel und an dem Mangel an Wirtschafts- und Finanzkraft. Diese kleinen Binnenstaaten waren nicht in der Lage, mit den großen leistungsfähigen Seemächten zu konkurrieren. So litten die Kolonialanlagen des Großen Kurfürsten in Westafrika unter den Angriffen neidischer stärkerer Nachbarn und konnten sich nicht zur Blüte entwickeln. Einer seiner Nachfolger, König Friedrich Wilhelm I., trat sie 1717 gegen Zahlung von einigen tausend Dukaten an die Holländer ab.

Auch die Teile des Deutschen Reiches und deutschen Volkes, die unter habsburgischem Zepter zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten, blieben abseits einer imperialistischen Politik, wenigstens soweit es sich um Unternehmungen in fremden Weltteilen handelte. Österreich hat nach Osten und Südosten hin dem türkischen Vordringen einen Damm entgegengesetzt und dann lediglich von den Türken eroberte Gebiete zurückerobert und der christlichen Kultur wieder erschlossen. Nach dem Balkan hin hat es zeitweise eine Ausdehnungspolitik befolgt. Auf dem Berliner Kongreß 1878 hat Österreich-Ungarn das Zugeständnis der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina erlangt. Diese Okkupation wurde 1908 in die Annektion umgewandelt. Es wäre darüber beinahe zum Weltkrieg gekommen. Nur der Umstand, daß Rußland sich von den Folgen des japanischen Krieges noch nicht genügend erholt und mit der Reorganisation seiner Armee erst begonnen hatte, verhinderte dieses. Diese österreichische Ausdehnungspolitik kann wohl als imperialistisch bezeichnet werden. Aber von ausschlaggebender Bedeutung für das Verhältnis zu Rußland war, daß Österreich-Ungarn durch seine Aspirationen auf dem Balkan den Plänen Rußlands auf Erlangung der Meerengen im Wege stand. Die bloße Tatsache, daß Österreich-Ungarn seinen Bestand als Großmacht in Osteuropa zu behaupten bestrebt war und dadurch die Verwirklichung der russischen Wünsche verhinderte, ließ die Donaumonarchie als Gegner Rußlands erscheinen. Das Vorgehen Österreich-Ungarns nach dem Morde von Serajewo gegen Serbien,

welches in Wirklichkeit zur Selbstverteidigung der durch die großserbische Bewegung in ihren Existenzgrundlagen bedrohten Doppelmonarchie erfolgte, brachte Rußland ins Feld. Die russische Mobilmachung vereitelte die gerade in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch von deutscher Seite in stärkster Weise eingesetzten Bemühungen, den Frieden zu erhalten und führte den Ausbruch des Weltkrieges herbei.

Der deutsche Imperialismus trat erst von dem Zeitpunkt an ein, in dem einerseits ein einheitliches Deutsches Reich vorhanden war, andererseits die deutsche Wirtschaft eine Ausdehnung erforderlich machte. Die deutschen Kolonien sind in der Hauptsache von Bismarck von 1884 an erworben worden. Aber die imperialistischen Tendenzen Deutschlands, welche mit denen anderer Nationen zusammenstießen, lagen nicht in seinen Kolonien. Dort waren keine solchen Gegensätze vorhanden. Es war der Eintritt Deutschlands in den Bereich der Kolonialmächte von den anderen Mächten nicht gerade mit besonderer Freundlichkeit begrüßt worden. England hatte einige Schwierigkeiten diplomatischer Art gemacht, dann aber nachgegeben. Deutschland hatte seine Kolonien in friedlicher Weise erworben und durch Abmachungen mit fremden Nationen begrenzt. Es lagen in jenen deutschen Kolonien keinerlei Gesichtspunkte, die zu irgendwelchen Differenzen mit anderen Nationen hätten führen müssen, abgesehen vielleicht von Kiautschou in China, in welchem Lande ja ein Wettrennen, wenn man so sagen darf, der verschiedenen Mächte um Ausdehnung und Einfluß stattfand. In einer Zeit, in der viele Leute an eine künftige Verteilung Chinas glaubten, konnte das Festsetzen Deutschlands in ähnlicher Weise, wie es die Russen, Engländer und Franzosen getan hatten, als eine unerwünschte Konkurrenz betrachtet werden.

Der Gegensatz, in den der deutsche Imperialismus zu dem fremder Nationen gekommen ist, lag auf anderen Gebieten. Es lag einmal in der Haltung Deutschlands gegenüber der Türkei und in den Bestrebungen Deutschlands, die Bagdadbahn auszubauen. Diese war an sich ein wirtschaftliches Unternehmen. Es war dabei nicht an Gebietserwerb gedacht. Es war auch nicht daran gedacht, daß Deutschland eine politische, militärische oder Marinemachtstellung dort einnehmen wollte. Aber trotzdem kam Deutschland damit doch imperialistischen Tendenzen anderer Nationen in den Weg. Das galt besonders für Rußland. Von dem Augenblick ab, in dem Deutschland den Rückversicherungsvertrag, in dem es Rußland seine diplomatische Unterstützung zugesichert hatte für den Fall, daß Rußland den Schlüssel zu

seinem Reiche in den Dardanellen sich sichern wollte, aufhob, stand Deutschland mit als Hindernis auf der Linie, auf der sich die russischen imperialistischen Bestrebungen bewegten. Besonders war das der Fall, seitdem Deutschland sich für die Unabhängigkeit der Türkei einsetzte, um so seine eigene Unternehmung in Kleinasien, die Bagdadbahn, zu sichern.

Durch die Bagdadbahn wurde der Gegensatz zu Rußland verschärft, indem naturgemäß die Konsequenz aus dem Unternehmen sich ergab, daß Deutschland an der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Türkei ein Interesse hatte. So wurden deutsche Maßnahmen in der Türkei von Rußland mit Mißtrauen aufgenommen. Die Entsendung des Generals Liman von Sanders mit einer deutschen Militärmission nach Konstantinopel zwecks Reorganisation der türkischen Armee und zugleich Übernahme des Kommandos des dortigen türkischen Armeekorps rief einen Sturm der Entrüstung in der russischen, aber auch in der französischen und englischen Presse hervor. Die Botschafter der drei Mächte erhoben Vorstellungen in Konstantinopel. Die Frage wurde dadurch gelöst, daß Liman nicht als Korpskommandeur, sondern lediglich als Generalinspekteur der Kriegsschulen eingesetzt wurde.

Es trat bei dieser Gelegenheit besonders klar zutage, wie die Bemühungen Deutschlands um Stärkung der Selbständigkeit der Türkei den Widerstand des imperialistischen Rußland hervorrief, welches die Eroberung Konstantinopels plante. Und ebenso zeigte es sich, daß Frankreich und England dem Zaren ihre diplomatische Hilfe zuteil werden ließen und erkennbar machten, daß sie der Verwirklichung dieser Pläne nicht im Wege stehen würden.

Das Unternehmen der Bagdadbahn brachte Deutschland auch in die Linie britischer imperialistischer Bestrebungen.

Es war ein Unternehmen, das aus wirtschaftlichen Gründen begonnen und durchgeführt wurde. Es war auf den Ausbau der durch Kleinasien führenden Bahn gerichtet, die dem Handel und der Erschließung jener Länder dienen sollte. Durch diese Bahn fühlte sich England bedroht, das den Landweg nach Indien nicht in fremden Händen sehen mochte und sehr starke Interessen an der Aufrechterhaltung seiner Herrschaft in den Indien benachbarten Gebieten hat. England hatte sich in Buschir am Persischen Golf festgesetzt. Es hatte das stärkste Interesse daran, daß vor allem der Endteil der Bagdadbahn nach dem Persischen Golf zu nicht in fremde Herrschaft geraten würde.

Aber auch jene Gegensätze waren nicht so stark, daß nicht ein Ausgleich möglich gewesen wäre. Es wurde im Jahre 1914, noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges, jener Vertrag zwischen Deutschland und England von den beiderseitigen Staatsmännern gezeichnet, durch welchen eine Lösung der Differenzen in der Bagdadbahnfrage in der Richtung herbeigeführt wurde, daß die Bahn bis Basra durchgeführt, für die Endstrecke jedoch eine neue Gesellschaft gegründet werden sollte, in der England durch zwei Direktoren vertreten sein sollte. England übernahm kraft Vertrages mit der Türkei das Protektorat über Koweit am Persischen Golf.

In anderer Beziehung kam Deutschland weit stärker in die Gefahr von Differenzen mit England, und zwar durch den Ausbau seiner Kriegsflotte, der gleichfalls zu dem Bereich der imperialistischen Bestrebungen hinzuzurechnen ist. Die Schaffung der deutschen Seemacht wurde in England als eine Beeinträchtigung der englischen Stellung und als eine Bedrohung für die Zukunft angesehen. Es war natürlich, daß Deutschland sich eine Seemacht zu schaffen suchte, denn es waren bedeutende Interessen Deutschlands in der Welt zu schützen, besonders wirtschaftliche Interessen. Ohne eine starke Flotte entbehrten die deutschen überseeischen Interessen eines direkten Schutzes von der Heimat her. Aber die Frage entsteht, ob die deutsche Flottenrüstung in der Weise, wie sie erfolgte, den politischen Zielen Deutschlands wirklich dienen konnte.

Mit dem Wegfall des Rückversicherungsvertrages mit Rußland im Jahre 1890, welchem alsbald das russisch-französische Bündnis folgte, war die eine Hauptstütze der deutschen Außenpolitik in Wegfall gekommen. Deutschland stand vor der Gefahr eines Zweifrontenkrieges. In dieser Situation lag für die deutsche Politik ein starkes Interesse daran vor, ein gutes oder zum mindesten neutrales Verhältnis zu England zu erhalten, um so mehr, als auch die Treue Italiens zum Dreibund wesentlich davon abhing, daß die stärkste Seemacht sich nicht gegen die Mittelmächte wandte. Der Zutritt der stärksten Seemacht und gleichzeitig, wenn man die Gesamtheit der Kräfte in Betracht zieht, überhaupt damals stärksten Weltmacht, des Britischen Reiches, zu der Koalition der beiden neben Deutschland stärksten Militärmächte mußte eine für das Deutsche Reich gefährliche Wendung herbeiführen. Es erscheint für den Rückblickenden in den heutigen Tagen nicht verständlich, weshalb die deutsche Politik das englische Bündnisangebot, wie es zuerst 1898 durch den Mund des damaligen Kolonialministers Cham-

berlain gemacht und später 1901 unter Billigung des leitenden Ministers Lord Salisbury wiederholt wurde, nicht angenommen hat. Es erscheint um so weniger verständlich, als aus den Aktenveröffentlichungen bekannt geworden ist, daß Bismarck nicht nur beständig auf die Erhaltung eines freundlichen Verhältnisses zu England das größte Gewicht gelegt, sondern 1889 selbst ein Bündnisangebot an England gemacht hatte, das damals von dem in „splendid isolation" befindlichen England nicht akzeptiert wurde. Die dagegen angeführten Gründe kamen im wesentlichen darauf hinaus, daß wir unsere Unabhängigkeit behalten und für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen wollten. In Wirklichkeit war es ein schwerer Fehler der deutschen Politik, diese Gelegenheit zu verpassen.

Nachdem diese Kombination infolge der deutschen Ablehnung gescheitert war, hätte es im Interesse Deutschlands gelegen, solange das französisch-russische Bündnis bestand, nach Möglichkeit eine Politik zu vermeiden, die zum Hinzutritt Englands zu jenen Gegnern beitragen konnte. Daß der Bau einer großen deutschen Kriegsflotte von dem Zeitpunkt ab als bedrohlich empfunden werden würde, von dem ab diese Flotte als ernsthafter Rivale der englischen auftreten konnte, lag auf der Hand. England ist nicht nur für seine Verbindungen mit seinen überseeischen Besitzungen, sondern auch für die Ernährung seiner Bevölkerung unbedingt auf die Offenhaltung seiner Seezufuhrwege angewiesen. Damals nach dem Scheitern der englisch-deutschen Bündnisbesprechungen war England noch außerordentlich stark auf See überlegen und hatte noch den Zwei-Mächte-Standard, d. h. die englische Flotte war immer so stark wie die beiden nächststarken Flotten zusammengenommen. Es wäre für die englische Flottenpolitik vermutlich erträglich gewesen, wenn Deutschland eine im Verhältnis zu den anderen Mächten starke, selbst stärkere Flotte geschaffen hätte, vorausgesetzt, daß sie in ausreichendem Abstand von der englischen Flotte blieb. Was in England als Gefährdung empfunden wurde, war die Schaffung einer von Jahr zu Jahr stärker werdenden deutschen Flotte, die besonders in den neuen, modernen Schlachtschiffen allmählich bis an die Höhe herankam, daß ein Zusammenstoß für die englische Flotte riskant erscheinen konnte. Das war ja auch das Ziel der deutschen Flottenpolitik, wie wir aus vielen Veröffentlichungen sowohl vor dem Krieg wie auch später wissen. Ihr lag der sogenannte Risikogedanke zugrunde. Man wollte eine Flotte bauen, welche so stark wäre, daß es selbst für die stärkste Seemacht, also für

England, ein Risiko wäre, einen Kampf mit dieser deutschen Flotte aufzunehmen. In Wirklichkeit hat diese Risikopolitik nicht das erwünschte Ziel erreicht, sondern sie hat im Gegenteil den Hauptanlaß dafür gegeben, daß England seine Politik auf einen Zusammenschluß mit den anderen deutschfeindlichen Mächten richtete, um im Falle eines Zusammenstoßes die englische Flotte gegen Deutschland einzusetzen.

Neben dieser deutschen Flottenrüstung war für das deutsch-englische Verhältnis von Bedeutung die wirtschaftliche Ausbreitung Deutschlands, die gewaltige Zunahme des deutschen Überseehandels, der deutschen Kapitalinvestierung, der deutschen Industrieausfuhr. Das war für England natürlich außerordentlich unbequem, welches bis dahin den Weltmarkt beherrscht hatte. Obwohl der englische Handel sich auch sehr schnell entwickelte, nahm der deutsche doch schneller zu als der englische. England wurde auf den Märkten bedroht, die es früher versorgt hatte. Diese wirtschaftliche Konkurrenz seitens der leistungsfähigen deutschen Industrie und des deutschen Ausfuhrhandels wurde von sehr vielen Engländern als eine Art unberechtigten Eingriffs in ihre Domäne empfunden. Das führte manche Leute in England dazu, daß sie meinten, daß es besser wäre, diese Beeinträchtigung dadurch abzuschneiden, daß man den Nebenbuhler im Kriege niederwerfe. Diese Meinungen haben hie und da ihren Ausdruck in Zeitschriftenartikeln und sonstigen Äußerungen gefunden, aber tatsächlich haben sich diese Stimmungen niemals soweit verdichtet, daß etwa die führenden Staatsmänner daraufhin irgendwelche außenpolitische Aktionen unternommen hätten, die zu Konflikten hätten führen können.

Wenn man die späteren Ereignisse und die Entwicklung der Welt betrachtet und wenn man besonders auch den englischen Geschäftssinn in Erwägung zieht, so muß man bezweifeln, daß diese deutsche wirtschaftliche Entwicklung allein dazu geführt haben würde, England zu einer Aufgabe seiner traditionellen Stellung dem Kontinent gegenüber zu bringen, die es seit den napoleonischen Kriegen immer innegehalten hatte. Es war für England vorteilhaft gewesen, neutral zu bleiben. Während die Völker Europas aufeinander einschlugen, hatte England seine Stellung in der Welt außerordentlich verbessert und in überseeischen Ländern sein Reich ungestört erweitern können. Handelskonkurrenz allein hat auch sonst in der Neuzeit nicht zum Kriege geführt. Im Verhältnis zwischen England und Amerika ist nach dem Kriege eine viel stärkere Beeinträchtigung der englischen Stellung in

der überseeischen Wirtschaft durch Amerika erfolgt als früher durch Deutschland. Selbst in der neuesten Zeit hat der amerikanische Handel, obwohl er auf manchen überseeischen Märkten nicht mehr in dem Maße wie unmittelbar nach dem Kriege den englischen Handel beeinträchtigt, selbst innerhalb großer Teile des Britischen Reichs, stärker zugenommen als der englische Handel innerhalb dieser Dominions. Trotzdem ist daraus keine Kriegsgefahr entstanden. Wir sehen vielmehr, wie England sich bemühte, auf friedlichem Wege durch Entwicklung des Handels usw. die zeitweise verlorenen Märkte wiederzuerobern und wie es in solchen Dingen die Gegensätze auszugleichen suchte dadurch, daß wirtschaftliche Kombinationen getroffen werden im Wege von Abmachungen zwischen den betreffenden englischen und amerikanischen Gesellschaften, welche den beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen dienen.

Die Annahme erscheint begründet, daß für das Verhalten Englands die deutsche Seerüstung von ausschlaggebenderer Bedeutung war als jene wirtschaftlichen Interessen. Dafür spricht klar die Lage Englands, das nicht nur für den Schutz seiner Küsten, für die Aufrechterhaltung der Verbindungen zu dem Kolonialreich, sondern auch für die Erhaltung und Ernährung der Bevölkerung im Mutterlande darauf angewiesen ist, die Seeherrschaft zu besitzen. Davon hängt vollkommen die Existenz Großbritanniens und des Britischen Reiches ab. So ist die Frage der Seebeherrschung immer der wichtigste Punkt für England und das Britische Reich gewesen und wird es auch in Zukunft bleiben.

Was war die Wirksamkeit, welches waren die Ziele des deutschen Imperialismus gewesen?

Die Wirksamkeit läßt sich dahin zusammenfassen, daß eine starke Flotte gebaut war, daß das Unternehmen der Bagdadbahn großenteils durchgeführt war und daß endlich seit dem Abgang des Fürsten Bismarck zu dem von diesem friedlich erworbenen Kolonialreich noch einige bescheidene Kolonialgebiete durch Vertrag mit anderen Mächten hinzugekommen waren: Kiautschou, Samoa, die Karolinen- und Marianeninseln und dann schließlich einige durch das Marokkoabkommen von 1911 von Frankreich abgetretene Urwaldgebiete der französischen Kongokolonie, welche zu Kamerun geschlagen wurden.

Von den letzteren Kolonialerwerbungen hatte die Abtretung französischen, an sich nicht besonders wertvollen Kolonialbesitzes in Frankreich lebhaften Unwillen hervorgerufen. Aber keine dieser Erwerbungen lag fremden imperialistischen Plänen im Wege. Allenfalls konnte

dies von Kiautschou gesagt werden, dessen sich Japan im Weltkrieg bemächtigte, um es aber später an China herausgeben zu müssen. Aber der deutsche Besitz in China als solcher würde aller Voraussicht nach nicht den Anlaß zu irgendwelchen Konflikten zwischen Deutschland und anderen geboten haben.

Der Bau der Bagdadbahn brachte Deutschland in die imperialistische Bahn zweier Großmächte hinein, wie oben dargestellt. Sowohl England wie Rußland war dieser Bahnbau und die damit in Zusammenhang stehende Stärkung der Stellung Deutschlands in der Türkei einerseits und die daraus folgende Stärkung der Türkei andererseits unbequem. Aber ein Ausgleich mit England war, wie die Verhältnisse unmittelbar vor dem Kriege zeigten, zu erreichen. Für Rußland war nicht so sehr der Bau der Bahn von entscheidender Bedeutung, als die Gesamthaltung, welche Deutschland im Verhältnis zur Türkei einnahm. Für Rußland war Deutschland der Gegner, seitdem es den Rückversicherungsvertrag aufgegeben hatte und als einseitiger Verbündeter Österreich-Ungarns den Dardanellenplänen Rußlands im Wege stand. Durch das Bagdadbahnunternehmen und die sonstigen Maßnahmen Deutschlands, wie die oben erwähnte Entsendung eines Militärinspektors wurde diese Situation nur noch verschärft.

Im Verhältnis zu England war die Schaffung einer Flotte von der Stärke, wie sie der Risikogedanke erforderlich machte, der entscheidende Punkt, wie oben dargelegt.

Von diesen Errungenschaften des deutschen Imperialismus, wenn man sie so nennen will, war keine einzige durch kriegerische Maßnahmen erzielt worden. Der Bau der Bagdadbahn beruhte auf Verträgen, ebenso der Erwerb der Kolonialgebiete. Der Ausbau der deutschen Flotte erfolgte in Ausübung der Souveränitätsrechte des Deutschen Reiches und hatte keinen aggressiven Charakter.

Ebensowenig kann dies von irgendwelchen Zielen des deutschen Imperialismus gesagt werden. Die deutschen Geheimakten sind in ihrer ganzen Ausdehnung veröffentlicht worden. Es läßt sich daraus ein klares Bild der deutschen Außenpolitik von 1871 bis zum Kriege gewinnen. Aus ihnen geht hervor, daß keiner der leitenden deutschen Staatsmänner zu irgendeiner Zeit aggressive Pläne irgendwelcher Art gehabt hat. Sie alle haben sich bemüht, den Frieden zu erhalten. Es hat wiederholt Zeiten gegeben, die für einen Präventivkrieg günstig gewesen wären, wenn die deutsche Regierung einen solchen hätte führen wollen. Besonders war dies zur Zeit des russisch-japanischen

Krieges der Fall, als Rußland geschwächt und aktionsunfähig war. Aber kein deutscher Staatsmann hat eine derartige Politik getrieben oder auch nur Ziele verfolgt, deren Erreichung nur durch einen Krieg möglich gewesen wäre.

Man wird die Tätigkeit der deutschen Politik, wie sie oben umschrieben wurde, ebenso unter den Begriff des Imperialismus stellen müssen wie die anderer Mächte. Aber der deutsche Imperialismus hat seine Ziele im Rahmen dessen gehalten, was im Wege friedlicher Entwicklung zu erreichen war, und hat das verhältnismäßig Wenige, was er erreicht hat, lediglich im Vertragswege erlangt.

Welch anderes Bild ergibt sich, wenn man den Imperialismus der anderen Hauptmächte im gleichen Zeitraum betrachtet! Es mag nur an den russischen Imperialismus im fernen Osten erinnert werden, der zum russisch-japanischen Kriege führte, an den britischen Imperialismus in Südafrika, der zur Einverleibung der Burenstaaten nach langem, blutigem Kriege führte, an den französischen Imperialismus mit seinen schweren Kämpfen in Nordafrika.

Der Weltkrieg brach aus in Verfolg der imperialistischen Entwicklung. Es waren die Gegner Deutschlands, welche Ziele hatten, die nur durch Krieg erlangt werden konnten. Frankreich wollte Elsaß-Lothringen wiedererobern, Rußland sich Konstantinopels und der Meerengen bemächtigen. Deutschland stand beiden im Wege. Es wollte lediglich das Bestehende erhalten und im nahen Osten auf friedlichem Wege seinen Anteil an der Entwicklung und Erschließung des aussichtsreichen Landes erhalten. England hatte als Ziel die Beseitigung Deutschlands als Seerivalen. Nachdem die Versuche einer England genehmen Lösung durch Abkommen gescheitert waren, blieb nur der Weg der Beteiligung Englands am Kriege mit Deutschland.

So läßt schon die Betrachtung der imperialistischen Ziele der einzelnen Mächte erkennen, wie vollkommen falsch der Deutschland gemachte Vorwurf ist, es habe seinerseits auf den Krieg hingearbeitet und diesen durch seinen Angriff begonnen. Daß die Beschuldigungen, soweit sie den unmittelbaren Ausbruch des Krieges betreffen, unbegründet sind, ist durch die große Aktenpublikation und durch die in anderen Ländern veröffentlichten Dokumente klar erwiesen. Aber ebenso ist in die Augen fallend, daß nicht die Wirksamkeit und die Ziele des deutschen Imperialismus zum Weltkriege geführt haben, sondern die Wirksamkeit und die Ziele des russischen, französischen und britischen Imperialismus.

Nationalismus und Imperialismus im britischen Weltreich

Vorbemerkung

Der britische Imperialismus ist der ausgedehnteste, der erfolgreichste und entwickeltste von allen Imperialismen, welche die Welt gesehen hat. Er hat dazu geführt, daß reichlich ein Viertel der gesamten Landoberfläche und ein Viertel der Bevölkerung der Erde zum Britischen Reich gehört. Von dieser Entwicklung sind die Geschicke der Welt in entscheidender Weise beeinflußt worden.

Wenn der britische Imperialismus dargestellt wird, so muß auch der Nationalismus im Britischen Reich nach zwei Richtungen hin erörtert werden. Einmal ist von dem englischen Nationalismus zu reden, auf dessen Grundlage der britische Imperialismus sich entwickelt hat, und sodann von dem Nationalismus derjenigen Völker, welche zum Britischen Weltreich gehören.

Der englische Nationalismus

Bei der Entwicklung des englischen Nationalismus war von großer Bedeutung der Inselcharakter des englischen Landes. Die Britischen Inseln sind vom Meere umschlossen. Auch jener verhältnismäßig schmale Kanal, der England von Frankreich trennt, hat sich bis in die Neuzeit hinein als ein starker Schutz gegen feindliche Invasionen erwiesen. Seit der Eroberung Englands durch die Normannen im Jahre 1066 hat England keine fremden Eroberer im Lande gesehen. Seitdem hat sich das englische Volk von Fremden ungestört entwickeln können. Es hat sich die Nationaleinheit, jenes national geschlossene Volk dort entwickeln können, während auf dem europäischen Kontinent die Völker beständig in wechselseitigen Kriegen begriffen waren, während besonders die Länder in der Mitte Europas und die im Osten, auf dem Balkan, immer wieder von fremden Eroberern überrannt wurden. So hat sich dort aus jenen Bestandteilen, wie sie

oben erwähnt sind, aus den Kelten, den Angelsachsen, den Normannen und den Dänen und sonstigen Skandinaviern eine glückliche Mischung entwickeln können, die dann eine einheitliche Nation gegenüber der Außenwelt bildete. Auch England hat im Mittelalter im Lande selbst viel Kriege gesehen. Der Adel hat sich im 15. Jahrhundert in den Kriegen der weißen und roten Rose zerfleischt. England hat auswärtige Kriege geführt, besonders durch lange Zeiträume hindurch auf dem Kontinent mit Frankreich, bis die Trennung stattfand, bis England sich in Europa auf die eigenen Inseln beschränkte. Aber es fehlte der Zutritt fremder Eroberer von außen. Es wurde die Entwicklung in England selbst von außen her nicht gestört.

Der Inselcharakter hatte noch eine weitere Wirkung als diese des Ungestörtseins. Der Inselcharakter hat auch eine besondere aus der Abgeschlossenheit resultierende Entwicklung mit sich gebracht. Die Engländer sind länger als andere Nationen geneigt gewesen, jenen Grundsatz aufrecht zu erhalten, der in alten Zeiten maßgebend gewesen war, daß der Fremde als rechtlos zu betrachten sei, und jenen Gedanken, daß der Fremde etwas ganz vom eigenen Volke Verschiedenes sei, und ferner den Gedanken, daß die eigenen Einrichtungen im Inselande vorzüglicher wären, als die irgendwo anders, die Überzeugung von der Vortrefflichkeit des eigenen Volkes und der eigenen Einrichtungen. Solche Gedankengänge haben das englische Volk mehr beeinflußt als andere Nationen. Sie haben sich bis in die Gegenwart hinein geltend gemacht. Während auf dem Kontinent bereits seit langem der Grundsatz sich durchgesetzt hatte, daß im Kriege das Privateigentum geschützt sei, während bei anderen Nationen schon frühzeitig der Gedanke auftrat, daß das Seebeuterecht abgeschafft werden sollte, hat England an dem Gedanken des Seebeuterechts festgehalten, und ebenso an dem Gedanken, daß der Fremde im Kriegsfalle auch hinsichtlich seines Privateigentums als Feind zu behandeln sei. Es war in dem englisch-französischen Krieg vor mehr als hundert Jahren das letzte Mal gewesen, daß Privatpersonen interniert wurden. Das war im Jahre 1802, als die Engländer Franzosen in England internierten, worauf als Repressalie Napoleon Engländer in Frankreich festsetzen ließ. In dem folgenden Jahrhundert bis zum Weltkrieg ist derartiges in den Kriegen europäischer Staaten nicht mehr geschehen. Privatpersonen und ihr Eigentum auf dem Lande waren frei. Sie wurden im Kriegsfall eventuell ausgewiesen. Es war England, von

dem im Weltkriege die Idee ausging, daß Privatpersonen als Feinde zu behandeln seien. Dort ist man zu der Beschlagnahme fremden Eigentums geschritten. Es war in England, wo zuerst jene Bestimmungen erlassen wurden, welche den Krieg auch gegen Privatleute einleiteten, während man sich auf dem Kontinent in den früheren Kriegen darauf beschränkt hatte, den Krieg lediglich gegen die bewaffnete Macht des fremden Staates zu führen und Privatleute als nicht dem Zugriff im Kriege unterworfen betrachtete. Es hängt dies alles mit dem Inselcharakter Englands zusammen und mit dem ausgeprägten Gefühl der Abgeschlossenheit, des Zusammenhanges des Volkes in sich gegenüber anderen Nationen. Es ist England, wo dieser Grundsatz zum Ausdruck gelangte: „Right or wrong, my country", „Recht oder Unrecht, mein Vaterland", der Gedanke also, daß das nationale Interesse dem Gesichtspunkt des allgemeinen Rechts voranzugehen habe.

Aus der Insellage ergaben sich aber auch andere Charaktereigenschaften und andere Entwicklungsmöglichkeiten für das englische Volk, die auch für die Entstehung des britischen Imperialismus von großer Bedeutung waren. Es war einmal das Meer, welches für die Entwicklung des Handels ein ganz anderes Feld bot, als dies besonders in Zeiten geringer Transportmöglichkeiten auf dem Lande für Völker der Fall war, welche auf dem Kontinent von anderen Ländern umschlossen sind. Das Meer entwickelt auch gewisse Charaktereigenschaften bei Inselbewohnern, die auf Seefahrt angewiesen sind. Man kann das überall beobachten, auch für die Angehörigen primitiver Rassen, für Stämme, welche an der See wohnen. Der bekannte Geograph Friedrich Ratzel sagt in seiner Schrift „Das Meer als die Quelle der Völkergröße": „Aus dem endlosen Horizont des Ozeans wächst ein großer Zug von Kühnheit, Ausdauer und Fernblick in dem Geist und Charakter der Seevölker hinein. Seevölker haben im wesentlichen mit beigetragen zur Vergrößerung der politischen Maßstäbe. Die enge territoriale Politik ist ihrem Wesen nach kurzsichtig, das Meer erweitert den Blick nicht bloß des Kaufmanns, sondern auch den des Staatsmannes." Das ist ein sehr richtiges Wort, dessen Begründung man insbesondere in der Geschichte des englischen Volkes studieren kann.

England ist lange Zeit hindurch Agrarland gewesen und hat sich deswegen im wesentlichen aus den Erträgnissen des eigenen Bodens zu ernähren vermocht. Aber es war doch frühzeitig auf den Handel angewiesen, und daraus ergab sich die Notwendigkeit der Seefahrt. Der

Seehandel hatte die Entwicklung der seemännischen Bevölkerung zur Folge, die für einen anderen Teil der Küstenbevölkerung durch die Seefischerei gefördert wurde. Jener Seehandel führte naturgemäß auch dazu, daß die Seemacht sich entwickelte. Seehandel und Seemacht stehen in einem notwendigen Zusammenhang. Ganz besonders galt das für die Zeiten, in denen Piraterie noch üblich war, bzw. in denen die Kriegführung der verschiedenen Staaten zur See mehr oder weniger Ähnlichkeit mit der Piraterie hatte. Die Entwicklung der Seemacht wiederum führte zu der Notwendigkeit des Erwerbs überseeischer Stützpunkte, während beim Seehandel das in den Anfängen ja nicht notwendig der Fall war. Aber auch der Seehandel führte im Laufe der Zeit dazu, daß in manchen Ländern, mit denen Handel getrieben wurde, Handelsstationen angelegt wurden. In den Zeiten der Segelschiffahrt konnten die Schiffe zwar weit länger, als jetzt die auf Erneuerung ihrer Brennstoffe angewiesenen Dampfer das Meer befahren, aber doch auch nicht auf unbeschränkte Zeiten. Sie bedurften ab und zu des Anlaufens von Häfen, um dort ihre Bestände an Süßwasser zu ergänzen, in jenen Zeiten, in denen man noch keine Mittel besaß, um aus dem Meerwasser Trinkwasser herzustellen. So ergab sich daraus die Notwendigkeit der Erwerbung von Flottenstützpunkten. Diese Notwendigkeit wurde in den Zeiten der Dampfschiffahrt naturgemäß noch dringender, denn nun war die Ergänzung der Kohlenvorräte notwendig und der Radius der Dampfschiffe war nicht so groß wie der der Segelschiffe. So hatte die Entwicklung der englischen Seemacht naturgemäß zur Folge, daß allmählich auch unter diesem Gesichtspunkt das Britische Reich an Ausdehnung zunahm. England hat aus solchen Gründen Inseln annektiert, etwa wie St. Helena, das in früheren Zeiten ein Hauptpunkt für die Versorgung der Schiffe auf dem weiten Seewege um Afrika vor der Erbauung des Suezkanals gewesen ist. Ebenso hat es in verschiedenen anderen Teilen der Welt solche Stützpunkte angelegt. Es ist von manchen englischen Historikern behauptet worden, daß das Britische Reich eigentlich mehr dem Zufalle seine Entstehung verdankt als bestimmten Plänen. In dieser weitgehenden Fassung ist das nicht richtig. Es ist aber etwas Wahres daran, indem in der Tat keine allgemeinen Pläne für den Ausbau eines solch großen Reiches bestanden. Vielfach erfolgte die Inbesitznahme überseeischer Länder je nach den auftretenden Bedürfnissen, wie dies im Fall der Flottenstützpunkte geschah. In anderen Fällen ergab sich aus der Errichtung von Handelsniederlassungen in

überseeischen Ländern die Gründung von Kolonien. In der Neuzeit hat dann die moderne Entwicklung der Bevölkerung und der Industrie der Sache ein ganz anderes Gesicht gegeben. Es ist seit dem Eintritt eines Bevölkerungsstandes, der aus dem eigenen Lande nicht mehr erhalten werden konnte, die Notwendigkeit eines ununterbrochenen Zustroms von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus Übersee nach England und eines Abstroms von Waren von England in überseeische Länder entstanden, und damit die Notwendigkeit, jene überseeischen Verbindungen zu schützen. Und aus diesem Gesichtspunkt haben sich für den britischen Imperialismus Erfordernisse ergeben, die zu einer immer weiteren Ausdehnung dieses Reiches geführt haben.

Der britische Imperialismus, überhaupt die Ausdehnung Englands über See, war nur möglich von dem Zeitpunkt ab, in dem sich eine starke, geschlossene englische Nation gebildet hatte. Er war nur möglich von der Zeit ab, in der das englische Volk so stark war und insbesondere in seiner Seemacht so entwickelt, daß es gegenüber der Konkurrenz fremder Völker erfolgreich bestehen konnte. Das war erst von der Zeit an der Fall, wo auch ein entsprechend zahlreiches englisches Volk vorhanden war. Es ist interessant, die englischen Bevölkerungszahlen der verschiedenen Zeiträume zu vergleichen. Die Bevölkerungszahl war noch zu den Tagen der Königin Elisabeth Ende des 16. Jahrhunderts verhältnismäßig gering. Sie hat etwa 4 Millionen Köpfe betragen. Noch im 17. Jahrhundert betrug die Zahl der Einwohner Englands erst etwas über 6 Millionen Köpfe. Das war zu einer Zeit, zu der Frankreich unter Ludwig XIV. bereits 24 Millionen Einwohner hatte. Die englische Bevölkerung umfaßte im Jahre 1801 etwas über 10 Millionen Köpfe und dann ist sie bis 1921 auf 43 Millionen, 1926 auf 44 Millionen gewachsen.

Die Volkszahl des englischen Volkes ist, verglichen mit der anderer großer Völker Europas, nicht besonders groß. Sie allein würde keine Grundlage für einen starken Imperialismus geboten haben. Frankreich war, wie erwähnt, im 17. Jahrhundert weit stärker an Volkszahl als das englische. Wenn wir dieses mit dem deutschen Volk vergleichen, so gibt es gegenwärtig viel mehr Deutsche auf der Welt als Engländer. Wenn wir zu den 44 Millionen die sämtlichen Engländer in der ganzen Welt dazunehmen, die in Kanada, in Australien, Neuseeland, Südafrika usw., in allen englischen Kolonien leben, so kommen wir auf einige 60 Millionen,

während die Zahl der Deutschen auf der Welt 90–100 Millionen Köpfe beträgt. Also wenn es nach der bloßen Volkszahl ginge, so würde nicht England eine solch überragende Stellung in der Welt einnehmen und einen großen Teil der Welt beherrschen, während andere Völker trotz ihrer beträchtlichen Volkszahl keineswegs eine derartige überseeische Ausdehnung erlangt haben.

Ausschlaggebend war vielmehr, daß das englische Volk nach seinen Fähigkeiten, nach seiner politischen Entwicklung, nach seiner Seemacht und nach seinen sonstigen Verhältnissen in der Lage war, diese große imperialistische Tätigkeit zu entfalten. Um davon ein richtiges Bild zu erlangen, ist es erforderlich, auf die politische Entwicklung Englands[1]) einzugehen, denn hierin liegen zum großen Teil mit die Gründe, welche die Engländer befähigt haben, diese große Rolle in der Welt zu spielen.

England war, wie vorhin schon erwähnt, infolge seines Inselcharakters in der günstigen Lage gewesen, von fremden Völkern nicht überrannt zu werden. Es war früher als die meisten anderen Völker Europas zu einer geschlossenen Nation geworden. Damit war die Grundlage für ein tatkräftiges Auftreten nach außen gegeben. Es hatte aber auch im Innern eine Entwicklung stattgefunden, welche zur Bildung eines für solche überseeische Betätigung, für die Gründung überseeischer Kolonien geeigneten Volkes führte. Das wesentlichste Moment dieser Entwicklung war, daß die Engländer früher als andere Nationen die persönliche Freiheit des einzelnen und auch die politische Betätigung weiter Kreise des englischen Volkes durchsetzten.

In England herrschten nach der normannischen Eroberung ähnliche Zustände wie auf dem Kontinent. Man hatte das gleiche Feudalsystem, man hatte auch ähnliche Verhältnisse in sonstiger Beziehung mit der Beschränkung, wie sie das Mittelalter für die Stellung des einzelnen mit sich brachte, das Zunftwesen und die persönliche Unfreiheit eines großen Teiles der Bevölkerung. Während nun auf dem Kontinent die Entwicklung entweder, wie in Frankreich, dahin ging, daß die absolute Monarchie sich bildete, mit gehobener Stellung des grundbesitzenden Adels, aber mit Rechtlosigkeit der großen Masse des Volkes, oder es, wie in Deutschland, zu jener unglücklichen Zersplitterung kam mit Bildung vieler kleiner Partikularstaaten unter selbständigen Landesherren, wobei ebenfalls die Masse des Volkes von politischer Betätigung fernblieb und persönliche Unfreiheit des größ-

[1]) Vgl. Dr. L. Rieß, Englische Geschichte hauptsächlich in neuester Zeit. Berlin 1926.

ten Teils der Landbevölkerung vorhanden war, wurde in England sehr frühzeitig schon die Grundlage der Freiheit und der Selbstverwaltung gelegt. Es war schon im Jahre 1215, daß jene Magna Charta geschaffen wurde, jene Urkunde, in welcher gewisse Freiheiten und Rechte festgelegt wurden. Sie wurde von den Baronen dem König Johann ohne Land abgezwungen. Sie gewährte Freiheiten und Rechte allerdings nur dem Adel und den Bischöfen, also nur den Mächten der feudalen Welt, aber es lag doch darin ein Keim auch für die weitere Entwicklung in bezug auf Freiheiten und Rechte des englischen Volkes. Verhältnismäßig bald kam es auch zu Schritten in dieser Richtung; es wurden schon im Jahre 1295 unter Eduard I. die Anfänge einer Selbstverwaltung geschaffen. In jeder Grafschaft und in jeder Stadt wurden zwei Abgeordnete gewählt, welche Beschwerden an den Versammlungsort des Parlaments zu bringen und Anträge betr. Steueransammlungen oder sonstige Verwaltungsaufgaben zu erledigen hatten. Im Laufe des 14. Jahrhunderts entwickelte sich bereits das englische Parlament als Versammlung der drei Stände: des Adels, der Geistlichkeit und der Gemeinen, der Commons. Daher der Name „house of Commons", das Unterhaus. Diese Commons waren die Vertreter der Städte und der Grafschaften.

Im 14. Jahrhundert ereignete sich dann jener bedeutungsvolle Vorgang der Befreiung des Landvolkes. Im Jahre 1348 hatte jene Pestepidemie in England getobt, die auch in Deutschland als der „schwarze Tod" große Verheerungen angerichtet hatte. Sie hatte in England eine besonders zerstörende Wirkung gehabt. Es wird berichtet, daß fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung der Pest erlegen sei. Daraus entstand eine allgemeine Leutenot in der Landwirtschaft. Es wurde nun, um dieser Not zu steuern, beschlossen, den Leuten die persönliche Freiheit zu geben, und statt von ihnen weiter die unentgeltlichen Zwangsdienste zu fordern, die sie bis dahin zu leisten hatten, ihnen Geldlöhne zu gewähren. Die Folge dieser Maßregel war allerdings auch die, daß diese landwirtschaftliche Bevölkerung nunmehr von der Scholle losgelöste Lohnarbeiter waren und auch später keine Eigentümer wurden, während bei uns die Leute als Leibeigene auf der Scholle saßen, bis die Befreiung erfolgte; dann haben diese Leute das Land, auf dem sie saßen, schließlich unter Auferlegung gewisser Lasten als Eigentum erhalten. Hieraus erklärt es sich, daß der kleine Bauernstand, den man in Deutschland und in

anderen Teilen Europas hat, in England auch heute noch fehlt. Die neue Einrichtung führte auch dahin, daß Schwierigkeiten für die landwirtschaftliche Arbeit wegen der Lohnhöhe entstanden. Es wurde eine Regelung der Lohnhöhe notwendig, die mit Zustimmung der beiden Häuser des Parlaments von der Regierung erlassen wurde. Zur Durchführung dieser Bestimmung und zur Entscheidung von Streitigkeiten wurden die Friedensrichter für die Grafschaften eingesetzt. Jedoch ging diese Regelung nicht so glatt vonstatten, sondern es ergaben sich Streitigkeiten über die Lohnhöhe, denn die Pächter, die von den Großgrundbesitzern die Grundstücke zur Ausnutzung übernahmen, versuchten die Löhne stark herabzudrücken. Daraus resultierte der große Bauernaufstand des Jahres 1381. Dieser Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Der ungünstige Zustand blieb, daß sich in England nicht ein auf eigenem Boden sitzender kleiner Bauernstand entwickeln konnte. Aber der ungeheure Vorzug, den das englische Volk aus dieser Entwicklung erlangte, war, daß es in England nur noch freie Leute gab. Zu einer Zeit, zu der in Europa, besonders in Deutschland, noch lange nicht die stärkste Unterdrückung des Volkes erreicht war, zu einer Zeit, in der die schlimmste Entwicklung der Leibeigenschaft auf dem Kontinent erst noch bevorstand, war in England bereits die vollständige Aufhebung jeder Art von Hörigkeit erfolgt.

Es kam dann jene Periode in England im 15. Jahrhundert, in der in inneren Kriegen ein Teil des Adels sich gegenseitig vernichtete, im Kriege der weißen und der roten Rose. Für die Gesamtnation war das Ergebnis, daß die Königsgewalt gestärkt wurde. Das Haus Tudor, von 1485 ab, war in der Lage, nachdem die Macht des Adels geschwächt war, eine starke monarchische Gewalt aufzurichten, die dann jene starke Politik unter Heinrich VIII. und später unter Elisabeth ermöglichte. Unter Heinrich VIII. kam es zur Loslösung von Rom. Der König, der selbst zur Verteidigung der katholischen Kirche eine Streitschrift gegen Martin Luther geschrieben hatte und dafür vom Papst den Ehrentitel eines „Defensor fidei" (Verteidiger des Glaubens) erhalten hatte, welche Bezeichnung der König von England noch heutigen Tages führt, betrieb aus dem Grunde, daß der Papst nicht die Ungültigkeitserklärung seiner Ehe mit seiner Gemahlin Katharina von Aragon billigen wollte, die Loslösung. Der englische König machte sich 1533 zum Oberhaupt der englischen Kirche. Es kam zur völligen Trennung von Rom. Das war von ganz ungeheurer Bedeutung für England und für die englische Ausdehnung in der Welt,

indem die mittelalterlichen Bande, in welchen die katholische Kirche in anderen Ländern die Menschen hielt, für das gesamte englische Volk beseitigt wurden. Dem Individualismus mit selbständiger Betätigung der einzelnen Engländer jeden Standes wurden die Tore geöffnet.

Im 17. Jahrhundert kam dann der Kampf zwischen Königtum und Parlament, der mit dem Siege des Parlaments endete, mit der Herrschaft der Independenten unter Cromwell und mit der Hinrichtung des Königs Karl I. im Jahre 1649. Die Zeit, in welcher Cromwell als Protektor die unbeschränkte Gewalt in England ausübte, war verhältnismäßig nur kurz. Bereits im Jahre 1659, nach dem Tode Cromwells, wurde das Königtum wieder eingesetzt. Aber diese kurze Epoche war von größter Bedeutung für die Entwicklung des Britischen Reichs und des britischen Imperialismus. Man kann diesen Ausdruck schon gebrauchen, obwohl er ja erst in späterer Zeit angewandt wurde. Einmal war die Navigationsakte Cromwells im Jahre 1651, über die später einiges zu sagen sein wird, von außerordentlicher Bedeutung für den britischen Handel, für die britische Politik und für die Gesamtentwicklung Englands. Dann hatte der Puritanismus, der mit Cromwell sich durchsetzte, auf die Charakterentwicklung und auf die Gestaltung der Verhältnisse einen sehr großen Einfluß. Schon die Tatsache, daß gegenüber dem englischen Staatskirchentum, das sich im Kampf mit dem Katholizismus durchgesetzt hatte, nun die Independenten standen, die unabhängig von der Staatskirche ihre besondere Religion hatten, war von größter Bedeutung.

Im Jahre 1679 erzwang das Parlament dem Königtum gegenüber die Habeas corpus-Akte. Das war die Akte, nach der bestimmt wurde, daß jeder englische Untertan das Recht hat, sobald als möglich vor seinen gesetzlichen Richter gestellt zu werden und aus dem Gefängnis freizukommen, wenn er eine hinreichende Kaution für sein Erscheinen beim Strafprozeß stellen kann. Also bereits zu dieser Zeit, in der auf dem Kontinent die absolute Monarchie vorhanden war, wo vom Monarchen abhängige Richter Recht sprachen, wurde in England jene die persönliche Freiheit vor willkürlichen Verhaftungen schützende grundlegende Festlegung getroffen, die wir in Deutschland und ebenso die Bewohner anderer kontinentaler Länder erst zu weit späterer Zeit erhalten haben. Es kam in England bald zu weiteren Festlegungen der Rechte der englischen Staatsangehörigen. Als unter

dem katholischen König Jakob II. Bedenken wegen der Thronfolge entstanden, indem befürchtet wurde, daß der Katholizismus in England wieder eine große Rolle spielen würde, kam es im Jahre 1688 zu jenen Schritten des Parlaments, die zu einer Änderung der Regierung in England führten. Das Parlament berief Wilhelm von Oranien, den Gemahl der ältesten Tochter Jakobs II., Maria, um die Kirche und die parlamentarische Verfassung zu retten. Die Landung Wilhelms von Oranien führte zum Abfall der Truppen Jakobs II. und zu dessen Flucht nach Frankreich. Die beiden Häuser des Parlaments erklärten die englische Krone für vakant und übertrugen sie auf Wilhelm und Maria. Nunmehr kam es zu der „Bill of rights", dem Gesetz über die Grundrechte. Darin wurde festgelegt, daß ohne Parlamentsbeschluß keine Befreiung von der Ausführung der Gesetze und keine Erhebung von Steuern erfolgen dürfe. Ferner wurde bestimmt, daß ohne Bewilligung des Parlaments kein stehendes Heer in England aufgestellt werden dürfe. Endlich wurde die unbedingte Redefreiheit der parlamentarischen Vertreter festgelegt.

Wiederum ist ein Vergleich zwischen diesen englischen Einrichtungen und dem Zustand auf dem europäischen Kontinent lehrreich. In England gab es bereits am Ende des 17. Jahrhunderts jene Sicherung der Grundrechte der Bürger und jene Parlamentseinrichtungen mit Redefreiheit, welche wir erst zwei Jahrhunderte später erhalten haben. Auf dem Kontinent war damals von Grundrechten der in Unfreiheit gehaltenen Massen noch nicht die Rede und noch weit weniger von dem Recht freier Kritik und parlamentarischen Einrichtungen. Die Engländer waren als freies Volk den großen Völkern des Kontinents weit vorangeschritten.

Im Jahre 1707 kam es dann zur Union mit Schottland. Daraus entstand das Vereinigte Königreich Groß-Britannien. Auch in der letzten auf der Reichskonferenz in London 1926 erfolgten Festsetzung des Statuts der einzelnen Mitglieder des Britischen Reichs ist diese Union aufrecht erhalten worden. Der englische König ist heute noch König von Großbritannien. Zu jener Zeit, 1707, gehörte nur Schottland zu England, während Irland noch nicht mit ihm vereinigt war.

Das parlamentarische System wurde weiter ausgebaut. Es erlangte eine starke Entwicklung unter der Leitung von Robert Walpole von 1721 – 1742. Damals wurde im englischen Parlament viel mit Bestechungen gearbeitet. Auch bei den Wahlen zum Parlament spielte der Stimmenkauf unter Verwendung privater wie auch staatlicher

Gelder eine große Rolle. Der größte Teil der Parlamentssitze entfiel auf die sogenannte Parliamentary Boroughs. Unter diesen waren die Mehrzahl ganz kleine unbedeutende Plätze, denen in früheren Zeiten unter ganz anderen Verhältnissen das Recht verliehen war, einen Vertreter in das Unterhaus zu senden. An diesen zum Teil verkommenen kleinen Flecken „Rotten Boroughs" haftete das Wahlrecht, während mittlerweile große Städte emporgeblüht waren, die kein Wahlrecht hatten. Aber trotz dieser außerordentlich starken Mängel, die das parlamentarische System damals aufwies, war es doch, verglichen mit den Zuständen in den meisten europäischen Ländern, immerhin ein bedeutender Fortschritt. Denn es war eine öffentliche Meinung vorhanden, der gegenüber doch sehr starke Mißstände in der Politik und in der Verwaltung sich schwer halten konnten. Es waren die persönliche Freiheit und das persönliche Recht in ganz anderer Weise als auf dem Kontinent gewährleistet.

Die Herrschaft lag damals hauptsächlich in den Händen der englischen Aristokratie, die auch den größten Besitz hatte. Aber trotzdem haben sich in England nicht die starken Klassengegensätze entwickelt, wie das auf dem Kontinent der Fall war. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß die persönliche Freiheit aller Engländer seit langem vorhanden war. Es hängt auch mit einer anderen Lebensauffassung, mit einer anderen sozialen Einstellung der englischen Aristokratie zusammen, und schließlich war dafür auch von großer Bedeutung, daß das Adelswesen in England auf einer anderen Grundlage beruht als in Deutschland und anderen Ländern des Kontinents. In England hat man ein System, bei dem Grundbesitz und Reichtum mit dem Adelstitel verbunden ist. Nur einer erhält als Erbe den Titel und gleichzeitig auch den Besitz. Die jüngeren Mitglieder der Familie werden Commoners und führen nur den allgemeinen Familiennamen, es sei denn, daß noch ein oder einige weitere mit Grundbesitz verbundene Titel in der Familie sind, die dann der nächstfolgende Erbe oder die nächstfolgenden Erben erhalten. Um ein Beispiel zu geben: Zur Familie Churchill gehört der Träger des Titels Duke of Marlborough. Dieser Titel vererbt sich jeweils auf den ältesten Sohn des Titelträgers, während die anderen Mitglieder der Familie lediglich den Namen Churchill führen. Der Minister Winston Churchill ist ein Commoner (Gemeiner), wie andere, obgleich er zu der berühmten alten Familie gehört. Die neueste Entwicklung geht so weit, daß selbst der König von England während des Krieges einen Namen

für seine Familie angenommen hat (Windsor), und daß die Mitglieder seiner Familie, die nicht mehr zur näheren Verwandtschaft des jeweils regierenden Königs gehören, auch Commoners werden. Also sogar die Mitglieder des regierenden Königshauses nehmen bei entsprechendem verwandtschaftlichen Abstand keine Adelsstellung mehr ein. Es liegt auf der Hand, daß diese Gestaltung des englischen Adelswesens, bei der es keine aus der Gesamtheit des Volkes herausgehobenen Adelsfamilien gibt, wie das auf dem Kontinent der Fall war, sondern nur die jeweiligen Träger der Adelstitel und der damit verbundenen Besitz- und sonstigen Rechte, für die Entwicklung der sozialen Verhältnisse von größter Bedeutung war. In England bildeten sich nicht durchgreifende Klassenunterschiede wie auf dem Kontinent. Es konnte keine Kluft zwischen dem Adel einerseits und dem Bürgertum und Bauerntum andererseits entstehen, wie in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern. Denn die Mitglieder der ältesten und mit Grundbesitz am reichsten gesegneten Familien waren, sofern der einzelne nicht den Adelstitel mit dazugehörigem Vermögen ererbte oder einen solchen durch besondere königliche Verleihung erhielt, ebenso Commoners wie alle anderen Staatsbürger. So vermochte sich, obwohl die Besitzungen mancher englischer Lords von ungeheurem Umfang und die Unterschiede zwischen begütert und unbegütert keineswegs geringer waren als auf dem Kontinent, im Gegenteil im Vergleich zu manchen europäischen Ländern erheblich größer, doch ein stärkeres Gefühl der Zusammengehörigkeit innerhalb des englischen Volkes auch im Verhältnis zum Adel zu bilden, als dies unter den Verhältnissen des kontinentalen Europa der Fall war.

Im Jahre 1801 kam die Vereinigung mit Irland. Von da ab bestand das vereinigte Königreich aus England, Schottland und Irland. Es führte den Namen United Kingdom of Great Britain and Ireland. Dieser Zustand hat 120 Jahre gedauert. Die Irländer haben in diesem Zeitraum, wie auch schon in früheren Jahrhunderten seit der Eroberung ihres Landes durch die Engländer, um die Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit gerungen. Nach manchen Wandlungen und zeitweise schweren inneren Unruhen ist schließlich im Jahre 1921 der Irische Freistaat gebildet worden, der Irland eine gewisse Selbständigkeit im Rahmen des Britischen Reichs gewährt, ohne daß damit allerdings den Forderungen der extremen irischen Nationalisten genügt wäre. Ein Teil der Nordosthälfte von Irland, der überwiegend englische und protestantische Bewohner hat, ist als besonderes

staatliches Gebilde für sich abgetrennt worden. Auf die furchtbare Geschichte Irlands soll hier nicht eingegangen werden. Ich möchte nur erwähnen, daß die beständigen Bedrückungen Irlands, die mit dem Eroberungszuge Heinrichs II. im Jahre 1175 begonnen haben und besonders stark unter Cromwell waren, für die Entwicklung des Britischen Reiches von außerordentlicher Bedeutung gewesen sind. Es hat in den verschiedenen Zeiten eine sehr starke Auswanderung von Irländern stattgefunden. Am stärksten war sie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts nach der großen Hungersnot, die infolge von Mißernten in Irland eintrat. Sie führte zur Abwanderung von Millionen von Menschen. Die Irländer bilden überall einen sehr wichtigen Bevölkerungsbestandteil innerhalb der einzelnen Teile des Britischen Reiches. Allerdings die stärkste Auswanderung hatte sich nach den Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet, wo die Irländer auch heute noch einen sehr starken Bevölkerungsbestandteil bilden. In diesen Irländern, soweit sie außerhalb des Britischen Reiches wohnen, ist auch heute noch die Erinnerung an die furchtbaren Bedrückungen lebendig, denen ihr Volk ausgesetzt war, und dementsprechend ein starker Haß gegen England. Das hat sich auch in der Neuzeit verschiedentlich bemerkbar gemacht. Auch dieser Umstand ist für die Entwicklung der britischen Verhältnisse von Bedeutung.

In England selbst wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die sich immer stärker fühlbar machenden Mängel des Wahlsystems beseitigt. 1832 kam die Reform Bill endlich zustande, die lange vorher schon beabsichtigt war. Es wurde jenen „Rotten Boroughs", die noch Abgeordnete zu wählen hatten, das Wahlrecht genommen. Die Abgeordneten wurden gerechter verteilt auf die anwachsenden Städte und die verschiedenen Grafschaften. Von nun an gaben praktisch die gewerblichen Mittelklassen den Ausschlag. Es war das Ende der Herrschaft der Aristokratie erreicht, die die Geschicke des Volkes lange Zeit hindurch bestimmt hatte. Auch weiterhin hat die englische Aristokratie in der Politik eine große Rolle gespielt, und spielt sie auch heute noch. Aber von einer Herrschaft der Aristokratie kann nicht mehr gesprochen werden.

Das englische Wahlrecht war nicht ein allgemeines Wahlrecht, wie es das deutsche von Anfang an bei der Errichtung des Norddeutschen Bundes war, sondern es nahm gewisse Rücksicht auf Besitz, Einkommen usw. Es waren Bestimmungen darin enthalten, die bis in die Neuzeit hinein mit gewissen Änderungen maßgebend

waren, z. B. daß jemand einen gewissen Grundbesitz haben mußte, oder daß er eine Miete von gewisser Mindesthöhe für eine Wohnung bezahlen mußte, oder daß er sonst irgendwie zu den steuerzahlenden Klassen gehörte. Es kamen später weitere Wahlreformen mit der Ausdehnung des Wahlrechts im Jahre 1867 und 1884. Es bestand aber immer noch das Recht des Oberhauses, welches als gleichberechtigte Instanz dem Unterhaus gegenüberstand. Dieses „House of Lords" war, wie das bei solchen Dingen natürlich ist, konservativ gesinnt und erwies sich als Hindernis für weiter fortschreitende Pläne, wie sie in dem „House of Commons", dem Unterhaus, vertreten wurden. Und so kam es dann vor dem Kriege zu jener langwierigen Auseinandersetzung um die Stellung des Oberhauses gegenüber dem Unterhaus, die dahin führte, daß 1911 das Oberhaus einen Teil seiner bisherigen Mitbestimmungsrechte verlor. Von da ab hatte das Oberhaus nicht mehr das Recht der endgültigen Ablehnung eines Gesetzentwurfes, den das Unterhaus angenommen hatte, sondern es hatte nur noch das Recht eines aufschiebenden Vetos. Das Oberhaus kann eine Bill wohl zurückweisen, aber wenn das Unterhaus sie in weiteren zwei Sessionen annimmt, so wird sie auch im Widerspruch zum Oberhaus Gesetz. Weiter ist die wichtige Bestimmung durchgesetzt, daß Finanzgesetze von dem Oberhaus überhaupt nicht geändert oder abgelehnt werden dürfen, daß das Oberhaus also darin überhaupt keine entscheidende Mitwirkung hat. Diese schwerwiegenden Gesetze ließen sich nur durchsetzen nach wiederholter Auflösung des Parlaments und nachdem sich gezeigt hatte, daß das Oberhaus doch keine Aussichten mehr hatte, seine bisherige Stellung aufrecht zu erhalten. Das bedeutet eine sehr große Änderung, indem damit tatsächlich die entscheidende Macht in das Unterhaus verlegt worden ist, wenngleich dieses verzögernde Element des Oberhauses immer doch noch von einer gewissen, nicht zu unterschätzenden Bedeutung ist.

Der englische Parlamentarismus hat lange Zeit hindurch gut funktioniert, indem zwei Parteien vorhanden waren, die sich gegenseitig ablösten. Früher waren es die Whigs and Tories, an deren Stelle dann später die Liberalen und Konservativen getreten sind. Von diesen beiden Parteien war die eine in der Regierung, die andere in der Opposition. Wenn es dann zu einer Auflösung des Parlaments kam und zu einer Änderung in dessen Zusammensetzung bei den Wahlen, wonach die bisherige Opposition stärker wurde, so übernahm die letztere die Regierung. Der Führer der bisherigen Opposition wurde

leitender Minister, die Partei, die bisher die Regierung hatte, wurde zur Opposition. Bisweilen gab es eine ganze Zeit hindurch eine liberale Regierung, dann wurden wieder die Konservativen Regierungspartei und die Liberalen traten in die Opposition und umgekehrt. Dieses System ist nun in der neuesten Zeit dadurch beeinträchtigt worden, daß sich auch in England noch andere Parteien gebildet haben. Solange Irland zum Vereinigten Königreich gehörte, war es im Parlament vertreten; aus dort gewählten Abgeordneten bildete sich eine besondere irische Partei, die der Nationalisten, die immerhin in einer solchen Stärke auftraten, daß sie für die Entscheidung unter Umständen ausschlaggebend waren. Dann bildete sich auch neuerdings seit 1906 eine Arbeiterpartei. In dem Wahlkampf Anfang 1906 zwischen Konservativen und Liberalen, wobei ein Teil der Liberalen unter Joe Chamberlain mit auf die Seite der Konservativen trat, handelte es sich vor allem um die eine Hauptfrage des britischen Imperialismus, nämlich um die Frage der Einführung von Vorzugszöllen zwischen England und den anderen Bestandteilen des Britischen Reiches, während auf der anderen Seite der Liberalismus mit Freihandel stand. Damals hat der Liberalismus mit dem Freihandel einen überwältigenden Wahlsieg errungen. Die konservative Regierung trat ab. Bei dieser Wahl wurden die ersten wenigen Kandidaten aus Arbeiterkreisen gewählt, zu denen der Arbeiterführer John Burns gehörte, der dann eine staatliche Stellung erhielt, die etwa einen Teil der Befugnisse eines Wohlfahrtsministers umfaßte. Aber damals hat man noch nicht von einer besonderen Arbeiterpartei gesprochen, vielmehr hat die englische Labour Party sich erst im Jahre 1909 gebildet. Diese Arbeiterpartei ist dann allmählich angewachsen. Es sind somit, seitdem die irischen Nationalisten mit der Abtrennung Irlands aus dem Parlament verschwunden sind, drei Parteien vorhanden, von denen die liberale Partei sehr geschwächt ist. 1917 ist ein demokratisches Wahlrecht eingeführt worden, wobei sich die Zahl der Wähler von 8½ auf 21½ Millionen vermehrte. Diese Umgestaltung des Wahlrechts hat, was die Berechtigung zum Wählen anbetrifft, eine gewisse Ähnlichkeit mit unserem Wahlrecht herbeigeführt, obgleich es noch manche Bestimmungen hat, die den gebildeten Klassen eine etwas stärkere Beteiligung geben. So ist das Wahlrecht für die Universitäten beibehalten. Auch kann jemand unter Umständen ein doppeltes Wahlrecht haben. Für die Frauen war zunächst noch nicht das allgemeine Wahlrecht für alle gegeben. Nur die Frauen, die einen

Haushalt usw. haben, durften wählen. Im übrigen war ein gewisses Alter festgesetzt, so daß praktisch die Frauen, die sehr jung sind und die als Arbeiterin oder Hausangestellte tätig sind, kein Wahlrecht besaßen. Auch diese Schranken werden aber neuerdings in Wegfall gebracht. In anderer Beziehung indessen bestehen grundsätzliche Unterschiede zwischen dem deutschen und dem englischen Wahlrecht. Letzteres kennt nicht das Proportionalsystem, bei dem keine Stimmen verloren gehen, sondern das Wahlrecht der relativen Mehrheit, d. h. von den in einem Wahlkreis aufgestellten Kandidaten ist derjenige gewählt, der die meisten Stimmen hat. Das führt dazu, daß ein großer Teil der Stimmen für die tatsächliche Zusammensetzung des Unterhauses verloren geht. Wenn z. B. der Kandidat der Liberalen 10 000 Stimmen erhält, der der Arbeiterpartei 10 001 und der der Konservativen 10 002, so ist der letztere gewählt. Die übrigen Stimmen fallen unter den Tisch. So konnte es kommen, daß bei den letzten Wahlen die konservative Partei, obwohl sie erheblich weniger als die Hälfte der insgesamt abgegebenen Stimmen erhielt, doch eine starke Mehrheit im Unterhause erzielte. Dies englische Wahlrecht, welches unter dem Gesichtspunkt der gerechten Auswirkung der abgegebenen Stimmen und der Ermittlung des Willens der Majorität der Wähler hinter dem deutschen Proportionalwahlrecht zurücksteht, ist diesem doch für die Ermöglichung der Bildung einer effektiven Regierung weit überlegen. Das englische System ist so für die tatkräftige Vertretung der englischen Belange der Außenwelt gegenüber weit geeigneter, da es der Regierung meist eine sichere Majorität im Parlament gibt und nicht in diesem selbst erst mühevolle Kompromisse zur Erzielung eines einheitlichen Regierungswillens geschlossen werden müssen.

Einfluß des englischen Nationalcharakters auf den Imperialismus

Was ergibt sich aus dieser politischen Entwicklung des englischen Volkes für den englischen Nationalismus und für den Imperialismus? Diese Entwicklung, wie ich sie hier in kurzen, knappen Zügen darzustellen versuchte, hat dazu geführt, daß der Engländer durchschnittlich politisch weit fortgeschrittener, weit entwickelter ist, als das bei den Angehörigen der kontinentalen Staaten der Fall ist. Die Engländer haben sich schon frühzeitig als befähigt für die Gründung überseeischer Staatsgebilde gezeigt. Sie haben die Grundlage dafür in ihrer heimatlichen Entwicklung bekommen, einmal durch die per-

sönliche Freiheit der Engländer, dann durch die Gewöhnung an die Selbstverwaltung, an die Mitwirkung des Volkes an der Gestaltung des Geschickes des Landes. Sie hat dahin geführt, daß die Engländer überall dort, wo sie in die Welt hinausgegangen sind, um Kolonien zu bilden, auch ähnliche Ideen anwandten, wie sie das in der Heimat gewohnt waren. Es kam dabei nicht so sehr darauf an, daß die Formen der heimischen Selbstverwaltung nachgeahmt wurden, sondern daß der gleiche Geist und dieselbe innere Einstellung vorhanden waren. Der Engländer, der sich in der Heimat selbst als frei und berechtigt zur Mitwirkung an staatlichen Dingen betrachtete, ging auch drüben auf kolonialem Boden sofort darauf aus, das Gleiche herbeizuführen. So finden wir, daß in der ersten dauernden Ansiedlungskolonie, in Virginia, jetzt zu den Vereinigten Staaten von Amerika gehörig, schon 1619 nach einem erst zwölfjährigen Bestehen der Kolonie eine parlamentarische Versammlung von 22 aus den Grundbesitzern ausgewählten Abgeordneten gebildet wurde, die über die Fragen der Besteuerung und der Gesetzgebung zu entscheiden hatte.

Daneben war das „Executive Council", der Ausführende Rat, vorhanden und der Gouverneur, der als Leiter der Verwaltung aus der Heimat bestellt wurde.

In England hatte sich seit dem 18. Jahrhundert das Self Government entwickelt, d. i. die Selbstregierung, die darauf beruht, daß die Regierungsgewalt bei den erwählten Abgeordneten des Volkes liegt und daß die Minister dem Parlament verantwortlich sind. Dieses parlamentarische System ist dann entsprechend den Verhältnissen in England allmählich auch in den großen Kolonien mit starker englischer Bevölkerung durchgeführt worden. So haben sich im Laufe der Zeit die Kolonien mit Ansiedlungsbevölkerung, in denen eine bodenständige Bevölkerung entstanden war, zu selbstverwaltenden Kolonien mit eigenen Parlamenten entwickelt. Daraus sind dann unter Zusammenschluß der örtlich zusammenliegenden Kolonien mit Selbstregierung die Dominions entstanden, die gegenwärtig neben dem Mutterland den wichtigsten Bestandteil des Britischen Reiches bilden.

Die parlamentarische Entwicklung Englands hat aber auch nach einer anderen Richtung hin eine große Bedeutung für die Ausgestaltung des Britischen Reiches gehabt. Das gilt von der Leitung der englischen Politik, von der Leitung insbesondere der Außenpolitik und der Verfolgung imperialistischer Ziele. Aus diesem parlamenta-

rischen System ergab sich, daß in England ein Ausschuß von Parlamentsmitgliedern die Regierung führte, wenn es auch gelegentlich vorkam, daß der an der Spitze stehende Mann bei großen Fähigkeiten und entsprechender Gefolgschaft durch die übrigen Kabinettsmitglieder die wirkliche Leitung allein in der Hand hatte. Aber in jedem Fall hat sich daraus für England und für das Britische Reich der Zustand ergeben, daß die oberste Leitung regelmäßig in den Händen einer kleinen Zahl ausgesiebter Politiker gelegen hat. Es waren Leute, die sozusagen ihr Geschäft gelernt hatten, die, ehe sie die Stellung eines leitenden Ministers oder gar des Premierministers erlangen konnten, durch die politische Schule des Parlamentarismus gegangen waren, in der Regel in irgendeiner sonstigen Stellung oder mindestens in parlamentarischer Eigenschaft als Parlamentsmitglied bereits an wichtigen politischen Geschäften mitgewirkt hatten. Es war ein Gremium von ausgebildeten, in politischen Geschäften erfahrenen Leuten. Wesentlich hierauf dürfte es mit zurückzuführen sein, wenn die englische Geschichte der Neuzeit und die Geschichte des Britischen Reiches vor solchen Rückschlägen bewahrt geblieben ist, wie sie die Geschichte fast jeder anderen Nation aufzuweisen hat. Auf dem Kontinent haben wir bisweilen Genies auf dem Thron oder als leitende Minister gesehen, die imstande gewesen sind, ihr Land schnell emporzuheben und ihm große Geltung zu verschaffen. Aber fast alle jene Länder haben dann wieder schwere Mißerfolge und Zeiten des Niederganges erlebt. Man braucht nur an Frankreich zu denken, das einmal einen Richelieu als Staatsmann gehabt hat, das einen Napoleon I. gehabt hat, das Zeiten größter Erfolge und dann wieder solche des Niederganges erlebt hat. Der Gedanke an unser eigenes Schicksal liegt nahe, an den Aufschwung Preußens unter Friedrich dem Großen, Deutschlands unter Bismarck und dann wieder an jene Zeiten des Tiefstandes. In den Ländern, in denen der Monarch oder unter dem Monarchen ein Minister in entscheidender Stellung die Leitung hatte, war eine große Konzentration möglich, und große Erfolge konnten erreicht werden, wenn eine hochbegabte Persönlichkeit an der Spitze stand. Aber es fehlte die Garantie einer gleichmäßigen, verständigen Führung der Politik. Wenn das Genie selbst über die Grenzen des nach den Kräfteverhältnissen der Staaten und den natürlichen Bedingungen Möglichen hinausgriff, wie im Falle Napoleons, so kam der Rückschlag. Dasselbe geschah, wenn auf das staatsmännische Genie mindere Geister folgten, welche das

Staatsschiff in schwierigen Zeitläuften nicht richtig zu steuern vermochten, wie das bei uns in den auf Friedrich den Großen und Bismarck folgenden Zeiten und ähnlich in manchen anderen Ländern zu verschiedenen Zeiten der Fall war.

In England dagegen finden wir, obwohl es nicht in dem Maße einzelne Genies an der Spitze gehabt hat, wie das bei manchen anderen Ländern der Fall gewesen ist, daß die Außenpolitik, im Großen gesehen, durch lange Zeiträume hindurch eine kontinuierliche gewesen ist, und daß dafür auch der Wechsel der Parteien meist keinen wesentlichen Unterschied machte. Mit gewissen Schwankungen ist in der englischen Außenpolitik der Neuzeit im großen und ganzen immer dieselbe Linie verfolgt worden. Es hat, im Großen gesehen, jenes in seiner Zusammensetzung wechselnde Gremium von politisch erfahrenen Leuten immer die englischen politischen Geschäfte in einer solchen Weise geführt, daß sich daraus Vorteile oder zum mindesten keine Nachteile für das Britische Reich ergeben haben.

Im Zusammenhang damit ist noch die Entwicklung der sonstigen Eigenschaften im englischen Volkscharakter zu betrachten, durch welche es England möglich war, seine imperialistischen Ziele mit Erfolg in der Welt durchzusetzen. Die Tatsache, daß in England die persönliche Freiheit zu einer Zeit bereits errungen wurde, in welcher im übrigen Europa sich ein großer Teil, ja in manchen Ländern der größte Teil der Einwohner in dem Zustande der Unfreiheit befand, der Hörigkeit, der Leibeigenschaft, der Untertänigkeit oder wie immer die Bezeichnungen waren, hat eine große Rolle bei der Entwicklung des Nationalgefühls sowohl wie bei der des Imperialismus gespielt. Es war in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, daß jenes bekannte Lied gedichtet und gesungen wurde, das auch heute noch die Engländer singen: „Rule Britannia, Britannia rules the waves", „Britains never never shall he slaves." „Herrsche, Britannia, Britannia beherrsche die Wogen" mit dem Refrain: „Briten sollen niemals Sklaven sein." Das war zu einer Zeit, zu der in den übrigen europäischen Ländern von einem derartigen Gesange nicht hätte die Rede sein können, denn der Absolutismus und der Zustand der Unfreiheit herrschte bei den meisten Nationen. Es hängt mit diesem Zustande der persönlichen Freiheit in einem frühen Stadium der englischen Geschichte zusammen, daß sich dort die Klassengegensätze nicht so entwickelt haben, wie das bei uns und in manchen anderen Ländern der Fall war. In gewissen Beziehungen waren die Unterschiede

ja größer als bei uns. Der Unterschied zwischen Reichtum und Armut, der Unterschied in dem Vermögen, in dem Grundbesitz, besonders in der Lebenshaltung zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung war größer, als das in den meisten kontinentalen Ländern der Fall gewesen ist. Aber trotzdem haben sich in England diese Klassengegensätze nicht in einer solchen Weise entwickelt wie in kontinentalen Ländern. Das hängt, wie oben dargelegt wurde, damit zusammen, daß der Adel in England in manchen Beziehungen eine andere Stellung eingenommen hat als auf dem Kontinent. Der Adel bildete nicht dem übrigen englischen Staatsangehörigen gegenüber eine abgeschlossene Adelskaste. Es fehlte der Unterschied zwischen Grundherren und Hörigen. Der Adel betrachtete die anderen Engländer als freie Bürger des Staates und nahm demgemäß eine andere Einstellung ihnen gegenüber ein als der kontinentale Adel gegenüber den Leibeigenen oder auch den „Roturiers".

Auf der anderen Seite ergab sich ebenfalls aus dieser Tatsache der persönlichen Freiheit, daß auch der einfache Mann in England eine andere Haltung gegenüber den Vornehmeren einnahm und noch heute einnimmt, als das auf dem Kontinent vielfach der Fall war und stellenweise noch ist. Ich habe davon einen lebhaften Eindruck bekommen, als ich in London an Wahlversammlungen bei den Wahlen Anfang 1906 teilgenommen habe. Es fiel mir auf, wie der einfache Arbeiter oder kleine Angestellte dem Lord oder sonstigen vornehmen Engländer, der als Kandidat aufgestellt war, mit einer gewissen inneren Freiheit gegenüber trat, wie es der Engländer war, der zum Engländer sprach, der sich innerlich als auf gleicher Stufe stehend betrachtete. Auf dem Kontinent konnte man im gleichen Fall bisweilen die Erfahrung machen, daß der Arbeiter, je nach der Partei, entweder eine feindliche Haltung gegenüber dem Höhergestellten oder Bessersituierten einnahm oder aber eine devote Einstellung. Dies ist nur aus der andersartigen Entwicklung in den in Frage kommenden Ländern erklärlich. In England war jenes jahrhundertelange Miteinanderleben als freier, gleichberechtigter Menschen erfolgt, während auf dem Kontinent große Teile der Bevölkerung bis in die Neuzeit hinein nicht gleichberechtigt waren und unter Druck gehalten wurden. Das ist auf die innere Einstellung mancher Schichten der kontinentalen Bevölkerung, auch nachdem jene Fesseln längst beseitigt sind, nicht ohne Einfluß geblieben. Es fehlt auch heute noch vielfach an der in England üblichen gegenseitigen Einschätzung der Volks-

genossen als vollwertiger Glieder des Volkes und auch an der entsprechenden Selbsteinschätzung.

Es kommt nun etwas dazu, was die Engländer als besonders geeignet erscheinen ließ, in fremden Ländern eine Rolle als Herrscher oder als Kolonisatoren zu spielen. Es ist die Gleichmäßigkeit der Lebensform und der Lebenshaltung, welche ganz besonders in den oberen Schichten des englischen Volkes vorhanden ist. Es sind zunächst einmal äußere Formen, die bei uns in Deutschland leider bis in die Neuzeit hinein vielfach vernachlässigt sind. Bei uns hat man ja vielfach den Gegensatz von Kultur und Zivilisation aufgestellt, wobei man unter Kultur die innere und geistige Bildung verstand, während man unter Zivilisation mehr die Ausbildung der äußeren Lebensformen, im Zusammenhang mit anderen, mehr äußeren Dingen betrachtete. Gerade das, was wir — wenn ich diese Unterscheidung einmal hier anwenden will — Zivilisation nennen, ist im höchsten Maße in England entwickelt. Wenn man sich in England befindet, so fällt einem die Gleichmäßigkeit der Form des Auftretens, der Kleidung, des Benehmens in Gesellschaft, bei Tisch usw. auf. Diese Gleichmäßigkeit guter Formen gibt dem Engländer im Verkehr mit anderen Völkern eine bevorzugte Stellung. Sie springt viel mehr in die Augen, als die mehr innerlichen und bei näherem Umgang erkennbaren Errungenschaften hoher Kultur. Besonders auf minder entwickelte Völker machen die guten Formen der Engländer großen Eindruck und werden mit Vorliebe zum Muster genommen.

Die Ausbildung des Engländers der oberen Klassen zum „Gentleman" — es gibt im Deutschen kein entsprechendes Wort —, befähigt ihn auch in anderer Beziehung besonders, unter fremden Völkern zu wirken. Die Erziehung in England steht in einem grundsätzlichen und großen Gegensatz zu der deutschen, auch in bezug auf Schulerziehung, wie sie wenigstens bis in die neueste Zeit gewesen ist. Während wir in Deutschland im allgemeinen eine solche Bildung und Kenntnisse erlangen, die weit über dem Niveau des Durchschnittsengländers stehen, ist dort die Erziehung gerade der Angehörigen der oberen Schichten der Bevölkerung mehr darauf gerichtet, den Charakter und das Benehmen zu bilden. In den Boarding Schools leben die Schüler in Internaten zusammen. In den Universitäten (die altberühmtesten Oxford und Cambridge) befinden sich die Studenten, nicht wie hier, als Privatpersonen, als freie Studenten, die nach Belieben Kollegs belegen, sondern sie führen dort ein gemeinsames Leben. Das Be-

streben in Schulen wie Universitäten geht dahin, daß Eigenschaften wie Disziplin, Selbstbeherrschung, Selbständigkeit in den Schülern und Studenten großgezogen wird. Der Unterricht ist nicht nur darauf gerichtet, Kenntnisse und Bildung zu vermitteln, sondern ebensosehr und vielleicht in erster Linie auf Ausbildung des Willens und auf Erziehung zum Gentleman. Der Engländer, der diese Erziehung durchgemacht hat, stellt meist ein geeignetes Material für Teilnahme an der Leitung fremder Völker dar. Seine Selbstsicherheit, seine Beherrschung der äußeren Formen einer gleichmäßigen Zivilisation, seine hohe Selbsteinschätzung befähigen ihn ganz besonders zur Herrschaft über Angehörige fremder Rassen. Man mag über die indische Verwaltung denken, wie man will, aber die Tatsache, daß dort 1500 Engländer eine Bevölkerung von 300 Millionen Menschen seit 100 Jahren und länger regieren, daß diese kleine Zahl von Leuten es fertiggebracht hat, dieses Land im wesentlichen in Ruhe zu verwalten, stellt eine außerordentliche Leistung dar, betrachtet vom Standpunkt der kolonialen Politik und vom Standpunkt der Leitung fremder Völker.

Es kommt noch etwas Weiteres dazu, das ist die englische Überzeugung von der Vorzüglichkeit der eigenen Einrichtungen, der Glaube, daß die Ausbreitung der englischen Herrschaft nicht bloß für England etwas Gutes ist, sondern auch allen anderen Völkern zum Heile gereicht. Bei solchen Dingen spielt gewiß vielfach auch der „Cant", das, was wir Heuchelei nennen, eine große Rolle. Aber kein unbefangener Beobachter kann leugnen, daß die Überzeugung von der Vorzüglichkeit der englischen Zivilisation und des Nutzens ihrer Ausbreitung für die ganze Welt einen Bestandteil der tatsächlichen englischen Auffassung bildet. Diese Überzeugung trägt zweifellos dazu bei, um den Engländern in der imperialistischen Ausbreitung in der Welt bisher die erste Rolle zu verleihen.

Bei diesen Anschauungen von der Vorzüglichkeit des Engländertums und bei manchen anderen Anschauungen spielen nun religiöse Momente eine große Rolle. Ich muß da zurückgehen bis auf die Zeiten, in denen der mittelalterliche Katholizismus herrschte, um den Unterschied klarzumachen zwischen der Neuzeit, welche erst mit der Reformation und dann mit dem Puritanertum in England einbrach. Das mittelalterliche Christentum war darauf abgestellt, daß es die eigentliche Bedeutung und den Hauptwert in das Jenseits legte, daß es eigentlich das menschliche Leben nur als eine kurze Pilgerfahrt betrachtete, die lediglich dazu diente, um den Menschen für das

ewige Leben vorzubereiten. Mit der Einführung der Reformation setzte eine neue Auffassung der Dinge ein, welche mehr und mehr auf das Diesseits den Hauptwert legte. Es kam damit die Loslösung von jener mittelalterlichen Gebundenheit an die Gewalt der Kirche, welche einem nationalen Aufstreben nicht günstig waren. Es kam dann im weiteren Verlauf der englischen Geschichte zu dem weitgehenden Einfluß des Puritanismus. Ich habe bereits erwähnt, wie die sogenannten Independenten, die nicht zur Staatskirche gehörten, unter Oliver Cromwell die Herrschaft erlangten und wie sie nun für eine zwar verhältnismäßig kurze, aber doch entscheidende Epoche die Herrschaft ausübten. Dieser Puritanismus stellte sich nun in stärkerem Maße als die sonstigen religiösen Auffassungen auf das Diesseits ein. Der Puritaner nahm die Bibel als solche, wie sie geschrieben war, im Wortlaut an, insbesondere auch das Alte Testament, und nahm diese Vorschrift der Bibel als Richtschnur für das praktische Leben. Das Reich Gottes sollte nach dieser Auffassung nicht bloß, wie das früher angenommen wurde, im Jenseits sich verwirklichen, sondern schon hier auf Erden seine starke Wirkung entfalten. Es sollte unmittelbar hineinragen ins tägliche Leben. Es sollte sich nicht darum handeln, daß erst im Jenseits der gläubige Christ die Erfüllung seines Glaubens finden sollte, sondern es kam auf die Bewährung im Diesseits an. Entsprechend diesem Bibelglauben wurde auch das Leben der einzelnen geregelt. Auch das tägliche Leben sollte sich darin fügen. Das biblische Sittengesetz sollte streng von jedem Menschen durchgeführt werden.

Mit diesen Ideen war verbunden die absolute Unabhängigkeit jedes einzelnen, der nun nicht mehr von Priestern oder sonstigen Mittlern abhängig sein sollte, sondern der selbst in direkten Beziehungen zu Gott stehen sollte. Es ergab sich daraus das starke Selbstvertrauen des Puritaners. Es ergab sich daraus eine planmäßige Lebensführung entsprechend den Vorschriften der Bibel. Es ergab sich daraus die treue Erfüllung der Berufspflichten des einzelnen. Nach dieser Auffassung war der Kaufmann etwa genau so an seinen Platz von Gott gestellt wie jeder andere, und in der Erfüllung seines Berufs tat er auch das Gott wohlgefällige Werk. Wenn er Erfolg hatte, wenn er Reichtümer erwarb, so war das nach dieser Auffassung eben eine Bewährung des Betreffenden auf dem Platz, an den ihn Gott gestellt hatte, so war das, wie manche meinen, sogar ein Beweis dafür, daß er zu den Erwählten Gottes gehörte, daß es ihm hier auf Erden bereits gut ging.

Ein Hauptziel des Puritanertums war die Verteidigung des Protestantismus. Nach puritanischer Auffassung trug ein jeder, der in seinem Berufe, als Kaufmann oder wie sonst, Produktives leistete, der es zu Wohlstand und Betätigung brachte, dazu bei, den Protestantismus zu stärken und die Mittel zu schaffen für dessen Verteidigung. Damit zusammen hing auch der Glaube an das „Auserwählte Volk". Es wurde diese Vorstellung des Alten Testaments von den Puritanern auf das englische Volk übertragen. Dieses wurde als das „Auserwählte Volk" betrachtet, das von Gott dazu berufen sei, die maßgebende Rolle in der Welt zu spielen. Daß das nicht bloße Ideen waren, sondern auch praktisch in die Wirklichkeit überführt wurde, trat in hervorragendstem Maße in den Zeiten Cromwells in die Erscheinung. Cromwell, jener energische, tatkräftige, hervorragend begabte Mann, der in der englischen Revolution an die Spitze kam und unter dem Namen Protektor die Diktatorschaft ausübte, suchte mit Gewalt das zu verwirklichen, was er als den Willen Gottes ansah. Er trachtete nach dem Schutz und der Zusammenfassung des gesamten Protestantismus. Er hat in England selbst zunächst die Herrschaft im blutigen Kriege gegen den König und dessen Armee errungen. Dann hat er in Irland mit Gewalt weiter seine Ideen zu verwirklichen gesucht. Er rüstete eine starke Flotte aus, um einmal die Holländer von der See wegzufegen, die damals eine große Rolle als Seemacht spielten. Er hat dann Pläne gehabt, die noch viel weiter gingen. Er wollte das gesamte spanische Amerika erobern. Es ist nicht zur Durchführung dieser Pläne gekommen. Das einzige, was im Bereich des spanischen Kolonialbesitzes damals von England erobert wurde, war die Insel Jamaika.

Aber Cromwell hat auch in anderer Weise sehr viel dazu beigetragen, um die englische Macht zu erweitern. Auf der See war es der gleichfalls puritanische Admiral Blake, welcher gegen die Holländer erfolgreich war. Blake war gleichfalls von jenem Bibelglauben durchdrungen, er sah in jedem Seesieg die Hand Gottes. Aber die größte Wirkung von allem, was Cromwell nach außen hin getan hat, erzielt seine Navigationsakte vom Jahre 1651. Diese hat eine ganz gewaltige, durch Jahrhunderte währende Wirkung für die englische Wirtschaft und den englischen Handel gehabt. Bis dahin hatten die Holländer die Rolle als Zwischenhändler gespielt und hatten auch den Handel nach und von England zum größten Teil wahrgenommen. Nunmehr wurde durch die Navigationsakte von Cromwell

bestimmt, daß in Zukunft nur noch englische Schiffe den Verkehr zwischen England und den englischen Besitzungen wahrnehmen durften und daß weiter die Waren dritter Länder nur auf englischen Schiffen nach England gebracht werden durften, also daß z. B. französische Schiffe nur französische Waren dorthin bringen durften, daß aber im übrigen der Zwischenhandel auf englischen Schiffen erfolgen mußte. Das war ein Akt des Merkantilismus, der ja auch sonst in anderen Ländern an der Herrschaft war und dessen Idee darin besteht, daß der Staat die Handelsbeziehungen des Landes in einer solchen Weise regelt, wie es für das betreffende Land von Vorteil ist. Diese Maßnahme Cromwells hatte die Wirkung, daß der holländische Handel zurückging und daß der englische Seehandel einen großen Aufschwung nahm. Die Bestimmungen der Navigationsakte sind dann später zu wiederholten Malen abgeschwächt worden, aber die Akte hat doch 200 Jahre in Kraft gestanden, bis sie endgültig im Jahre 1849 aufgehoben wurde, als der Freihandel zur Herrschaft gelangte.

Das Puritanertum hat auch für die Entstehung und Entwicklung englischer Kolonien eine große Wirkung gehabt und darüber hinaus für die Entwicklung von Ländern, die sich aus englischen Kolonien heraus gebildet haben. Vor allem haben die Puritaner bei der Entstehung der Neu-England-Kolonien, aus denen sich die Vereinigten Staaten von Amerika entwickelten, eine große Rolle gespielt. Es braucht nur die Landung der Pilgrimväter auf der „Mayflower" in Erinnerung gebracht zu werden. Noch heute lebt der Puritanergeist in den Vereinigten Staaten weiter, besonders in Massachusetts, wo 1620 die Landung der Pilgrimväter stattgefunden hat und die ersten Ansiedlungen und staatlichen Einrichtungen von den Puritanern geschaffen wurden. Aber auch anderwärts haben Puritaner bei der Gründung und Entwicklung der Kolonien in Amerika in starkem Maße mitgewirkt. Die bibelfesten Männer bildeten das geeignete Material, aus dem sich solche selbständigen Gemeinwesen über See entwickeln konnten. Nicht nur die Puritaner der Art, von denen ich gesprochen habe, sondern auch Angehörige der verschiedensten Sekten, welche bei der Bildung des Britischen Reiches eine große Rolle gespielt haben. Es sind, nachdem die Freiheit des Glaubensbekenntnisses errungen war, viele Sekten zur Entstehung gelangt, und es gibt heute noch viele Sekten in England und Amerika. Davon sind unter dem Gesichtspunkt der überseeischen Kolonisation vor allem die Quäker zu nennen. Der Name bedeutet eigentlich Zitterer, Leute, die in

der religiösen Erregung zu zittern schienen. Er war ursprünglich ein Spottname. Diese Quäker kamen in der Mitte des 17. Jahrhunderts als Sekte zur Entstehung. Sie hatten den Glauben an ein inneres, göttliches Licht und meinten, daß zur rechten Zeit ein jeder erleuchtet würde. Sie sahen von irgendwelchen äußeren Bindungen vollkommen ab, sondern nach ihrer Meinung muß die Erkenntnis jedem kommen. Er muß von dem Heiligen Geist oder inneren Christus erleuchtet sein und dann zu einem wahrhaft christlichen Leben gelangen. Diese Quäker hatten die vollkommene Gleichheit als Prinzip. Sie führten einen sittlich religiösen Lebenswandel. Sie waren aber keineswegs etwa eine mystische Sekte, sondern es waren Leute, die mit kühler, verstandesmäßiger Überlegung an alle Dinge herangingen, die sich selbst gewissermaßen als Beauftragte Gottes betrachteten, auch in ihren Berufen, und die methodisch in ihrem Geschäftsleben vorgingen. Auch diese Leute waren nach ihrer gesamten Einstellung außerordentlich geeignet für eine solche Kolonisation in überseeischen Ländern. Sie haben zum Teil Bedeutendes geleistet. Die größte ihrer Gründungen war Pennsylvanien in den Vereinigten Staaten. Der Gründer war der Quäker William Penn, welcher 1682 diese Kolonie errichtete, aus der sich dann ein wichtiger Bestandteil der Vereinigten Staaten gebildet hat.

Von anderen Sekten sind noch die Methodisten zu nennen, eine Gründung von Wesley im 18. Jahrhundert, gleichfalls gottesfürchtige Leute, die ein sittliches Leben führten und ebenfalls in verschiedenen Ländern eine große Wirkung entfaltet haben. Die Methodisten sind nach ihrer Lebensführung, die sie nur nach ihrer eigenen Überzeugung von dem abhängig macht, was sie als Gottes Gebot betrachten, geeignet, eine Pioniertätigkeit in überseeischen Gebieten zu entfalten. Angehörige der Methodisten sind auch als Missionare tätig, z. B. in Samoa und anderen Teilen der Südsee, und haben von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ab als solche eine bedeutende Tätigkeit an den Tag gelegt.

Die religiöse Grundlage spielt auch heute noch für den englischen Nationalismus und für den britischen Imperialismus eine große Rolle. Daneben traten ganz anders geartete Strömungen auf, die aus anderen Quellen ihren Ursprung nahmen, aber gleichfalls eine erhebliche Bedeutung für die Ausbreitung des britischen Imperiums gehabt haben. Es waren die philosophischen Anschauungen, welche von einem gewissen Zeitpunkt ab als Utilitarismus (Nützlichkeits-

philosophie) sich zeigten, – Ideen, die mit dem modernen Kapitalismus in starkem Maße zusammenhängen. Die englischen Philosophen haben sich von Beginn der Neuzeit ab im Gegensatz zu der deutschen Philosophie großenteils in der Richtung bewegt, daß sie das Empirische zur Grundlage machten, während der kontinentale und besonders der deutsche Gedankengang vielfach auf das Übernatürliche, Übersinnliche, auf das deduktive Vertiefen in geistige Dinge gerichtet war. Die Philosophie der englischen Philosophen wurde durch den praktischen Geist der Engländer beeinflußt. Der Commonsense – das ist der gesunde Menschenverstand – spielte bei ihr eine große Rolle. Der erste große englische Philosoph Lord Bacon of Verulam, der um die Wende des 17. Jahrhunderts tätig und gleichzeitig Staatsmann und Philosoph war, verfolgte mehr praktische Gedankengänge, ging mehr auf die Erforschung des Tatsächlichen aus, als daß er Hypothesen auf rein geistigem Gebiete aufgestellt hätte. Er hat den Empirismus, das versuchsweise Ausprobieren der Dinge, zum Prinzip erhoben. Er hat damit der Erforschung der Naturwissenschaften vorgearbeitet, während in jenem Jahrhundert und darüber hinaus die Gedankengänge der deutschen Philosophie sich von den greifbaren Dingen der Erde abwandten, und Systeme aufstellten, die sich ins Übersinnliche verloren.

Auf diesen Grundlagen der englischen Philosophie haben sich in späteren Jahrhunderten in England Ideen entwickelt, die man als Utilitarismus bezeichnet und die für die kapitalistische Einstellung ihre Wirkung entfaltet haben. Der Hauptvertreter des Utilitarismus war Bentham, geboren 1748. Seine Ideen waren vollkommen auf das Diesseits eingestellt und von Nützlichkeitserwägungen durchdrungen. Nach seiner Lehre ist das Ziel, das für die menschliche Gemeinschaft erstrebenswert ist, das Glück der größten Zahl herbeizuführen. Er faßte das Glück in materieller Weise auf, als Lustgefühl, als alles, was das Leben des Menschen in materieller Beziehung angeht. Diese Lehre wurde dann von John St. Mill weiterentwickelt. Sie übte eine große Wirkung auf weite Kreise des englischen Volkes aus. Es kam dazu die Aufklärung der modernen Naturwissenschaften, die darauf gerichtet war, die ganze Gedankenwelt auf das Diesseits, auf die Erfahrung abzustellen.

Mitbeeinflußt durch solche Gedankengänge entwickelte sich die Einstellung des Kapitalismus, welche lediglich das Diesseits im Auge hatte und Nützlichkeitserwägungen die maßgebende Bedeutung zu-

sprach. Es hat sich dann von der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ab jene Ideenwelt entwickelt, die man als Manchestertum zu bezeichnen sich gewöhnt hat. Die maßgebende Rolle dabei fiel Richard Cobden, geb. 1804, zu. Es gibt heute noch eine Cobden-Gesellschaft in England, welche auf dem Boden seiner Lehren steht. Cobden war, was wir heute einen Selfmademan nennen würden. Er hat in jungen Jahren schon eine Fabrik selber gegründet, brachte es zum wohlhabenden Mann und hat dann seine Lehre mit Erfolg verfochten. Bis dahin hatte man in England Getreidezölle, wie in anderen Ländern auch. Cobden hatte nun die Idee gefaßt, daß es für England richtiger sein würde, die Getreidezölle aufzuheben. Seine Ansicht war, daß bei einer Aufhebung der Zölle die Lebenshaltung billiger sein würde als in Ländern, die durch Zölle geschützt werden und daß alsdann die Industriearbeit billiger werden würde, weil die Arbeiter wiederum ihren Lebensunterhalt billiger bestreiten könnten. Daraus müsse sich für England ein großer Vorteil ergeben, der England zu dem „Workshop", zu der Werkstätte der Welt machen würde, aus der die Industrieerzeugnisse in andere Länder hinausgingen. Cobden hat nach langen Kämpfen den Sieg errungen. Seine Ideen breiteten sich aus und es kam zu jenem Vorgang, daß der vorher auf Schutzzölle eingestellte Premierminister Sir Robert Peel selbst die Wendung vollzog und den Übergang zum Freihandel im Jahre 1846 vorbereitete. Die Getreidezölle wurden aufgehoben. Es war dies wesentlich auf das Wirken der von Cobden gegründeten „Anti-corn-law League", den „Verband gegen die Getreidezölle", zurückzuführen. Diese Maßregel war von ungeheurer Bedeutung für England, denn in der Tat stellten sich die Folgen ein, die Cobden vorausgesagt hatte. England wurde die große Werkstätte, aus der die Welt mit Industrieartikeln versorgt wurde. Das hing auch zusammen mit dem Stand der Entwicklung der Maschinen und der Industrie in England einerseits und in anderen Ländern andererseits. England war infolge einer Reihe von Erfindungen, die dort gemacht wurden, beginnend mit der Erfindung der Dampfmaschine, der Spinnmaschine und der Lokomotive, an die Spitze der technischen Erfindungen und deren praktischer Ausnutzung gelangt, so daß es in jener Zeit den anderen Ländern darin weit überlegen war. So ergab sich aus dem Freihandel, der nunmehr die Lebenshaltung für die Arbeiter und die gesamte Bevölkerung billiger gestaltete, als das zur Zeit der Getreidezölle der Fall war, ein außerordentliches Prosperieren des englischen Handels.

Später ist man von diesen Ideen abgekommen. Wir leben jetzt in einer Periode, in welcher der englische Freihandel nur noch nominell vorhanden ist und immer mehr durch Schutzzölle und den Neumerkantilismus verdrängt wird. Aber die Idee des Freihandels ist doch bis in die Neuzeit hinein so stark gewesen, daß noch im Jahre 1906 der Freihandel einen überwältigenden Sieg in England errang gegenüber dem Versuch Joe Chamberlains und seiner Anhänger, Schutzzölle nach außen, Vorzugszölle im Britischen Reich einzuführen. Dieser Freihandel und dieses ganze Manchestertum hing mit Ideen zusammen, die auf jenen Utilitarismus zurückzuführen sind. Als Ziel des Menschenlebens erschien auch hier das höchste Glück für eine möglichst große Zahl von Menschen. Dieses Glück wurde auch hier wesentlich materiell aufgefaßt, vielfach geradezu als Reichtum. Die freie Konkurrenz wurde gefördert und die Beseitigung aller staatlichen Eingriffe auch im internationalen Handel, wie sie in der Periode des Merkantilismus vorhanden gewesen war. Die letzten Reste der Cromwellschen Navigationsakte wurden bereits 1849 aufgehoben.

Es lag dabei auch die Vorstellung zugrunde, daß bei dieser Art des „laissez faire, laissez aller", des „alles Geschehenlassen ohne staatliche Einwirkung" infolge irgendwelcher natürlichen Verhältnisse die beste Regelung sich schon einstellen würde, daß im Innern und ebenso bei den Beziehungen der Völker untereinander das größtmöglichste Glück erzielt werden würde. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall gewesen, sondern unter der Herrschaft solcher Ideen des Manchestertums haben sich gerade in England jene furchtbaren Mißstände eingestellt, wie sie in der Ausnutzung von Kinderarbeit in den Fabriken usw. vorhanden gewesen sind, Mißstände, die zu dem Schlimmsten gehören, was auf diesem Gebiete überhaupt geschehen ist. Und auch im internationalen Handelsverkehr stellte es sich, allerdings erst nach langer Zeit, heraus, daß diese Ideen des Freihandels eben nicht unter allen Umständen für England vorteilhaft waren. Die Lage wurde anders seit dem Zeitpunkt, in dem auch andere Länder technisch in die Höhe kamen, wo auch in anderen Ländern eine leistungsfähige Industrie sich entwickelte, von dem Zeitpunkt ab, in welchem England die Vorzugsstellung verlor, daß es keine ernsthaften Konkurrenten hatte. Von der Zeit ab, in der die deutsche und die amerikanische Konkurrenz einsetzten, wurden die Grundsätze des Freihandels in ihrem Erfolg für die englische Wirtschaft zweifelhaft. Es begann die Gegenströmung, welche die Einführung von Zöllen für England forderte und welche im Zusam-

menhang mit dem Imperialismus zu einem britischen Zollverein, zur Verbindung der gesamten englischen Kolonien und vor allem der Dominions durch einen gemeinsamen Zollschutz drängte.

Zu den Ideen des Freihandels gehörte auch die Abneigung gegen Kolonien. Cobden selbst hat es klar ausgesprochen, daß lediglich in dem Freihandel selbst für England das Heil liege. Er forderte direkt den Verzicht auf Erwerb von Kolonien, die Loslösung der vorhandenen Kolonien von England von dem Zeitpunkt ab, wo etwa die Kolonien das wünschen würden. Mit ihm und nach ihm sind eine ganze Reihe von Vertretern des Freihandels Gegner der Kolonien gewesen. Das hat zeitweise sogar eine gewisse praktische Wirkung gehabt, indem England in jenen in die Freihandelsperiode fallenden Zeiten gezögert hat, seine Herrschaft auf manche Länder auszudehnen, wo die Ausdehnung möglich gewesen wäre. (S. S. 113/4). Es ist aber trotzdem nirgends zu einer Verminderung des Britischen Reiches gekommen, sondern im Gegenteil hat auch während dieser Zeit eine ständige Vergrößerung der britischen Besitzungen stattgefunden.

Dann kam der Zeitpunkt, in welchem die Gedankengänge des Freihandels und des Manchestertums abgelöst wurden durch andere Ideen, durch die Ideen des Imperialismus, der dann auch unter diesem Namen allmählich auftrat[1]). Dieser mit den freihändlerischen Ideen, mit dem Manchestertum — der Name Manchestertum kommt von der Stadt Manchester, wo der Sitz dieser Bestrebungen war — in Zusammenhang stehende Kapitalismus hat seine Wirkung allerdings auch in dem Bereich des britischen Imperialismus weiterentfaltet. Der britische Handel mit anderen Ländern ist durch diese Idee des Freihandels auf lange Zeit hinaus mit beeinflußt worden. Man kann allgemein sagen, daß im englischen Denken diese Handelsinteressen, diese Geschäftsinteressen von jeher eine sehr große Rolle gespielt haben und auch heute noch spielen. Das gilt auch für die große Politik. Man wird nicht fehl gehen, wenn man bei den Dingen, die im britischen Weltreich und von diesem aus nach anderen Ländern hin vor sich gehen, immer an die geschäftliche Seite der Dinge denkt. Man hat das eine Krämerpolitik genannt, und die Engländer ein Volk von „Shopkeepers", ein Krämervolk. Dieser Ausdruck ist oft von Gegnern im Sinne der Verächtlichmachung angewandt worden. Aber in Wirklichkeit liegt darin nicht bloß ein übler Sinn, sondern es wird

[1]) Vgl. G. v. Schulze-Gävernitz, Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1906.

damit auch in gutem Sinne die englische Art charakterisiert. Der Geschäftssinn der Engländer tritt auch in politischen Dingen hervor. Es macht sich auch in deren Behandlung in der Regel eine kühle, geschäftsmäßige Auffassung geltend. Wie der Geschäftsmann erwägt, wie er das Geschäft am vorteilhaftesten für sich gestalten kann, so stellt der Staatsmann seine Handlungen danach ein: Wie lassen sich diese Dinge regeln in der für England vorteilhaftesten Weise? oder: Wie komme ich aus dieser Situation mit dem geringsten Verlust heraus? Man kann dies bei den Maßnahmen der großen englischen Politik verfolgen. Ob es sich da um die indische Verwaltung handelt, wo die Engländer im weiten Maße den Strömungen im Volk entgegenkamen, um es eben nicht zu einem für England sehr schwierigen Aufstand oder anderweiten unbequemen Vorgängen kommen zu lassen, oder um die Regelung europäischer Verhältnisse, überall ist diese kühle, nüchterne, geschäftsmäßige Erwägung: Was ist am vorteilhaftesten für England? Wie kommt England mit dem größten Vorteil oder eventuell dem geringsten Verlust aus einer Sache heraus?

In der Neuzeit tritt der britische Imperialismus auch äußerlich in den Vordergrund. Von manchen wird der große Schriftsteller Thomas Carlyle als der Vater des Imperialismus bezeichnet. Man darf das in dieser umfassenden Form nicht ohne weiteres als richtig betrachten, denn manche jener Ideen finden sich schon in früheren Gedankengängen und Handlungen der englischen Politik. Aber in der Tat hat Carlyle, geboren 1795, gestorben 1881, doch manche Sätze in seinen Schriften niedergelegt, die in der Tat im Rahmen der Entwicklung des Imperialismus liegen und bis dahin nicht in dieser Weise ausgesprochen waren. Er hat unter anderem die Fragen geprüft, welches Recht an dem Boden besteht. Er hat entwickelt, wie in England ursprünglich die Auerochsen alleinige Herren gewesen seien, später seien die Menschen gekommen. Die Kelten hätten die Herrschaft erlangt, später seien dann andere Volksstämme dorthin gekommen und hätten das Land in Besitz genommen. Im Zusammenhang mit solchen Betrachtungen sagt er[1]): „Kein Eigentum ist ewig außer dem Gottes, des Schöpfers. Wem der Himmel es erlaubt, Besitz zu ergreifen, der hat auch das Recht." Dann wirft er an einer anderen Stelle die Frage auf bezüglich der Übervölkerung: „. . . und doch, wenn dieser schmale, westliche Rand Europas übervölkert ist, ruft nicht gleichsam überall sonst eine ganze leere Erde uns zu: Kommt und pflügt mich, kommt und erntet mich." Das

[1]) Vgl. Schulze-Gävernitz, a. a. O., S. 80.

sind in der Tat imperialistische Ideen. Es ist die Aufforderung an die dafür geeigneten Völker, sich auszubreiten und von der Erde Besitz zu nehmen. Nach Carlyle kommen dann jene anderen Vertreter des Imperialismus, von denen einer der große Staatsmann Disraeli war, der später den Titel „Earl of Beaconsfield" erhielt. Dieser hat als Staatsmann diese imperialistischen Ideen zum Teil in die Tat umgesetzt. Er war derjenige, der für die Königin von England den Titel „Kaiserin von Indien" schuf und damit der imperialistischen Ausbreitung in Asien ein neues Gepräge gab. Disraeli hat auch als Romanschriftsteller imperialistische Ideen entwickelt.

Eine große Wirkung auf die englische öffentliche Meinung haben besonders zwei Werke ausgeübt. Das eine von Charles Dilke, veröffentlicht 1868, Greater Britain (Das größere Britannien), ein Bericht von Reisen in englisch sprechenden Ländern während der Jahre 1866–67. Darin hat Dilke, der große Reisen gemacht hatte, die Dinge von dem Standpunkt der englischen Weltherrschaft aus behandelt. Dilke hat als Mitglied des britischen Parlaments auch praktisch in Richtung des Imperialismus gearbeitet. Das zweite Buch, das eine außerordentlich starke Wirkung hatte, ist von Seeley verfaßt. Dieser war Geschichtsprofessor an der Universität Cambridge. Er hat auf Grund der Vorlesungen, die er 1883 hielt, ein Buch geschrieben „The Expansion of England", „Die Ausbreitung Englands". In diesem hat Seeley auf breiter geschichtlicher Grundlage die imperialistischen Ideen entwickelt, die auf die Schaffung eines großen Britischen Reiches hinausgingen, in dem die Siedlungskolonien, die heutigen Dominions, einen besonders wichtigen Bestandteil bildeten. Dann trat ein liberaler Staatsmann, W. E. Forster, auf, der sich für die Einheit des Britischen Reiches einsetzte. Er erklärte den Zusammenhalt zwischen den selbstverwaltenden Kolonien und England für eine Notwendigkeit, und meinte, daß dieser Zusammenhang um so stärker sein würde, wenn man den einzelnen selbstverwaltenden Kolonien eine selbständige Stellung gäbe und sie als Glieder des gemeinsamen Reiches behandele. Forster gründete im Jahre 1884 die Imperial-Federation-League, den britischen Verband, der für die Verbindung der Teile des Reiches wirken sollte. Von dieser Zeit ab kam der Name Imperialismus in Gebrauch. Diese Liga ging nur auf die Verknüpfung der Reichsteile aus, ohne daß dabei an Imperialismus in der Richtung der weiteren Ausdehnung nach außen gedacht wurde. Aber die imperialistische Idee im letzteren Sinn wurde dann von anderen

Schriftstellern und in einer Reihe von imperialistischen Zeitschriften vertreten. Eine besonders scharf eingestellte war die National Review.

In manchen dieser modernen imperialistischen Ideen spielen nun auch Gedanken eine Rolle, die von ganz anderer Seite kommen, Gedanken aus der Naturwissenschaft, Gedanken des Darwinismus. Darwin hatte sein berühmtes Buch der „Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl" geschrieben, worin der Gedanke von dem „Survival of the fittest", von dem Überleben der Stärksten eine große Rolle spielt. Es ist die Idee, daß in dem Kampf der Tier- und Pflanzenarten untereinander diejenigen den Sieg erringen und erhalten bleiben, die nach Lage der Verhältnisse am geeignetsten für den Kampf mit dem Dasein sind, während diejenigen, die nicht ebenso diese Fähigkeiten und Eigenschaften besitzen, in dem Kampf untergehen. Diese Lehre wurde von manchen auch auf imperialistische Ideen angewandt. So erschien nunmehr das Überwiegen der Völker, die die Herrschaft in anderen Ländern errangen, als der Sieg der überlegenen Rasse, als das Erhaltenbleiben der Stärkeren im Kampf ums Dasein.

Doch ungeachtet solcher Ideengänge, wie sie aus der Philosophie und der Naturwissenschaft entnommen worden, spielt doch heute noch die Religiosität eine große Rolle im britischen Imperialismus. Das gilt sowohl von England als auch von den Kolonien. Auch heutzutage ist in England und den Kolonien ein größerer Kirchenbesuch vorhanden, als in sonstigen protestantischen Ländern. Vielleicht hängt das auch mit einer von alten Gesetzen herrührenden Gewohnheit zusammen. Die Königin Elisabeth hatte im Jahre 1559 eine Parlamentsakte erwirkt, wodurch allen Laien die Pflicht zum regelmäßigen Kirchenbesuch an Sonn- und Festtagen auferlegt wurde. Wenn jemand der Kirche fernblieb, so wurde er mit einer Geldstrafe belegt. Dadurch haben sich die Engländer zwangsweise daran gewöhnt, Sonntags in die Kirche zu gehen. Bei dem konservativen Sinn der Engländer in bezug auf traditionelle Bräuche und Lebensgewohnheiten mag dies seine Wirkung in weit späteren Zeiten gehabt haben. Aber abgesehen hiervon äußert sich die Religiosität auch in anderen Dingen. Die Sonntagsheiligung ist in England bis in die letzte Zeit hinein geblieben, länger, als es in anderen Ländern des Kontinents der Fall ist, wenn auch in allerletzter Zeit eine gewisse Abschwächung hervorzutreten scheint. Man findet auch in dem Volke, unter den Arbeitern usw., eine stärkere Religiosität, als es bei uns in den weiten Kreisen der nicht zu den christlichen Arbeiterorganisationen gehören-

den Arbeiter der Fall ist. In England ist es keine Seltenheit, daß Arbeiterführer am Sonntag als Laienprediger wirken. Das religiöse Leben ragt dort noch weiter in das tägliche Leben hinein, als das für einen großen Teil der Bewohner anderer Länder der Fall ist.

Dann aber ist auch die Vorstellung des erwählten Volkes, wie sie bei den Puritanern hervorgetreten war, auch heute noch vielfach vorhanden. Es mag hier nur der Ausspruch eines modernen Staatsmannes zitiert werden, Lord Curzon, der zeitweise Vizekönig von Indien, dann auswärtiger Minister in England war. Er erklärte, das britische Weltreich sei nach dem Willen der Vorsehung das gewaltigste Werkzeug Gottes zur Förderung des Guten, das die Welt gesehen habe. Ähnliche Äußerungen sind auch sonst aus dem Munde englischer Staatsmänner gekommen. Es ist nicht immer alles als bare Münze zu nehmen, aber unzweifelhaft ist, daß solche auf religiöser Grundlage beruhenden Anschauungen dort noch weit verbreitet sind. Man kann sagen, daß überhaupt der britische Nationalismus, wenn auch vielfach unbewußt, mit religiösen Grundlagen zusammenhängt. Das Nationalgefühl ist für den Engländer dem Religiösen jedenfalls verwandt. Es ist für ihn etwas, das von Nützlichkeitserwägungen fern ist. Es äußert sich auch nicht als Hurra-Patriotismus, sondern als ganz fest wurzelnde innere Überzeugung, als ein Bestandteil des inneren Lebens.

Ich muß nun noch auf eine Seite des englischen Charakters kommen, die für den britischen Imperialismus auch eine große Bedeutung gehabt hat. Das ist der „Cant", von uns meist mit Heuchelei übersetzt. Cant bedeutet ursprünglich einen plärrenden Singsang, wie gewisse Sekten ihn in der Kirche von sich geben. Es war ursprünglich ein Spottwort, mit dem die Scheinheiligkeit verspottet werden sollte. Carlyle hat eine Definition dieses Cant gegeben. Er sagt, es sei „die Kunst, Dinge scheinen zu lassen, was sie nicht sind; eine Kunst von so tödlicher Art, daß sie die Seele derer vernichtet, die sie üben, da sie diese über das Stadium bewußter Fälschung hinaus in einen Glauben an ihre eigenen Illusionen hineinführt, und sie auf den elendesten aller möglichen Zustände hinunterbringt, den, wo man in aufrichtiger Weise unaufrichtig ist." Das ist eine außerordentlich treffende Umschreibung. Man findet sehr oft bei dem Engländer, daß er herrliche Wendungen über das Heil der Menschheit gebraucht, während es sich tatsächlich um den englischen geschäftlichen Vorteil handelt oder eventuell auch um seinen eigenen Vorteil. Das ist etwas,

was von den Fremden als Heuchelei betrachtet wird. Aber es trifft die Sache nicht so ganz, denn in der Tat kommt es oft genug vor, daß der Betreffende sich subjektiv in gutem Glauben befindet. Man darf nicht außer acht lassen, daß der Durchschnittsengländer so von der Vorzüglichkeit seines Volkes und seiner Einrichtungen überzeugt ist, daß er es für einen Vorzug für ein anderes Volk betrachtet, wenn es unter englische Herrschaft — wenn auch im Wege der Gewalt — gebracht wird. Der Fortschritt der Menschheit liegt für ihn auf dem Wege durch die englische Entwicklung hindurch. So liegt bisweilen dort subjektiv ehrliche Überzeugung vor, wo der Fremde nur Heuchelei sieht.

Aber allzu häufig ist dies nicht der Fall. Die Tatsache liegt vor, daß der englische Staatsmann im allgemeinen als Motiv solcher Handlungen, die in Wirklichkeit rein britische Interessen betreffen, die Interessen der Menschheit angibt.

Die britische Flotte wurde von englischen Staatsmännern immer als Instrument zur Sicherung des Weltfriedens bezeichnet, während sie doch den Interessen des Britischen Reiches dient. Das Stärkste in dieser Hinsicht wurde im Weltkrieg geleistet.

Im Weltkrieg wurde von englischer Seite eine ganz außerordentlich starke Propaganda geführt, diesmal nicht so sehr in der Richtung der Herausstreichung der englischen Vorzüglichkeit, als mehr in der Richtung, alles, was von seiten der Feinde geschah, als bösartig, gegen die Menschheitsinteressen gerichtet, hinzustellen. Dieser Propaganda waren außerordentlich große Erfolge beschieden. Sie konnte sich stützen einmal auf die bedeutenden englischen Kabel- und sonstigen Verbindungen in der Welt, während andere Mächte größtenteils davon abgeschnitten waren, sie konnte sich stützen auf den großen Widerhall, auf den großen Resonanzboden, welchen die englische Sprache und die englische journalistische Tätigkeit in der Welt findet, Amerika voran, und sie konnte sich vor allem auch stützen auf die große Erfahrung und Übung, welche englische Politik in dieser Beziehung im Laufe der Zeiten sich angeeignet hatte. Diese englische Propaganda, wie sie in besonders starkem Maße Lord Northcliffe, im späteren Stadium des Krieges als Propagandaminister, ausgeübt hat, hat während des Krieges sehr wesentlich dazu beigetragen, daß der Kreis der Verbündeten Englands immer größer wurde, daß immer mehr Staaten in den Kreis der Gegner der Mittelmächte traten. Und am Ende des Krieges hat diese Propaganda außerordentlich

dazu beigetragen, daß derartige weittragende, zum Teil unmögliche Bestimmungen in die verschiedenen Friedensdiktate aufgenommen wurden, welche Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und zunächst auch der Türkei auferlegt wurden. Bei dieser Kriegspropaganda handelte es sich zum großen Teil um bewußte Lügen, welche gewissermaßen als Kriegswaffen verwandt wurden. U. a. wurden von englischen Staatsmännern die Schlagworte geprägt vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" und vom „Schutz der kleinen Nationen". In Wirklichkeit wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker in schmählichster Weise beiseitegeschoben und Nationen, kleine wie große, vergewaltigt.

Diese Entstellungen, diese Unterschiebung anderer Motive, als in Wirklichkeit vorliegen, diese Propagandalügen, sind nicht etwa eine Erscheinung erst des Weltkrieges gewesen, sondern haben sich in früheren Zeiten genau so gezeigt. Und was die Ausnutzung der heuchlerischen Propaganda gegen den Feind im Kriege anbetrifft, so ist auch diese keineswegs zum erstenmal im Weltkriege erfolgt. In den Zeiten der napoleonischen Kriege wurde in englischen Darstellungen und Karikaturen bereits dasselbe Maß von Lügen und von Verunglimpfungen gegen Napoleon und gegen die Franzosen gerichtet, wie wir das im Weltkrieg gegenüber dem deutschen Volk und seinen Führern erlebt haben. Es ist sehr selten, daß englische Staatsleute in der Öffentlichkeit zugeben, daß bewußt mit solchen Lügenwaffen gekämpft wurde. So bildete der gegenwärtige Premierminister Baldwin eine seltene Ausnahme, indem er in einer Rede vom 6. November 1925 an die Studentenschaft in Edinburgh sich über diesen Mangel an Wahrheit während des Krieges offen aussprach. Er sagte: „Mit dem Kriege und den Kriegsvorbereitungen gehen zusammen die Kunstgriffe der Diplomatie, das Ausschalten der Moralbegriffe, Ferientage für die Wahrheit und eine Nachernte für den Zynismus . . . In der Arena internationaler Rivalitäten und Konflikte hat man die Vaterlandsliebe als die unerläßliche Tugend des Staatsmannes über die Wahrhaftigkeit gesetzt."

Hier ist einmal ganz offen zugegeben, daß die englischen Staatsmänner bewußt die Lüge als Waffe im Kriege verwandt haben. Diese Offenheit ist um so mehr anzuerkennen, als im allgemeinen englische Staatsmänner es ängstlich vermeiden, irgend etwas zu sagen, was die englische Moral im Kriege wie im Frieden in zweifelhaftem

Licht erscheinen lassen könnte. Daß Baldwins Äußerung die Wahrheit enthielt, steht außer jedem Zweifel.

Nachdem der Krieg vorbei war, hat dieser Teil der englischen Propaganda, der gegen andere Staaten gerichtet ist, man kann nicht sagen, völlig sein Ende erreicht, aber doch ganz wesentlich nachgelassen. Jetzt ist die englische Propaganda wiederum mehr auf das Positive gelenkt, d. h. darauf, gerade die Vorzüglichkeit der englischen Einrichtungen herauszustreichen und die für die Menschheit im allgemeinen nützlichen Pläne der englischen Regierung und der englischen Staatsmänner usw. Man kann das beinahe jeden Tag verfolgen, wenn man die Reden englischer Minister liest. U. a. hielt 1926 der Erste Lord der Admiralität eine Rede, worin er die Notwendigkeit der englischen Flotte betonte. Er führte darin aus, daß es sich nicht etwa um Englands Vorteil handelte, sondern um die Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere und des Friedens in der Welt. Ähnliches konnte man schon früher finden. Als lange vor dem Kriege die Friedenskonferenz im Haag tagte und über Rüstungsbeschränkungen verhandelte, wurde auch die Abrüstung zur See berührt. Darauf erging eine Äußerung des damaligen englischen Premierministers Sir Henry Campbell Bannermann – eines durchaus ehrenwerten alten Herrn, an dessen subjektiver Ehrlichkeit niemand zweifeln konnte –, etwa dahin, daß England für die Landabrüstung sei, daß aber eine Abrüstung zur See überhaupt nicht in Frage käme, daß es sich da um etwas ganz anderes handele. Das Landheer sei als Kriegsinstrument eingerichtet, während es sich bei der britischen Flotte darum handele, daß sie den Frieden auf der Welt im allgemeinen Interesse der Menschheit aufrecht erhalten solle. Der englische Staatsmann und der englische Journalist haben sich daran gewöhnt, dann, wenn sie in Wirklichkeit von Englands Interessen reden, immer die Interessen der Menschheit vorzuschieben. Wie wenig die englischen Ausführungen in bezug auf die Flotte und auf die Freiheit der Meere zutreffen, ergibt sich daraus, daß seinerzeit während des Krieges der amerikanische Präsident Wilson als einen seiner „Punkte" die Freiheit der Meere aufstellte und daß dann, als es zum Friedensschluß kommen sollte und Verhandlungen zwischen Amerika und den anderen Alliierten stattfanden, dieser Punkt von England nicht angenommen wurde. In der Note des Staatssekretärs Lansing an die deutsche Regierung vom 5. 11. 1918 heißt es darüber: „Sie (die Alliierten) müssen indessen betonen, daß das, was gewöhnlich als die Freiheit der Meere bezeich-

net wird, verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen könnten. Sie müssen sich daher hinsichtlich dieses Gegenstandes für den Eintritt in die Friedenskonferenz vollständige Freiheit vorbehalten." Man hat dann später nichts mehr von der „Freiheit der Meere" gehört, außer aus dem Munde englischer Staatsmänner und da bedeutet es nur die Umschreibung für „Beherrschung der Meere durch die englische Flotte". Es ist klar, daß die englische Seemacht dazu dient, die Verbindungen zwischen dem Mutterlande und den anderen Teilen des Britischen Reiches zu sichern und die englische Machtstellung auf der Welt aufrecht zu erhalten und daß sie nicht etwa im Interesse der Menschheit ihren Dienst versieht. Sie ist dem Wesen nach nichts anderes wie irgendeine andere Flotte oder irgendein Heer, das dem Zwecke dient, die Interessen des betreffenden Landes zu sichern. Das schließt nicht aus, daß sich im Denken mancher Engländer solche Ideen festsetzten, die der Wirklichkeit nicht entsprechen, die aber, wie im Fall von Sir H. Campbell Bannerman, trotzdem subjektiv ehrlich gemeint sein können. Ebenso sind sicher eine ganze Anzahl von Engländern davon überzeugt, daß die Ausbreitung des britischen Imperialismus den unterworfenen Völkern und der ganzen Welt zugute kommt und daß der Menschheit nichts besseres passieren könnte, als wenn das Wort „the world is rapidly becoming English" (Die Welt wird schnell englisch) in jeder Beziehung zur vollendeten Tatsache würde. Diese Überzeugung bildet zugleich die Grundlage für eine sehr wirksame Propaganda, in der anderen Völkern die Vorzüglichkeit der englischen Sinnesart und Einrichtungen immer wieder vor Augen geführt wird.

Die Phasen des britischen Imperialismus

Daß der Name Imperialismus erst seit 1884 gebraucht wurde, ist oben erwähnt. Aber man kann von einem Imperialismus bereits von der Zeit an sprechen, zu der England begann, jene großartige Kolonialausbreitung auf der Erde in die Wege zu leiten, die zur Bildung des ungeheuren Britischen Reiches geführt hat, wie wir es heute vor uns sehen. Die Hauptgrundlage einer imperialistischen Ausbreitung war einmal die innere Geschlossenheit der Nation, welche sie zu einer Machtentfaltung befähigte. Dann war es die britische Seemacht. Die Geschichte der englischen Ausbreitung beginnt in dem Jahre der Vernichtung der spanischen Armada. Im Jahre 1588

wurde jene für damalige Begriffe außerordentlich starke Flotte, die gegen England ausgesandt war, zum Teil durch Stürme, zum Teil durch englische Angriffe vernichtet; von dieser Zeit ab fand nunmehr eine gewaltige englische Ausbreitung statt, die sich auch anderen Nationen gegenüber in schweren Kriegen durchsetzen mußte, die aber doch kein unüberwindliches Hindernis mehr in der Welt fand. Bereits vor jenem Jahre 1588 waren Versuche englischer Kolonisation gemacht worden. Aber davon war nur eine Kolonie erhalten geblieben, das war Neufundland, dessen Erwerbung im Jahre 1583 erfolgte. Im Jahre 1584 besetzte der Seefahrer Raleigh die Cheasepeakbai und gründete die Kolonie, die von ihm nach der jungfräulichen Königin Virginia genannt wurde. Die Kolonie konnte sich aber nicht halten und wurde nach zwei Jahren aufgelöst. Im übrigen waren die damaligen englischen Seefahrten, wie sie im weitesten Maße stattfanden, bei Lichte betrachtet, nichts anderes als Piratenfahrten. Das galt von den Fahrten der großen Seefahrer Drake, Hawkins, Raleigh usw. Sie fuhren weit in die Welt hinaus und führten Kaperfahrten aus, die man auch beinahe als kleine Kriege bezeichnen kann. Sie nahmen fremde Schiffe und eigneten sich fremde Güter an. Es handelte sich aber bei ihren Fahrten nicht um die Schaffung dauernder Kolonien.

Die wirkliche Kolonisation beginnt erst mit der Gründung der Kolonie Jamestown an derselben Cheasepeakbai, an der Raleigh seine Gründung versucht hatte. Das war im Jahre 1607 und von da ab folgten andere Neu-England-Kolonien. Im Jahre 1620 segelte die berühmte „Mayflower" aus — jenes Schiff, auf dem die Pilgrimväter nach Amerika kamen. Sie landeten in Plymouth in Massachusetts und legten dort ihre erste Niederlassung an. Noch heute führen viele Amerikaner mit Stolz ihre Abstammung auf die Pilgrimväter zurück, jene Puritaner, die ihres Glaubens halber von England nach Holland gingen und von dort aus nach der neuen Welt segelten, um eine neue Heimat zu finden, in der sie frei nach ihrem Glauben leben konnten. In Amerika stießen die Engländer nun allerdings schon auf einzelne Ansiedlungen der Holländer. Insbesondere war das heutige New York eine holländische Niederlassung, die damals den Namen Neu-Amsterdam führte. Diese Stadt, die damals allerdings erst 1500 Einwohner hatte, wurde im Jahre 1664 mitten im Frieden von den Engländern erobert. Der König Karl II. von England sandte eine Flotte aus, welche einfach die kleine holländische

Besatzung zur Übergabe zwang und die Stadt besetzte unter dem Vorwande, die Küste habe von jeher den Engländern gehört. Es ist einer der Fälle, in denen mitten im Frieden von englischer Seite durch kriegerische Gewalttat fremdes Land weggenommen wurde. Auch in Westindien wurden von 1610 ab britische Niederlassungen gegründet und Kolonien erworben.

Ebenfalls dem 17. Jahrhundert gehören manche Koloniegründungen in Westafrika an. Diese verdanken ihre Entstehung dem Sklavenhandel. Im Jahre 1631 wurde Gambien von den Engländern begründet. 1661 wurde Cape Coast Castle, der Platz an der Goldküste, als Stützpunkt für den Sklavenhandel begründet. Dann kam im Jahre 1713 jene Festsetzung in dem Utrechter Frieden, welche England auf dem Gebiete des Sklavenhandels einen großen Vorteil gewährte. Der Frieden von Utrecht beendete den spanischen Erbfolgekrieg, an dem Frankreich, England und auch andere Mächte beteiligt waren. In diesem Frieden erhielt England durch Vertrag mit Spanien den „Assiento", das Vorrecht, die spanischen Kolonien mit Sklaven zu versorgen. Das war von großer Bedeutung für die Entwicklung des britischen Handels und Reichtums. Im Jahre 1730 befand sich Liverpool an der Spitze der Schiffahrt, die mit dem Sklavenhandel zu tun hatte. Die Schiffe verließen Liverpool beladen mit billigen Waren, Perlen, Alkohol, Gewehren usw. Sie fuhren damit an die Guineaküste, dort tauschten sie für ihre Waren die Sklaven ein. Dann transportierten sie die Sklaven nach Westindien, verkauften sie dort und handelten dafür Zucker, Rum, Tabak usw. ein. Das war ein außerordentlich gewinnbringender Handel. Er führte zur Ansammlung großer Kapitalien. Aus diesen Gewinnen aus dem Sklavenhandel ergab sich wesentlich die finanzielle Leistungsfähigkeit, auf der die industrielle Entwicklung von Lancashire aufgebaut wurde, die in gewissen Zweigen der Industrie, speziell in Baumwollgeweben, die erste Stelle in der Welt erlangte. Nebenbei mag erwähnt werden, daß dieser große Sklavenhandel der Engländer auch zu gewissen Veränderungen in der Bevölkerung mancher Weltgegenden beigetragen hat. Die Verluste der Eingeborenenbevölkerung in Afrika, wo die Sklaven herstammten, waren zweifellos beträchtlich, wenngleich irgendwelche genauen Angaben oder auch nur Schätzungen darüber naturgemäß fehlen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Bevölkerung in den betroffenen Gegenden durch den Sklavenhandel und dessen Begleiterscheinungen stark gelitten hat. Andererseits sind dadurch manche

Gegenden der Welt mit einer Negerbevölkerung versehen worden, die insbesondere nach der weit späteren Aufhebung der Sklaverei eine starke Tendenz zur Vermehrung zeigte. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind heute ungefähr 11 Millionen Neger. Es sind ferner jetzt starke Negerbevölkerungen in den verschiedenen Staaten von Südamerika, in Westindien usw., in denen früher Neger eingeführt wurden.

Es kam zu einer kolonialen Entwicklung Englands fast gleichzeitig mit der Festsetzung in Amerika auch nach Asien hin. Im Jahre 1600 wurde die ostindische Gesellschaft gegründet. Während jener Sklavenhandel von Liverpool ausging, war die ostindische Gesellschaft eine Gründung der Kaufleute der City in London. Diese Gesellschaft hatte zunächst nicht etwa die Absicht, große Kolonien zu gründen, sondern sie befaßte sich anfänglich mit dem Handel von Gewürzen im malaiischen Archipel. Erst vom Jahre 1612 ab wurde im Zusammenhang mit diesem Handel zur Gründung von Stationen an der indischen Küste geschritten. 1661 wurde Bombay gegründet, 1696 Kalkutta.

Australien stand zunächst außerhalb der Entwicklung. Es war zwar bereits von den Holländern früher entdeckt worden, aber niemand hatte von diesem entfernten Kontinent weiter Notiz genommen, bis der englische Seefahrer Cook seine berühmte Reise machte. Dann erst haben die Engländer dort festen Fuß gefaßt. Man beschränkte sich aber darauf, diesen Teil der Welt zunächst mit Strafgefangenen zu bevölkern. Die erste Niederlassung in Australien wurde 1787 lediglich als Ort der Deportation von englischen Verbrechern gegründet. Erst im 19. Jahrhundert kamen freie Ansiedler nach Australien, und 1853 wurde die Deportation abgeschafft.

So waren im 17. Jahrhundert in verschiedenen Weltteilen die ersten Keime für die englische Kolonisationsentwicklung gelegt. Dabei stießen nun die Ansiedler auf den Widerstand der Ureinwohner. Es kam in verschiedenen Ländern, besonders dort, wo es sich um die dauernde Ansiedlung von Europäern handelte, die zur Verdrängung der Eingeborenen führte, zu immer wiederkehrenden Kämpfen. Es ist in manchen der von den Engländern kolonisierten Gebiete zu einer Ausrottung der Eingeborenen gekommen. Völlig ausgerottet sind z. B. in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Eingeborenen der Insel Tasmania. Auch in den jetzigen Vereinigten Staaten von Amerika sind eine ganze Reihe von Indianerstämmen im Laufe der Zeit vernichtet worden. Auch in Australien zeigt sich dieses Zurückgehen

der Eingeborenen, die allerdings für die Aufnahme europäischer Kultur wenig geeignet sind.

Stärker aber als der Widerstand der primitiven Ureinwohner dieser Länder und als der Widerstand der zwar altkultivierten, aber nicht mit europäischen Waffen vertrauten Bewohner anderer von den Engländern in Besitz genommener Gebiete, waren die Kämpfe, welche die Engländer mit europäischen Konkurrenten zu führen hatten. Zwar wurde Holland, das ja zeitweise eine außerordentlich starke Seemacht war, bereits frühzeitig überwunden. Die Holländer besaßen zwar eine starke Flotte, aber es fehlte ihnen doch das Hinterland, die größere Volkskraft, über welche die Engländer verfügten. Im Verlaufe jener Kämpfe, die zeitweise günstig für die Holländer ausgingen, kam es schließlich zu einer fast gänzlichen Zurückdrängung der Holländer. Es folgte dann die Zeit, in welcher England und Holland in Personalunion durch Wilhelm III. regiert wurden. In der weiteren Entwicklung trat Holland als Seemacht und Kolonialkonkurrent gegenüber England völlig in den Hintergrund.

Es trat ein anderer Rivale auf den Plan, das war Frankreich. In jahrhundertelangen Kämpfen ist auch Frankreich von England überwunden worden. Man kann drei Etappen in dem Verhältnis zwischen England und Frankreich unterscheiden, wobei die alten Zeiten im Mittelalter außer Betracht bleiben, in denen England auf französischem Boden um die dortige Herrschaft gekämpft hat. Die erste Etappe innerhalb des Zeitraumes der kolonialen Ausbreitung war der vorhin schon erwähnte Frieden von Utrecht 1713, in welchem England von Spanien den Assiento, das Recht der Einfuhr von Sklaven nach spanischen Kolonien, erlangte. Damals hat England von Frankreich die Abtretung verschiedener Kolonialgebiete erlangt, unter anderem den Verzicht auf Neufundland und auf die Hudsonbai.

Die zweite Etappe war 50 Jahre später der Frieden von Paris im Jahre 1763. Während der Zeit, während in Europa der Siebenjährige Krieg geführt wurde, während Frankreich seine Armee gegen Preußen sandte, wurde auf den verschiedenen Schlachtfeldern in der Welt um überseeischen Besitz gekämpft, sowohl in Amerika, wie in Ostindien. In Amerika wurde die entscheidende Schlacht bei Quebeck im Jahre 1759 geschlagen, bei der der erst zweiunddreißigjährige General Wolfe den Sieg errang, aber gleichzeitig den Tod fand. Nach diesem Erfolge waren die Franzosen nicht mehr in der Lage, sich in Amerika zu halten. Ebensowenig vermochten sie zur See Erfolge zu

erzielen. Dasselbe Schicksal wie in Amerika erlitten sie in Ostindien, wo der bedeutende französische Gouverneur Dupleix zeitweise große Erfolge errungen hatte. Aber schließlich gewannen dort die Engländer gleichfalls den Sieg. Der Krieg endete mit dem Frieden von Paris, in welchem Frankreich einen beträchtlichen Teil seiner Besitzungen an England abtreten mußte, vor allem seine amerikanischen Besitzungen (Kanada) und seine ostindischen Besitzungen. Nur ein paar Orte in Indien verblieben ihm, die aber keine Bedeutung irgendwelcher Art besaßen.

Der Frieden von Paris 1763 hatte England zum alleinigen Herrn in Nordamerika gemacht und ebenso in Indien; damit war der Boden geebnet für jene gewaltige Entwicklung, die sowohl auf amerikanischem wie auf asiatischem Boden stattfand. Aber bald folgte jenes Ereignis, welches der britischen Entwicklung einen größeren Nachteil zuzufügen schien, als alle die anderen Vorteile in sonstigen Weltgegenden gewesen waren, nämlich die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika. Im Jahre 1776 kam es zu dem Abfall der Neu-Englandkolonien. Der Grund lag darin, daß die englische Regierung und das englische Parlament sich das Recht anmaßten, über die Verhältnisse in Amerika von London aus Bestimmungen zu treffen, insbesondere auch, was Finanzen und Steuern anging. Es war die Auferlegung eines Zolles auf Tee, welche den Anstoß gab zu jenen Ereignissen, die mit der Unabhängigkeitserklärung Amerikas endigten. Jene Kolonien, deren Bewohner auferzogen waren in den englischen Grundsätzen der Selbstverwaltung, in den Grundsätzen, daß die Steuerzahler auch über die Verwendung der Gelder zu bestimmen hatten, wie sie sich in England selbst durchgesetzt hatten, wollten sich keinesfalls damit einverstanden erklären, daß man von London aus über diese Einnahmen bestimme, daß man Maßregeln träfe, welche die eigene selbständige Entwicklung der Kolonien behindern könnten. Und so kam es aus Anlaß der Teezollerhebung zu jenem berühmten Massaker von Boston, bei dem nur wenige Leute den Tod fanden, welches aber historische Bedeutung erlangte dadurch, daß es den Anstoß und die erste äußere Erscheinung der Erhebung der Kolonien bildete. England vermochte sich trotz kriegerischen Vorgehens nicht durchzusetzen. Es kam 1783 zur Anerkennung der Vereinigten Staaten. Jenes Ereignis hat seine Spuren in der englischen Auffassung der Dinge, die das Britische Reich angehen, hinterlassen. In allen Maßnahmen, in allen Erörterungen betr. die Ausgestaltung des Britischen

Reiches hat sich immer wieder die Erinnerung an jene Vorgänge in Amerika geltend gemacht. Diese Erfahrung hat England nicht vergessen, und wenn es jetzt auf der Reichskonferenz 1926 zu einer solchen Regelung gekommen ist, welche die Dominions praktisch als selbständige Nationen hinstellt, so hängt das zusammen mit der Erfahrung, die England gemacht hat, daß man solche Länder, wenn sie zu einer gewissen Entwicklung gekommen sind, nicht mehr von London regieren und verwalten kann, daß man vielmehr ihrem Streben nach Freiheit und Selbständigkeit entgegenkommen muß.

Es kam dann die dritte Etappe in der Entwicklung des Britischen Reiches auf Kosten des französischen Konkurrenten. Das waren die Verträge von Wien im Jahre 1814/15, welche die napoleonischen Kriege beendigten. Jenes gigantische Ringen endete mit dem Fall Napoleons. England ging auch hier als Sieger hervor. Es erhielt von Frankreich noch einige Kolonien. Den Hauptteil der französischen Besitzungen hatte es ja schon früher erhalten. Aber England annektierte noch ein weiteres großes Gebiet, das in holländischem Besitz gewesen war. Holland war im Laufe der französischen Revolution zur batavischen Republik erklärt worden. Später war es von Napoleon einem seiner Brüder als Königreich zugewiesen worden. Die Folge war, daß England in den napoleonischen Kriegen die großen Besitzungen Hollands in der Welt als Frankreich zugehörig bzw. verbündet miteroberte, die Kapkolonie und Java, die wertvolle niederländische Besitzung in Asien. In dem Friedensschlusse behielt England die Kapkolonie, die Grundlage der heutigen südafrikanischen Union. Aber Java, das einige Jahre hindurch in englischer Verwaltung war, wurde von England schließlich den Holländern wieder herausgegeben. Die Niederlande sind so im Besitz ihrer ausgedehnten, stark bevölkerten Kolonien im indischen Archipel geblieben.

Von jener Zeit ab stand England vollkommen ohne Konkurrenten in der Welt da, zum mindesten, was die Seemacht anbetrifft. 100 Jahre nach der entscheidenden Schlacht bei Trafalgar hat es überhaupt keinen irgendwie in Betracht kommenden Rivalen zur See gehabt. England war in der Lage, nicht nur sein vorhandenes Reich, seine vorhandenen Besitzungen auszubauen, sondern sich auch dort, wo es nicht unmittelbar auf fremde Mächte stieß, weitere Kolonien anzueignen. In jener Zeit ist es vor allem zu dem Ausbau des indischen Reiches gekommen. Nicht etwa in der Weise, daß die ostindische Kompagnie darauf ausgegangen wäre, indische Staaten zu annektieren.

Die Interessen dieser Kompagnie waren vielmehr darauf gerichtet, Geld zu verdienen und Reichtümer zu erwerben. Aber sie wurde doch indirekt dadurch, daß sie sich bereichern wollte, allmählich dazu geführt, in die indische Politik einzugreifen und sich der Herrschaft in Indien zu bemächtigen. Aus der frühen Geschichte des anglo-indischen Reiches sind es besonders zwei Namen, die von Clive und Warren Hastings, die für die Geschicke Indiens von großer Bedeutung waren. Es waren beides Männer von großer Begabung und Tatkraft. Beide aber verfuhren bei der Begründung ihrer Herrschaft mit großer Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit. Gegen beide wurden später nach ihrer Rückkehr nach England Untersuchungen geführt. Beide Untersuchungen führten nach langer Dauer zum Freispruch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß beide Männer für die Ausdehnung Englands viel geleistet haben. Andererseits haben sie sich in der Wahl ihrer Mittel von jeder moralischen Betrachtungsweise freigehalten und Taten vollbracht, die moralisch nicht gebilligt werden können.

In England trat, nachdem das Feld für weitere Ausdehnung des Britischen Reiches in Übersee frei geworden und die Möglichkeit einer Besitznahme weiterer großer Länder gegeben war, im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Geistesverfassung hervor, die sich gegen eine solche Ausdehnung wandte. Ich habe schon oben den Namen Richard Cobden erwähnt, des Vaters des Freihandels, der im Jahre 1804 geboren wurde. Die Kornzölle wurden auf sein Betreiben im Jahre 1846 aufgehoben, und Cobden hat seinen Einfluß weiter in den folgenden Jahrzehnten bis zu seinem Tode 1865 ausgeübt. Seine Ideen haben noch lange nach seinem Tode weitergewirkt.

Richard Cobden war ein entschiedener Gegner der englischen Kolonialpolitik. Er betrachtete die Kolonien lediglich als parasitische Gewächse, welche auf Kosten der finanziellen Kräfte des Mutterlandes eine dürftige Existenz führten[1]). Sie waren nach seiner Auffassung nicht nur nicht von Vorteil, sondern sie zahlten sogar nicht für ihre Unterhaltung. Er forderte die kolonialen und imperialistischen Enthusiasten in England auf, die überseeischen Besitzungen überhaupt aufzugeben. Er schrieb in einer seiner früheren Schriften folgendes: „Wenn immer es ein Land gegeben hat, das durch den Finger Gottes für den Besitz einer von anderen getrennten Nation vorbezeichnet war, so ist das unser Land, dessen Grenze der Ozean ist und in dessen Bereich im Überfluß alle die Mineral- und Pflanzenschätze vorhanden sind,

[1]) S. W. H. Dawson, Richard Cobden and Foreign Policy, London, 1926, S. 186 ff

welche erforderlich sind, um ein großes Handelsvolk aus uns zu machen. Unzufrieden mit diesen Segnungen und mißachtend die natürliche Begrenzung unseres Reiches sind wir in der Unverschämtheit unserer Macht und ohne auf die Angriffe neidischer Feinde zu warten, auf Eroberung und Raub ausgegangen und haben Blutvergießen in jede Ecke des Erdballes getragen . . ."

Er hat auch gegen die großen englischen Kolonien Stellung genommen. Er hat über Indien insbesondere folgendes geschrieben: „Wir haben eine Unmöglichkeit versucht, indem wir uns selbst der Aufgabe widmeten, 100 Millionen Asiaten zu regieren. Gott und seine sichtbaren natürlichen Gesetze haben dem Erfolg eines solchen Planes unüberwindliche Hindernisse entgegengestellt." Er prophezeite der englischen Herrschaft in Indien ein trübes Ende. Das ganze System der englischen Regierung war für ihn „a bloodstained edifice which would one day cave in like a house of cards", ein blutbeflecktes Gebäude, das eines Tages wie ein Kartenhaus zusammenfallen werde. Er wandte sich auch gegen die Beibehaltung britischer Dominions. Er meinte von Kanada, daß die Vereinigung mit den Vereinigten Staaten von Amerika das natürliche Geschick des Landes sein würde. Er wünschte die Trennung Kanadas von England und sah dem Tage mit Ungeduld entgegen, wo das der Fall sein würde.

Cobden hat einen großen Einfluß in England gehabt, einen Einfluß, der sich auch bis auf die führenden Staatsmänner erstreckte. Seine Ideen über den Freihandel und manche sonstigen Dinge findet man in England zum Teil auch heutigentags noch. Nicht das Gleiche ist der Fall mit seinen Auffassungen über die Frage der Kolonien. Sie sind durch die moderne Entwicklung überholt. Bemerkenswert ist, daß auch zu der Zeit, zu der viele Leute in England die kolonialen Ideen Cobdens teilten, doch England keine einzige Kolonie aufgegeben hat, sondern zu einer beständigen weiteren Ausbreitung gekommen ist. Gewisse Hindernisse wurden durch diese Gedankengänge der kolonialen Ausdehnung allerdings bereitet. Man muß bedenken, daß England frei war, sich andere Länder anzueignen. Da ist es in jener Zeit wiederholt dazu gekommen, daß Annexionen abgelehnt wurden. Im Jahre 1867 z. B. wollte der Gouverneur der Kapkolonie das spätere Südwestafrika annektieren, was aber abgelehnt wurde. Es war noch in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, daß Australien Neu-Guinea annektieren wollte. Damals wurde von der englischen Regierung dem widersprochen, so daß es dort zu einer deutschen Kolo-

niegründung kommen konnte, zur Erwerbung von Deutsch-Neu-Guinea. Die Ideen Cobdens waren, wie gesagt, zeitweise sehr verbreitet. Selbst ein Staatsmann, den man nach seinem ganzen Auftreten sonst als imperialistisch betrachten muß, nämlich Disraeli, der spätere Earl of Beaconsfield, jener Staatsmann, der der Königin Viktoria den Titel der Kaiserin von Indien beilegte, der den Erwerb des Suez-Kanals beeinflußte und der auch sonst in seiner Politik für Ausbreitung der englischen Herrschaft auftrat, wurde zeitweise davon erfaßt. Er erklärte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Kolonien „burdensome and a nuisancé" (als eine Last und etwas Unbequemes). Im Jahre 1852 schrieb er an Lord Malmesbury[1]): „Diese elenden Kolonien werden auch alle in ein paar Jahren unabhängig sein und sind ein Mühlstein um unseren Hals." Es sind dies ähnliche Gedanken, wie sie bereits in früherer Zeit einmal der französische Finanzminister Turgot ausgedrückt hatte, daß Kolonien wie Früchte seien, die, wenn sie reif sind, vom Baume abfallen. Disraeli war in der Mitte der 1860er Jahre geneigt, die Macht Englands auf Indien zu gründen und die anderen Kolonien aufzugeben. Aber dieser bedeutende Staatsmann ist im Gegensatz zu manchen anderen Leuten nicht bei diesen Ideen geblieben. Er hat sie später aufgegeben und seine Haltung vollständig geändert. Er ist zum Imperialisten geworden, wenn man diese Bezeichnung auch damals noch nicht gebrauchte. Der Imperialismus drang auch sonst im Gegensatz zur Cobdenschen Auffassung durch, die im übrigen zwar eine Zeitlang theoretisch angenommen war, aber sich doch nie in einer solchen Weise durchgesetzt hat, daß sie zu großen praktischen Änderungen der englischen imperialistischen Ausbreitung geführt hätte. Selbst in jener Zeit, 1850, auf der Höhe des freihändlerischen Gedankens, der vier Jahre vorher im Parlament und im englischen Volk den Sieg davongetragen hatte, wurde am Oranjefluß neues Land annektiert. Allerdings hat damals der Geheime Rat (Privy Council) die Königin gebeten, daß es die letzte britische Erwerbung in Südafrika sein solle, und ihr empfohlen, daß es allen britischen Beamten verboten werde, irgendwelche weiteren Erwerbungen den vorhandenen englischen Besitzungen auf dem afrikanischen Kontinent hinzuzufügen. Wenn die praktische Auswirkung der theoretisch herrschenden Ideen so gering war, so dürfte das auf den im englischen Volk sehr verbreiteten gesunden Menschenverstand zurückzuführen sein, der es sich klarmacht, daß ein Besitz großer Ge-

[1]) Dawson a. a. O. S. 191.

biete für ein Volk, das nicht selbst über ungemessenen Landbesitz verfügt, vorteilhaft sein muß. Vielleicht spielt dabei auch etwas anderes eine Rolle. Der berühmte englische Schriftsteller Galsworthy, der neben anderen Werken seinen bedeutenden Roman die „Forsyte Saga" geschrieben hat, hat darin eine geistreiche Definition des britischen Imperialismus dahin gegeben, daß dieser der Besitzinstinkt der britischen Nation auf dem Marsche sei, „the possessive instinct of the nation on the move". Es ist sehr möglich, daß die Betätigung eines solchen Instinkts, Grund und Boden zu erlangen, bei der britischen imperialistischen Ausbreitung eine wesentliche Rolle gespielt hat und spielt.

Wie dem auch sein mag, jedenfalls ist dieser auf Aneignung immer weiterer Länder gerichtete britische Imperialismus gegenüber anderen Richtungen in der Neuzeit in England zum Durchbruch gelangt. Ein besonders hervorragender Vertreter dieses Imperialismus war Cecil Rhodes, der „Empire Builder". Er kam als junger Mann nach Südafrika, eigentlich gesundheitshalber, und hat sich dort zum großen Geschäftsmann und Organisator entwickelt. Er hat selber ausgesprochen, von welchen Ideen er geleitet war. Daraus ergibt sich, daß es sich bei seiner großen Koloniegründung, bei dem Erwerb jener ungeheuren Landfläche, die das spätere Rhodesia ausmachte, keineswegs um Zufälligkeiten handelte, sondern vielmehr um die Verwirklichung früher gefaßter Ideen. Er hat gesagt: „Nachdem ich die Geschichte anderer Länder gelesen hatte, sah ich, die Ausdehnung sei alles. Und da die Oberfläche der Welt beschränkt ist, muß es unsere große Aufgabe sein, so viel von ihr zu nehmen, als wir irgend können." Seine ganz bewußte Einstellung ging also darauf hin, möglichst große Landflächen in englischen Besitz zu bringen. Das ist Cecil Rhodes in größtem Maßstabe gelungen. Er hat vermöge seiner Beteiligung an den Diamantminen außerordentlich große Mittel in die Hand bekommen. Er hat diese dazu verwandt, um die Chartered Company zu gründen, jene privilegierte Gesellschaft, welche die großen Landgebiete des heutigen Rhodesia erworben und besiedelt hat.

Das Britische Reich hat in Verfolg seiner imperialistischen Politik im Laufe des 19. Jahrhunderts eine sehr große Ausdehnung erfahren. Das gilt insbesondere auch für dessen letzte Jahrzehnte. Von 1880 bis 1900 hat es noch um 6 Millionen Quadratkilometer zugenommen, also um das Zwanzigfache des Mutterlandes. Dieser Geist, dieses Bestreben, immer mehr Land zu erwerben, tritt auch in der allerletzten Entwicklung hervor. Wenngleich noch während des Krieges die führenden

englischen Staatsleute ausdrücklich der Welt bekundet haben, daß England nicht um Erweiterung seines Landbesitzes kämpfe, so zeigte sich doch nach dem Kriege, daß England wiederum ungeheure Erweiterung des Britischen Reiches anstrebt. Es sind als Mandate England Gebiete zugeteilt worden von einer Größe von 2,6 Millionen Quadratkilometer, soviel wie das deutsche Kolonialreich vor dem Kriege. Diese Gebiete, die als Mandate unter englische Verwaltung gekommen sind, übertreffen England um das Achtfache an Größe. Das Britische Reich ist jetzt ungefähr hundertmal so groß wie England und hat eine Einwohnerzahl von 450 Millionen Menschen, das Zehnfache der Bewohner Englands. Der britische imperialistische Geist ist gegenwärtig lebendig. Man braucht nur irgendeine englische Zeitung einzusehen, und eine Rede etwa des englischen Kolonialministers oder auch eines anderen konservativen Staatsmannes zu lesen, so findet man diese Gedankengänge, daß das Britische Reich in Ausdehnung und weiterem Ausbau begriffen ist, und daß diese imperialistischen Tendenzen weiter zu fördern sind. Eine gewisse Zwischenzeit kam, als vor einigen Jahren die Arbeiterregierung mit Mac Donald an das Ruder kam. Sie hat zwar an das Reich nicht gerührt, hat auch die Ausrüstung der Flotte und der Armee nicht verringert, wohl aber den Ausbau eines Stützpunktes des britischen Imperialismus in Ostasien hinausgezögert. Von der vorhergehenden Regierung war zum Schutz der britischen Reichsinteressen, im wesentlichen gegen Japan gerichtet, der Ausbau von Singapore, dem Hafenplatz am Südende der malaiischen Halbinsel, beschlossen worden. Die Arbeiterregierung hat dann diesen Ausbau aufgegeben und die schon vorhandenen Vorarbeiten nicht weiterführen lassen. Sobald aber die Arbeiterregierung wieder abtreten mußte, hat die englische konservative Regierung erneut diesen Ausbau aufgenommen.

Die Entwicklung des Britischen Reiches im Innern

Nach diesem kurzen Überblick über das Anwachsen des Britischen Reiches möchte ich nun einen Überblick geben über die Entwicklung des britischen Imperiums im Innern, über die Entwicklung auch der Institute und Einrichtungen, die dem Ausbau der Reichsverfassung gewidmet sind. Die erste der Gründungen in London, welche diesen zunächst noch kolonial genannten Interessen gewidmet war, war das Royal Colonial Institute, 1868 gegründet. 1884 kam die Gründung

der Imperial Federation League, jenes Verbandes für den Reichszusammenhalt, der den inneren Ausbau des Britischen Reiches sich zum Ziele gesetzt hatte. Dann wurde 1888 das Imperial Institute in Southkensington gegründet. Dieses Imperial Institute soll die Interessen verfolgen, die allen Teilen des Reiches gemeinsam sind. Es wurde z. B. ein Dauermuseum der Rohstoffe und Produkte des Reiches eingerichtet. Dann wurde seit 1900 der Botanische Garten in Kew Gardens zur Reichsanstalt gemacht. Im Jahre 1895 wurde die britische Imperial League, der britische Reichsverband, gegründet. Er arbeitet für die Reichseinheit, indem regelmäßig Vertreter der Kolonien zur Erörterung von Handelsangelegenheiten einberufen werden. Er bringt Handelsübereinkommen zwischen den einzelnen Teilen des Reiches zustande und wirkt für die Herstellung unmittelbarer Verbindungen zwischen diesen.

Im Laufe der Zeit haben dann Konferenzen stattgefunden, bei denen Vertreter der Dominions zusammenkamen, um die verschiedenen Angelegenheiten zu beraten. Die erste führte den Namen Colonial Conference, Kolonialkonferenz, später wurde der Name „Imperial Conference" (Reichskonferenz) gebraucht. Die erste Konferenz fand im Jahre 1887 statt. Die nächste war die Konferenz im Jahre 1894 in Ottawa in Kanada. Dann kamen die Konferenzen im Jahre 1897, 1902, 1907 und 1911. Diese Konferenzen fanden sämtlich in London statt. Seit dem Jahre 1907 haben nun diese Konferenzen auch eine wesentliche Bedeutung für Militär und Marine erlangt. Seit jenem Jahre wurde aus dem britischen Generalstab eine Art Stab für das gesamte Reich, in welchem eine entsprechende Verbindung und Zusammenwirkung in militärischen Angelegenheiten herbeigeführt wurde. Es wurde ein Ausschuß für Reichsverteidigung gegründet, der in regelmäßigen Zeitabständen zusammentrat. Der Schutz des Reiches ruhte ja ursprünglich ausschließlich bei England selbst. Die Flotte bildete den eigentlichen Schutz für die Kolonien und Dominions. Erst allmählich sind diese dazu übergegangen, selbst einen Schutz für sich zu schaffen. Australien baute 1911 eine Flotte, wobei die Vereinbarung getroffen wurde, daß diese im Kriegsfalle dem Kommando der Admiralität unterstellt würde.

Bei jenen Reichskonferenzen sind die militärischen Angelegenheiten des Reiches erörtert worden. Wir wissen aus späteren Veröffentlichungen, daß bei den letzten, dem Weltkrieg vorausgehenden Konferenzen der Krieg gegen Deutschland und die im Falle eines solchen

Krieges in Europa und in bezug auf die deutschen Kolonien zu treffenden Maßnahmen Gegenstand der Verhandlungen gebildet haben. Als dann der Weltkrieg ausbrach, leisteten die Dominions dem Mutterland Hilfe. Es wurden große Zahlen von Truppen gesandt. Da das von Interesse für die Verhältnisse des Britischen Reiches ist, sind nachstehend die Zahlen der Truppen aus den Dominions, die über See gekommen waren oder noch in Lagern gedrillt wurden, nach dem Stande vom November 1918[1]) gegeben. Danach waren gekommen:

aus Kanada	458 218 Mann
aus Australien	331 814 Mann
aus Neuseeland	112 223 Mann
aus Südafrika	76 184 Mann.

Das sind sehr beträchtliche Truppenmengen, besonders auch, wenn man die Kopfzahl der Bevölkerung damit vergleicht. Sie machten ungefähr 11–19 Prozent der erwachsenen männlichen weißen Bevölkerung aus. Diese Truppen haben verhältnismäßig sehr starke Verluste im Weltkrieg gehabt. Die Verluste an Gefallenen und Verwundeten werden angegeben bei Kanada mit 45 Prozent, bei Australien mit 63 Prozent und bei Neuseeland mit 50 Prozent, ein Zeichen dafür, daß diese Truppen ganz in vorderster Linie in dem Kampf verwandt worden sind. Die Dominions haben also eine weitgehende Loyalität in dieser Kriegshilfe für England an den Tag gelegt. Das hat auch in finanzieller Hinsicht zu erheblichen Konsequenzen geführt, indem sich die Schuldenlast der Dominions infolge dieses Krieges außerordentlich erhöht hat.

Der Weltkrieg hat nun die Folge gehabt, daß das nationale Selbstbewußtsein dieser Leute, die für England gekämpft haben, außerordentlich erhöht wurde. Der Wunsch nach Selbständigkeit, zeitweise auch nach Mitwirkung in der Führung der Reichsgeschäfte ist in stärkerem Maße hervorgetreten. Nach dem Kriege haben eine Reihe von Konferenzen stattgefunden. Dabei ist eine Neuregelung des Status der Dominions erfolgt, auf welche weiter unten noch einzugehen ist. Zunächst bedarf es noch eines Überblicks über die Dominions.

Das älteste Dominion war Kanada, welches 1867 gegründet wurde, d. h., es wurden die in Britisch-Nordamerika vorhandenen Kolonien mit Selbstregierung zu einem gemeinsamen Dominion zusammenge-

[1]) Die nachstehenden Zahlen nach A. Demangeon, Das Britische Weltreich. Berlin 1926. Übersetzung der 1923 in Paris erschienenen französischen Ausgabe.

zogen. Dann wurde im Jahre 1901 der Commonwealth of Australia, der Australische Staatenbund, aus den australischen Kolonien mit Selbstverwaltung geschaffen. Neuseeland schloß sich dem Bunde nicht an, sondern blieb selbständiges Dominion. Das letzte war die Südafrikanische Union, die im Jahre 1909 gebildet wurde.

Die Leitung der Politik und die Art, wie die Verwaltung innerhalb des Britischen Weltreiches vor sich ging, hat bereits in den Jahren vor dem Kriege den Gegenstand immer erneuter Beratungen und Erwägungen gebildet, insbesondere auf den oben angeführten Reichskonferenzen. Es ergaben sich immer größere Schwierigkeiten in der Führung der Geschäfte, denn die Bedeutung der Dominions wuchs mehr und mehr an. Auf der anderen Seite bestand aber keinerlei Möglichkeit, sie in irgendeiner zweckmäßigen Weise dauernd an der Leitung der Geschäfte zu beteiligen. Andererseits wurde der Zustand, bei dem die tatsächliche Leitung in London lag und die Dominions lediglich Anhängsel der britischen Zentrale waren, von den Dominions mit wachsender Bevölkerung, wachsendem Reichtum usw. immer unangenehmer empfunden. Auf jenen Konferenzen vor dem Kriege ist wiederholt die Frage erörtert worden, wie die Sache etwa anders zu regeln sei. Praktisch kam es zuletzt dahin, daß zu den Konferenzen die jeweiligen leitenden Minister der Dominions persönlich nach London kamen, um dann während ein paar Wochen die wichtigsten Angelegenheiten ihrer Länder und des Gesamtreiches mit dem britischen Premierminister zu erörtern. Zu irgendeiner befriedigenden Dauerlösung hinsichtlich des Status der Dominions im Verhältnis zum Mutterland hatten aber jene Konferenzen vor dem Kriege nicht geführt.

Oben ist dargelegt, welche verhältnismäßig großen Truppenmengen von den britischen Dominions, vor allem von Kanada und Australien, in den Krieg gesandt wurden. Die Bedeutung der Dominions für England trat während dieses Krieges sehr stark hervor. So ergab sich die natürliche Konsequenz daraus, daß nunmehr auch die leitenden Minister der Dominions für die Führung der Geschäfte während des Krieges herangezogen wurden und daß ihnen insbesondere beim Friedensschluß eine wichtige Rolle beigemessen wurde. Schon bei jenen geheimen Besprechungen, die in Paris zur Vorbereitung der Friedensbedingungen stattfanden, sind die leitenden Minister der Dominions zeitweise hinzugezogen worden. Als es sich um die Frage des Schicksals der deutschen Kolonien handelte, wurden die Premierminister der Dominions von dem damaligen englischen Premierminister Lloyd

George mit in den sogenannten Rat der Vier (Clémenceau, Wilson, Lloyd George, Orlando) genommen, um da ihre Forderungen auf Annexion deutscher Kolonien vorzubringen. Bei den Friedensschlüssen selber, die praktisch keine Friedensverträge waren, sondern nur Auferlegung von Diktaten, ist den Dominions gleichfalls eine selbständige Rolle zugeteilt worden. Das Versailler Friedensdiktat ist unterzeichnet worden einmal für den König des Vereinigten Königsreichs von Großbritannien und Irland und der überseeischen britischen Länder, Kaiser von Indien von dem Premierminister Lloyd George und anderen Mitgliedern des englischen Kabinetts, sodann für jedes einzelne der vier Dominions Kanada und Australien, die südafrikanische Union und Neuseeland durch deren leitende Minister, und endlich für Indien durch den Staatssekretär für Indien und einen Inder.

Was den Inhalt dieser Bedingungen selber anlangt, so haben die Vertreter der Dominions eine wichtige, für die Mittelmächte, insbesondere für Deutschland, ungünstige Rolle gespielt. Das gilt besonders von dem damaligen Premierminister der Australischen Union, Hughes, und dem Südafrikanischen Minister General Smuts. Als es sich darum handelte, die Reparationsforderungen der Alliierten gegen Deutschland festzusetzen, entstand eine Differenz innerhalb der Alliierten über die Frage, was unter Reparation zu verstehen sei. Die Alliierten wollten die gesamten Kriegskosten und Pensionen von invalidisierten Militärpersonen und die Witwenpensionen in die Reparation mit einbeziehen. Dies widersprach den Abmachungen, die durch den Notenwechsel vom Oktober/November 1918 zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung über die Friedensgrundlage getroffen waren. Nach der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 hatten die Alliierten die vom Präsidenten Wilson vorgesehene Wiederherstellung der geschädigten Gebiete dahin ausgelegt, „daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten sollte". Damit war eine ganz klare Rechtslage geschaffen worden, die ohne Zustimmung des anderen Vertragsgegners, Deutschland, nicht geändert werden durfte. Wenngleich die zunächst von England und den Dominions erhobene Forderung, trotzdem von Deutschland den Ersatz der vollen Kriegskosten zu verlangen, wobei der australische Premierminister Hughes sich besonders hervortat, am Widerstand Wilsons scheiterte, so kam es doch zur Auferlegung der Pensionen. Dabei handelte es sich um Sum-

men, die größer waren als die gesamten Reparationsbeträge. Es war General Smuts, der durch seine Ratschläge den Lauf der Dinge in einer dem Recht widersprechenden Weise beeinflußt hat, indem er ein Gutachten abgab, in welchem er mittels einer gekünstelten Auslegung die Pensionen unter den Begriff der Kriegsschäden setzte. Darauf hat der Präsident Wilson, trotzdem seine eigene Delegation den richtigen Standpunkt in dieser Beziehung vertrat, nämlich den Standpunkt, daß nur die wirklichen Kriegsschäden ersetzt werden dürfen, den sich ihm durch die Auslegungskünste des Generals Smuts bietenden Ausweg ergriffen und den Ansprüchen der Alliierten nachgegeben. Auf diese Weise sind Deutschland unter wesentlicher Mitwirkung der Vertreter britischer Dominions weit größere Reparationslasten auferlegt, als nach dem durch den Notenwechsel geschlossenen Vorfriedensvertrag zulässig war. Bei diesen Vorgängen zeigte es sich, daß die Dominions im Kriege eine solche Stellung erlangt hatten, daß sie auf die Geschicke der Welt auch in Dingen, die an sich außerhalb ihrer eigenen Sphäre lagen, durch ihre Vertreter mit einen entscheidenden Einfluß gehabt haben.

Nach dem Kriege sind dann diese Dominions auch als Mitglieder dem Völkerbund beigetreten. Sie haben also neben England ihre eigene selbständige Stellung dort erhalten, die sich auch praktisch in verschiedener Weise bemerkbar machte. Besonders trat dies bei den Erörterungen über das Genfer Protokoll zutage, durch welches die Frage der Hilfeleistung der Bundesglieder untereinander geregelt werden sollte. Dieses Protokoll kam praktisch auf die gegenseitige Garantie des Besitzstandes der Völkerbundsmitglieder heraus. Es sollten eintretendenfalls die Bundesmitglieder einander militärische Hilfe zur Erhaltung dieses Besitzstandes gewähren. Die Dominions lehnten es ab, mitzumachen. Die englische Regierung wurde dadurch in die Lage versetzt, diese für sie selbst in verschiedener Hinsicht unbequeme Regelung unter Berufung auf die Dominions beiseite zu schieben.

In den britischen Reichskonferenzen nach dem Kriege sind die Fragen der Ausgestaltung des Britischen Reiches und andere damit zusammenhängende wichtige Fragen erörtert worden. Von besonderer Bedeutung war die Konferenz vom Jahre 1921, weil auf dieser eine sehr weittragende Wendung der britischen Weltpolitik in die Erscheinung trat. Bekanntlich hatte England im Jahre 1902 jenes Bündnis mit Japan abgeschlossen, daß für dieses im russisch-japanischen Krieg 1904/05 als eine Rückendeckung diente. Im Weltkrieg war dann Ja-

pan als Verbündeter Englands mit in den Krieg gegen Deutschland eingetreten, hatte an der Belagerung von Tsingtau teilgenommen und seine U-Boot-Zerstörer zur Hilfe gegen deutsche U-Boote im Mittelmeer auftreten lassen. So war 1921 die Situation so, daß zwischen England und Japan ein zwanzigjähriges Bündnis bestand, welches seine guten Früchte für England getragen hatte. Es entstand nun die Frage der Erneuerung oder Nichterneuerung dieses Bündnisses. Es war in jener Zeit, daß ein Wettrüsten der drei Hauptseemächte, England, Vereinigte Staaten von Nordamerika und Japan stattfand. Es schien damals ein Krieg zwischen Amerika und Japan im Stillen Ozean zu drohen. Es entstand nun die Frage, wie wird Englands Haltung in einem solchen Falle sein und wie steht das Britische Reich in diesem allmählich sich entwickelnden Zwiespalt zwischen Amerika und Japan. Im Falle der Erneuerung des Bündnisvertrages war es klar, daß England dann auf seiten Japans stehen müßte. Da zeigte sich nun bei den Erörterungen auf der britischen Konferenz, daß ein sehr großes Widerstreben auf seiten der Dominions, vor allem auf seiten Kanadas und auf seiten Australiens und Neuseelands gegen eine solche Erneuerung des Bündnisvertrages vorhanden war. Die Interessen der Kanadier in bezug auf die Japaner sind genau die gleichen wie die Interessen der Bewohner der Vereinigten Staaten. Sie haben dasselbe Interesse wie diese daran, die Japaner von einer Besiedlung fernzuhalten. Sie haben ähnliche Gesetze in dem westlichen, an den Stillen Ozean angrenzenden Gebiet erlassen, wie das in Kalifornien, in den Vereinigten Staaten, der Fall ist. Australien und Neuseeland andererseits werden von der Befürchtung beherrscht, daß in jene großen, schwach besiedelten Länder, in denen ja nicht bloß die gegenwärtigen 7 Millionen Menschen Platz haben, sondern das Vielfache an Menschenzahl, ein Zuströmen von Angehörigen der gelben Rasse stattfinden könnte und daß dann die Herrschaft der weißen Rasse, der Engländer, vernichtet würde. So war die Sache so, daß man mit Sicherheit hätte voraussehen können, daß, wenn es wirklich zu einem amerikanisch-japanischen Konflikt gekommen wäre, in dem England etwa die Seite Japans genommen hätte, diese Dominions die Seite der Vereinigten Staaten von Amerika genommen hätten, deren Interesse in vieler Beziehung mit dem ihrigen identisch ist. Die Abtrennung dieser wichtigen Dominions vom Britischen Reich wäre die unausbleibliche Folge gewesen. Und so kam es unter dem Druck dieser Dominions nicht zu einer Erneuerung des englisch-japanischen Vertrages. Der Vertrag ver-

fiel, es kam zur Konferenz in Waſhington, die auf engliſche Anregung von dem Präſidenten Harding zuſammenberufen wurde. Die Konferenz behandelte die Beſchränkung der Seerüſtungen, befaßte ſich aber gleichzeitig mit der Regelung der Verhältniſſe im Stillen Ozean und in China und ſuchte einen friedlichen Ausgleich der Spannungen zwiſchen den dort intereſſierten Nationen herbeizuführen. Für die Waſhingtoner Konferenz und die damit zuſammenhängenden Fragen haben die Belange der beteiligten Dominions eine große Bedeutung gehabt. Die Haltung Englands zu den Vereinigten Staaten einerſeits, zu Japan andererſeits wurde dadurch in maßgebender Weiſe mitbeſtimmt. Die Waſhingtoner Konferenz führte zu einer Beſchränkung der Seerüſtungen für Schlachtſchiffe, ſowie zu einem Viermächteabkommen zwiſchen England, Amerika, Japan und Frankreich mit gegenſeitiger Garantie ihrer Beſitzungen im Stillen Ozean (an Stelle des bisherigen engliſch-japaniſchen Bündnisvertrages), ſowie einigen ſonſtigen auf Oſtaſien bezüglichen Abkommen[1]). Vgl. S. 209 ff.

Eine weitere Reichskonferenz unter Teilnahme der Premierminiſter der Dominions fand 1923 ſtatt, auf der das Britiſche Reich betreffende Angelegenheiten erörtert wurden. Von noch größerer Bedeutung war die Reichskonferenz von 1926.

Auf dieſer iſt die Stellung der Dominions geregelt worden. Dieſe Regelung iſt nun nicht in der Richtung erfolgt, wie das bei früheren Erörterungen einmal vorgeſchlagen wurde, daß etwa ein einheitliches Britiſches Reich mit einheitlicher Verwaltung geſchaffen wäre. Im Gegenteil iſt dem Grundſatz, der bisher ſchon von manchen Seiten vertreten wurde, Geltung verſchafft worden, daß es ſich nicht mehr um England mit ſeinen Kolonien handele, ſondern daß jetzt eine Reihe von Schweſternationen nebeneinander ſtehen. Es iſt dieſer Grundſatz nunmehr in der Verfaſſung, wenn man es ſo nennen will, niedergelegt worden. Das Britiſche Reich beſaß bisher, wie ja auch England ſelbſt, keine geſchriebene Verfaſſung. Es hat ſich allmählich entwickelt. Aber auf der erwähnten Reichskonferenz iſt doch eine gewiſſe dokumentierte Niederlegung erfolgt. Es iſt nämlich ein Bericht von dem Interimperial Relations Committee (Kommiſſion für die Beziehungen innerhalb des Britiſchen Reiches) verfaßt worden unter Vorſitz des alten Staatsmannes Balfour. Dieſer Bericht iſt dann durch die Reichskonferenz in ihrer Sitzung vom 19. November 1926 genehmigt

[1]) Näheres ſ. darüber Dr. H. Schnee, Weltpolitik (Leipzig 1923), S. 327 ff., 374 ff

worden. Darin ist das Verhältnis, in welchem die einzelnen Glieder des Britischen Reiches miteinander stehen, definiert worden, wobei zu bemerken ist, daß es sich hier nur um die Dominions handelt, nicht um die übrigen Kolonien, die ja nach wie vor von der Zentrale in London verwaltet werden. Es heißt in dem Bericht von den Mitgliedern des Britischen Reiches: Sie sind autonome Gemeinwesen innerhalb des Britischen Reiches, einander im Range gleich, keines dem anderen in irgendeiner Hinsicht bezüglich seiner inneren oder auswärtigen Angelegenheiten untergeordnet, obschon sie verbunden sind in gemeinsamem Gehorsam gegenüber der Krone und frei zusammengeschlossen als Mitglieder der britischen Gemeinschaft von Nationen[1]).

Damit ist anerkannt, daß ein jedes Dominion grundsätzlich Groß-Britannien selbst gleichsteht. Was das Mutterland selbst anbetrifft, so ist die Änderung erfolgt, daß aus dem „United Kingdom of Great Britain and Ireland", dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Irland, das letztere ausgeschieden ist und eine selbständige Stellung, wie die Dominions, erhalten hat. Es ist aus dem überwiegenden Teil Irlands der Irische Freistaat gebildet. Es ist dementsprechend auch eine Änderung in dem Titel des englischen Königs eingeführt worden. Der König heißt von jetzt ab: „Georg V., durch Gottes Gnade König von Großbritannien, Irland und den britischen Dominions jenseits des Meeres, Verteidiger des Glaubens und Kaiser von Indien." Der Titel ist sonst unverändert geblieben, nur die Abtrennung von Irland ist kenntlich gemacht.

Die Generalgouverneure der Dominions wurden früher von dem König ernannt, und zwar auf Vorschlag der Londoner Regierung. Darin ist jetzt die Änderung eingetreten, daß für die Ernennung der Generalgouverneure nicht mehr die Vorschläge des Britischen Kabinetts, sondern die Regierung des Dominions selbst maßgebend ist. Auch im übrigen ist für die sonstigen Angelegenheiten der Dominions, für welche früher die englische Regierung zuständig war, jetzt die Regierung des betreffenden Dominions zuständig.

Es ist also nur noch eine Personalunion, verkörpert durch den englischen König, vorhanden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Kö-

[1]) Der englische Wortlaut ist folgender: They are autonomous Communities within the British Empire, equal in status, in no way subordinate one to another in any aspect of their domestic or external affairs, though united by a common allegiance to the Crown and freely associated as members of the British Commonwealth of nations.

nig von England keine wirkliche Macht mehr beſitzt, ſondern daß die Macht bei dem Kabinett ruht, das den König berät. Aus dieſer Neuordnung iſt nun die merkwürdige Situation entſtanden, daß trotzdem der König das einzige äußere Band zwiſchen England und den Dominions bildet. Eine engliſche Zeitung, die über dieſe Neuordnung orientierte, führte den Vergleich an: Der König ſei wie der Lenker eines Geſpanns mit mehreren Pferden, deren Zügel er in der Hand halte. Das würde aber, wenn man das Bild ſich weiter ausmalt, vorausſetzen, daß der Wagenlenker auch die Kraft und Fähigkeit beſitzt, die einzelnen Geſpanne zu lenken. Die politiſche Macht dazu, von ſich aus die Zügel der Regierung zu führen, hat der König von England aber bisher nicht gehabt, weder in England ſelbſt noch in den Dominions. Er iſt jetzt König von Großbritannien und ebenſo König jedes der einzelnen Dominions. In den Angelegenheiten, welche jedes einzelne Dominion angehen, wird er nur beraten von dem Kabinett des betreffenden Dominions.

Was von der inneren Politik gilt, das gilt formell auch von der Außenpolitik. Jedes Dominion hat das Recht, ſich ſelbſt vertreten zu laſſen, ſeine eignen Geſandten in anderen Ländern zu ernennen. Es iſt davon bisher Gebrauch gemacht worden von Irland und Kanada, die jetzt ihre ſelbſtändigen Geſandten in Waſhington beſitzen. Für das Verhältnis zwiſchen England und den Dominions waren früher dauernde Vertreter der einzelnen Dominions in London, die meiſt High Commissioners genannt wurden. Jetzt handelt es ſich nicht mehr darum, daß die britiſche Regierung ſolchen Oberkommiſſaren ihre Mitteilungen oder Anweiſungen gibt, ſondern es kommt praktiſch darauf hinaus, daß die Vertreter der Dominions in London eine Stellung ähnlich der erhalten, wie ſie die Botſchafter oder Geſandten einer Macht in einem anderen Lande haben.

In allen dieſen Dingen liegt eine Anerkennung der Tatſache, daß die britiſchen Dominions eine weitgehende ſelbſtändige Stellung erhalten haben. Es wäre nun vollkommen falſch, wenn man die Dinge ſo anſehen würde, als ob darin eine Schwächung des Britiſchen Reiches läge, als ob man einer Reihe von ſelbſtändigen, immer ſtärker werdenden Dominions gegenüber ſtände, die ſich von England loslöſen wollten und die nunmehr einen Schritt weiter in der Richtung getan hätten. Es waren ſolche Beſtrebungen hie und da vorhanden, am ſchwächſten in Auſtralien und Neuſeeland, die infolge ihrer Furcht vor der gelben Raſſe notwendigerweiſe beim Britiſchen Reich

verbleiben müssen, welches ihnen Schutz durch die britische Flotte gewährt, neuerdings auch durch den Flottenstützpunkt in Singapore, der praktisch gegen Japan gerichtet war. Stärker trat hier und da die Selbständigkeitsbewegung in Kanada auf, aber ohne das Ziel zu haben, mit den Vereinigten Staaten sich zu vereinigen. In Kanada sehen wir vielmehr das allmähliche Anwachsen zu einer selbständigen Nation. Am stärksten trat die Selbständigkeitsbewegung in Südafrika auf, nachdem das Kabinett Smuts in den Wahlen unterlegen war und mit dem General Hertzog die Nationalisten an das Ruder kamen. Diese Nationalisten hatten auf ihre Fahnen geschrieben die vollkommene Unabhängigkeit, die gänzliche Loslösung vom Britischen Reich. Bei den Verhandlungen der Britischen Reichskonferenz und der Aufnahme ihrer Beschlüsse in Südafrika hat sich jedoch gezeigt, daß die Regelung, wie sie getroffen ist, den gegenwärtigen Bedürfnissen Südafrikas genügt. Der so geschaffene Rahmen, in dem die Dominions als selbständige Gemeinwesen im Britischen Reich nebeneinander stehen, gestattet die Verfolgung dessen, was gegenwärtig praktisch notwendig ist. In Südafrika spielt die Flaggenfrage zur Zeit eine große Rolle. Es soll eine besondere südafrikanische Flagge geschaffen werden. Die Vorlage der Regierung hat die Mehrheit im Abgeordnetenhaus, aber nicht im Senat gefunden[1]). Auch hierin tritt der Wunsch nach noch weitergehender Unabhängigkeit zutage. Große Teile der Burenbevölkerung wünschen in ihrem Herzen die gänzliche Abtrennung Südafrikas von England. Aber die jetzt getroffene Regelung kommt doch dem Selbständigkeitsstreben so weit entgegen, daß dringende praktische Gründe für eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes nicht vorliegen. Südafrika dürfte im Laufe der weiteren Entwicklung zu einem völlig unabhängigen eigenen Staatswesen werden. Aber die Regelung der Reichskonferenz von 1926 hat doch die Grundlage dafür geschaffen, daß das fernere staatliche Leben Südafrikas, wenn nicht große weltpolitische Ereignisse eine Änderung bedingen, noch auf längere Zeit sich im Rahmen des Britischen Reiches wird abspielen können.

So ist diese Regelung, wie sie auf der britischen Reichskonferenz von 1926 geschaffen ist, als Erfolg einer großen englischen Politik

[1]) Nachdem dies bereits im Druck stand, ist im Oktober 1927 eine Einigung zwischen Regierung und Opposition über die südafrikanische Nationalflagge zustande gekommen. Sie stellt eine Verbindung der Farben und Abzeichen der früheren Burenstaaten mit der britischen Reichsflagge, dem Union Jack dar. Auch soll der letztere an Regierungsgebäuden usw. neben der Nationalflagge gehißt werden.

anzusehen, welche es wiederum verstanden hat, den drohenden Schwierigkeiten durch eine Regelung aus dem Wege zu gehen, die den Bedürfnissen der einzelnen Dominions in genügendem Maße gerecht wird und doch den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Teilen des Britischen Reiches gewährleistet. Man ist in der Berücksichtigung dieser Interessen der einzelnen Dominions so weit gegangen, daß man ihnen auch dort, wo in gewisser Beziehung noch ein wenn auch loses Band bestand, dessen weitere Erhaltung der Bestimmung der einzelnen Dominions unterworfen hat. Es bestand nämlich eine oberste Instanz in Reichsstreitigkeiten für das Britische Reich in der Gestalt des Privy Council. Darüber hat die Konferenz beschlossen: Aus dieser Diskussion ergab sich, „daß es nicht zur englischen Politik gehöre, daß Fragen betr. gerichtliche Berufungen anders als in Übereinstimmung mit den Wünschen des Teiles des Reiches, der hauptsächlich dadurch betroffen würde, geregelt würden". Aus dieser etwas gewundenen Sprache in einfachere Worte übersetzt, bedeutet es, daß diese oberste Gerichtsbarkeit für jene Dominions nicht mehr gelten soll, welche wünschen, daß für sie selbst die oberste Gerichtsbarkeit im eigenen Lande bleibt.

Dann ist ein weiterer Erfolg erzielt worden in der Regelung, die sich auf die Führung der Außenpolitik bezieht. Das war ja eigentlich immer der allerschwierigste Punkt bei diesen ganzen, die Gestaltung des Britischen Reiches angehenden Fragen: Wie kann die Leitung der Außenpolitik, die notwendigerweise doch von einer Zentrale geführt werden muß, in Übereinstimmung mit den Wünschen der Dominions oder mindestens, ohne die Dominions zu verletzen, von London aus geführt werden? Bei diesen Verhandlungen ist anerkannt, daß doch die tatsächliche Führung der Geschäfte in London erfolgt. Es ist dies in einem sehr geschickt formulierten Satz ausgesprochen, der wie folgt lautet: „Es wurde freimütig anerkannt, daß in dieser Sphäre (der Führung der Außenpolitik) wie in der Sphäre der Verteidigung, der größere Teil der Verantwortlichkeit jetzt bei der Regierung Sr. Majestät in Großbritannien liegt und für einige Zeit liegen wird." Wenn es auch im folgenden Satz heißt, daß trotzdem praktisch alle Dominions in gewisser Ausdehnung und manche in beträchtlicher Ausdehnung mit außenpolitischen Beziehungen befaßt sind, besonders jene, die an fremde Länder angrenzen, so ist doch damit zum Ausdruck gebracht, daß die Führung der britischen Außenpolitik nach wie vor bei der Londoner Regierung verbleibt.

Das sind die Hauptbestimmungen, welche auf dieser Konferenz über

die Gestaltung der Verhältnisse des Britischen Reiches und der einzelnen Dominions untereinander getroffen sind. Es ist darin das Britische Reich umschrieben worden als eine freie Vereinigung von unabhängigen Nationen, die durch einen gemeinsamen König geeinigt sind. Es ist damit eine Regelung getroffen, die den Verhältnissen, wie sie sich entwickelt haben, gerecht geworden ist, und den Interessen des gesamten Reiches und der Dominions jedenfalls für die nächsten Zeiten entsprechen dürfte. Was die Verteidigung des Britischen Reiches anlangt, so ist ebenfalls die Hauptverantwortung bei der Zentrale in London geblieben. Einzelne Dominions hatten schon früher mit der Schaffung von Verteidigungseinrichtungen begonnen. Es ist dann für den fernen Osten jene große Flottenbasis in Singapore von der Britischen Reichszentrale gegründet worden. Unter der Arbeiterregierung unter Mac Donald wurden diese Arbeiten zeitweise eingestellt. Die jetzige Regierung unter dem konservativen Premierminister Baldwin hat wieder große Beträge dafür ausgeworfen. Es sind auch die einzelnen Teile des Britischen Reiches zur Beteiligung an den Kosten aufgefordert worden. Einzelne Kolonien in Ostasien haben auch Beiträge geleistet, aber von den Dominions hat Australien, obgleich es sehr daran interessiert war, eine solche finanzielle Beteiligung abgelehnt, indem es im Jahre 1924, nachdem die Arbeiterregierung den Ausbau Singapors eingestellt hatte, ein selbständiges Verteidigungsprogramm aufgestellt hatte. Es bewilligte 11 Millionen Pfund Sterling auf 5 Jahre; die Hälfte wird für Marinebauten, die andere Hälfte auf Ausbau der bestehenden Verteidigungsorganisationen verwendet. In der Verteidigung ruht nach wie vor der Schwerpunkt auf England selbst. Die britische Flotte ist ja das Hauptverteidigungsmittel für das weit zerstreute Reich in allen seinen Teilen. Über die neuere Entwicklung der britischen Flotte im Verhältnis zu anderen Flotten s. S. 185 ff. (Washingtoner Konferenz von 1921/22) und S. 333 (Seeabrüstungskonferenz in Genf von 1927).

Mit der Verteidigungsfrage steht in engem Zusammenhang die Finanzfrage. Die Kosten für die britische Reichsflotte, die ja doch ein gemeinsames Instrument zur Verteidigung auch der entlegenen Teile des Reiches bildet, werden nach wie vor von England getragen. Es handelt sich da um sehr beträchtliche Ausgaben, an denen wesentlichen Anteil zu nehmen sich bisher keine Bereitwilligkeit bei den Dominions gezeigt hat, wenn auch gewisse Beiträge wiederholt von manchen Dominions dafür geleistet sind.

Jedes Dominion ist finanziell vollkommen selbständig. Die Einnahmen und Ausgaben des betreffenden Dominions werden von diesem auf den eigenen Etat gebracht. Das schließt nicht aus, daß Anleihen der Dominions in weitem Maße auf dem englischen Markt in London untergebracht sind, wie auch sonst die Anlage von Kapitalien von England aus in den einzelnen Teilen des Britischen Reiches eine sehr bedeutende ist. Das gilt von den staatlichen Anleihen der einzelnen Dominions und Kolonien ebenso wie von Anlagen von Geld in wirtschaftlichen Unternehmungen. Auch haben manche der zurückgebliebenen, noch unentwickelten Kolonien reiche Zuschüsse erhalten à fond perdu. Aber im allgemeinen und besonders dann, wenn die Kolonien bereits eine gewisse Entwicklung angenommen haben, werden Anleihen nur in der Weise gegeben, daß die betreffenden Kolonien diese Beiträge verzinsen und tilgen müssen. Das gilt insbesondere auch von jener Anleihe für öffentliche Arbeiten von 10 Millionen Pfund Sterling, die im letzten Jahr für afrikanische Kolonien, darunter auch für das Mandatgebiet Tanganyika Territory — so wird unser Deutsch-Ostafrika gegenwärtig genannt — zur Verfügung gestellt wurde.

Von den gesamten englischen Kapitalanlagen außerhalb Großbritanniens selbst sind sehr bedeutende Teile innerhalb des Britischen Reiches angelegt. Nach einer Statistik vom 1. Januar 1916 wurden die Gesamtkapitalanlagen außerhalb Englands angegeben auf 3 856 000 000 Pfund Sterling. Davon waren 1 935 000 000 Pfund Sterling, also mehr als die Hälfte, in den zum Britischen Reich gehörigen Dominions und Kolonien investiert. Seit dem Kriege ist die englische Kapitalanlage innerhalb der zum Britischen Reich gehörigen Gebiete verhältnismäßig noch stärker gewesen als im Ausland.

Auf der letzten Reichskonferenz von 1926 sind auch eine Reihe von Beschlüssen gefaßt worden, die sich auf die Wirtschaft beziehen. Unter anderem ist beschlossen worden, das Imperial economic Committee, das wirtschaftliche Reichskomitee, zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Es sind noch eine Reihe weiterer Maßnahmen beschlossen worden. Es soll regelmäßig über Erzeugung usw. von Waren Nachfrage vom Mutterlande vorgenommen werden. Es ist weiter ein Vorschlag angenommen, welcher die dauernde Aufrechterhaltung des Imperial Shipping Committee forderte, das sich mit der Verbesserung der Schiffsverbindungen im Britischen Reiche befaßt. Es sind ferner Beschlüsse gefaßt über sonstige Verkehrseinrichtungen und -verbesserun-

gen. Auch die Ausbildung des Luftfahrtverkehrs und die Einrichtung von Luftlinien zwischen den einzelnen Teilen des Reiches hat den Gegenstand von Erörterungen gebildet.

Schließlich ist auch ein Beschluß gefaßt worden hinsichtlich der Auswanderungspolitik, daß die Verteilung der weißen Bevölkerung über das Reich in Einklang mit den Interessen der Reichsgesamtheit gebracht werden müßte. Es liegen auch hier mannigfache Interessengegensätze innerhalb des Britischen Reiches vor. Ich brauche nur auf die indische Frage zu verweisen, auf den Widerstand, der sich in Südafrika gegen die Einwanderung von Indern zeigte, auf den Widerstand gegen die Gleichstellung der Inder mit den Weißen in Kenya (Ostafrika), andererseits auf das Bestreben der Inder, überall als vollberechtigt anerkannt zu werden. Innerhalb der weißen Engländer gibt es auch gewisse Interessengegensätze. Es sind Pläne aufgestellt, wonach man Hunderttausende von Engländern im Laufe der Zeit in Teilen des Britischen Reiches ansiedeln will. Da zeigen sich aber große praktische Schwierigkeiten. Vor allem steht der Kontinent Australien seit längerer Zeit unter einer Politik, welche die Masseneinwanderung erschwert aus dem Grunde, weil man befürchtet, daß die Lebenshaltung der dort angesessenen Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, herabgedrückt wird. So zeigen sich innerhalb des Britischen Reiches für die Verwirklichung solcher Pläne viele Schwierigkeiten. (S. S. 339.)

Ein besonderes Kapitel ist die Frage der Zollbegünstigung innerhalb des Britischen Reiches. Diese Frage schwebt seit langem. Sie hat bereits im Jahre 1906 den Streitpunkt eines erbitterten Wahlkampfes gebildet, der damals zwischen den Anhängern der Zollvergünstigungen und eines künftigen Zollvereins und den liberalen Freihändlern ausgekämpft wurde. Damals haben die Liberalen, die Anhänger des Freihandels, einen überwältigenden Sieg davongetragen. Die Vorkämpfer des Zollvereins, an der Spitze Chamberlain, haben ihre Pläne nicht durchführen können. Die Sache hat aber nicht geruht, sie ist immer wieder in den Vordergrund getreten. England ist dem Freihandel nicht treu geblieben, jenem Freihandel, wie er durch Richard Cobden in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eingeführt wurde, obgleich er ihm große Vorteile gebracht hatte. Der Freihandel hat sich aber im weiteren Verlauf der Entwicklung mit dem Imperialismus durchaus vertragen. Doch dann kam jener Zeitpunkt, in welchem eine starke Konkurrenz in anderen Ländern aufkam, und allmählich ist England, besonders in den letzten Jahren für eine ganze Reihe von Gegenständen

zum Zollſchutz übergegangen. England hat auch ſeinen Kolonien eine gewiſſe Vorzugsbehandlung gewährt. Aber einen wirklich durchgreifenden Schutz, eine wirklich durchgreifende Vorzugsbehandlung könnte England ſeinen großen Dominions nur gewähren, wenn es Zölle auf Lebensmittel und Rohſtoffe einführen würde. Denn ohne ſolche Zölle iſt England nicht in der Lage, etwa Kanada mit ſeiner Getreideausfuhr, Auſtralien mit ſeiner Woll- und Fleiſchausfuhr wirklich ein Äquivalent zu bieten. Dagegen hat ſich bisher aber immer noch eine ſo ſtarke Volksmeinung in England gezeigt, daß das nicht zur Durchführung gelangt iſt. Man hat im kleinen etwas getan, man hat auf gewiſſe Gegenſtände Zollvergünſtigungen gewährt, auf Tabak, Tee, Obſt, Früchte und anderes. Aber das macht in Wirklichkeit nicht ſoviel aus, ſo daß die Verwirklichung der Idee einer britiſchen Zollunion, nach dem Vorbilde des alten deutſchen Zollvereins, in weitem Felde ſteht, vielleicht überhaupt niemals zur Tatſache werden wird[1]).

Die Vorzugsbehandlung im inneren Warenverkehr des Britiſchen Reiches iſt gegenwärtig etwa die folgende: Man muß dabei unterſcheiden zwiſchen dem britiſchen Zolltarif und dem Zolltarif der Dominions. Der britiſche Zolltarif ſieht für die Mehrzahl ſeiner Poſitionen zwei Gruppen von Zöllen vor. Das eine iſt der Vorzugstarif, das andere iſt der allgemeine. Der Vorzugstarif findet Anwendung bei Waren, die aus einem zum Britiſchen Reich gehörigen Gebiet verſandt, dort gewonnen, erzeugt oder hergeſtellt worden ſind. Der allgemeine Tarif gilt allen fremden Ländern gegenüber in gleicher Weiſe. Dasſelbe gilt auch für den iriſchen Zolltarif. Was die Zolltarife der Dominions anbetrifft, ſo gibt es drei Tarife für jede Warengattung, 1. den britiſchen Vorzugstarif, 2. den Zwiſchentarif, 3. den Generaltarif. Der britiſche Vorzugstarif findet Anwendung auf Waren britiſchen Urſprungs, die unmittelbar von Großbritannien verſchickt werden. Dieſer britiſche Vorzugstarif wird im allgemeinen dem Mutterlande ohne Rückſicht auf Gegenſeitigkeit gewährt. Als erſtes von allen Dominions hat Kanada dem Mutterlande eine ſolche Vorzugsbehandlung gewährt im Jahre 1898. Später ſind dann die anderen gefolgt. Dieſe Sätze des britiſchen Vorzugstarifes, die England gewährt werden, können im Verhandlungswege auch anderen Dominions zugebilligt werden. Zwiſchen den Dominions aber gilt keineswegs immer derſelbe Tarif, wie im Ver-

[1]) Ausführlich ſind dieſe Fragen unter Beibringung reichen ſtatiſtiſchen Materials behandelt von E. Obſt, England, Europa und die Welt, Berlin 1927, S. 110 ff., der dabei zu einem durchaus negativen Ergebnis gelangt.

hältnis zum Mutterlande. In manchen Fällen wird nicht dieser britische Vorzugstarif, sondern eine Ermäßigung des allgemeinen Tarifs gewährt. Der Zwischentarif, der ermäßigte Sätze hat, kann im Wege der Vereinbarung jedem anderen Land zugestanden werden. Der Generaltarif findet Anwendung auf alle Waren, für die keine Vorzugsbehandlung in Frage kommt.

Eine Ausnahme von der vorstehenden, sonst in den Dominions geltenden Regelung bildet Südafrika. Der neue südafrikanische Tarif sieht nur zwei verschiedene Tarife vor, den Minimal- (Spezial-) Tarif und den Maximal- (General-) Tarif. Der Minimaltarif kann fremden Ländern im Wege der Vereinbarung eingeräumt werden. Der Maximaltarif gilt allen Ländern gegenüber in gleicher Weise. Dem Mutterlande und verschiedenen Dominions werden Zollnachlässe auf den Maximaltarif gewährt, die in einer besonderen Liste zusammengestellt sind.

Was die übrigen zum Britischen Reich gehörigen Länder anlangt, so weisen diese zum Teil eine Zweiteilung auf, den britischen Vorzugstarif für die Zollbehandlung der britischen Güter und den allgemeinen Tarif. Zum Teil aber haben diese Länder nur einen Generaltarif.

Wenn man das Bild im ganzen betrachtet, so findet man, daß von seiten der Dominions und dem größten Teil der anderen Kolonien eine grundsätzliche Bevorzugung des Mutterlandes stattfindet. Ebenso ist dies häufig, wenn auch nicht allgemein der Fall im Verhältnis zwischen den übrigen Teilen des Britischen Reiches, zwischen Dominions oder Kolonien. Endlich findet eine grundsätzlich gleiche Behandlung aller außerhalb des Britischen Weltreiches stehenden Länder statt. In letzterer Beziehung macht lediglich Kanada eine Ausnahme, das solche Staaten, die mit ihm keine Verträge abgeschlossen haben, ungünstiger behandelt als Vertragsstaaten.

Auf Einzelheiten, insbesondere Zollsätze usw., die im Verhältnis zwischen England und den Dominions stattfinden, soll hier nicht eingegangen werden. Hervorzuheben ist, daß es eine ganze Anzahl englischer Kolonien — nicht Dominions — gibt, die auch englischen Waren keine Vorzugszölle gewähren, die also die englischen Waren ebenso behandeln wie die aus fremden Ländern. Dazu gehören Hongkong, die vereinigten malaiischen Staaten, Ceylon, Nigeria, Goldküste, Uganda, Sansibar, Nord-Borneo usw.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

Der gegenwärtige Zusammenhang des British Empire dürfte

hauptsächlich auf folgenden Grundlagen ruhen: Es ist einmal der nationale Zusammenhang. Es ist die Empfindung des englischen Volkes, ein Ganzes zu sein, das kulturell und geschichtlich zusammengehört. Diese Empfindung des nationalen Zusammenhanges geht durch die ganze Entwicklung des britischen Imperialismus. Sie bildet gerade auch in diesem jetzigen Stadium, in dem eine Reihe im wesentlichen selbständiger Nationen nebeneinander bestehen, die nur noch einen gemeinsamen König haben, die eigentliche, wesentliche Grundlage für den Zusammenhang. Diese Empfindung der nationalen Zusammengehörigkeit ist verbunden mit dem Glauben an die Vorzüglichkeit der englischen Einrichtungen, an die Überlegenheit des englischen Volkes als solchen und mit der Überzeugung, daß die Verbreitung der englischen Herrschaft den Interessen der Menschheit dient. Eine weitere Grundlage bilden die wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Der Imperialismus dient den Wirtschaftsinteressen der im britischen Imperium vereinigten Menschen, Völker, Nationen. Zur Förderung des Handels im Britischen Reich dienen verschiedene Einrichtungen und Maßnahmen. Es sind, wenn auch bisher nur in beschränktem Maße, Vorzugszölle zwischen manchen Gliedern des Reiches eingeführt. Auch die großen englischen Kapitalanlagen in den Dominions und den Kolonien stützen den Zusammenhalt. Dann ist ein einigendes Band die gemeinsame Verteidigung, die „Imperial defense", die Reichsverteidigung. Deren Instrument war in der Hauptsache die Flotte, bis dann im Weltkriege die einzelnen Kontingente aus den Dominions herbeiströmten, um dem Mutterlande Hilfe zu leisten. Und schließlich wirken als solches die verfassungsmäßigen Zusammenhänge, die Ausgestaltung des Britischen Reiches, welche ihre letzte Fassung in der britischen Reichskonferenz 1926 erhalten hat.

Es handelt sich bei dem Aufbau und Ausbau des Britischen Reiches keineswegs um ein nach vorbedachtem festen Plan der Zentralregierung errichtetes Gebäude. Vielmehr hat sich die britische Politik – abgesehen von dem einen schweren Fehler im 18. Jahrhundert, der zum Verlust der Neu-England-Staaten führte – immer klug den veränderten Umständen anzupassen verstanden, wie sie sich aus der Entwicklung der Kolonialgebiete ergaben. Das britische System bestand und besteht darin, um ein Wort anzuwenden, das Graf Schlieffen von dem Feldmarschall Moltke gebrauchte[1]): kein System zu haben. In dieser

[1]) S. General Groener, Das Testament des Grafen Schlieffen, Berlin 1927, S. 240.

Freiheit von theoretischen und verfassungsmäßigen Bindungen liegt gerade eine Stärke der britischen Politik, die es ihr ermöglicht hat, auch in der Gegenwart den Bedürfnissen der erwachsenen Kinder des Mutterlandes in einer Weise gerecht zu werden, daß deren weiteres Verbleiben in dem lockerer gewordenen Rahmen des Britischen Reiches ermöglicht wird. Ein Zerfall des letzteren ist daraus keineswegs zu befürchten, soweit es sich um Dominions mit überwiegend englischer Bevölkerung handelt. Die soeben gekennzeichneten Bande sind stark genug, trotz erhöhter Selbständigkeit der einzelnen Dominions den Zusammenhalt zu sichern, sofern nicht von außen her neue starke Momente für eine gegenteilige Entwicklung hervortreten.

Nationalismus gegen Imperialismus im Britischen Reich

Es bleibt noch zu erörtern das Verhältnis zwischen Imperialismus und Nationalismus im Britischen Reich. Ich hatte oben ausgeführt, daß der Imperialismus seinerseits zur Grundlage die Entwicklung einer einheitlichen, geschlossenen Nation, die Entwicklung der nationalen Macht und des nationalen Gedankens hat. Erst die Entfaltung des Nationalismus führt zu einem Heraustreten über die Grenzen des Mutterlandes. Aber dieser Imperialismus, der fremde Länder und Völker in seinen Bereich einbezogen hat, stößt andererseits auf den Nationalismus der unterworfenen Völker. Diese Bewegungen liegen großenteils auf einem anderen Gebiete, als die Strömungen, die innerhalb der eigentlichen Dominions zutage treten. Innerhalb der Dominions leben überwiegend Engländer, nicht nur ihrer Staatsangehörigkeit, sondern ihrer Abstammung nach. Soweit Abkömmlinge von anderen Nationen in den Dominions vorhanden sind, befinden sie sich mit der alleinigen Ausnahme von Südafrika in der Minorität. In Südafrika bilden die Buren die Majorität der weißen Bevölkerung. In Kanada besteht etwa der vierte Teil der Bevölkerung aus Nachkommen der Franzosen, die ursprünglich den Ostteil der Kolonie besiedelt hatten. Im übrigen sind in den Dominions bisher nur geringe Minoritäten anderer als britischer (einschließlich irischer) Abstammung vorhanden. Eine nationalistische Bewegung als Reaktion gegen den britischen Imperialismus ist innerhalb der Dominions nur in Südafrika vorhanden. Und auch diese letztere Bewegung verläuft gegenwärtig in bewußtem Verbleiben im Rahmen des Britischen Reiches.

Anders liegt die Sache bei jenen Ländern, die von einer fremdras-

sigen Bevölkerung bewohnt sind. Da gibt es eine Reihe von Brennpunkten in dem Britischen Reich, in denen eine nationalistische Bewegung von immer wachsender Stärke vorhanden ist. Das ist einmal Indien, das sind ferner die von Arabern bewohnten Gebiete in Vorderasien, das ist Ägypten, und schließlich sind gewisse Bewegungen mit etwas anderem Charakter auch in Südafrika unter der farbigen dortigen Bevölkerung vorhanden.

In Indien ist eine nationale Bewegung bereits in den 80er Jahren zur Entstehung gelangt. 1885 hat der erste nationale Kongreß in Indien stattgefunden; aber jene Bewegung hatte einen gemäßigten, friedlichen Charakter. Sie hatte zum Ziel eigentlich mehr eine Beteiligung der Inder an der Verwaltung des indischen Reiches als eine Widersetzlichkeit gegen die englische Herrschaft, und die Erlangung der völligen Unabhängigkeit. Die Sache hat sich im Laufe der Jahre dann geändert. Die Forderungen der Nationalistenpartei wurden immer weitergehend. Entscheidend aber für die Entwicklung des indischen Nationalismus wurde der Weltkrieg. Indien hat große Leistungen für die Engländer vollbracht. Es waren sehr starke indische Truppen nach Europa, nach dem Suez-Kanal, nach Ägypten, nach Asien, nach Mesopotamien, nach Ostafrika gesandt. Indische Truppen haben in großer Zahl für England gekämpft. Dabei war auf seiten der Inder der Unabhängigkeitswunsch genährt worden. Britische Staatsmänner, vor allem Lloyd George, warfen die Schlagworte von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Welt. Diese Ideen wurden vor allem von seiten der gebildeten Klasse, die es infolge englischer Erziehungsmethoden in Indien in steigendem Maße gab, aufgenommen.

In Indien gibt es nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Engländern. Unter der Bevölkerung von 300 Millionen Menschen sind im ganzen nur etwas über 100 000 Engländer, wovon 70 000 der englisch-indischen Armee angehören. Die Verwaltung wird geführt von 1500 Engländern, die nur die höchsten Stellen innehaben, während die kleinen Verwaltungsstellen mit Indern besetzt werden.

Nach dem Kriege trat die Unabhängigkeitsbewegung stärker hervor. Es war vor allem ein Inder namens Ghandi, der Rechtsanwalt in Südafrika gewesen und dort für die Interessen der Inder gegenüber den Beschränkungen durch die Regierung aufgetreten war, welcher jetzt die Führung erhielt. Ghandi war ein asketisch lebender Mann, der als eine Art Heiliger betrachtet wurde. Er erhielt eine große Gefolgschaft. Seine Idee war die Rückkehr zu den früheren Gewohnheiten;

u. a. sollte man verzichten auf die fabrikmäßig hergestellte Kleidung aus England, man sollte zu der Handspinnerei zurückkehren. Er forderte die Selbstverwaltung, das Swaraj. Er wollte aber seine Ziele nicht mit Gewalt durchsetzen, sondern durch die „Noncooperation", die Nichtmitwirkung, die wir als passive Resistenz bezeichnen. Man sollte sich fernhalten von der Teilnahme an irgend etwas Englischem, man sollte keine Verwaltungsstellen oder Ehrentitel annehmen, keine europäischen Stoffe kaufen, keine Steuern zahlen, man sollte sich nicht an Wahlen beteiligen oder sonst irgend etwas tun, was zu der Erhaltung des bisherigen englischen Systems beitragen konnte.

Die Engländer versuchten Reformen einzuführen, wodurch sie den Wünschen der indischen Nationalisten entgegenkamen. Es entstand jedoch unter dem Zusammentreffen verschiedener Umstände eine schwierige Lage für die englische Verwaltung. Es wurden besonders im Jahre 1919 durch das Blutbad von Amritsar große Mißstimmungen hervorgerufen. Ein englischer General Dyer ließ in eine verbotswidrige Versammlung von Indern hineinschießen, wobei eine Anzahl Inder getötet und noch mehr verwundet wurden. Die Bewegung wuchs an und war insofern besonders bedenklich, als zeitweise auch die Mohammedaner mit den Hindus zusammenzustehen schienen. Die Engländer haben den religiösen Zwiespalt zwischen den Bekennern der beiden Religionen seither immer für sich auszunutzen verstanden. Mohammedaner sind 68 Millionen in Indien vorhanden, während der übrige Hauptteil der Bevölkerung zu den Hindus zählt. Zwischen den beiden Bevölkerungsbestandteilen sind sehr starke religiöse Gegensätze vorhanden, die auch neuerdings wieder ausgebrochen sind. Damals schien es, als ob eine sehr gefährliche Situation entstehen würde. Ghandi wurde zeitweise eingekerkert, später wieder entlassen. Er hat seinen Einfluß allmählich verloren. Es trat ein anderer Führer an seine Stelle, Das, welcher andere Methoden des Kampfes um die Unabhängigkeit einzuführen suchte. Er ging darauf aus, auf legalem Wege durch Beteiligung der Swarajisten, der Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung, bei den Wahlen die Majorität zu erlangen. Er starb aber plötzlich, ehe seine Pläne zur vollen Durchführung gelangt waren. An seine Stelle sind dann andere getreten, darunter eine Frau Naidu, welche auf einem der letzten Kongresse mit größter Entschiedenheit für die völlige Unabhängigkeit eingetreten ist. Aber die radikal-nationalistische Bewegung hat neuerdings an Stärke eingebüßt.

Die Engländer haben in dieser schwierigen Lage versucht, durch Einführung von Reformen der Bewegung die Spitze abzubrechen. Sie haben die sogenannten Montague-Chelmsford-Reformen eingeführt, in denen eine stärkere Beteiligung der Inder an der Verwaltung und Gesetzgebung sichergestellt werden soll, unter Gewährung des Wahlrechts an einen Teil der indischen Bevölkerung. Die Anhänger der indischen Unabhängigkeitsbewegung haben in den verschiedenen Etappen einmal die Wahlenthaltung proklamiert, dann haben sie sich wieder beteiligt. Die gegenwärtige Lage kann man als eine in ihrer Entwicklung noch zweifelhafte bezeichnen. Die englische Regierung hat sich zeitweise gezwungen gesehen, den indischen Haushaltsetat ihrerseits allein festzusetzen ohne Beteiligung der von ihr eingesetzten gesetzgebenden Versammlung, weil die Majorität gegen sie war. Im ganzen gesehen aber scheint es, als ob es der klugen englischen Politik wiederum gelungen ist, das Schlimmste abzuwenden und die Entwicklung in friedliche Bahnen zu lenken. Wie allerdings das Endergebnis der indischen Bewegung sein wird, ist schwer abzusehen. Die englische Stellung hat erhebliche Einbuße erlitten, vor allen Dingen in der Richtung, daß jener englische Zivildienst, vermittels dessen hervorragende englische Verwaltungsbeamte die indische Verwaltung führten, dadurch sehr beeinträchtigt worden ist, daß mehr und mehr Inder in höhere Stellungen hineingelassen werden mußten. Der englisch-indische Zivildienst hat einen gewissen Abbau erfahren. Die Stellung der Engländer in Indien ist nicht mehr dieselbe wie früher. Man befindet sich gegenwärtig noch in einem Versuchsstadium. Die Reformen sind zunächst versuchsweise eingeführt worden. Im Jahre 1929 wird diese Zeit abgelaufen sein, dann soll darüber bestimmt werden, was in Indien für die Zukunft zu geschehen hat.

Das zweite Land, in welchem sich der Nationalismus in starkem Maße geltend machte, ist Ägypten. Ägypten gehörte früher zur Türkei, hat sich aber frühzeitig eine gewisse Selbständigkeit errungen. 1869 wurde der Suezkanal vollendet, der von großer Bedeutung nicht nur für Ägypten selbst, sondern ganz besonders auch für die Verbindung nach Indien und überhaupt Ostasien war. 1875 sah sich der Khedive Ismael infolge finanzieller Schwierigkeiten gezwungen, seine Kanalaktien zu verkaufen. Der englische Minister Disraeli benutzte die Gelegenheit, diese Aktien aufzukaufen, die einen beträchtlichen Teil der Gesamtaktien ausmachten. Dann kam es infolge

der Schuldenwirtschaft des Khediven zum Bankrott des Landes und zur Einrichtung einer Finanzkontrolle unter englischer und französischer Leitung. Sie wurde von England und Frankreich zu gleichen Rechten ausgeübt. Dagegen regte sich der ägyptische Nationalismus. Im Jahre 1882 kam die Bewegung zum Ausbruch unter Leitung von Arabi Pascha. Diese Bewegung war gegen die Fremden gerichtet. Sie bot England den Vorwand für das Bombardement der offenen Stadt Alexandria und für die Landung eines Expeditionskorps. England konnte natürlich nicht auf eigene Faust ohne Frankreich handeln, dem die gleichen Rechte wie England in Ägypten zustanden. England hat sich damals auch an Frankreich gewandt. Es war nun ein Zufall, daß in dem Moment gerade der bisherige leitende Minister Gambetta zu Fall gekommen war, welcher bis dahin eifersüchtig die französischen Rechte in Ägypten gewahrt hatte. An seine Stelle traten Minister, welche eine Beteiligung ablehnten. So kam es, daß England nunmehr allein die Macht in Ägypten an sich reißen konnte, wobei es erklärte, daß es sich nur um eine Okkupation auf Zeit handeln sollte.

England verzichtete, wie auch in anderen Fällen, auf irgendwelche äußere Form seiner Herrschaft. Es hatte nur einen „britischen Agenten und Generalkonsul" in Cairo. Aber unter dieser Maske hat fünfundzwanzig Jahre lang der britische Agent und Generalkonsul Sir Evelyn Baring, der spätere Lord Cromer, als tatsächlicher Alleinherrscher Ägypten verwaltet. England war allerdings dort nicht allein berechtigt. Frankreich hatte immer noch Rechte aus den früheren Abkommen und machte sie ab und zu geltend, ohne jedoch entscheidenden Einfluß in den ägyptischen Angelegenheiten zu erlangen. Auch von Berlin aus wurde die Ägyptenfrage unter Umständen benutzt, um irgendwelche anderen Wünsche in England durchzusetzen. Lord Edward Grey hat in seinen Memoiren[1]) ausgeführt, wie lästig gerade diese Ägyptenfrage in London empfunden wurde und die Tatsache, daß andere Mächte, insbesondere auch Deutschland, diese Dinge benutzen konnten, um einen gewissen Druck auf England auszuüben. 1904 hat England sich davon zu befreien gewußt durch das englisch-französische Marokko-Abkommen. In jenem Vertrage verzichtete England auf seine Einspruchsrechte gegen das französische Vorgehen in Marokko und erklärte sich praktisch mit der Errichtung

[1]) Viscount Grey of Fallodon Twenty-Five Years, London 1925, Bd. I, S. 9ff.

eines französischen Protektorats über Marokko einverstanden. Frankreich verzichtete seinerseits auf seine Rechte in Ägypten. Von da ab hat dann England in verstärktem Maße seine Herrschaft in Ägypten ohne Störung von außen ausüben können.

1907 kam es zu Schwierigkeiten in Ägypten, die auf eine weitgehende Mißstimmung der Ägypter gegen die englische Herrschaft schließen ließen. Es wurden einige englische Offiziere ermordet. Darauf wurde ein schweres Strafgericht in Denschawa, dem Ort der Tat, abgehalten und eine Anzahl Ägypter zum Tode verurteilt. Dies erregte große Beunruhigung im Lande, es wurden scharfe Angriffe gegen die englische Leitung in Ägypten gerichtet. Es wurde nun von englischer Seite ein Versuch des Systemwechsels gemacht, indem ein neuer Leiter, Sir Eldon Gorst, dorthin geschickt wurde. Aber dieser Versuch schlug fehl. Trotz milderer Handhabung der Regierung trat keine Besserung ein. Es wurde dann Lord Kitchener dorthin geschickt, der durch entschiedenes Auftreten die Dinge ins Gleichgewicht zu bringen suchte. Durch den Ausbruch des Weltkrieges wurde aber seine Tätigkeit unterbrochen. Kitchener kehrte als Heeresorganisator nach England zurück. England schritt nun im Kriege zur Erklärung des britischen Protektorats über Ägypten. Die Nachfolger Kitcheners regierten mehr und mehr durch englische Beamte, während bis dahin nur eine kleinere Zahl leitender Persönlichkeiten Engländer gewesen waren und die übrigen Stellen von Ägyptern wahrgenommen wurden. Im Kriege wurde gleichfalls in Ägypten durch manche englische Maßnahmen starke Erregung hervorgerufen, u. a. durch die zwangsweise Aushebung von sogenannten Freiwilligen für militärische Arbeiten in Sinai und Palästina, und durch die Zwangsbeitreibungen für englische Liebesgaben und Kriegshilfe. Ein starker Haß wurde durch das englische Vorgehen erzeugt. Die Nationalistenbewegung erhielt einen starken Anstoß.

Die Nationalistenbewegung war bereits in den Tagen entstanden, in denen zum erstenmal Fremde, Engländer und Franzosen, in einer dem ägyptischen Nationalgefühl schwer erträglichen und nach Ansicht der Nationalisten Ägypten nachteiligen Weise in die Geschicke des Landes eingegriffen hatten. Nachdem dann die Bewegung Arabi Paschas durch die Engländer unterdrückt und die Herrschaft ausschließlich in englische Hände gelangt war, richtete sie sich naturgemäß gegen diese. Das Schlagwort der Nationalisten lautet: Ägypten den Ägyptern. Die Bewegung hat unter dem Einfluß der Kriegsereignisse

eine außerordentliche Verstärkung erfahren. Als ihr Führer trat nach dem Kriege besonders Zaghlul Pascha in den Vordergrund. Die englische Regierung versuchte durch Verhandlungen zwischen Lord Milner und dem genannten Führer der Nationalistenbewegung zu einem Einigungsausgleich zu gelangen. Aber diese Versuche scheiterten. Darauf griffen die Engländer, um die Bewegung zu dämpfen, wieder zu Zwangsmaßnahmen. Zaghlul Pascha wurde verbannt. Später wurde ihm aber wieder die Rückkehr gestattet. Nach mannigfachen Versuchen verschiedenster Art wurde schließlich am 15. März 1922 die Unabhängigkeit Ägyptens proklamiert. Der Sultan Fuad wurde zum König ausgerufen. England behielt sich aber vier Punkte vor: Die Sicherung der Verbindungslinie des Britischen Reiches durch den Suezkanal, die Verteidigung Ägyptens gegen fremde Eingriffe oder Einmischung, den Schutz der ausländischen Interessen und der Minderheiten in Ägypten und schließlich die Herrschaft im Sudan. Dementsprechend hält England nach wie vor Truppen in Ägypten. Es hat trotz der formellen Unabhängigkeit Ägyptens doch die tatsächliche oberste Bestimmung der Geschicke des Landes in der Hand. Aus dem Sudan, der nach ägyptischer Auffassung zu Ägypten gehört und seit Kitcheners Sieg bei Omdurman 1898 in anglo-ägyptischem Besitz war, hat England die Mitwirkung ägyptischer amtlicher Stellen völlig ausgeschlossen. Das Gebiet ist jetzt ausschließlich englischer militärischer Besetzung und englischer Verwaltung unterstellt. Die ägyptischen Nationalisten sind damit naturgemäß keineswegs zufrieden. So geht die Nationalistenbewegung trotz der angeblichen Unabhängigkeit des Landes immer weiter, um die wirkliche Unabhängigkeit Ägyptens zu erlangen. 1927 sah sich England selbst zu einer Flottendemonstration durch Entsendung von Kriegsschiffen genötigt, um seinen Willen in den ägyptischen Angelegenheiten durchzusetzen. Zu irgendwelchem ernsthaften Widerstand von ägyptischer Seite ist es aber weder bei dieser noch bei anderer Gelegenheit gekommen. Die Nationalistenbewegung in Ägypten bildet aber ein Element der Unruhe in einem wichtigen Punkt des Britischen Reiches, das zu gegebener Zeit zu erheblichen Schwierigkeiten für England führen kann. Der oben mehrfach erwähnte Führer der Nationalisten Zaghlul Pascha ist 1927 in hohem Alter verstorben. Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluß dies auf die Entwicklung der Nationalistenbewegung haben wird.

Zu den Ländern, in denen der Nationalismus sich regt, gehören auch die von Arabern bewohnten Teile des Türkischen Reiches, welche

durch den Krieg und die Friedensdiktate von dem Ottomanischen Reich abgetrennt und England, zum Teil auch Frankreich als Mandate überwiesen sind. Es handelt sich bei den englischen Mandaten um Irak, das man früher mit dem Namen Mesopotamien zu bezeichnen pflegte, und Palästina. Diese Länder sind überwiegend von Arabern bewohnt. Die Herrschaft hatten die Türken. Die Araber waren mit der türkischen Herrschaft im allgemeinen nicht zufrieden. Die Engländer haben das im Weltkrieg benutzt und den Arabern die Freiheit versprochen, falls sie ihnen im Kampf gegen die Türken helfen würden. Die Araber haben sich in der Tat überwiegend auf die Seite der Engländer gestellt. Es kam zu jenen wechselvollen Ereignissen während des Krieges, während deren zeitweise sogar ein englisches Korps, das nach Bagdad vormarschierte, kapitulieren mußte. Aber schließlich errangen die Engländer auch hier den Sieg. Sie besetzten Bagdad und die anderen Hauptplätze, auf die es ankam. Im Frieden von Sèvres wurden der Türkei schwere Bedingungen auferlegt, zu denen die Abtrennung großer Landesteile, darunter die oben erwähnten, gehörte. Der Vertrag von Sèvres ist aber nicht ausgeführt worden. Die türkischen Nationalisten, welche in Angora ihre eigene Regierung errichteten, erkannten ihn nicht an. Die türkische Armee unter Kemal Pascha warf im August 1922 die in Kleinasien eingedrungene griechische Armee zurück und drang an die Dardanellen vor. Die Engländer zogen es im Verein mit den übrigen Alliierten vor, den Vertrag von Sèvres preiszugeben und in erneute Verhandlungen mit den Türken einzutreten. Nach langen, schwierigen Verhandlungen kam es zum Abschluß des Friedens von Lausanne am 24. Juli 1923; die Türkei erhielt günstigere Bedingungen als im Sèvresvertrag. Aber die Abtretung von Irak, Palästina und Syrien blieb aufrechterhalten.

Hinsichtlich der Araber lag der Fall so, daß die Engländer ihnen nach außen hin die Selbständigkeit und Freiheit versprachen, während sie im geheimen bereits mit den Franzosen Verhandlungen führten über die Teilung der Kriegsbeute. Entsprechend den nach langwierigen Verhandlungen zwischen den beiden Mächten getroffenen Abmachungen, sind dann schließlich die beiderseitigen Mandate abgegrenzt worden. England erhielt Irak und Palästina, Frankreich Syrien.

Die Araber waren naturgemäß mit dieser Regelung unzufrieden, die ihnen anstatt der versprochenen Freiheit die Mandatherrschaft brachte. Lloyd George hatte noch während des Weltkrieges unter dem

Beifall der arabischen Welt in Manchester eine Rede gehalten, in der er sagte, daß eines der großen Ergebnisse des Krieges die „Herstellung der Freiheit jenes großen und begabten Volkes der arabischen Rasse" sein werde. Es ist kein Wunder, daß bei den Arabern große Enttäuschung und Unzufriedenheit entstand, als dann in Wirklichkeit die „befreiten" Gebiete unter England und Frankreich in Form von Mandaten verteilt wurden.

1920 brachen Unruhen in Irak aus, die die Engländer zwangen, dort größere Truppen zu halten. Aber schließlich entwickelten sich doch keine langwierigen großen Aufstände daraus. Die Engländer verstanden es, den Arabern in geschickter Weise durch teilweise Zugeständnisse Entgegenkommen zu zeigen. Zum König von Irak wurde Emir Feisfal gemacht, ein Sohn des früheren Königs Hussein in Hedjas. Den Engländern gelang es, schließlich die Verwaltung in einer Weise zu führen, daß es trotz des bestehenden Nationalismus der Araber doch zu im allgemeinen friedlichen Verhältnissen kam. Die Engländer haben im Oktober 1922 einen Bündnisvertrag mit Irak abgeschlossen, in dem ihnen unter anderem für die Zukunft die Zugehörigkeit zum Völkerbund zugesagt wurde. Zeitweise war die Rede davon, daß England dieses Mandat aufgeben würde. Das Endergebnis war aber, daß seine Beibehaltung auf lange Zeit festgelegt wurde.

Die Angelegenheit kam zur Erörterung bei den Streitigkeiten über Mossul. Dies Gebiet, in dem sich Petroleumvorkommen befinden, wurde sowohl von England für Irak, wie von der Türkei in Anspruch genommen. Das vom Völkerbund eingesetzte Schiedsgericht entschied schließlich dahin, daß Mossul an Irak kommen solle unter der Voraussetzung, daß das englische Mandat über Irak noch für 25 Jahre aufrechterhalten werden würde. So hat England diese „Last" noch weiter zu tragen, die sich allerdings in dem Fall wirklich zu einer Last gestalten würde, wenn in der Tat die Petroleumvorkommen in Mossul sich als so wenig ergiebig erweisen sollten, wie in Zeitungsberichten in letzter Zeit behauptet wurde. In Irak liegt die Sache so, daß von den 2¾ Millionen Einwohnern die Mehrzahl Araber sind, daß aber doch auch unter diesen örtliche und religiöse Gegensätze vorhanden sind. Insbesondere gibt es neben den Sunniten auch Schiiten, die zu ersteren in einem starken Gegensatz stehen. Diese Verhältnisse erleichtern in gewisser Weise die Aufgabe Englands; sie erschweren andererseits, daß sich eine stoßkräftige, einheitliche Bewegung unter den Arabern bildet.

Noch größer als in Irak waren für England die Schwierigkeiten in Palästina, und zwar hauptsächlich deswegen, weil hier diametral entgegengesetzte englische Versprechungen an Araber und Juden vorlagen. Während des Krieges haben englische Staatsmänner den Arabern die Bildung eines freien arabischen Staates versprochen. Dann aber hat der englische Staatsmann Balfour im Jahre 1917 den Juden das Versprechen gegeben, daß sie dort in Palästina „a national home", ein nationales Heim, finden würden. Das hat damals bei den Juden der ganzen Welt, soweit sie auf dem Boden des Zionismus stehen oder dessen Ziele fördern, große Freude erregt. Es hat die Einstellung eines sehr großen Teils der öffentlichen Meinung der Welt außerordentlich zu englischen Gunsten beeinflußt, denn man sah hier eine Nation, die ohne jedes Vorurteil nur der Sache der Menschheit zu dienen gewillt war, und die den in der ganzen Welt zerstreuten Juden nunmehr ein einheitliches nationales Heim auf dem Boden zu sichern bemüht war, auf dem die Juden ursprünglich gewohnt hatten und auf dem die alte jüdische Geschichte sich abgespielt hatte.

Darüber, was unter dem „nationalen Heim" zu verstehen sei, entstanden allerdings Differenzen, sobald die Dinge nach Kriegsende in die Wirklichkeit überführt werden sollten. Bei einem Teil der Zionisten war die Ansicht entstanden, daß man nunmehr den jüdischen Nationalstaat wieder aufrichten könne. Man knüpfte übertriebene Hoffnungen daran. Als an die Ausführung geschritten wurde, zeigte sich, daß ihr große Hindernisse entgegenstanden, und zwar in der Zusammensetzung der Bevölkerung in Palästina. Von den dreiviertel Millionen der dort Wohnenden waren nur 84 000 Juden, denen 590 000 Mohammedaner entgegenstanden (nach der Volkszählung vom Oktober 1922). Daneben waren 73 000 Christen vorhanden. Es setzte dann eine Tätigkeit zur Förderung der Niederlassung von Juden ein. Es wurde ein jüdischer Oberkommissar, Sir Herbert Samuel, von England nach Palästina gesandt. Bemühungen wurden eingeleitet, um immer mehr Juden dort anzusiedeln. Doch trotz dieser Bemühungen ließen sich die Verhältnisse nicht künstlich völlig ummodeln. Eine überwiegend arabische Bevölkerung war vorhanden. Der Zufluß der Juden war nicht so groß, daß sie dagegen hätten aufkommen können. 1924 nahmen die Juden durch Zuwanderung um 10 000 zu, eine Zunahme, die noch nicht einmal dem natürlichen Zuwachs der arabischen Bevölkerung in dem gleichen Zeitraum gleichkam. Auch die Zuwanderung der nächsten Jahre vermochte keineswegs das bestehende

Zahlenverhältnis zwischen Arabern und Juden grundlegend umzugestalten.

Aber abgesehen von diesen Zahlenverhältnissen zeigte sich ein starker Widerstand auf seiten der einheimischen arabischen Bevölkerung, welche keineswegs gewillt war, sich einer jüdischen Herrschaft zu unterstellen. Selbst das finanzielle Übergewicht, das naturgemäß die jüdischen Bevölkerungsteile in mancher Beziehung gewannen, wurde von den Arabern als etwas Unbequemes und Unangenehmes empfunden. Schließlich regte sich dagegen, daß den Juden in Palästina eine besondere Stellung zuteil werde, auch der Widerstand der Christen verschiedener Konfessionen, von denen manche bereits aus alten Zeiten her Anspruch auf den Besitz mancher heiliger Stätten erhoben. Auf diesen Teil der Schwierigkeiten braucht aber hier nicht weiter eingegangen zu werden. Es genügt die Feststellung, daß in Palästina ebenso wie in anderen Teilen des britischen Imperiums der arabische Nationalismus sich gegen den englischen Imperialismus wendet, welcher den Arabern nicht das Maß von Freiheit und Selbständigkeit gewährt, welches die Nationalisten zu erreichen suchen.

Ich habe damit die wichtigsten Gruppen der gegenwärtigen nationalistischen Strömungen im Britischen Weltreich umschrieben. Es bedarf noch des Eingehens auf eine Bewegung, die an der Grenze dessen steht, was man als Nationalismus oder aber als Rassenbewegung bezeichnen kann. In Südafrika sind für den britischen Imperialismus Schwierigkeiten nach zwei Richtungen hin vorhanden, einmal in bezug auf die Behandlung der Inder, welche in Südafrika sich befinden, zweitens in bezug auf die dort angesessenen Schwarzen und sonstigen Farbigen. Bei den Indern handelt es sich um die Ausflüsse jener indischen Nationalistenbewegung, von der ich gesprochen habe. Es ist der eigentümliche Zustand, daß die Rechte, welche den Indern in Indien selbst und in England zugestanden sind, ihnen in Britisch-Südafrika nicht zuteil werden. Es sind dort den Indern nicht nur nicht die gleichen Rechte in bezug auf die Ausübung öffentlicher Rechte und in anderer Beziehung gewährt wie den Weißen, sondern es sind im Gegenteil Ausnahmegesetze gegen sie erlassen. Es ist die Einwanderung von Indern verboten. Es sind Erleichterungen getroffen, um den Indern die Heimreise nach Indien, dem Mutterlande, zu ermöglichen. Von indischer Seite ist ein erbitterter Kampf gegen die Ausnahmebestimmungen geführt worden. Der Führer der Inder in Südafrika ist lange Zeit jener Rechtsanwalt Ghandi gewesen, der später in Indien

eine große Rolle als Führer des Nationalismus gespielt hat. Die Angelegenheiten sind auf den verschiedenen Reichskonferenzen behandelt worden, zu denen neben den leitenden Ministern der Dominions, darunter der jeweilige Premierminister der Südafrikanischen Union, auch ein Vertreter Indiens zugezogen wurde. Dabei hat es sich gezeigt, daß das Prinzip, daß die Angehörigen des einen Teiles des Britischen Reiches auch in den anderen Teilen des Reiches gleichmäßig behandelt werden sollen, nicht durchgeführt werden konnte. Die Regierung Südafrikas hat sich mit großer Energie dem widersetzt und es abgelehnt, den Indern in Südafrika eine solche gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen. Es war so innerhalb des Britischen Reiches eine ungelöste Schwierigkeit vorhanden, denn für Südafrika gilt in bezug auf die Inder dasselbe, was von Australien oder Kanada für die Vertreter der gelben Rasse gilt. Die Weißen widerstreben dem Hineinkommen der Inder in gleicher Weise, weil dieses arbeitsame, bedürfnislose Volk eine solche Konkurrenz für den Europäer bedeuten würde, daß die Lebensbedingungen der weißen Rasse nicht mehr gewährleistet werden könnten. Bei Hineinströmen der Inder[1]) würde nicht mehr ein weißes Südafrika vorhanden sein, sondern dieses würde dadurch zu einem indischen Lande umgewandelt werden.

Es haben nun im Anschluß an die letzte britische Reichskonferenz im Dezember 1926 und Januar 1927 in Pretoria Verhandlungen zwischen der Burenregierung und indischen Delegierten (Sastri) stattgefunden, die zu einem Kompromiß geführt haben. Es ist beiderseits das Recht Südafrikas anerkannt worden, sich aller legitimen Mittel zu bedienen, um den westlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Den in Südafrika wohnenden Indern, die sich dem anpassen wollen, soll dies gestattet werden. Im übrigen soll den Indern die Rückwanderung nach Indien erleichtert werden. Der von der südafrikanischen Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, der den Indern bestimmte Wohnsitze, Basare und Registrierung vorschrieb, sowie ihnen Landerwerb verbot und sonstige Beschränkungen auferlegte, ist zurückgezogen worden. Dieser letztere Punkt bedeutet eine große Konzession für die Inder, während andererseits die südafrikanische Regierung vermutlich in der Lage sein wird, die Zahl der Inder durch Abschiebung der nicht

[1]) Die Zahl der Inder innerhalb der südafrikanischen Union betrug 1921 166000, davon lebten 142000 in Natal.

nach westlichem Standard lebenden Kulis zu verringern und unliebsame Neueinwanderung von vornherein zu verhindern.

Die gleichen Schwierigkeiten hat man in gewissem Maße auch in der englischen Kolonie Kenya, dem früheren Britisch-Ostafrika. Dort ist die Frage gleichfalls zur Erörterung gekommen. Dem Standpunkt der Inder, welche Gleichberechtigung verlangten, stand der der englischen weißen Ansiedler gegenüber, welche entschiedensten Widerstand dagegen leisteten und eine solche Gleichstellung als gleichbedeutend mit der Preisgabe der weißen Besiedlung erklärten. Die britische Regierung in London hat eine Entscheidung gegeben, die in der Hauptsache dem Standpunkt der Weißen gerecht wird, indem in den den Weißen vorbehaltenen Gebieten die Inder nicht die gleiche Stellung erlangen, und auch für den gesetzgebenden Rat und die sonstige Vertretung nicht in gleicher Weise wie die Weißen herangezogen werden; denn sonst würden schon jetzt nach dem Zahlenverhältnis der Inder diese die Majorität erlangen können. Auf der anderen Seite sind den Indern gewisse Konzessionen gemacht. Obwohl die Inder mit dieser Entscheidung, im ganzen gesehen, nicht zufrieden sind, ist doch damit der Frieden vorläufig hergestellt.

Die zweite südafrikanische Frage ist die wichtigere von den beiden für die Südafrikanische Union. Es leben dort etwa 1,6 Millionen Weiße und etwa 5 Millionen Farbige, von denen der ganz überwiegende Teil Schwarze sind. Ehe die Südafrikanische Union geschaffen wurde, wurden die Farbigen in den verschiedenen Teilen Südafrikas verschieden behandelt. In der Kap-Kolonie hatte ein gewisser Teil der Schwarzen das Wahlrecht, also dieselben bürgerlichen Rechte wie die Weißen. In den früheren Burenstaaten hatten sie keine solchen Rechte. Nach der Vereinigung haben sich nunmehr Schwierigkeiten einmal in politischer Beziehung ergeben, zweitens aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es ist dort in Südafrika die „Colour Bar", die Farbenschranke, errichtet worden, d. h., es werden die Schwarzen nur zu minderen Arbeiten herangezogen, zu dem, was wir etwa als ungelernte Arbeit zu bezeichnen gewohnt sind, während die Arbeit des Aufsehers und des gelernten Arbeiters den Weißen vorbehalten bleibt. Diese Schranken haben sich zum Teil durch Sitte und Gewohnheiten gebildet, zum Teil aber haben sie eine Festlegung in Verordnungen gefunden. Die gegenwärtige Regierung unter dem General Hertzog, die aus der nationalistischen Partei besteht unter einer gewissen Beteiligung der Arbeiterpartei, welch letztere aber weit schwä-

cher ist und nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Abgeordneten ausmacht, verfolgt den Plan einer allgemeinen Regelung der Eingeborenenverhältnisse. Der Plan Hertzogs läßt sich dahin umschreiben, daß er die Schwarzen in Reservaten vereinigen und in diesen nach ihrer Art leben lassen will. Das Wahlrecht sollen sie nicht haben. Auch denjenigen Schwarzen, welche es bisher gehabt haben, soll es entzogen werden. Die bürgerlichen Rechte der Weißen sollen nur diese haben und ferner diejenigen Farbigen, die nicht zu den Schwarzen gehören, also die Mischlinge. Wie die endgültige Lösung dieses schwierigen Problems sein wird, steht noch dahin. Zweifellos sind große Schwierigkeiten in dieser Frage vorhanden, denn bisher haben in einem großen Teil jener Gebiete Weiße und Schwarze zusammen gelebt. Wie eine solche absolute Trennung sich auswirken würde, läßt sich schwer übersehen, denn auf der einen Seite sind die Weißen daran gewöhnt, die Schwarzen in niederen Stellungen zu verwenden, als Bedienstete, auf der Farm als Viehhirten usw., auf der anderen Seite haben sich die unter den Weißen lebenden Schwarzen gewisse Bedürfnisse angewöhnt.

Es regt sich nun in Südafrika unter der schwarzen Bevölkerung auch eine Bewegung, die vielleicht der erste Anfang einer nationalistischen Bewegung genannt werden könnte. Es sind u. a. Bestrebungen aufgetreten zur Gründung einer eigenen afrikanischen Kirche. Man hat bereits das Schlagwort „Afrika den Afrikanern" gehört. Es haben Versammlungen stattgefunden; aber soweit sich übersehen läßt, wohnt doch dieser Bewegung, soweit es sich um die Schwarzen handelt, nicht eine solche umfassende Wucht inne, daß anzunehmen wäre, daß sich daraus in absehbaren Zeiten ernsthafte Schwierigkeiten ergeben könnten, immer vorausgesetzt, daß eine den Verhältnissen angemessene Eingeborenenpolitik geführt wird. Von sehr großer Bedeutung sind bei solchen Dingen, wenn es sich um Schwarze handelt, immer die Mischlinge, die ja eine Mischung auch bezüglich der Begabungen der Weißen in sich enthalten, nicht nur bezüglich der Intelligenz, sondern auch der Zähigkeit und ausdauernden Energie, wie er für die weiße Rasse mit bezeichnend ist. Bei der von Hertzog beabsichtigten Regelung würden diese sämtlichen Mischlinge, alle, die weißes Blut in sich haben, die gleichen Rechte wie die Weißen erhalten. Sie würden damit aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Seite der Weißen gezogen werden als Gleichberechtigte, während lediglich die Schwarzen als solche ein Volk für sich bilden sollen. Falls diese Regelung durchgeführt werden sollte, sind

vielleicht sonstige große Schwierigkeiten zu erwarten, aber vermutlich nicht diejenigen, daß sich nun ein sehr starker, von den Schwarzen allein getragener Nationalismus bilden würde[1]).

Einiger Worte bedarf es noch bezüglich der Rassenbewegung unter den schwarzen Völkern im übrigen Afrika, soweit sie unter englischer Herrschaft stehen. Es sind auch da manche Ansätze vorhanden, die in Zukunft sich zu großen Schwierigkeiten auswachsen könnten. Das gilt besonders für die englischen Kolonien in Westafrika. Dort herrscht im allgemeinen das System, daß die Schwarzen die Produzenten der tropischen Produkte sind, und daß der Weiße als Kaufmann ihnen die Produkte abkauft und sie in den Handel bringt. In manchen Teilen jener Kolonien ist ein wachsender Reichtum der Schwarzen vorhanden und auch eine zunehmende Bildung unter Angehörigen der schwarzen Rasse, die aber vielfach Halbbildung und Nachäffung der Europäer ist. Die Engländer haben diese Bildung gefördert. Man ist jetzt schon so weit gelangt, daß sich unter den Schwarzen ein starkes Bildungsproletariat entwickelt hat. Immer mehr Neger studieren. Daraus können sich in Zukunft beträchtliche Schwierigkeiten auch hinsichtlich der Entwicklung eines Nationalismus der Schwarzen mit dem Ziele der Erringung der Unabhängigkeit ergeben. Aber zur gegenwärtigen Zeit ist die Entwicklung noch nicht soweit gelangt. Auch dürfte es den Engländern bei ihrer großen kolonialen Erfahrung gelingen, ihre Maßnahmen dem Gang der Entwicklung anzupassen und etwa drohenden Gefahren vorzubeugen.

Anders liegen die Verhältnisse an der Ostküste Afrikas. Dort haben die Engländer in Kenya ein entwickeltes System der weißen Ansiedlung, daneben auch die Plantagenwirtschaft. Es hat sich dort der Zustand ergeben, daß der größte Teil des Landes durch Kauf oder auf andere Weise den Eingeborenen weggenommen und den weißen Ansiedlern zugeteilt wurde. Die hamitischen Hirtenstämme der Massai, die das für europäische Besiedlung am besten geeignete Land in Besitz hatten, sind in rücksichtsloser Weise ihres Weidelandes beraubt und in ungünstigere Gegenden verpflanzt worden. Es gibt manche Engländer, die in Kenya einen sehr großen Grundbesitz erworben haben. Unter ihnen befindet sich der bekannte Lord Delamere. Die Schwarzen sind darauf

[1]) Im Herbst 1927 sind in der südafrikanischen Union gesetzliche Bestimmungen (Native Affairs Act) in Kraft getreten, welche die Rechte der Eingeborenen beschränken und den Behörden weitergehende Befugnisse geben, um sie instand zu setzen, der wachsenden Agitation unter den südafrikanischen Eingeborenen entgegenzutreten.

angewieſen, als Arbeiter auf Farmen und Pflanzungen der Weißen tätig zu ſein und werden dazu von den amtlichen Stellen „ermuntert“[1]).

In dem angrenzenden Deutſch-Oſtafrika, das jetzt größtenteils das engliſche Mandatgebiet Tanganyika Territory bildet, hatten wir das gemiſchte Syſtem, d. h., daß je nach dem Boden und den Eingeborenenverhältniſſen alle Arten von Kulturen gefördert wurden. Dort, wo das Land für Farm- oder Plantagenwirtſchaft der Weißen geeignet war, herrſchte dieſe vor, in den mehr für Eingeborenenkultur geeigneten Landſtrichen die letztere. In dieſem Fall war es in Oſtafrika ähnlich wie an der Weſtküſte Afrikas. Die Schwarzen produzierten und die Weißen kauften als Händler die Produkte auf und brachten ſie auf den Weltmarkt. In den angrenzenden engliſchen Kolonien war das Syſtem ähnlich. Auf der letzten Konferenz der vereinigten engliſchen Gouverneure jener Kolonien haben dieſe bei ihren Beratungen beſchloſſen, daß grundſätzlich dieſes Doppelſyſtem in allen jenen engliſchen Gebieten zur Anwendung gelange, nämlich das Syſtem ſowohl der Plantagentätigkeit wie auch das Syſtem der Eingeborenen-Kulturen. In dieſen Teilen Afrikas können ſich Schwierigkeiten höchſtens in der Richtung ergeben, daß etwa, wie das in Kenya offenbar der Fall iſt, den Eingeborenen zuviel Land weggenommen wird, ſo daß ſie ausſchließlich auf die Arbeit auf europäiſchen Pflanzungen angewieſen ſind. In Deutſch-Oſtafrika war das nicht der Fall. In dieſen Teilen Afrikas ſind nach menſchlichem Ermeſſen, vorausgeſetzt, daß die Eingeborenenbehandlung eine richtige iſt, keine ſolchen Schwierigkeiten zu erwarten, wie ſie vorhin bezüglich anderer Teile Afrikas als künftig möglich bezeichnet wurden. Dieſe oſtafrikaniſchen Völker ſind in eine große Zahl von Stämmen zerſplittert mit verſchiedenen Gewohnheiten und Anſchauungen. Sie ſind auch ſprachlich verſchieden, obgleich das Suaheli mehr und mehr zur allgemeinen Umgangsſprache wird. Die Schwarzen Oſtafrikas befinden ſich auch noch nicht auf einer ſolchen Stufe der Entwicklung, daß mit ſolchen umfaſſenden nationaliſtiſchen Bewegungen, wie ſie in manchen Teilen Aſiens und Nordafrikas vorhanden ſind, in dieſem Teil Afrikas zu rechnen wäre.

Zu erwähnen iſt noch der Garveyismus, eine Unabhängigkeitsbewegung afrikaniſcher Neger, die ihren Urſprung in den Vereinigten Staaten hat. Dort hat ein aus Weſtindien ſtammender Neger namens Markus Garvey eine große Agitation entfaltet. Er berief Verſammlungen

[1]) Vgl. Norman Leys, Kenya. London 1925, S. 192ff.

und Konferenzen ein, in denen er als Redner für die Unabhängigkeit der Schwarzen und für ein ausschließlich schwarzes Afrika eintrat. Er ernannte sich selbst zum Präsidenten von Afrika. Von ihm entsandte Sendboten entfalteten eine Agitation in manchen Teilen Afrikas. Garvey gelang es auch, nicht unbeträchtliche Geldmittel zusammenzubekommen. Damit gründete er eine Black Funnel Line, eine von Schwarzen betriebene Dampfergesellschaft. Im Zusammenhang mit Betrügereien bei der Einrichtung dieser Dampferlinie wurde er aber später von den amerikanischen Behörden wegen Betruges verfolgt und zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Die Bewegung hat es, im ganzen genommen, zu keiner großen Wirkung in Afrika gebracht. Von einer umfassenden afrikanischen Bewegung der schwarzen Bevölkerung in Afrika oder auch nur großen afrikanischen Ländern ist bisher keine Rede. Den „panafrikanischen" Kongressen, wie sie zuerst 1919 in Paris, 1921 in Brüssel, 1923 in Lissabon und 1927 in New York stattfanden, kommt keine große Bedeutung zu.

Das ist im großen gesehen der Zustand der Nationalistenbewegung und der Rassenbewegungen innerhalb des Britischen Reiches. Die Bewegungen sind außerordentlich stark in Ländern mit altkultivierten Völkern, in Indien und Ägypten, zum Teil auch unter den Arabern. Aber der britische Imperialismus besitzt eine starke Stütze einmal in seinen Machtmitteln, in seiner Flotte, in seiner Bewaffnung mit allermodernsten Flugzeugen usw. Von Aufständen jener großen Völker kann bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge ein durchschlagender Erfolg kaum erwartet werden; und was aufständische Bewegungen kleiner Völker oder Volksteile anbetrifft, so ist in Ländern, die früher schwierig zu verwalten waren, die Sache durch die Bombenflugzeuge usw. für die beherrschende Macht eine erheblich günstigere geworden, als das früher der Fall war. Während z. B. früher die Engländer lange Zeit hindurch gegen den Mad Mullah im Somalilande von der afrikanischen Küste aus Vorstöße in das Innere machten, ohne einen Erfolg zu erringen, und den Nomadenführer schließlich als Herrn jener Steppengebiete in Ruhe lassen mußten, haben sie jetzt in ihren Flugzeuggeschwadern mit Bomben weit sichere Mittel in der Hand. Sie sind damit ohne weiteres in der Lage, auch gegen Wüstenstämme vorzugehen. Die Machtgrundlage des Imperialismus, die auf der Flotte, auf dem Militär beruht, ist dank der modernen technischen Entwicklung besonders gegenüber farbigen Völkern, die mit veralteten Waffen ausgerüstet sind, viel stärker als in früheren Zeiten.

Dann aber iſt die engliſche Politik unzweifelhaft aus langer Erfahrung heraus ſehr vorſichtig. Sie iſt im allgemeinen auch geſchickt. Sie kommt, ſoweit es mit ihren eigenen Zwecken irgend zu vereinbaren iſt, den unterworfenen Völkern entgegen. In Indien hat ſie ſich bemüht, durch Zugeſtändniſſe der Nationaliſtenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wenn auch das bisher Gewährte den Wünſchen der extremen Nationaliſten keineswegs entſpricht, ſo haben doch die Reformen auf weite Kreiſe der indiſchen Bevölkerung beſchwichtigend gewirkt. England hat weiter in Ausſicht geſtellt, wenn die Probezeit bis 1929 abläuft, erneut zu erwägen, ob Indien nunmehr in den Status eines Dominions wie die anderen mit vollen Rechten eintreten kann. Die engliſche Politik iſt bis jetzt mit Erfolg bemüht, die Dinge in Indien ſo zu geſtalten, daß durch eine gewiſſe Nachgiebigkeit unter Beibehaltung des Weſentlichen doch die engliſche Stellung gewahrt wird. Ähnlich liegt es in Ägypten. Dort iſt England ſogar ſo weit gegangen, daß Ägypten formell als unabhängig erklärt iſt, wobei England aber gleichzeitig die tatſächliche Macht durch ſeine Truppen, und vermöge der oberſten Leitung der ägyptiſchen Außenpolitik in Händen behält. Ähnlich liegt die Sache in Irak und Paläſtina. Auch dort ſuchen die Engländer den Wünſchen der Einwohner immer ſo weit entgegenzukommen, daß keine allzu großen Schwierigkeiten entſtehen. Die Geſamtauffaſſung dürfte hiernach begründet ſein, daß damit zu rechnen iſt, daß der britiſche Imperialismus unbeſchadet dieſer ſtarken nationaliſtiſchen Bewegungen innerhalb mancher Teile des Weltreiches doch auch weiterhin der Schwierigkeiten Herr werden wird, und daß, ſofern nicht von außen her umwälzende neue Welterenigniſſe eintreten, das Britiſche Reich auch trotz dieſes Nationalismus ſich in ſeinem Beſtande weiterhin in ähnlicher Weiſe halten wird, wie das bisher der Fall war.

Nationale Gegenwirkungen gegen den britiſchen Imperialismus außerhalb des Britiſchen Reiches

Der Imperialismus hat die Neigung, ſich beſtändig auszudehnen. Der britiſche Imperialismus hat noch durch den Weltkrieg eine bedeutende Erweiterung erfahren. Aber er ſtößt doch jetzt an der Peripherie des Britiſchen Reiches auf den immer ſtärker werdenden Nationalismus derjenigen Völker und derjenigen Nationen, die noch nicht dem Britiſchen Reiche angehören. Gerade in der letzten Zeit hat der bri-

tische Imperialismus anstatt weiterer Ausdehnung gewisse Einbußen erfahren in Ländern, die er schon zu seinen Interessensphären glaubte rechnen zu können. Das gilt einmal von den Arabern außerhalb jener britischen Mandatsgebiete Irak und Palästina, sodann von verschiedenen anderen asiatischen Völkern.

Unter den Arabern auf der arabischen Halbinsel selbst gab es verschiedene Machthaber. England versuchte während des Krieges den König Hussein von Hedschas für seine Zwecke dienstbar zu machen. Nachdem der Sultan der Türkei gegen England in den Krieg mit eingetreten war, wurde Hussein als Kalif der mohammedanischen Welt präsentiert. Dieser Versuch scheiterte aber. Es kam nicht zu einer Anerkennung des neuen Kalifen in Kreisen der Islambekenner außerhalb der engeren Heimat Husseins. Dieser selbst war den Engländern zwar während des Krieges als ihr Parteigänger von Nutzen. Auch betätigten sich zwei seiner Söhne als Fürsten im englischen Machtbereich, der eine, Emir Feissal, als König von Irak, der andere als Fürst des Transjordanlandes. Aber die erhoffte Einwirkung auf den Islam ging von Hussein nicht aus. Dieser selbst wurde von den Engländern bitter enttäuscht, indem die Versprechungen der Gründung eines einheitlichen freien arabischen Staates nicht gehalten wurden und schließlich Hussein überhaupt fallen gelassen wurde.

England hat gleichzeitig durch Vertrag im Jahre 1916 den mächtigen Wahabiten-Fürsten von Nejd in Arabien, Abd ul Asis Ibn Saud, zu binden gesucht, und ihm jahrelang Subventionen gezahlt. Die Wahabiten sind orthodoxe Mohammedaner, die man mit den christlichen Puritanern vergleichen könnte, da sie den ursprünglichen Islam in seiner Reinheit wiederherzustellen suchen. Der Sultan Ibn Saud ist neuerdings gegen den Sultan Hussein von Hedschas vorgegangen. Er hat ihn allmählich verdrängt und hat sich schließlich der heiligen Stätten, vor allen Dingen Mekkas, bemächtigt und sich in den Besitz des größten Teiles von Arabien gesetzt. Er hat gegenwärtig etwa zwei Drittel von Arabien unter seiner Herrschaft. Sein Gebiet grenzt an Irak und Ost-Jordanland. Die Wahabiten haben sich nach dieser Ausbreitung ihrer Herrschaft für die angrenzenden Länder verschiedentlich unangenehm bemerkbar gemacht. Banden von ihnen sind bis in das benachbarte englische Mandatgebiet eingedrungen. Darauf haben die Engländer im Jahre 1926 Verträge mit Ibn Saud abgeschlossen, in welchen er die Mandate und deren Grenzen anerkannte. Der Einfluß, den England in einem großen Teil Arabiens bereits erworben hatte,

ist durch diese Ereignisse wieder bedeutend vermindert worden. Aber England treibt wiederum seine kluge Politik. Es ist kriegerischen Verwickelungen aus dem Wege gegangen und bemüht sich, durch Abkommen mit dem mächtigen Araberfürsten zu einer friedlichen und den Verhältnissen angemessenen Lösung zu kommen.

Derjenige Staat, bei dem der Nationalismus England gegenüber nach dem Kriege zunächst am stärksten hervortrat, war die Türkei. Das ist bereits S. 141 in anderem Zusammenhange erwähnt. England wollte im Verein mit Frankreich die Türkei vollkommen machtlos machen, ihr durch den Vertrag von Sèvres einen sehr großen Teil ihres Gebietes wegnehmen und sie insbesondere in Europa auf ein kleines Stück Land beschränken. 1920 bildete sich die Nationalversammlung in Angora, welche zu ihrem Führer Mustafa Kemal Pascha wählte. Die Nationalisten lehnten den Vertrag von Sèvres ab. Die Alliierten gingen nun nicht selbst kriegerisch in Kleinasien vor. Diese Aufgabe übernahmen die Griechen, die im Mai 1919 eine Armee in Smyrna landeten. Dann kam es zum Vorgehen der Griechen, und im August 1922 zur Gegenoffensive der Türken, welche innerhalb weniger Tage die griechische Armee zurückwarfen. Die Griechen mußten ihre Truppen von Kleinasien zurücknehmen. Es kam dann zu jenen langwierigen Verhandlungen, die mit dem Frieden von Lausanne am 24. Juli 1923 endeten. In diesem Frieden behielten die Türken einen erheblichen Teil dessen, was ihnen abgenommen werden sollte. Vor allen Dingen sicherten sie sich ihre Freiheit. Andererseits gestanden sie die Grenzen der Mandatgebiete zu, wie sie die Engländer und Franzosen untereinander verteilt hatten. Doch hat der britische Imperialismus der Türkei gegenüber nicht alle seine Ziele, die sich in dem Friedensentwurf von Sèvres verkörperten, durchsetzen können. Er mußte gegenüber dem entschlossenen Nationalismus der Türkei in einigen Punkten weiter zurückweichen, als in seinen Absichten gelegen hatte. Allerdings hat er dann später wieder es verstanden, die in Lausanne noch offen gebliebene Mossulfrage zu einer England günstigen Entscheidung zu bringen. (S. S. 142.)

Der britische Imperialismus hat sich auch in anderen Teilen Asiens bemüht, eine weitere Ausbreitung zu erlangen. Schon frühzeitig geschah dies von Indien aus. Es ist S. 108 dargelegt worden, wie das gewaltige indische Reich nicht nach einem organisierten Plan von Anfang an erobert und angelegt ist. Es ergab sich vielmehr aus der Ausbreitung des englischen Besitzes in Indien jeweils das Bedürfnis

nach Sicherung des Erworbenen gegen benachbarte Gebiete. Unter diesem Gesichtspunkt wurde schon im Jahre 1879 Beludschistan unter britischen Einfluß gebracht. Dann trat der Drang in Richtung nach Afghanistan hervor, wo russischer und englischer Einfluß schon frühzeitig gegeneinander zu arbeiten begannen. Bereits in den Jahren 1839 bis 1842 unternahmen die Engländer eine in ihrem Endergebnis mißglückte Expedition gegen Afghanistan. Dann fand später, 1878, jene Expedition statt, bei der die englischen Truppen bis Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, vordrangen. Darauf wurde ein freundschaftliches Verhältnis hergestellt, ohne daß es zu einer Einverleibung oder dauernden Besetzung des Landes gekommen wäre. 1901 wurde von den Engländern die Northwest Frontier Province, die nordwestliche Grenzprovinz zwischen Beludschistan und Afghanistan eingerichtet. Diese wurde militärisch gesichert. Dort haben sich verschiedene Kämpfe abgespielt in den Jahren 1914 und 1918–1919. In Afghanistan ist der Nationalismus, verbunden mit dem Verlangen nach vollständiger Unabhängigkeit, nach dem Kriege gleichfalls stärker hervorgetreten, als es früher schon der Fall war. Die Lage hat im Laufe der Zeit mehrfach geschwankt. Bald überwog der englische, bald der russische Einfluß. Rußland hat 1921 einen Freundschafts- und Garantievertrag mit Afghanistan abgeschlossen. Hier ist ein Punkt, wo das britische Imperium zur Zeit seine Grenze hat, und wo mit einer weiteren Ausdehnung des britischen Imperialismus nach diesem Teil Innerasiens nicht mit Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist.

In stärkerem Maße als nach den eben berührten Gebieten hat der britische Imperialismus sich nach Persien auszudehnen versucht. Hier stieß gleichfalls englischer und russischer Einfluß aufeinander. 1907 kam es dann zu jener Abmachung, die eine vorläufige Lösung der Schwierigkeiten brachte und zugleich für die Weltpolitik die größte Bedeutung hatte, indem sie den Abschluß der Einkreisung Deutschlands bedeutete. In dem Vertrage 1907 wurden die zwischen England und Rußland bestehenden Differenzen dadurch beigelegt, daß den Norden Persiens Rußland als Einflußsphäre erhielt, den Süden England bekam. Dazwischen war eine sozusagen neutrale Zone, in welcher keine der beiden Mächte einen überwiegenden Einfluß ausüben sollte. Dieser Vertrag ist später dadurch hinfällig geworden, daß Rußland im Kriege zusammenbrach und daß der Bolschewismus an die Stelle der Zarenregierung trat. Nunmehr versuchte, nachdem Rußland als Konkurrent ausgeschieden war, England ganz Persien

ſich anzueignen. Im Jahre 1919 wurde zwiſchen England und Perſien ein Vertrag abgeſchloſſen, wonach England den überwiegenden Einfluß über Perſien erhalten ſollte. Wenn dieſer Vertrag wirklich durchgeführt wäre, ſo wäre es praktiſch darauf hinausgekommen, daß Perſien mehr oder weniger ein Beſtandteil des Britiſchen Reiches geworden wäre. Aber die Sache kam nicht zur Durchführung. Im Jahre 1921 wurde die perſiſche Regierung geſtürzt. Im gleichen Jahre ſchloß die Bolſchewiſtenregierung ihrerſeits mit Perſien einen Vertrag ab, durch den Rußland auf alle die Konzeſſionen und Rechte verzichtete, auf welche die Zarenregierung auf Grund jenes Vertrages von 1907 Anſpruch zu erheben hatte. Die Engländer ſahen ſich nunmehr gezwungen, ihre Anſprüche zurückzuſchrauben. Es iſt dann zur Abſetzung des Schah von Perſien gekommen, der ſich meiſtens in Paris und an der Riviera aufhielt. An ſeiner Stelle hat Riza Khan ſich der Herrſchaft bemächtigt, der Sohn eines Bauern, der urſprünglich einfacher Soldat war, es dann aber zum Offizier und General brachte und 1924 zum Miniſterpräſidenten gewählt wurde. Er iſt nach Abſetzung des Schah Achmed ſchließlich ſelbſt zum Schah gekrönt worden, und zwar im April 1926. Durch dieſe Ereigniſſe ging der engliſche Einfluß ſehr zurück. England hat dann den neuen Machthaber anerkannt. Es ſcheint, daß der engliſche Einfluß auch unter den neuen Verhältniſſen wieder im Wachſen begriffen iſt.

Das letzte und bedeutendſte Land von allen, die für die imperialiſtiſchen Beſtrebungen Englands, wie auch anderer Länder, Anreiz boten, iſt China. Jenes ungeheure, von 400 Millionen Menſchen bewohnte Land wurde zwangsweiſe für Europa geöffnet durch die Kriege 1840–1841 und 1856–1860, die unter dem Namen Opiumkriege berüchtigt ſind, weil es ſich darum handelte, die Zulaſſung des Opiumhandels durch die Angehörigen der weißen Nation zu erzwingen, während der Kaiſer von China ſeine Untertanen vor dieſen furchtbaren Drogen zu ſchützen verſuchte. Der erſte dieſer beiden Kriege wurde von England allein, der zweite im Bunde mit Frankreich gegen das Reich der Mitte geführt, das in der Rückſtändigkeit ſeiner militäriſchen Einrichtungen und Rüſtungen den europäiſchen Mächten keinen wirkſamen Widerſtand entgegenzuſetzen vermochte. Es wurden im Laufe der Zeit eine Reihe von engliſchen Stützpunkten in China gegründet. Zuerſt war es Hongkong, das den Engländern in jenem Kriege als Beute zufiel. Dann wurden eine Reihe von anderen Häfen und Orten geöffnet. Die verſchiedenen Nationen, in erſter Linie England, begründeten Nie-

derlassungen, von denen eine der bedeutendsten die in Hankau am Jang-tse-kiang war. Es waren vor allem Engländer und Franzosen, welche diese imperialistische Politik in China betrieben. Verhältnismäßig spät gesellte sich auch Deutschland dazu, das im Jahre 1897 Kiautschou besetzte und pachtete. Dann kam Rußland mit seiner Festsetzung in Port Arthur im Jahre 1898. Vorher aber war schon von der vor China gelegenen Inselgruppe Japan aus der Versuch imperialistischer Ausbreitung gemacht worden. Es war zu jenem Krieg zwischen Japan und China gekommen, der mit dem japanischen Siege und dem Frieden von Shimonoseki vom Jahre 1895 endigte. Durch diesen Frieden sollte Japan unter anderem die Halbinsel Liau-tung erhalten, jenen wertvollen Teil Chinas, der, mit guten Häfen versehen, eine Eingangspforte für das Land bildet. Rußland, Frankreich und Deutschland fielen gemeinsam Japan in den Arm. Japan sah sich gezwungen, die Halbinsel Liau-tung wieder herzugeben. Darauf setzte sich Rußland auf der Halbinsel fest und machte Port Arthur zum Kriegshafen und Dalny zum Handelshafen. Aus diesen Verhältnissen heraus entwickelte sich 1904 der russisch-japanische Krieg. Japan hatte vorher eine Rückensicherung gegen europäische Mächte durch den Bündnisvertrag erhalten, den England 1902 mit ihm abgeschlossen hatte. Der Krieg endete mit der Niederlage der russischen Armee. Im Frieden von Portsmouth in Amerika sah Rußland sich genötigt, die Halbinsel Liau-tung wieder herauszugeben, die nunmehr Japan erhielt.

Bereits vor diesem russisch-japanischen Krieg hatte es einmal geschienen, als ob China nun reif zur Verteilung an die imperialistischen fremden Mächte sei. Das war 1900, als der sogenannte Boxeraufstand ausbrach, der in Wirklichkeit eine nationalistische chinesische Bewegung war. Damals sandten sämtliche an den Angelegenheiten Chinas interessierte Mächte Truppen nach China. Die Chinesen vermochten den fremden Truppen, obwohl es sich um keine überwältigenden Zahlen handelte, keinen nachhaltigen Widerstand entgegenzusetzen. Die vereinigten Truppen besetzten die Hauptstadt Peking. Es schien, als ob es mit dem chinesischen Reich vorbei sei und als ob jede europäische Macht sich seine Einflußsphäre herausschneiden könnte, aus der sich dann später Besitz entwickeln würde.

Aber die wirkliche Entwicklung nahm einen ganz anderen Gang. England betrachtete zwar große Teile Chinas, insbesondere das Tal des Jang-tse-kiang mit Hankau, als seine Einflußsphäre, Frank-

reich manche Teile im Süden, Deutschland die Provinz Schantung, und Rußland die Nord-Mandschurei. Die weitere Gestaltung der Dinge hat aber gezeigt, daß die Zeiten endgültig vorbei sind, in denen irgendwelche europäischen Mächte größere Teile von China an sich reißen könnten. Es ist gerade unter dem Einfluß der Entwicklung im Weltkriege zu einer erheblichen Stärkung des chinesischen Nationalismus gekommen, der ja auch früher schon vorhanden gewesen ist, dem aber doch die Wucht der europäischen Ideen fehlte und auch die militärische Grundlage.

China befindet sich gegenwärtig, seit Jahren schon, in dem Zustande des Kampfes verschiedener Parteien; nachdem die alte Dynastie zu regieren aufgehört hat, hat sich noch keine Macht bisher völlig durchsetzen können. Es kam zu dem Kampfe der verschiedenen Generäle der Tu chuns in der Mandschurei und in Mittelchina. Zeitweise schien es, als ob die eine Partei gesiegt hätte, dann wiederum die andere. Zu diesen Machtkämpfen, wie sie auch in früheren Zeiten in China stattgefunden haben, kamen aber neue Momente hinzu, die wesentlich in dem Einfluß westeuropäischer Ideen zu suchen sind, in dem Hineinziehen der Intelligenz in diesen Kampf und in dem Einfluß und der Mitwirkung des russischen Bolschewismus. Die Bewegung vom Süden Chinas aus, die früher wiederholt unter Sun ja tsen eine große Wirkung zu entfalten schien, drang dann unter intellektueller und materieller Unterstützung von bolschewistischer Seite aus nach Norden vor. Für die russischen Bolschewisten handelte es sich dabei hauptsächlich um den Kampf gegen den britischen Imperialismus, dem man an dieser Stelle die schwersten Wunden beizubringen hoffte. Zeitweise schien der bolschewistische Einfluß maßgebend und der Sieg der von den Bolschewisten unterstützten Südarmee bevorstehend zu sein. Doch dann kam der Rückschlag. Der Führer der Südarmee selbst, Tschang Kai Shek, wandte sich gegen die Bolschewisten in den Reihen seiner Armee. Die Rolle des Bolschewismus für die nationalistische Bewegung in China war ausgespielt. Es handelt sich jetzt noch einerseits um den Kampf des chinesischen Nationalismus um die Befreiung von dem China von den imperialistischen Mächten auferlegten Joch und um die Erlangung der vollen Unabhängigkeit Chinas, andererseits um das Ringen zwischen den Machthabern des Südens und des Nordens (Tschang Tso-lin) um die Erlangung der Macht in China. Wie immer das Ende jener Entwicklung in China sein wird, das eine steht jetzt schon fest, daß der britische Imperialismus einen

schweren Schlag erhalten hat. Die Engländer sind zum Teil selbst mit schuld an der Verschlechterung ihrer eigenen Stellung in China durch die Behandlung, die auf ihre Veranlassung den Deutschen in China zuteil geworden ist. China wollte nicht in den Krieg gegen Deutschland eintreten. Es hat des stärksten Druckes von englischer und amerikanischer Seite bedurft, um diesen Eintritt herbeizuführen. Japan war auch gegen den Eintritt Chinas in den Krieg gewesen, und es war der Preis, den Japan Frankreich gegenüber für das Zugeständnis des Erwerbes der deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators zahlte, daß es seinen Widerspruch gegen Chinas Eintritt in den Krieg fallen ließ. Am Ende des Krieges wurden schließlich, als der Waffenstillstand bereits abgeschlossen war, auf Veranlassung der Engländer, die die deutschen Konkurrenten los werden mußten, die Deutschen aus China vertrieben. Es ist dann Deutschland auferlegt worden, daß es auf seine Rechte der Exterritorialität in China verzichten müsse, d. h. auf die Rechte, wonach Deutsche nur von den eigenen Gerichten abgeurteilt werden konnten. Von den anderen Nationen hat Rußland freiwillig auf diese Rechte verzichtet, die anderen haben sie beibehalten. Jetzt ist einer der Hauptpunkte in dem Kampfe gegenüber den Engländern, daß sie auch den Verzicht dieser Nation auf die Exterritorialität fordern, also das, was sie bezüglich der Deutschen selbst herbeigeführt haben.

Weitere Punkte sind die Forderungen der Chinesen nach Freiheit und Selbständigkeit. Die Chinesen haben z. B. nicht das Recht, Zölle nach ihrem eigenen Ermessen aufzuerlegen. Es wurde ihnen nur gestattet, 5 Prozent Zoll zu erheben. Die Seezollverwaltung ruhte in den Händen Fremder unter einem englischen Leiter der Zollverwaltung. Die China zufließenden Zolleinnahmen waren gering. Die Chinesen waren verhindert, für ihre eigenen Finanzen ausreichend zu sorgen. Auch sonst waren eine große Reihe von Beschränkungen vorhanden, insbesondere in der Richtung, daß England, und zum Teil auch Frankreich und andere Mächte, ihre eigenen Niederlassungen in Hankau und an anderen Orten hatten, die unter der Gerichtsbarkeit der betreffenden Macht standen. Nun hat sich der unter dem Einfluß europäischer Ideen beständig wachsende Nationalismus in erster Linie gegen England gewandt, weil es als Vertreter jenes Imperialismus galt, der das chinesische Volk seiner Freiheit zu berauben suchte, und ihm Schranken auferlegte, die mit der nationalen Selbständigkeit unverträglich sind. Das Wirken jenes Nationalismus gegen die Engländer

ist in verschiedenen Ereignissen hervorgetreten, u. a. in Angriffen gegen Engländer und in der Ermordung englischer Missionare. Die Engländer sind dadurch in China in eine schwierige Lage gekommen. Sie haben auf verschiedene Rechte bezüglich der Konzessionen verzichtet und in manchen Beziehungen sich etwas zurückgezogen. Andererseits haben sie Kriegsschiffe und Truppen aus England nach China gesandt und ihre Stellung in Schanghai befestigt. Aber die englische Politik ist offenbar darauf gerichtet, es nicht zu einem kriegerischen Konflikt kommen zu lassen, sondern im Wege des Vergleichs die englischen Interessen zu wahren und den Chinesen so weit entgegenzukommen, als das ohne allzu starke Schädigung der eigenen Interessen möglich ist. Sie hat erkannt, daß der Nationalismus des großen chinesischen Kulturvolks mit unwiderstehlicher Kraft nach der Befreiung von den imperialistischen Fesseln drängt, die fremde Mächte ihm angelegt haben, und daß das Endergebnis des möglicherweise sehr lange währenden Prozesses, der sich gegenwärtig in Ostasien abspielt, nur die Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit Chinas sein kann.

Es bleibt abzuwarten, wie die Phasen dieser Entwicklung sich gestalten werden. Die Engländer passen offenbar ihre Politik durchaus den Verhältnissen an und nehmen keine Rücksicht auf das, was sie früher getan haben. Es handelt sich um Fragen von der ungeheuersten Bedeutung für das Britische Reich. Es handelt sich dabei nicht bloß um das Verhältnis zu den Chinesen selbst, um die Stellung der Engländer in China, um den sehr beträchtlichen englischen Handel, sondern es handelt sich dabei auch um die Gesamtstellung Englands in Ostasien.

Nationalismus und Imperialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika

Der amerikanische Nationalismus

Ich wende mich nun zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die amerikanische Nation gewährt ein ganz anderes Bild als die sonstigen imperialistischen Nationen. Während das englische und das russische Volk in tausendjähriger Entwicklung zu den Nationen geworden sind, die dann in imperialistischem Streben über die Grenzen des Landes hinausgriffen, während Japan in ununterbrochener Jahrtausende langer Geschlossenheit sich zur Nation entfalten konnte und erst ganz spät in die Außenwelt hinausgetreten ist, um sich imperialistisch zu betätigen, haben wir in den Vereinigten Staaten von Amerika eine ganz neu entstandene Nation vor uns, deren Anfänge wenig über 150 Jahre zurückreichen, und die sich doch schon seit einem Menschenalter imperialistisch betätigt hat.

Die Vereinigten Staaten sind entstanden aus den englischen Kolonien in Nordamerika. Die erste dauernde Ansiedlung wurde 1607 in Jamestown an der Cheasepeakebay gegründet, die Kolonie Virginia. Aus kleinen Anfängen haben sich die Neu-England-Kolonien entwickelt. In der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde (Volkszählungen gab es damals noch nicht, man ging nur nach Schätzungen) die gesamte Kolonie auf 40 000 Köpfe geschätzt, gegen Ende des 17. Jahrhunderts auf über 200 000 Köpfe, 1740 auf 1 000 000. Vor Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges wurde die Zahl der Bewohner der dreizehn Neu-England-Kolonien auf etwa 2½ Millionen angenommen.

Die Unabhängigkeitserklärung erfolgte im Jahre 1776, dann folgte der Krieg zwischen England und den Kolonien, in den 1778 Frankreich gegen England eintrat. Im Frieden von Paris 1783 wurde die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkannt.

Von großer Bedeutung war die Ankunft der sogenannten Pilgrimväter, welche im Jahre 1620 in Plymouth im Staate Massachusetts

landeten. Es waren Puritaner, welche um ihres Glaubens willen England verlassen und vorläufig in Holland Zuflucht gesucht hatten. Von dort segelten sie in der „Mayflower" nach der neuen Welt herüber. Ihre Zahl war nur klein. Es waren 102 Männer, welche das berühmte Schiff herüberbrachte. Aber der Puritanergeist, der in der von ihnen gegründeten Kolonie lebte, hat in der amerikanischen Entwicklung eine große Rolle gespielt und macht sich noch heute weit über den örtlichen Bereich der ursprünglichen Gründungen der Puritaner hinaus bemerkbar.

Hervorzuheben ist auch die erste größere Einwanderung von Deutschen im Jahre 1683, die zur Gründung von Germantown bei Philadelphia führte. Es waren Menoniten aus der Gegend von Krefeld, die sich unter Führung von Pastorius in dem eben gegründeten Pennsylvanien niederließen. Die Ursache der Gründung dieser Kolonie lag ebenfalls in Glaubensverfolgungen in England. Der Quäker William Penn hatte selbst in London wegen einer von ihm verfaßten Schrift im Tower gesessen. Er faßte den Entschluß, einen freien Staat in Amerika zu gründen. Es glückte ihm, von der englischen Regierung gegen Überlassung einer ererbten Schuldurkunde ein großes Gebiet in Amerika als Eigentum zu erhalten und die Genehmigung zur Errichtung einer Kolonie unter englischer Oberhoheit. Hier siedelten sich dann vor allem Quäker und Angehörige sonstiger Sekten an, die in der Heimat Verfolgungen zu erleiden hatten.

Andere Kolonien entstanden teils ebenfalls als Eigentümerkolonien, teils durch Erteilung von Charters (Freibriefen) an Gesellschaften, teils unter anderen Verfassungen.

Doch die Engländer waren nicht die einzigen, die Kolonien in Nordamerika gegründet hatten. Die Franzosen saßen seit 1605 im Norden in Akadien, dem heutigen Neuschottland, und seit 1608 in Quebec (Kanada), sowie seit 1683 im Süden von Louisiana. Sie suchten im Rücken der englischen Kolonien eine Verbindung untereinander herzustellen und die letzteren so vom Innern abzuschneiden. Im Süden gehörten Florida, Texas, Kalifornien und andere Gebiete der jetzigen Vereinigten Staaten zu den spanischen Kolonien.

Auch die Holländer hatten Kolonialniederlassungen auf amerikanischem Boden und legten 1626 auf der von Indianern gekauften Halbinsel Manhattan Neu-Amsterdam als Mittelpunkt der holländischen Kolonie an. Ebenso hatten die Schweden im 17. Jahrhundert eine Kolonie gegründet und 1638 Fort Christina im heutigen Staat Dela-

ware angelegt. Doch bereits 1655 erreichte dieser schwedische Kolonialversuch ein Ende, indem die Holländer sich ihrer Kolonie bemächtigten. Die Holländer ihrerseits wurden von den Engländern verdrängt. Karl II. sandte 1664, mitten im Frieden, eine Flotte, die die kleine holländische Garnison in Neu-Amsterdam zur Übergabe zwang. Die Stadt wurde dann in Neuyork umbenannt. Der holländische Besitz in Nordamerika fiel im Frieden von 1674 endgültig an England.

Aus diesem Nebeneinander von Kolonien verschiedener Nationen ergab sich von vornherein, daß die Bevölkerung der späteren Vereinigten Staaten verschiedenartige Bestandteile in sich enthielt, wenngleich der Kopfzahl nach die hauptsächlich von Engländern besiedelten Neu-England-Kolonien die Kolonien der anderen Nationen bei weitem überragten.

Die Bevölkerungszahlen waren anfänglich auch in den britischen Kolonien gering. Die Bevölkerung, welche damals in den Neu-England-Staaten, also in den nördlichen Kolonien, lebte, war ziemlich einheitlich sowohl in Nationalität wie in Religion. Sie war englisch in Nationalität und puritanisch in ihrem Glauben. Auch in den südlichen Staaten überwog das englische Element. In manchen Staaten war ein sehr starker Prozentsatz Deutscher vorhanden; insbesondere in Pennsylvanien wurde um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Zahl der Deutschen auf etwa ein Drittel der Bevölkerung angenommen. In den mittleren Kolonien gab es auch Iren, die natürlich katholisch waren. Ferner waren Holländer und Schweden vorhanden sowie französische Hugenotten.

Als die Unabhängigkeitserklärung in Philadelphia erlassen wurde, war das Schicksal dieser Kolonien, die ja bis dahin vereinzelt gewesen waren und sich nun zusammengeschlossen hatten, noch nicht ganz klar. Es hat erst mannigfacher Erörterungen, man kann sagen, auch mannigfacher innerer Kämpfe bedurft, bis das Gebilde zustande kam, das wir als die Vereinigten Staaten von Amerika kennen. Die Verfassung ist im Jahre 1789 in Kraft getreten. Damals handelte es sich immer noch um eine verhältnismäßig geringe Bevölkerung. Im Jahre 1790 betrug nach der Volkszählung die Bevölkerung 3,9 Millionen Menschen; im Jahre 1800 waren es 5,3 Millionen geworden. Wenn man vergleicht mit den jetzigen Verhältnissen, so sieht man, daß selbst im Jahre 1800 die Bevölkerung der ganzen Vereinigten Staaten im-

mer noch kleiner war als heute die von Bayern, von Holland, von Belgien, also von kleinen europäischen Staaten.

Die amerikanische Verfassung beruhte auf den Ideen der Aufklärung, wie sie im 18. Jahrhundert zur Herrschaft gelangten. Es waren schon in der Unabhängigkeitserklärung die Menschenrechte festgestellt, ähnlich wie es später in der französischen Revolution geschah. Es wurde von den gleichen Rechten der Menschen ausgegangen, von dem Rechte des Volkes, sich selbst die Regierung zu geben und sich eine andere Regierung zu wählen, wenn man mit der bestehenden nicht zufrieden ist. Diese Verfassung hat sich trotz mannigfacher Abänderungen im Laufe der Zeiten in ihren Grundzügen bis in die Gegenwart erhalten. Sie beruht, im großen gesehen, auf dem demokratischen Prinzip, ist aber ganz anders gestaltet als der Parlamentarismus, wie man ihn in England, Frankreich und jetzt auch in Deutschland hat. Es ist die Trennung der Gewalten durchgeführt, der Exekutive, der Legislative und der Rechtsprechung. Die Exekutive, die ausführende Gewalt, ruht bei dem Präsidenten, der selbst seine Staatssekretäre ernennt, während der Kongreß auf die Gesetzgebung beschränkt ist, und die Rechtsprechung von selbständigen Gerichten wahrgenommen wird. Der Gegensatz zu dem parlamentarischen System liegt darin, daß bei dem letzteren das Kabinett der Minister das ausführende Organ ist und daß dieses Kabinett einen Ausschuß aus dem Parlament darstellt. In Amerika werden diejenigen, die den Ministern des parlamentarischen Systems entsprechen würden, von dem Präsidenten ernannt und haben nichts mit der Volksvertretung zu tun. Sie können sogar nicht vor dem Kongreß als Vertreter der Regierung erscheinen.

Die amerikanische Bevölkerung hat dann zunächst nur sehr allmählich zugenommen. Sie war erst im Jahre 1830 auf 13 Millionen Köpfe gestiegen. Sie war in jener Zeit, zu der die Vereinigten Staaten gegründet wurden, ziemlich gleichartig gestaltet, immer abgesehen von den Negern, die als Sklaven eingeführt wurden. Die Neger machten damals im Verhältnis zur Bevölkerung noch einen größeren Bestandteil aus als später. Sie betrugen etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Von der weißen Bevölkerung waren auch diejenigen, die nicht unmittelbar britischer Abkunft waren, — oben ist ausgeführt, daß das britische Element überwog — im wesentlichen assimiliert. Sie hatten Sprache, Anschauungen, Sitten der Angelsachsen angenommen. Dieser Bestandteil der Bevölkerung aus jener alten Zeit, deren Nachkommen bilden auch heute noch in der Hauptsache den

Grundstock für jene hundertprozentigen Amerikaner, wie sie sich nennen, jene angelsächsischen Amerikaner, die sich selbst als die Hauptvertreter des Amerikanismus betrachten. In Wirklichkeit sind, wie aus dem Dargelegten hervorgeht, keineswegs alle jene Amerikaner in dem Sinne hundertprozentig, daß sie lediglich die Abkommen anglo-amerikanischer Ansiedler wären, sondern ein immerhin wesentlicher Bestandteil hat anderes Blut in den Adern. Es sind dabei Abkömmlinge von Deutschen in erster Linie, von Iren, von Skandinaviern, Holländern usw.

Die Einwanderung hatte zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges nahezu vollständig aufgehört und blieb auch bis in die 30er Jahre hinein relativ unbedeutend. Genauere Zahlen über die Einwanderung hat man erst seit den 30er Jahren. Man hat aber Schätzungen, in denen die Einwanderung in der Zeit von 1766–1820 auf insgesamt 250 000 Köpfe geschätzt wurde. In den 1820er Jahren hat es kein einziges Jahr gegeben, in dem mehr als 30 000 eingewandert sind. In den 1830er Jahren, als die Einwanderung bereits lebhafter wurde, kam es doch in keinem einzigen Jahr bis zum Jahre 1840 vor, daß die Zahl 100 000 in einem Jahr überstiegen wäre. In den späteren Zeiten hat man dann ungemein viel größere Einwanderungszahlen gehabt. Es ist vorgekommen, daß in *einem* Jahr mehr Menschen in die Vereinigten Staaten einwanderten, bis zu 1,2 Millionen in einem Jahr, als in früheren Epochen in einem ganzen Menschenalter.

Doch ehe ich auf diese Entwicklung des Volkes weiter eingehe, möchte ich einiges über den Ausbau der territorialen Grundlage ausführen. Als die Unabhängigkeitserklärung der Neu-England-Staaten erfolgte, gehörte keineswegs das ganze Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten zu jenem englischen Kolonialgebiet. Es gab noch französische und spanische Besitzungen in Nordamerika. Zu den ersteren gehörte insbesondere Louisiana. Im Jahre 1803 hat Napoleon I. Louisiana für 15 Millionen Dollar an die Amerikaner verkauft. Das hing mit der Politik Napoleons zusammen, der damals im Kampfe mit England lag. Er wollte Konflikte mit den Vereinigten Staaten vermeiden und war darauf bedacht, die Zahl der Feinde Englands zu mehren. In der Folgezeit kam Napoleon auch bei den Schikanen, denen damals der überseeische Handel und die Seefahrt der Neutralen infolge der englischen Blockade und Seekriegführung einerseits und der Kontinentalsperre, die Napoleon über Europa verhängt hatte, andererseits ausgesetzt waren, den Amerikanern entgegen. Er milderte die Anwendung der von französischer Seite getroffenen Bestimmungen für

die Amerikaner und ſtellte ihnen weiteres Entgegenkommen in Ausſicht. England dagegen zeigte in ſeinen Maßnahmen, die ſich in der Wegnahme amerikaniſcher Schiffe, in der Preſſung von Seeleuten zum Marinedienſt uſw. äußerten, keinerlei Nachgiebigkeit. So kam es aus jenen Schwierigkeiten, die die engliſche Kriegführung für die Amerikaner mit ſich brachte, zu dem engliſch-amerikaniſchen Kriege 1812. Allerdings waren wohl jene Verhältniſſe der Seekriegführung keineswegs die alleinige Urſache für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg geweſen, ſondern der Wunſch, Kanada zu erobern, dürfte dabei eine weſentliche Rolle geſpielt haben. Das Unternehmen der Vereinigten Staaten gegen Kanada ſcheiterte aber. Der Krieg zog ſich hin, ohne daß es zu bedeutenden Ereigniſſen gekommen wäre. Die Engländer haben durch eine Expedition Waſhington eingenommen und das Kapitol und andere amtliche Gebäude verbrannt. Im Jahre 1814 wurde dann der Friede zu Gent geſchloſſen auf der Grundlage des beſtehenden Zuſtandes.

Im weiteren Verlauf hat dann Amerika immer weitere Gebiete an ſich gezogen. 1819 kaufte es Florida von Spanien für 5 Millionen Dollar. Spanien war damals in ſchwieriger Lage, weil die ſüd-amerikaniſchen Kolonien und Mexiko von ihm abfielen. Es konnte dieſe iſolierte Beſitzung nicht mehr halten und gab ſie freiwillig ab. Dann kam es in den 20er Jahren zu jener wichtigen Erklärung, die unter dem Namen der Monroe-Doktrin noch heute außerordentlich große Bedeutung beſitzt. Es war die Zeit, in welcher in Europa die Heilige Allianz beſtand, durch welche die Staatshäupter das Beſtehende, insbeſondere die vorhandenen Dynaſtien, aufrechterhalten wollten, und gegen alle revolutionären Umtriebe vorgingen. Damals kam es zu einem Einſchreiten jener konſervativen Mächte in Spanien, wo die Revolution ausgebrochen war. Es beſtand die Gefahr, daß die europäiſchen Mächte nunmehr ihre Intervention auch auf Amerika ausdehnen würden, um die von Spanien abgefallenen Kolonien wieder zur bisherigen ſpaniſchen Herrſchaft zurückzubringen. Darauf erließ der Präſident Monroe am 18. Dezember 1823 ſeine berühmte Erklärung, in welcher er ausführte, daß der amerikaniſche Kontinent nicht mehr als Objekt europäiſcher Koloniſation angeſehen werden dürfe, und daß jeder Verſuch der europäiſchen Mächte, ihr Syſtem auf die weſtliche Hemiſphäre zu übertragen und in die inneren Angelegenheiten amerikaniſcher Staaten ſich einzumiſchen, als gefährlich für den Frieden und die Sicherheit der Union betrachtet werde.

Diese Erklärung, auf die weiter unten (s. S. 174) noch zurückgekommen wird, war hinreichend, um die europäischen Interventionsgelüste aus dem Wege zu schaffen. Seit jener Zeit, seit über 100 Jahren, hat keine europäische Macht mehr versucht, irgendwie auf dem amerikanischen Kontinent festen Fuß zu fassen. Die bestehenden Kolonien waren von vornherein ausgenommen. Sie verblieben weiter in den Händen der betreffenden Mächte.

Nun griffen die Vereinigten Staaten weiter um sich, um auf dem Kontinent selber ihre Macht zu erweitern. Es war nicht so sehr eine aggressive Politik, die von sich aus neues Land erobern wollte. Es war die Tatsache, daß amerikanische Ansiedler erst nach dem Westen, dann nach Süden in Länder strömten, die noch nicht zum amerikanischen Herrschaftsbereich gehörten. Das war nach Süden hin, nach Texas der Fall. Dort wurde von den amerikanischen Ansiedlern die Annexion an die Vereinigten Staaten betrieben. Texas gehörte mit Kalifornien und anderen Ländern zu Mexiko, das sich von Spanien unabhängig gemacht hatte. Im Jahre 1845 beschlossen die Vereinigten Staaten die Annexion von Texas. Es kam darauf zum Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko. Das letztere Land hatte aber keine genügenden militärischen Kräfte, um den Vereinigten Staaten mit Erfolg entgegentreten zu können. Die amerikanischen Truppen zogen 1847 in Mexiko ein. Im Frieden im Jahre 1848 in Guadalupe Hidalgo erhielten die Vereinigten Staaten eine Vermehrung ihres Gebiets um 1½ Millionen Quadratkilometer, indem die Länder Texas, Neu-Mexiko und Kalifornien von Mexiko an sie abgetreten wurden. Die Vereinigten Staaten leisteten ihrerseits eine Zahlung von 15 Millionen Dollar an Mexiko.

Später kam eine Festlegung der Grenze nach dem Nordwesten hin. 1846 wurde Oregon, das zwischen England und den Vereinigten Staaten streitig gewesen war, zwischen beiden Ländern geteilt, so daß Amerika auf diese Weise auch nördlich von Kalifornien mit weiten Landstrecken an den Stillen Ozean heranreichte. Es kam dann im Jahre 1867 zu einer Erweiterung des amerikanischen Gebietes im Nordwesten des Kontinents, indem Alaska, das bis dahin Rußland gehört hatte, von diesem gegen die Zahlung von 7,2 Millionen Dollar käuflich erworben wurde.

Man mag sich über diese außerordentlich geringen Summen wundern. Große wertvolle Länder wie Louisiana sind für heutzutage lächerlich geringe Beträge verkauft worden. Auch wenn man den im Ver-

hältnis zur Gegenwart höheren Geldwert in Rechnung stellt, stehen diese Summen ganz außer Verhältnis zu dem wirklichen Wert jener Länder, selbst wenn man nur die wirtschaftliche Seite, nicht auch die politische dabei in Betracht zieht. Es liegt das daran, daß man in jenen Zeiten den Wert solcher großen, damals noch wenig entwickelten Kolonialgebiete nicht richtig erkannt hat, wie das ja mit unentwickelten Kolonien in anderen Weltteilen auch heutzutage noch bei vielen Leuten der Fall ist. Wie wenig selbst manche sehr bedeutende Männer ein Urteil über derartige Dinge hatten, geht daraus hervor, daß Voltaire, eine der bedeutendsten Geistesgrößen, die Frankreich hervorgebracht hat, bei den Kämpfen um Kanada meint, daß es sich dabei nur um einige Morgen eisbedeckten Landes handle. Eine derartige Vorstellung hat man in jenen Zeiten gehabt.

Im Jahre 1898 kam dann jene Wendung, daß die Vereinigten Staaten über die Grenzen des Kontinents hinausgingen und überseeische Besitzungen erwarben. Es begann die Periode des amerikanischen Imperialismus. Bevor darauf eingegangen wird, sind die Darlegungen über die Entwicklung der amerikanischen Nation und des amerikanischen Nationalismus noch fortzuführen. Oben sind die Zahlen der Einwanderung bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts genannt. Im ganzen waren 1830–1860 etwa 5 Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten von Amerika eingewandert. Davon entfiel auf das Jahrzehnt 1850–1860 mehr als die Hälfte. Während des amerikanischen Bürgerkrieges nahm die Einwanderung beträchtlich ab, um später wieder zu steigen. Im Jahre 1873 betrug sie 460 000 Köpfe. Die Zahlen sind dann später außerordentlich größer geworden. Es hat sich aber auch der Charakter dieser Einwanderung geändert. Bis in die 80er Jahre hinein bestand die Einwanderung nach Amerika in der Hauptsache aus Engländern, Schotten, Iren sowie Deutschen und Skandinaviern. Von 1820 bis 1879, also in einem fast 60 Jahre umfassenden Zeitraum, betrug die Einwanderung aus Großbritannien und Irland 53% der gesamten Einwanderung, die aus Deutschland 34 %, aus Schweden und Norwegen 3 %, also aus diesen nordischen Ländern zusammen 90 % der gesamten Einwanderung. Es kamen dagegen aus Österreich-Ungarn nur 1 %, aus Italien 1 % und aus Rußland 0,5 %.

Dies hat sich dann seit den 80er Jahren völlig geändert. Der Prozentsatz der Einwanderer aus den bisherigen nordeuropäischen Herkunftsländern ging erheblich zurück. Dagegen stieg der Prozentsatz der

aus dem Osten und Süden stammenden Emigranten außerordentlich. In den Jahren 1903–1906 betrug die Zahl der Einwanderer aus Großbritannien und Irland nur noch 10,5 %, aus Deutschland 4 % und aus Schweden und Norwegen 6 %, also insgesamt 20,5 %. Dagegen kamen 24 % aus Österreich-Ungarn, 24 % aus Italien und 18% aus Rußland. Es stammten also zwei Drittel der gesamten Einwanderung dieser Jahre aus dem Osten und Süden Europas. Dabei handelte es sich um sehr große Zahlen. In den Jahren 1905 und 1906 sind je über 1 Million Menschen eingewandert, 1907 sogar 1 285 000. Von der letztgenannten Zahl entfielen nicht weniger als 965 000, also mehr als drei Viertel, auf den Osten und Süden Europas. In den beiden Jahren unmittelbar vor dem Weltkrieg war die Einwanderung mit 1 198 000 im Jahre 1912/13 und 1 218 000 im Jahre 1913/14 fast ebenso groß.

Mit dieser Änderung bezüglich der Herkunftsländer verschlechterte sich auch die Qualität der Einwanderer. Es kamen mehr und mehr Leute in das Land, die über keine Schulbildung verfügten, Leute, die auch sonst in ihrem allgemeinen Niveau unter dem der Amerikaner und der bisher in die Vereinigten Staaten eingewanderten Personen standen. Es entstand die Befürchtung, daß das amerikanische Volk sich unter dem Einfluß dieser Einwanderer in der Qualität verschlechtern würde. Dazu kam die Sorge der Arbeiter um die Konkurrenz dieser bedürfnisloseren, vielfach billiger arbeitenden Bevölkerungsbestandteile aus den östlichen und südlichen Teilen Europas. So ging man allmählich dazu über, Einwanderungsbeschränkungen zu treffen.

Am ersten wandten sich diese gegen die Angehörigen der gelben Rasse, gegen die Chinesen, die von 1882 ab völlig ausgeschlossen wurden. Auch gegen die Japaner wurden, wenn auch viel später, solche Bestimmungen getroffen. Dagegen wurde bis zum Weltkrieg von allgemeinen Einwanderungsbeschränkungen hinsichtlich Angehöriger europäischer Nationen noch abgesehen. Lediglich physisch und moralisch minderwertige Personen wurden ausgeschlossen. Seit 1885 wurde auch ein Verbot von Einwanderung von Kontraktarbeitern erlassen.

Seit dem Weltkrieg, zum Teil im Weltkrieg, sind immer schärfere Einwanderungsbestimmungen getroffen worden. Im Jahre 1917 wurden zunächst alle Analphabeten ausgeschlossen. Dann kamen nach dem Kriege neue Einwanderungsbeschränkungen, die sehr weitgehend sind und die nunmehr die Lage vollkommen umgestalten. Während die

Vereinigten Staaten bisher ein Land gewesen sind, in welches, abgesehen von gewissen, besonders ausgeschlossenen Kategorien von Menschen, alle Angehörigen der weißen Rasse einwandern konnten, schließen sie sich jetzt in stärkstem Maße ab. Zunächst wurde 1921 die Einwanderung beschränkt auf 3% der Kopfzahl der betreffenden Nationalität, welche im Jahre 1910 in den Vereinigten Staaten anwesend gewesen war. Damit wurde die Gesamteinwanderung auf etwa 358 000 Köpfe beschränkt. Das war weniger als ein Drittel der höchsten jährlichen Einwanderung vor dem Kriege. Diese Beschränkung wirkte hauptsächlich gegen die Emigranten aus Süd- und Osteuropa, die neuerdings massenweise nach Amerika herübergekommen waren. Sie wirkte zugunsten der Engländer und überhaupt der Nordeuropäer, einschließlich der Deutschen. Dann aber sind neuerdings weitere Einwanderungsgesetze beschlossen worden. Ein Gesetz von 1924 hat die Einwanderung beschränkt nach dem Verhältnis der amerikanischen fremdgeborenen Bevölkerung des Jahres 1890 und hat sie auf 2% dieser Bevölkerung herabgesetzt. Damit ist das Gesamtkontingent auf rd. 165 000 herabgesetzt worden.

Dieses Gesetz wurde auf drei Jahre erlassen. Die Regelung war nicht mehr so entgegenkommend für die deutsche Einwanderung wie die frühere, indem sie das deutsche Kontingent auf 51 000 Köpfe herabsetzte. Aber sie begünstigte doch immer noch die nordischen Rassen gegenüber den Süd- und Osteuropäern, deren Zahl auf einen kleinen Prozentsatz der früheren Einwanderung herabgedrückt wurde.

Für 1927 sollte die Gesamtzahl der zugelassenen Einwanderer noch weiter bis auf 150 000 Köpfe herabgedrückt und der Prozentsatz für die einzelnen Länder erneut festgesetzt werden nach dem Anteil, den die Abkömmlinge derselben an der Bildung der amerikanischen Nation unter Zugrundelegung der Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten im Jahre 1920 gehabt hatten. Die Feststellung der nationalen Abstammung, bei der bis auf das Jahr 1790 zurückgegangen werden sollte, wurde einem aus drei Staatsmännern bestehenden Kollegium übertragen. Nach dem auf Grund der Vorarbeiten erstatteten Gutachten dieses Kollegiums würde das neue System dahin führen, daß die Zahl der deutschen und skandinavischen Einwanderer im Verhältnis zur bisherigen Regelung ganz erheblich eingeschränkt, dagegen die der polnischen und italienischen Einwanderer vermehrt würde. Präsident Coolidge hat von der Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs abgesehen und das Gesetz von 1924 noch um ein Jahr bis

zum 30. Juni 1928 verlängert. Bis dahin wird, wenn nicht etwa eine nochmalige Verlängerung des geltenden Gesetzes erfolgt, eine neue gesetzliche Regelung dieser für die ganze Welt ungeheuer wichtigen Einwandererfrage zu erwarten sein. Dabei spielen die Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung einerseits, welche der Farmarbeit bedarf, und der Industriearbeiter andererseits, welche sich die unerwünschte Konkurrenz durch billige Arbeit von Einwanderern vom Halse halten wollen, eine Rolle. Aber voranstehen dürften doch die großen Gesichtspunkte der Bevölkerungspolitik der Vereinigten Staaten, welche eine Verschlechterung ihrer Bevölkerung durch die Einwanderung auf tieferem Niveau stehender Bevölkerungselemente zu verhindern sucht. Unter diesem Gesichtspunkt muß eine stärkere Zulassung von Angehörigen der nordischen Völker als vorteilhaft für die Vereinigten Staaten betrachtet werden. Im übrigen dürfte eine weitgehende dauernde Einschränkung der weißen Einwanderung in die Vereinigten Staaten nicht nur Nachteile für die eines Auslasses für Auswanderer bedürftigen europäischen Länder mit sich bringen, sondern auch den Interessen der Vereinigten Staaten selbst widersprechen, deren Negerproblem bei Zurückbleiben der Zunahme der Weißen im Verhältnis zu der der Neger immer schwieriger werden würde. Die Zahl der Neger hat von 8,8 Millionen im Jahre 1910 auf 10,5 Millionen im Jahre 1920 zugenommen[1]).

Durch derartige Einwanderungsbestimmungen wird versucht, die Bildung der amerikanischen Nation zu beeinflussen. In den Vereinigten Staaten ist, wie oben bereits dargelegt wurde, nicht wie in den europäischen Ländern eine Nation vorhanden, die entweder ganz homogen sich entwickelt hat wie in England, oder aber die auf einem Hauptvolk einer Rasse beruht, wie in Japan. Es ist vielmehr hier eine Mischung aus einer großen Reihe von Völkern vorhanden. Diese Mischung hatte bei jenen ersten Bewohnern der Ostteile der Vereinigten Staaten, jenen, die aus den alten englischen Kolonien stammten, eine gewisse Homogenität erlangt. In der Periode bis etwa 1880 gehörte die überwiegende Zahl der Einwanderer, wenn auch zu verschiedenen Nationen, so doch zu solchen Nordeuropas, die nach Rasse und Kulturhöhe einander nahestanden. Bei diesen Bestandteilen der amerikanischen Bevölkerung standen einer Amalgamierung oder wenigstens Assimilierung keine allzu großen Hindernisse ent-

[1]) S. Helmer Key, Neue Kolonialpolitik 1927, S. 181 f.

gegen. Anders liegt die Sache aber bei einem beträchtlichen Teil der später Eingewanderten, die nach Rasse, Gewohnheiten, Kulturniveau völlig verschieden sind.

Es ist das Schlagwort geprägt worden, daß die Vereinigten Staaten ein melting-pot, ein Schmelztiegel, seien, in dem die Angehörigen aller Nationen zu einer einheitlichen Nation allmählich verschmolzen werden. Dieses Bild ist in mancher Beziehung treffend. Man kann sagen, daß bei einem Teil der aus verschiedenen Ländern stammenden Amerikaner die Verschmelzung in der Tat erfolgt ist. Bei ihnen ist eine solche Gleichmäßigkeit herbeigeführt, daß sie eine einheitliche Nation nicht nur im Sinne der Staatszusammengehörigkeit, sondern auch der Kultur nach darstellen.

Wie steht das nun mit den anderen Angehörigen verschiedener Nationen, die später erst eingewandert sind? Haben sich diese auch so verschmolzen? Wenn man nach New York kommt, hat man keineswegs diesen Eindruck. Man kommt in Viertel, die von Angehörigen je eines Volksstammes bewohnt sind. Dort hört man die betreffenden Sprachen. In der einen Stadt New York wohnen mehr Juden als in ganz Deutschland. Es wohnen dort mehr Deutsche als in München, mehr Italiener als in Rom. In dieser Riesenstadt hat man nicht den Eindruck einer Verschmelzung, sondern des Nebeneinanderwohnens der Bestandteile der verschiedenen Nationen. Wenn man sonst im Lande herumkommt, so erhält man andere Eindrücke. Zwar gibt es auch andere Großstädte, in denen in einzelnen Stadtteilen vorzugsweise Angehörige oder Abkömmlinge einer bestimmten Nation zusammenwohnen, und Gegenden, in denen Einwanderer aus dem einen oder anderen europäischen Land überwiegen. Zwar kann niemand sagen, daß eine Verschmelzung aller amerikanischen Staatsbürger verschiedener Herkunft zu einer wesensgleichen Einheit bereits erfolgt sei. Wohl aber steht man vor der Tatsache, daß sich hier aus teilweise ganz heterogenen Bestandteilen eine Nation gebildet hat. Es sind auch, abgesehen von der staatlichen Bindung, gewisse Ideen und gewisse Empfindungen einheitlicher Art vorhanden, die das amerikanische Volk trotz aller im Volkstum noch vorhandenen Verschiedenheiten als eine Nation von ausgeprägter Eigenart erscheinen lassen. Sicher ist, daß sich dort ein starkes einheitliches Nationalgefühl gebildet hat. Ebenso liegt klar vor Augen, daß dort eine schnellere oder langsamere Amerikanisierung der Einwanderer erfolgt. Die englische Sprache dominiert durchaus, und die Einwanderer, die im Lande

bleiben, müssen im Laufe der Zeit sich wenigstens in gewissem Grade den Gebrauch des Englischen aneignen, zum mindesten alle diejenigen, die beruflich oder gewerblich dort tätig sind. Durch Unterricht, durch das Zeitungswesen und vieles andere findet eine beständige Angleichung statt.

Dabei dominiert das anglo-amerikanische Element. Dieses hat von jeher sowohl in der Politik die leitende Rolle gespielt, wie auch in sozialer und gesellschaftlicher Beziehung. Es sind von Abkömmlingen anderer Nationen sonst nur die Irländer politisch sehr stark hervorgetreten, während dies bei anderen Nationen nicht der Fall ist. Insbesondere haben die Deutsch-Amerikaner bisher leider politisch eine verhältnismäßig sehr geringe Rolle gespielt, eine Rolle, die in keinem Verhältnis steht zu ihrer großen Zahl, zu ihrem Prozentsatz in der Zusammensetzung des amerikanischen Volkes und zu ihren großen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungen.

Der amerikanische Imperialismus

In den Vereinigten Staaten hat sich eine starke Nation gebildet und ist in weiterer Bildung begriffen, obwohl sie sich aus Angehörigen verschiedenartiger Völker zusammensetzt und noch ferner durch Einwanderung aus verschiedenen Ländern in ihrem Bestand vermehrt wird. Die Bildung dieser Nation war die Voraussetzung für den amerikanischen Imperialismus. Erst nachdem der Bildungsprozeß soweit gelangt war, erst nachdem in den eigenen Staatsgrenzen ein Zustand der Wirtschaft und Macht erreicht war, der zur Expansion befähigte, konnte ein amerikanischer Imperialismus sich geltend machen. Er traf auf den Widerspruch eines Teiles der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten selbst. Der Wendepunkt war der Krieg der Vereinigten Staaten mit Spanien 1898.

Bis zum Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges war im allgemeinen in den Vereinigten Staaten keine Stimmung für Annexion überseeischer Länder vorhanden. Der Krieg entstand um der spanischen Kolonie Kuba willen. Dort konnten die Spanier seit langem der Aufständischen nicht Herr werden, welche ihre Unabhängigkeit von der spanischen Herrschaft zu erringen trachteten. Durch den dauernden Krieg litten die amerikanischen Interessen auf Kuba. In weiten Kreisen in Amerika machte sich eine starke Stimmung geltend gegen die von den Spaniern zur Unterwerfung der Aufständischen ge-

troffenen Maßnahmen und der Wunsch nach einer Intervention der Vereinigten Staaten zur Beseitigung der spanischen Herrschaft. Der Untergang des amerikanischen Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna durch eine Explosion, deren Ursachen unaufgeklärt geblieben sind, die aber von der öffentlichen Meinung den Spaniern zugeschoben wurden, verstärkte diese Stimmung. Es kam zum Kriege. Aber bereits zwei Monate bevor der Krieg begann, empfing der Kommodore Dewey, der sich mit der pazifischen Flotte der Vereinigten Staaten in Hongkong befand, von Theodor Roosevelt, der damals Assistentsekretär des Marineamtes war, den Befehl, die Flotte mit gefüllten Kohlenbunkern für eine plötzliche Reise nach den Philippineninseln, der spanischen Besitzung im Stillen Ozean, bereitzuhalten. Dementsprechend segelte diese Flotte, als im April 1898 der Krieg ausbrach, nach den Philippinen, vernichtete dort die schwache spanische Flotte und bemächtigte sich der Inselgruppe. Ebenso unterlagen die Spanier zur See und auf dem Lande in Westindien.

Die Betrachtung der Vorgänge des spanisch-amerikanischen Krieges läßt erkennen, daß das amerikanische Volk als solches nicht von vornherein auf Eroberung bedacht war. Das Verlangen, sich spanischen Kolonialbesitz anzueignen, entstand erst während des Krieges. Der kurze siegreiche Krieg rief einen Ausbruch imperialistischen Empfindens hervor. Es wurde nunmehr in weiten Kreisen die Einverleibung der eroberten spanischen Kolonien gefordert. Der Präsident Mac Kinley war der Vertreter der überwiegenden Volksmeinung, als er die amerikanischen Beauftragten anwies, die Abtretung spanischer Kolonien zu fordern. Spanien wurde gezwungen, im Friedensvertrag vom 10. Dezember 1898 die Philippinen sowie die zu den Marianeninseln gehörige Insel Guam an die Vereinigten Staaten abzutreten. Letztere zahlten an Spanien 20 Millionen Dollar. Ferner erhielten die Vereinigten Staaten die Insel Portorico. Was Kuba anbetrifft, so verzichtete Spanien auf alle seine Ansprüche darauf. Amerika hat die Insel einige Jahre hindurch besetzt gehalten und ihr dann eine nominelle Unabhängigkeit unter amerikanischem Schutz gewährt.

Damit waren die Vereinigten Staaten, welche sich bisher auf das Gebiet des amerikanischen Kontinents beschränkt und keine Neigung zum Hinausgehen über ihre Grenzen gezeigt hatten, in imperialistische Bahnen eingelenkt. Um die Bedeutung dieses Schrittes zu erkennen, die einen Bruch mit der Vergangenheit darstellte, bedarf es eines Rückblickes auf die diesem Zeitpunkt vorhergehende amerikanische

Außenpolitik. Diese Politik hatte seit den Zeiten des ersten Präsidenten George Washington in den Bahnen gewandelt, die dieser vor mehr als 100 Jahren seinem Volk empfohlen hatte und die dann von anderen großen Staatsleuten jener längst vergangenen Zeiten näher umschrieben waren. Washington ermahnte in seiner berühmten „Fare-well Address" das amerikanische Volk, sich von dauernden Bündnissen mit europäischen Nationen frei zu halten. Thomas Jefferson hat dann jenes in den Schatz amerikanischer politischer Weisheit endgültig aufgenommene Wort geprägt: Amerika solle sich nicht auf „entangling alliances" einlassen, es solle sich nicht in die Streitigkeiten des alten Europa hineinverwickeln lassen. Später, 1823, verkündete Präsident Monroe die nach ihm benannte Doktrin, welche den Grundsatz: „Amerika den Amerikanern" proklamierte und Eingriffe europäischer Nationen in die Verhältnisse des amerikanischen Kontinents ablehnte. Bei der großen Bedeutung der Monroe-Doktrin sei der Text seiner Botschaft an den Kongreß vom 21. Dezember 1823, soweit hier in Frage kommend, in deutscher Übersetzung wörtlich wiedergegeben: „Wir sollten einen jeden Versuch von ihrer (der europäischen Mächte) Seite, ihr System (der Heiligen Allianz) auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als für gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit betrachten. Betreffs der bestehenden Kolonien oder Dependenzen irgendeiner europäischen Macht haben wir uns nicht eingemischt und werden wir uns nicht einmischen. Aber hinsichtlich der Regierungen, welche ihre Unabhängigkeit erklärt und diese aufrechterhalten haben und deren Unabhängigkeit wir nach eingehender Erwägung und auf gerechten Grundsätzen fußend anerkannt haben, könnten wir ein Einschreiten seitens irgendeiner europäischen Macht zum Zwecke sie zu unterdrücken oder ihr Geschick in irgendeiner anderen Weise zu kontrollieren, in keinem anderen Licht betrachten, denn als eine Äußerung einer unfreundlichen Disposition gegenüber den Vereinigten Staaten." An einer anderen Stelle der Botschaft heißt es: „Die Gelegenheit ist für angemessen gehalten worden, um es als einen Grundsatz hinzustellen, in welchem die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten einbegriffen sind, daß die amerikanischen Kontinente durch die freie und unabhängige Stellung, welche sie angenommen haben und aufrechterhalten, hinfort nicht mehr als Objekte künftiger Kolonisation durch irgendwelche europäischen Mächte zu betrachten sind."

In der Monroe-Doktrin war ausdrücklich eine amerikanische Ein-

mischung hinsichtlich der bestehenden Kolonien europäischer Mächte abgelehnt worden. Die Annexion spanischer Kolonien stellte somit eine Zuwiderhandlung gegen die Monroe-Doktrin dar. So war der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Imperialismus vollzogen. Amerika annektierte Portorico in Westindien sowie die Philippinen und die Insel Guam im Stillen Ozean. Kuba erhielt eine quasi Unabhängigkeit unter amerikanischem Schutz.

In dem zwischen der kubanischen und amerikanischen Regierung geschlossenen Vertrag vom 12. Mai 1903 wurden die amerikanischen Interessen ausgiebig gewahrt. Die Vereinigten Staaten erhielten zwei Marinestationen auf Kuba, das Recht der Intervention zum Schutz der Unabhängigkeit Kubas, welches keine Verträge mit fremden Mächten abschließen darf, die seine Unabhängigkeit gefährden können, und zur Aufrechterhaltung einer geordneten Regierung. Sie erhielten ferner einen Handelsvertrag mit bedeutenden Zollermäßigungen. Wenngleich Kuba seine eigene republikanische Verfassung und Selbstverwaltung erhielt, so ist doch seine Lage gegenüber den Vereinigten Staaten von der eines Protektorats, wie sie von europäischen imperialistischen Mächten in anderen Weltteilen errichtet wurden, nicht allzuweit verschieden. Wiederholt haben seither die Vereinigten Staaten das Recht bewaffneter Intervention ausgeübt, wenn amerikaner- oder fremdenfeindliche Bewegungen in Kuba ausbrachen oder die amerikanischen Interessen sonst gefährdet erschienen. So besetzten 1906 bis 1909 amerikanische Truppen das Land. 1912 wurden amerikanische Kriegsschiffe an die Küste gesandt. Wirtschaftlich ist Kuba vollkommen von Amerika abhängig. Die Vereinigten Staaten liefern zwei Drittel von Kubas Import und nehmen sieben Achtel von Kubas Export auf. Die amerikanischen Kapitalanlagen in Kuba werden auf 1¼ Milliarden Dollar (5 Milliarden Mark) angenommen.

Die spanische Insel Portorico wurde von Amerika unmittelbar annektiert. Die Ausfuhr von Portorico stieg von 10 Millionen Dollar auf 88¼ Millionen im Jahre 1924, der amerikanische Anteil daran von 34 % im Jahre 1900 auf 91 % im Jahre 1920. Der Einfuhrhandel stieg im gleichen Zeitraum von 10 Millionen auf 80%, der Anteil der Vereinigten Staaten daran von 70 auf 90%. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Gewährung der Zollfreiheit im Verkehr zwischen Amerika und Portorico, während Waren aus anderen Ländern Zölle zu zahlen hatten.

Während Kuba wenigstens formell die Unabhängigkeit erhalten hat,

war dies bei den Philippinen nicht der Fall. Die Vereinigten Staaten übernahmen die Inselgruppe, um, wie Präsident Mc. Kinley erklärte: „die Philippinos zu erziehen und sie zu heben und zu zivilisieren und christianisieren als unsere Brüder, für welche Christus ebenfalls gestorben ist". Die Philippinos unter Aguinaldo, die bereits unter den Spaniern um ihre Freiheit gekämpft hatten, waren mit einem Tausch der Herrschaft anstatt der ersehnten Unabhängigkeit nicht zufrieden. Im Februar 1899 brachen in den Philippinen-Inseln Unruhen aus, zu deren Niederwerfung die Amerikaner 60 000 Mann Truppen entsandten. Es folgten drei Jahre Guerillakrieg. Erst 1902 war die Ordnung soweit hergestellt, daß eine Zivilregierung eingerichtet werden konnte. Das Schulwesen wurde großzügig organisiert und in gewissem Maße auch die Teilnahme der Philippinos an der Verwaltung in Richtung auf zunehmende Selbstverwaltung gewährt. Im Jahre 1916 wurde den Philippinos durch den Jones Act versprochen, daß die Vereinigten Staaten ihre Souveränität von den Philippinen zurückziehen und deren Unabhängigkeit anerkennen würden, sobald eine stabile Regierung eingerichtet werden könnte. Aber trotz der wiederholten Vorstellungen von seiten der Philippinos, welche selbst eine parlamentarische Kommission zu dem Zwecke nach Amerika sandten, wurde ihnen die Unabhängigkeit nicht gewährt. Präsident Coolidge erklärte, daß das amerikanische Volk seine Souveränität über die Insel nicht aus selbstsüchtigen Zwecken erklärt habe, sondern daß diese große Verantwortlichkeit ihm infolge der Geschicke des Krieges zugefallen sei, ohne daß sie es gesucht habe; die Philippinos zeigten durch ihr Verhalten, daß sie für die Unabhängigkeit noch nicht reif seien.

So stehen die Philippinos nach wie vor unter direkter amerikanischer Herrschaft. Wirtschaftlich hängen sie vollkommen von Amerika ab. Die amerikanischen Kapitalanlagen sind sehr bedeutend. Seit 1923 besteht Freihandel zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen, während die Waren aus anderen Ländern hohe Zölle zahlen müssen. Von der Einfuhr in die Philippinen entfallen jetzt 55% auf die Vereinigten Staaten gegenüber 7% im Jahre 1899.

Das Jahr 1898 bedeutete den Wendepunkt der amerikanischen Politik zum Imperialismus. Im gleichen Jahre wurde die große wertvolle Hawaiigruppe im Stillen Ozean von Amerika annektiert. Auf den Inseln befanden sich sehr bedeutende Zuckerpflanzungen und andere Unternehmungen, von denen viele im Besitz amerikanischer Bür-

ger waren, und in denen viel amerikanisches Kapital investiert war. Bereits Jahre vorher, 1893, wäre die Annexion möglich gewesen. Damals hatten unter Führung von Amerikanern die auf Hawaii ansässigen Fremden weißer Rasse eine Revolution gemacht mit dem Ziel, die Annexion durch die Vereinigten Staaten herbeizuführen. Sie fanden die Unterstützung des amerikanischen Gesandten in Hawaii und auf sein Anrufen wurden von dem im Hafen liegenden amerikanischen Kriegsschiff Truppen gelandet. Das eingeborene Königtum in Hawaii wurde abgesetzt und eine provisorische Regierung eingerichtet, welche einen Annexionsvertrag mit den Vereinigten Staaten schloß, an deren Spitze der republikanische Präsident Harrison stand. Doch der neu gewählte demokratische Präsident, Grover Cleveland, welcher im März 1893 sein Amt antrat, zog den noch nicht ratifizierten Vertrag zurück. Erst nachdem die Republikaner mit Mc. Kinley als Präsident wieder ans Ruder gekommen waren und jene Wendung zum Imperialismus vollzogen war, wurde die Angelegenheit wieder vor den Kongreß gebracht, der am 7. Juli 1898 sich für die Annexion aussprach. Die Hawaiinseln wurden später zum Territorium erklärt und damit zu einem Bestandteil der Vereinigten Staaten selbst. Es ist somit von letzterem nicht durch Zollschranken getrennt. Dadurch ist den beständig erweiterten Zuckerpflanzungen und sonstigen Plantagenunternehmungen auf Hawaii ein großer amerikanischer Markt gesichert.

1899 erlangten die Vereinigten Staaten einen weiteren Inselbesitz im Stillen Ozean. Durch Vertrag mit England und Deutschland, mit dem zusammen sie seit zehn Jahren auf Grund der Samoaakte eine gemeinsame Herrschaft über die Samoagruppe ausgeübt hatten, erhielten sie den östlichen Teil der Inselgruppe, aus einigen kleineren Inseln bestehend, überwiesen. Der Wert dieser Erwerbung für Amerika besteht darin, daß auf der dazu gehörigen Insel Tutuila in Pago Pago sich ein guter Hafen befindet, der von den Amerikanern alsbald als Marinestation ausgebaut wurde.

Die amerikanische Politik ist dann weiter auf den Bahnen des Imperialismus gewandelt. Nach Westen hin haben die Amerikaner ihre Besitzungen im Stillen Ozean wirtschaftlich entwickelt und auf Hawaii einen starken befestigten Flottenstützpunkt angelegt. Auf dem asiatischen Kontinent stieß Amerika bei seinem wirtschaftlichen Eindringen in China auf die Tatsache, daß andere Mächte dort bereits Interessensphären besaßen. Das Streben der Vereinigten Staaten war nun, da eine Beseitigung derselben nicht möglich war, darauf

gerichtet, zum mindesten dem amerikanischen Handel die gleichen Chancen zu sichern. Im Jahre 1899 erklärte der amerikanische Staatssekretär John Hay die Politik der „Offenen Tür". Die Vereinigten Staaten erkannten die bestehenden Interessensphären an, verlangten aber gleiche Betätigungsmöglichkeit für den amerikanischen Handel.

Kurz darauf kam es im Jahre 1900 zur Borererhebung (s. S. 156). Die Vereinigten Staaten beteiligten sich durch Entsendung von Truppen gemeinsam mit den anderen in China interessierten Mächten an der Niederwerfung und erneuerten dann die Forderung der Offenen Tür. Die anderen Mächte erklärten äußerlich ihr Einverständnis, doch gingen die Bestrebungen einzelner Mächte, besonders Rußlands und Japans, weiter, sich die ausschließliche Kontrolle chinesischer Gebiete zu verschaffen. Die von China nach dem Boreraufstand an die Vereinigten Staaten zu zahlende Entschädigung wurde von dem Präsidenten Roosevelt für die Erziehung von chinesischen Studenten in den Vereinigten Staaten verwandt, was sich für die amerikanische Stellung in China als nützlich erwies.

Die Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges wurde unter Vermittlung des Präsidenten Roosevelt herbeigeführt, der Friede wurde 1905 auf amerikanischem Boden in Portsmouth geschlossen. Nach dem Kriege versuchte das amerikanische Kapital eine stärkere Beteiligung an chinesischen Unternehmungen zu erlangen. Präsident Taft richtete im März 1909 an den Kongreß eine Adresse, in der er ausführte, daß wahrscheinlich aus der Frage der Offenen Tür und aus anderen Fragen internationale Differenzen entstehen würden, in denen die Vereinigten Staaten ihre Interessen und gerechten Forderungen vertreten müßten; sie könnten dies aber nicht tun, wenn sie niemals ihre Rechtsansprüche und die Verteidigung ihrer Interessen durch irgend etwas anderes als bloße mündliche Proteste und diplomatische Noten stützen würden. Dies war die erste Äußerung der Politik, welche unter der Präsidentschaft Tafts den Namen „Dollar-Diplomacy" erhielt[1]). Unter Anwendung von Druck seitens der amerikanischen Regierung wurden amerikanische Banken unter Führung des Bankhauses J. P. Morgan in das Konsortium zur Finanzierung der Hukuang-Eisenbahn zugelassen. 1911 wurde der Vertrag über diese Anleihe zwischen der chi-

[1]) Siehe S. Nearing and J. Freeman, Dollar-Diplomacy, New York 1925, S. 43, deutsch Berlin 1927.

nesischen Regierung und den beteiligten Banken, darunter der amerikanischen Gruppe, gezeichnet.

Noch im Jahre 1909 wurden die schon früher begonnenen, aber erfolglos gebliebenen Versuche, dem amerikanischen Kapital in der Mandschurei Einfluß zu verschaffen, wieder aufgenommen. Der Staatssekretär Knox machte im November 1909 seinen Vorschlag der Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahnen und der Aufbringung der Mittel durch eine internationale Anleihe. Aber Japan weigerte sich, darauf einzugehen und Rußland machte seine Haltung von der Japans abhängig. Anstatt der Internationalisierung kam es zu dem russisch-japanischen Vertrage von 1910, durch welchen beide Mächte sich gegenseitig die Respektierung ihrer Interessensphären in der Mandschurei zusagten. Damit war dem amerikanischen Kapital in der Mandschurei zunächst der Weg versperrt.

Die weiteren Bemühungen, dem amerikanischen Kapital stärkeren Einfluß im übrigen China zu verschaffen, waren 1913 im Begriff durch amerikanische Beteiligung an einer großen chinesischen Anleihe, die von seiten der in China interessierten Hauptmächte unter entsprechenden Garantien gewährt werden sollte, zum Erfolge zu führen, als Wilson Präsident wurde und bald nach seiner Amtsübernahme die amtliche Unterstützung der amerikanischen Bankgruppe zurückzog. Er begründete dies damit, daß die Bedingungen der Anleihe die administrative Unabhängigkeit Chinas berührten und unter Umständen zu einer Einmischung in die finanziellen und selbst politischen Angelegenheiten Chinas führen würden; die Übernahme einer solchen Verantwortlichkeit sei mit den Prinzipien der amerikanischen Regierung unvereinbar. Darauf zog sich die amerikanische Gruppe aus dem Anleihekonsortium zurück.

Dann kam der Weltkrieg. Während desselben schlossen amerikanische Gesellschaften im Jahre 1916 zwei Verträge über eine Eisenbahnkonzession und eine Anleihe zu einer Landverbesserung mit der chinesischen Regierung ab. Als im Jahre 1916 Japan versuchte, durch Aufzwingung der 21 Punkte China zum Vasallenstaat zu machen (s. S. 207), protestierte die amerikanische Regierung dagegen als Verstoß gegen die Politik der Offenen Tür. Im Jahre 1917 übten dann die Vereinigten Staaten, als sie selbst in den Weltkrieg eintraten, einen starken Druck auf China aus, um dessen Eintritt gleichfalls herbeizuführen. China gab diesem Druck nach und brach die Beziehungen zu Deutschland ab, nachdem Japans Widerstand dagegen von der Entente in einem Ge-

heimvertrag vom Februar/März 1917 durch Zusicherung Kiautschous und der deutschen Rechte in Schantung sowie der deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators abgekauft war (s. S. 208). Bei der Pariser Friedenskonferenz machte Japan dementsprechend seine Ansprüche geltend. Die amerikanische Delegation widersprach. Aber als Japan drohte, sich von der Konferenz zurückzuziehen und sich von dem zu errichtenden Völkerbund fernzuhalten, gab Präsident Wilson nach. Der auf Abtretung der deutschen Rechte in Schantung bezügliche Teil des Versailler Diktatfriedens stieß indessen auf den Widerstand des Senats und war einer der Punkte, dessentwegen die Ratifikation abgelehnt wurde. In Verfolg der Washingtoner Konferenz 1921/22 ist es dann zur Rückgabe Kiautschous seitens Japans an China gekommen (s. S. 211).

Inzwischen waren seitens des amerikanischen Staatsdepartements im Jahre 1918 durch Zusammenberufung eines Komitees von amerikanischen Banken Schritte zur Finanzierung Chinas vorbereitet. In Verfolg der Vorschläge dieses Komitees kam es zur Bildung eines Konsortiums von Banken der vier Großmächte Amerika, Großbritannien, Frankreich, Japan, welches die Finanzierung von chinesischen Anleihen unternahm. Allein ausgeschlossen davon sollten bleiben die südmandschurische und einige andere unter japanischer Kontrolle stehenden Eisenbahnen. Die Regierungen verpflichteten sich entsprechend dem Vorschlag der amerikanischen Regierung, den ihrer nationalen Gruppe angehörigen Mitgliedern des Konsortiums in allen Unternehmungen im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen volle Unterstützung zu gewähren. Am 15. Oktober 1920 wurde das Chinese Consortium Agreement, das chinesische Konsortiumabkommen, in New York von den Vertretern der beteiligten Banken der vier Großmächte unterzeichnet und alsdann der chinesischen Regierung formell bekanntgegeben[1]). Damit ist China, abgesehen von den japanischen Vorbehalten, eine große Interessensphäre für das Finanzkapital der vier imperialistischen Großmächte geworden. Infolge ihrer überragenden Finanzkraft haben jedoch die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl grundsätzlich Gleichheit zwischen den vier Gruppen besteht, tatsächlich die wichtigste Stellung in dem Konsortium.

Die Washingtoner Konferenz brachte neben anderem die nochmalige Anerkennung der Politik der Offenen Tür. Als wichtigster Punkt der

[1]) S. Nearing und J. Freeman a. a. O., S. 55 ff.

dort betreffend den Stillen Ozean und dem fernen Osten abgeschlossenen Verträge (s. S. 209 ff.) für die Vereinigten Staaten wurde von führenden amerikanischen Politikern die Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisvertrages betrachtet. Der damalige Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen, Senator Lodge, sprach dies in seiner Rede im Senat offen aus und fügte hinzu: „Das englisch-japanische Bündnis war das gefährlichste Element in unseren Beziehungen mit dem fernen Osten und mit dem Stillen Ozean." Der Widerstreit zwischen dem amerikanischen und dem japanischen Imperialismus ist aber trotz all dieser Verträge und Abmachungen nicht aus der Welt geschafft und wird seine Wirksamkeit auch fernerhin erweisen.

Was das Verhältnis zu den europäischen Mächten anbetrifft, so blieb auch nach der Annexion der spanischen Kolonien die amerikanische Politik in den früheren Bahnen der Nichteinmischung in die europäischen Verwicklungen. Andererseits wurde die Monroe-Doktrin gegenüber befürchteten europäischen Einmischungsversuchen in Amerika aufrechterhalten. Bereits 1895, als eine Grenzstreitigkeit zwischen Britisch-Guyana und Venezuela entstand, erklärte die amerikanische Regierung, daß eine Ausdehnung der Guyanagrenze eine Verletzung der Monroe-Doktrin sein würde. Die Differenz wurde schließlich durch Annahme eines Schiedsspruchs seitens Englands aus der Welt geschafft. 1902 trat die amerikanische Regierung mit Erfolg gegen den von England, Deutschland und Italien unternommenen Versuch auf, vermittels Blockade durch Kriegsschiffe die Zahlung von Schulden seitens der venezuelischen Regierung zu erzwingen.

Bei diesem letzteren Anlaß wie bereits bei verschiedenen anderen Gelegenheiten zeigte sich, daß man in Amerika gegen angebliche imperialistische Pläne Deutschlands auf Erwerbungen im Bereich der Geltung der Monroe-Doktrin voreingenommen war. Die englische Propaganda ist bereits damals tätig gewesen, um solche falschen Vorstellungen von der deutschen Politik zu erzeugen, die in Wirklichkeit zu keiner Zeit derartige Pläne gehabt hat. Diese früheren Vorgänge haben dann mit dazu beigetragen, um den Boden für die englische Lügenpropaganda während des Weltkrieges vorzubereiten, welche für den Eintritt des amerikanischen Volkes in den Krieg eine ausschlaggebende Rolle spielte.

Der Weltkrieg kam und führte eine Änderung in der amerikanischen Außenpolitik herbei. Die Vereinigten Staaten blieben zwar zunächst

als solche neutral, aber das amerikanische Volk nahm zum größten Teil bereits damals für die Alliierten und gegen Deutschland Partei. Die Sympathien ihrer politisch herrschenden angelsächsischen Volksteile waren an sich auf seiten Englands und seiner Verbündeten. Dazu kam, daß durch die besonders von England und Frankreich aus betriebene Kriegspropaganda der Eindruck erzeugt wurde, als ständen die Freiheit und die westliche Zivilisation auf dem Spiele, die durch ruchlosen Angriff der deutschen Barbaren bedroht seien. Die Alliierten erhielten wirksame Kriegshilfe durch Lieferung von Waffen, Munition und sonstigen für die Kriegführung notwendigen Dingen aus Amerika. Dann kam der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Die gewaltigen Kräfte, welche Amerika an Truppen, an Kriegswerkzeugen aller Art, an Geldmitteln in den Krieg hineinwerfen konnte, brachten die Entscheidung gegen Deutschland. Amerika, das sich über 100 Jahre lang, seit dem Kriege mit England 1812, aus den europäischen Verwicklungen herausgehalten hatte, hatte sich mitten in die Wirren Europas hineinbegeben und mit dem Gewicht seiner gewaltigen Volkskräfte und Hilfsmittel die Wagschale zugunsten der Alliierten zum Sinken gebracht.

Der Präsident Wilson verfolgte das Ideal, durch die Gründung eines Völkerbundes unter Beteiligung der Vereinigten Staaten die Wiederkehr europäischer Kriege zu verhindern und den Weltfrieden zu sichern. Das waren Ideen, die der bis zum Kriege verfolgten amerikanischen Politik diametral gegenüberstanden. Wie konnten die Vereinigten Staaten sich aus den Verwicklungen Europas fernhalten, wenn sie Mitglied des Völkerbundes wurden, als welches sie unter Umständen gegen europäische Länder mit Exekutionen vorgehen mußten? Wie konnten sie die Monroe-Doktrin aufrechterhalten, wenn sie die isolierte Selbständigkeit Amerikas aufgaben, auf der doch jene beruhte? Wilson brachte nicht nur den Vertrag von Versailles nach Hause, sondern auch einen Garantievertrag, durch den die Vereinigten Staaten und England sich zur Verteidigung Frankreichs im Falle eines deutschen Angriffs verpflichteten. Es war gerade ein solcher Vertrag, vor dessen Abschluß die großen Staatsmänner des vorhergehenden Jahrhunderts das amerikanische Volk gewarnt hatten und von dem sich dieses bisher stets ferngehalten hatte. Im übrigen war der Versailler Vertrag nebst Völkerbundssatzung, wie ihn Präsident Wilson dem Senat in Washington vorlegte, nur ein Zerrbild dessen, was er selbst angestrebt hatte. Die schlauen, skrupellosen französischen

und englischen Staatsmänner, mit denen Wilson in Paris zu tun hatte, hielten ihm als Köder die Zustimmung zu seinen Völkerbundsplänen hin und erreichten dadurch, daß er seinerseits als Preis dafür in materieller Beziehung nahezu alles zugestand, was sie wünschten. Damit wurde der Versailler Vertrag, der doch nur eine Ausführung der 14 Punkte des Präsidenten Wilson darstellen sollte, das schmählichste Gegenteil der darin proklamierten Grundsätze und gegebenen Zusagen. Seine Aufzwingung stellt den schwersten denkbaren Vertragsbruch gegenüber der durch den deutsch-amerikanischen Notenwechsel vom Oktober/November 1918 vereinbarten Friedensgrundlage der 14 Punkte dar.

Wilson begegnete in Amerika dem scharfen Widerspruch derer, welche Anhänger der altbewährten Grundsätze amerikanischer Außenpolitik waren. Im Senat wurde von der republikanischen Mehrheit, welche inzwischen durch teilweise Neuwahlen zu dieser Körperschaft zustande gekommen war, unter Leitung des Senators Lodge dem Versailler Vertrag eine Anzahl von Reservationen angehängt. Sie bezogen sich, abgesehen von dem Spezialpunkt (s. S. 180), daß Kiautschou und die deutschen Rechte in Schantung nicht an Japan, sondern an China zurückgegeben werden sollten, in der Hauptsache einerseits auf die Sicherung der Vereinigten Staaten gegen Einbeziehung in europäische Verwicklungen, andererseits auf die Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin. Sie waren so einschneidender Natur, daß Wilson seinen Völkerbund damit als praktisch vernichtet ansah und sich selbst gegen die Annahme des Versailler Vertrags mit diesen Reservationen aussprach. Die Mehrzahl der Republikaner stimmte für die Annahme des so gestalteten Vertrages. Den Ausschlag gab die zu den Republikanern gehörige Gruppe der Irreconcilables, der Unversöhnlichen, die unter allen Umständen gegen den Vertrag waren, indem sie mit den von Wilson beeinflußten demokratischen Senatoren gegen die Annahme stimmten. Die Neuwahl des Präsidenten brachte dann die Niederlage Wilsons und die Wahl des republikanischen Präsidenten Harding. Damit war der Völkerbund endgültig für Amerika erledigt.

Die alten Grundsätze der amerikanischen Außenpolitik in bezug auf Europa, die tatsächlich durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und durch das Auftreten des Präsidenten Wilson bei den Friedensverhandlungen verlassen waren, hatten den Sieg davongetragen.

Diese Haltung der amerikanischen Außenpolitik beruht nicht nur

auf der glücklichen Lage des großen Landes, das der Möglichkeit der Autarkie, der Selbstversorgung, so nahe kommt, wie sie in modernen Zeiten überhaupt denkbar ist. Sie hat auch tiefere, mit der inneren Struktur der amerikanischen Bevölkerung zusammenhängende Gründe. Alle die verschiedenartigen Volksangehörigen, welche dorthin eingewandert sind und einwandern, bringen die Anschauungen und Empfindungen ihrer Heimat mit. Wenn die Vereinigten Staaten sich in eine Politik einlassen würden, welche sie dauernd in eine enge Verbindung mit europäischen Nationen bringen würde, so würden die Streitfragen zwischen den letzteren auch zum wiederkehrenden Gegenstand der amerikanischen Politik und damit auch der Abstimmung durch das Volk bei den Wahlen werden. Es bestände die Gefahr, wie dies ein hervorragender amerikanischer Politiker, der Senator Lodge, in seiner großen Senatsrede, mit der er Wilsons Pläne im Senat zu Fall brachte, ausgesprochen hat, daß ein großer Teil des amerikanischen Volkes in Spaltungen geraten würde über Angelegenheiten, die nicht die Vereinigten Staaten, sondern fremde Länder betreffen. Es würde die Amerikanisierung der Einwanderer und ihrer Nachkommen, die doch zu einer einheitlichen Nation zusammenwachsen müssen, verlangsamt, unter Umständen gefährdet werden.

Wenn so auch die Grundsätze der Außenpolitik erhalten blieben, so hatte sich doch die Stellung Amerikas durch den Krieg grundlegend geändert. Die Vereinigten Staaten gingen als ungemein starke Macht aus dem Kriege hervor. Das galt ebenso in politischer Hinsicht wie in bezug auf Wirtschaft und Finanzen. Die amerikanische Wirtschaft hatte gerade während des Krieges, währenddessen die Wirtschaft der europäischen Nationen hauptsächlich auf Krieg eingestellt war und wenig exportieren konnte, außerordentliche Fortschritte gemacht, fremde Märkte erobert und nicht zuletzt durch Kriegslieferungen an die Entente ungeheuer viel verdient. Die amerikanische Handelsflotte hatte beträchtlich zugenommen. Finanziell standen die Vereinigten Staaten glänzend da. Sie waren aus einem Schuldnerland das größte Gläubigerland der Welt geworden. Europa schuldet ihm eine beträchtliche Anzahl von Milliarden Mark.

Durch diese Verschiebungen wurde England in verschiedenen Beziehungen auf das empfindlichste bedroht, nicht zuletzt auch in seiner finanziellen Vorherrschaft. Eine Konkurrenz entstand zwischen den beiden angelsächsischen Großmächten, wie sie früher nicht in dem Maße vorhanden war. Ganz besonders trat dies in bezug auf das Petroleum

zutage. Die beiderseitigen großen Ölgesellschaften, die amerikanische Standard Oil Companie und die englisch-holländische Royal Dutch Shell Gruppe suchten sich in allen Weltteilen in der Sicherung der Petroleumvorkommen für eigene Ausbeutung zuvorzukommen (s. S. 345).

Im stärksten Maße aber trat die Rivalität der beiden Weltmächte in bezug auf die Seemacht hervor. Die Vereinigten Staaten hatten im Jahre 1916 ein Flottenprogramm aufgestellt, nach dessen Durchführung sie im Jahre 1924 im Besitz einer Flotte moderner machtvoller Kriegsschiffe gewesen wären, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. England wäre dadurch, wenn es nicht auf seine Seemachtstellung überhaupt verzichten wollte, in die Notwendigkeit versetzt worden, eine gleich große Flottenvermehrung vorzunehmen. Das so in Aussicht stehende Flottenwettrüsten mußte angesichts der größeren Kräfte der Vereinigten Staaten an Menschenmaterial und vor allem auch an Geld für England bedenklich erscheinen. Außerdem bestand die Wahrscheinlichkeit, daß das gegenseitige Überbieten im Bau von Kriegsschiffen besonders im Zusammenhang mit den sonstigen oben angedeuteten Interessengegensätzen früher oder später zum Kriege zwischen Amerika und England führen würde.

Der Verhütung dieser Eventualität sollte die Konferenz in Washington dienen, welche der amerikanische Präsident Harding am 11. Juli 1921 auf englische Anregung einberief. Auf dieser am 12. November 1921 eröffneten Konferenz wurde die Einschränkung der Seerüstung und daneben Probleme des Stillen Ozeans und Ostasiens behandelt. Es wurde am 6. Februar 1922 ein für zehn Jahre gültiges Marineabkommen der fünf Hauptmächte geschlossen. Darin wurde die Tonnenzahl der für jede Großmacht zulässigen Schlachtschiffe festgelegt, und zwar für Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf je 525 000 Tonnen, für Japan auf 315 000 Tonnen und für Frankreich und Italien auf je 175 000 Tonnen. Entsprechend diesem Zahlenverhältnis wurde auch die für Flugzeugmutterschiffe zulässige Tonnenzahl festgelegt. Dagegen wurde über den Bau sonstiger Kriegsfahrzeuge kein Abkommen getroffen. Lediglich über die Verwendung von U-Booten wurden gewisse Regeln vereinbart.

Mit der Unterzeichnung des Washingtoner Flottenabkommens war England von der bis zum Weltkriege innegehabten Stellung der stärksten Seemacht herabgesunken. England, das über 100 Jahre hindurch unbestritten die Seeherrschaft ausgeübt hatte und vor nicht sehr langer Zeit noch einen Zweimächte-Standard aufrechterhalten konnte, nach

dem die englische Flotte so stark sein sollte wie die Kriegsflotten der beiden nächststehenden Mächte zusammengenommen, mußte sich damit zufriedengeben, daß die britische Flotte nur noch ebenso stark wie die amerikanische sein würde.

Das Flottenabkommen enthielt auch einen Abschnitt, in dem Bestimmungen über die Anlage von Befestigungen und Flottenstützpunkten im Stillen Ozean getroffen wurden. Die drei Hauptseemächte Amerika, England und Japan verpflichteten sich darin, in ihren Besitzungen im Stillen Ozean keine neuen Befestigungen anzulegen, sondern den status quo aufrechtzuerhalten. Ausgenommen davon blieben auf amerikanischer Seite die Küste der Vereinigten Staaten, Alaska und die der Panamakanalzone vorgelagerten Inseln, sowie die Hawaiigruppe. Dagegen hat sich Amerika durch dieses Abkommen verpflichtet, von der Anlage von Befestigungen auf den Philippinen sowie auf der Marianeninsel Guam abzusehen.

Von den Ostasien betreffenden Abkommen der Washingtoner Konferenz (s. S. 209 ff.) wird unten Näheres gesagt. Hier sei nur erwähnt, daß die Räumung von Kiautschou und Schantung seitens der Japaner wesentlich durch amerikanischen Druck herbeigeführt wurde. Diese Frage war auf den Weg der chinesisch-japanischen Sonderverhandlungen verwiesen worden. Nach langen ergebnislosen Verhandlungen wurde schließlich auf Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes, dem sich der englische Vertreter anschloß, eine Einigung erzielt. Japan versprach, Kiautschou an China zurückzugeben und die japanischen Truppen aus Schantung zurückzuziehen, sobald China für die Aufrechterhaltung der Sicherheit sorgen würde. Die Räumung ist dann 1922 erfolgt.

Was die Seerüstung anbetrifft, so haben sich später erneut Schwierigkeiten daraus ergeben, daß der Bau der kleinen Kreuzer, U-Boote, Marineflugzeuge unbeschränkt geblieben war. Es haben sich daraus tatsächlich erhebliche Ungleichheiten zwischen den drei Hauptseemächten ergeben, indem England und Japan manche Einheiten stärker ausbauten als die Vereinigten Staaten. Zum Zwecke einer Regelung der Flottenstärken auch nach diesen Richtungen hin ist im Jahre 1927 erneut eine Konferenz der drei Hauptseemächte in Genf zusammengetreten, die jedoch gescheitert ist (s. S. 333).

Die gewaltig gewachsene Wirtschafts- und Finanzmacht der Vereinigten Staaten gewähren die Möglichkeit einer weitgehenden imperialistischen Ausdehnung und Wirksamkeit. Gegenüber Europa hat

sich diese Macht bisher nicht in unmittelbaren imperialistischen Maßnahmen gezeigt. Amerika hat sich im allgemeinen aus der eigentlichen europäischen Politik herausgehalten. Es besteht auf dem Anspruch auf Bezahlung der Kriegsschulden durch die Nationen, denen es im Kriege Geld geborgt hat, hat allerdings einigen davon beträchtliche Nachlässe zugestanden. Bei der Feststellung des Dawesplans haben Amerikaner mitgewirkt. Reparationsagent, der in Berlin die Ausführung des Dawesplans zu kontrollieren und die deutschen Zahlungen in Empfang zu nehmen hat, ist der Amerikaner Parker Gilbert. Das amerikanische Kapital hat für die endgültige Stabilisierung der deutschen Währung, die zunächst Deutschland selbst auf der Basis der Rentenmark herbeigeführt hatte, auf Goldbasis eine Anleihe gegeben. Es hat ferner Frankreich Geld geliehen, durch welches der Zusammenbruch des Franken verhindert wurde. Die amerikanische Finanz hat weiterhin außerordentlich große Summen in Europa investiert. Wenn bisher die Zahlungen aus dem Dawesplan durch Deutschland voll geleistet wurden, so beruht das darauf, daß fortwährend große Anleihen aus Amerika gegeben wurden, aus denen die Zahlungen bewirkt werden konnten. Daß mit solchen großen finanziellen Leistungen ein beträchtlicher Einfluß auf die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der betreffenden Länder verbunden ist, liegt auf der Hand. Auch indirekt ergibt sich daraus unter Umständen ein Einfluß auf politische Maßnahmen. Aber es handelt sich dabei nicht um direkte imperialistische Maßnahmen der amerikanischen Regierung in bezug auf europäische Länder.

Ganz anders liegt die Sache in bezug auf eine Anzahl von Staaten auf dem amerikanischen Kontinent selbst und im Karibischen Meer. Dort ist vielfach die amerikanische Staatsgewalt für amerikanische Finanzinteressen eingesetzt worden. Dort ist es zu einer Reihe imperialistischer Aktionen der Vereinigten Staaten gekommen, welche sich ihrem Wesen nach von dem imperialistischen Vorgehen europäischer Mächte in überseeischen Ländern nicht unterscheiden. Ein Unterschied liegt höchstens darin, daß in der amerikanischen „Dollardiplomatie" die Finanzkräfte noch stärker hervortreten als in dem britischen Imperialismus.

Aus dem Munde leitender amerikanischer Staatsmänner kann man allerdings vernehmen, daß die Vereinigten Staaten weit davon entfernt seien, imperialistisch zu sein. So sagte z. B. im August 1923 der damalige amerikanische Staatssekretär C. E. Hughes in einer Ansprache: „Wir wollen nicht ausbeuten, sondern Beistand leisten; wir

wollen nicht umstürzen, sondern helfen, um die Grundlagen für eine gesunde, stabile und unabhängige Regierung zu legen. Unser Interesse besteht nicht darin, fremde Völker zu kontrollieren. Das würde eine Politik des Unheils und des Desasters sein. Unser Interesse liegt darin, prosperierende, friedfertige und dem Gesetz folgsame Nachbarn zu haben, mit denen wir zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten können." In einer anderen Rede vom 18. Juni 1924 tadelte Hughes angesichts der in Amerika selbst aufgetauchten Kritik am amerikanischen Imperialismus jene „Schriftsteller, welche offenbar sich ein Geschäft daraus machen, Gegensätze hervorzurufen und unter den Leuten dieses Landes, die keine Möglichkeit zu einem Urteil aus persönlicher Kenntnis haben, die Auffassung zu verbreiten, daß unsere Politik imperialistisch sei . . ."

Diese Aussprüche des amerikanischen Staatssekretärs, der Jahre hindurch die Außenpolitik der Vereinigten Staaten geleitet hat, lassen erkennen, daß in manchen Anglo-Amerikanern viel von dem Geist und der Ausdrucksweise ihrer englischen Vorfahren geblieben ist. Die angeführten Reden Hughes haben eine große Ähnlichkeit mit den Reden englischer Staatsmänner, in denen britisches imperialistisches Vorgehen stets als im Interesse der unterworfenen Völker hingestellt wird und die Übernahme der Regierung als eine aus altruistischen Motiven aufgenommene Last. Ebenso findet sich bei manchen amerikanischen Staatsmännern die englische Auffassung, daß die Förderung der Sache Englands gleichbedeutend mit der Förderung der Menschheit sei ins Amerikanische übersetzt und auf die Vereinigten Staaten angewandt. So sagte der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Lodge, in seiner vorerwähnten Rede im Senat: „Ich will soweit als irgendeiner im Dienste der Welt gehen. Aber der erste Schritt der Welt zu dienen ist die Erhaltung der Vereinigten Staaten von Amerika . . . Wenn wir (die Vereinigten Staaten) straucheln und fallen, dann wird die Freiheit und die Zivilisation in Zerstörung untergehen."

Was das Eindringen amerikanischen Kapitals in andere Länder des amerikanischen Kontinents anbetrifft, so hat in neuester Zeit eine außerordentlich starke Entwicklung nach Norden, nach Kanada hinein stattgefunden. Vor dem Kriege war das in Kanada von außen importierte Kapital in der Hauptsache britisch. Zur Zeit des Kriegsausbruchs betrug das in Kanada angelegte amerikanische Kapital etwa ¼ des britischen. Im Kriege und nach dem Kriege erfolgte ein ge-

waltiger Zufluß amerikanischen Kapitals. Bereits im Jahre 1924 hatte das in Kanada angelegte Kapital aus den Vereinigten Staaten von Amerika mit 2,5 Milliarden Dollar (über 10 Milliarden Mark) das britische Kapital mit 2 Milliarden Dollar (über 8 Milliarden Mark) erheblich überflügelt. Die Vereinigten Staaten besaßen ⅓ aller industriellen Unternehmungen in Kanada, ⅓ aller in Betrieb befindlichen Bergwerke, großen Grund- und Waldbesitz, Anteil an Wasserkraft, ⅓ aller von Provinzen und Städten ausgegebenen Anleihepapiere[1]). Von dem kanadischen Außenhandel ging die reichliche Hälfte von und nach den Vereinigten Staaten. Im Jahre 1924 betrug die Einfuhr aus den letzteren nach Kanada 601 Millionen Dollar (67,3 % der Gesamteinfuhr, gegenüber der englischen Einfuhr von 154 Millionen Dollar (17,2 %), die Ausfuhr aus Kanada nach den Vereinigten Staaten 430 Millionen Dollar (41 %) gegenüber der englischen von 360 Millionen Dollar (34,5 %). So spielt in den Wirtschaftsbeziehungen Kanadas nicht mehr das Mutterland Großbritannien die Hauptrolle, sondern an seine Stelle sind die Vereinigten Staaten von Amerika getreten. Damit ist naturgemäß eine entsprechende Verstärkung des finanziellen und wirtschaftlichen Einflusses der letzteren erfolgt.

Wie steht es nun mit der Dollardiplomatie in den lateinamerikanischen Staaten[2])?

Das in Latein-Amerika angelegte amerikanische Privatkapital wurde von dem amerikanischen Department of Commerce 1925 auf 4 Milliarden Dollar (fast 17 Milliarden Mark) geschätzt. Davon bestand weniger als ¼ aus Anleihepapieren jener Länder, ¾ waren industrielle und landwirtschaftliche Kapitalinvestierungen[3]). Aber in Latein-Amerika handelt es sich nicht bloß um privatwirtschaftliche vom Staat geförderte Unternehmungen, sondern z. T. um direkte imperialistische Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten zur Erlangung oder Sicherung finanzieller oder politischer Macht in den betreffenden Ländern. Es werden nachstehend die Hauptphasen dieser Entwicklung kurz dargelegt.

Bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts tauchte der Plan eines Kanals auf, der durch Nicaragua oder den Isthmus von Pa-

[1]) Siehe Scott Nearing und Joseph Freeman a. a. O., S. 27/28.

[2]) Siehe P. T. Moon, Imperialism and World Politics. New York 1926, S. 407 ff., sowie S. Nearing und Joseph Freeman a. a. O., S. 47 ff.

[3]) Siehe Moon a. a. O., S. 415.

nama hindurch den Atlantischen mit dem Stillen Ozean verbinden sollte. 1850 wurde der Clayton-Bulwer-Vertrag zwischen Amerika und England abgeschlossen, worin vereinbart wurde, daß ein solcher Kanal nicht befestigt werden dürfe und unter internationaler Kontrolle stehen solle. Dies war aber für Amerika unbefriedigend. Spätere Verhandlungen führten im Jahre 1900 zu dem Hay-Pauncefote-Vertrag, der seine endgültige Fassung 1901 erhielt. Darin wurde festgesetzt, daß die Vereinigten Staaten das alleinige Recht auf Erbauung und Verwaltung des interozeanischen Kanals erhalten sollten. Der Kanal sollte für die Kauffahrteischiffe und Kriegsschiffe aller Nationen offenstehen, ohne daß Unterschiede der zu erhebenden Abgaben gemacht würden. In der endgültigen Fassung von 1901 wurde das Verbot der Anlage von Befestigungen in Wegfall gebracht, das in dem ersten Vertrag noch gestanden hatte, aber von dem amerikanischen Senat nicht genehmigt wurde.

Es bestand auf amerikanischer Seite zunächst die Absicht, den Nicaraguakanal zu bauen, dann aber wurde der Plan geändert und der Ausbau des Kanals durch die Landenge von P a n a m a beschlossen, wo eine französische Gesellschaft unter Leitung des Erbauers des Suezkanals, von Lesseps, bereit in den 1870er Jahren eine Konzession erhalten und mit Grabungen begonnen hatte, ohne daß jedoch die Durchführung in Aussicht stand. Die Konzession wurde der französischen Gesellschaft für 40 Millionen Dollar abgekauft. Mit Colombia, zu welchem Staat Panama gehörte, wurde im Jahre 1903 ein Vertrag über das zum Kanalbau nötige Land abgeschlossen. Doch der Senat von Colombia lehnte die Ratifikation des Vertrages ab und vertagte sich. Der Präsident Roosevelt beschloß darauf und brachte in einer Botschaft an den amerikanischen Senat zum Ausdruck, daß der Kanal nötigenfalls ohne Zustimmung Colombias gebaut werden würde. Unter stillschweigender amerikanischer Billigung brach am 3. November 1903 eine Revolution in Panama aus. Amerikanische Marinetruppen wurden gelandet. Die neue Republik Panama wurde anerkannt. Sie trat durch Vertrag vom 18. November 1903 gegen eine einmalige Zahlung von 10 Millionen Dollar und fortlaufende Zahlungen von ¼ Million Dollar jährlich eine 10 Meilen breite Kanalzone an die Vereinigten Staaten ab, in der diese die Souveränitätsrechte einschließlich der Rechte der Befestigung ausüben sollten. Der Kanal wurde in 10 Jahren gebaut und 2 Wochen nach Beginn des Weltkrieges am 15. August 1914 für den Verkehr eröffnet. Der Ka-

nal bringt für die Schiffahrt und den Handel der Vereinigten Staaten ungemein große Vorteile mit sich, die aber auch allen anderen Ländern zugute kommen. Allein für die Vereinigten Staaten hat der Kanal eine außerordentlich große strategische Bedeutung. Er ermöglicht die schnelle Vereinigung der atlantischen und pazifischen Flotten der Vereinigten Staaten und verstärkt ihre Seemachtstellung auch durch die Befestigung des Kanals, die seine Verteidigung im Kriegsfall ermöglicht.

Indirekt trug der Kanalbau zu einem imperialistischen weiteren Ausgreifen der Vereinigten Staaten in Zentralamerika bei. Das galt insbesondere von Nicaragua. Bereits im Jahre 1909 wurde mit amerikanischer Hilfe ein den amerikanischen Interessen ungünstig gegenüberstehender Präsident im Wege der Rebellion abgesetzt und eine neue Regierung eingesetzt. Nicaragua erhielt amerikanische Anleihen, wogegen Eisenbahnen und Zolleinnahmen verpfändet und die letzteren durch Amerikaner kontrolliert wurden. Durch Vertrag vom Jahre 1915 übertrug Nicaragua an die Vereinigten Staaten gegen Gewährung einer Anleihe das ausschließliche Recht, einen interozeanischen Kanal zu bauen sowie das Recht, an dem Golf von Fonseca eine Marinestation anzulegen; ferner unterwarf sich Nicaragua durch diesen Vertrag amerikanischer Finanzkontrolle. Lange Jahre hindurch blieben amerikanische Truppen im Lande und verhinderten Auflehnungen gegen diesen Zustand der Dinge, bei dem die Eisenbahnen und Finanzen Nicaraguas unter Aufsicht amerikanischer Banken standen. Im August 1925 wurden die amerikanischen Truppen schließlich wieder zurückgezogen und ein von amerikanischen Sachverständigen entworfenes neues Wahlgesetz eingeführt. Das Experiment erwies sich aber als den amerikanischen Interessen abträglich. Die den Amerikanern abgeneigte Partei bekam die Oberhand. Darauf griffen die amerikanischen Kriegsschiffe ein und es wurden zur Sicherung der amerikanischen Interessen Truppen gelandet. Im Jahre 1927 besteht der Zustand, daß durch amerikanische Truppen eine den Vereinigten Staaten genehme Regierung in Nicaragua unter Kämpfen gegen Aufständische an der Macht erhalten wird.

Wenn Nicaragua des künftigen Kanalbaues wegen, der in absehbaren Zeiten trotz Vorhandenseins des Panamakanals eine Notwendigkeit sein wird, für die Vereinigten Staaten von größter Bedeutung ist, so liegt die Wichtigkeit der angrenzenden Republik Costarica in erster Linie auf dem Gebiet der Olinteressen, wenngleich auch starke

sonstige amerikanische Interessen dort vorhanden sind, vor allem die sehr bedeutenden Bananenpflanzungen der United Fruit Comp. In den Jahren 1915/16 hatten Amerikaner große Ölkonzessionen in Costarica erhalten. 1917 brach eine Revolution aus. Es kam eine neue Regierung zur Macht, welche geneigt war, Ölkonzessionen an einen großen englischen Interessenten zu geben. Der amerikanische Präsident Wilson verweigerte die Anerkennung der Regierung. Darauf wurde diese 1919 durch eine neue Revolution beseitigt und eine andere von den Vereinigten Staaten anerkannte Regierung eingesetzt, welche nunmehr die englischen Ölkonzessionen rückgängig machte und sich den amerikanischen Interessen günstiger gegenüberstellte.

Die kleine zentralamerikanische Republik S. Salvador blieb bis 1922 außerhalb des Bereiches des amerikanischen Imperialismus. In diesem Jahr aber wurde dem kleinen Staat von der amerikanischen United Fruit Comp. eine Anleihe gegeben, wogegen 70 % der Zolleinnahmen von S. Salvador für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe verpfändet wurden. Es ist in dem Vertrage vorgesehen, daß bei Ausbleiben dieser Zahlungen ein von amerikanischer Seite zu benennender Generaleinnehmer für die gesamten Zolleinnahmen eingesetzt werden und daß etwaige Streitigkeiten durch den höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten entschieden werden sollen.

In Honduras, einem überwiegend von Indianern, Negern und Mischlingen bewohnten Lande mit einer der Zahl nach kleinen Oberschicht, sind amerikanische und englische Bergwerksinteressen vorhanden, sowie Bananenpflanzungen in amerikanischem Besitz. Der Ausbruch von Unruhen bot 1924 die Veranlassung zur Landung amerikanischer Marinetruppen, welche die Ordnung herstellten.

Lediglich in Guatemala haben die Vereinigten Staaten sich bisher einer Intervention enthalten, vermutlich weil die Verwaltung den amerikanischen Eisenbahn- und Plantageninteressen freundlich gegenüberstand und sich kein Anlaß zum Einschreiten bot.

Die Lage in Zentralamerika beurteilt der amerikanische Professor Moon von der Columbia-Universität wie folgt[1]): „Im allgemeinen kann man sagen, daß seit der Panamarevolution amerikanische Bankiers schnell Kontrolle über zentralamerikanische Eisenbahnen und andere Unternehmungen erworben haben und daß sie in Zusammenarbeit mit den Staatsdepartements Kontrolle über die Finanzen der zentralamerikanischen Regierungen ausüben. Das ist „Dollar-Diplo-

[1]) Siehe Moon, a. a. O., S. 432.

macy". Sie ist von Demokraten und Republikanern gleichmäßig betrieben worden. Sie ist unterstützt worden durch Marine, Kriegsschiffe und das, was man Marinediplomatie nennen möchte. Sie hat Zentralamerika zu einer Interessensphäre der Vereinigten Staaten gemacht."

Im Jahre 1923 fand in Washington eine Konferenz der zentralamerikanischen Staaten unter dem Vorsitz des amerikanischen Staatssekretärs Hughes statt. Dabei wurde u. a. eine Beschränkung der Rüstungen beschlossen, die Einsetzung eines Schiedsgerichtshofes, ferner wurde ein Freihandelsabkommen getroffen. Auch dieser Vorgang läßt die amerikanische Einwirkung auf zentralamerikanische Angelegenheiten erkennen.

Auch auf die Inselwelt Westindiens, soweit diese nicht in den Händen europäischer Großmächte oder bereits unter amerikanischer Kontrolle sich befand, greift der amerikanische Imperialismus über. Die zu den Großen Antillen gehörige Insel Haiti stand dem Zugriff offen. Der westliche kleinere Teil der Insel umfaßt die Negerrepublik Haiti mit einer französisch sprechenden Oberschicht. Der östliche größere Teil wird von der Republik Santo Domingo eingenommen mit einer spanisch sprechenden Mulattenbevölkerung.

Im Jahre 1904 beschloß Präsident Roosevelt, als die Regierung der letzteren Republik sich als leistungsunfähig und bankerott zeigte und amerikanische Hilfe erbat, Santo Domingo unter amerikanische Finanzkontrolle zu stellen. Es wurden amerikanische Zolleinnehmer eingesetzt, welche an die fremden Gläubiger den zur Verzinsung und Tilgung ihrer Forderungen nötigen Teil der Einnahmen abzuführen hatten. Der Plan wurde durch Exekutionsanordnung des Präsidenten Roosevelt durchgeführt. Erst später, 1907, erfolgte die Ratifizierung des daraus abgeschlossenen Vertrages durch den amerikanischen Senat.

In der westlichen Republik Haiti hatten die Vereinigten Staaten im Jahre 1914 versucht, eine gleiche Finanzkontrolle wie in Santo Domingo einzuführen, aber ohne Erfolg. Darauf wurde im Januar 1915 ein amerikanisches Kriegsschiff nach Haiti gesandt. Im Juli 1915 kam es zu blutigen Unruhen, bei denen der Präsident Sam eine Anzahl seiner Gegner umbringen ließ, dann aber selbst von Aufständischen ermordet wurde. Der amerikanische Seebefehlshaber landete Truppen und besetzte gegen den Protest des Haitikongresses die Zoll- und Verwaltungsgebäude. Ein neuer Präsident, der bereit war, den früher zurückgewiesenen Vertrag mit den Vereinigten Staaten

zu unterzeichnen, wurde gewählt. Der Vertrag wurde im September 1915 abgeschlossen. Nach ihm sollten die Vereinigten Staaten einen Generaleinnehmer und einen Finanzberater bestellen. Haiti sollte ohne Genehmigung der Regierung in Washington weder neue Anleihen aufnehmen noch Änderungen in seinem Zolltarif, noch irgendeiner fremden Macht Land abtreten oder verpachten. Die Vereinigten Staaten sollten eine Polizeitruppe organisieren und ferner das Recht der Intervention haben, wenn das zum Schutz von Freiheit, Leben und Eigentum notwendig sein sollte. Doch ungeachtet dieser weitgehenden Abmachungen blieb die Okkupation Haitis durch Marinetruppen aufrechterhalten. Die Westrepublik befindet sich vollständig unter amerikanischer Kontrolle, wirtschaftlich und finanziell ebenso wie politisch. Das amerikanische Kapital hat die Bankinteressen, Eisenbahnen und anderes erworben und viel Land aufgekauft. Es handelt sich um ein richtiges Protektorat. Dabei hieß es in einem amtlichen amerikanischen Bericht, daß die Besetzung Haitis charakterisiert sei durch „Freiheit von jeder Spur von selbstsüchtigen Zielen".

Da der Haitivertrag weit günstiger für Amerika war als der für Santo Domingo abgeschlossene, versuchten die Vereinigten Staaten auch die letztere östliche Republik zur Annahme des gleichen Vertrages zu bewegen. Die Gelegenheit dazu bot eine Revolution im Jahre 1916. Es wurden amerikanische Marinetruppen gelandet und dem neuen Präsidenten die Anerkennung versagt, bis er einen Vertrag nach dem Muster des Haitivertrages unterzeichnet haben würde. Als er dies ablehnte, übernahm der Kommandeur der amerikanischen Besatzungstruppen die Leitung der Verwaltung. Die Truppen blieben bis Mitte 1924 im Lande und ihre Zurückziehung erfolgte nur unter der Bedingung, daß alle von dem Militärbefehlshaber getroffenen Verfügungen, auch finanzieller und wirtschaftlicher Art, insbesondere auch was die Übertragung von Rechten auf dritte Personen anbetraf, von der dominikanischen Regierung anerkannt wurden. Durch einen Vertrag vom Dezember 1924 wurde dann eine Kontrolle der Einkünfte von Santo Domingo durch einen amerikanischen Einnehmer und seinen Stab eingesetzt bis zur vollständigen Abzahlung der bereits aufgenommenen oder bis zu bestimmter Höhe noch aufzunehmenden Anleihen.

Eine wenn auch geringe Ausdehnung der amerikanischen Herrschaft in dem Karibischen Meer erfolgte 1916 durch den Kauf Dä-

nisch-Westindiens für 25 Millionen Dollar. Es handelte sich dabei um kleine Inseln von geringer wirtschaftlicher Bedeutung, die aber von strategischem Wert für die Vereinigten Staaten sind.

Weit größere Schwierigkeiten als im Verhältnis zu diesen kleinen, den Vereinigten Staaten gegenüber ohnmächtigen Staaten entstanden durch das Vorhandensein sehr bedeutender amerikanischer Interessen in der an die Vereinigten Staaten südlich angrenzenden großen Republik Mexiko. Dieses von etwa 14 Millionen Menschen bewohnte Land verfügt über außerordentlich große Mineralreichtümer an Silber, Gold, Kupfer und Blei. Naturgemäß hatten diese fremdes Kapital, ganz besonders amerikanisches, in großem Maße angezogen. Im Jahre 1901 wurde in Meriko von dem amerikanischen Prospektor Doheny Öl gefunden. Zwei große amerikanische Ölgesellschaften wurden gegründet, außerdem sicherte sich die bekannte amerikanische Standard Oil Company große Konzessionen. Andererseits erwarb auch eine englische Gesellschaft, die Merican Eagle, unter Leitung des Mr. Pearson (Lord Cowdray) große Ölvorkommen und gewann bis 1910 die Kontrolle über die größere Hälfte der gesamten Ölgewinnung von Meriko. Diese nahm einen außerordentlich großen Umfang an. Meriko trat in der Welterzeugung von Petroleum an die zweite Stelle nach den Vereinigten Staaten. Sehr große Kapitalien wurden auch in Eisenbahnbauten und in Landbesitz angelegt. Die amerikanischen Kapitalanlagen in Meriko wurden 1912 auf etwas über 1 Milliarde Dollar (4 Milliarden Mark) geschätzt, später auf 1¼ Milliarden Dollar (5 Milliarden Mark). Die britischen Kapitalanlagen wurden auf ⅔ Milliarden Dollar (3 Milliarden Mark) geschätzt, die sonstigen fremden Kapitalanlagen auf etwas weniger, so daß die gesamten fremden Kapitalanlagen in Meriko auf über 2½ Milliarden Dollar (10 Milliarden Mark) anzunehmen sind.

Unter der langjährigen Leitung des Präsidenten Porfirio Diaz, welcher 1877–1880 und 1884–1911 das Land regierte, verliefen die Dinge, soweit sie das fremde Kapital angingen, ohne besondere Schwierigkeiten. Diaz zog fremdes Kapital heran und war großzügig betreffend Verleihung von Bergwerks- und Ölkonzessionen und Erwerb von Großgrundbesitz durch Fremde. Andererseits hielt er mit eiserner Hand die Ordnung im Lande aufrecht.

Dann aber begann 1910 ein Bürgerkrieg. Die Gründe desselben sind nicht völlig aufgeklärt. An sich lag genügende Veranlassung für

aufständische Bewegungen vor in der Armut und der bedrückten Lage des größten Teiles des Volkes, in der unglücklichen Landverteilung und in den Gegensätzen innerhalb der zahlenmäßig kleinen herrschenden Klasse. Der Oppositionsführer Madero begann eine Revolution mit dem Programm der Einsetzung einer konstitutionellen Regierung unter Durchsetzung von Land- und anderen Reformen. Es scheint indessen, daß hinter dem ganzen Vorgehen die Gegensätze der Hauptölinteressenten standen. Diaz hatte dem englischen Ölmagnaten Pearson große Petroleumkonzessionen zugesagt. Madero stand der amerikanischen Standard Oil Company freundlich gegenüber und scheint von dieser mit Geldmitteln unterstützt worden zu sein[1]).

Diaz mußte 1911 abdanken und begab sich unter Mitnahme großer Geldmittel nach Europa. Madero konnte sich aber, da wiederum gegen ihn Aufstände ausbrachen, nicht lange halten und wurde erschossen. Der General Huerta wurde provisorischer Präsident. Dieser wurde in Washington als Werkzeug des vorgenannten Mr. Pearson betrachtet, der neue Ölkonzessionen in Meriko zu erlangen suchte. Der amerikanische Präsident Wilson lehnte daher die Anerkennung Huertas ab und erklärte in einer Rede vom Oktober 1913, daß Latein-Amerika von fremden Finanzinteressen und Konzessionsjägern befreit werden müsse.

Der Aufstand der Anhänger der Einführung einer Verfassung unter Carranza wurde von amerikanischer Seite dadurch unterstützt, daß den Aufständischen der Ankauf von Waffen und Munition in den Vereinigten Staaten gestattet wurde, während er Huerta untersagt wurde. Die Festnahme einiger in Tampico gelandeten amerikanischen Marineleute durch die merikanische örtliche Behörde bot den Anlaß zu Verhandlungen über die Wiedergutmachung des der amerikanischen Flagge zugefügten Affronts und schließlich im April 1914 zur Landung von amerikanischen Truppen in Vera Cruz, welches Hafens sich die Amerikaner unter Kämpfen bemächtigten. Dies trug zum Fall Huertas bei, der im Juli 1914 erfolgte.

Doch nun kam es zu einem neuen Bürgerkrieg innerhalb der verschiedenen Parteien der siegreichen Verfassungsanhänger. Schließlich wurde Carranza von den Vereinigten Staaten anerkannt, aber sein Hauptgegner, General Villa, setzte den Aufstand fort und brach im März 1916 in amerikanisches Gebiet ein und tötete dort eine Anzahl Amerikaner. Nunmehr entsandte Präsident Wilson den General Per-

[1]) Siehe Moon a. a. O., S. 441.

shing mit 12 000 Soldaten nach Mexiko hinein, um Villa zu bestrafen und stellte größere Truppenmengen an der Grenze auf. Jetzt begann indessen auch das offizielle Mexiko unter Carranza eine feindliche Haltung einzunehmen. Ein amerikanisch-mexikanischer Krieg drohte. Jedoch im Februar 1917 — unmittelbar vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland — nahm Wilson die Vermittlung anderer amerikanischer Staaten an und zog die Truppen zurück, ohne daß die Gefangennahme Villas gelungen war. Carranza erließ im Februar 1917 eine neue Verfassung mit einer Reihe von radikalen Reformen, darunter Annullierung vieler Landübertragungen, Konfiskation von Kircheneigentum, Landverteilung an Dörfer auf Kosten des Großgrundbesitzes, Einführung eines Minimalarbeitslohnes; Öl- und Mineralvorkommen wurden zum Nationaleigentum erklärt und der Erwerb von Land, Bergwerks-, Öl- und sonstigen Konzessionen durch Fremde nur unter der Bedingung zugelassen, daß sie auf die Anrufung ihrer eigenen Regierung verzichten würden. Die mexikanische Regierung legte Abgaben auf Ölvorkommen und Ölgewinnung und verlangte von den Ölgesellschaften, daß sie sofort ihre Besitztitel registrierten und nachwiesen, daß sie ihr Öl auch wirklich zur Ölgewinnung in Benutzung nahmen. Andernfalls, kündigte die Regierung an, sollten die Ölrechte konfisziert werden.

Die Ölgesellschaften lehnten die Anerkennung des Staatseigentums an den Ölvorkommen ab. Die amerikanischen Öl-Interessenten gründeten zusammen mit Kupfer- und anderen Interessenten die „National-Association for the Protection of American Rights in Mexico" (Nationaler Verband für den Schutz amerikanischer Rechte in Mexiko) und entfalteten eine starke Agitation. Dem Schwiegersohn Wilsons, Mc. Adoo, wurde von den Doheny-Öl-Interessenten eine Million Dollar als „retainer fee" angeboten. Der Genannte begab sich im Interesse der Gesellschaften nach Mexiko wie nach Washington. Der Senator Fall, Mitglied des Kabinetts des 1921 zur Macht gelangten Präsident Harding, empfing von Doheny, dem Haupt der Mexican Petroleum Company, 100 000 Dollar als „Darlehen"[1]).

In Mexiko war es inzwischen im Jahre 1920 zu einer neuen Revolution gekommen. Carranza wurde ermordet, an seine Stelle wurde Obregon Präsident. Die amerikanische Regierung machte die Aner-

[1]) S. Moon a. a. O., S. 447. Dieser Ölskandal beschäftigte gegenwärtig (Oktober 1927) das Oberste Gericht in Washington.

kennung der neuen Regierung von der Anerkennung der amerikanischen Ölrechte durch dieselbe abhängig. 1923 schloß Obregon ein Abkommen mit der amerikanischen Regierung, wonach Öl- und Mineralrechte, welche vor dem 1. Mai 1917 Amerikanern zugestanden und von ihnen in Ausbeute genommen waren, und ebenso vor 1917 erworbene Landkonzessionen von der merikanischen Regierung respektiert und von der Anwendung der neuen Gesetze ausgenommen werden sollten. Die Differenzen über gegenseitige Schadenansprüche wegen des amerikanischen Bürgern in den merikanischen Bürgerkriegen 1910 bis 1920 entstandenen Schadens einerseits, den Merikanern durch amerikanische Truppenlandungen und durch die Expedition des Generals Pershing andererseits entstandenen Verluste wurden gemischten Kommissionen zur Regelung überwiesen.

Doch bald darauf brach eine neue Revolution unter Führung des früheren Mitgliedes des Obregon-Kabinetts de la Huerta aus, welcher als Vertreter der Interessen der Großgrundbesitzer galt und nach Angabe Obregons auch von britischen Ölinteressenten, besonders von der von der englisch-holländischen Royal Dutch Shell-Gruppe kontrollierten Merican Eagle finanziert wurde. Diese Gesellschaft war ursprünglich von Lord Cowdray (Pearson) kontrolliert. Seine Interessen waren im Jahre 1918 von der Royal Dutch Shell-Gruppe aufgekauft worden. Obregon erhielt seinerseits von dem amerikanischen Ölmagnaten Doheny eine Anleihe von 5 Millionen Dollar zur Unterdrückung der Revolte, während die Huasteca Company, eine Zweiggesellschaft der Doheny Merican Petroleum Company, eine Reihe Ölkonzessionen im Staate Vera Cruz erhielt. Die Rechte der Doheny-Gesellschaften wurden später, im Jahre 1925, von der Standard Oil Company aufgekauft, so daß sich von da ab die beiden großen Petroleumkonzerne, die amerikanische Standard Oil Company auf der einen Seite und die englisch-holländische Royal Dutch Shell-Gruppe auf der anderen Seite gegenüberstanden. Es handelte sich dabei um gewaltige Werte. Die Kapitalanlagen in der merikanischen Ölindustrie wurden von dem merikanischen Industriedepartement im Jahre 1923 auf etwa 525 Millionen Dollar (beträchtlich über 2 Milliarden Mark) geschätzt, davon 57,7% amerikanisches, 33,8% englisches und weniger als 2% merikanisches Kapital. Von amerikanischer Seite wurden die amerikanischen Kapitalanlagen in Ölländereien und Anlagen noch weit höher, bis auf 700 Millionen Dollar (2,8 Milliarden Mark) geschätzt.

Im Jahre 1924 wurde Calles Präsident. Unter ihm wurde ein Ölgesetz erlassen, welches das unveräußerliche Nationaleigentum an den Petroleumvorkommen in Mexiko feststellte und dem Fremden die Verpflichtung auferlegte, gemäß Artikel 27 der Verfassung die vor dem 1. Mai 1917 erworbenen Konzessionen zur Bestätigung anzumelden, ferner ein Landgesetz, welches eine verbotene Zone von 100 Kilometern von der mexikanischen Landgrenze und von 50 Kilometern von der Seegrenze festlegte, innerhalb deren Fremde kein Land erwerben durften. Fremde, die gegenwärtig im Besitz solchen Landes sind, können es bis zu ihrem Tode behalten. Im Innern können Fremde Land erwerben oder Bergwerkskonzessionen erhalten, wenn sie Mitglied einer mexikanischen Gesellschaft werden und auf das Recht verzichten, den Schutz ihrer eigenen Regierung anzurufen. Darüber entstand große Entrüstung in den Kreisen der amerikanischen Interessenten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhob gegen dieses Gesetz Protest. Nach wiederholten, zeitweise abgebrochenen Verhandlungen gab schließlich die mexikanische Regierung dem Druck nach, der sowohl von dem amtlichen Amerika, wie von der amerikanischen Finanz auf sie ausgeübt wurde. Die Bestimmungen wurden in einer Weise gemildert, daß den hauptsächlichsten Bedenken der Öllinteressenten Rechnung getragen wurde.

In den südamerikanischen Staaten hat sich der amerikanische Imperialismus bisher noch nicht in gleicher Weise geltend gemacht wie in den bisher behandelten, den Vereinigten Staaten näher gelegenen Ländern. Lediglich die Republik Colombia war gelegentlich der Abtrennung ihres Nordteiles als unter amerikanischem Schutz stehende Republik Panama in Mitleidenschaft gezogen worden. Über diese Vorgänge war in Colombia große Mißstimmung über die Vereinigten Staaten entstanden. Die colombische Regierung zeigte sich geneigt, britischen Öllinteressenten entgegenzukommen. Lord Cowdray (Pearson) war 1913 im Begriff eine große Ölkonzession zu erlangen und nahm lediglich auf die obenerwähnte Warnung des Präsidenten Wilson im Oktober 1913, daß die latein-amerikanischen Staaten von fremden Konzessionsjägern befreit werden müßten, von der Durchführung der Verhandlungen Abstand. Der Präsident Wilson tat dann Schritte, um Colombia zu versöhnen. Der amerikanische Gesandte in Colombia schloß im April 1914 mit der dortigen Regierung einen Vertrag ab, worin das „aufrichtige Bedauern" über den Panamavorfall ausgesprochen und Colombia die Zahlung von 25 Millionen Dol-

lar zugesagt wurde. Der amerikanische Senat hatte aber Bedenken, den Vertrag mit einer solchen, eine frühere Regierung bloßstellenden Wendung zu ratifizieren. Der Vertrag blieb lange Jahre unerledigt liegen und wurde schließlich im Jahre 1921, nachdem der republikanische Präsident Harding an die Stelle Wilsons getreten war, unter Weglassung des „aufrichtigen Bedauerns" ratifiziert. In Colombia hat die Standard Oil Company bedeutende Ölkonzessionen erhalten, außerdem ist viel amerikanisches Kapital in Platinaminen und in Bananenpflanzungen angelegt.

In Venezuela hat die Standard Oil Company gleichfalls große Petroleumkonzessionen erworben. Auch hier steht ihr wie in Mexiko als Hauptkonkurrenz die englisch-holländische Royal Dutch Shell Gruppe gegenüber.

Im übrigen Südamerika haben seit dem Weltkriege die amerikanischen Finanz- und Wirtschaftsinteressen außerordentlich zugenommen. Vor dem Kriege hatte das britische Kapital in dem größten Teil Südamerikas eine herrschende Stellung. Die englischen Kapitalanlagen wurden auf 12 Milliarden Mark geschätzt. Während des Weltkrieges waren die europäischen Länder größtenteils vom südamerikanischen Markt ausgeschaltet, da sowohl Industrie wie Verkehrseinrichtungen für den Krieg arbeiten mußten. Infolgedessen konnten die Vereinigten Staaten während des Krieges einen weit stärkeren Anteil am südamerikanischen Handel erhalten, während vor dem Kriege dieser Handel mit Südamerika hauptsächlich in den Händen europäischer Länder lag. Nach dem Kriege hat sich die Lage wieder zugunsten der europäischen Länder geändert, indem es England und zum Teil auch Deutschland gelungen ist, frühere Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. Aber die ungeheuer gewachsene amerikanische Finanzkraft tritt jetzt ungleich stärker als früher in Südamerika in die Erscheinung. Es sind gewaltige Summen amerikanischen Kapitals in Südamerika angelegt worden. Der Betrag der allein während des Jahres 1926 in New York aufgelegten südamerikanischen Anleihen und sonst für Südamerika aufgebrachten Kapitalien wurde auf 400 Millionen Dollar (1,6 Milliarden Mark) geschätzt.

Die südamerikanischen Staaten stehen den an Menschen und Finanzkräften überstarken Vereinigten Staaten zum Teil mißtrauisch gegenüber. Die Bemühungen im Sinne des Panamerikanismus, wie sie zuerst 1880 von dem amerikanischen Staatssekretär Blaine einge-

leitet wurden, haben zu keinem durchgreifenden Erfolge geführt. Von den Plänen, die sich auf panamerikanische Konferenzen, einen panamerikanischen Zollverein, einheitliches Münz- und Gewichtssystem usw. erstreckten, sind nur die regelmäßig wiederkehrenden panamerikanischen Konferenzen übriggeblieben, bei denen zwischen Vertretern der amerikanischen Staaten freundliche Reden ausgetauscht werden.

Der Grund für die innerlich ablehnende Haltung der südamerikanischen Staaten gegenüber einem engeren Zusammenschluß mit den Vereinigten Staaten dürfte einmal in der Furcht vor dem amerikanischen Imperialismus zu erblicken sein, wie er den kleinen zentralamerikanischen Republiken gegenüber zutage getreten ist, dann aber vor allem auch darin, daß es sich in den latein-amerikanischen Staaten um Staatswesen anderer Nationalität und Kulturgrundlage handelt. Es wendet sich der Nationalismus dieser Länder gegen den amerikanischen Imperialismus. Es liegt hier eine ähnliche Erscheinung vor, wie das oben für das Britische Reich dargelegt ist, nämlich, daß der sich ständig ausdehnende Imperialismus auf den Widerstand des Nationalismus der von dem ersteren in seinen Bereich gezogenen Nationen stößt. In den südamerikanischen Staaten, besonders in jenen, die für die Einwanderung großer Zahlen von Menschen aus fremden Ländern in Betracht kommen, in den ABC-Staaten Argentinien, Brasilien, Chile, findet ein ähnlicher Vorgang statt wie in den Vereinigten Staaten selbst. Auch in diesen südamerikanischen Ländern verschmilzt sich allmählich eine große Zahl von Einwanderern aus verschiedenen Ländern zu einer einheitlichen Nation. Aber der Unterschied ist, daß in den Vereinigten Staaten die Grundlage der Nation das angelsächsische Amerikanertum ist, an das sich die Angehörigen anderer Nationen in irgendeiner Weise angleichen, während in den südamerikanischen Staaten die Grundlage das spanische bzw. in Brasilien das portugiesische Südamerikanertum ist. In Südamerika stößt der amerikanische Imperialismus auf den Nationalismus der ganz anders gearteten latein-amerikanischen Nationen.

Der japanische Nationalismus und Imperialismus

Der japanische Imperialismus ist erst in neuester Zeit zur Entfaltung gelangt. Er ruht auf der Grundlage eines stark entwickelten Nationalismus, dessen Wurzeln in sehr alte Zeiten zurückgehen. Ich habe, als ich den Begriff des Nationalismus erörterte[1]), darauf hingewiesen, daß die vielfach bei uns herrschende Meinung, der Nationalismus sei etwas Neues, zwar für Europa zutrifft, aber nicht für alle Teile der Erde. Wir haben in Japan eine Nation vor uns, die nicht erst in der Neuzeit sich zu einer solchen entwickelt hat, sondern in einer zwar wechselnden Gestaltung, aber doch in einer festgeschlossenen Form durch Jahrtausende erhalten geblieben ist. Noch heute regiert ein Herrscher, der ohne Unterbrechung seine Abstammung herleitet von dem Monarchen, der im Jahre 660 vor Christi Geburt die Dynastie begründet hat. Diese japanische Nation hat sich im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende entwickelt. Sie befand sich noch in der Neuzeit im Zustande einer Feudalmonarchie, vergleichbar den Verhältnissen mancher europäischer Länder im Mittelalter. Japan hat diesen Zustand bis in die neueste Zeit hinein beibehalten, bis es für fremde Nationen geöffnet wurde. Es waren die Daimios, die Fürsten, die im ähnlichen Verhältnis zu dem Monarchen standen, wie in Europa die Vasallen des Mittelalters. Am Ende des 12. Jahrhunderts nach Christi Geburt hatte sich in Japan eine Art Majordomus der Herrschaft bemächtigt, der Schogun, der die tatsächliche Herrschaft führte, während der Monarch, der drüben meist mit anderem Namen benannte, bei uns als Mikado bekannte Herrscher im Hintergrund eine geheimnisvolle Existenz führte. Diese Doppelherrschaft hat bis in die neueste Zeit, bis 1868, gewährt.

In der Mitte des 16. Jahrhunderts wurde das Christentum in die japanischen Inseln eingeführt, die bisher lediglich ihren Schintoismus oder zum Teil Buddhismus gehabt hatten. Dann aber setzte im 17. Jahrhundert eine starke Gegenbewegung ein. Es kam zur Aus-

[1]) S. S. 9, 12 ff.

rottung der japaniſchen Chriſten und zur Vertreibung der Spanier und Portugieſen, welche das Chriſtentum eingeführt hatten. Es wurde eine vollkommene Abſperrung Japans von der Außenwelt durchgeführt. Es wurde ſogar den Japanern bei Todesſtrafe verboten, ihr Vaterland zu verlaſſen. Alle Verſuche der Niederlaſſung, die im Laufe der Zeit von Angehörigen fremder Nationen gemacht wurden, insbeſondere auch von Engländern und Ruſſen, die Handelsbeziehungen aufnehmen wollten, ſcheiterten noch bis in das 19. Jahrhundert hinein. Erſt als im Jahre 1853 der amerikaniſche Kommodore Perry mit 8 Kriegsſchiffen an der japaniſchen Küſte erſchien und Briefe des Präſidenten der Vereinigten Staaten überbrachte, worin er den Abſchluß eines Handelsvertrages vorſchlug, wurde der Bann gebrochen. Erſt von da ab wurden Verträge zunächſt mit Amerika, dann mit England, dann mit anderen Staaten geſchloſſen, durch welche gewiſſe Häfen für die Fremden eröffnet wurden. Mit dem Abſchluß dieſer Verträge wurde auch das Verbot für die Japaner, auszuwandern, beſeitigt. Es gingen Japaner beſonders nach Hawaii, nach China uſw.

Dann kam es zu gewiſſen Gegenbewegungen in Japan. Dieſe führten ſchließlich zu einer Umwälzung, durch welche jene Zwei-Herrſchaft beſeitigt wurde. Es kam zu verſchiedenen Kämpfen zwiſchen den beiden Parteien, der des Schoguns und der Partei, welche die Beſeitigung des Schoguns und die Wiedereinſetzung des Mikado in die monarchiſche Gewalt erſtrebte. Schließlich wurde die Partei des Schoguns endgültig beſiegt und es kam zur Einrichtung des einheitlichen Kaiſertums mit dem Mikado als Monarchen. An Stelle der alten Feudalmonarchie war nunmehr eine einheitliche, der Idee nach unbeſchränkte Monarchie getreten, die aber durch Einführung einer Verfaſſung nach Muſter der Preußiſchen Verfaſſung modifiziert wurde. Die Umwälzung war 1868 im weſentlichen erfolgt. 1890 wurde jene Verfaſſung eingeführt. Gleichzeitig als Folge dieſer Umwälzung ergab ſich die Einführung von ſehr bedeutenden Reformen auf allen Gebieten. Das japaniſche Volk, das bis dahin vollkommen von der Außenwelt abgeſchloſſen geweſen war, das vollkommen nach eigenen Sitten gelebt hatte, begann nunmehr europäiſche Ideen, Einrichtungen, Technik uſw. mit großer Schnelligkeit aufzunehmen.

Dabei blieb aber die innere Grundlage erhalten, nämlich die geſchloſſene japaniſche Nation. Es blieb jenes Nationalgefühl erhalten, wie es ſich in der tauſendjährigen japaniſchen Geſchichte ausgebildet

hatte, jene vollkommene Hingabe an das Vaterland. Es blieb erhalten die auf religiöser Grundlage beruhende Verehrung für das Staatsoberhaupt, für den Mikado. So stellten die Japaner eine vollständig einheitliche, nationale Masse dar, welche bald Gelegenheit hatte, der Welt zu zeigen, daß sie nach Annahme der westländischen Reformen und Ideen vollkommen in der Lage war, auf gleichem Niveau den europäischen Nationen gegenüberzutreten. Erhalten blieben auch in dem japanischen Volk jene Ehrbegriffe, wie sie in den höheren Schichten auf der Grundlage der Feudaleinrichtungen und Anschauungen sich entwickelt hatten, Anschauungen, wie sie besonders bei den Samurai, der Kriegerkaste oder dem Adel, wie man ihn nach unseren Begriffen nennen würde, entwickelt waren. Es zeigte sich bei den Kämpfen und Kriegen, in welche die Japaner nach ihrem Eintritt in die Weltpolitik hineinverwickelt wurden, daß jene nationalen Tugenden, wie sie gerade in der japanischen Abgeschlossenheit, in dieser jahrtausendelangen Geschichte, sich entwickelt hatten, in vollem Maße erhalten geblieben waren und daß sie das japanische Volk befähigten, zur Überraschung der Welt sehr schnell als führende Großmacht Ostasiens und als eine der Großmächte der Welt aufzutreten.

So gab auch hier die nationale Entwicklung, der Nationalismus, die Grundlage für die sich nunmehr entwickelnde japanische Expansion, für den japanischen Imperialismus. Japan war befähigt, eine solche große Rolle in der imperialistischen Entwicklung zu spielen, gerade weil eine so starke nationale Grundlage vorhanden war.

Die Notwendigkeit einer japanischen Expansion ergab sich sehr bald aus der außerordentlichen Zunahme der Bevölkerung, die auf den japanischen Inseln keinen genügenden Raum hatte, wenigstens in dem Teil, der von den Japanern selbst als geeignet zum Wohnen betrachtet wird. Denn der nördlich gelegene Teil der japanischen Inseln ist nicht so stark bewohnt; es sind die südlichen Teile, in denen eine sehr dichte Bevölkerung vorhanden ist. Auf das Bevölkerungsproblem wird noch weiter unten eingegangen werden. Es soll hier zunächst ein Überblick über die tatsächliche Entwicklung des japanischen Imperialismus gegeben werden.

Zuerst geriet Japan in Beziehung zu dem nächstgelegenen Teile von Asien, zu Korea. 1876 schon schloß Japan einen Freundschaftsvertrag mit diesem Lande ab. Japan gewann dort bald Einfluß. Korea war aber ein Vasallenstaat von China, wie China deren mehrere hatte. Daraus ergaben sich Verwicklungen zwischen Japan und China. 1894

kam es zum Krieg. Nunmehr zeigte ſich, daß das kleine Japan dem 400-Millionen-Reich der Mitte abſolut überlegen war. Es kam zu jenen Kämpfen, in denen die japaniſchen Truppen mit Leichtigkeit die chineſiſchen Armeen, die mit veralteten Waffen ausgerüſtet waren und nach veralteten Methoden vorgingen, über den Haufen warfen. Dann kam es nach dem chineſiſchen Zuſammenbruch zu dem Frieden von Shimonoſeki vom Jahre 1895. Dadurch erhielt Japan eine bedeutende Erweiterung von aſiatiſchem Boden. Es bekam außer den Inſeln Formoſa und den Peskadores auch die Halbinſel Liautung übertragen. Dagegen erhoben, wie oben bereits erwähnt wurde, Rußland, Frankreich und Deutſchland Widerſpruch. Japan ſah ſich gezwungen, dem Druck zu weichen, und gab Liautung wieder an China zurück.

Nunmehr begann Rußland ſeinerſeits ſich in Aſien weiter nach Süden auszubreiten zwecks Erlangung eisfreier Häfen. Es erhielt durch Pachtvertrag Liautung von China und legte dort den Kriegshafen Port Arthur und den Handelshafen Dalny an. Dann ergaben ſich allmählich Streitigkeiten mit Japan beſonders in bezug auf Korea. Der japaniſche Einfluß begann zu ſinken, der ruſſiſche zu ſteigen. Im Jahre 1898 kam es zum Vertrag mit Rußland, durch den beide Mächte die Selbſtändigkeit Koreas anerkannten und ſich jeder Einmiſchung zu enthalten verpflichteten. Es zeigte ſich in dieſem Vertrage — wie übrigens in allen über chineſiſches Gebiet abgeſchloſſenen —, daß in dem Text das genaue Gegenteil von dem ſtand, was in Wirklichkeit geſchah. Faſt in jedem von fremden Mächten betr. chineſiſches Gebiet oder chineſiſche Verhältniſſe geſchloſſenen Vertrag ſteht geſchrieben — das iſt auch in dem letzten noch geltenden vom Jahre 1921 der Fall —, daß die betreffenden Mächte ſich verpflichten, die Souveränität und Integrität von China aufrechtzuerhalten. In Wirklichkeit haben die Mächte bei dieſen verſchiedenen Gelegenheiten ſich irgendwelcher Stücke Chinas bemächtigt oder irgendwelche Beute, die ſie früher gemacht haben, behalten oder irgendwelche neuen Rechte auf Koſten Chinas ſich zugeſprochen. Die von den Mächten in bezug auf China geſchloſſenen Verträge ſind geradezu ein Schulbeiſpiel dafür, wie unter dem Vorwande der Aufrechterhaltung der Souveränität von China tatſächlich Dinge geſchehen ſind, die die Souveränität dieſes Landes in höchſtem Maße zu beeinträchtigen geeignet ſind.

Der ruſſiſch-japaniſche Gegenſatz führte 1904 zum Kriege. Vorher hatte Japan es verſtanden, ſich im Jahre 1902 die Rückendeckung gegen Europa durch den engliſch-japaniſchen Vertrag zu verſchaffen.

Durch jenen Bündnisvertrag wurde Japan die Unterstützung Englands in dem Falle zugesichert, daß irgendeine andere Macht sich gegen Japan wenden würde. Japan errang schnell den Sieg über die nach Sibirien gesandten russischen Armeen. Es kam zum Frieden von Portsmouth im Jahre 1905. Japan erhielt das zurück, was es im Frieden von Shimonoseki erlangt, aber wieder hatte aufgeben müssen, nämlich die Halbinsel Liautung und dazu verschiedenes andere. Die Folge war auch, daß Japan sich ungestört Koreas bemächtigen konnte. Es schloß einen Vertrag mit Korea ab, durch welchen Japan die Vertretung des Landes in auswärtigen Angelegenheiten erhielt; ferner die Unterstellung der Verwaltung unter einen japanischen Gouverneur. Nunmehr hatte Japan die folgenden Jahre hindurch Zeit, seine Stellung in Ostasien weiter zu festigen und zu entwickeln. Dann kam es zu dem Weltkrieg.

Japan hatte seine Reformen durchgeführt auf der Grundlage europäischer Erfahrung und Errungenschaften, sowie unter Heranziehung von Beratern aus verschiedenen Ländern. Es hatte dabei für die verschiedenen Zweige der Verwaltung dasjenige sich ausgesucht, das ihm am zweckmäßigsten und vollkommensten erschien. Es hatte u. a. für seine Armee das deutsche Muster zugrunde gelegt und einen deutschen General-Instrukteur herangezogen, während es seine Marine nach englischem Vorbild einrichtete und einen englischen Berater dafür berief. Es hatte auf verschiedenen Wissensgebieten Gelehrte, insbesondere auch aus Deutschland, nach Japan berufen. So basierte die japanische Entwicklung in bezug auf Verfassung, Verwaltung, Technik, Militär, Marine usw. in der Hauptsache auf dem, was es von europäischen Staaten gelernt hatte. Einen wesentlichen Teil dazu hatte Deutschland seinerseits beigetragen.

Im Kriege trat Japan auf die Seite der Entente, fußend auf dem englischen Bündnisvertrag vom Jahre 1902. Japan richtete bereits im Anfang des Krieges, am 15. August 1914, ein Ultimatum an Deutschland, daß es Kiautschou sofort herauszugeben habe, andernfalls Japan in den Krieg eintreten werde. Da naturgemäß auf dieses Ultimatum keine bejahende Antwort erfolgen konnte, erklärte Japan den Krieg und sandte starke Truppen gegen den befestigten Hafen Tsingtau, der dann trotz heldenmütigsten Widerstandes auf die Dauer sich nicht halten konnte. So geriet Kiautschou in japanischen Besitz. Es hat auch eine kleine Abteilung Engländer an der Belagerung Tsingtaus teilge-

nommen, jedoch ohne daß ihre Mitwirkung von weſentlicher Bedeutung geweſen wäre.

Nunmehr glaubte Japan die Stunde gekommen, um endgültig ſeinen Imperialismus in ſtärkſtem Maße in Aſien geltend zu machen. Am 18. Januar 1915 ſtellte Japan ſeine berüchtigten 21 Forderungen an China. Dieſe Forderungen waren zum Teil ſo gehalten, daß ihre Durchführung das große chineſiſche Reich lediglich zu einem Vaſallenſtaat Japans gemacht haben würde. Es waren u. a. in einer Gruppe derſelben die Forderungen enthalten, daß in allen Zweigen der chineſiſchen Verwaltung japaniſche Berater angeſtellt werden ſollten und daß eine gemeinſame Schutzpolizei gehalten werden ſollte; auch ſollte Japan die Eiſenbahnrechte erhalten, ſo daß von einer eigenen chineſiſchen ſelbſtändigen Verwaltung nichts mehr übrig geblieben wäre. Dieſe Forderungen wurden geheim gehalten. Es ſickerte aber doch etwas durch, und die Vereinigten Staaten von Amerika proteſtierten dagegen. Darauf ließ Japan eine Gruppe dieſer Forderungen – die zuletzt charakteriſierte – vorläufig fallen. Im übrigen aber erzwang es die Annahme dieſer Forderungen mittels eines Ultimatums mit Kriegsandrohung. China gab nach und nahm die Forderungen an.

Im Juli 1916 kam es zu dem unten (S. 224) erwähnten Geheimvertrag zwiſchen Japan und Rußland, wodurch beide ſich verpflichteten, nicht an Kombinationen gegen die anderen Mächte teilzunehmen. Gleichzeitig ſchloſſen ſie ein geheimes militäriſches Bündnis zur Sicherung ihrer beiderſeitigen Intereſſen in China. Wenn es nicht zum ruſſiſchen Zuſammenbruch gekommen wäre, ſo hätte die Welt wahrſcheinlich vor einer vollkommenen Änderung der Geſamtpolitik in Oſtaſien geſtanden. Bis dahin handelte Japan im Bündnis mit England; Japan war der Gegner Rußlands geweſen. Nunmehr ſchloſſen dieſe beiden Mächte, Rußland und Japan, ein geheimes Militärbündnis. Das konnte bedeuten, daß dieſe beiden Staaten willens waren, ihre imperialiſtiſchen Pläne in Einklang miteinander zu bringen, und mit gegenſeitiger Unterſtützung jeder in ſeiner Intereſſenſphäre ihren Vorteil in China zu verfolgen. Das hätte leicht zu Konflikten mit dem dritten Hauptintereſſenten in China, England, führen können. Es kam nicht dahin, denn im Jahre 1917 brach das Zarentum zuſammen und der Bolſchewismus trat an ſeine Stelle.

Nunmehr ſchloß Japan Ende 1917 einen Vertrag mit Amerika, worin beide Teile wiederum die bekannten Phraſen gebrauchten, daß die Unabhängigkeit und Unverſehrtheit Chinas anerkannt würde. Aber

trotzdem erkannten die Vereinigten Staaten spezielle Interessen Japans in China an, insbesondere in Teilen, die an japanisches Gebiet angrenzten. Japan hatte bis dahin eine sehr wesentliche Rolle in bezug auf die Haltung Chinas zu den kriegführenden Mächten gespielt. Japan hatte, während England und Amerika beständig China in den Krieg gegen die Mittelmächte hineinzuziehen suchten, dies verhindert. Als die Mächte weiter drängten, gab Japan schließlich seine Zustimmung, ließ sich diese aber ebenso wie die von den Alliierten damals dringend erbetene Mitwirkung japanischer Kriegsschiffe gegen die deutschen U-Boote im Mittelmeer bezahlen. Dies geschah in der Weise, daß England durch Geheimvertrag 1917 sich verpflichtete — und diesen Vertrag erkannte Frankreich später auch an —, daß Japan Kiautschou und die sonstigen deutschen Rechte in Schantung sowie die deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators erhalten würde. Nachdem Japan diese Zusicherung erhalten hatte, gewährte es die Hilfe gegen die deutschen U-Boote im Mittelmeer und ließ auch seinen Widerstand dagegen fallen, daß China nunmehr unter dem Druck der Mächte gleichfalls in den Krieg gegen Deutschland eintrat (s. S. 179).

In dem Diktatfrieden von Versailles wollten dann England und Frankreich die Versprechungen erfüllen, die sie Japan gegeben hatten. Es kamen jene Bestimmungen in das Versailler Diktat, wonach Japan die deutschen Rechte in Kiautschou und in Schantung erhalten sollte. Dieser Abmachung hatte auch der Präsident Wilson zugestimmt, aber sie erregte in Amerika den schärfsten Widerspruch. Das war einer der Punkte, derentwegen die Ratifikation des Versailler Diktatfriedens im amerikanischen Senat abgelehnt wurde. Der Senat erklärte, auf keinen Fall sich auf eine solche Regelung einlassen zu können. An diesem und einigen anderen den Völkerbund betreffenden Punkten scheiterte die Ratifizierung (s. S. 183).

Japan versuchte noch im letzten Teil des Krieges und unmittelbar nach diesem seine Macht in Ostasien auszubreiten. Das galt einmal für China selbst. Japan hatte Truppen in der Nordmandschurei. Es ging sogar so weit, Truppen nach Hankou am Jang-tse-kiang zu senden, das als alte Domäne Englands betrachtet wurde.

Japan wandte sich dann weiter nach Norden über die Grenzen Chinas hinaus. In Sibirien hatte es eine Besatzung in Wladiwostok. Es schien einen Augenblick, daß Japan so weit wäre, als die einzige imperialistische Macht in Ostasien aufzutreten und sich die beherrschende Stellung für einen großen Teil des Festlandes zu sichern.

Ebenso wie auf politischem Gebiet hatte Japan in wirtschaftlicher Beziehung einen ungeheuren Aufschwung genommen. Es konnte in großem Maße seine Waren in Länder ausführen, die bisher keine japanischen Waren aufgenommen hatten. Selbst in Indien traten japanische Waren in größtem Umfange auf. Ebenso fand ein Export nach Afrika statt. Als wir nach dem Kriege in Ostafrika aus dem Innern an die Küste kamen, waren wir erstaunt, dort, wo es vor dem Kriege nur deutsche und englische Waren gegeben hatte, plötzlich viele japanische Waren zu finden. Es war infolge des Rückgangs der Industrie in den europäischen Ländern während des Krieges und der Erschwerung des Transportes ein Vakuum, eine Leere, entstanden. Die Waren aus den europäischen Ländern gelangten nicht mehr in jene fernen Länder, und in diese Lücke ergoß sich nun die japanische Erzeugung, die infolge der besonderen Umstände außerordentlich gesteigert war. Denn während die Länder Europas miteinander im Kriege lagen, war Japan in der Lage, ungestört seine Industrie zu entwickeln.

So schien es eine Zeitlang, als ob jetzt das in so kurzer Zeit zur Großmacht aufgestiegene Japan zu einer gewaltigen politischen wie wirtschaftlichen Machtstellung gelangt wäre. Dann kam ein starker Rückschlag. Es zeigte sich, daß die Entwicklung in dieser Weise nicht weitergehen konnte und daß das Tempo des japanischen Fortschreitens nicht den Kräften Japans im Verhältnis zu den anderen in Ostasien in Betracht kommenden Großmächten entsprach. Die Vereinigten Staaten von Amerika stimmten den Erwerbungen Japans in China nicht zu. Die Flottenrüstungen Japans einerseits, Amerikas und Englands andererseits, waren Ausdruck einer wachsenden Spannung und trugen zu deren Erhöhung bei. Es kam im Jahre 1921 zu der Washingtoner Konferenz. Eine der Hauptfragen derselben war die Flottenrüstung, eine andere Seite das Verhältnis der angelsächsischen Mächte untereinander und zu Japan. Sodann entstand die Frage der Verlängerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages, der beinahe 20 Jahre in Kraft gewesen war und beiden Teilen unzweifelhaft große Vorteile geboten hatte. Da zeigte es sich, daß England nach der gesamten Weltlage in Anbetracht seines Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten, aber auch seines Verhältnisses zu den Dominions Kanada, Australien und Neuseeland, nicht in der Lage war, das Bündnis aufrechtzuerhalten. In Washington wurde neben dem Vertrage über die Flottenrüstung jener Vertrag geschlossen, der das Ende des englisch-japanischen Bündnisses bedeutete. Es wurde, vielleicht um die Sache nicht

zu eklatant zu machen, vielleicht auch, um Frankreich, das eine große Rolle in den Weltverhältnissen spielte, als maßgebende Großmacht heranzuziehen, nicht ein Vertrag zu dreien, sondern ein Vertrag zu vieren geschlossen. In dem Vier-Mächte-Abkommen, welches zwischen England, Amerika, Japan und Frankreich abgeschlossen wurde, garantierten sich die vier Mächte gegenseitig ihre Besitzungen im Stillen Ozean. Es war weiter darin festgesetzt, daß, wenn irgendwelche Streitigkeiten oder Differenzen zwischen den Vertragsteilhabern entstehen sollten, eine Schlichtung erfolgen sollte. Das englisch-japanische Bündnis sollte an dem Tage aufhören, an dem dieser neue Vertrag in Kraft treten sollte, der dann an die Stelle treten sollte. Als letzte Macht hat Frankreich im Juli 1923 diesen Vier-Mächte-Vertrag ratifiziert, und damit ist das Bündnis außer Kraft getreten, das mit dieser Abmachung selber schon seine Bedeutung verloren hatte.

Ebenso wie dieser Vertrag sind auch die übrigen in Washington geschlossenen Abkommen für die Stellung Japans und für den Imperialismus von großer Bedeutung. Das eine ist das Flottenabkommen (Fünf-Mächte-Abkommen, zwischen Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien geschlossen). Darin sind lediglich die Stärken der Schlachtschiffe festgelegt und der Flugzeugmutterschiffe, während für Kreuzer, U-Boote keine Beschränkung der Tonnenzahl festgesetzt worden ist. Es ist das Verhältnis der Flottenstärken, wie folgt, festgelegt:

England und die Vereinigt. Staaten dürfen bauen	je 525 000 Tonnen
Japan	315 000 Tonnen
Frankreich und Italien	je 175 000 Tonnen

In dem gleichen Abkommen sind Bestimmungen getroffen, durch welche die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes der Befestigungen innerhalb des Stillen Ozeans festgelegt ist. Es dürfen innerhalb einer gewissen Zone keine neuen Befestigungen von einer der Mächte angelegt werden. Es handelt sich praktisch dabei um Amerika, Japan und England. Damit ist die Möglichkeit eines Seekrieges zwischen diesen Nationen für die Zukunft beschränkt, denn es handelt sich um so große Entfernungen, daß es außerordentlich schwierig ist, große Flotten ohne befestigte Stützpunkte zu entsenden.

Weiter ist das Neun-Mächte-Abkommen getroffen worden, dem außer jenen fünf Mächten nun noch die anderen in Ostasien interessierten Mächte, nämlich China selbst, Belgien, Portugal und Holland, hinzutraten. In diesem Abkommen wurde wieder einmal die Unab-

hängigkeit und territoriale Unversehrtheit Chinas anerkannt, ebenso die Aufrechterhaltung der offenen Tür. In Wirklichkeit sind jedoch alle die Beschränkungen aufrechterhalten, denen China bisher unterlag. In einem weiteren Abkommen der neun Mächte wurde dem chinesischen Reich eine Revision seines Zolltarifs unter Erhöhung der Zölle bis zur effektiven Höhe von 5 % zugestanden.

Offen blieb noch die Frage der Rückgabe Kiautschous an China, die von amerikanischer Seite verlangt wurde. Sie wurde bei der Konferenz selber noch nicht geregelt, sollte vielmehr Sonderabmachungen zwischen Japan und China überlassen bleiben. Es sind nach langen Verhandlungen unter starkem amerikanischen Druck schließlich solche Abmachungen zustande gekommen, in denen sich Japan zur Rückgabe verpflichtete. Diese Rückgabe ist nach einiger Zeit dann auch erfolgt. Kiautschou ist trotz der anderslautenden Bestimmungen des Versailler Diktats wieder in chinesischen Besitz zurückgelangt.

Japan sah sich überhaupt in die Lage versetzt, seine gesamte politische Stellung in Ostasien zu modifizieren; denn es war jetzt isoliert. Vorher hatte Japan den Bündnisvertrag mit England gehabt, jetzt fehlte ihm eine jede Deckung, es stand allein den beiden angelsächsischen Großmächten gegenüber: den Vereinigten Staaten von Amerika mit ihren ungeheuren Kräften an Menschen, an Material, an Geld, und dem gewaltigen Britischen Reich. Die anderen Mächte, die früher in Ostasien Bedeutung hatten, waren zum Teil weggefallen, zum Teil in ihrer Aktionsfähigkeit stark beeinträchtigt. Rußland war zusammengebrochen. Diese Macht, die ohnehin fast immer ein Hauptkonkurrent Japans in Asien gewesen war, war jetzt nicht in der Lage, ein Gegengewicht zu bilden. Japan hat wohl eine Weile versucht, sich auf Frankreich zu stützen, aber es hat sich gezeigt, daß Frankreich entweder nicht in der Lage oder nicht willens war, Japan zu helfen. Das trat insbesondere hervor bei jenen amerikanischen Bestimmungen über den Ausschluß japanischer Einwanderer. Es wurde die Einwandererfrage wieder einmal aktuell. Japan mußte zurückweichen. Von Frankreich erhielt es keine ausreichende Unterstützung. Seinerseits hat Japan dagegen offenbar in dem Bemühen, sich die fehlende Stütze durch eine andere europäische Großmacht zu verschaffen, Frankreich wiederholt Liebesdienste geleistet, und zwar auf Deutschlands Kosten. Der japanische Vertreter im Völkerbund hat in jener Zeit in den Fällen, in denen es sich um Entscheidungen in Fragen handelte, in denen das französische Interesse dem deutschen entgegenstand, regelmäßig mit den

Franzosen zu Deutschlands Ungunsten gestimmt. Aber diese Politik hat tatsächlich keine erkennbaren französischen Gegenleistungen für Japan mit sich gebracht.

In dieser Lage, in der Japan isoliert den angelsächsischen Großmächten gegenüberstand, erwies sich die Weiterführung der ungeheuren Expansion, die es ins Werk gesetzt hatte, nicht als möglich. Die japanischen Staatsmänner haben dann eine Wandlung der japanischen Außenpolitik vollzogen, die in manchen Beziehungen geradezu als eine Umkehr erscheint. Sie haben in einer klugen, sich selbst beschränkenden Politik sich aus manchen Gebieten ganz zurückgezogen und allgemein sich konzentriert. Japan hat nicht nur Kiautschou wieder herausgegeben, sondern es hat auch seine Truppen aus Hankou wieder herausgezogen, ebenso aus der Nord-Mandschurei. Es hat Sibirien vollkommen geräumt. Es hat sich überhaupt bemüht, die Reibungsflächen zu vermindern und eine Politik zu vermeiden, die es in Konflikt mit jenen Großmächten führen könnte.

Auch wirtschaftlich ist Japan gegenüber jenem zeitweise großen Aufschwung weiterhin in eine weniger günstige Lage geraten und hat erhebliche Rückschläge erlitten. Es zeigte sich, daß die japanischen Waren in manchen Ländern doch nicht der Konkurrenz mit den europäischen Waren gewachsen waren, die nach Kriegsende wieder auf den Weltmarkt gelangten. Jene plötzliche japanische Wirtschaftsexpansion war ein zu schnelles Treiben der Frucht gewesen, etwas Künstliches, das nur infolge der besonderen Verhältnisse im Kriege und unmittelbar nach diesem möglich war. Sobald die europäische Industrie wieder in Gang kam, mußte Japan einen Teil der Märkte, in die es unter den abnormen Verhältnissen hineingelangt war, wieder verlieren. So hat sich auch in wirtschaftlicher Beziehung ein gewisses Zurückebben der japanischen Expansion gezeigt. Japan hat dabei auch starke Einbußen erlitten infolge von verheerenden Naturereignissen, die das Land heimsuchten. Jenes große Erdbeben im Jahre 1923 hat nicht nur sehr starke Verluste an Menschenleben herbeigeführt, die wahrscheinlich noch viel größer gewesen sind, als in den Veröffentlichungen jener Tage hervorgetreten ist, sondern es hat auch sehr große Vernichtungen von materiellen Werten, Gebäuden, Fabriken und Einrichtungen aller Art zur Folge gehabt. Es sind sehr bedeutende Milliardenwerte verlorengegangen. Die Wirkung dieses Erdbebens dürfte in materieller Beziehung ebenso hoch einzuschätzen sein, wie etwa ein verlorener Krieg gewesen wäre. Japan hat sich auch nach diesen Schlägen dank der inneren Kraft und

Leistungsfähigkeit des japanischen Volkes verhältnismäßig schnell wieder erholt. Aber immerhin haben auch diese Rückschläge zeitweise eine recht starke negative Einwirkung auf die Entwicklung gehabt.

Für die gegenwärtige Lage Japans spielt das Bevölkerungsproblem eine große Rolle. Das Land ist stark bevölkert und in einer sehr bedeutenden Zunahme begriffen. Am 1. Oktober 1925 ist eine Volkszählung erfolgt. Danach hat sich für das gesamte Japan mit seinen Besitzungen eine Bevölkerung von 83½ Millionen Menschen ergeben gegen 77 Millionen im Jahre 1920, also die ungeheure Zunahme von 6½ Millionen Menschen im Laufe von 5 Jahren. Das gilt aber für das gesamte Japan, wobei dahingestellt sein mag, ob die früheren Zahlen genaue gewesen sind. Im eigentlichen Japan, im Inselreich, sind 59,8 Millionen Einwohner vorhanden gegen 56 im Jahre 1920, also eine Zunahme von 3,8 Millionen Köpfen innerhalb von 5 Jahren. Es kommen jetzt in Japan 157 Köpfe auf den Quadratkilometer. Zum Vergleich mag dienen, daß wir in Deutschland gegenwärtig 134 Köpfe auf den Quadratkilometer haben. Wenn man Südjapan allein nimmt, so kommt man zu 220 Köpfen auf den Quadratkilometer. Das ist eine Bevölkerung, die so stark ist, wie in den bevölkertsten Industriegegenden in Europa. Diese Bevölkerung ist stärker, als aus dem eigenen Boden erhalten werden kann. Es müssen also beträchtliche Mengen von Nahrungsmitteln nach Japan eingeführt werden, und zwar ist das bei einer Bevölkerungszunahme von etwa 600 000 Köpfen jährlich für dieses verhältnismäßig kleine Land in beständig zunehmendem Maße der Fall.

Die japanische Auswanderung spielt eine verhältnismäßig geringe Rolle. Es erweckt ein gewisses Erstaunen, daß man aus dieser japanischen Volkszählung entnimmt, daß die Zahl der außerhalb Japans Lebenden verhältnismäßig recht gering ist. Die Gesamtzahl der im Ausland lebenden Japaner ist in der Statistik von 1925 auf nur 591 000 angegeben, davon leben in Amerika einschließlich Hawaii 254 000, während in China sich etwa 225 000 Japaner befinden. Angesichts dieser außerordentlich dichten Bevölkerung Japans und dieser starken Zunahme liegt der Gedanke nahe, daß die japanische Auswanderung eine sehr starke sein sollte. Aber dies ist nicht der Fall. Es hängt dies damit zusammen, daß Japan keine Gebiete zur Verfügung stehen, welche geeignet sind, Japaner in großer Zahl aufzunehmen. Die Japaner sind klimatisch ziemlich empfindlich und mögen die Kälte nicht. Schon die nördlichen Teile von Japan mit härterem Klima sind erheblich

schwächer bevölkert als die südlichen und vermöchten an sich viel mehr Menschen aufzunehmen, als gegenwärtig dort wohnen. Es mag, wie dies einzelne Kenner Japans meinen, damit zusammenhängen, daß die Japaner die Gewohnheit haben, in ganz leichten Häusern mit Papierwänden zu leben, die sich natürlich für ein strengeres Klima nicht eignen. Wie dem auch sein mag, die Tatsache liegt vor, daß die Japaner in die schwachbevölkerten kälteren Teile ihres eigenen Reiches nur ungern und in sehr geringer Zahl gehen. Das nördlich gelegene Sachalin ist mit insgesamt 200 000 Menschen recht dünn bevölkert. Auch die nördlichen Teile Chinas, die der japanischen Einwanderung offen stehen, nehmen wenig Japaner auf. Es finden sich wenige, eben aus klimatischen Gründen, die dorthin auswandern, um dauernd wohnen zu bleiben. Selbst in den Zeiten größter Expansion, in denen viele Tausende von Angestellten, von Polizisten usw. nach China sich begaben, handelte es sich wesentlich immer um Leute, die auf einige Zeit sich dorthin begaben, vielleicht auf 5 Jahre, um dann wieder in die Heimat zurückzukehren. Die Zahl der japanischen Daueransiedler in jenen Teilen ist außerordentlich gering. In die Mandschurei strömen jährlich Massen von Chinesen. Es gibt dort nur ganz wenige Japaner. Es ist zwar reichlich Raum vorhanden, der sich der japanischen Einwanderung nicht verschließt. Die klimatischen Verhältnisse sagen dem Japaner aber nicht zu. Es kommt noch etwas anderes hinzu. Der chinesische Arbeiter, insbesondere der Landarbeiter, ist dem Japaner an Bedürfnislosigkeit wie auch an Arbeitsleistung überlegen. In diesen Gegenden bilden die Chinesen eine außerordentliche starke Konkurrenz für die Japaner (s. auch S. 342).

Es gibt nun südlich und östlich von Japan große Länder, ja ganze Kontinente, die dem Japaner klimatisch und nach den sonstigen Verhältnissen zusagen, in die sich ein großer Strom Japaner ergießen würde, wenn sie für deren Einwanderung offen ständen. Diese Länder sind aber für die Japaner verschlossen. Nach Osten, nach Süden erheben sich die Mauern der angelsächsischen Reiche, welche die Angehörigen der gelben Rasse aus ihren Gebieten ausschließen. In der kurzen Spanne Zeit zwischen der Aufhebung des japanischen Auswanderungsverbotes und der Zeit, in der sich der Widerstand gegen die Einwanderung von Angehörigen der gelben Rasse auf dem amerikanischen Kontinent zeigte, sind, wenn man die damaligen Schiffahrtsverhältnisse mit ihren beschränkten Transportmöglichkeiten erwägt, verhältnismäßig große Mengen von Japanern ausgewandert. Viele gingen nach

den Westgestaden des amerikanischen Kontinents, nach Kalifornien in den Vereinigten Staaten, und nördlich davon nach Britisch-Columbia, jetzt zu Kanada gehörig. Vor allem aber sind beträchtliche Zahlen von Japanern nach den zwischen Japan und Amerika belegenen Hawaiiinseln ausgewandert, wo es nach kurzer Zeit dahin kam, daß die Japaner doppelt so stark waren wie die eingeborene Bevölkerung der Inseln. Dann setzte die Bewegung gegen die Einwanderer der gelben Rasse in Amerika ein. Die Angehörigen der weißen Rasse fühlten sich durch die Konkurrenz der bedürfnislosen, arbeitsamen Chinesen und Japaner in ihrer Existenz bedroht. Es kam zu Gesetzen, welche die Einwanderung nicht nur von Chinesen, sondern auch von Japanern verboten und die bereits in Amerika wohnenden Japaner in bezug auf Landerwerb und bürgerliche Rechte beschränkten. Trotz der Proteste von japanischer Seite ist es dabei verblieben. Die Abwehr der an den Gestaden des Stillen Ozeans lebenden Weißen gegen die Einwanderung von Japanern ist zu stark, als daß irgendeine amerikanische Regierung eine durchgreifende Änderung eintreten lassen könnte. Dasselbe gilt von den pazifischen Gebieten Kanadas. Auch dort ist ein unüberwindlicher Widerstand der Weißen gegen die japanische und chinesische Einwanderung vorhanden. In der gleichen Lage befinden sich die Japaner bezüglich Australiens und Neuseelands. Die dortigen Engländer haben das Wort von dem weißen Australien auf ihr Banner geschrieben.

So liegt die Tatsache vor, daß für das japanische Volk zwar große Länder in Asien offen stehen, aber nur solche, in denen sie nach den klimatischen oder den Bevölkerungs- oder den wirtschaftlichen Verhältnissen anscheinend keinen geeigneten Boden für dauernde Niederlassung finden, während die Länder in anderen Weltgegenden, die für sie geeignet sein würden, ihnen verschlossen sind.

Wie sich die japanische Auswanderung weiterhin gestalten wird, steht dahin. Es gibt in Südamerika Länder, in denen bisher keine solche Schranken gegen japanische Einwanderung bestehen wie in Nordamerika. Ob die Verhältnisse in diesen Ländern aber für die Japaner geeignet sind, steht dahin. Vorläufig hat sich keine starke japanische Auswanderung nach Südamerika gezeigt. Nur nach Mexiko und einigen Gebieten an der Ostküste Südamerikas hat bisher eine nennenswerte Auswanderung stattgefunden.

Worin liegt nun die Lösung des Bevölkerungsproblems Japans? Es wurde vor wenigen Jahren in einer Abhandlung eines japanischen

Nationalökonomen ausgesprochen, daß er eine Lösung nur in der künstlichen Geburtenbeschränkung erblicke. Diese Ideen scheinen aber, nach der starken Zunahme der japanischen Bevölkerung zu schließen, bisher keinen Anklang gefunden zu haben. Die wirkliche Lösung dürfte darin liegen, daß Japan sich in steigendem Maße industrialisiert und daß es seine übermäßig große Bevölkerung dadurch zu ernähren sucht, daß es sich Absatzgebiete für seine Industrieerzeugnisse schafft. Japan muß aus anderen Ländern Rohstoffe und Nahrungsmittel einführen und andererseits Industrieartikel exportieren, um die eigene Bevölkerung ernähren zu können. Die japanische Politik ist folgerichtig darauf gerichtet, dem japanischen Volk Rohstoffgebiete zu sichern und Absatzgebiete. So führt die beständig wachsende japanische Bevölkerung in einem Lande, das ohnehin schon übervölkert ist, mit Notwendigkeit zu einer Fortsetzung seines Imperialismus, den Japan im Laufe der letzten Jahrzehnte in den verschiedenen Richtungen bereits vorwärtsgetrieben hat. Japan wird weiter imperialistisch auszugreifen und seinen Einfluß in China, in Asien auszudehnen versuchen, um in der Lage zu sein, genügende Nahrungsmittel für seine Bevölkerung zu gewinnen, um überhaupt in der Lage zu sein, sich zu erhalten. In welcher Weise sich dieser Imperialismus in Zukunft betätigen wird, wie er in die Erscheinung treten wird, zu welchen Konflikten er etwa führen wird, läßt sich schwer voraussehen. Aber die Tatsache liegt vor, daß hier ein Land unter dem Druck der beständigen Zunahme seiner Bevölkerung auf einem zu deren Erhaltung nicht genügenden Boden zwangsweise imperialistische Politik treiben muß.

Nationalismus und Imperialismus in Rußland

Der russische Imperialismus vor der Umwälzung

In Rußland haben sich die Verhältnisse im Innern gegenüber der Zeit des Zarentums vollständig geändert. Es ist eine vollkommen andere Regierungsform in der Union der Sowjet-Republiken eingetreten. Es sind die Methoden auch nach außen hin anders geworden. Aber der russische Ausdehnungsdrang ist, trotzdem der internationale Marxismus durch den Bolschewismus zur Herrschaft gelangt ist, genau so stark, wie er im russischen Imperialismus unter dem Zarentum gewesen ist. Das hat seine natürlichen Gründe. Es liegt das einmal an den in der geographischen Lage begründeten Verhältnissen des Russischen Reiches. Der Drang nach Ausdehnung bei dem Russischen Reiche beruht, soweit es sich um die Ausdehnung zur Seeküste handelt, darauf, daß Rußland im Gegensatz zu den anderen großen Ländern und im allerstärksten Gegensatz zu England keine eisfreien Häfen besitzt. Dieser gewaltige Block, zu dem Rußland im Laufe seiner Entwicklung durch Hinzueroberung immer weiterer Teile von Sibirien angewachsen ist, grenzt, abgesehen von den Teilen des höchsten Nordens, nur an verhältnismäßig wenigen Stellen an das Meer. Und von allen diesen Häfen im Russischen Reich sind nur die am Schwarzen Meer das ganze Jahr hindurch eisfrei. In den früheren Zeiten, in denen die Völker mehr oder minder aus den Erträgnissen des eigenen Bodens selbst lebten, in denen überwiegend eine Naturalwirtschaft herrschte, hat sich das Bedürfnis nach eisfreien Häfen nicht in dem Maße geltend gemacht, wie das später der Fall war. Aber wir sehen diesen Drang nach eisfreien Häfen, der sich praktisch als Drang nach den Dardanellen, nach Konstantinopel, geltend machte, schon zu Zeiten Peters des Großen auftreten. Das Fehlen solcher Häfen machte sich von dem Zeitpunkt ab besonders stark bemerkbar, von dem aus eine beträchtliche Aus- und Einfuhr eintrat. Das Hauptprodukt Rußlands war Getreide. Wenn Rußland vom Auslande kaufen wollte, da es selbst keine entwickelte Industrie hatte, so war es darauf angewiesen,

mit Schiffen Getreide zu exportieren. So erklärt sich der Drang nach der Erlangung von Häfen, die das ganze Jahr hindurch benutzt werden können. Er durchzieht die ganze russische Geschichte und macht unter der Bolschewistenherrschaft trotz aller sonstigen Unterschiede seine Kraft gleichfalls geltend.

Rußland zeigte vom Beginn der Befreiung von dem Tartarenjoch, seitdem es zu einem mächtigen Staatsgebilde geworden war, ein starkes Expansionsbestreben. Von der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ab wurde Sibirien in Besitz genommen, Sibirien, das gleichfalls in den in russischen Besitz gelangten Teilen keine ständig eisfreien Häfen aufweist. Dann kam jenes Streben nach Konstantinopel, jenes Streben nach den Meerengen, welche durch das Schwarze Meer hindurch den Ausgang ins freie Meer ermöglichen. Um das Schwarze Meer sind die fruchtbarsten Länder Rußlands gelagert. Der gegebene Auslaß ist der durch den Bosporus und die Meerengen in das Mittelmeer. Es ist eine natürliche Folge der geographischen Lage Rußlands, daß es von dem Augenblick an, in dem es sich zu einer Großmacht entfaltete, nach dem Besitz Konstantinopels und der Meerengen gestrebt hat. In dem ersten Stadium jenes Strebens war es die Türkei, die dem erfolgreichen Widerstand entgegensetzte. Als in späteren Zeiten die Türkei geschwächt war, und sie allein dem Russischen Reich keinen Widerstand hätte leisten können, waren es die Westmächte, die Rußland in den Arm fielen. 1856 kam es, als Rußland sich der erstrebten Beute bemächtigen wollte, zum Krim-Krieg, in dem Frankreich und England gemeinsam Rußland niederwarfen. Später, in den 70er Jahren, in dem neuen russisch-türkischen Kriege, als Rußland wiederum nahe daran war, sein Ziel zu erreichen, war es wiederum England, welches dies verhinderte. Es war auf der Berliner Konferenz 1878, daß Bismarck als „ehrlicher Makler" zwischen den russischen Ansprüchen auf der einen Seite und dem englischen Widerspruch auf der anderen Seite vermittelte. Das Ergebnis war, daß Rußland zurückstehen mußte, da es sonst zum Kriege mit England gekommen wäre. Rußland mußte das fast erlangte Ziel wieder aus den Händen geben. Andererseits erhielt bei dieser Gelegenheit Österreich-Ungarn, das ja immer eine bedeutende Balkanmacht gewesen war, jene Zusagen auf Bosnien und die Herzegowina, die dann später in der Entwicklung vor dem Weltkriege eine so große Rolle spielen sollten. Bei dieser Gestaltung der Dinge hat Rußland seine Bestrebungen auf Konstantinopel zunächst noch im Auge behalten. Aber dann ergab sich

eine Lage, in der die Verwirklichung dieser Pläne nicht mehr als im Rahmen des zunächst Möglichen liegend erschien.

Es spielt bei diesen Dingen der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag eine wichtige Rolle. Bismarck hatte zunächst durch das Drei-Kaiser-Bündnis den Frieden in Europa zu sichern versucht. Als dies nicht weiter ging, griff er zu dem Mittel des Rückversicherungsvertrages. Dieser wurde 1887 zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossen. Er enthielt als Hauptbestimmung die, daß Deutschland und Rußland, im Falle eine der beiden Mächte von einer anderen Macht angegriffen würde, sich die Neutralität zusagten. Aber neben dem Rückversicherungsvertrag ging eine Geheimklausel her, deren Inhalt erst aus den Aktenveröffentlichungen nach dem Kriege bekanntgeworden ist. In dieser Geheimklausel hatte Deutschland dem Zaren zugesagt, daß, wenn die Verhältnisse dahin führen würden, daß der Zar in die Lage kommen sollte, den Zugang zu seinem Reich zu verteidigen und, wie es wörtlich heißt, „den Schlüssel zu seinem Reich in der Hand zu behalten", ihm Deutschland wohlwollende Neutralität bewahren und ihm diplomatische Unterstützung geben würde. Diese Geheimklausel war von größter Wichtigkeit für die Haltung Rußlands. Wenn man erwägt, daß sein Hauptstreben immer auf den Besitz der Meerengen gerichtet war, so muß man sich darüber klar sein, daß Rußland diejenigen Mächte, von denen es Unterstützung in diesen seinen Bestrebungen erwarten konnte, als Freunde betrachten würde, während es die Mächte, von denen es Widerstand zu erwarten hatte, als Feinde ansehen würde. Es ist von manchen Seiten bestritten worden, daß die Nichterneuerung des russischen Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 nach dem Abgang Bismarcks eine ausschlaggebende Rolle in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gespielt hätte. Solche Zweifel sind geäußert worden, obgleich Bismarck selbst in verschiedenen Veröffentlichungen darauf hingewiesen hat, daß dadurch der Draht mit Rußland abgeschnitten sei, daß das die Ursache von dem Zusammenschluß zwischen Rußland und Frankreich gewesen sei. Nachdem wir nun den Inhalt der Geheimklausel kennen, sind Zweifel darüber wohl nicht mehr erlaubt, daß die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages eine derartig entscheidende Wirkung hatte. Nunmehr stand Deutschland als Verbündeter Österreich-Ungarns den russischen Ausdehnungsbestrebungen nach den Meerengen im Wege. Es war nunmehr Deutschland aus der Reihe der wohlwollenden Freunde dieser Ausdehnungspolitik ausgeschieden.

In der Tat folgte fast unmittelbar auf die Nichterneuerung das russisch-französische Bündnis. Im weiteren Verlauf der Dinge gestaltete sich nun aber die Lage so, daß Rußland keine Aussicht auf baldige Verwirklichung seiner Meerengenpläne hatte, denn es standen Deutschland und Österreich-Ungarn im Wege. England war noch weit entfernt davon, seine Haltung aufzugeben, die ja gegenüber Deutschland zunächst zu Bismarcks Zeiten überwiegend freundlich und späterhin nicht feindlich war, bis gewisse Ereignisse eintraten. So sah Rußland seinen Weg nach Westen versperrt. Es richtete nunmehr seinen Blick nach Osten, um dort an den Gestaden des Stillen Ozeans die eisfreien Häfen zu erlangen, die ihm in Europa versagt waren. So setzte mit dem Bau der transsibirischen Eisenbahn jene russische Politik im Fernen Osten ein, die sich zunächst darin kundgab, daß Rußland gemeinsam mit Frankreich und Deutschland Japan verhinderte, die Früchte seines Sieges über China im Kriege 1894/95 zu genießen. Im Frieden von Shimonoseki vom Jahre 1895 war zwischen Japan und China vereinbart, daß Japan die Halbinsel Liautung mit Port Arthur erhalten sollte. Die Mächte Rußland und Frankreich, denen sich auch Deutschland anschloß, verhinderten dies. Auf ihren Druck hin mußte Japan gegen eine geringe Geldzahlung auf die Festsetzung in Liautung verzichten.

Ein paar Jahre darauf, im Jahre 1898, setzte Rußland sich selbst fest auf Liautung, besetzte Port Arthur und legte in dem benachbarten Dalny einen großen Handelshafen an. Diese russische Festsetzung in Ostasien war einmal England außerordentlich unbequem, denn England hatte in erster Linie dort große Interessen; dann aber entwickelte sich daraus allmählich ein Konflikt mit Japan. Es ist begreiflich, daß Japan diese Festsetzung gerade in Liautung, das es selbst früher als Siegespreis von China erhalten hatte und lediglich infolge des russisch-französisch-deutschen Einspruches nicht hatte behalten können, nicht mit freundlichen Augen ansah. Aus der russischen allmählichen Durchdringung mancher Teile Chinas, aus den Differenzen insbesondere, die sich bezüglich Koreas zwischen Japan und Rußland ergaben, entwickelte sich dann der russisch-japanische Krieg, der zur Niederlage der russischen Armee führte und schließlich zum Friedensschluß von Portsmouth 1905, in dem Rußland nunmehr praktisch sein Ziel aufgeben mußte. Rußland mußte Liautung wieder herausgeben. Im übrigen interessieren die Abmachungen dieses Friedens für unser Thema nicht weiter. Es genügt festzustellen, daß der Versuch Rußlands, die

eisfreien Häfen in Oſtaſien zu gewinnen, an dem japaniſchen Widerſtand ſcheiterte.

Nunmehr drehte ſich Rußland herum und verfolgte wiederum die Ziele nach Weſten, die alten Ziele der Erlangung Konſtantinopels und der Meerengen. Unmittelbar nach dem Kriege war Rußland ſo geſchwächt, daß es zunächſt keine Möglichkeit hatte, an einen Krieg mit den Mittelmächten zu denken. Aber die Lage änderte ſich allmählich. 1907 wurde jener Vertrag zwiſchen Rußland und England geſchloſſen, der Deutſchland gegenüber die Einkreiſung vollendete. Der Vertrag bezog ſich zunächſt nur auf den Ausgleich, auf die Ausſchaltung der Konfliktsmöglichkeiten zwiſchen England und Rußland in Perſien und an anderen Punkten. Aber durch ihn erfolgte gleichzeitig die Herſtellung eines Einvernehmens zwiſchen Rußland und England, welches ſchließlich im Weltkriege zu den praktiſchen Konſequenzen des gemeinſamen Krieges gegen Deutſchland führte. Zwar als im Jahre nach dem Abſchluß jenes ruſſiſch-engliſchen Vertrages die Gefahr eines Konfliktes auf der Balkanhalbinſel entſtand, war Rußland infolge der Nachwirkungen des japaniſchen Krieges noch nicht ſtark genug und nicht genügend organiſiert, ſo daß es dem Druck der Mittelmächte gegenüber nachgab. Es handelte ſich um die Durchführung jener oben erwähnten Feſtlegungen, welche auf der Berliner Konferenz im Jahre 1878 erfolgt waren. Es handelte ſich darum, daß nunmehr Öſterreich-Ungarn die von ihm verwalteten Gebiete Bosnien und die Herzegowina ſich einverleibte. Rußland gab nach, als Deutſchland ſich vollſtändig auf Öſterreich-Ungarns Seite ſtellte.

Dann aber gingen die Ereigniſſe weiter ihren Weg. Rußland hatte beſtändig ſein Ziel, die Dardanellen, im Auge. Es wurden auf der Balkanhalbinſel von ruſſiſcher Seite jene Bewegungen beeinflußt, die in dem Krieg der Balkanmächte gegen die Türkei in die Erſcheinung traten. Der Balkanbund vom Jahre 1912 ſtand unter ruſſiſcher Ägide. Im Weltkrieg trat dann Rußland offen mit dem Ziel der Inbeſitznahme Konſtantinopels und der Dardanellen hervor. Deren Erringung wurde ihm auch im Laufe des Krieges von ſeinen Verbündeten zugeſtanden.

Aber es war nicht nur dieſer Drang nach den eisfreien Häfen, der zu dem ruſſiſchen Streben nach Expanſion führte, ſondern es traten noch andere Momente hinzu, die auf dem Gebiete des Volkstums lagen. Das ruſſiſche Volk iſt kein einheitliches Volk. Es iſt aus einer großen Zahl von Völkern zuſammengeſetzt. Vor dem Kriege zählte man

142 verschiedene Völker. Trotzdem waren diese unter der Zarenregierung einheitlich zusammengefaßt. Es überwogen in staatspolitischer Beziehung vollkommen die Großrussen, obgleich sie nur einen Teil des gesamten russischen Volkes ausmachten. Die Großrussen zusammen mit den Weißrussen und Kleinrussen machten etwa zwei Drittel der gesamten Bevölkerung aus, die mit ihren 150 Millionen Köpfen das stärkste aller unter einheitlicher Herrschaft zusammengeschlossenen weißen Völker bildet. Wenn man das russische Volk unter dem Gesichtspunkt des Nationalismus betrachtet, so kann man kaum sagen, daß in den früheren Stadien der Entwicklung sich ein sehr starker Nationalismus gezeigt hätte, der darauf ausgegangen wäre, alle anderen Völker sich zu assimilieren. Unter dem Zepter des Zaren haben vielmehr lange Zeit hindurch diese große Zahlen von Völkern gewohnt, ohne daß versucht wäre, sie nach Sprache und Gesittung zu einer einheitlichen Masse umzugestalten. Sie standen unter der nominell absoluten Herrschaft des Zaren. In Wirklichkeit führte eine Bureaukratie die Regierung. Aber deren Tätigkeit hat sich im allgemeinen nicht bis auf die innere Umwandlung, sprachlich und sonst, der Menschen gerichtet. Lediglich in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege begannen derartige Bestrebungen der Russifizierung auch in Gebieten, die man bis dahin in bezug auf Sprache, Sitte, Kultur mehr oder minder sich selbst überlassen hatte. Das geschah insbesondere in den baltischen Provinzen, wo u. a. die Umwandlung der Universität Dorpat in eine russische Universität erfolgte. Sie traten ganz besonders stark in Finnland hervor.

Aber schon ehe diese staatlichen Bestrebungen der Russifizierung, die mit Gewalt eine Umwandlung herbeiführen wollten, einsetzten, zeigte sich die Bewegung des Panslawismus, die für den Weltkrieg eine große Bedeutung erlangen sollte. Der Panslawismus ist seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgetreten, aber im Anfang nur als Gegenstand literarischer Erörterung. Von diesem Gebiet aus hat er allmählich politische Bedeutung erlangt. Die Idee des Panslawismus war, daß alle slawischen Völker, von denen viele nach Westen hin unter fremder Herrschaft standen, zum Teil unter türkischer Herrschaft auf der Balkanhalbinsel, zum Teil unter österreichisch-ungarischer Herrschaft weiter im Norden, geeinigt werden sollten zu einem großen slawischen Reiche. Diese Idee hat ihrem praktischen politischen Inhalt nach immer mehr und mehr die Gestaltung gefunden, daß sie als ein großes Reich unter russischer Leitung gedacht war. Rußland

trat schon frühzeitig als der natürliche Schutzherr und Protektor jener kleinen Völker auf dem Balkan auf, soweit sie slawischen Blutes oder slawisiert waren. Rußland förderte diese Unabhängigkeitsbewegungen, die allmählich zu einer Abbröckelung des türkischen Reiches führten. Der im 19. Jahrhundert wiedererrichtete serbische Staat umfaßte nur einen Teil des serbischen Volkes. Andere Teile lebten unter österreichischer Herrschaft in Bosnien und der Herzegowina, über welche Gebiete Österreich-Ungarn auf dem Berliner Kongreß 1878 das Okkupationsrecht zugestanden war. Im serbischen Volk lebte der Wunsch nach einer Vereinigung aller Serben zu einem Großserbien. Diese Bewegung erhielt einen neuen kräftigen Ansporn durch die 1908 erfolgende Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Die großserbische Bewegung nahm einen großen Umfang und solche Formen an, daß der Bestand der Doppelmonarchie dadurch gefährdet wurde. Es war gerade der Thronfolger, der Erzherzog Franz Ferdinand, welcher sich über die Schwierigkeiten der Lage klar war. Er suchte eine Lösung in der Richtung, daß er aus der Doppelherrschaft, aus der Diarchie, eine Triarchie machen wollte, daß er neben den österreichischen und den ungarischen Bestandteil einen slawischen setzen wollte. Er glaubte dadurch die slawischen Aspirationen innerhalb der österreich-ungarischen Monarchie befriedigen zu können.

Dies widersprach in schärfster Weise den Absichten der Serben. Ihre Idee war, ein Großserbien aus Serbien und den unter österreichischer Herrschaft stehenden Serben zu bilden. Infolgedessen erschien den serbischen Nationalisten der Thronfolger als ihr größter Feind. Sie wollten die Einigung der Serben für sich, nicht unter einer fremden Regierungsgewalt oder Herrschaft. So kam es dann zu jener Mordtat in Serajewo, bei der der Thronfolger und seine Gemahlin von serbischen Mördern getötet wurden, von Mördern, die mit Bomben aus dem staatlichen Arsenal ausgerüstet waren. Über die Kenntnis der serbischen Regierung von diesen Dingen war man früher im unklaren. Es ist durch neuere Veröffentlichungen festgestellt worden, daß Minister der serbischen Regierung Kenntnis davon hatten, daß diese Verschwörer über die Grenze hinübergingen in das österreichische Gebiet, und daß sie nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, um sie an der Überschreitung der Grenze zu hindern oder ihrer habhaft zu werden.

Jene Mordtaten gaben den Anlaß zu den weiteren Verwicklun-

gen, die zum Weltkrieg führten. Rußland als Schutzherr des Panslawismus im allgemeinen und der Serben insbesondere trat auf den Plan. Als Österreich-Ungarn, um seinen staatlichen Bestand zu retten, gegen Serbien vorging, stellte sich das Russische Reich schützend vor dieses. Daß Deutschland seine Bundespflichten gegenüber dem verbündeten Österreich-Ungarn erfüllen werde, hatte es schon bei Beginn der Verwicklungen klargestellt. Rußland hat durch seine Mobilisation irgendwelches Halten auf dem Wege zum Kriege unmöglich gemacht. Auf die russische Mobilisierung mußte mit Notwendigkeit die deutsche folgen, die sonst Deutschland für die Kriegführung ins Hintertreffen hätte geraten lassen.

In dem Kriege traten die imperialistischen Ziele Rußlands klar hervor. Die Besitznahme Konstantinopels war das Hauptkriegsziel Rußlands und wurde im Kriege von den Alliierten als zuzugestehendes Ziel anerkannt. Aber es zeigte sich, daß Rußland noch weitere imperialistische Ziele erreichen wollte. Es schloß 1917 einen Geheimvertrag ab mit Frankreich, worin Rußland dem französischen Staat Elsaß-Lothringen zugestand und die Rheingrenze, während Frankreich seinerseits damit einverstanden war, daß Rußland seine Westgrenze nach Deutschland hin nach seinem Ermessen ohne französischen Einspruch festsetzen könne. Darin trat zutage, daß Rußland auch nach Ostpreußen hin sich ausdehnen wollte. Endlich verständigte sich Rußland im Frühjahr 1916 mit Frankreich über die Aufteilung türkischen Gebietes in Vorderasien. Rußland sollte das türkische Gebiet zwischen der persischen Grenze und dem Schwarzen Meer erhalten. Alle diese Dinge sind durch den Zusammenbruch Rußlands hinfällig geworden. Man kann sich aber vorstellen, wie sich die Dinge gestaltet haben würden, wenn Rußland den Sieg davongetragen hätte.

Dann trat während des Krieges, 1916, eine sehr interessante Wandlung nach der ostasiatischen Seite hin ein. Rußland schloß nämlich einen Vertrag mit Japan mit einem geheimen militärischen Bündnis zur Sicherung der beiderseitigen Interessen in China. Falls Rußland nicht infolge seines Zusammenbruchs aus dem Kriege ausgeschieden wäre, so würde es wahrscheinlich zu einer völligen Änderung der Verhältnisse in Ostasien gekommen sein dahin, daß Japan und Rußland sich als die beiden maßgebenden Mächte in Ostasien geeinigt hätten, was auf ihre Haltung England gegenüber natürlich eine große Wirkung ausgeübt haben würde.

In Wirklichkeit kam es zu nichts Derartigem. Die russischen Armeen waren den deutschen Truppen gegenüber nicht gleichwertig. Sie wurden geschlagen, große Teile russischen Gebietes wurden von den deutschen Armeen besetzt. Unter dem Eindruck dieser Niederlage kam es zu dem Zusammenbruch in Rußland. Der Zar wurde zur Abdankung gezwungen. Es folgten aufeinander die Revolutionsregierungen: die der Duma mit Miljukow, welche noch versuchte, am Zarentum festzuhalten; dann folgte die Regierung der sozialen Revolutionäre unter Kerenski, welche im Einvernehmen mit den Alliierten den Krieg weiterzuführen suchte; auch diese brach zusammen, und es trat nun an ihre Stelle die Bolschewistenherrschaft unter Lenin.

Die Bolschewisten erklärten, sie wollten Frieden schließen. Es solle ein Frieden sein ohne Annerionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Es kam zu Verhandlungen im Jahre 1918 in Brest Litowsk, bei denen die Bolschewisten versuchten, ihre Ideen durchzusetzen. Eine Einigung konnte indessen nicht erzielt werden. Als dann von deutscher Seite der Vormarsch nach Petersburg eingeleitet wurde, kam es zu einem Frieden, der dem Russischen Reich die Bestimmungsrechte über die baltischen Länder nahm. Der Frieden von Brest Litowsk ist bekanntlich infolge des späteren Zusammenbruchs Deutschlands nicht zur Durchführung gelangt. Die Verfügung über jene baltischen Länder wurde Rußland aber auch von den Alliierten nicht zugestanden. So kam es zu der Bildung jener neuen Staaten, die Rußland nach Westen hin vorgelagert sind.

Der Bolschewismus in seinem Verhalten zum Nationalismus und Imperialismus

Mit Lenin war in Rußland der Marrismus zur Herrschaft gelangt, der die Herrschaft des internationalen Proletariats als Ziel hat. In Rußland selber wurde dieses Ziel in gewissem Maße erreicht. Unter der Sowjetherrschaft wurden die Bourgeois, womit die Angehörigen aller anderen Stände und Klassen bezeichnet wurden, von den Bolschewisten getötet oder sie flüchteten oder sie wurden in den Zustand des tatsächlichen Proletariats herabgedrückt.

Was die Stellung der Bolschewisten zum Nationalismus und zum Imperialismus anbetrifft, so ist folgendes zu bemerken.

Über die Nationalitätenfrage wie auch über andere Fragen hat

Lenin sich in jahrelanger Arbeit vor dem Kriege Gedanken gemacht und diese dargelegt. Er hat als Grundsatz festgelegt, daß jede Nationalität das volle Selbstbestimmungsrecht genießt und das Recht der Ablösung von Rußland hat[1]). Er hat an anderen Stellen seiner Schriften diesen Gedanken noch näher dargelegt. Insbesondere hat er entwickelt, wie die Frage nach dem Recht einer Nation auf Selbstbestimmung sich nach seinen, also den für den Bolschewismus nachher maßgebend gewordenen Gedanken zu beantworten habe. Er sagt: „Die Frage nach dem Recht einer Nation auf Selbstbestimmung darf nicht mit der Frage nach der Zweckmäßigkeit für diese oder jene Nation verbunden werden. Diese letztere Frage muß die Sozialdemokratische Partei in jedem Falle selbständig entscheiden vom Standpunkt der Gesamtentwicklung der Gesellschaft und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus." An einer anderen Stelle hat er seine Auffassung des Näheren dahin dargelegt:

„Die Sozialdemokratie als Partei des Proletariats stellt sich zur positiven und hauptsächlichsten Aufgabe die Förderung der Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb jeder einzelnen Nationalität. Wir müssen immer und bedingungslos zur engsten Vereinigung des Proletariats aller Nationen streben und nur in einzelnen Ausnahmefällen dürfen wir selbst Forderungen stellen und aktiv vertreten, die sich auf Schaffung eines neuen Klassenstaates richten."

Für Lenin kommt es hauptsächlich darauf an, daß die Lehren des Kommunismus in die Jugend hineingetragen werden sollen. Dazu bedarf es aber der Pflege der Muttersprache, die geeignet ist, die geistigen Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Er betont die Unterstützung und Berücksichtigung der unterdrückten Völker unter gleichzeitiger „Ausrottung des groß-russischen Nationalismus".

Kurz nach Ausbruch des Weltkrieges schrieb Lenin:

„Uns Vertretern der Großmachtnationen im Osten Europas und eines guten Teiles von Asien würde es nicht anstehen, der gewaltigen Bedeutung der nationalen Frage zu vergessen . . . Ist uns großrussischen überzeugten Proletariern das Gefühl nationalen Stolzes fremd? Durchaus nicht! Wir lieben unsere Sprache und unser

[1]) S. G. Gleinow, Die Grundgedanken der Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion in „Osteuropa" I Jahrgang, 1925/26, Heft 2, S. 65 ff.

Geburtsland, wir arbeiten vor allem daraufhin, daß seine arbeitenden Massen, das sind neun Zehntel seiner Bevölkerung, zum überzeugten Leben von Demokraten und Sozialisten emporgehoben werden."

Die Richtlinien der Nationalitätenpolitik sind dann in zwei Dokumenten zusammengefaßt: In den „Thesen" über die „sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung" vom April 1916 und in den „Ergebnissen der Erörterung über die Selbstbestimmung", erschienen im Oktober 1916[1]). In diesen Richtlinien heißt es:

„Der siegreiche Sozialismus muß unbedingt die volle Demokratie und folglich nicht nur völlige Gleichheit der Nationen, sondern auch das Recht der bedrückten Nationen auf Selbstbestimmung, das ist das Recht auf freie politische Absonderung einführen."

Nachdem Lenin im November 1917 die Herrschaft in Rußland erlangt hatte, handelte er nach diesen Grundsätzen. Die Macht wurde den örtlichen Räten zugeteilt. Es kam zur Gründung einer Anzahl von Sowjetrepubliken, welche in ihrer Gesamtheit die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik bildete. Im Jahre 1922 ist an die Stelle dieses Namens die Bezeichnung „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" getreten. Damit wurde der Widerspruch zwischen der Dezentralisation der Staatseinrichtungen und der scharfen Zentralisation seitens der Kommunistischen Partei und der von dieser beherrschten Regierung verschleiert[2]).

Die Ideen Lenins sind in der Auslegung, wie sie ihnen die Nachfolger zuteil werden lassen, auch heute noch maßgebend für die Gestaltung der Dinge in den Sowjetrepubliken. Es ist den einzelnen Bestandteilen des Russischen Reiches die Autonomie gewährt worden. Es gibt eine ganze Reihe von Republiken, wie die Kirgisen-Republik, die der Wolga-Deutschen, die eine Kulturautonomie haben, die ihre Schulen einrichten können usw. In der Theorie ist die Selbstbestimmung in weitestem Maße vorhanden. In Wirklichkeit besteht aber keineswegs eine solche Freiheit, wie es hiernach scheinen möchte, sondern es ist stärkste Unterdrückung jeder Freiheit vorhanden. Es herrscht auch heute noch ein sehr starker Terrorismus in dem bolschewistischen Rußland. Jene als autonom erklärten Sowjetrepubliken sind in der

[1]) Cleinow a. a. O., S. 73.

[2]) Siehe G. Cleinow, Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Reichszentrale für Heimatdienst Nr. 154, Juli 1927, S. 5.

Tat nur so weit selbständig, als sie sich im Rahmen der kommunistischen Ideenwelt bewegen und als ihre Einrichtungen mit den Ideen und Maßnahmen der Gewalthaber Rußlands vereinbar sind.

Und nun zeigt sich das Eigentümliche, daß trotz dieser bolschewistischen Einstellung für die Internationale und gegen den großrussischen Nationalismus, wenn nicht alles trügt, sich doch gerade in Rußland ein starker Nationalismus bildet, daß dieses russische Volk trotz der marxistischen Ideen, die ihm theoretisch beigebracht sind, die Zusammengehörigkeit als Nation sehr stark empfindet. Es zeigt sich, daß irgendwelche Ideengänge, wie die des Bolschewismus, des Marxismus, die verstandesmäßig erfaßt werden, doch nicht die entscheidende Kraft haben gegenüber den Instinkten, wie sie in über tausendjähriger Zusammengehörigkeit eines Volkes mit gemeinsamen Sitten und gemeinsamer Sprache entstehen. So scheint es, daß in Wirklichkeit aus jenem Internationalismus Rußlands sich ein starker Nationalismus entwickelt. Zu bedenken ist dabei auch, daß die Zahl der Bolschewisten verhältnismäßig sehr gering ist, verglichen mit der Millionenzahl der russischen Bevölkerung, und daß die bolschewistischen Ideen nicht in die Masse der Bauern, die den Hauptbestandteil der Bevölkerung bilden, eingedrungen sind. Der Bolschewismus hat im übrigen auch viele Konzessionen in der inneren Verwaltung machen müssen. Er hat seine kommunistische Politik im Innern bereits seit Jahren nicht mehr fortgesetzt, sondern in gewissem Umfang den Privathandel innerhalb Rußlands ermöglicht. Es ist den Bauern unter Wahrung des Eigentumsrechts des Staates ein Erbpachtrecht gegeben. Es besteht die Möglichkeit, daß die Bauern wieder mit angeworbenem Personal arbeiten. So lebt die landwirtschaftliche Bevölkerung keineswegs in Verhältnissen, die man als kommunistisch bezeichnen könnte. Starke nationalistische Regungen sind insbesondere bei den Kleinrussen in der Ukraine hervorgetreten. Gegen diesen „antiproletarischen" Nationalismus haben sich Erklärungen und Repressivmaßnahmen der kommunistischen Partei gerichtet[1]).

Was nun das Verhältnis des Bolschewismus zum Imperialismus anbetrifft, so ist bereits oben darauf hingewiesen, daß in Hinsicht auf Ausdehnungsbestrebungen die Sowjetrepubliken sich von dem früheren Zarentum nur in der Form, nicht aber in der Sache unterscheiden. Das Russische Reich ist genau so, wie das früher der Fall

[1]) Siehe „Vorwärts" vom 27. Juli 1927.

war, bestrebt, seine Macht zu erweitern, allerdings sind wir jetzt wieder in dem Stadium, wo diese Bewegung nicht nach Westen geht, sondern nach Ostasien. Denn nach Westen hin sind den russischen Ausdehnungsbestrebungen sehr starke Schranken gesetzt. Die Türkei hat sich behaupten können gegenüber den Alliierten und ist selbständig geworden. Die Türkei ist im Besitz von Konstantinopel und des westlich angrenzenden Landes. Rußland sieht sich nach einer Auffassung der Bolschewistenführer, wie sie auf der letzten erweiterten Sitzung der Exekutive in Moskau im Dezember 1926 zum Ausdruck kam, einer Einkreisung gegenüber, die von England ausgeht. Die militärische Macht Rußlands ist nicht groß genug, um an eine Wiederaufnahme der früheren Meerengenpläne Rußlands in der Gegenwart denken zu können. Und so ist Rußland wiederum in seinen Ausdehnungsbestrebungen nach Ostasien hin gewandt. Die Sache spielt sich jetzt nicht mehr so ab, wie zur Zarenzeit, wo russische Regimenter in jene Gebiete gelegt wurden, wo man früher unabhängige Staaten besetzte, wo sich die russischen Garnisonen der englisch-indischen Grenze näherten, sondern jetzt sind es die Emissäre der Bolschewisten, welche in anderer Weise die Erweiterung der russischen Macht zu betreiben suchen.

Die bolschewistische Regierung hat eine Reihe von Verträgen mit asiatischen Staaten abgeschlossen. 1921 schloß sie mit Persien den oben erwähnten Vertrag ab, worin Sowjetrußland auf alle Konzessionen verzichtete, welche sich die Zarenregierung 1907 ausbedungen hatte. Im Dezember 1925 wurde in Paris der russisch-türkische Vertrag abgeschlossen, in dem die beiden Mächte sich gegenseitig wohlwollende Neutralität zusicherten. Mit Afghanistan wurde bereits 1921 ein Abkommen getroffen. Es sind später erneute Verhandlungen mit Afghanistan wegen eines Freundschafts- und Garantievertrages geführt worden.

Es tauchen ab und zu Ideen von einem Pan-Asien unter russischer Führung auf, aber derartiges scheint fern von einer Verwirklichung. Der russische Expansionsdrang tritt aber an den verschiedensten Stellen in Asien auf. Er zeigt sich besonders in der Richtung, daß die Russen die unter englischer Herrschaft stehenden Völker aufzureizen suchen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamieren und mit Rat, eventuell mit Waffen und Führern helfen, wie das in weitestem Umfange in der neuesten Zeit in China geschehen ist.

Wie die Dinge nach bolschewistischer Auffassung im Großen aus-

sehen, darüber können wir uns aus den eigenen Reden der Bolschewistenführer ein Bild machen, wie sie auf der erwähnten Konferenz in Moskau im Dezember 1926 gehalten wurden, und aus den dabei aufgestellten, von der Konferenz angenommenen Thesen über die internationale Lage und die Aufgaben der kommunistischen Internationale. Es ist interessant, aus den Ausführungen des Leiters der kommunistischen Internationale, Stalin, zu entnehmen, wie er die russischen Verhältnisse mit denen anderer Länder als verknüpft ansieht. Er sagte nach Berichten der „Roten Fahne" u. a.: „Wenn die Frage des Aufbaues des Sozialismus eine Frage der Überwindung der eigenen nationalen Bourgeoisie ist, so ist die Frage des endgültigen Sieges des Sozialismus eine Frage der Überwindung der Weltbourgeoisie . . . Es folgt daraus, daß die Interessen und die Aufgaben des Proletariats der Sowjetunion verflochten und unzerstörbar verbunden sind mit den Interessen und Aufgaben der revolutionären Bewegung in allen Ländern und umgekehrt. Deswegen ist die Gegenüberstellung ‚nationaler' Aufgaben des Proletariats und internationaler Aufgaben der größte Fehler in der Politik." Ein anderer Hauptführer der Bolschewisten, Rykow, sagte in seiner Rede vom 11. Dezember 1926: „Unsere Epoche ist die Epoche des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft. Die Oktoberrevolution ist das erste Glied in der Kette des Sturzes des Kapitalismus in der ganzen Welt. Wenn es sich herausstellen würde, daß der Kapitalismus nicht im Verfall begriffen ist, sondern sich entwickeln wird, dann würde die Existenz der Sowjetrepublik und die Organisierung des Sozialismus zur Utopie werden. Die Arbeit unseres Landes ist eine Funktion der internationalen Revolution und des Sturzes des Kapitals in der ganzen Welt." In den „Thesen"[1]), die einstimmig angenommen wurden, ist im Gegensatz dazu erklärt: „Unzweifelhaft ist die Tatsache des Bestehens einer kapitalistischen Stabilisierung (Zunahme der Weltproduktion, Zunahme des internationalen Warenumsatzes, Regelung der Währungsverhältnisse usw.)." Diese Stabilisierung wird allerdings weiterhin als partiell und labil bezeichnet. Was nun das Verhältnis zu den anderen Mächten anbetrifft, und das Vorgehen der Bolschewisten, so ergibt sich aus den „Thesen", daß man in Moskau als die drei Hauptpunkte für die bolschewistische Tätigkeit in der Welt die folgenden ansieht: Der eine ist Rußland selbst mit seiner bolschewi-

[1]) Abgedruckt in der „Roten Fahne" vom 28. Januar 1927.

stischen Entwicklung. Der zweite Punkt ist England, wo die Kommunisten mit Fortschritten rechnen. Der dritte Punkt ist China. Dagegen ist Deutschland, das zeitweise die Haupthoffnung der Kommunisten war, gegenwärtig nach Auffassung dieser kommunistischen Internationale etwas in den Hintergrund getreten. Man glaubte eine Zeitlang, dem Ziele ziemlich nahe zu sein, dann aber erfolgte im Jahre 1923 der Rückschlag. Die Kommunisten vermochten sich nicht durchzusetzen. Nunmehr ist in bezug auf Deutschland eine gewisse Änderung in der kommunistischen Einstellung eingetreten. „Solange Deutschland ein geknechtetes, ausgeplündertes, vom siegreichen Imperialismus der Entente in die Knie gezwungenes Land war, das gegen den Imperialismus der Entente einen gerechten nationalen freiheitlichen Abwehrkampf führen konnte, aber von der Bourgeoisie an der Verteidigung seiner Unabhängigkeit gehindert wurde, war es die Aufgabe der Kommunisten, den feigen schwächlichen Widerstand der deutschen Bourgeoisie gegen den Ententeimperialismus aufzupeitschen, die Kapitalisten als die Verräter der ganzen deutschen Nation zu entlarven und die Arbeiterklasse als die einzige wirkliche Vorkämpferin der Nation und der nationalen Verteidigung in den Kampf gegen die ausländischen Imperialisten zu führen."

Die deutschen Kommunisten haben sich dementsprechend auf den Standpunkt des Widerstandes gegen die Franzosen gestellt. Sie haben trotz ihres sonstigen Internationalismus und unbeschadet des Kampfes gegen den Kapitalismus in diesem Fall die Seite des deutschen Volkes gegen die Fremden genommen.

Es heißt in den Thesen weiter: „Zugleich mußte die deutsche Arbeiterklasse alles tun, um den Sturz der eigenen Bourgeoisie und die Errichtung der deutschen Sowjetrepublik zu beschleunigen . . . Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands, die innere Konsolidierung seines monopolistischen Kapitalismus, seine führende Rolle in imperialistischen internationalen Organisationen, seine ‚westliche' Orientierung, seine Versuche zur Rückgewinnung seiner Kolonien usw. —, all das zeugt von einem beginnenden Wiedererstehen des deutschen Imperialismus. Daher muß die Beantwortung der Frage der Vaterlandsverteidigung für das deutsche Proletariat heute ebenso negativ ausfallen, wie für das Proletariat anderer Länder."

Es ist zu bemerken, daß an der Konferenz in Moskau auch deutsche Vertreter teilgenommen haben. Jetzt stehen die Kommunisten in bezug auf Deutschland wie in bezug auf die anderen Länder auf dem

Standpunkt, daß die Kommunisten im Kriegsfall nicht für das eigene Vaterland gegen den Feind zu kämpfen haben, sondern daß sie den „imperialistischen Krieg" in einen Bürgerkrieg umzuwandeln haben, daß sie lediglich den Bürgerkrieg im eigenen Lande zur Aufrichtung der Sowjetregierung zu führen haben. Im übrigen ist von Deutschland gesagt: „In Deutschland liegt der Ausgangspunkt der Stabilisierung des Kapitalismus, der Stärkung seiner Wirtschaft und seines Staatsapparates in der Niederlage des Proletariats im Herbst 1923, einer Niederlage, der bereits eine Reihe anderer schwerer Zusammenstöße vorangegangen war . . ." Trotzdem aber wird in den Thesen die Hoffnung auf eine spätere revolutionäre Entwicklung in Deutschland zum Ausdruck gebracht.

Von England wird als dem Lande „eines verfallenden Kapitalismus" gesprochen. Der Einfluß der britischen Kommunistischen Partei, der Einfluß der Sowjetunion seien im Wachsen begriffen. Es heißt weiter: „Die heutige erschütterte Stellung Englands auf dem Weltmarkt und sein höchstwahrscheinlicher weiterer Niedergang, der mit dem Zerfall des englischen Weltreichs verbunden ist, verschärfen den Kampf (der englischen Arbeiter) immer mehr, so daß England allmählich dasjenige europäische Land wird, das sich einer revolutionären Situation am meisten nähert." Dazu ist zu bemerken, daß im Jahre 1926, nachdem der Versuch eines allgemeinen Streiks gescheitert war, der Bergarbeiterstreik sich außerordentlich lange hingezogen und zu gewaltigen Verlusten geführt hat. Schließlich sind die Streikenden unterlegen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen. Dabei sind wiederholt von den Bolschewisten auch finanzielle Unterstützungen an die Streikenden gewährt worden. Bei diesem Streik ist gewiß eine Radikalisierung mancher Teile der englischen Arbeiter eingetreten. Es sind manche Teile der Arbeiterschaft mit den Bolschewisten in Verbindung getreten. Aber im ganzen genommen dürfte die Auffassung begründet sein, daß bei den Engländern der gesunde Menschenverstand zu weit verbreitet ist, als daß derartige kommunistische Ideen, deren versuchte Verwirklichung in Rußland zu den furchtbarsten Folgen geführt hat, sich in der Allgemeinheit der englischen Arbeiterschaft durchsetzen könnten. Andererseits befindet sich auch der englische Arbeiter durchschnittlich in einer solchen wirtschaftlichen Situation, die ihm einen radikalen Umsturz nicht als verlockend erscheinen lassen dürfte. Die großen Hoffnungen, die von den Bolschewisten ausge-

sprochen werden, dürften daher keine Aussicht auf Verwirklichung haben.

Es war verständlich, daß die Bolschewisten alles daran setzen, um gerade unter den englischen Arbeitern Feld zu gewinnen, denn England ist der größte Feind der Bolschewisten und der Sowjetregierung. Die Gegensätze sind ebenso stark wie früher. Man könnte sagen, daß England sich heute durch das neue bolschewistische Rußland noch mehr bedroht fühlt, als das früher unter der Zarenregierung der Fall gewesen ist. Jetzt sieht sich England in verschiedenen Teilen des Reiches in Asien durch die bolschewistische Propaganda gefährdet. Gerade in China ist es wesentlich mit durch bolschewistische Einwirkung in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht worden. Es hat in China viel Terrain verloren. Hinter diesem englisch-chinesischen Gegensatz erscheint aber der russisch-englische Gegensatz. Bei jenem russischen Wirken in China kann es sich ja praktisch nicht um eine Ausbreitung kommunistischer Ideen handeln, denn nach allem, was über die Anschauungsweise des chinesischen Volkes bekannt ist, erscheint es als völlig ausgeschlossen, daß solche Ideen dort die Oberhand erlangen könnten. Denn das chinesische Volk besteht zum allergrößten Teil aus kleinen Landansiedlern, und das industrielle Proletariat in den Städten spielt im Verhältnis zu den großen Massen des chinesischen Volkes keine solche Rolle, daß von ihm die Durchführung der bolschewistischen Ideen erwartet werden könnte. Im übrigen widerstreiten diese kommunistischen Ideen auch vollkommen den sittlichen Anschauungen und den alten Gewohnheiten der Chinesen, so daß nach menschlichem Ermessen kaum anzunehmen ist, daß der Kommunismus als solcher dort Boden gewinnen könnte. Übrigens haben früher verschiedene Chinesen, maßgebende Leute, wie der verstorbene Sun Yat-sen, in Unterhandlungen mit dem damaligen russischen Botschafter Joffe der Öffentlichkeit gegenüber klar zum Ausdruck gebracht, daß von irgendwelchem Kommunismus keine Rede sein könnte, sondern daß unbeschadet ihres Zusammenwirkens mit den Russen diese Ideen in China nicht Wurzel fassen können.

Die Bolschewisten haben nach Westen hin in Europa, abgesehen von England, keine erheblichen Fortschritte mehr gemacht, seitdem die Zeiten der Inflation in Deutschland und einigen anderen Ländern vorüber sind, seitdem die Massen, die dem Kommunismus in jenen Tagen sich anschlossen, zum Teil wieder zu anderen Gedanken gelangt sind. Aus den eigenen Darlegungen jener Bolschewisten in Moskau

ergibt sich dies, ja, daß in manchen Ländern starke Rückschläge zu verzeichnen sind. Sie erkennen selbst an, daß in Frankreich nur sehr geringe Fortschritte vorhanden sind, daß es dort nicht gelungen ist, die Masse dem Kommunismus zugängig zu machen. In Italien ist der starke Rückschritt eingetreten infolge der Machteroberung durch den Fascismus, der ja das gerade Gegenteil des Kommunismus darstellt. Auch in anderen europäischen Ländern haben die Kommunisten in dieser Zeit keine Verstärkung erhalten. Was Deutschland anbetrifft, so ist hier die kommunistische Hochwelle der Inflationszeit nach der Stabilisierung erheblich zurückgegangen, und im Reichstag hat sich die Kommunistische Partei gespalten. Es ist ein Teil der Abgeordneten aus der Partei ausgetreten oder auch ausgeschlossen worden. Durch diese Opposition innerhalb der Partei hat die Bewegung eine weitere Abschwächung erfahren.

Was andere Länder mit weißer Bevölkerung anlangt, so ist in den Vereinigten Staaten von Amerika für den Kommunismus kein Feld, wenigstens solange dort die Wirtschaft prosperiert. Die Kommunisten haben dort keinerlei wesentliche Fortschritte irgendwelcher Art gemacht. Es ist auch, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse so günstige bleiben, wie sie jetzt in den Vereinigten Staaten sind, kaum Aussicht vorhanden, daß der Kommunismus irgendwelche Chancen hat. Es ist nicht einmal zur Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei gekommen, sondern die Arbeiter wählen eine der beiden großen Parteien, die demokratische oder die republikanische Partei. Es liegt mitbegründet in der günstigen Lage, in welcher sich gerade die gelernten Arbeiter befinden, und dazu gehören die organisierten Arbeiter, daß kommunistische Tendenzen sich dort kaum werden durchsetzen können, denn jeder dieser gelernten Arbeiter ist in einer wirtschaftlich relativ günstigen Lage, so daß er reichlich zum Leben hat, sich sein eigenes kleines Haus, gewöhnlich auch sein eigenes Auto zu beschaffen in der Lage ist.

Was die Außenpolitik anbetrifft, so hat Rußland seit jenen Tagen, in denen bolschewistische Truppen nach Polen hinein vordrangen und dann von den Polen unter französischer Führung zurückgeworfen wurden, keinerlei Möglichkeiten einer aktiven Betätigung nach Westen hin gehabt. Rußland befindet sich nach Westen hin gewissermaßen in einem Defensivzustand. Es sind nach dem Kriege alle jenen baltischen Staaten, welche Bestandteile des Russischen Reiches bildeten, abgetrennt worden, ein selbständiges Finnland, Lettland, Estland,

Litauen. Es bestand zunächst die Tendenz von seiten der Entente, hier einen geschlossenen Gürtel gegen das bolschewistische Rußland zu errichten. Diese Bestrebungen, wie sie insbesondere auch von Polen ausgingen, haben keinen Erfolg gehabt. Neuerdings, im September 1926, ist es Rußland gelungen, mit einem dieser Staaten, nämlich mit Litauen, einen Neutralitätsvertrag abzuschließen. Damit ist eine Bresche geschlagen in diesen Gürtel der Baltikumstaaten, die eventuell gegen Rußland einen Wall bilden sollten. Die Bildung eines solchen Bundes ist wesentlich mit daran gescheitert, daß Polen seinerzeit durch einen Gewaltstreich sich Wilnas, das zu Litauen gehörte, bemächtigt hat. Dieser Gewaltstreich wurde vom Völkerbund anerkannt. Es blieb bei der Besetzung Wilnas durch Polen. Damit ist ein Streitobjekt zwischen diesen beiden Staaten geschaffen worden, das wahrscheinlich auch für die Zukunft verhindern wird, daß Polen und Litauen zusammengehen, solange diese Frage nicht erledigt ist. Das Interessante an diesem russisch-litauischen Vertrage vom Jahre 1926 ist, daß darin die gegenwärtige Regelung, also die Besitznahme Wilnas durch Polen, von Rußland nicht anerkannt wurde.

Weiter nach Süden zu ist Bessarabien von Rußland abgetrennt und an Rumänien gegeben worden. Damit ist gleichfalls einer jener vielen Fälle geschaffen, wie dies auch an anderen Stellen durch die Diktate von Versailles, Neuilly usw. geschehen ist, in denen künftige Konfliktsmöglichkeiten vorhanden sind. Rumänien hat seinerseits einen Vertrag mit Frankreich und Italien abgeschlossen, so daß an diesen Teilen der russischen Grenze eine gewisse Bindung der Ententemächte mit Rumänien vorhanden ist.

In den vorerwähnten „Thesen" der Internationalen Kommunistenkonferenz spielt die westliche Orientierung Deutschlands eine Rolle, die erfolgt sei, indem Deutschland den Locarno-Vertrag geschlossen und in den Völkerbund eingetreten sei. Tatsächlich ist eine solche Westorientierung nicht vorhanden. Die deutsche Regierung hat durch die Verträge mit Rußland sich bemüht, ein Gegengewicht gegen jene nach Westen hin geschlossenen Verträge zu erzielen. Deutschland hat zunächst im April 1922 den Rapallo-Vertrag mit Rußland geschlossen, durch den die Gleichberechtigung der beiden Mächte anerkannt wurde und durch welchen beide vertragsschließenden Teile auf die gegenseitigen Kriegs- und Nachkriegsansprüche verzichteten. Durch diesen Vertrag wurde weiter festgelegt, daß die Regelung der beiderseitigen Rechtsbeziehungen künftig nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit erfolgen

und daß für Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten solle. Tatsächlich ist diese allerdings gegenüber einem Land wie Rußland, das ein staatliches Außenhandelsmonopol hat, nicht in der Weise durchführbar wie bei anderen Staaten. Der Rapallo-Vertrag wurde lange vor Locarno und vor dem Eintritt in den Völkerbund abgeschlossen. Im Jahre 1926 ist dann, als der Eintritt in den Völkerbund schon feststand, zwischen Deutschland und Rußland der Vertrag von Berlin vom 24. April 1926 abgeschlossen worden. Darin ist festgelegt, daß die Grundlage der Beziehungen der beiden Mächte der Vertrag von Rapallo bleibt und daß beide Regierungen in Fühlung bleiben werden, um über alle sie gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen. Dann ist im Artikel 2 des Vertrages die Neutralität festgelegt worden. Wenn einer der vertragsschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen wird, so wird der andere vertragsschließende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität bewahren. Und schließlich ist in einem dritten Artikel dieses sehr kurzen Vertrages festgelegt, daß ebenso die beiden vertragsschließenden Mächte im gegenseitigen Verhältnis sich von der Teilnahme an einem wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott fernhalten werden, sei es, daß es zu einem Konflikt mit einer dritten Macht kommt, sei es, daß ein solcher Boykott außerhalb des Bestehens eines Krieges beabsichtigt werden soll. Außerdem ist in einem Notenwechsel noch weiter festgelegt worden, wie die Sache sich bezüglich Deutschlands Zugehörigkeit zum Völkerbund gestalten würde und insbesondere bezüglich des Durchmarschrechtes auf Grund des Artikel 16 der Völkerbundsatzung. Es ist in der Völkerbundsatzung vorgesehen, daß unter Umständen ein gemeinsames Vorgehen der Völkerbundmitglieder gegen einen Staat erfolgen kann, wenn der betreffende Staat seinerseits als angreifende Macht auftritt. In diesem Falle haben die Völkerbundsmitglieder sich zu beteiligen und den anderen den Durchmarsch durch ihr eigenes Land zu gestatten. Über diese Bestimmung ist seinerzeit eine Verhandlung erfolgt, bevor Deutschland in den Völkerbund eintrat, in der festgelegt wurde, wie ihr Wortlaut auszulegen wäre. Nunmehr ist in dem Vertrag zwischen Deutschland und Rußland festgelegt worden, daß Deutschland selbst über die Frage zu entscheiden hat, ob Rußland gegebenenfalls als Angreifer zu betrachten sei. Es ist vorher festgestellt, daß

diese Bestimmung des Artikels 16 nur im Falle eines russischen Angriffs in Frage kommen könnte. Die Sache würde natürlich für Rußland dann sehr bedenklich sein, wenn etwa die anderen Völkerbundsmächte bestimmen könnten, daß Rußland als Angreifer zu betrachten sei. Durch diese Verträge ist im Verhältnis zu Rußland eine solche Regelung erfolgt, daß man von einer einseitigen westlichen Orientierung der deutschen Politik nicht sprechen kann.

Es hat sich diese Einstellung Deutschlands zu Rußland auch in anderer Weise gezeigt in bezug auf die Wirtschaft, indem zur Ermöglichung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland von der Reichsregierung Kreditgarantien in Höhe von 300 Millionen Mark übernommen sind, so daß also Lieferungen von deutscher Seite auf Grund dieser Kreditgarantie in einem erheblichen Maße erfolgen können.

Die Machteinwirkung Rußlands wendet sich gegenwärtig in der Hauptsache nach Asien und ganz besonders nach Ostasien. Es handelt sich um die Ausdehnung der russischen Macht nach dem Fernen Osten. Dabei lassen sich trotz der revolutionären Theorien des Bolschewismus kaum irgendwelche wesentliche Unterschiede zwischen den imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen des alten Zarentums und zwischen der machtpolitischen Ausdehnung der Sowjetunion in demselben Asien entdecken; nur die Formen sind geändert, während die Sache geblieben ist. Das tritt insbesondere in einem Teil Asiens hervor, wo die Sache sich ähnlich abspielt wie früher, das ist die Mandschurei. Rußland hatte früher versucht, die Südmandschurei mit Liautung sich anzueignen. Dies ist ihm aber nicht dauernd gelungen. Es mußte vor Japan zurückweichen, welches seinerseits von Liautung Besitz ergriff und seinen Einfluß in die Südmandschurei ausdehnte. Rußland ist in der Nordmandschurei geblieben. Es hat die ostchinesische Bahn, die durch die Nordmandschurei nach Wladiwostok führt, behalten. Japan dringt von der Südmandschurei vor, hat zum Teil in der Mittelmandschurei sich ausgedehnt, und nun stoßen in ähnlicher Weise, wie das früher war, Rußland und Japan dort zusammen. Es handelt sich wieder darum, daß zwei Imperialismen, die in Ausdehnung begriffen sind, dort aufeinanderstoßen. Als etwas anderes kann man das russische Vorgehen in Asien kaum betrachten, wenngleich der Bolschewismus sich für den erbitterten Gegner aller Imperialismen erklärt. Es handelt sich im Fall Rußlands genau so um das Streben nach Erweiterung der eigenen Macht, wie es bei den mit ihm rivali-

sierenden Mächten der Fall ist und früher beim Zarenreich der Fall war.

In ähnlicher Weise sind die Bestrebungen zur Ausdehnung der russischen Macht in der an russisch-asiatische Gebiete angrenzenden Mongolei hervorgetreten. Im übrigen China handelte es sich dagegen im wesentlichen darum, die Chinesen gegen England und die übrigen „kapitalistischen" Mächte aufzuhetzen und sie in ihrem Kampf gegen diese zu unterstützen. Die Südchinesen ließen sich die Unterstützung der Bolschewisten gern gefallen. Bei dem großen Vormarsch nach Norden im Jahre 1927 erlangte deren Kommissar Borodin zeitweise eine maßgebende Stellung. Das beruhte aber lediglich darauf, daß die Chinesen die Bolschewisten als Helfer in ihrem nationalen Freiheitskampf ansahen. Sie waren in ihren Massen keineswegs bereit, die kommunistischen Methoden und Gedankengänge für ihr eigenes Volk und ihre eigene Staatsentwicklung anzunehmen. Der anscheinende Aufschwung des Bolschewismus in China erreichte mit dem Stocken des Vormarsches am Jang-tse-Kiang sein Ende. Die südchinesischen Nationalisten selbst wandten sich gegen die Kommunisten in ihren Reihen und bereiteten deren Vorherrschaft ein Ende. Die bolschewistischen Bemühungen in China endeten mit einem völligen Fehlschlag.

Der Bolschewismus ist in seinem Streben nach Revolutionierung der Welt nicht auf das Festland Asien beschränkt geblieben. Er hat insbesondere in Niederländisch-Indien eine große Wirksamkeit entfaltet. Auf der Hauptinsel Java, die von einer intelligenten, arbeitsamen farbigen Bevölkerung malaiischer Rasse von 35 Millionen Köpfen bewohnt wird, sind durch bolschewistische Propaganda in neuester Zeit wiederholt Verschwörungen hervorgerufen worden. Im November 1926 kam es zu lokalen Unruhen auf bolschewistischer Grundlage, die aber schnell unterdrückt werden konnten. Dann wurde im Juli 1927 noch unmittelbar vor dem Ausbruch eine weitverzweigte kommunistische Verschwörung entdeckt. Es hatte unter den farbigen Truppen eine starke bolschewistische Propaganda stattgefunden mit dem Ziel einer allgemeinen Revolte gegen die holländische Herrschaft. Der Aufstand sollte mit der Besetzung der öffentlichen Gebäude, der Waffenarsenale, der Post- und Telegraphenbureaus beginnen. Die Schlagworte der Propaganda, die auch unter der Eingeborenenbevölkerung Anhänger zu gewinnen suchte, waren u. a. „Befreiung von fremder Unterdrückung", „Bundesgenossenschaft mit Rußland und China". Die Bewegung verfügte über bedeutende Geldmittel, die

offenbar auch aus bolschewistischen Quellen stammten. Die rechtzeitige Entdeckung des Komplotts ermöglichte es den Behörden, den Ausbruch zu verhindern und die Rädelsführer festzunehmen.

Selbst im dunklen Kontinent haben sich die Anfänge einer bolschewistischen Propaganda fühlbar gemacht. Allerdings sind unter den eigentlichen Eingeborenenstämmen des mittleren Afrika, die für derartige Ideen wenig empfänglich sind, bisher keine sehr merklichen Erfolge erzielt worden. Anders liegt die Sache in Südafrika. Unter der großen Arbeiterbevölkerung der Randminen und sonstigen Betriebe befinden sich neben Weißen auch viele Mischlinge und Schwarze. Unter diesen hat die kommunistische Propaganda eine gewisse Wirkung erzielt. Bei verschiedenen Streiks und Gewalttätigkeiten hat sie mit eine Rolle gespielt.

Die Sowjetunion zeigt den fremden Mächten ein doppeltes Gesicht. Auf der einen Seite werden die Bemühungen zur Herbeiführung der Weltrevolution trotz aller Fehlschläge und der im größten Teil der Welt für den Kommunismus völlig hoffnungslosen Lage fortgesetzt. Auf der anderen Seite bedarf die Sowjetunion zur Instandsetzung ihrer Wirtschaft des Kapitaleinflusses aus dem Ausland. Bei der 10-Jahresfeier der bolschewistischen Revolution im Oktober 1927 erklärte der Leiter des Zentralexekutivkomitees, Rykow, daß die Hauptaufgabe der Sowjetpolitik die Sicherung der Möglichkeit eines friedlichen Aufbaues sei und bezeichnete den größtmöglichen Ausbau der Beziehungen zum Ausland als notwendig.

Beides läßt sich schwer miteinander vereinigen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre Beziehungen zu Sowjetrußland auch heute noch nicht aufgenommen. Die englische Regierung hat sich 1927 infolge der beständigen Wühlereien der russischen Kommunisten in England zum Abbruch der Beziehungen veranlaßt gesehen. In Frankreich sah sich im gleichen Jahr die Sowjetunion genötigt, dem Verlangen der französischen Regierung entsprechend ihren Botschafter aus Paris zurückzuziehen und durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen. Für die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Großmächten spielt auch die Nichtanerkennung der früheren russischen Schulden durch die Bolschewistenregierung eine Rolle. Im Verhältnis zu Deutschland ist die Frage im Rapallovertrag durch den gegenseitigen Verzicht auf Geltendmachung derartiger Ansprüche gelöst. Dagegen wird von anderen Mächten Anerkennung jener Schulden und Wiederherstellung der von den Bolschewisten selbst verursachten

Beschlagnahmungen und Schäden gefordert. Von besonders großer Bedeutung ist diese Frage für Frankreich, das vor dem Kriege an das zaristische Rußland sehr große Anleihen für die Vervollständigung seiner Kriegsrüstungen gewährt hatte. Ferner wird der Aufbau der Handelsbeziehungen mit dem Ausland dadurch erschwert, daß die Sowjetunion das staatliche Außenhandelsmonopol eingeführt hat und aufrechterhält. Das bringt starke Nachteile für den Handel mit sich, die auch durch Handelsverträge nur teilweise gemildert werden können.

Die Lage des Bolschewismus ist infolge seiner Doppelstellung eine sehr schwierige. Die Sowjetunion braucht unbedingt große Kapitalien zur Entwicklung der Wirtschaft. Sie kann sie nur erlangen von eben jenen kapitalistischen Mächten, welche der Bolschewismus vermöge seiner Revolutionspropaganda zu zerstören sucht. Diese Mächte legen ihrerseits keine Neigung an den Tag, dem Bolschewismus die Mittel zu gewähren, welche er zu ihrer eigenen Vernichtung anzuwenden sich gewillt zeigt. Insbesondere ergreift England, zeitweise das Hauptziel bolschewistischen Umsturzstrebens, alle ihm erreichbaren Mittel, sich dagegen zu schützen und den Bolschewismus durch Einkreisung der Sowjetunion für sich gefahrlos zu machen. Es läßt sich nicht erwarten, daß den russischen Kapitalansprüchen an das Ausland Genüge geschehen wird, solange nicht die revolutionäre Propaganda im Ausland fallen gelassen wird und im Innern solche Zustände herbeigeführt werden, die dem Kapital nach jeder Richtung hin Sicherheit gewähren.

Innerhalb der Sowjetunion selbst befindet sich der Bolschewismus in einer Krise infolge des Auftretens einer starken Opposition. Trotzki, der als Führer in der Bolschewistenrevolution an Bedeutung nur hinter Lenin zurückstand, steht an der Spitze der Opposition, die neben ihm eine Reihe der fähigsten Köpfe des russischen Kommunismus und eine unbekannte, aber wahrscheinlich sehr beträchtliche Zahl von Kommunisten umfaßt. Die Opposition richtet sich gegen die von Stalin und seinen Genossen geführte offizielle Bolschewisterpolitik. Es geht dabei in der Hauptsache um die Einstellung zu den russischen Bauern, die 85 % der Bevölkerung des großen Landes ausmachen. Stalin macht diesen Konzessionen und sucht durch ihre Hilfe die russische Wirtschaft zu entwickeln. Die Opposition dagegen sucht in der Diktatur des Proletariats den Industriearbeitern die entscheidende Stellung zuzuweisen. Der Konflikt hat zunächst im Oktober 1927 den

Ausschluß Trotzkis und Sinowjews aus dem Zentralkomitee der Partei, dann im November 1927 aus der Partei selbst zur Folge gehabt.

Wohin dieser Konflikt führen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Die Kommunistische Partei zählt heute etwa 600 000 Mitglieder und 400 000 „Kandidaten" (in einem Vorbereitungsstadium befindliche, noch nicht als Mitglieder aufgenommene Kommunisten). Dazu kommen noch die in Jugendorganisationen zusammengeschlossenen Anhänger der Partei, deren Zahl auf etwa 2 Millionen anzunehmen sein wird. Trotz dieser im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 145 Millionen kleinen Zahl befanden sich die Kommunisten doch bisher im unbestrittenen Besitz der Herrschaft, ohne daß irgendwelche anderen Kräfte in Rußland in die Erscheinung traten, welche ihnen diese hätten streitig machen können. Das Auftreten einer solchen tiefgehenden Spaltung innerhalb der Partei selbst ist von schwerwiegendster Bedeutung. Von dem Sieg der einen oder anderen Richtung, über den sich bei dem Fehlen ausreichender Grundlagen kein sicheres Urteil abgeben läßt, wird die weitere Entwicklung des Bolschewismus in Rußland abhängen. Der Sieg der offiziellen Parteiführung würde wahrscheinlich weiter auf dem Wege zur Evolution, zur Anpassung der bolschewistischen Verwaltungsmethoden an die wirtschaftlichen und sonstigen Bedürfnisse des russischen Volkes führen. Der Sieg der Opposition würde aller Voraussicht nach zur weiteren Anwendung kommunistischer Theorien führen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen unvereinbar sind[1]).

[1]) Nachdem Vorstehendes bereits im Druck stand, hat die offizielle Parteileitung den Sieg davongetragen. Die Führer der Opposition sind nach Sibirien verbannt worden.

Der französische Nationalismus und Imperialismus

In Frankreich ist eine einheitliche Nation aus verschiedenen Bestandteilen entstanden, aus den Galliern, Germanen und anderen Stämmen, die sich miteinander vermischt haben. In Frankreich war ursprünglich die Entwicklung eine ähnliche wie in Deutschland und anderen Teilen Europas. Aber es kam weit früher als in den meisten anderen Ländern des europäischen Kontinents zu einer staatlichen und nationalen Einigung. Bereits vom Ausgange des 15. Jahrhunderts ab ist Frankreich auf dem Wege zum einheitlichen Nationalstaat. Im 17. Jahrhundert wird in der absoluten Monarchie Ludwigs XIV. der Höhepunkt erreicht. Es ist die einheitliche Herrschaft im ganzen Bereich des französischen Volkes. Es gibt keinerlei Kleinstaaterei mehr, es gibt keine andere Gewalt als die des einheitlichen Königtums. Zu einer Zeit, zu der in Deutschland noch die Kleinstaaterei in Blüte stand mit den Konflikten der kleinen Dynastien untereinander, war Frankreich bereits ein geeinter Nationalstaat geworden.

Auch in anderer Beziehung lagen die Verhältnisse in Frankreich für die nationale Entwicklung günstiger als in Deutschland. Es gab auf dem Lande keine Hörigkeit wie in Deutschland, abgesehen von einigen spät hinzugetretenen Teilen Ostfrankreichs. Die Bauern waren persönlich frei. Allerdings ließ ihre Lage sonst in wirtschaftlicher wie auch politischer Beziehung sehr viel zu wünschen übrig. Die Bauern, soweit sie freie Eigentümer waren, hatten größtenteils zu kleinen Landbesitz. Es war nur ein beschränkter Teil, er wird auf ein Fünftel geschätzt, in Bauernbesitz, während der überwiegende Teil der Krone, dem Adel und der Geistlichkeit gehörte. Es waren sowohl diese kleinen Bauern, als auch diejenigen, die Land von jenen Großgrundbesitzern gepachtet hatten, in stärkstem Maße mit Abgaben überlastet.

Das französische Volk zerfiel zwar nicht mehr in kleine Staaten, aber in zwei verschiedene Teile: in die Privilegierten und in die Nichtprivilegierten. Die Privilegierten waren diejenigen, die von den Steuern im wesentlichen befreit waren, nämlich Adel und Geistlichkeit. Die Hauptsteuer war die Taille, das war ursprünglich die Steuer.

welche die Nichtadligen als Ablösung dafür zu zahlen hatten, daß sie nicht persönlich am Heeresdienst teilnahmen, während das Privilegium der nicht Taille Zahlenden darauf beruhte, daß sie persönlich dem französischen König Heeresdienst zu leisten hatten. Diese Verpflichtung fiel mit der Entwicklung des modernen Heeresdienstes weg. Die Privilegien aber blieben. So kam es, daß dem Adel und der Geistlichkeit, – es hatte eine persönliche Wirkung allerdings nur auf die höhere Geistlichkeit, indem die Masse der niedrigen Geistlichkeit sich finanziell ungünstig stand, – den Privilegierten, die Masse des nichtprivilegierten Volkes gegenüberstand. Nicht nur die Bauern, sondern auch die Bürgerlichen, die „Roturiers", gehörten zu den Nichtprivilegierten, den Taillables (Steuerpflichtigen). So bestand ein starker Gegensatz zwischen dem Adel auf der einen Seite und Bürgern und Bauern auf der anderen Seite.

Die nichtprivilegierte Bevölkerung war auch sonst durch Steuern stark bedrückt, unter anderem durch die Salzsteuer, Gabelle. Diese indirekten Steuern wurden an Steuerpächter verpachtet, die in rigoroser Weise die Steuer beitrieben. Die kleinen Landbesitzer und Pächter waren ganz außerordentlich stark durch Kirchenzehnten, Fronden, Monopole, Jagdrecht usw. belastet. Dem Bauern verblieben nach Taines Berechnung nur etwa 20% der Erträge aus dem von ihm bebauten Land. So herrschten Zustände, die eine Spaltung des Volkes herbeigeführt hatten und für die überwiegende Zahl der Volksangehörigen außerordentlich drückend waren. Es bestand eine große Kluft zwischen den Privilegierten und der Masse des Volkes. In diesen Zuständen lagen wesentlich mit die Ursachen der großen französischen Revolution, deren unmittelbaren Anlaß die zu jener Zeit entstandenen Finanznöte des Staates in Verbindung mit dem Bekanntwerden der Korruption in den höheren Kreisen gaben.

In der französischen Revolution wurden ganz im Anfang in jener berühmten Sitzung der Nationalversammlung vom 4. August 1789 alle Feudalrechte und alle persönlichen Lasten aufgehoben. Es wurde die Erklärung der Menschenrechte abgegeben. Der Verlauf der französischen Revolution führte schließlich zu dem Kaisertum Napoleons I., aber diese Aufhebung der Privilegien, diese Aufhebung der drückenden Lasten ist trotz aller Änderungen, die im Laufe der französischen Geschichte erfolgt sind, im wesentlichen aufrechterhalten worden.

Die französische Revolution schuf erst die Grundlagen für ein allgemeines, das ganze französische Volk gleichmäßig umfassendes Na-

tionalgefühl; denn trotz der persönlichen Freiheit der Bauern waren diese doch in solchem Maße durch Abgaben und Lasten für den Staat und zugunsten der Privilegierten bedrückt worden, daß ihr tägliches Mühen im engsten Kreise, nur um diese Lasten abzutragen und die Existenz zu fristen, der Entfaltung auf die ganze Nation sich richtender Gedanken abträglich war. Auch die zwischen Adel und Bürgerlichen bestehende weite Kluft war der Entwicklung des Gefühls der Zusammengehörigkeit hinderlich. Durch die Wegräumung dieser Fesseln und Schranken mit der Aufhebung dieser Privilegien wurde erst der Boden geschaffen, auf welchem die subjektive Empfindung der bereits seit langem vorhandenen nationalen Einheit auch die Massen ergreifen und zum sichtbaren Ausdruck nach außen gelangen konnte. Wenn vorher hauptsächlich der Monarch und die privilegierten Klassen die Träger des Nationalgefühls gewesen waren, erfaßte dieses nunmehr das ganze französische Volk. Die Kraft, mit der während der französischen Revolution die französischen Volksaufgebote zunächst die fremde Invasion zurückwiesen und dann die Trikolore in siegreichem Vordringen in fremde Länder hineintrugen, entsprang wesentlich diesem nunmehr zum Gemeingut des französischen Volkes gewordenen Nationalgefühl. Die im Mittelalter angebahnte, durch das absolute Königtum dann vollständig herbeigeführte nationale Einheit erhielt ihre innere Vollendung dadurch, daß nunmehr auch das von äußeren Fesseln befreite französische Volk in seinen Massen von diesem einheitlichen nationalen Gedanken erfaßt wurde. Das gab den Franzosen ein großes Übergewicht gegenüber den anderen Völkern des europäischen Kontinents, welche in der nationalen und politischen Entwicklung rückständig und außerdem großenteils in Kleinstaaterei zersplittert waren.

Mit der nationalen Einigung war in Frankreich schon in einem ziemlich frühen Stadium die Voraussetzung für die Entwicklung des Imperialismus mit Hinausgreifen über die eigenen Staatsgrenzen hinaus gegeben. Wenn der französische Imperialismus sich in der praktischen Betätigung nicht zu der Stärke und Ausdehnung entwickelt hat, wie das bei den auf angelsächsischer Grundlage beruhenden Nationen der Fall war, so hängt das nicht damit zusammen, daß die Nation nach ihrer staatlichen und nationalen Entwicklung nicht dazu geeignet gewesen wäre, sondern es hängt mit gewissen Seiten des französischen Volkscharakters zusammen, auf die weiter unten einzugehen sein wird.

Ich möchte zunächst einen Überblick über den tatsächlichen Gang der Entwicklung dieses französischen Imperialismus geben. Es hat sich dabei von Anfang an gezeigt, daß das französische Streben hauptsächlich darauf gerichtet war, in Europa sich auszudehnen, nach jenen Gegenden im Osten hin, nach dem Rhein, die seit Jahrtausenden den Gegenstand von Konflikten zwischen den dort wohnenden Völkern gebildet haben. Diese Ausdehnungsbestrebungen traten schon früh hervor. Schon im 16. Jahrhundert wurden Gegenden, die damals deutschen Charakter trugen, wie Toul und Verdun, im Verlaufe von kriegerischen Verwicklungen annektiert. Dann kam die Zeit unter Ludwig XIV., der mitten im Frieden Straßburg besetzte und vermittels der berüchtigten Réunionskammern weitere von Deutschen bewohnte Gebiete an sich riß.

Zu jener Zeit war es, daß der große Philosoph Leibniz in einer Denkschrift, die er Ludwig XIV. vorlegte, Pläne entwickelte, die wir heute als imperialistisch bezeichnen würden. Leibniz riet damals Ludwig XIV., sich in Ägypten festzusetzen. Er sagte in dieser berühmten Denkschrift vorausschauenden Geistes: „Wer Ägypten in Händen hat, hat auch die gesamten Küsten und Inseln des Indischen Ozeans." Ludwig XIV. ist aber darauf nicht eingegangen. Bei der großen Macht, die sein Staat besaß, wäre er wohl in der Lage gewesen, auch eine starke Seemacht zu entwickeln. Damals hatte Frankreich 24 Millionen Einwohner, England, der Rivale, hatte wenig über 6 Millionen. Dementsprechend waren die Machtverhältnisse auch in anderen Beziehungen. Aber Ludwig XIV. war solchen, den zeitgenössischen Anschauungen vorauseilenden Gedanken nicht zugängig. Ihm lag der Gedanke an die Möglichkeiten künftiger französischer Reiche über See fern. Er war im kontinentalen Denken befangen. Seine Blicke wurden durch den Rhein fasziniert. Er wollte die immer weitere Ausdehnung der französischen Grenzen in Europa erreichen und eine Vermehrung seiner eigenen Macht durch Erlangung des maßgebenden Einflusses auch in anderen europäischen Ländern. Er geriet dadurch in jene großen Kriege mit den anderen europäischen Mächten, deren letzter ihn schließlich um den größten Teil des erstrebten Gewinns in Europa brachte, während Frankreich andererseits einen Teil seiner überseeischen Besitzungen verlor und finanziell in eine ungünstige Lage geriet. Auch damals zeigte es sich, daß Frankreich, anstatt draußen in der Welt diese ungeheuer großen, bedeutungsvollen Kolonien, die heute zum Britischen Reich gehören, zu sichern, sich in Kämpfen auf

dem Kontinent verausgabte und es zuließ, daß jene großen überseeischen Besitzungen verlorengingen.

Frankreich hatte bereits im 17. Jahrhundert umfangreiche Kolonien erworben. Es hatte sich besonders in Nordamerika, in Teilen, die heute als Kanada zum Britischen Reiche gehören, und in Louisiana, jetzt zu den Vereinigten Staaten von Amerika gehörig, niedergelassen. Ferner hatte es in Indien mit der Anlegung von Kolonien begonnen. In einer ganzen Reihe von Kriegen, die sich über mehr als ein Jahrhundert erstreckt haben und in denen Frankreich gegen England unterlag, hat es dann diesen Kolonialbesitz bis auf kleine Reste wieder eingebüßt, um erst im 19. Jahrhundert wieder ein neues großes Kolonialreich zu begründen.

Drei Etappen sind es, in denen sich der Verlust jener französischen Kolonien vollzogen hat. Die erste war der Friede von Utrecht im Jahre 1713, durch den der Spanische Erbfolgekrieg beendet wurde. Damals mußte Frankreich Neufundland und die Gegenden um die Hudsonbai herum aufgeben, die heute zu Kanada gehören. Die zweite Etappe stellt die Zeit des Siebenjährigen Krieges dar. Während die Franzosen in Europa gegen Friedrich den Großen kämpften, entrissen ihnen die Engländer ihre wertvollen Kolonien draußen in der Welt: in Nordamerika und in Indien. Der Friede von Paris vom Jahre 1763 führte zum Verlust der französischen Besitzungen in Nordamerika und in Indien. Nur ein paar unbedeutende Städte in Indien blieben in französischem Besitz. Die dritte Etappe waren die Napoleonischen Kriege. Napoleon I. nannte sein Reich Empire. Das Wort Empire ist verwandt mit dem Wort Imperialismus. Daß Napoleon vorhatte, eine imperialistische Politik zu treiben, zeigte sich schon vor der Errichtung des Empire, als er als General Bonaparte im Jahre 1798 jene Expedition nach Ägypten machte und von dort nach Syrien vordrang. Sein Plan war, auf dem Landwege das Britische Reich anzugreifen und ein großes orientalisches Reich unter französischer Oberherrschaft zu gründen. Er scheiterte aber an der englischen Seemacht. Die französische Flotte wurde von der englischen unter Nelson bei Abukir vernichtet. Schließlich konnte Napoleon das von ihm belagerte Akka an der Syrischen Küste nicht erobern, weil der englische Kommodore Smith von der Seeseite aus die Festung deckte und mit Munition und Proviant versorgte. Napoleon sah sich gezwungen, seinen Plan aufzugeben. Es gelang ihm trotz der Überwachung des

Seeweges durch die englischen Kriegsschiffe nach Frankreich zurückzukommen.

Dann kam es zum Aufbau des französischen Kaisertums. Napoleon wollte nunmehr die französische Herrschaft über Europa und über dessen Grenzen hinaus aufrichten, und insbesondere den englischen Gegner niederringen. Der Angriff auf England wurde geplant. Dieser versprach Aussicht auf Erfolg nur, wenn wenigstens zeitweise die französischen Seestreitkräfte die Herrschaft im Kanal erlangten. Aber die durch die Revolution in ihren Grundfesten erschütterte französische Marine stand nicht auf der Höhe der englischen und war dieser trotz Hinzutritts der spanischen Flotte nicht gewachsen. Es kam zur Schlacht bei Trafalgar 1805, wobei die französische Flotte von der englischen unter Nelson vernichtet wurde. Die Engländer beherrschten die See. Es war nicht möglich, von Boulogne aus Truppen über den Kanal nach England herüberzuschaffen und dort eine Armee zu landen, wie geplant war.

Napoleon wandte sich nunmehr gegen die gegnerischen Mächte auf dem Kontinent. Er schlug die Dreikaiserschlacht bei Austerlitz. Er hielt aber an seinen imperialistischen Plänen fest. Ursprünglich hatte er England in Indien treffen wollen. Als ihm dies nicht gelungen war, versuchte er durch Truppenlandung in England sein Ziel zu erreichen. Als auch dies infolge des Sieges der englischen Flotte scheiterte, ging er darauf aus, England durch die Kontinentalsperre niederzuwerfen, die er 1806 während seiner Anwesenheit in Berlin verfügte.

Er wollte England von jeder Verbindung mit dem Kontinent ausschließen. Durch Dekret vom 21. November 1806 wurden die Britischen Inseln in Blockadezustand erklärt, aller Handel und Verkehr mit ihnen verboten. Jeder Engländer, der in einem der in den Bereich der Kontinentalsperre fallenden Länder betroffen wurde, wurde für kriegsgefangen erklärt. Alle Waren, die einem Engländer gehörten, sollten der Beschlagnahme verfallen. Als England 1807 mit Repressalien antwortete, in denen u. a. allen nationalen Schiffen verboten wurde, Häfen auf französischem Gebiet oder dem Gebiet seiner Verbündeten anzulaufen, ergingen noch weitere Verschärfungen des Dekrets, das jedoch infolge eines im größten Maßstabe organisierten Schmuggels zu keiner Zeit die völlige Sperre erreichte. Mit der Kontinentalsperre hängt alles Spätere zusammen, auch der Krieg gegen Rußland. Napoleon wollte, daß Rußland an dieser Absperrung Eng-

lands sich beteilige. Als ihm das nicht gelang, als der Kaiser von Rußland sich davon abwandte, begann er den Krieg gegen Rußland mit dem Ziel, Rußland hineinzuzwingen in die Kontinentalsperre, und gleichzeitig mit dem Ziel, Rußland zu veranlassen, England in Indien anzugreifen. Trotz größter Vorbereitungen und trotzdem die große Armee Siege erfocht und den Feind zurückdrängte, mißlang das gigantische Unternehmen infolge der weiten Ausdehnung des Russischen Reiches und der Unbilden des Klimas. Die französische Armee mußte 1812 den Rückzug antreten und fand großenteils den Untergang. So war dieser große imperialistische Plan gescheitert. In den Verhandlungen in Wien erst 1814 und dann 1815 verlor Frankreich auch noch einen weiteren Teil seines ohnehin nur noch geringen Kolonialbesitzes, den es aus den früheren Kriegen übrigbehalten hatte, und so war nach 1815 Frankreich fast vollkommen seiner großen kolonialen Besitzungen beraubt; es blieben ihm, abgesehen von ein paar unbedeutenden indischen Städten, nur noch einige Inseln in Westamerika: Martinique und Gouadeloupe, ferner die Insel Réunion im Indischen Ozean und dann noch ein paar Niederlassungen, die die Franzosen im 17. Jahrhundert in Guayana in Südamerika und an der Westküste Afrikas am Senegal erworben hatten. Nunmehr schien es, als ob Frankreich als Macht mit überseeischem Besitz so gut wie ausgestrichen sei aus der Reihe der Weltmächte. Aber es zeigte sich jenes Merkwürdige in der geschichtlichen Entwicklung, daß Frankreich, obwohl es sich niemals wieder zu einer Seemacht erhob, die auch nur annähernd mit der englischen zu vergleichen wäre, vom Jahre 1830 ab ein gewaltiges Kolonialreich erworben hat, das gegenwärtig mehr als zwanzigmal so groß ist als das Mutterland und das das Eineinhalbfache der französischen Bevölkerung als Bewohner hat.

1830 wurde mit der Eroberung von Algier begonnen. Und dann reihten sich allmählich andere Kolonialgebiete an. Einen besonders starken Antrieb erhielt diese Politik mit der Gründung des zweiten Kaiserreiches unter Napoleon III. Dieser begann eine imperialistische Politik zu treiben, wenn auch nicht in dem gigantischen Ausmaße seines Onkels. Er erwarb Kolonien in verschiedenen Teilen der Erde. Er versuchte, sich in die Verhältnisse der fernen Weltteile einzumischen. Nicht alles gelang, aber einiges ist geblieben; insbesondere hat er 1853 Neu-Kaledonien besetzt. Er nahm 1859/60 an jenem Krieg gegen China teil, gemeinsam mit England, der durch den Frieden von

Peking 1860 beendet wurde. Er sicherte 1862 den Besitz von Kotschinchina für Frankreich. Er hat die französischen Besitzungen in Senegal und Algier erweitert. Dann unternahm er 1860 wegen Ermordung eines Missionars eine Expedition nach Syrien und suchte sich dort festzusetzen. Damals sah sich Napoleon aber infolge der auftretenden englischen Eifersucht genötigt, 1861 seine Truppen zurückzuziehen.

Auch in einer anderen weit größeren Unternehmung scheiterte Napoleon. Es handelte sich um den Versuch, in Mexiko unter französischer Oberherrschaft ein Kaisertum einzurichten. Er unternahm 1861 zunächst gemeinsam mit anderen Staaten eine Expedition nach Mexiko, welches mit finanziellen Zahlungen im Rückstand geblieben war. Napoleon sandte starke Truppen herüber und versuchte dann, ein dauerndes Kaisertum unter Erzherzog Maximilian von Österreich dort einzurichten. Maximilian übernahm 1864 die Kaiserwürde. Napoleon hatte ihm versprochen, starke Truppen im Lande zu lassen, bis Maximilian in der Lage sein würde, sein Reich zu festigen. Aber der amerikanische Bürgerkrieg, der Nordstaaten gegen die Südstaaten, näherte sich seinem Ende, währenddessen Amerika aus der Außenpolitik so gut wie ausgeschaltet war. Die Regierung der Vereinigten Staaten kam nach dem Siege der Nordstaaten wieder in die Lage, die Beachtung der Monroe-Doktrin zu erzwingen, welche die Einmischung europäischer Staaten in die Verhältnisse des amerikanischen Kontinents ausschloß. Napoleon sah sich genötigt, den Vereinigten Staaten die Räumung Mexikos zuzusagen. 1867 verließen die letzten französischen Truppen das Land. Der unglückliche Kaiser Maximilian vermochte sich gegenüber den mexikanischen Aufständischen nicht zu halten, wurde von ihnen gefangengenommen und erschossen.

Im Jahre 1870 fiel das französische Kaisertum. Es entstand die Frage, ob Frankreich wiederum einen Teil seines Kolonialreiches an das siegreiche Deutschland verlieren würde. Bismarck war der Ansicht, daß sich dies nicht empfehlen würde. Er ließ Frankreich seine Kolonien und hat in der Folgezeit eine Politik der Förderung der französischen Kolonialausbreitung geführt. Er war der Meinung, daß dadurch, daß das Streben der Franzosen auf die weite Welt, auf Kolonien gerichtet würde, ihre Aufmerksamkeit von dem „Loch in den Vogesen", von den Gedanken an Revanche und Wiedereroberung des im Friedensschluß an Deutschland zurücküberwiesenen Elsaß-Lothringen abgelenkt würde.

In der Folgezeit hat dann die französische Kolonialpolitik ihren bedeutendsten Aufschwung erlebt.

Zunächst erhielt die von Napoleon III. erworbene Kolonie in Hinterindien, Kotschinchina, eine beträchtliche Erweiterung dadurch, daß 1874 das Protektorat über den angrenzenden Staat Annam erklärt wurde. Dies führte zu einer französischen Straferpedition in das dazugehörige Tonkin. Daraus wiederum ergab sich ein Konflikt mit China, da der Kaiser von Annam alle drei Jahre einen Tribut an das Reich der Mitte zu zahlen hatte und demnach von diesem als Vasall betrachtet wurde. Der chinesisch-französische Krieg 1883 bis 1885 endete mit Verträgen, in welchen China das französische Protektorat über Annam und die Besetzung von Tonkin anerkannte.

Bereits vor diesen letzteren Ereignissen im Jahre 1881 erfolgte die Erwerbung des wertvollen Tunis in Nordafrika als französisches Protektorat. Schon in den 1860er Jahren hatte eine intensive europäische Betätigung in Tunis eingesetzt, die sich besonders auch in der Gewährung von Anleihen an den Bey von Tunis äußerte. Es wetteiferten miteinander Franzosen, Engländer und Italiener. Aber obwohl die Zahl der im Lande befindlichen Italiener weit größer war als die der Franzosen, kam doch Frankreich in die Lage, sich Tunis' zu bemächtigen. Bei der Berliner Konferenz 1878 wurde ihm die englische Billigung dafür erteilt unter der Bedingung, daß Frankreich seinerseits den englischen Plänen in Cyprus und im nahen Osten nicht im Wege stehen würde. Ebenso ließ Fürst Bismarck erkennen, daß Deutschland gegen eine französische Intervention in Tunis keine Bedenken haben würde.

Frankreich schritt zur Tat, als 1881 ein Grenzzwischenfall, nämlich ein Einfall tunesischer Stämme in algerisches Gebiet einen Anlaß dazu bot. Der leitende Minister Jules Ferry erhielt von der Kammer die Mittel bewilligt, um eine Straferpedition zu entsenden mit dem Ziele der Sicherung des französischen Besitzes in Afrika. Irgendwelche Eroberungspläne wurden in Abrede gestellt. 35 000 französische Soldaten drangen in Tunis ein und besetzten das Land. Der Bey von Tunis wurde zur Unterzeichnung eines Vertrages (vom 12. Mai 1881) gezwungen, in dem er praktisch das französische Protektorat anerkannte. Obwohl eine starke Kritik gegen dieses Vorgehen einsetzte, welches in der französischen Kammer der Oppositionsredner Clemenceau als einen „coup de Bourse" (einen Börsencoup) bezeichnete, und das Kabinett Ferry gestürzt wurde, behielt Frankreich

doch das so Erworbene. Am 8. Juni 1883 unterzeichnete der neue Bey von Tunis einen Vertrag, in dem nunmehr das französische Protektorat offen ausgesprochen, eine Anleihe gewährt und eine Reihe von Reformen festgelegt wurde, die Frankreich als notwendig bezeichnete. Der Bey wurde als nomineller Herrscher beibehalten, aber ein französischer Generalresident führte den Vorsitz im tunesischen Kabinett, hatte ein Vetorecht gegen die Edikte des Bey, leitete die auswärtigen Angelegenheiten und kontrollierte die Verwaltung. Von den gegenwärtigen 11 Ministern des Bey sind 8 Franzosen. Im Lande überwachen französische Zivilkontrolleure die Verwaltung durch die Eingeborenenbeamten und Stammeshäupter.

Die Bedeutung von Tunis liegt einmal in der weißen Besiedlung, alsdann in den reichen Phosphatvorkommen. Aber trotz der Bemühungen, französische Ansiedler ins Land zu ziehen, sind nur etwa 55 000 Franzosen im Lande. Die Zahl der Italiener ist etwa doppelt so groß als die der Franzosen. Das hängt einmal mit der Zunahme der italienischen Bevölkerung in Italien selbst zusammen, sodann mit der größeren Nähe von Tunis an Italien. Das Land hat von jeher eine stärkere italienische als französische Einwanderung gehabt.

Das Vorgehen in Tunis war für den französischen Imperialismus charakteristisch. Es ist von Interesse, die Rechtfertigung durch französische imperialistische Führer kennenzulernen. Jules Ferry, der Leiter der Politik, die zur Aneignung von Tunis führte, hatte in seinen Kammerreden als Hauptpunkte angeführt, daß eine industrielle Nation angesichts der von anderen Nationen eingeführten Schutzzölle kolonialer Märkte bedürfe, ferner daß für eine Seemacht Kohlenstationen notwendig seien und daß die zivilisierten Nationen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hätten, die tiefer stehenden Rassen zu zivilisieren. Wenn Frankreich sich von überseeischer Expansion fernhalte, so werde es vom ersten Rang auf den dritten oder vierten Rang herabsinken.

Ähnlich sind die Gedankengänge, welche von anderen imperialistischen Staatsmännern bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert sind, ähnlich auch die von hervorragenden französischen kolonialpolitischen Schriftstellern jener Tage geäußerten. Leroy-Beaulieu, der Verfasser des zuerst 1874 erschienenen großen Werkes „De la Colonisation chez les peuples modernes" sagt in der zweiten Auflage 1882: „Kolonisation ist für Frankreich eine Frage von Leben und Tod: entweder wird Frankreich eine große afrikanische Macht werden oder es

wird in einem oder zwei Jahrhunderten nicht mehr als eine zweitklassige europäische Macht sein; es wird ebensoviel in der Welt bedeuten wie Griechenland und Rumänien in Europa." Solche Auffassungen wurden auch von den späteren imperialistischen Staatsmännern und Schriftstellern geteilt. Unter Ministern wie Hanotaux, Delcassé, Poincaré hat das französische Imperium an Ausdehnung gewaltig zugenommen.

Im Jahre 1883 wurde Madagaskar, die große Ostafrika vorgelagerte Insel, wo die Franzosen schon in früherer Zeit gewisse Ansprüche begründet hatten, erworben. Es geschah dies ebenfalls im Wege einer Straferpedition, in deren Verlauf die Königin der Howa zur Annahme des französischen Protektorats gezwungen wurde. Später wurde dann, um England und den Vereinigten Staaten von seiten der Madagaskarregierung früher gewährte Handelsvertragsrechte außer Kraft setzen zu können, 1896 die Insel von Frankreich annektiert. Französische Waren wurden dann von allen Einfuhrzöllen befreit, fremde Waren dagegen hohen Zöllen unterworfen.

Die größte Ausdehnung erreichten die Franzosen in ihrer kolonialen Tätigkeit vom Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre ab. Es war damals, daß von jenen westafrikanischen Kolonien aus, von der Elfenbeinküste und Senegal und vom Norden her die Franzosen weit in das Innere vordrangen und Verträge mit Häuptlingen abschlossen oder aber kriegerisch gegen Widerstrebende vorgingen. In jenen Jahren haben die Franzosen den größten Teil jenes ungeheuren Kolonialreiches erworben, was jetzt Nordwestafrika umfaßt. Infolge dieser lebhaften Tätigkeit der Franzosen kam es dahin, daß die Kolonien der anderen Mächte in jenen Teilen Afrikas, der Engländer und der Deutschen, lediglich Enklaven blieben und das ganze Hinterland den Franzosen zufiel. Gegenwärtig gehört nahezu die Nordwesthälfte von Afrika den Franzosen. Das ist auf die Tätigkeit jener Zeit zurückzuführen.

Der Eifer der Franzosen ging verschiedentlich so weit, daß sie nahezu in einen Krieg mit England verwickelt wurden. Sie begnügten sich nicht mit dem Nordwesten Afrikas, sondern die Expedition des Hauptmanns Marchand drang bis in den Sudan hinein vor, bis in den Ostteil des Kontinents, an den England von jeher Ansprüche zu haben meinte. Hauptmann Marchand erreichte vom französischen Kongo aus kommend mit einer kleinen Expedition am 10. Juli 1898 Faschoda am Nil und hißte dort die französische Flagge. Lord Kitchener

drang inzwischen vom Norden aus vor in jenem Feldzug gegen die Aufständischen der Mahdierhebung, zu dessen Vorbereitung durch einen Eisenbahnbau er zwei Jahre gebraucht hatte. Im September 1898 kam es endlich bei Omdurman zur Schlacht mit den Derwischen, in welcher Kitchener einen entscheidenden Sieg davontrug. Auf die Nachricht von dem Eintreffen des Hauptmanns Marchand in dem beträchtlich weiter südlich gelegenen Faschoda begab sich Kitchener mit einem Teil seiner Truppen dorthin. Er erklärte beim Zusammentreffen mit Marchand, daß er die britische und ägyptische Flagge als Zeichen der anglo-ägyptischen Souveränität hissen werde. Marchand erklärte seinerseits, daß die französische Flagge bereits über Faschoda wehe und daß er sich eher unter den Trümmern seines Forts begraben lasse, ehe er ohne Anordnung aus Paris die Trikolore niederhole. Es drohte ein Konflikt, dessen Ausgang an Ort und Stelle bei der numerischen Überlegenheit der englisch-ägyptischen Truppen nicht zweifelhaft gewesen wäre, der aber einen Krieg zwischen England und Frankreich hervorgerufen hätte. Kitchener beschloß keine Gewalt anzuwenden, sondern die Entscheidung aus der Heimat abzuwarten. Nach einer Krisis, die monatelang dauerte, gab endlich Frankreich im Jahre 1899 gegenüber den englischen Kriegsdrohungen nach, wie sie nicht nur in der Presse, sondern auch in Reden englischer Staatsmänner geäußert wurden. Marchand wurde von der französischen Regierung abberufen. Der französische Außenminister Delcassé bemühte sich die Niederlage damit zu bemänteln, daß Marchand als „Emissär der Zivilisation" hingestellt wurde, nicht als amtlicher Beauftragter der französischen Regierung, der er in Wirklichkeit war. Im gleichen Jahre wurde ein englisch-französischer Vertrag abgeschlossen, nach welchem der ägyptische Sudan bei England blieb, während Frankreichs Rechte auf Wadai im Zentralsudan anerkannt wurde. Den Namen Faschoda findet man heute nicht mehr auf englischen Karten.

In Nordafrika wurde später auf ähnliche Weise wie 1881 Tunis das westlich an Algier angrenzende Marokko dem französischen Reich einverleibt. Der Unterschied war, daß im letzteren Fall große Schwierigkeiten der internationalen Politik entstanden. Frankreich begann bereits um die Jahrhundertwende auf ein französisches Protektorat in Marokko hinzuarbeiten. Der Außenminister Delcassé sicherte sich zunächst 1900 die italienische Zustimmung gegen das Zugeständnis, daß Frankreich seinerseits keine Absichten auf Tripolis und die Cyrenaika

(welche Italien erstrebte) habe. Später wurde die Angelegenheit zum Gegenstand französisch-englischer Verhandlungen gemacht. Am 8. April 1904 wurde zwischen beiden Mächten der Marokkovertrag geschlossen, dessen Bedeutung weit über die darin geregelten Marokko- und sonstigen kolonialen Fragen hinausging, indem er die Entente cordiale zwischen Frankreich und England einleitete. In dem Vertrag versprach England, Frankreich in Marokko freie Hand zu lassen und es bei der Verwirklichung seiner dortigen Pläne diplomatisch zu unterstützen. Frankreich verzichtete seinerseits auf die Geltendmachung seiner früheren Ansprüche auf Ägypten. Während in dem veröffentlichten Vertrag Frankreich erklärte, keine Änderung in dem politischen Status von Marokko vornehmen zu wollen, ergab sich aus den gleichzeitig vereinbarten Geheimartikeln, deren Inhalt erst 1911 bekannt wurde, etwas ganz anderes. Aus ihnen ging klar hervor, daß Marokko in seinem Hauptteil ein französisches Protektorat werden sollte, während die kleinere nördliche Zone an Spanien fallen sollte, welches seinerseits ein entsprechendes Abkommen mit Frankreich schloß.

Nach dem Abschluß dieser Verträge sandte Delcassé einen französischen Vertreter nach Fez, um dem Sultan Abd el Aziz ein Reformprogramm zur Unterschrift vorzulegen, welches u. a. die Einrichtung einer Polizeitruppe unter französischen Offizieren vorsah, sowie die Errichtung einer Staatsbank und die Ausführung öffentlicher Arbeiten durch französisches Kapital. Deutschland, das als Mitunterzeichner der Konvention von Madrid vom Jahre 1880 das Recht der meistbegünstigten Nation in Marokko hatte, wurde von Frankreich vollkommen beiseite geschoben, als ob es nicht existierte. Ein Appell des deutschen Kaisers an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, gemeinsam den Sultan von Marokko gegen die Versuche anderer Nationen, sich ausschließliche Rechte in seinem Lande anzueignen, zu schützen, hatte keinen Erfolg. Darauf landete auf Anraten des Reichskanzlers von Bülow der Kaiser bei seiner Mittelmeerreise am 31. März 1905 in Tanger und hielt eine Ansprache, in der er von dem Sultan als unabhängigem Herrscher sprach und erklärte, sein Erscheinen solle kundtun, daß Deutschland seine Interessen in Marokko nachdrücklich wahren wolle.

Hierauf lehnte der Sultan von Marokko es ab, das französische Reformprogramm zu genehmigen, bis es auf einer internationalen Konferenz der Mächte erörtert wäre, welche die Madrider Konferenz

von 1880 unterzeichnet hatten. Deutschland verlangte seinerseits gleichfalls eine solche internationale Konferenz. Hierüber entstand in Frankreich und England große Aufregung. Delcassé widersetzte sich einer solchen Konferenz. Er sprach in dem entscheidenden Ministerrat in Paris am 6. Juni 1905 sich dafür aus, es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen und teilte mit, daß England für diesen Fall die Blockade der Elbmündung und Landung von 100 000 Mann an der deutschen Küste zugesagt habe. Doch Delcassé unterlag im Ministerrat, da seine Kollegen angesichts der Schwächung Rußlands durch den russisch-japanischen Krieg das Risiko nicht auf sich nehmen wollten. Der Ministerpräsident Rouvier übernahm die Führung der auswärtigen Angelegenheiten und stimmte der internationalen Konferenz zu.

Im Januar 1906 trat dann die Konferenz in Algeciras auf spanischem Boden zusammen. Frankreich hatte die Unterstützung Englands, Spaniens und Italiens auf Grund der mit diesen getroffenen Abmachungen, ferner diejenige seines Bundesgenossen Rußland. Die amerikanischen Delegierten hielten sich ziemlich zurück, doch arbeitete im Hintergrund Präsident Roosevelt, der bereits während der Krisis 1905 in Paris zum Frieden geraten hatte, unter der Zusicherung, daß er für die berechtigten Interessen Frankreichs eintreten werde, für die Franzosen. So war Deutschland, abgesehen von der Unterstützung seines Bundesgenossen Österreich-Ungarn, isoliert. Auf der Konferenz wurde der Grundsatz der Unabhängigkeit Marokkos und der offenen Tür formell anerkannt, aber Frankreich wurden gewisse Sonderrechte zugestanden. Im übrigen ging Frankreich aus dieser Konferenz in seiner Gesamtstellung gestärkt hervor. Es schritt nunmehr trotz der Beschlüsse der Konferenz auf dem Wege der „friedlichen Penetration" Marokkos weiter vorwärts. Die beständigen Unruhen und Zwischenfälle im Lande boten die Gelegenheiten zu Interventionen. Auf die Nachricht der Ermordung einiger Franzosen in Casablanca im Jahre 1907 ließ Frankreich die Stadt durch ein Kriegsschiff bombardieren und später von 3000 Mann besetzen.

Der Bruder des Sultans Mulay Hafid bemächtigte sich der Herrschaft. Es wurde ihm von Frankreich eine Anleihe gewährt, mit der er u. a. die Kosten der französischen Expedition nach Casablanca begleichen mußte. Für die Zinsen dieser Anleihe waren die marokkanischen Zolleinnahmen verpfändet. Der Sultan mußte deshalb, um sich und seine Regierung zu erhalten, den Stämmen größere Abgaben

als bisher auferlegen. Diese weigerten sich zu zahlen. Es kam zum Aufstand, in dessen Verlauf der Sultan selbst in seiner Hauptstadt belagert wurde. Der Sultan wandte sich nun um Hilfe an die Franzosen. Darauf entsandte Frankreich im Jahre 1911 eine Armee von 10 000 Mann, um Fez zu besetzen unter der Angabe, es wolle die Europäer in der marokkanischen Hauptstadt beschützen und werde seine Truppen zurückziehen, sobald dieser Zweck erreicht sei. Hierdurch entstand eine neue schwere Krisis im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Die deutsche Regierung hatte gegen die Besetzung von Casablanca 1907 keinen Protest erhoben, doch im folgenden Jahre 1908 war ein Zwischenfall infolge französischen Vorgehens gegen Angestellte des deutschen Konsulats entstanden, die angeblich Deserteure unterstützt haben sollten. Der Zwischenfall wurde schließlich dem Haager Schiedsgerichtshof überwiesen. 1909 war dann ein neuer Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich geschlossen worden, in dem Deutschland erklärte, daß es in Marokko nur wirtschaftliche Interessen verfolge und die besonderen politischen Interessen Frankreichs nicht beeinträchtigen werde. Frankreich verpflichtete sich seinerseits zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Gleichheit und Respektierung der deutschen Wirtschaftsinteressen in Marokko. Es wurden Anfänge zu einem deutsch-französischen Zusammenwirken bei wirtschaftlichen Unternehmungen verschiedener Art gemacht, aber es ergaben sich für die praktische Durchführung beträchtliche Schwierigkeiten.

Als nun 1911 eine französische Armee Fez besetzte, betrachtete die deutsche Regierung dieses Vorgehen mit Recht als Bruch der Algeciras-Akte. Der deutsche Staatssekretär von Kiderlen-Wächter sandte das kleine Kanonenboot „Panther" nach Agadir an die Westküste Marokkos unter der Erklärung, daß dies zum Schutz der dortigen Deutschen geschehe. Die Absicht war dabei nicht, wie damals im Ausland vielfach angenommen wurde, sich in Marokko festzusetzen, sondern von Frankreich eine Kompensation durch Abtretung von Kolonialbesitz in Westafrika zu erlangen. Es entstand wiederum Kriegsgefahr. Lloyd George, damals Chancellor of the Exchequer (Finanzminister), hielt seine aufsehenerregende Rede im Mansion House in London, in der er eine Kriegsdrohung gegen Deutschland aussprach. Die zwischen Frankreich und Deutschland begonnenen Verhandlungen schritten nur langsam vorwärts. Sie endeten mit dem Marokkoabkommen vom 4. November 1911, in dem Deutschland un-

ter Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen Frankreich in Marokko freie Hand ließ. Die deutsche Kolonie Kamerun wurde im Süden und Osten durch ein Gebiet der französischen Kongokolonie erweitert, welches mit zwei Zipfeln bis an den Kongofluß heranreichte. Das Abkommen, welches außer der Abtretung eines kleinen Stückes vom deutschen Kamerun an Frankreich noch verschiedene lästige Vorbehalte enthielt, war vom deutschen Standpunkt aus wenig befriedigend. Trotzdem erregte es in Frankreich bei den Nationalisten eine solche Mißstimmung, daß das Ministerium Caillaux, welches den Vertrag abgeschlossen hatte, gestürzt wurde. Im Januar 1912 wurde Poincaré Ministerpräsident und zugleich Auswärtiger Minister.

Der nördliche Teil von Marokko war durch den französisch-spanischen Vertrag vom 27. November 1912 als spanische Zone abgetrennt worden. Tanger, der wichtige Hafen an der Nordküste Marokkos, wurde internationalisiert, wie das auch bisher schon der Fall gewesen war. Alles übrige, elf Zwölftel des Landes umfassend, wurde französische Zone. Marokko wurde nun durch Vertrag zwischen dem Sultan und Frankreich vom 30. März 1912 zum französischen Protektorat erklärt und seine Regierung unter Aufsicht eines französischen Generalresidenten gestellt. Alsbald brach ein Aufstand aus. Mulay Hafid dankte ab. Sein Bruder Mulay Jusuf wurde Sultan. Die Franzosen sandten starke Truppen in das Land unter General Lyautey. Marokko wurde in langjährigen Kämpfen gegen die eingeborene Bevölkerung erobert, die noch während des Weltkrieges andauerten. An dessen Ende wurde im Versailler Diktatfrieden Deutschland der Verzicht auf alle seine Rechte in Marokko auferlegt. Die deutschen Bergwerkskonzessionen in Marokko wurden von den Franzosen beschlagnahmt.

Die Bestrebungen Frankreichs sind auf Einbeziehung des internationalisierten Tanger in das französische Marokkoprotektorat gerichtet. Es stößt dabei aber auf den Widerspruch nicht nur Spaniens, sondern vor allem Englands, das eine Festsetzung der stärksten Militärmacht Europas an dem Gibraltar gegenübergelegenen Hafen an der Meerenge keineswegs zuzulassen bereit ist. Neuerdings hat auch Italien Anspruch darauf erhoben, an der Entscheidung über Tanger beteiligt zu werden.

Spanien seinerseits hatte schwere, verlustreiche Kämpfe in seiner Zone zu führen, ohne der Aufständischen Herr werden zu können. Ihr Hauptgegner war Abd el Krim, der Führer der Rifkabylen. Dieser

geriet 1925 auch in Kämpfe mit den Franzosen, welche das Ouergatal südlich vom Rif besetzt hatten, aus dem Teile der Rifleute sich bisher mit Nahrungsmitteln versorgt hatten. In schweren Kämpfen erlitten die Franzosen manche Rückschläge und starke Verluste. Schließlich aber erlahmte der Widerstand der Riffstämme vor den weit überlegeneren, mit Mitteln der modernen Technik arbeitenden vereinigten französisch-spanischen Kräften. Im Jahre 1926 sah sich Abd el Krim gezwungen, sich zu ergeben.

Mit der französisch-englischen Einigung, wie sie in dem Marokkovertrag 1904 in die Erscheinung getreten war, war die entscheidende Wendung in der Konstellation der Großmächte erfolgt. Wenn Fürst Bismarck gemeint hat, daß durch Hinweis der Franzosen auf die koloniale Ausdehnung und deren Zulassung oder indirekte Förderung von deutscher Seite ihre Aufmerksamkeit von dem Loch in den Vogesen abgelenkt würde, so hat sich das nicht bewahrheitet. Es hat in Frankreich immer starke Gruppen von Politikern gegeben, die an dem Gedanken der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens festgehalten haben. Nachdem jene Wendung in der englischen Politik erfolgt war, daß die Entente mit Frankreich geschlossen war, haben jene Gruppen immer wieder in der Richtung gearbeitet, um ihre Pläne zu verwirklichen. Es kam zum Weltkrieg unter aktiver Mitwirkung Poincarés, der vorher Ministerpräsident gewesen war, und zur Zeit des Kriegsausbruchs Präsident der Französischen Republik war. Er gehörte zu denjenigen, die von jeher den Gedanken der Rückgewinnung Elsaß-Lothringens verfolgt hatten.

Frankreich hat im Weltkrieg seine Kolonien zu seiner militärischen Stärkung benutzt. Zum Teil waren solche Ideen schon vor dem Kriege verfolgt worden. Aber sie wurden im größten Maßstabe erst während des Weltkrieges durchgeführt. Ich glaube nicht, daß Bismarck bei seiner Ablenkung der Franzosen auf die Kolonialpolitik mit der Möglichkeit gerechnet hat, daß Frankreich ungeheure Mengen von Truppen aus den Kolonien auf europäischen Schlachtfeldern würde verwenden können. Dies geschah aber im Weltkrieg (s. S. 264).

Nach dem Kriege hat Frankreich eine Erweiterung seiner überseeischen Verwaltungsgebiete dadurch erhalten, daß es den überwiegenden Teil von Kamerun und etwa zwei Drittel von Togo als Kolonialmandat überwiesen bekam. Ferner wurde Syrien, das Gebiet, das schon Napoleon III. erstrebt hatte, nunmehr Frankreich gleichfalls als Mandat überwiesen. Es waren in bezug auf das letztere Land schwie-

rige Verhandlungen mit England vorausgegangen, welches seinerseits andere Teile des Türkischen Reiches (Irak und Palästina) als Mandat erhielt. Frankreich hat seine vorderasiatische Politik keineswegs immer in Übereinstimmung mit England geführt. Es hat verschiedentlich durch seinen Vertreter Franklin Bouillon Sonderabmachungen mit der Türkei getroffen. Es wurden Verhandlungen geführt, die England bisweilen recht unbequem gewesen sind, und die auf den Ausgang der türkisch-englisch-französischen Friedensverhandlungen von Lausanne nicht ohne Einfluß geblieben sind.

Andererseits hat Frankreich jene Verkettung der englischen Politik mit der französischen Politik in anderen Teilen der Welt wiederholt dazu benutzt, um die englische Haltung in den das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland angehenden Fragen zu beeinflussen. Die französische Politik ging nach Osten hin wieder auf die gleichen Ziele aus wie zu Zeiten Ludwigs XIV. Der Versuch der Gewinnung der Rheingrenze und der dauernden Vorschiebung der französischen Machtsphäre nach Osten war bei den Verhandlungen über die Friedensbedingungen an dem Widerstand Wilsons und Lloyd Georges gescheitert. Frankreich konnte lediglich die zeitweise Besetzung der Rheinlande auf 5, 10 und 15 Jahre erreichen. Gleichzeitig wurde der englisch-amerikanische Garantievertrag geschlossen zum Schutze Frankreichs im Fall eines deutschen Angriffs, der vom amerikanischen Senat aber nicht genehmigt wurde. Frankreich hat dann seine Politik der Ausbreitung nach Osten hin weiter durchzuführen versucht. Es hat jene mißlungenen Versuche der Aufrichtung eines autonomen Rheinstaates mit Hilfe der Separatisten gemacht. Es hat die Ruhrbesetzung vorgenommen in der Hoffnung, daraus dauernden Nutzen zu erringen. Aber auch das schlug fehl. Es zeigte sich, daß Frankreich doch keine wirtschaftlichen Vorteile aus dieser Besetzung erzielen konnte, daß es ein kostspieliges Experiment war. Nachdem in den Londoner Verhandlungen eine Einigung auf der Grundlage des Dawesplans erfolgt war, hat Frankreich das Ruhrgebiet geräumt. Die nördliche Rheinlandzone wurde bei Ablauf der Frist nicht geräumt, obwohl Deutschland die Bedingungen der Abrüstung erfüllt hatte. Erst ein Jahr später, nachdem inzwischen die Locarnoverhandlungen stattgefunden hatten, erfolgte die Räumung.

Frankreich hat auch versucht, das Saargebiet in irgendeiner Weise sich anzueignen. Es ist bei den Verhandlungen über die Friedensbedingungen zu jenem Kompromiß zwischen den französischen und englisch-

amerikanischen Ideen gekommen in der Einrichtung des Saarstaates unter Völkerbundsaufsicht für 15 Jahre mit späterer Abstimmung. Zugrunde lag jene ungeheuerliche Lüge von den 150 000 Franzosen, die im Saargebiet sein sollten. Es war an Poincaré eine Petition mit Unterschriften gerichtet worden. Es ist später festgestellt, daß diese Unterschriften im Elsaß gesammelt waren von Leuten, die mit dem Saargebiet überhaupt nichts zu tun hatten. Auch hier hat sich herausgestellt, daß die Franzosen mit ihren Bemühungen nicht durchdringen. Das Saargebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben. Das hat die Bevölkerung unzweideutig zu erkennen gegeben trotz französischen Zwanges und trotz rechtswidriger Beibehaltung einer französischen Besatzung.

Im übrigen sind die Franzosen darauf ausgegangen, ihre Politik in Deutschland dadurch zu stützen, daß sie östlich von Deutschland eine Art eisernes Band um unser Vaterland legten. Sie haben versucht, Polen und die neugeschaffenen, aus der österreich-ungarischen Monarchie herausgeschnittenen oder auf deren Kosten vergrößerten Staaten zu einer Einheit gegen Deutschland zusammenzufassen. Die Franzosen haben Rüstungskredite an verschiedene dieser Länder gegeben. Zeitweise schien es, als ob Aussicht zur Verwirklichung dieser Pläne vorhanden war. Das enge Verhältnis zwischen Frankreich und Polen, welches letztere zeitweise ganz unter französischem Einfluß gestanden hat, ist bis in die Gegenwart erhalten geblieben. Aber bezüglich der übrigen Staaten hat sich doch herausgestellt, daß deren Interessen nicht stets mit den französischen parallel gehen. Es ist gerade in der letzten Zeit zu verschiedenen Vorgängen gekommen, die zeigen, daß Frankreich diesen Teil seiner Politik nicht mit durchgehendem Erfolge führen kann. Insbesondere ist in der neuesten Zeit Italien in gewisser Beziehung als Konkurrent Frankreichs aufgetreten. Italien hat verschiedene Verträge abgeschlossen mit manchen jener Staaten, die erkennen lassen, daß die französische Politik dort geringe Aussichten hat.

Der französische Imperialismus ist von dem britischen und amerikanischen Imperialismus in mancher Beziehung verschieden. Das hängt einmal mit den Bevölkerungsverhältnissen zusammen. Wir haben es bei England, Amerika und auch bei Japan mit Völkern zu tun, die in beständiger Zunahme begriffen sind, die einen Spielraum für den Bevölkerungsüberschuß gebrauchen. Das trifft auf Frankreich nicht zu. In Frankreich nimmt die Bevölkerung nur in ganz geringem Maße zu, man kann sogar von einem Stillstand sprechen. Die Bevölkerung

ist jetzt geringer als vor dem Kriege. Sie beträgt etwa 39 Millionen Köpfe. Es besteht kein Bevölkerungsdruck, der zum Abfluß großer Zahlen von Auswanderern nötigen würde. Im Gegenteil findet ein Zufluß aus fremden Ländern nach Frankreich hinein statt. Besonders sind sehr große Zahlen von Italienern sowie auch von Spaniern in Frankreich als Arbeiter oder sonst tätig. Die französische Bevölkerung ist auch ihrem Charakter nach insbesondere von der englischen unterschieden. Der Franzose hat im allgemeinen nicht jenes Bedürfnis, in die Welt hinauszugehen, um sich dort niederzulassen. Er hat nicht jene starke Unternehmungslust, wie sie in England und Amerika und auch in Deutschland vielfach hervortritt. Der Franzose neigt dazu, Rentner zu werden, ein gewisses Vermögen zu erwerben, um von dessen Erträgen leben zu können. So haben sich in dem ungeheuren französischen Kolonialreich keine großen Ansiedlungskolonien gebildet, wie bei den Engländern. Es gibt keine französischen Dominions wie die britischen. Die großen nordafrikanischen Länder, die in französischem Besitz sich befinden, sind für weiße Ansiedlung großenteils geeignet. Dort leben nur etwa 700 000 Franzosen, von denen etwa 500 000 auf Algier entfallen.

In anderen französischen Kolonien, soweit sie für eine Besiedlung geeignet sind, ist keine sehr starke Bevölkerung vorhanden. Neu-Kaledonien, ein Land, das zur Besiedlung geeignet ist, war lange Zeit hindurch nur Verbrecherkolonie. Erst später fand eine weiße Besiedlung statt, aber auch heute gibt es nur 15 000 Nichteingeborene dort, darunter 2300 Deportierte.

Ferner ist auch das französische Kapital nicht in dem Maße wie etwa das britische oder amerikanische bereit, zu überseeischen Anlagen zu dienen. Die Franzosen haben vor dem Kriege einen sehr großen Teil ihres Kapitals in russischer Anleihe angelegt, die zur Stärkung der russischen Rüstungen, zum Ausbau der russischen Eisenbahnen usw. gedient hat. Auch nach dem Kriege sind von Frankreich Kredite zu Rüstungszwecken an verschiedene jener Länder gegeben, von denen man gegebenenfalls ein Zusammengehen mit Frankreich erhofft.

Entsprechend dem anderen Geist des französischen Imperialismus sind auch seine Methoden andere als die britischen. Die Herrschaft der Engländer in jenen überseeischen Gebieten mit farbiger Bevölkerung beruht wesentlich mit darauf, daß der Engländer sich von den Eingeborenen fern hält, daß er sich nicht mit ihnen vermischt, daß die Engländer als eine herrschende Klasse, als eine herrschende Schicht

über den Eingeborenen bleiben. In Indien z. B. führt eine kleine Zahl von etwa 1500 englischen Beamten die Leitung und Verwaltung über jene ungeheure indische Bevölkerung von 300 Millionen Köpfen. Derartiges ist nur möglich bei einer solchen Trennung, bei einer solchen Nichtmischung mit der Masse der regierten Eingeborenen. Die Franzosen waren von Anfang an mehr bestrebt, sich mit den Eingeborenen zu mischen, oder richtiger: sie haben versucht, die Eingeborenen ihrer eigenen Kultur, ihrem eigenen Volk anzugleichen. Zu ganz besonders starken Bemühungen nach dieser Richtung hin haben diese Methoden geführt zu den Zeiten der französischen Revolutionen: zur Zeit der ersten großen französischen Revolution im 18. Jahrhundert, 1789, und dann später zur Zeit der Revolution von 1848. Damals hat man die Gleichheit der Eingeborenen in jeder Beziehung anerkannt, man hat ihnen dieselben Rechte wie den französischen Bürgern verliehen. Für die Gegenwart hat eine praktische Bedeutung noch die Revolution von 1848. Damals sind den Eingeborenen der französischen Kolonien die vollen Rechte der französischen Bürger verliehen worden: nicht nur das Recht der Gleichstellung vor dem Richter, sondern auch die politischen Rechte. Jene Kolonien sind dem Mutterlande angegliedert worden. Die Eingeborenen haben sogar das Recht erlangt, Abgeordnete für die französische Kammer zu wählen. Heute noch gehört ihr ein Abgeordneter aus dem Senegal-Gebiet, ein Farbiger, als Mitglied an.

Später hat man dieses System nicht ganz in der gleichen Schärfe durchgeführt; aber das Prinzip der französischen Kolonisation war doch die Assimilierung, die Angleichung der Eingeborenen. Man ist darin weit gegangen. In der Zeit zwischen 1848 und 1871 hat man einmal diese Rechte eine Zeitlang beschnitten; aber nach 1870 hat man sie für die alten Kolonien wieder eingeführt, so daß dieser Zustand heute noch besteht. Man hat versucht, die Eingeborenen — um es mit einem Worte zu sagen — zu Franzosen zu machen. Man hat sich nicht nur bemüht, die französische Sprache in Schulen die Eingeborenen zu lehren, sondern man hat auch versucht, die Eingeborenen mit französischem Geiste zu durchdringen. Im weiteren Verlaufe der französischen Kolonialentwicklung hat es sich jedoch gezeigt, daß derartige Unterschiede zwischen den Rassen vorhanden sind, daß eine solche Assimilation eben doch nicht mit vollem Erfolge und zum Nutzen beider Teile durchgeführt werden kann. Man hat daher diese Assimilation durch Assoziation zu ersetzen versucht. Das ist das Schlagwort,

welches man in den Reden und Aufsätzen moderner französischer Kolonialsachverständiger und Kolonialpolitiker findet. Die Angleichung soll durch Assoziation erfolgen. Man will die Leute nicht mehr sozusagen in jeder Beziehung umwandeln, sondern man will ihre eigenen Anschauungen berücksichtigen, man will sie also nur assoziieren, als Gleichberechtigte neben die Franzosen stellen, anstatt sie vollkommen — auch innerlich — zu solchen zu machen.

Mit dieser Politik der Assoziation hängt es zusammen, daß man in manchen Dingen, speziell auch in der Religionsfrage, auf französischer Seite ein sehr gutes Verständnis hat, und daß man da die Beziehungen in einer solchen Weise zu regeln sucht, daß die Einwohner der Kolonien in religiöser Hinsicht ungestört bleiben und dabei nicht an der Angleichung an das französische Volk gehindert werden. Wir sehen diese Respektierung der Religion in Indochina, wir sehen sie bei dem Islam, wobei in geschickter Weise versucht wird, doch französischen Geist oder Vorliebe für die Franzosen in diese Islamkreise hineinzubringen. Zu diesen Maßnahmen gehört, daß vor nicht langer Zeit in Paris eine mohammedanische Moschee errichtet worden ist und Seite an Seite damit ein Islam-Institut. Zur Eröffnung dieser Moschee ist der Sultan von Marokko nach Paris herübergekommen, und er wurde bei dieser Gelegenheit in entsprechender Weise geehrt.

Man findet diese Ideen auch in der Behandlung der Protektorate. Es ist den betreffenden Sultanen, die unter Protektorat gestellt sind, eine gewisse nominelle Selbständigkeit belassen worden. Das gilt z. B. von Tunis, neuerdings von Marokko, und in Indochina und Kambodscha ist es ähnlich.

Diese Idee der Assoziation zeigt sich auch in der sonstigen offiziellen Politik Frankreichs, die durchweg darauf berechnet ist, die Eingeborenen möglichst als gleichberechtigt oder gleichstehend zu behandeln. Man zieht auch in Westafrika bei den dortigen tieferstehenden Rassen die Eingeborenen als Mitglieder zu den verschiedenen Räten heran — wir würden sie Gouvernementsräte nennen —, sogar im Conseil supérieur, in dem Rate, der dem Generalgouverneur zur Seite steht, befinden sich Eingeborene. Man sucht in den Eingeborenen das Gefühl zu wecken, daß sie eben mit den Franzosen in gutem Einvernehmen leben können und leben.

Aber trotz dieser Theorien hat es sich doch gezeigt, daß die praktischen Ergebnisse nicht immer diejenigen sind, die man von einer solchen Politik den Eingeborenen gegenüber erwartet hat. Wir sind erst kürz-

lich Zeugen gewesen, wie Frankreich schwere Kämpfe mit den Rifkabylen zu bestehen hatte, die in Marokko um ihre Freiheit kämpften, und wie es ebenso in Syrien schwere Aufstände niederschlagen mußte. Das Ziel der französischen Politik ist jedoch die Bildung einer großen Nation von 100 Millionen Köpfen. Wir haben wiederholt das Wort von dem „Vaterland der 100 Millionen Franzosen" gehört, das z. B. der frühere Kolonialminister Sarraut gesprochen hat. Die „farbigen Brüder", die „frères de couleur", die Seite an Seite mit den Franzosen das gemeinsame Vaterland verteidigen sollen, kehren in Reden und Ansprachen immer wieder.

Hier sehen wir nun einen Hauptgrund dieser französischen Politik der modernen Zeit. Wir sehen, wie das Streben der französischen Regierung und das Streben Frankreichs überhaupt dahin geht, die eigene Volkskraft zu ergänzen durch Eingeborene der Kolonien. Die französische Bevölkerung steht still. Sie hat seit langem keine nennenswerte Vermehrung erfahren. Frankreich lebt Seite an Seite mit anderen Völkern, die im ständigen Wachsen begriffen sind. Daraus entsteht das Verlangen, diese reichen Kräfte an Menschen, die in den Kolonien vorhanden sind, zur Verteidigung Frankreichs heranzuziehen, und so hat Frankreich im Weltkriege gewaltige Massen von Eingeborenen seiner Kolonien auf die europäischen Schlachtfelder geführt. Es sind über eine halbe Million farbiger Soldaten gewesen, die Frankreich aus Afrika und aus Asien nach Europa gebracht hatte. Die genaue Zahl, auf 1000 abgerundet, beträgt 537 000 Köpfe. Außerdem hat Frankreich Hunderttausende von eingeborenen Arbeitern während des Krieges nach Frankreich geführt, die dort bei den Arbeiten, die während des Krieges erforderlich waren, geholfen und zum Heeresdienst eingezogene französische Arbeiter ersetzt haben. Nach dem Kriege zeigt sich nun das beständige Streben Frankreichs, diese Kräfte aus den Kolonien weiter heranzuziehen. Es zeigt sich, daß Frankreich, da seine Bevölkerung stagniert, und da die Möglichkeiten des Haltens einer großen Armee nur aus weißen Franzosen immer schwieriger werden, ständig farbige Truppen heranzieht, und zwar nicht nur zum Dienst in den Kolonien, sondern auch zum Dienst in Frankreich selbst, zur Auffüllung der Verbände innerhalb der französischen Armee. Auch gegenwärtig stehen eine Masse von farbigen Truppen besonders in Südfrankreich, und die Verkürzung der Militärdienstzeit, die nach dem neuesten französischen Heeresgesetz eingeführt ist, ist, wie das von den Franzosen offen ausgesprochen wird, dadurch ermöglicht worden,

daß man eben diese starken Truppen aus den Kolonien dauernd heranzieht. Es sind Bestimmungen getroffen, nach denen die Zwangsaushebung der Eingeborenen in den französischen Kolonien stattfindet, Bestimmungen, nach denen die ausgehobenen Eingeborenen zum Dienst auch außerhalb der Kolonien verpflichtet sind, und als Frankreich die vorhin erwähnten Mandate erhielt — den größten Teil von Kamerun und den größeren Teil von Togo —, da hat Clémenceau einen Kampf darum geführt, in die Mandate, die vom Völkerbunde zu genehmigen waren, die Bestimmung aufzunehmen, daß Frankreich die in den deutschen westafrikanischen Kolonien angeworbenen Eingeborenen auch außerhalb der Kolonie, außerhalb des Mandatsgebietes, als Soldaten verwenden dürfe. Das ist damals an dem Widerspruche des Präsidenten Wilson gescheitert. In die Völkerbundssatzungen ist derartiges nicht aufgenommen, sondern darin ist das Verbot einer solchen Militarisierung der Mandate enthalten; aber nachträglich ist es den Franzosen gelungen, in den Text der Mandate für Kamerun und Togo selbst, wie sie vom Völkerbunde genehmigt wurden, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die dort angeworbenen Soldaten im Kriegsfall auch außerhalb der Kolonie verwandt werden können. Aus einer der französischen Kammer vorgelegten Denkschrift ergab sich, daß der Berichterstatter davon ausging, daß auch die eingeborenen militärischen Kräfte Kameruns und Togos genau so wie die der französischen Kolonien für französische militärische Zwecke verwendet werden könnten. Diese Sache ist, soweit Nachrichten vorliegen, nicht zur Durchführung gelangt; verblieben ist nur die Möglichkeit der Verwendung solcher Truppen im Kriegsfalle außerhalb der Kolonien.

Diese Zwangsaushebungen in den Kolonien haben nun nach verschiedenen Seiten ungünstige Wirkungen. Die Eingeborenen selbst schätzen das nicht. Sie haben sich an manchen Stellen durch Abwanderung in benachbartes englisches Gebiet diesem Zugriff zu entziehen gesucht. Andererseits übt das Bekanntwerden der Eingeborenen mit europäischer Zivilisation in der Weise, wie es bei den Franzosen geschieht — also daß sie als den Europäern gleichberchtigt behandelt werden usw. — einen ungünstigen Einfluß auf die Anschauungen dieser Leute aus. Sie verlieren nach dem Urteil mancher Franzosen allzuoft ihr seelisches Gleichgewicht. Sie sind auch, abgesehen von gesundheitlichen Schädigungen, die sie in dem kühleren Klima erleiden, nicht mehr fähig, in ihrer Heimat ihr Leben in der früheren

Weise zu führen. So ist diese Einrichtung für die Eingeborenen keineswegs günstig. Aber gleichzeitig stellt diese Zwangsaushebung von Farbigen, diese Militarisierung der französischen Kolonien, eine schwere Gefahr für die weiße Rasse dar. Es werden Hunderttausende von Eingeborenen im Gebrauche europäischer Waffen und in den Bräuchen europäischer Kriegführung ausgebildet. Wenn diese Leute entlassen sind, kommen sie in ihre Dörfer an der Küste oder im Innern Afrikas zurück, und sie bilden dort eine Gefahr, um so mehr, als sie ja in ihren heimischen Anschauungen entwurzelt sind. Hier schlummern große Gefahren, in erster Linie für die Franzosen selbst, aber auch für die Zukunft der ganzen weißen Rasse in Afrika, deren Stellung ja wesentlich auf dem Prestige der Weißen gegenüber den Schwarzen beruht hatte. Dieses Prestige hat schon dadurch stark gelitten, daß der Krieg nach Afrika in die Kolonien hineingeführt ist. Es leidet weiter in stärkstem Maße durch diese Militarisierung der Eingeborenen der französischen Kolonien.

Was nun die wirtschaftliche Erschließung der französischen Kolonien angeht, so hat sie, im großen gesehen, keine sehr bedeutenden Erfolge gezeitigt, obwohl in manchen Kolonien beträchtliche wirtschaftliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Ich möchte hier einige Handelszahlen anführen, und zwar nicht in Milliarden Franken, weil man ja bei dem schwankenden Werte des Franken schwer feststellen kann, um welche tatsächlichen Werte es sich handelt, sondern in Prozentzahlen im Verhältnis zu dem französischen Gesamthandel. Im Jahre 1925 hat der Import aus den französischen Kolonien nach Frankreich 10,4 % des Gesamtimportes von außerhalb nach Frankreich hinein betragen, die Ausfuhr aus Frankreich in die Kolonien hat im Vergleichsjahre 14,2 % der Gesamtausfuhr betragen, und wenn man den Anteil der Kolonien an dem Gesamthandel Frankreichs feststellt, so hat er sich im Jahre 1925 auf 12,3 % belaufen. Das ist nicht allzu viel, wenn man erwägt, um welche ungeheuren Kolonien es sich dabei handelt. Diese Zahlen lassen indessen, wie ich bemerken möchte, keinen Rückschluß zu auf den etwa mangelnden Wert jener Länder; denn es sind zum Teil Gebiete von einer ganz außerordentlichen Zukunftsmöglichkeit, von ganz bedeutenden Entwicklungsmöglichkeiten. Wenn diese Kolonien bisher noch nicht in stärkerem Maße entwickelt sind, so liegt das eben darin begründet, daß Frankreich weder die nötigen Menschenkräfte, noch die nötigen Finanzkräfte und Wirtschaftskräfte besessen hat und sie auch heute nicht besitzt, um jenes unge-

heure Kolonialreich zu entwickeln. Der frühere Kolonialminister Sarraut hat ein großes Wirtschaftsprogramm aufgestellt, das auch sehr große finanzielle Aufwendungen vorsah; aber es ist mit Rücksicht auf die ungünstigen Finanzverhältnisse, wie sie sich nach dem Kriege entwickelt haben, nicht zur Durchführung gekommen. Es werden eine ganze Reihe von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, tropischen Genußmitteln usw. aus den französischen Kolonien nach Frankreich eingeführt — als einige der wichtigsten Erzeugnisse sind zu nennen Phosphate, Erdnüsse, Palmöl, Palmkerne —; aber diejenigen Rohstoffe, die für die französische Industrie am notwendigsten sind, werden — und darüber wird gerade von französischer sachverständiger Seite geklagt — nicht entfernt in ausreichendem Maße aus französischen Kolonien eingeführt. Baumwolle, Wolle, Seide, Kautschuk werden bisher nur in sehr geringem Umfange in den französischen Kolonien gewonnen.

Frankreich strebt auch nach dem Ausbau des Eisenbahnnetzes in seinen Kolonien. Dieses Eisenbahnnetz ist noch nicht allzu stark entwickelt, obwohl weit ins Innere reichende Bahnen vorhanden sind. Es ist der Plan einer Bahn quer durch die Sahara aufgetaucht, der Plan einer Bahn, die bis in die Gebiete des Sudan hineinführen soll. Dabei spielt aber die Wirtschaft nur eine sekundäre Rolle. Der Hauptgedanke ist auch hier der militärische; daß man aus dem reichen Menschenreservoir des Sudan mit Hilfe dieser Bahn schnell Soldaten heranzuführen hofft, um sie dann durch die Verbindung über das Mittelmeer nach Frankreich schaffen zu können.

Die französische Kolonialtätigkeit steht in der Tat vor großen Schwierigkeiten, vor allem in jenem ungeheuren westafrikanischen und äquatorialafrikanischen Reiche. Die Bevölkerung ist dünn. Man hat dort mit außerordentlich vielen und schweren Tropenkrankheiten zu kämpfen. In Äquatorialafrika spielt vor allem die Schlafkrankheit eine große Rolle, jene tödliche Krankheit, die ihren Namen den schlafähnlichen Zuständen verdankt, durch die ein gewisses Stadium der Krankheit charakterisiert ist. Aber auch fast alle übrigen tropischen Krankheiten treten in diesem Gebiete auf. Es ist eine sehr starke Säuglingssterblichkeit vorhanden. So steht Frankreich vor der gewaltigen Aufgabe, die Menschen zu erhalten, womöglich eine Vermehrung herbeizuführen, und auf diesem Gebiete hat die französische Tätigkeit bisher wesentlich versagt. Es fehlt an ausreichenden Ärzten und ausreichenden Einrichtungen für einen erfolgversprechenden Kampf gegen die Seuchen. Zwar hat sich die französische Regierung neuerdings be-

müht, die viel zu geringe Zahl der Ärzte in diesen tropischen Gebieten zu vermehren. Aber auch wenn man die letzten Zahlen liest, die zum Teil erst auf dem Papier stehen und noch gar nicht voll zur Durchführung gekommen sind, sieht man, daß sie noch viel zu gering sind, als daß man jene weiten Gebiete wirklich sanieren könnte. Da zeigt sich, daß dieses Frankreich mit seiner nicht sehr großen Bevölkerungszahl dort einer zu gewaltigen Aufgabe gegenübersteht, als daß die Aussicht darauf bestände, daß sie in vollem Maße erfüllt werden könnte. Und trotz jener ungeheuren Belastung des französischen Volkes mit diesen kolonialen Aufgaben ist Frankreich eine Vermehrung des von ihm zu verwaltenden Gebietes eben durch die Übertragung von Mandaten nach dem Kriege gewährt worden.

Der französische Imperialismus stößt ebenso wie der britische an manchen Stellen des ungeheuren, von ihm unter seine Botmäßigkeit gebrachten Reiches auf den Nationalismus der unterworfenen Völker, und zwar in der Hauptsache dort, wo es sich um Völker alter Kultur handelt. Es sind oben bereits die verlustreichen Kämpfe erwähnt worden, welche Frankreich in Marokko gegen Abd el Krim und seine Rifkabylen zu führen hatte. Auch in dem Mandatgebiet Syrien lehnten sich die Einwohner gegen die französische Herrschaft auf. Die Araber hatten auf dem Kongreß in Damaskus 1919 Feissal, den Sohn des Königs Hussein von Hedjas, zum König von Syrien und Palästina gewählt, während der Bruder desselben zum König von Irak vorgeschlagen wurde. Dies entsprach jedoch keineswegs den Wünschen der Franzosen, welche das Land trotz seiner Eigenschaft als Mandatgebiet unter direkte französische Herrschaft stellen wollten. Die Franzosen sandten eine Armee von 90 000 Mann unter General Gouraud nach Syrien, welche Feissal aus Syrien vertrieb. Der letztere wurde dann zum König von Irak (Mesopotamien), dem britischen Mandatgebiet, gemacht. Die Franzosen teilten nunmehr Syrien in fünf, später in vier Distrikte, welche Form später geändert wurde. Dies entsprach den Wünschen der arabischen Nationalisten, welche die Einheit gewahrt sehen wollten. Unter dem Oberkommissar General Sarrail brach ein großer Aufstand der Drusen aus. Die von Sarrail zur Niederwerfung ergriffenen Maßnahmen, insbesondere das Bombardement von Damaskus, führten nicht zu dem erstrebten Ergebnis. Der Aufstand griff weiter um sich, Sarrail wurde abberufen. Sein Nachfolger, de Jouvenel, versuchte vergeblich mit sanfteren Methoden des

Aufstandes Herr zu werden. Erst nach langem verlustreichen Kleinkrieg ist es Mitte 1927 gelungen, den Drusenkrieg zu Ende zu bringen. Es sollen allgemeine Parlamentswahlen ausgeschrieben werden. So soll die Einheit Syriens wieder hergestellt werden. Den syrischen Nationalisten ist eine allgemeine Amnestie zugesichert worden, von der nur einige Drusenführer ausgeschlossen bleiben.

Der italienische Nationalismus und Imperialismus

Der italienische Imperialismus kann kürzer behandelt werden, denn er ist erst eine Erscheinung der neuesten Gegenwart und hat noch keine sehr großen praktischen Erfolge zu verzeichnen. Was den Nationalismus anbelangt, so hat Italien es infolge des Verlaufes seiner Geschichte außerordentlich schwer gehabt, eine einheitliche Nation zu werden. Nachdem jenes gewaltige, stolze Römerreich zusammengebrochen war, das den größten Teil der damals bekannten Erde umfaßte, ist Italien immer wieder der Schauplatz der Überflutung durch die verschiedensten Völkerschaften geworden. Zunächst waren es die germanischen Stämme, die von Norden eindrangen, dann kamen die Sarazenen vom Süden her, es kamen die Normannen, die auf dem Wege um Europa herum durch das Mittelmeer in dem südlichen Teil Italiens landeten. Es bestand bereits vordem ein Völkergemisch in Italien. Während der römischen Kaiserzeit wurden infolge der damals herrschenden Sitte der Sklaverei Eingeborene aller Länder der Welt als Kriegsgefangene dort zusammengebracht. Daraus hat sich im Laufe der Zeit ein großes Mischvolk ergeben, in dem das eigentliche Römertum, dessen hervorragendste Teile sich ja auch in den Bürgerkriegen zerfleischten, mehr und mehr zurückgetreten oder untergegangen war.

Italien hat in seinen verschiedenen Teilen, die Jahrhunderte hindurch unter wechselnder Fremdherrschaft gestanden haben, auch die Bildung kleiner Staaten gesehen, wie das in Deutschland der Fall war. Es hat zeitweise Spanien, zeitweise Frankreich, zeitweise Österreich die überwiegende Macht in verschiedenen Teilen des Landes gehabt. Erst von der Mitte des 19. Jahrhunderts ab setzte eine Einigungsbewegung ein, gefördert und geführt vor allem von dem großen italienischen Staatsmann Cavour, die schließlich zur Einigung führte, und deren letzte Etappe die Räumung Roms durch die französischen Truppen im Jahre 1870 infolge des deutsch-französischen Krieges war.

Die Einigung in einem Königreich war vollbracht. In dem so geeinten italienischen Volk, das durch eine einheitliche Sprache unterein-

ander verbunden ist, ist ein starkes Nationalgefühl vorhanden. Es trat dies besonders hervor im Jahre 1878 in der Irredentabewegung, die hervorgerufen wurde dadurch, daß auf dem Berliner Kongreß im Jahre 1878 Italien bezüglich aller seiner etwaigen Ansprüche leer ausging. Die Irredenta, die Bewegung für Wiedergewinnung des unerlösten Landes, bezog sich auf diejenigen an Italien angrenzenden Teile, die von italienisch sprechender Bevölkerung bewohnt werden, ohne daß sie mit in den Bereich des italienischen Staates hineingelangt wären. Sie bezog sich auf das Trentino, das Gebiet von Trient, und auf Triest und einige andere Gebiete mit italienisch sprechender Bevölkerung. Die Bewegung der Irredentisten war mit von wesentlichem Einfluß auf den Entschluß der italienischen Regierung, in den Krieg gegen die Mittelmächte einzutreten. Jene „unerlösten" Gebiete gehörten zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Sie konnten in der vollen Ausdehnung der Irredentawünsche nur durch einen Krieg mit Österreich erworben werden. Selbst die Zugeständnisse, die Österreich zuletzt machte, um Italiens Eintritt in den Krieg zu vermeiden, gingen nicht so weit, wie es Italien forderte.

Im übrigen wäre es für Italien nach seiner maritimen und Handelslage kaum möglich gewesen, auf Seite der Mittelmächte gegen England in den Krieg zu ziehen, denn Italien hängt für seine Ernährung von der überseeischen Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen ab. Es ist auch mit seinen langen ungeschützten Küsten der Beschießung durch eine überlegene Seemacht ausgesetzt.

Italien hat in den Friedensschlüssen seine Ziele großenteils erreicht. Aber trotzdem brach eine große Unzufriedenheit in Italien hervor, die hauptsächlich auf der ungünstigen Wirtschaftslage beruhte. Es war ein sehr starkes Anwachsen des internationalen Sozialismus in Italien zu verzeichnen. Es schien einen Augenblick, als ob der Sozialismus die Oberhand erringen würde. Italien kam an den Rand des Bolschewismus. Es kam zu jenem Beschluß der sozialistischen Arbeiter, die Sozialisierung der Produktionsmittel praktisch dadurch einzuleiten, daß die Arbeiter die Fabriken besetzten. Die Besetzung erfolgte auch, es zeigte sich aber, daß die Arbeiter nicht fähig waren, die Dinge zu leiten. Es drohte ein Chaos, unter dem die Arbeiter selbst in erster Linie zu leiden hatten. So kam es nach vierwöchentlicher Besetzung dazu, daß die Fabriken den Unternehmern wieder zurückgegeben wurden, aber die Unternehmer wurden der Aufsicht durch Fabrikkontrollräte unterstellt. Es war ein für die weitesten Kreise der Bevölkerung

unbefriedigender Zustand. Der gesamte italienische Nationalstaat schien im Begriff, sich aufzulösen.

Da trat der Fascismus hervor. Es war ein früherer Sozialdemokrat, Mussolini, welcher die Leitung des Fascismus übernahm. Es war der Fascio dei Combattanti, der Bund der Kriegsteilnehmer, der den Kampf gegen die Sozialisten aufnahm. Es ist dabei zu vielen, auch blutigen Konflikten gekommen. Jene Fascisten, die sich durch das schwarze Hemd kenntlich machten, errangen allmählich in dem Kampf immer weiteres Feld. Sie erlangten die Oberhand gegenüber den immer mehr zurückweichenden Sozialisten. Schließlich kam es im Novemberber 1922 zu dem Vormarsch der Fascisten auf Rom unter Führung von Mussolini. Der König akzeptierte diese Wendung. Der Fascismus gelangte zur Herrschaft und hat diese seither im Innern kraftvoll ausgebaut.

Es ist praktisch eine Diktatur von Mussolini mit Hilfe der Fascisten, eine Diktatur, die auch vor Gewaltmitteln nicht zurückschreckt und die Presse knebelt. Es sind schwere Strafbestimmungen z. B. erlassen gegen die Verbreitung von falschen Nachrichten über die inneren Verhältnisse Italiens, desgleichen gegen irgendwelche Handlungen, durch die Italien geschädigt werden kann. Es sind ferner schwere Strafbestimmungen erlassen gegen etwaige beleidigende Äußerungen gegen Mussolini. Es ist unzweifelhaft, daß der Fascismus im Innern in vieler Beziehung Außerordentliches geleistet hat. Die Industrie, die Handelsschiffahrt, der Schiffbau, das Verkehrswesen haben eine Organisation erfahren, wie sie in Italien bisher niemals dagewesen ist. Sogar auf eine Besserung des Unterrichtswesens hat sich die Führung Mussolinis erstreckt.

Was die Arbeiterorganisationen anbetrifft, so sind die fascistischen Syndikate ausgebaut worden. Sie beruhen im Gegensatz zu den pazifistischen, internationalen und sozialen Organisationen auf dem Patriotismus und der nationalen Solidarität. Aussperrungen der Arbeiter und Streiks sind bei Strafe verboten. Auch sonst ist in vieler Beziehung ein gewaltsames System vorhanden. Alle antifascistischen Vereine sind verboten, die Presse ist geknebelt. Es finden Deportationen von Leuten statt, die sich mißliebig machen. So sind 1927 zwei Deutsche aus Südtirol nach der Insel Lipari verbannt worden.

Der Fascismus äußert sich als das System einer auf Gewalt begründeten Diktatur. Vom Standpunkt des Nationalismus aus betrachtet, muß man den Fascismus als Nationalismus in Reinkultur

bezeichnen, als die äußerste Steigerung des Nationalismus, die alles auf diesen abstellt. Für den Fascismus bedeutet die nationale Zusammengehörigkeit alles. Er lehnt den Klassenkampf vollkommen ab. Für ihn ist die gesamte Nation eine Einheitsklasse, die gegen andere außerhalb der Nation stehende Einheitsklassen zu kämpfen hat, um die Politik und Wirtschaft Italiens selbständig zu machen und die Stellung Italiens in der Welt zu verbessern und zu befestigen. Es liegt ihm also die gesunde Idee zugrunde, daß die Nation eine Einheit bildet, daß ein jeder Angehörige dieser Nation ohne Rücksicht auf seine etwaige Parteianschauung lediglich dem einen Ganzen angehört und ihm zu dienen hat, und daß dieses eine Ganze als solches sich nach außen hin durchsetzen muß.

Dieser extreme Nationalismus hat, wie gesagt, im Innern zweifellos Erfolge gehabt; diese beruhten allerdings wesentlich mit auf Gewalt. Seine Dauer ist unbestimmt. Wie die Verhältnisse sich gestalten werden, wenn Mussolini einmal nicht mehr sein wird, läßt sich schwer übersehen. Bezüglich der Wirkung des Fascismus unter Mussolinis Leitung nach außen hin sind nicht die gleichen günstigen Voraussetzungen gegeben, wie sie im Innern jedenfalls nach der bisherigen Entwicklung zu urteilen vorhanden sind.

Ein italienischer Imperialismus konnte erst zur Entstehung gelangen, nachdem ein einheitlicher Nationalstaat sich in Italien gebildet hatte. Auch sind die Wirkungen dieses Imperialismus bis zum Weltkrieg keine sehr starken gewesen. Das erklärt sich damit, daß dahinter keine sehr starke politische und militärische Macht stand und daß andererseits auch der Wirtschaftsentwicklung Italiens Grenzen gezogen waren. Italien besitzt verhältnismäßig wenig Rohstoffe. Es ist auf die Einfuhr großer Mengen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln von außerhalb angewiesen. So sind auch die Grundlagen für die Entwicklung eines wirtschaftlichen Imperialismus keine sehr starken. Italien mußte es im Jahre 1881 mit ansehen, wie jener Teil Nordafrikas, der in erster Linie für Italien als Erweiterung in Betracht gekommen wäre, nämlich Tunis, von den Franzosen in Besitz genommen wurde. Tunis liegt unmittelbar Sizilien gegenüber, enthält Land, das für landwirtschaftliche Besiedlung geeignet ist, auch sonst gewisse Reichtümer an Phosphaten; vor allem ist in Tunis von jeher die italienische Einwanderung weit stärker gewesen und ist sie noch als von französischer Seite. Dieser Auslaß wurde Italien verschlossen.

1882 begann die italienische Kolonialpolitik mit der Errichtung der

Kolonie Erytraea an der Westküste des Roten Meeres. 1892 wurde das italienische Somaliland an der Nordostküste Afrikas in Besitz genommen. Dann versuchten in den 90er Jahren die Italiener, die Schutzherrschaft über Abessinien zu erlangen. Italien schloß 1889 mit dem Negus Menelik den Vertrag von Ucciali, durch welchen es eine Erweiterung seiner Küstenkolonie Erytraea in das Innere hinein erhielt. Außerdem enthielt der Vertrag eine Bestimmung, wonach der Negus dem zustimmte, daß Verhandlungen zwischen Abessinien und auswärtigen Mächten durch die Vermittlung der italienischen Regierung geführt werden würden. So stand es im italienischen Text und dementsprechend benachrichtigte der italienische leitende Minister Crispi die fremden Mächte, daß hinfort ihre Verhandlungen mit Abessinien über Rom geführt werden müßten. Menelik protestierte dagegen, da nach seiner Auffassung der äthiopische Text des Vertrages nicht diese weittragende Bedeutung hatte. 1891 wurde zwischen England und Italin ein Vertrag geschlossen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Ostafrika, in welchen Abessinien der italienischen Sphäre zugeteilt wurde, während der ägyptische Sudan und südlich angrenzende Gebiete an England fielen. Die Franzosen waren mit diesen Vorgängen, welche sie von einer Ausdehnung ihrer Herrschaft in diese Teile Afrikas auszuschließen drohten, wenig zufrieden. Sie stärkten den Negus Menelik in seinem Widerstand gegen das italienische Protektorat. Der Negus kündigte 1893 den Vertrag mit Italien. Im folgenden Jahr gab er einer französischen Gesellschaft eine Konzession zum Bau einer Eisenbahn von dem französischen Hafen Djibuti durch Abessinien zum Nil.

Die Italiener sandten nun 1895 eine Armee unter General Baratieri nach Abessinien hinein, um mit Waffengewalt das italienische Protektorat durchzusetzen. Menelik hatte mit französischer Hilfe Waffen und Munition für seine Truppen beschaffen können. Zur Ausbildung seiner Truppen waren französische Offiziere tätig gewesen. Er trat mit einer zahlenmäßig weit überlegenen Armee den Italienern entgegen. Bei Adua kam es am 1. März 1896 zur Schlacht. Die Italiener erlitten eine vernichtende Niederlage. Sie ließen Tausende von Toten auf dem Schlachtfeld, Tausende gerieten in abessinische Gefangenschaft. Das Kabinett Crispi mußte zurücktreten. Sein Nachfolger Marquis Rudini schloß Frieden mit Menelik und erkannte dessen vollständige Unabhängigkeit an. Damit war die abessinische Episode für den italienischen Imperialismus vorläufig been-

det. Erst nach dem Kriege unter Mussolini ist das fascistische Italien mit erneuten Absichten auf das ostafrikanische Gebirgsland hervorgetreten.

Nachdem Tunis infolge der französischen Protektoratserklärung 1881 Italien entgangen war, richtete dieses seine Blicke auf die noch von europäischer Herrschaft freigebliebenen östlich darangrenzenden Teile Nordafrikas. Es handelte sich dabei um Länder, die zwar viel größer waren als Tunis, aber von weit geringerem wirtschaftlichen Wert. Tripolis und die Cyrenaika sind überwiegend sandige, zum Teil von Wüsten erfüllte Länder, in denen nur beschränkte Teile kulturfähig sind und die von einer kleinen Bevölkerung von nur etwa 800 000 Menschen bewohnt werden. Italien sicherte sich im Laufe der Jahre durch Geheimverträge mit den anderen außerhalb des Dreibundes stehenden Mächten, daß keine derselben Einwendungen gegen italienische Ansprüche auf Tripolis erheben würde. England nahm schon frühzeitig eine günstige Haltung dazu ein. Frankreichs Zustimmung erlangte Italien 1900 gegen das Zugeständnis der Bewegungsfreiheit Frankreichs in Marokko. Rußlands Zustimmung wurde in dem Geheimvertrage von Racconigi vom Oktober 1909 erlangt gegen die Zusage wohlwollender Haltung Italiens betreffend die russischen Dardanellenwünsche. Italien suchte inzwischen durch privatwirtschaftliche Unternehmungen mit Hilfe italienischer Banken in Tripolis festen Fuß zu fassen. Im Jahre 1911, zur Zeit der zweiten Marokkokrise, hielt es dann den Augenblick für gekommen, militärisch vorzugehen. Es richtete im September 1911 an die Türkei ein Ultimatum, in welchem es erklärte, daß der Zustand der Unordnung, in welchem Tripolis und die Cyrenaika durch die Türkei belassen wurde, sowie die Agitation gegen italienische Untertanen dortselbst mit den italienischen Lebensinteressen unvereinbar wäre und die militärische Okkupation der beiden Länder ankündigte. Auf die türkische Antwortnote, welche der militärischen Okkupation widersprach, aber Reformen in Aussicht stellte, erklärte Italien den Krieg und bemächtigte sich der Häfen an der Küste von Tripolis. Der italienisch-türkische Krieg führte zu keinen großen Ereignissen. Im Oktober 1913 wurde der Friede geschlossen, da die Türkei in den Balkankrieg mit den Balkanstaaten verwickelt wurde. Italien behielt Tripolis und die Cyrenaika in seinem Besitz. Die Unterwerfung der Araber im Innern bereitete aber große Schwierigkeiten. Auch während des Weltkrieges wurden die Kämpfe im Innern fortgesetzt. Es befanden sich

im wesentlichen nur die Küstengegenden in italienischem Besitz. Im Jahre 1919 wurde dann eine andere Art der Regierung mit Heranziehung der Stammeshäupter zur Verwaltung und eine Eingeborenenvertretung eingeführt, welche eine günstigere Wirkung auf die Landesbewohner ausübte. Aber wirtschaftlich hat die Kolonie, die nur über beschränkte Hilfsquellen verfügt, keine große Entwicklung genommen, während nach wie vor Italien, abgesehen von den sehr bedeutenden Ausgaben für die Okkupation und Unterwerfung des Landes, weiter jährlich beträchtliche Mittel für die Unterhaltung der militärischen Truppen ausgeben muß.

Als der Weltkrieg ausbrach, hat Italien sich zunächst abwartend verhalten und ist dann, im Mai 1915, nachdem ihm von seiten der Entente große Versprechungen gemacht waren, in den Krieg eingetreten. In dem Londoner Geheimvertrag vom 26. April 1915 verpflichtete sich Italien zur Teilnahme an dem Krieg gegen folgende Zusagen:

Das Gebiet des Trentino, Südtirol bis zur Brennergrenze, das Stadtgebiet von Triest, die Grafschaften Görz und Gradiska, ganz Istrien, die Provinz Dalmatien, sämtliche nördlich und westlich der dalmatischen Küste gelegenen Inseln, Valona; ferner das Recht bei einer Teilung der Türkei einen gleichen Anteil wie die anderen Vertragsteilhaber an dem Bassin des Mittelmeeres zu erhalten und zwar in dem an Adalia angrenzenden Teil, sowie die dem Sultan in Libyen zustehenden Rechte; endlich das Versprechen einer kolonialen Kompensation, falls die anderen Vertragsteilhaber ihren Kolonialbesitz auf Kosten Deutschlands erweitern sollten.

Mit der Erfüllung jener Versprechungen haperte es nach dem Kriege zum Teil. Italien erhielt die Brennergrenze und Triest. Dagegen entstanden bezüglich der weiter südlich gelegenen Küstengebiete infolge der Schaffung Jugoslawiens, welches gleichfalls Auslaß zum Meere haben sollte, große Schwierigkeiten, die nur mit Mühe im Kompromißwege beigelegt werden konnten. Mit der Erfüllung der Versprechen betr. Überlassung türkischen Gebietes in Kleinasien bei Adalia wurden Anfänge gemacht. Doch zog es die italienische Regierung, als die siegreiche türkische Armee unter Kemal Pascha 1922 die Griechen aus Kleinasien herauswarf, vor, sich gleichfalls zurückzuziehen und die italienischen Ansprüche auf jene türkischen Gebietsteile nicht zu verfolgen. Hinsichtlich des Versprechens kolonialer Schadloshaltung ist es dann zur Abtretung des Jubalandes, eines etwa 90 000 Qua-

dratkilometer großen, zur Kenyakolonie gehörigen Gebietes an Italien gekommen, wodurch das italienische Somaliland eine Erweiterung erfahren hat. So ist dasjenige, was Italien in Verfolg der Versprechungen jenes Geheimvertrages von London an überseeischen Gebieten erhalten hat, verhältnismäßig gering.

Nachdem der Fascismus unter Mussolini an das Ruder gelangt ist, zeigt sich eine viel stärkere Betonung des Imperialismus. Aber es ist seither auch zu keinen großen Erfolgen in der Verwirklichung dieser imperialistischen Ziele gekommen. Der Fascismus ist, wie oben dargelegt ist, der ausgeprägteste Nationalismus. Er sucht ihn, soweit es sich um die neu zugeteilten Gebiete handelt, in der Weise zu verwirklichen, daß die dort vorhandenen Bestandteile fremder Nationalität italienisiert werden. Er führt dabei eine ausgesprochene Gewaltpolitik. Die etwa 250 000 Deutschtiroler in Südtirol sollen zwangsweise zu Italienern gemacht werden, indem sie verhindert werden, deutschen Unterricht für ihre Kinder beizubehalten, indem sogar vielen von ihnen zwangsweise italienische Namen aufgezwungen werden usw. Diese Politik kann ihr Ziel unter den treu am Deutschtum festhaltenden Südtirolern keinesfalls erreichen. Sie steht einer Verständigung zwischen Deutschland und Italien im Wege, die bei dem Fehlen sonstiger Reibungsflächen an sich möglich und im Interesse beider Länder gelegen wäre.

Was die imperialistischen Ziele anbetrifft, so hat Mussolini in dieser Beziehung wiederholt den Mund sehr voll genommen. Er erklärt die Italiener als Nachfolger der alten Römer und erhebt die Aspirationen des alten Rom. Italien soll Herrscher des Mittelmeers werden. Er predigt seinem Volke die Ausbreitung der italienischen Macht und trifft auch gewisse Maßnahmen, um einer Verwirklichung dieser Ziele näherzukommen. Soweit es sich dabei um die Forderung überseeischer Expansion für Italien handelt, ist zu erwägen, daß es sich nicht etwa um persönliche Neigungen handelt, sondern daß in der Tat starke sachliche Gründe dafür vorliegen. Italien ist ein verhältnismäßig kleines Land mit einer starken Bevölkerung, die ständig in Zunahme begriffen ist. Es besitzt keine ausreichenden Rohstoffe und Nahrungsmittel für die stets wachsende Bevölkerung. Es ist darauf angewiesen, in irgendeiner Weise die Mittel zu erhalten, um diese Bevölkerung zu ernähren. Bis zum Kriege und darüber hinaus gab es nun einen gewissen Ausgleich in der italienischen Auswanderung. Italien entsandte jährlich Hunderttausende von Menschen in fremde Länder,

die sich dort wirtschaftlich betätigten und nach Italien Ersparnisse schickten. Ein großer Teil dieser Auswanderer kehrte wieder nach Italien zurück. Nur die Differenz zwischen diesen beiden Wellen der Auswanderer und der Rückwanderer blieb dauernd im Ausland. Durch diese in fremden Landen gemachten Ersparnisse erfuhr die italienische Wirtschaft eine wesentliche Stärkung. In erster Linie waren die Vereinigten Staaten das Ziel dieser italienischen Auswanderer. Das ist nun ganz anders geworden, seit in Amerika die oben erwähnten Einwanderungsgesetze erlassen sind. Seitdem können nicht mehr jene großen Scharen von Italienern in die Vereinigten Staaten einwandern. So ergaben sich mannigfache, in gewisser Beziehung größere Schwierigkeiten für die italienische Politik, als das in früheren Zeiten vorhanden war. Gewiß, wenn ein Druck stattfindet und ein Auslaß wird verstopft, so sucht diese Welle sich nach anderen Richtungen auszubreiten. So ist jetzt Frankreich ein ungleich größeres Auswanderungsland für Italien als die überseeischen Länder, von den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen. Die Zahl der Italiener, die gegenwärtig in Frankreich sind, wird auf mindestens 800 000 Köpfe veranschlagt. Aber die ungemein starke Einschränkung der italienischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten, die früher den weitaus größten Teil der auswandernden Italiener aufgenommen haben, stellt doch eine außerordentliche Verschlechterung für Italien dar (s. S. 169).

Angesichts dieser in der Bevölkerungszahl Italiens liegenden Schwierigkeiten ist die imperialistische Politik, wie sie Mussolini zu führen sucht, wohl erklärlich. Er stößt dabei aber auf die Hemmnisse, die in dem Stärkeverhältnis Italiens zu den übrigen Großmächten liegen. Eine imperialistische Politik hat nicht nur zur Voraussetzung eine geeinigte Nation, die an sich befähigt ist, eine solche Politik zu führen, sondern sie setzt auch voraus, daß die Stärke der betreffenden Nation groß genug ist, um sich in der Welt durchzusetzen. Mussolini hat bisher noch keine großen positiven Erfolge in der imperialistischen Politik erzielt. Er hat einmal versucht, die Insel Korfu zu besetzen, dann aber diesen Versuch wieder aufgegeben. Er hat Ansprüche an verschiedene Stellen erhoben, z. B. in bezug auf Tanger, jenem gegenüber von Gibraltar gelegenen nordafrikanischen Hafenplatz, der bis dahin den Zankapfel nur zwischen Spanien, Frankreich und England bildete, ohne daß sich bisher große Erfolge dabei ergeben haben. Mussolini hat eine besonders intensive Tätigkeit in bezug auf den Balkan entwickelt und eine Art Einkreisungspolitik gegenüber Südslawien

eingeleitet. Es hat mit Albanien den Vertrag von Tirana abgeschlossen, der bei Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse auf einen Protektoratsvertrag hinauskommt. Er hat weiter Verträge mit anderen Balkanstaaten abgeschlossen, die der Stärkung der Stellung Italiens gegenüber Jugoslawien dienen.

Mussolini hat weiter einen Vertrag mit England abgeschlossen über Abessinien, über welches Land Italien vor Jahrzehnten vergeblich versucht hatte, ein Protektorat zu errichten (s. S. 274). Der Vertrag kommt darauf hinaus, daß Abessinien in zwei Interessensphären geteilt ist, von denen die eine größere östliche Hälfte Italien zufällt, die kleinere westliche England. Es ist ein Vertrag, der ein gewisses Einvernehmen mit England darstellt, und unter Ausschließung Frankreichs die früheren italienischen Aspirationen in jenem Teil Afrikas wieder aufnimmt.

Aber aus diesen Verträgen wird eine Befriedigung der italienischen Expansionsbestrebungen nicht zu erwarten sein. Die eigentlichen imperialistischen Ziele Italiens gehen auf die Küsten des Mittelmeeres. Das gegebene Ziel italienischen Strebens war naturgemäß jenes nordafrikanische Land Tunis, das für dauernde weiße Ansiedlung geeignet ist und eine beträchtliche Zahl von Italienern bereits aufgenommen hat. Aber Frankreich hat Tunis zum französischen Protektorat gemacht und steht auch den sonstigen italienischen Mittelmeerwünschen hinderlich im Wege. Das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich kann bei der Natur der beiderseitigen politischen Ansprüche und Ziele kein besonders gutes sein. Es ist vor nicht langer Zeit sogar zu Truppenverstärkungen an der französisch-italienischen Grenze gekommen, wobei die Furcht vor Übergriffen des Fascismus und die Affäre eines italienischen Spitzels eine Rolle spielten.

Wenn man den italienischen Imperialismus im ganzen betrachtet, so ist nicht recht ersichtlich, wie Italien in die Lage kommen soll, seine großen Ziele zu erreichen. Allein scheint Italien nicht stark genug, um gegenüber den Mächten sich durchzusetzen, die im Mittelmeer sonst die maßgebenden sind, gegenüber Frankreich, der stärksten Militärmacht, mit seiner starken Stellung in Nordafrika von Marokko über Algier bis nach Tunis, mit dem stark ausgebauten Stützpunkt Bizerta gegenüber Italien und andererseits gegenüber England mit seiner überragenden Flotte, mit den Stützpunkten Gibraltar und Malta. Die italienische Politik ist, soweit es erkennbar ist, auf Zusammengehen mit England gerichtet, da sie in ihren Zielen in stärkerem Gegensatz zur

französischen Politik steht. Mussolini hat in seiner Außenpolitik durch kraftvolle imperialistische Äußerungen mehrfach in anderen Ländern Beunruhigung hervorgerufen. Aber in seinen Handlungen hat er doch ein erhebliches Maß von Vorsicht und staatsmännischer Einsicht an den Tag gelegt. So rücksichtslos er im Innern die Herrschaft des Fascismus durchgesetzt hat, so sehr hat er es vermieden, es zu irgendwelchen Konflikten mit einer anderen Großmacht kommen zu lassen, deren Ausgang bei den Stärkeverhältnissen Italiens gegenüber den anderen in Betracht kommenden Mächten äußerst zweifelhaft sein müßte.

Gegenwart und Zukunft des Nationalismus

Aus den vorangehenden Darstellungen, soweit sie sich mit der Entwicklung des Nationalismus in den verschiedenen Ländern befaßten, ergibt sich, daß der Nationalismus in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg allenthalben in Zunahme begriffen war. Der Weltkrieg hat dann bei sämtlichen Völkern, welche an ihm teilnahmen, zu einer weiteren Steigerung des Nationalismus geführt. Die Massen waren in allen Ländern davon durchdrungen, daß sie den Krieg für die heiligsten Güter ihrer Nation führten, in Verteidigung des eigenen Landes und Volkes oder in Verteidigung der nach ihrer Meinung von den Gegnern bedrohten Freiheit und Zivilisation der Welt. Das unter solchen Umständen erfolgende Aufgebot der modernen Volksheere, die die Wehrfähigen aus allen Schichten der Bevölkerungen umfaßten, mußte naturgemäß zu Ausbrüchen nationaler Begeisterung und zur Steigerung des Nationalgefühls führen. Es zeigte sich bei allen kriegführenden Nationen, daß gegenüber diesem nationalen Aufschwung der ersten Kriegszeit die antinationalen Bewegungen in ihrer Wirksamkeit gänzlich oder größtenteils lahmgelegt wurden. Die sozialistischen Bestrebungen, die auf internationale Verbrüderung der Arbeiter zum Zwecke des Klassenkampfs gerichtet waren und die Verhinderung von Kriegen als einen Hauptpunkt auf ihr Programm gesetzt hatten, traten allenhalben zurück gegenüber dem nationalen Zusammenschluß gegen den auswärtigen Feind. Die Zahl der unentwegten Anhänger des Internationalismus, welche die praktischen Konsequenzen durch Verweigerung der Mittel zur Kriegführung zu ziehen suchten, blieb, wenn sie überhaupt in die Erscheinung trat, so gering, daß sie zunächst keine Wirkung auf den Gang der Entwicklung und die Empfindungen der Massen erlangte.

Bei außerhalb Europas lebenden Völkern, insbesondere den Amerikanern, die nicht unmittelbar durch den Kriegsausbruch betroffen und demgemäß nicht von dem Drang nach Verteidigung des eigenen Grund und Bodens gegen fremde Angriffe erfaßt wurden, wurden

durch eine skrupellose Propaganda, die den Kreuzzug gegen die angeblichen Hunnen und Barbaren predigte, welche die Welt vergewaltigen und Freiheit und Zivilisation vernichten wollten, die nationalen Leidenschaften aufgepeitscht. Auch in jenen Ländern kam es im Zusammenhang hiermit zu einer wesentlichen Verstärkung des Nationalismus infolge des Eintritts in den Krieg.

Die Alliierten haben aber außerdem im Weltkrieg die Idee des Nationalismus im größten Maßstab für sich nutzbar gemacht. Sie haben jene Schlagworte von dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" und dem „Schutz der kleinen Nationen" in die Welt hinausgesandt. Diese Schlagworte waren geeignet, ihnen die Sympathien der Welt außerhalb der Länder ihrer Kriegsgegner zu verschaffen. Es wurde dadurch in wirkungsvoller Weise der Gegensatz zwischen den Alliierten aufgehoben, welche angeblich für Recht und Freiheit eintraten, und den Mittelmächten, welchen die Bedrohung und Vergewaltigung der anderen Völker vorgeworfen wurde.

Darüber hinaus dienten diese Schlagworte dazu, Zersetzung in die Reihen der Gegner zu tragen, soweit deren Länder, wie besonders Österreich-Ungarn, verschiedene Nationalitäten umfaßten, und weitere Nationen oder Bestandteile von solchen in den Krieg auf seiten der Alliierten hineinzuziehen. Ob es sich um die Araber in Vorderasien handelte, denen für die Kriegshilfe an England ein selbständiges Araberreich versprochen wurde, oder um die Polen, die Tschechoslowaken oder die Jugoslawen, denen die Errichtung selbständiger Nationalstaaten in Aussicht gestellt wurde, immer handelte es sich um die Ausnutzung des Nationalismus der Angehörigen jener Völker für die Kriegszwecke der Alliierten. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Zusage der Erfüllung nationaler Wünsche, die zwar in der Vorkriegszeit in den meisten der in Betracht kommenden Länder nur von einer kleinen Minderzahl als politische Ziele aktiv verfolgt worden waren, aber doch an die Empfindungen ganzer Volksteile, wenn nicht des ganzen Volkes appellierten, den nationalen Gedanken mächtig anschwellen ließ.

Bei Kriegsende war der Nationalismus nicht nur bei den Nationen, welche als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgingen, auf das höchste gestiegen, sondern auch bei den kleinen Nationen oder Teilen von solchen, die nun die Erfüllung der ihnen von den Alliierten gemachten Versprechungen erwarteten. Die Alliierten haben den Wünschen jener kleinen Nationen, insbesondere der „Nationalitäten" der

habsburgischen Doppelmonarchie soweit entsprochen, als es ihren eigenen Zwecken dienlich zu sein schien. Es kamen für sie hauptsächlich drei Punkte in Betracht:

Erstens handelte es sich um die Vernichtung oder möglichste Schwächung der Kriegsgegner, sowie des durch die bolschewistische Umwälzung aus dem Bereich der Alliierten ausgeschiedenen Russischen Reiches. So wurde die alte Großmacht Österreich-Ungarn gänzlich zerschlagen durch Zerlegung in eine Reihe von Staaten, wobei die verbliebenen kleinen Staaten Deutschösterreich und Ungarn noch derartig beschnitten wurden, daß große von Deutschen bzw. Magyaren bewohnte Landesteile von ihnen abgetrennt wurden. Das Deutsche Reich mußte nicht nur Elsaß-Lothringen, das alte Ziel französischen Verlangens, an Frankreich abtreten, sondern wurde durch Abtrennung von Eupen und Malmedy im Westen an Belgien, des polnischen Korridors und Ostoberschlesiens an Polen, des Memellandes an Litauen und eines Teils von Schleswig an Dänemark beträchtlicher weiterer Zahlen deutscher Volksgenossen beraubt und wirtschaftlich geschwächt. Die Türkei sollte durch den ihm auferlegten Vertrag von Sèvres zerschlagen werden, wehrte sich aber mit Erfolg dagegen. Doch auch der schließlich zwischen der Türkei und den Alliierten vereinbarte Frieden von Lausanne bestätigte den Verlust großer vorderasiatischer Gebiete des Ottomanischen Reiches. Bulgarien wurde gleichfalls durch Gebietsabtretungen geschwächt. Schließlich wurde Rußland durch die Selbständigmachung der Randstaaten verkleinert und in seiner Einwirkung nach Westen durch die Barriere, welche diese Staaten zwischen ihm und dem Deutschen Reich bilden, beeinträchtigt.

Zweitens handelte es sich darum, die von den Alliierten entfesselten und im Kriege benutzten nationalen Kräfte jener Völker auch weiterhin für ihre eigenen Zwecke nutzbar zu machen. Besonders für die französische Politik war der Gedanke der Gewinnung eines Gegengewichtes im Osten gegen ein befürchtetes Wiedererstarken Deutschlands von größter Bedeutung. Von einem von Frankreich abhängigen Polen, von der Gefolgschaft der Tschechoslowakei und wenn möglich der sonst neu gegründeten oder durch Gebietszuweisungen verstärkten östlichen Staaten konnte eine starke Stützung der französischen Macht auf dem Kontinent erwartet werden.

Drittens war es nach der Art, in der die Alliierten erfolgreich den Nationalismus der mit ihnen verbundenen Balkanstaaten und

der zu Österreich-Ungarn gehörigen slawischen Völker geschürt und ausgenutzt hatten, notwendig, daß etwas zur Erfüllung der nationalen Aspirationen dieser Völker und Volksteile geschah. So sehr die Alliierten auch sonst in ihrer Kriegspropaganda die öffentliche Meinung der Welt irregeführt haben, so waren sie doch in die Lage versetzt, auf dem europäischen Kontinent den Wünschen jener Völker, die ihre Partei genommen hatten, entgegenzukommen. Andernfalls hätte es zweifellos einen starken Rückschlag für die Stellung der Alliierten in den in Frage kommenden Teilen Europas gegeben.

Wenn die Alliierten diesen Aspirationen bei den Staatsgründungen und Gebietszuweisungen in so weitem Maße entgegengekommen sind, wie dies geschehen ist, so beruht es wesentlich mit darauf, daß diese Selbständigmachung und Vergrößerung der aus dem österreichisch-ungarischen Staatskörper herausgeschnittenen Staaten und einzelner Balkanstaaten ihren eigenen oben umschriebenen Zwecken entsprach; denn in Ländern außerhalb Europas, wo ihr eigenes Interesse es anders erforderte, haben sie den nationalen Wünschen der dortigen Völker nicht in gleichem Maße stattgegeben, wie weiter unten (S. 297) noch erörtert wird. Aber hinzu kam die außerordentlich große Unkenntnis, welche einzelne der maßgebenden Staatsmänner, vor allem der für sein Land nicht unmittelbar an diesen Fragen interessierte Präsident Wilson von den Volks- und Landesverhältnissen Mittel- und Osteuropas hatten. Derartige unmögliche, auf die Dauer unhaltbare Schöpfungen, wie die des polnischen Korridors oder die Abtrennung Ostoberschlesiens oder die Zuteilung rein deutscher Gebiete, deren Bewohner in ununterbrochenem örtlichen Zusammenhang mit deutschen Volksgenossen leben und ebenso von magyarischen Gebieten an fremde Staaten, sind nur aus solcher Unkenntnis heraus zu erklären; denn bei Präsident Wilson ist trotz seines Versagens bei den Verhandlungen über die Feststellung der Friedensbedingungen, das ihn zum Nachgeben in wichtigsten Punkten der mit den Mittelmächten vereinbarten Friedensgrundlage seiner 14 Punkte führte, doch nicht zu bezweifeln, daß er auf die Sicherung künftigen Friedens bedacht war. Die Regelung, wie sie in den Friedensdiktaten erfolgt ist, kann diesem Zweck unmöglich dienen. Sie enthält vielmehr die Keime künftiger Konflikte in sich, da der Triebkraft des Nationalismus jetzt viel größere Angriffsflächen geboten sind als früher, indem einerseits die Zahl der unter die Herrschaft eines fremden Staatsvolks gebrachten Menschen jetzt größer ist als vor dem Kriege

und andererseits ihr Nationalempfinden infolge der gegenüber jener Zeit weit aktiveren nationalistischen Politik der Staatsvölker mit Unterdrückungen der Minderheiten weit stärkeren Anlaß zur Reaktion hat, als das früher in den meisten Ländern der Fall gewesen war.

Hinzu kommt, daß in der überwiegenden Zahl jener neugegründeten oder vergrößerten Staaten die an alter Kultur, staatlicher, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Leistung voranstehenden Volksbestandteile minder entwickelten, an Bildung und Leistungsfähigkeit zurückstehenden Staatsvölkern zugeteilt sind, deren gegen jene Staatsangehörigen gerichteten Unterdrückungsmaßnahmen den eigenen Staat schädigen und in Kultur und Wirtschaft zurückwerfen und naturgemäß eine starke Reaktion der betroffenen kulturell höher entwickelten Staatsangehörigen hervorrufen. Präsident Wilson hätte, wenn er sich über diese Verhältnisse und Konsequenzen klar gewesen wäre, kaum derartige, den Frieden gefährdende und die Entwicklung jener Teile Europas zurückwerfende Regelungen gebilligt. Für jeden, der diese Gebiete Osteuropas bereist hat, ist der Gedanke unabweislich, daß bei manchen der maßgebenden Staatshäupter, zum mindesten bei dem Präsidenten Wilson, ein äußerst bedauerliches Maß von Unkenntnis der Zustände jener Länder und Völker obgewaltet haben muß. Denn mit politischen Plänen irgendwelcher Mächte allein — mögen sie noch so komplizierter oder bösartiger Natur gewesen sein — läßt sich die erfolgte, vielfach den Interessen jener Länder und Völker widerstreitende und denen der Alliierten selbst nicht entsprechende Regelung nicht erklären.

Die Alliierten hatten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ihre Richtschnur hingestellt. Nach den 4 Punkten der Kongreßrede Wilsons vom 11. 2. 1918, deren Grundsätze nach der Note des Staatssekretärs Lansing an die deutsche Regierung vom 5. November 1918 mit die Grundlage des Friedens bilden sollten, sollte jeder Teil der schließlichen Auseinandersetzung auf der dem betreffenden Fall innewohnenden Gerechtigkeit und solchen Adjustierungen aufgebaut sein, von denen die Herbeiführung eines dauernden Friedens am wahrscheinlichsten wäre; es sollten Völker und Provinzen nicht von einer Souveränität zur anderen verschachert werden dürfen, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären; es sollte jede durch den Krieg aufgeworfene territoriale Regelung im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerungen getroffen werden; endlich sollte allen klar umschriebenen nationalen Bestrebungen

die weitgehendste Befriedigung gewährt werden, die ihnen gewährt werden könne, ohne neue Elemente von Zwist und Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und sogar der Welt stören würden.

Gegen jeden dieser 4 Punkte ist durch die Regelung der Friedensdiktate auf das schwerste verstoßen worden. Die Regelung ist erfolgt gegen die den Verhältnissen innewohnende Gerechtigkeit, die ein Zusammenschließen der nach Abstammung, Sprachen und Sitten zusammengehörigen Volksbestandteile erfordert hätte. Sie birgt Konfliktstoffe in sich, welche die Erhaltung eines dauernden Friedens unwahrscheinlich macht. Es sind Millionen von Menschen und große Gebiete von einer Souveränität zur anderen verschachert worden. Die getroffene Regelung widerstreitet in vielen Fällen dem Interesse der beteiligten Bevölkerungen. Von den Nationalbestrebungen haben nur einzelne zu ungunsten der andern alleinige Befriedigung erfahren und zwar in so weitgehendem Maße, daß nicht nur bestehende Elemente von Zwist und Gegnerschaft verewigt, sondern neue solche Elemente geschaffen sind, die den Frieden Europas zu stören geeignet sind.

Die Alliierten haben sich nicht damit begnügt, aus den von Polen und Tschechen bewohnten Gebieten je einen selbständigen Staat zu schaffen und Serbien und Rumänien von Angehörigen oder Verwandten ihrer Staatsvölker bewohnte Gebiete zuzuweisen. Es sind vielmehr neue Nationalitätenstaaten geschaffen worden, in denen neben dem Staatsvolk sehr starke Bevölkerungsteile anderer nationaler Zugehörigkeit vorhanden sind.

Polen hatte nach der Zählung vom Januar 1921 27,2 Millionen Einwohner. Davon waren 18,8 Millionen polnischer Nationalität (69,2 %). 3,9 Millionen waren Ukrainer, 2,1 Millionen Juden, 1 Million Deutsche, 1 Million Weißrussen.

In der Tschechoslowakei befanden sich nach der Zählung von 1921 13,6 Millionen Einwohner. Davon waren 8,76 Millionen Tschechoslowaken (65,5 %), 3,12 Millionen Deutsche (23,36 %). In Wirklichkeit ist diese Zahl beträchtlich höher, sie beträgt etwa 3,5 Millionen. Ferner waren vorhanden 745 000 Magyaren, 462 000 Ruthenen, 181 000 Juden und 76 000 Polen.

Jugoslawien hatte nach der Zählung von 1921 12 Millionen Einwohner, davon 5,67 Millionen Serben, 2,33 Millionen Kroaten,

600 000 Magyaren, 499 000 Deutsche, 1,8 Millionen Angehörige anderer Nationalitäten. Der Religion nach sind 47 % orthodox, 39 % römisch-katholisch, 11 % Mohammedaner.

Die Einwohnerzahl Rumäniens beträgt 17,9 Millionen, davon sind 10,8 Millionen Rumänen, 2,4 Millionen Magyaren, 1 Million Ukrainer, 833 000 Deutsche, 683 000 Juden, 350 000 Bulgaren 1,4 Millionen Angehörige anderer Nationalitäten.

Die baltischen Staaten weisen ebenfalls beträchtliche Zahlen von Angehörigen fremder Nationalität auf. Estland mit 1,1 Millionen Einwohnern hat 87,8 % Esten, Lettland mit 1,84 Millionen Einwohnern 75 % Letten. Litauen mit 2,2 Millionen Einwohnern hat im Memelgebiet ein nach Bevölkerung großenteils und nach Kultur vollständig deutsches Gebiet zugewiesen bekommen (s. S. 315). Finnland mit 3,5 Millionen Einwohnern hat einen starken schwedischen Einschlag.

Der Nationalismus jener Völker, die bisher kein eigenes staatliches Dasein geführt hatten, oder deren Länder durch Hinzufügung bisher unter anderer Souveränität stehender Gebiete erweitert wurden, erreichte mit der über Erwarten erfolgenden Befriedigung ihrer nationalen Wünsche keineswegs einen Ruhepunkt. Im Gegenteil machte sich in den meisten Ländern ein Übermaß des Nationalismus geltend. U. a. zeigte sich dies in der Sprache. Das Bestreben trat in manchen dieser Länder hervor, nunmehr fremde Sprachen und insbesondere die Sprache des Volkes, unter dessen Souveränität bis zur Neuordnung das betreffende Land gestanden hatte, auszumerzen und an deren Stelle lediglich die nunmehrige Staatssprache zu setzen. Vielfach führte dieses Bestreben zu seltsamen und dem allgemeinen Verkehr hinderlichen Maßnahmen, indem auf Eisenbahnstationen, an Eisenbahnwagen, auf den Verkehr betreffenden Ankündigungen usw. sich nur Bekanntmachungen in der Sprache des betreffenden Landes befinden. Es handelt sich dabei um Sprachen, die nur von je einem kleinen Volk von 1½ – 20 Millionen Menschen gesprochen werden und die obendrein größtenteils viel zu schwierig sind, als daß ein nicht dauernd dort wohnender Fremder daran denken könnte, sie zu erlernen. Einzelnen dieser Sprachen, die vor der Umwälzung nur dem Verkehr der Bauernbevölkerung untereinander dienten, fehlt nach dem Urteil von Kennern obendrein der Grad der Entwicklung, welcher sie zur Benutzung als allgemeine Umgangssprache eines modernen Kulturvolkes überhaupt geeignet erscheinen ließe. Es würde im eige-

nen Interesse jener kleinen Völker liegen, wenn sie in allen Fällen, in welchen internationaler Verkehr in Frage kommt, neben den Inschriften in ihrer eigenen, in der Regel nur den eigenen Volksgenossen verständlichen Sprache zum mindesten eine Übersetzung in eine der großen Weltsprachen anbringen wollten, als welche für Osteuropa nach ihrer Verbreitung in erster Linie die deutsche Sprache geeignet wäre.

Schlimmer noch sind die wirtschaftlichen Folgen der „Balkanisierung" Osteuropas, wie man den Vorgang der Bildung der neuen Staaten mit Recht bezeichnet hat. An die Stelle der früheren großen zusammenhängenden Wirtschaftsgebiete, wie es besonders Österreich-Ungarn für die dazu gehörigen Länder bildete, sind kleine Länder getreten, die sich durch Zollmauern voneinander abschließen und großenteils das unheilvolle Bestreben haben, durch Aufbau eigener Industrien sich möglichst von der Außenwelt unabhängig zu machen. Dies führt dahin, daß für die vorhanden gewesenen Industrien, welche als Absatzgebiet bis zum Kriege das frühere große Wirtschaftsgebiet hatten, nunmehr die Absatzmöglichkeit auf das auf einen Bruchteil verkleinerte jetzige Staatsgebiet beschränkt ist. Das hat naturgemäß den Rückgang der Industrien in dem verkleinerten Land zur Folge, da dem Export in das Ausland häufig unüberwindliche Hindernisse in den hohen Zollsätzen und anderen Umständen im Wege stehen. So bedeutet die Balkanisierung für die Industrien der davon betroffenen Länder eine ganz außerordentliche Verschlechterung, die auf die Gesamtwirtschaft der neuen Staaten eine verderbliche Rückwirkung hat. Die Zerstückelung der großen Wirtschaftsgebiete führt naturgemäß auch zum Rückgang bisheriger großer Verkehrs- und Umschlageplätze, wie z. B. einerseits Wien, andererseits Triest und Fiume, die durch die Neuordnung von ihrem natürlichen Hinterland abgeschlossen sind.

Andererseits haben sich die Maßnahmen der Agrarreform, welche in einem großen Teil jener neuen Staaten durchgeführt sind oder noch werden, von äußerst ungünstigem Einfluß auf die landwirtschaftliche Entwicklung erwiesen. In manchen jener Staaten wie in Rumänien ist die Agrarreform allgemein, auch gegen einheimische Grundbesitzer, in der Weise durchgeführt, daß der Großgrundbesitz enteignet und an kleinere Besitzer verteilt ist, wobei allerdings Grundbesitzer fremder Nationalität meist in stärkster Weise benachteiligt sind. In anderen, wie in dem größten Teil der baltischen Provinzen, sind nach dem tatsächlichen Stand der Besitzverhältnisse durch die Enteignung

nur Großgrundbesitzer fremder Abstammung, überwiegend Deutschstämmige, betroffen worden. In anderen Ländern wiederum wie in Polen wird die Agrarreform im wesentlichen nur als Mittel zur Vernichtung deutschen Besitzes und deutscher Stellung im Lande benutzt. Die Wirkung ist in den meisten jener Länder zunächst ein Rückgang der Erträgnisse der Landwirtschaft gewesen, da die durch die Neuverteilung mit Grundbesitz Versehenen nach dem Stande ihrer Fähigkeiten, Kenntnisse und Mittel nicht imstande sind, die gleiche Produktion wie die bisherigen Besitzer zu erzielen.

Dazu kommt fast allenthalben in jenen Ländern ein starker Kapitalmangel. Im Inlande fehlt erspartes Kapital, vom Auslande konnte bisher Kredit, wenn überhaupt, nur unter sehr schweren Bedingungen erlangt werden, abgesehen von den Rüstungskrediten, welche Frankreich einigen jener Staaten zum Ausbau und zur Instandhaltung ihrer Wehrmacht gewährt hat. Dies beruht offenbar auf dem mangelnden Vertrauen der Banken in die Stabilität der Verhältnisse der neu eingerichteten Länder. So hat die Balkanisierung jener Länder wirtschaftlich zu einem starken Rückschlag für sie geführt.

Wenn die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen der Neuregelung auch von den Angehörigen der Staatsvölker empfunden werden, so erscheinen der überwiegenden Mehrzahl von ihnen wahrscheinlich die kulturellen Folgen in besserem Licht. Das Staatsvolk hat nicht nur die Freiheit der eigenen kulturellen Entwicklung, in der es früher in manchen Ländern behindert war, in anderen wenigstens sich benachteiligt glaubte, sondern auch kraft seiner Regierung und Finanzkontrolle die Möglichkeit der Förderung und Ausbreitung der eigenen Kultur zum Nachteil der der anderen Nationalitäten. Hiervon wird in dem größten Teil der Staaten, denen die Bevölkerungsverschiebungen der Friedensdiktate zugute gekommen sind, in weitestgehendem Maße Gebrauch gemacht. Das ist ein Hauptpunkt, gegen den sich der Kampf der Minderheiten richtet, auf den weiter unten (S. 291 ff.) noch einzugehen sein wird.

Die Kulturentwicklung des größten Teils jener Länder erleidet dabei schwere Nachteile. In verschiedenen jener Länder sind, wie oben bereits erwähnt, Volksteile jetzt zum Staatsvolk geworden, die in ihrer Entwicklung noch keineswegs den Grad der Kultur der westlichen Nationen erreicht hatten. Für sie waren bisher die Deutschen die Kulturbringer gewesen. Die nationalistische Einstellung der neuen Staatsvölker führt dazu, daß sie gegen die deutsche Kul-

tur eine abweisende Haltung einnehmen, ja sogar sie in ihrem eigenen Bestande zu vernichten suchen, ohne daß sie aus eigener Kraft etwas Gleichwertiges an die Stelle zu setzen in der Lage wären.

Politisch endlich haben die Friedensdiktate eine Reihe von Staaten geschaffen, die innerlich wie nach außen hin Elemente der Unsicherheit in sich tragen. Wenn in der polnischen Republik nach eigener, doch sicher für sie nicht ungünstig berechneter Statistik wenig mehr als ⅔ der Bevölkerung Polen sind (69,2 %)[1]) und in der Tschechoslowakei nach der Volkszählung vom Jahre 1921 sogar weniger als ⅔, nämlich 65,5 % Tschechen einschließlich Slowaken[2]), so liegt darin gewiß kein Moment großer Stärke nach innen wie nach außen. In Jugoslawien liegt das Zahlenverhältnis nicht so ungünstig, doch sind dort an sich zwar stammverwandte, aber durch tausendjährige Geschichte voneinander getrennte religiös und kulturell anders entwickelte Stämme miteinander verbunden worden, die römisch-katholischen, die lateinische Schrift benutzenden Kroaten von größtenteils westlicher Kultur, und die gleichfalls römisch-katholischen Slovenen mit den griechisch-orthodoxen, die Kyrillische Schrift benutzenden Serben mit starkem Einschlag orientalischer Kultur. In Rumänien gehört mehr als ein Drittel der Bevölkerung fremder Nationalität an.

Im übrigen handelt es sich bei allen diesen neugegründeten oder vergrößerten Staaten nur um Gebilde zweiter oder dritter Größe, von denen keins die Stellung einer Großmacht einzunehmen in der Lage ist. Damit ist die Schwierigkeit eigener selbständiger Politik gegeben und das Anlehnungsbedürfnis an Großmächte gegenüber den Aspirationen vergrößerungssüchtiger Nachbarn oder wirklichen oder vermuteten Bedrohungen seitens anderer Nationen. Gerade die Nationalitätenverhältnisse bergen die Gefahr äußerer Konflikte in sich. Es braucht hier nur auf die Bewegung der Macedonier verwiesen werden, welche von Serbien los zu den Bulgaren kommen wollen, eine Bewegung, die trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen von serbischer Seite nicht zur Ruhe kommt und immer wieder die Gefahr von Konflikten der Nachbarstaaten heraufbeschwört.

Die Balkanisierung eines Teils von Mittel- und Osteuropa hat die Verhältnisse jener Balkanstaaten auf diese anderen Teile Europas

[1]) Siehe Annuaire statistique de la République Polonaise 1923, S. 12.

[2]) Tschechoslawische Statistik, Band 9, 1924, S. 65.

übertragen. Auch hier sind nunmehr kleine Staatsgebilde von beschränkter politischer Aktionsfähigkeit entstanden, welche in jenen Nationalitätsverhältnissen die Keime von Konflikten und sich daraus ergebenden Gefahren für ganz Europa enthalten. Als erschwerendes Moment kommt dabei in Betracht, daß teilweise die Grenzen dieser neuen Staaten unter einer solchen Mißachtung der natürlichen und Bevölkerungsverhältnisse gezogen sind, wie im Falle des polnischen Korridors und Ostoberschlesiens, in der Beschneidung des ungarischen Staates und zum Teil in den Rußland gegenüber festgelegten Grenzen, daß die davon betroffenen Nationen sich damit niemals abfinden, sondern auf eine Änderung dieser Grenzen bedacht sein werden, ferner dadurch, daß kompakte zusammenhängende Volksteile fremder Nationalität manchen dieser Staaten zugeteilt sind, so daß in den betreffenden Gebieten die Angehörigen des Staatsvolkes lediglich eine Minorität bilden.

Der Nationalismus ist bei den Staatsvölkern jener Staaten ausnahmslos außerordentlich stark entwickelt. Er hat sich in den Anfängen der eigenen staatlichen Verwaltung in dem größten Teil derselben in schonungslosestem Vorgehen gegen die Angehörigen anderer Nationalitäten geäußert. Die Vertreibung solcher aus dem Lande, die Wegnahme ihres Privateigentums, die Schließung fremdsprachiger Schulen, die Entlassung von Beamten und Angestellten fremder Nationalität waren nur einige von den Äußerungen rücksichtsloser Gewalt gegen die nicht zur eigenen Nation gehörigen Landeseingesessenen.

Andererseits hatte das Nationalempfinden der nunmehrigen Minderheiten durch den Krieg fast allenthalben eine Steigerung erfahren. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Menschen gleichen Stammes und gleicher Kultur war durch die Kriegsereignisse gestärkt und in manchen Fällen wohl erst wieder geweckt worden. Dieses Nationalgefühl wurde nun durch die Ausbrüche des Nationalismus der Staatsvölker, welche die Staasangehörigen fremder Nationalität entweder ausmerzten oder zu sich zwingen wollten, zu starker Reaktion aufgepeitscht. So wurde in kurzer Frist das Minderheitenproblem zu einem der schwersten Probleme des Nachkriegseuropa.

Es sind gegenwärtig nicht weniger als 40 Millionen Menschen, die in Europa sich unter fremder Staatsherrschaft befinden. Von diesen 40 Millionen sind etwa 10 Millionen Deutsche. Dabei sind 6½ Millionen Deutschösterreicher nicht mitgerechnet, die zwar vom Deut-

schen Reich getrennt sind, aber einen selbständigen Staat für sich bilden.

Als die Alliierten den neugeschaffenen oder vergrößerten Staaten viele Millionen von Menschen fremder Nationalität zuwiesen, mußte sich der Gedanke aufdrängen, daß sich aus dem Zusammenleben Schwierigkeiten ergeben würden, wenn nicht zum Schutz der nunmehrigen Minderheiten Maßnahmen getroffen würden. Ganz besonders nahe lag der Gedanke für solche Länder, in welchen Teile des bisher herrschenden Volkes nunmehr zu einer „Minderheit" gemacht wurden. Das galt in erster Linie für die Deutschen in Polen und in der Tschechoslowakei. Für diese beiden neugegründeten Staaten enthielt der Versailler Diktatfrieden in den Artikeln 86 und 93 die Vorschrift, daß in einem zwischen ihnen und den Alliierten abzuschließenden Vertrag die zum Schutz der Interessen der nationalen sprachlichen und religiösen Minderheiten notwendigen Bestimmungen aufgenommen werden würden. In der Note der Alliierten vom 16. Juni 1919 wurde Deutschland noch ausdrücklich die Gewährung von Sicherheiten für die Rechte der deutschen Minderheiten in bezug auf Erziehung, Religion und Kultur zugesichert.

Dementsprechend wurde von den Alliierten am 28. Juni 1919 ein Minderheitsvertrag mit Polen geschlossen. Ähnliche Verträge mit der Tschechoslowakei, mit Jugoslawien und Rumänien folgten. Deutschösterreich, Ungarn und Bulgarien wurden Bestimmungen ähnlichen Inhalts in dem Diktatfrieden von St. Germain, Trianon und Neuilly auferlegt.

Der Inhalt dieser Verträge geht im allgemeinen darauf hinaus, daß allen Bürgern ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion voller Schutz ihrer Freiheit gewährt wird. Dann heißt es weiter, daß alle Staatsangehörigen ohne Unterschied der Rasse, Sprache und Religion vor dem Gesetz gleich sind und dieselben bürgerlichen und politischen Rechte genießen, sowie daß keine Bestimmung erlassen werden darf, durch welche ein Staatsbürger im freien Gebrauch seiner Sprache beschränkt werden würde. Schließlich ist das Recht auf Gründung eigener Wohlfahrtsvereinigungen, sozialer Institute, Schulen usw. anerkannt. Für Gebiete, die deutsch waren, sind in dem Polnischen Vertrag in bezug auf das öffentliche Unterrichtswesen noch besondere Bestimmungen dahingehend getroffen, daß bei Vorhandensein einer beträchtlichen Anzahl Fremd-

sprachlicher in den Elementarschulen den Kindern der Unterricht in ihrer eigenen Muttersprache zu erteilen ist.

Alle diese Verträge stehen unter Garantie des Völkerbundes.

Über Oberschlesien ist am 15. Mai 1922 ein deutsch-polnisches Abkommen getroffen worden. Es sind darin eingehende Bestimmungen zum Schutz der Minderheit enthalten, besonders betreffend Religion, Unterricht und Sprache. Darin ist u. a. die Errichtung öffentlicher Minderheitsschulen bei Vorhandensein einer bestimmten Zahl von Schülern vorgeschrieben. Auch die Bestimmungen dieses Vertrages sind unter Garantie des Völkerbundes gestellt.

Keinen vertragsmäßigen Minderheitsschutz haben Frankreich, Italien und Belgien, welche drei Länder infolge der Friedensdiktate gleichfalls deutsche Minderheiten zugeteilt erhalten haben. So entsteht das merkwürdige Verhältnis, daß Staaten als Mitglieder des Völkerbundes die Erhaltung von Minderheitenschutzverträgen garantieren und deren Innehaltung zu überwachen mit berufen sind, die selbst ihren Minderheiten keinen derartigen Schutz zuteil werden lassen, sondern sie teilweise mit Gewaltmaßnahmen sich zu assimilieren suchen.

Deutschland hat seinerseits, ohne daß ihm im Versailler Diktat eine Verpflichtung auferlegt war, in Artikel 113 der Weimarer Verfassung Vorsorge für den Schutz der Minderheiten getroffen, die übrigens infolge der Abtrennungen des Diktatfriedens nur klein sind. Danach dürfen die fremdsprachigen Volksteile des Reichs durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie in der inneren Verwaltung und Rechtspflege beeinträchtigt werden.

Die Bestimmungen der vorerwähnten Schutzverträge für die Minderheiten, von denen einige der wichtigsten oben angeführt sind, klingen ganz gut. In Wirklichkeit werden sie aber keineswegs ihrem Sinn nach ausgeführt. Der Nationalismus der Staatsvölker sucht im Gegenteil die Minderheiten in sich aufzusaugen, sie zu entnationalisieren und deren eigenes Volkstum zu vernichten. Der Kampf richtet sich gegen den Grundbesitz der Angehörigen fremder Nationalität, dessen Enteignung oder Verkleinerung auf Grund oder unter dem Vorwand einer Agrarreform (s. S. 288) durchgeführt wird. Er geht gegen diejenigen Mitglieder fremden Volkstums, welche als Beamte oder sonst im öffentlichen Dienst angestellt waren; sie werden abgebaut, ent-

lassen. Er richtet sich gegen die Schulen, gegen die Sprache, gegen die Kultur der Minderheiten.

Bei diesem Kampf werden die verschiedensten Mittel angewandt. Man kann dabei zwei Methoden unterscheiden: Bei der einen, die am offenkundigsten in der letzten Zeit im italienischen Südtirol angewandt ist, betreibt die Regierung mit brutalen Gewaltmitteln und ohne Scheu vor der öffentlichen Meinung die Entnationalisierung. Bei der anderen erkennt die Regierung äußerlich und formell die Bestimmungen der Minderheitenschutzverträge an, handelt aber in Wirklichkeit nicht danach, sondern sucht mit allen erreichbaren Mitteln ihr Ziel der Beseitigung des fremden Volkstums oder dessen Untertauchen im eigenen Volkstum herbeizuführen. Diese Methode zeigt sich meist bei den Staaten, welche Minderheitenschutzverträge abgeschlossen haben.

Gegen diese Vergewaltigung durch fremden Nationalismus lehnen sich die davon betroffenen Minderheiten auf. Ihr eigener Nationalismus erhält gerade durch diese zum Teil mit übelsten Mitteln arbeitende Unterdrückung seitens der Staatsvölker einen starken Antrieb. In allen jenen Ländern, in denen mit Minderheitsschutzverträgen nicht minder als in denen ohne solche Verträge, stehen die Minderheiten in zähem Ringen um die Erhaltung ihrer nationalen Eigenheit, ihrer Sprache und ihrer Kultur.

Einen irgendwie ausreichenden tatsächlichen Schutz gibt es trotz der schönen Wendungen der Verträge und trotz der Garantie des Völkerbundes bisher nicht. Schon das Verfahren ist ein solches, daß daraus kaum eine Abhilfe der Beschwerden von Minderheiten erwartet werden kann. Es tritt nämlich der Völkerbundsrat in eine Erörterung einer Beschwerde nur dann ein, wenn eins seiner Mitglieder den Gegenstand derselben aufgreift und eine Vertragsverletzung als vorliegend erklärt. Durch Beschluß des Völkerbundsrates vom 10. Juni 1925 ist das Verfahren noch weiter verschlechtert worden. Darin ist festgestellt, daß keins der drei Mitglieder des zur Prüfung solcher Beschwerden berufenen Minderheitskomitees dem Staat angehören darf, dem die Beschwerdeführer angehören und ebensowenig einem Nachbarstaat oder einem Staat, dessen Bevölkerung in ihrer Mehrheit gleichen Stammes ist wie die beschwerdeführende Minderheit. Das bedeutet praktisch, daß kein Deutscher Mitglied des Minderheitskomitees sein darf, wenn es sich um eine deutsche Minderheit in Polen, in der Tschechoslowakei usw. handelt. Der Völkerbund hat

bisher in der Frage des Minderheitenschutzes völlig versagt und erst seit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund in einzelnen Fragen wie betreffend die Schulverhältnisse der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien Entscheidungen getroffen, ohne aber darin den berechtigten Anträgen der Beschwerdeführer voll Genüge zu tun.

Angesichts der beklagenswerten Lage, in welcher sich die Minderheiten verschiedener Nationen in einer Reihe von Ländern befinden, haben sich die Minderheiten selbst zusammengetan und auf Minderheitskongressen ihre Angelegenheiten erörtert. Die erste solche Tagung unter Vorsitz des der slowenischen Minderheit in Italien angehörigen Abgeordneten Wilfan hat im Oktober 1925 in Genf stattgefunden. Weitere Kongresse fanden 1926 und 1927 statt.

Mit den Minderheitsfragen hat sich auf ihren Kongressen auch die Interparlamentarische Union beschäftigt, welcher Parlamentarier aus fast allen Kulturländern angehören. Sie hat eine besondere Kommission für ethnische und Kolonialfragen eingesetzt, zu deren Bereich die Minoritätsfragen gehören. Insbesondere auf dem Kongreß in Washington und Ottawa im Oktober 1925 wurde die Minderheitsfrage erörtert, wobei den Minderheiten in verschiedenen Ländern angehörige Parlamentarier die Verhältnisse darlegten. Durch diese Verhandlungen der Interparlamentarischen Union ist die internationale Aufmerksamkeit stärker auf die unerträglichen Verhältnisse der Minderheiten gelenkt worden, aber ein durchschlagender Erfolg ist den Bemühungen derselben um die Durchführung des Minderheitenschutzes bisher nicht beschieden gewesen.

Das gleiche gilt von den Verhandlungen der Internationalen Union der Völkerbundsligen, in der diese Fragen wiederholt zur Erörterung gelangt sind. Insbesondere gehen manche Bestrebungen dahin, ein Verfahren festzulegen, das den Minderheiten gestattet, ihre Beschwerden selbst vor den Völkerbund zu bringen und dessen Entscheidung herbeizuführen. Ohne eine solche Regelung schwebt der Schutz der Minderheiten auch in den Staaten, welche Minderheitenschutzverträge abgeschlossen haben, vollkommen in der Luft, ganz zu schweigen von den Ländern, die keine solchen Verträge abgeschlossen haben und auch heute noch keinen Minderheitenschutz besitzen.

Es handelt sich bei der Minderheitsfrage um eine Angelegenheit von außerordentlich großer Bedeutung für Europa. Ohne eine Lösung dieser Frage ist ein dauerndes friedliches Zusammenleben der in einem Staat verbundenen Nationalitäten nicht möglich. Ohne eine

den Bedürfnissen der Minderheiten entsprechende Regelung wird ein Kampf der Nationalismen gegeneinander stattfinden, des Nationalismus einerseits des Staatsvolkes und des Nationalismus andererseits der Minderheit. Je nach den Zeitumständen und den Verhältnissen der betroffenen Länder wird sich dieser Kampf äußern in Aufständen mit blutiger Niederwerfung wie seinerzeit bei den Ukrainern in dem polnisch gewordenen Galizien oder als fortgesetzter Bandenkrieg wie bei dem unter serbische Oberhoheit gebrachten Macedonien oder als geistiges zähes Ringen um die Selbstbehauptung der unterdrückten Minoritäten wie bei den Deutschen in Polen und anderen Ländern. Eine Beruhigung kann nur dann erzielt werden, wenn an die Stelle der Entnationalisierungsbestrebungen, die den Nationalismus der unterdrückten Minderheiten aufpeitschen, die Anerkennung des Rechts der Minderheiten tritt, auch im fremden Staatsverbande nach ihrer nationalen Art weiterzuleben. Es muß diesen Minderheiten unter Gewährung voller Gleichheit der staatsbürgerlichen und sonstigen Rechte die Kulturautonomie gewährt werden, so daß die Minderheit alle die Sprache, den Unterricht, überhaupt die Kultur betreffenden Angelegenheiten nach ihrem eigenen Willen unter dem Schutz der staatlichen Gesetze regeln kann. Von den neugegründeten Staaten hat bisher nur Estland die Kulturautonomie zum Prinzip erhoben. Allerdings ist dasselbe Estland mit rücksichtsloser Enteignung der baltischen (deutschen) Großgrundbesitzer vorgegangen.

Die vorstehende Darstellung läßt erkennen, in wie hohem Maße der Nationalismus bei der Neufestsetzung der Staatsgrenzen nach dem Kriege maßgebend gewesen ist und welche große Rolle ihm bei der Weiterentwicklung der Verhältnisse in jenen Ländern zufällt. Aber auch in den übrigen europäischen Ländern ist der während des Weltkrieges besonders stark entfachte Nationalismus keineswegs im Schwinden begriffen. Zwar hat in den meisten Ländern gegenüber den stürmischen Äußerungen des Nationalismus im Kriege und unmittelbar nach demselben eine gewisse Beruhigung eingesetzt. Neben den nationalistischen Wortführern sind auch gemäßigtere Elemente in den Vordergrund getreten. Aber im großen gesehen kann man sagen, daß Europa heute, abgesehen von der Sonderrolle des Bolschewismus in Rußland, mehr unter der Herrschaft des Nationalismus steht als das in irgendeiner Periode vor Ausbruch des Weltkrieges der Fall gewesen ist. Dabei macht die Staatsform gar keinen Unterschied.

Die Republiken Polen und die Tschechoslowakei sind genau so nationalistisch wie das monarchische Jugoslawien. Für die Maßnahmen des republikanischen Frankreich und die Äußerungen eines großen Teils seiner Staatsmänner und seiner Presse sind nationalistische Empfindungen und Gedankengänge ebenso charakteristisch wie für die Handlungen und Reden der Staatsmänner des Königreichs Belgien oder des Diktators im Königreich Italien. Im parlamentarisch regierten England sind, abgesehen von den am weitesten links stehenden Arbeitervertretern, alle Parteien einschließlich der Arbeiterpartei von nationalem Geist durchdrungen; die Herrschaft mit einer großen Mehrheit im Unterhaus hat die Konservative Partei, zu denen die Diehards, die Vertreter des extremen Nationalismus gehören.

Wie steht Deutschland, wie steht das deutsche Volk zu diesem Nationalismus, der die Entwicklung des gegenwärtigen Europa maßgebend beeinflußt? Vor Beantwortung dieser Frage wird noch ein Blick auf den gegenwärtigen Stand des Nationalismus außerhalb Europas zu werfen und in eine Betrachtung der Gegenströmungen einzutreten sein, welche dem Nationalismus entgegenwirken.

Von den selbständigen Staaten außerhalb Europas gilt bezüglich des Nationalismus das gleiche wie von den europäischen Staaten. Auch bei ihnen macht in dieser Beziehung die Staatsform keinen Unterschied. In den demokratischen Vereinigten Staaten von Amerika ist der Geist des Nationalismus ebenso wirksam wie in dem monarchisch regierten Japan. Auch in den südamerikanischen Republiken ist ein starkes Nationalgefühl vorhanden, das auf die Erhaltung der nationalen Selbständigkeit und Assimilierung der Einwanderer aus Europa zwecks Verschmelzung zu einer einheitlichen Nation bedacht ist. Die große Bewegung in Ostasien, die auf Abschüttelung der dem Chinesischen Reich von fremden Mächten angelegten Fesseln gerichtet ist, wird von nationalistischen Ideen beherrscht. Desgleichen tritt bei anderen farbigen Völkern, welche einen entsprechenden Kulturgrad erreicht haben, wie bei Indern, Arabern, Ägyptern das Streben nach nationaler Unabhängigkeit hervor.

Die Alliierten haben, wie oben bemerkt, während des Weltkrieges sich diesen Geist des Nationalismus nutzbar gemacht und mit dem Schlagwort des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" auch in den Kreisen jener farbigen Völker für sich Propaganda gemacht. Die bei dieser Gelegenheit von englischen Staatsmännern gemachten Zusagen

sind aber nach dem Kriege nicht gehalten worden. In Indien sind zwar, wie oben S. 137 erörtert, Reformen eingeleitet worden, die eine weitergehende Beteiligung der Inder an der Regierung des großen Landes herbeiführen sollen, aber diese Reformen genügen keineswegs den Vertretern des radikalen indischen Nationalismus, welche die Unabhängigkeit Indiens anstreben. Ägypten ist die nominelle Selbständigkeit gewährt worden, während England die tatsächliche Macht in Händen behält und nicht daran denkt, seine Truppen zurückzuziehen. Dies führt zu einem Fortdauern der starken nationalistischen Bewegung in Ägypten, die unter der Oberfläche weiter glüht, um ab und zu in Eruptionen hervorzubrechen. Schließlich ist den Arabern das Versprechen der Bildung eines selbständigen arabischen Staates, welcher auch die früher unter türkischer Oberhoheit gestandenen Gebiete umfassen sollte, nicht gehalten worden. Zwar ist als Ergebnis der Kämpfe und Wirren auf der arabischen Halbinsel, bei denen Ibn Saud den von England ursprünglich protegierten König Hussein von Hedjas vertrieb, der erstere als Herrscher des selbständigen Arabien anerkannt worden, aber große, hauptsächlich von Arabern bewohnte Gebiete in Vorderasien stehen nach wie vor unter englischer und französischer Mandatherrschaft. Das Unabhängigkeitsverlangen der Araber in Irak, Palästina und Syrien hat bisher keine Befriedigung gefunden, bleibt aber nach wie vor bestehen.

Alles dies zeigt, daß auch die Welt außerhalb Europas, soweit es sich um Völker alter Kultur handelt, vom Nationalismus maßgebend beeinflußt wird.

Handelt es sich bei diesem Nationalismus der Gegenwart um eine vorübergehende Erscheinung oder wird auch für eine weitere Zukunft damit zu rechnen sein? Um ein Urteil darüber zu gewinnen, bedarf es eines Eingehens auf die Gegenströmungen des Nationalismus, wie sie sich in der Gegenwart bemerkbar machen.

Von der Gegenwirkung der christlichen Religion ist oben (S. 13 ff.) gesprochen worden, die ihren Höhepunkt in dem Universalismus der christlichen Kirche im Mittelalter fand. In der Gegenwart treten besonders innerhalb des katholischen Christentums Strömungen auf, welche die Wiederherstellung der Einheit unter den Völkern vermittels der christlichen Religion erstreben, vor allem im christlichen Abendland. Aber der Nationalismus hat sich auch in katholischen Ländern bisher als stärker erwiesen als diese Bestrebungen. Ein Befürworter derselben, R. Guignard, erklärt im „Abendland" vom

10. Juni 1926, S. 317, daß leider „dieſe heilloſe Lehre (des unbedingten Nationalismus) beſonders auf Frankreichs katholiſchem Boden" blüht. Dies letztere iſt gewiß zutreffend, aber auch in vielen anderen Ländern zeigt es ſich, daß die Katholiken im allgemeinen nicht minder national eingeſtellt ſind als die Angehörigen anderer Konfeſſionen. Man braucht nur den Blick auf katholiſche Länder wie etwa Polen zu richten oder auch auf die Haltung der katholiſchen Volkskreiſe in Ländern mit religiös-gemiſchter Bevölkerung, um das zu erkennen.

Eine gewiſſe Schwächung der nationalen Geſchloſſenheit kann durch religiöſe Spaltungen zweifellos eintreten. Wenn in einzelnen Staaten wie in Jugoſlawien zwar aus gleichem Stamme entſproſſene, aber religiös in Katholiſche und Orthodoxe geſpaltene Volksgenoſſen in einem Staat vereinigt ſind unter Hinzutritt von einer halben Million Mohammedaner, ſo trägt dies ſicher nicht dazu bei, die nationale Einheit zu fördern. Aber nirgends iſt ein Anzeichen dafür vorhanden, daß der Nationalismus durch Einwirkungen der chriſtlichen Religion an Wirkſamkeit verloren hat oder für abſehbare Zukunft verlieren wird.

Ebenſowenig haben andere Religionen in der Gegenwart in dieſer Richtung einen erheblichen Einfluß ausgeübt. Der Islam hat bereits im Weltkrieg gegen den Nationalismus keine durchſchlagende Kraft entfaltet. Es haben auf beiden Seiten der kriegführenden Mächte Mohammedaner gegeneinander im Felde geſtanden. Auch die Erklärung des Djihad, des Heiligen Krieges, hatte keineswegs zu einer Einigung aller Muſelmanen unter der Fahne des Propheten geführt. Durch die Ereigniſſe der Nachkriegszeit hat die einigende Kraft des Islam gegenüber dem Nationalitätenprinzip eine weitere Abſchwächung erfahren infolge der Beſeitigung des früher von allen rechtgläubigen Mohammedanern anerkannten Kalifen in Stambul, durch die verſchiedentlich erfolgte Aufſtellung von Kalifen an anderen Plätzen, von denen aber keiner ſich allgemeine Geltung verſchaffen konnte, und ſchließlich durch die Emanzipation der türkiſchen Bevölkerung von alten Sitten und Bräuchen.

In China und Indien breitet ſich der Nationalismus aus, ohne daß eine unmittelbare hindernde Gegenwirkung der dort herrſchenden großen Religionen zu erkennen wäre. Ein ſtarkes Hemmnis bildet in Indien allerdings die religiöſe Spaltung zwiſchen den die Maſſe der indiſchen Bevölkerung bildenden Hindus (über 200 Millionen) und

den etwa 68 Millionen Köpfe starken Mohammedanern. Zeitweise ist es in der indischen Swarajbewegung zu einem Zusammengehen zwischen den Anhängern der beiden feindlichen Religionen gekommen, doch brach schließlich der religiöse Fanatismus von der einen oder anderen Seite immer wieder durch und zerstörte die mühsam geschaffene national-indische Einheitsfront gegen die englischen Herrscher. Für die englische Herrschaft liegt in diesem religiösen Zwiespalt der beiden starken Bevölkerungsgruppen ein Moment der Stärke gegenüber den radikalen nationalistischen Bestrebungen in Indien, von dem sie mit Geschick Gebrauch zu machen versteht.

Als stärkste Gegenströmung der modernen Zeit gegen den Nationalismus erschien in den Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges der internationale Sozialismus. Das Schlagwort, das Karl Marx bereits Jahrzehnte vor diesem Zeitpunkt in seinem „Kommunistischen Manifest" geprägt hatte: „Proletarier aller Länder einigt Euch", schien seiner allmählichen Verwirklichung näher zu rücken. An die Stelle der Kämpfe zwischen den Nationen, welche als eine Folge des kapitalistischen Systems hingestellt wurden, sollte der Klassenkampf der vereinigten Proletarier aller Länder gegen ihre kapitalistischen Unterdrücker treten. In allen Industrieländern waren sozialdemokratische Parteien entstanden, besonders stark in Deutschland, welche den Internationalismus auf ihre Fahnen schrieben. Internationale sozialdemokratische Kongresse fanden statt, auf denen dem Gefühl der Solidarität der sozialistischen Arbeiter von den Delegationen aus den verschiedenen Ländern Ausdruck gegeben wurde.

Dann kam der Weltkrieg mit seinem Aufflammen des Nationalismus. Es zeigte sich, daß jene Doktrin des Internationalismus nur in den Köpfen, nicht aber in den Herzen der Arbeitermassen wurzelte, und daß die angeborenen Empfindungen der Zusammengehörigkeit zum eigenen Volk sich als stärker erwiesen als jene von scharfsinnigen Theoretikern ausgedachten blutlosen Ideen des Internationalismus. In allen Ländern griffen auch die sozialistischen Arbeiter zu den Waffen zur Verteidigung der Heimat. Wo der Internationalismus sich wider den nationalen Kampf gegen den auswärtigen Feind einzusetzen suchte — es handelte sich überall um einzelne oder ganz kleine Minderheiten —, so wurde er durch die Fülle des nationalen Empfindens überflutet.

Im Verlauf des Weltkrieges fand in der Bevölkerung der Mittel-

mächte, welche infolge der Absperrung und langen Dauer des Krieges schweren Leiden unterworfen war, die pazifistisch-internationalistische Idee allmählich wieder Boden. Ihren Höhepunkt erreichte diese Bewegung bei dem Zusammenbruch der Mittelmächte, den die feindliche Propaganda durch die Vorspiegelung zu fördern suchte, daß die Alliierten dem deutschen Volk einen gerechten Frieden zu gewähren bereit seien.

Aber dieser in Deutschland keineswegs auf die Sozialdemokratie beschränkten Bewegung stand kein gleicher Internationalismus im Kreise der Alliierten gegenüber. Bei ihnen war der Nationalismus durch den für sie günstigen Kriegsausgang nicht geschwächt, sondern im Gegenteil außerordentlich gestärkt worden. Das trat in den ungeheuerlichen Friedensdiktaten zutage, welche die Siegermächte den Unterlegenen auferlegten. Es ist nicht zuviel gesagt, daß diese Diktate Ausflüsse des extremsten Nationalismus waren, indem zum Nutzen der eigenen Nation den Mittelmächten und ihren Verbündeten Abtretungen und Lasten über jedes erträgliche Maß hinaus aufgezwungen wurden.

Das hatte naturgemäß eine starke Reaktion in den betroffenen Ländern zur Folge. Der infolge des unglücklichen Kriegsausganges geschwächte Nationalismus gewann wieder neue Stärke. Der Internationalismus trat zurück, da er im Bereich der Siegerstaaten keinen entsprechenden Rückhall fand. Die Bewegung der international eingestellten Arbeiter in den letzteren war viel zu schwach, um sich gegenüber dem dort herrschenden Nationalismus in einer nach außen wirksamen Weise durchsetzen zu können. Die Folge war, daß nach dem Durchgang durch verschiedene Stadien, zu denen für das verbliebene Rumpfungarn selbst eine zeitweise kommunistische Herrschaft gehörte, allenthalben der Nationalismus wieder größere Bedeutung erlangte. Er errang entweder, wie in Ungarn und der Türkei, die Herrschaft im Staate oder gelangte zum mindesten zur Mitwirkung an der Regierung des Landes wie im Deutschen Reich, Deutschösterreich und Bulgarien. Was die Sozialdemokraten selbst anbetrifft, so ist in Deutschland und wohl auch in anderen Ländern ein großer Teil derselben innerlich keineswegs mehr auf die internationalen Ideen des Marxismus eingestellt. Man findet unbeschadet dieser Doktrin häufig auch bei Sozialdemokraten ein auf dem Bewußtsein des Volkstums beruhendes Nationalgefühl, das sich von dem anderer nicht sozialdemokratischer Volksangehöriger nicht unterscheiden dürfte.

Angesichts dieser Entwicklung ist nicht mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Gegenströmung des internationalen Sozialismus auf absehbare Zeiten den Nationalismus wird überwinden oder auch nur in seinem Bestande wesentlich schädigen können. Wenn dies von den Bestrebungen der Sozialdemokratie gilt, wie sie in der zweiten Internationale in die Erscheinung treten, so ist dies ebenso zutreffend für die Bestrebungen der Kommunisten in der dritten Internationale. Der Kommunismus hatte in den Ländern, die durch den Krieg und seine Folgen besonders schwer mitgenommen waren, zeitweise beträchtliche Fortschritte gemacht. Aber mit der allmählichen Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist seine Wirkung und Wirkungsmöglichkeit zurückgegangen. Der Bolschewismus ist in Rußland selbst, nicht zuletzt infolge Fehlschlagens des kommunistischen Experiments aus wirtschaftlichen Gründen und infolge der zunehmenden Finanz- und Wirtschaftsnöte, in eine schwierige Lage gelangt. Eine starke Opposition hat sich innerhalb der Partei selbst gebildet, die zum mindesten die Macht der bolschewistischen Regierung im Innern und die Stoßkraft nach außen schwächt. In China hat der Bolschewismus einen schweren Rückschlag erlitten. In den meisten europäischen Ländern ist er nach dem Eingeständnis seiner eigenen Führer (s. oben S. 233 ff.) zurückgegangen. In England hat er die zeitweise erhofften Erfolge ebensowenig errungen wie in den anderen Ländern. Spaltungen der kommunistischen Partei sind auch in Deutschland eingetreten.

Unter diesen Umständen ist es äußerst unwahrscheinlich, daß der Kommunismus sich jemals dem starken Nationalismus gegenüber als siegreiche Strömung erweisen wird, wobei an dieser Stelle nicht auf das innere Verhältnis des Kommunismus zum Nationalismus eingegangen werden soll, das z. B. im Falle des bolschewistischen Wirkens in China nicht wohl als Gegnerschaft bezeichnet werden kann.

Als weitere Gegenströmung mag der internationale Pazifismus angeführt werden, soweit er nicht auf sozialistischer Grundlage beruht. Dieser Pazifismus erlangte vor allem in Deutschland große Bedeutung nach dem Zusammenbruch, als die Hoffnung auf einen gerechten Frieden vermöge pazifistischer Gedankengänge auch bei den Gegnern durch die Proklamationen eines Wilson hervorgerufen wurde. Als dann das Gegenteil eintrat und die Gewaltpolitik in den Friedensdiktaten triumphierte, schwand die Bedeutung des internatio-

nalen Pazifismus schnell dahin. Es gibt in allen Kulturländern eine Anzahl ehrlicher, überzeugter Pazifisten, aber sie haben keine Möglichkeit, sich gegenüber dem Nationalismus durchzusetzen, der besonders in den Siegerstaaten die Massen beherrscht und die Staatsmänner erfüllt, oder soweit dies bei letzteren nicht der Fall ist, sie an der Durchsetzung ihrer anderweiten Ideen hindert. Diese Gegenströmung kann keineswegs als stark genug angesehen werden, um dem Internationalismus auch nur erheblichen Abbruch zu tun, geschweige denn ihn zu beseitigen.

Manche der auf Sicherung des Weltfriedens gerichteten Bestrebungen sind übrigens keineswegs darauf gerichtet, der nationalen Eigenentwicklung zugunsten internationaler Verschmelzungen Abbruch zu tun. In dieser Beziehung ist besonders zu erwähnen die Carnegiestiftung für internationalen Frieden (Carnegie End owment for International Peace), welche über große finanzielle Mittel verfügt. Die Absicht dieses Instituts ist darauf gerichtet, die Verständigung und den Frieden zwischen den Nationen dadurch zu fördern, daß es eine bessere gegenseitige Kenntnis der Völker vermittelt und den Boden dafür bereitet, daß im Falle drohender Konflikte ein friedlicher Ausgleich erfolgt.

Eine neuerdings zu einer gewissen Bedeutung gelangte Gegenströmung gegen den Nationalismus in Europa ist die paneuropäische Bewegung, welche der Graf Coudenhove-Kalergi mit jugendlichem Feuer auszubreiten bemüht ist. Die Idee eines Pan-Europa hat eine große Suggestivkraft. Seit den Zeiten des französischen Königs Heinrichs IV., der den Plan eines großen europäischen Staatenbundes faßte, hat der Gedanke einer Zusammenschließung der europäischen Staaten in irgendeiner Form manche ihrer Zeit vorauseilende Geister beschäftigt. Zu einer Verwirklichung des Kontinentalblocks ist bisher nur einer geschritten, Napoleon I. Allerdings geschah dies nicht zur Herstellung des europäischen Friedens, sondern zum Zwecke der Niederwerfung des seegewaltigen Englands, das er auf dem Meere nicht niederzuwerfen vermocht hatte. Sein Mittel war die kriegerische Unterwerfung und die politische und wirtschaftliche Beherrschung Europas. Er scheiterte an dem Versuch der gewaltsamen Ausdehnung der Kontinentalsperre auf Rußland, in dessen ausgedehnten Steppen und winterlicher Kälte die große Armee ihr Ende fand.

Der jetzige Gedanke des Pan-Europa hat nichts mit kriegerischen

Plänen gegen irgendeine Macht außerhalb des Kontinents zu tun. Im Gegenteil sollen durch seine Schaffung kriegerische Verwicklungen für die Zukunft ausgeschlossen werden. Pan-Europa soll den Frieden zwischen den europäischen Staaten sichern. Es soll das gemeinsame Band schaffen, welches jedem Land die friedliche Entwicklung gewährleistet. Ein völliger Bruch mit der bisherigen Politik gegenseitiger Bedrohung der Völker soll erfolgen und ein Weg gebahnt werden zur militärischen Abrüstung und zum wirtschaftlichen Zusammenarbeiten.

Wahrlich ein Ziel, aufs innigste zu wünschen! Ein idealer Plan, der Sympathie der Menschheit wert, deren Heil zu dienen er bestimmt ist! Aber die freudige Zustimmung, mit der wir gefühlsmäßig die Pan-Europa-Idee begrüßen, entbindet uns nicht von der Verpflichtung, sie auch mit dem Verstand auf ihren Inhalt und ihre Durchführbarkeit zu prüfen.

Das Pan-Europa des Grafen Coudenhove-Kalergi soll nicht das ganze Europa umfassen, sondern England nebst dem gesamten Britischen Reich sowie Rußland davon ausschließen. In ersterer Beziehung erhält Pan-Europa damit eine fatale Ähnlichkeit mit dem Kontinentalblock Napoleons, wie er vor dem russischen Feldzug bestand. Nicht daß Pan-Europa mit irgendeiner Spitze gegen England geschaffen werden soll. Aber würde sich nicht diese Gefahr daraus ergeben? Ist England wirklich so wenig an den europäischen Angelegenheiten interessiert, daß es die Bildung eines einheitlichen Europa (von Rußland abgesehen), an dem es selbst keinen Anteil mehr hätte, ruhig mitansehen könnte? Kann man wirklich annehmen, daß eine solche Bildung den Frieden fördern würde? Wäre nicht vielmehr die Gefahr vorhanden, daß sich daraus Gegensätze zwischen Pan-Europa einerseits, dem Britischen Weltreich andererseits ergeben würden? Muß es nicht bedenklich stimmen, daß selbst ein volkswirtschaftlicher Denker wie Friedrich List in seinem 1841 erschienenen „Nationalen System der politischen Ökonomie" den Kontinentalblock als Waffe gegen die überwiegende Seehandels- und Industrieherrschaft Englands befürwortete?

Die Ausscheidung Rußlands mutet uns im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht so seltsam und undurchführbar an, wie die Englands, weil die Sowjetrepublik sich durch den Bolschewismus und seine Revolutionspropaganda in anderen Ländern selbst aus der Reihe der von ihr als kapitalistisch befehdeten Staaten ausgeschlossen hat. Aber läßt

sich eine solche Ausscheidung auf die Dauer wirklich vornehmen? Gehört Rußland mit seiner langen Landesgrenze, mit seiner Wirtschaftsentwicklung, die es ungeachtet der gegenwärtig den Handelsverkehr mit den Nachbarstaaten hindernden bolschewistischen Methoden auf Güteraustausch und Handel großen Stiles mit den letzteren hinweist, nicht auch zu Europa?

Der Führer der Pan-Europa-Bewegung meint, Pan-Europa dürfe sich nicht in den britisch-russischen Konflikt mengen, sondern müsse versuchen, die Beziehungen zu beiden Nachbarn aufrecht zu erhalten und auch mit Rußland ein System von Sicherheitsverträgen auszubauen[1]). Würde aber wirklich die Möglichkeit eines Konfliktes verringert, wenn zwischen dem großen Block des Britischen Reiches einerseits, dem des Russischen Reiches andererseits ein zwar räumlich kleinerer, aber an Zahl europäischer Menschen weit stärkerer Block liegen würde? Wie ist insbesondere die im Plan Pan-Europas liegende Abrüstung gedacht, wenn auf der einen Seite die starke Seemacht England, auf der anderen die Landmacht Rußland außerhalb und gerüstet bliebe? Der Gedanke liegt nahe, daß die Einbeziehung Englands sowie in späterer Zeit eines nicht mehr weltrevolutionssüchtigen Rußland in Pan-Europa dem Frieden förderlicher sein würde, als die jetzt geplante Gestaltung.

Bemerkt sei noch, daß auf der offiziellen Karte von Pan-Europa, wie sie in der gleichnamigen Schrift[2]) veröffentlicht ist, dieses nicht nur Europa außer England und Rußland, sondern auch die europäischen Staaten außer England gehörigen Kolonien in Afrika und anderen Teilen der Welt umfaßt. Danach gehört etwa die Hälfte von Afrika zu Pan-Europa, während die andere Hälfte einschließlich der von England als Mandatar verwalteten deutschen Kolonien als zum Britischen Reich gehörig außerhalb bleibt. Diese koloniale Konzeption, welche die afrikanischen Kolonien außer den englischen als künftige Kornkammer und Rohstoffquelle für Pan-Europa verwenden will und infolge Ausscheidens der englischen Besitzungen gerade die wertvollsten Teile Afrikas aus dem Bereich Pan-Europas herausfallen läßt, erscheint nicht gerade glücklich.

Würde die Schaffung eines Pan-Europa auf der Grundlage der gegenwärtigen Länderverteilung in Europa den Bedürfnissen und be-

[1]) Graf Coudenhove-Kalergi in Pan-Europa, Heft 8, Oktober 1927, S. 12.

[2]) Pan-Europa von R. N. Coudenhove-Kalergi, Wien 1923.

rechtigten Wünschen der Bevölkerungen Genüge tun? Die Herstellung eines Zustandes, bei dem zwar ein friedliches Zusammenwirken der Völker hergestellt würde, aber doch die gegenwärtigen Staatsgrenzen gewahrt blieben[1]), würde eine Verewigung der durch die Friedensdiktate herbeigeführten Regelung bedeuten. Diese haben aber im Verhältnis verschiedener Länder zueinander Grenzfestsetzungen getroffen, die den natürlichen und Bevölkerungsverhältnissen in keiner Weise entsprechen, und für das dadurch geschädigte Volk unerträglich sind. Es mag hier nur an den polnischen Korridor, Ostoberschlesien, die Zerstückelung Ungarns, das Anschlußverbot gegen Deutschland und Österreich erinnert werden. Könnten sich die betreffenden Nationen damit einverstanden erklären, daß diesen Regelungen durch die Gründung eines Pan-Europa Dauer verliehen werde? Graf Coudenhove-Kalergi erklärt selbst in einem seiner letzten Aufsätze „Zum paneuropäischen Locarno"[2]), daß die Möglichkeit einer friedlichen Revision unhaltbarer Verhältnisse für mehrere Staaten den stärksten Ansporn ihrer Völkerbundspolitik bietet und daß diese Staaten sich auch von Pan-Europa diese Hoffnung nicht nehmen lassen können. Praktisch ließe sich die Sache aber doch nur so denken, daß zunächst eine Revision stattfände und dann Pan-Europa geschaffen würde. Sind aber im gegenwärtigen Europa mit dem überschäumenden Nationalismus der aus fremdem Nationalbesitz bereicherten Völker Aussichten auf eine umfassende friedliche Revision vorhanden, welche für die anderen Völker erträgliche Verhältnisse herbeiführen würden? Die Frage stellen heißt sie verneinen.

Liegt endlich die Herstellung eines Pan-Europa im Hinblick auf die lang eingewurzelten Streitigkeiten zwischen europäischen Staaten, auf die verschiedenen Sprachen, Sitten und Gewohnheiten, auf die seit unvordenklichen Zeiten bestehenden, durch viele Kriege genährten Abneigungen zwischen verschiedenen Völkern überhaupt im Rahmen des Möglichen? Niemand wird vermessen genug sein, für alle Zukunft dies verneinen zu wollen. Wer hätte zur Zeit, als der römische Kaiser Diokletian seinen Palast in Spalato an der dalmatinischen Küste baute und die christlichen Märtyrer in der Arena des benach-

[1]) An die Stelle einer Verschiebung der politischen Grenzen soll das paneuropäische Toleranzedikt treten, das den Staatsgrenzen ihre nationale Bedeutung nehmen würde, sowie die Zollunion. Graf Coudenhove-Kalergi a. a. O. S. 149.

[2]) Pan-Europa Heft 8, Oktober 1927, S. 16/17.

barten Salona wilden Tieren preisgab, ahnen können, daß wenige Jahrhunderte später das Christentum herrschen und das Mausoleum des Kaisers selbst zum christlichen Dom umwandeln würde? Wer hätte im Mittelalter zur Zeit des Faustrechts und der Raubritter die kommende Zeit der Sicherheit und Ordnung, wer im Zeitalter der Kleinstaaterei die Bildung großer einheitlicher Staaten voraussehen können? Unterscheidet sich der Gedanke eines Pan-Europa oder Vereinigter Staaten von Europa wirklich mehr von den jetzigen Zuständen als diese von den früher in Europa vorhanden gewesenen Verhältnissen? Aus dem Bereich des Möglichen kann eine solche Entwicklung nicht für alle Zukunft unter Berufung auf die Vergangenheit ausgeschlossen werden. Aber für absehbare Zeit scheinen leider die Aussichten für eine Verwirklichung der Pan-Europa-Pläne, selbst wenn man die oben erörterten Gesichtspunkte außer Betracht läßt, nur außerordentlich gering zu sein. Es ist nicht zu sehen, wie der Antagonismus zwischen verschiedenen Völkern, der durch den Weltkrieg und die Friedensdiktate noch eine weitere Verschärfung erfahren hat, plötzlich sein Ende erreichen und durch ein williges friedliches Zusammenwirken ersetzt werden soll. Man kann sich nicht vorstellen, wie jahrhundertelange, in immer wiederkehrenden Kriegen und Fehden zum Ausdruck gelangte Feindschaften zwischen benachbarten Nationen plötzlich in dauernde unzerstörbare Freundschaft verwandelt werden kann. Die Betrachtung der tatsächlichen Vorgänge in Europa vor, in und nach dem Weltkrieg macht es schwer zu glauben, daß nun eine plötzliche Sinnesänderung bei allen Nationen, die eine jede für sich ihre Interessen zu wahren sucht, Platz greifen kann. Ohne eine solche Sinnesänderung aber ist ein Pan-Europa in der Gegenwart und für absehbare Zukunft nicht möglich. Es müßte an die Stelle des staatlichen oder nationalen Egoismus das paneuropäische Gemeinschaftsgefühl treten, von dem, soweit ersichtlich, sämtliche Nationen — ungeachtet der oratorischen Leistungen mancher Staatsmänner — noch weit entfernt sind und aller Voraussicht nach weit entfernt bleiben werden.

Trotzdem würde es falsch sein, die Pan-Europa-Bewegung lediglich als einen unrealisierbaren idealen Traum anzusehen. Es kommt ihr auch eine praktische Bedeutung zu. Sie wirkt im Sinne der Verständigung zwischen den Nationen, sie lenkt die Aufmerksamkeit vieler, die sich sonst mit derartigen Gedanken nicht beschäftigen, auf die ge-

meinsamen Fragen Europas im Verhältnis zur außenstehenden Welt. Sie enthält schließlich in ihrem wirtschaftlichen Teil, der auf die Beseitigung der Zollschranken Pan-Europas gerichtet ist, wertvolle Anregungen.

Der gegenwärtige Zustand Europas in dieser Beziehung ist zu vergleichen mit dem Zustand, in dem sich Deutschland vor etwas mehr als 100 Jahren befand, als der deutsche Zollverein gegründet wurde. Damals war jeder kleine und kleinste deutsche Staat durch Zollmauern von dem anderen abgeschlossen. Es wußten die Waren beim Durchgang durch Deutschland durch eine ganze Reihe von Zollgrenzen hindurchpassieren. Dieser Zustand wurde beseitigt durch den deutschen Zollverein. Es hat sich gezeigt, daß das zum Nutzen für die Wirtschaft des ganzen Landes gereichte. In Europa liegen die Dinge, wenn man die veränderten Verkehrsverhältnisse in Betracht zieht, jetzt so ähnlich. Die Waren werden durch viele Zollschranken zum Teil kleiner europäischer Länder in ihrem Verkehr behindert. Wenn auch der Plan einer europäischen Zollunion noch sehr fern von einer Verwirklichung sein dürfte, so ist doch eine Entwicklung in Richtung auf den Abbau der innereuropäischen Zölle eine unbedingte Notwendigkeit, wenn anders Europa nicht gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrem gewaltigen Binnenmarkt in unausgleichbaren Nachteil geraten soll. Der Zustand, daß jedes Land sich mit hohen Zollschranken umgibt und ohne Rücksicht auf die Möglichkeiten eines Absatzes im eigenen Lande sich industriell von anderen Ländern unabhängig zu machen sucht, hat bereits zu großen Schwierigkeiten für die Wirtschaft europäischer Länder geführt und muß, wenn fortgesetzt, die dauernde Verarmung Europas mit der Gefahr wachsender finanzieller Abhängigkeit von Amerika zur Folge haben.

Diese Gedanken der Notwendigkeit des Abbaues der innereuropäischen Zölle gewinnen auch außerhalb des Bereiches der Pan-Europa-Bewegung mehr und mehr an Boden. Insbesondere sind solche Gedanken auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927 Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen und haben zu Beschlüssen geführt, in denen der Abbau der Zolltarife befürwortet ist.

Die Pan-Europa-Bewegung ist oben als eine Gegenströmung gegen den Nationalismus bezeichnet worden. Es ist anerkannt worden, daß ihr nicht nur eine ideale, sondern auch eine gewisse praktische Bedeutung zukommt. Aber bei aller Würdigung ihres geistigen Gehalts

und ihres Einflusses auf die Psyche ihrer Anhänger kann ihr doch keine entscheidende Wirksamkeit gegenüber dem herrschenden Nationalismus zugesprochen werden. Die große Politik wird nach wie vor nach den egoistischen Bedürfnissen der Staaten gemacht, nicht nach paneuropäischen Gesichtspunkten. Die Völker sind nach wie vor vom Nationalismus durchdrungen. Die paneuropäische Bewegung hat darin bisher keine Änderung herbeigeführt und wird sie nach menschlichem Ermessen in absehbarer Zukunft nicht herbeiführen.

Noch weniger gilt dies von der panamerikanischen Bewegung, welche in ihren Zielen von vornherein weniger anspruchsvoll ist als die paneuropäische. Sie will den Zusammenschluß der amerikanischen Staaten herbeiführen. Aber in Amerika ist ein starker Rassengegensatz zwischen den angelsächsischen Nordamerikanern und dem Mittel- und Südamerika umfassenden Lateinamerika vorhanden. Die lateinamerikanischen Staaten feiern alljährlich am 12. Oktober zur Erinnerung an die Entdeckung Amerikas durch Columbus ihre Fiesta de la Raza, das Fest der Rasse. Sie fühlen sich – ungeachtet der zwischen dem auf portugiesischer Kulturgrundlage entwickelten größten südamerikanischen Land Brasilien und den spanisch-amerikanischen Nachbarstaaten bestehenden Gegensätze – untereinander rassenmäßig verbunden. So klafft ein Spalt zwischen Lateinamerika und dem angelsächsischen Amerika. Die Rolle des Protektors und Schiedsrichters, welche die Vereinigten Staaten in bezug auf Südamerika gern spielen, wird von den lateinamerikanischen Staaten nicht mit freundlichen Augen angesehen, noch weniger die amerikanische imperialistische Politik gegenüber den südamerikanischen Staaten, wie sie oben (S. 189 ff.) dargestellt ist.

Abgesehen hiervon steht der Schaffung eines Pan-Amerika der stark entwickelte Nationalismus der einzelnen Staaten entgegen. Die Tendenz geht in Südamerika, besonders in den großen Einwanderungsländern Brasilien und Argentinien, ebenso wie in den Vereinigten Staaten von Amerika dahin, die Einwanderer fremder Nationalität mit den Einheimischen zu einer Nation zu verschmelzen. In den südamerikanischen Staaten gilt das Gesetz, daß jeder im Lande Geborene ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit seiner Eltern die Staatsangehörigkeit des betreffenden südamerikanischen Staates erlangt, also das Kind deutscher oder italienischer Eltern, das in Brasilien geboren wird, ist ohne weiteres Brasilianer, das in Argentinien gebo-

rene Argentinier. Im übrigen bestehen zwischen einzelnen südamerikanischen Staaten Gegensätze, die früher verschiedentlich zu Kriegen, in neuerer Zeit zu Differenzen geführt haben, die schiedsgerichtliche Entscheidung notwendig machten.

Der Einfluß der großen Finanz- und Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten, gestützt auch durch eine starke Seemacht, macht sich seit dem Kriege in immer stärkerem Maße in Lateinamerika geltend. Der Kapitalbedarf der noch in der Erschließung begriffenen südamerikanischen Länder einerseits, die fast unbegrenzte finanzielle Leistungsfähigkeit der amerikanischen Banken andererseits führt zu einer immer stärkeren Investierung amerikanischen Kapitals und damit verbunden einer Steigerung des Einflusses Nordamerikas auf dem südlichen Kontinent. So wird die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in Lateinamerika immer stärker. Es handelt sich dabei um imperialistische Machtausdehnung. Aus ihr ergibt sich kein Zusammenschluß der südamerikanischen Staaten unter Aufgeben ihres Nationalismus, sondern im Gegenteil eine Reaktion des Nationalismus der lateinamerikanischen Staaten gegen den angloamerikanischen Imperialismus. Daß eine solche vorhanden ist, ist verschiedentlich deutlich hervorgetreten.

Die vorstehenden Betrachtungen haben ergeben, daß der Nationalismus in Europa und in den übrigen Teilen der Welt gegenüber der Vorkriegszeit in den meisten Ländern eine beträchtliche Zunahme erfahren hat. Wie steht Deutschland im Kreise der anderen Nationen? Wie kann es sich gegenüber jenem starken Nationalismus der anderen Völker behaupten?

Es scheint klar, daß in einer solchen Welt ein Volk nur dann seine Stellung behaupten und seine Belange wahrnehmen kann, wenn es sich seiner nationalen Eigenart bewußt bleibt und danach handelt. Ein einseitiges Aufgehen in internationalen Bestrebungen, während die übrigen Völker an ihrem entschiedenen Nationalismus festhalten, würde die Preisgabe der eigenen Stellung und schließlich die Vernichtung des deutschen Volkstums bedeuten. So ist es unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen und für absehbare Zukunft ein Gebot der Selbsterhaltung für das deutsche Volk, den nationalen Gedanken zu erhalten und zu pflegen. Das Streben der sämtlichen Angehörigen des deutschen Volkes muß darauf gerichtet sein, die Zwecke der eigenen Nation zu fördern. Diesem Nationalismus in dem wei-

ten Sinne wie er oben (S. 9) umschrieben ist, muß das deutsche Volk anhängen. Alle anderen Wege würden unserem Vaterland, dem deutschen Volk und dem gesamten Deutschtum in der Welt zum Verderben gereichen.

Wie ist die tatsächliche Lage in Deutschland und unter den Deutschen im Ausland?

Die unerträglichen Bedingungen und Lasten der Friedensdiktate, die Besetzung der Rheinlande und des Ruhrgebiets, die gesamte Behandlung, welche die Alliierten nach dem Kriege dem deutschen Volk haben zuteil werden lassen, haben eine beträchtliche Steigerung des deutschen Nationalgefühls zur Folge gehabt. Je stärker der Druck war, wie im Ruhrgebiet zur Zeit der rechtswidrigen Besetzung, um so entschiedener trat die Reaktion der betroffenen Bevölkerung im Abwehrringen durch passive Resistenz hervor. Zeitweise war in diesen Gebieten eine Geschlossenheit der Front gegen die fremden Eindringlinge vorhanden, wie sie dem deutschen Volk im allgemeinen sonst fremd ist. Man kann leider nicht sagen, daß gegenwärtig im Deutschen Reich eine nationale Einheitsfront hergestellt wäre. Das deutsche Volk hat trotz aller Leiden, die es hat erdulden müssen, trotz des fremden Drucks, der auch heute noch auf uns lastet, noch keineswegs jenes Maß nationaler Geschlossenheit erlangt, wie es manche andere Nationen in beneidenswertem Maße besitzen. Aber Fortschritte gegen früher sind zu verzeichnen. Das nationale Bewußtsein reicht weiter als früher, es hat auch viele ergriffen oder wieder ergriffen, bei denen es früher unter dem Einfluß theoretischer internationaler Ideen vernichtet schien, wahrscheinlich aber meist im Unterbewußtsein schlummerte und nur der Wiedererweckung harrte. Es ist vollkommen verfehlt, wenn manche radikal nationalistischen Kreise in Deutschland nur sich selbst als national betrachten und mehr nach links eingestellten Volksgenossen das Nationalgefühl absprechen wollen. In Wirklichkeit handelt es sich um tief eingewurzelte Empfindungen, welche im deutschen Volk eine weit stärkere Verbreitung besitzen, als in dem Parteigetriebe der täglichen Politik in die Erscheinung tritt. Im übrigen zeigt ein Blick auf die Verhältnisse mancher fremder Nationen, daß die Bereitschaft zur Verständigung mit anderen Völkern mit einem stark ausgeprägten Nationalgefühl durchaus vereinbar ist, ebenso auch, daß die Stärke des Nationalgefühls unabhängig ist von der monarchischen oder republikanischen Staatsform und von der

Haltung, die die Angehörigen einer Nation zu dieser Frage einnehmen.

Abgesehen von der nationalen Einstellung der einzelnen, die auch weit in die Kreise der sozialdemokratischen Partei hineingreift, gibt es wichtige Fragen nationaler Art, in denen auch die Sozialdemokratie als solche auf einem Boden mit den bürgerlichen Parteien steht. Dazu gehört die rechtswidrige Verlängerung der Rheinlandsbesetzung, obwohl Deutschland die für die Räumung vorgesehenen Bedingungen erfüllt hat. Dazu gehört die Anschlußfrage. Die Sozialdemokraten in Deutschland und Österreich sind mit Entschiedenheit für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich eingetreten, mit größerer Entschiedenheit sogar als die Angehörigen einzelner bürgerlicher Parteien. Dazu gehört schließlich auch das Eintreten für die deutschen Minderheiten in den durch die Friedensdiktate neugegründeten oder vergrößerten Staaten, welche von den Staatsvölkern in ihrer Freiheit und Entwicklung unterdrückt werden.

So läßt sich feststellen, daß nicht die Gefahr besteht, daß das rings von nationalistischen Völkern umgebene Deutschland seinerseits durch Verzicht auf eigenes nationales Denken und Handeln sich der Vernichtung preisgeben würde. Wenn in manchen Bevölkerungskreisen trotz der harten Lehren der Nachkriegszeit noch internationalen Utopien der Verbrüderung der Arbeiter verschiedener Nationen nachgejagt wird, so haben doch solche Gedankengänge in einem dem Gewaltzugriff fremder Staaten unterworfenen Lande keine Aussicht, sich durchzusetzen. Der fremde Druck, welchem Deutschland nicht nur durch Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Boden, sondern auch durch Beschränkung seiner Finanzhoheit und seiner Handlungsfreiheit unterliegt, wird im Gegenteil weiter das deutsche Nationalgefühl stählen.

Die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit haben aber auch bei den Deutschen außerhalb des deutschen Reichsgebietes zu einer Steigerung, man kann in manchen Fällen sagen zu einem Wiederaufleben des Nationalgefühls geführt. Zwischen den Deutschen im Deutschen Reich und denen in Österreich-Ungarn waren durch die geschichtliche Entwicklung politische Grenzen entstanden, welche das Vorhandensein der beiden Dynastien unübersteiglich machte. So war eine Kluft zwischen den in beiden Staaten wohnenden Volksgenossen entstanden, welche nach Abstammung, Sprache, Sitten, frü-

herer Entwicklung zusammengehörten. Die Hindernisse, welche einer Vereinigung der Deutschen im Wege standen, sind durch die Umwälzung weggefallen. An deren Stelle ist als neues Hindernis das Verbot der Alliierten getreten, den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich zu vollziehen. Doch der Anschlußwille macht sich mit elementarer Gewalt geltend. Er ist eine Angelegenheit nicht einer einzelnen Partei, sondern des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Grenzen. Der nationale Gedanke ist in den breitesten Kreisen des deutschen Volkes in Österreich genau so stark vertreten, wie dies nur irgendwo im Deutschen Reich der Fall ist.

Dieses nationale Begehren wird sich im Laufe der Zeit unzweifelhaft durchsetzen. Die Alliierten werden nicht auf alle Zeiten in der Lage sein, ihren Standpunkt der Versagung der einfachsten Grundrechte an die in Österreich wohnenden deutschen Volksteile aufrecht zu erhalten. Es ist die denkbar gröblichste Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches die Alliierten selbst proklamiert haben, wenn einem in selbständigem, von ihnen selbst anerkanntem Staat wohnenden Volksteil versagt wird, sich mit seinen in einem anderen selbständigen Staat wohnenden Volksangehörigen zu vereinigen. Hinzu kommt, daß die Alliierten durch ihre Zerteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Deutsch-Österreich ein zu eigener auskömmlicher wirtschaftlicher Existenz unfähiges Staatengebilde geschaffen haben. Die Experimente zur Stützung des österreichischen Finanzwesens von seiten des Völkerbundes haben bewiesen, daß die Fortdauer dieser Selbständigkeit zu schweren Leiden und Schädigungen der deutsch-österreichischen Bevölkerung führt. Eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann nur durch den Anschluß erreicht werden.

Ähnliches wie von dem nationalen Empfinden der in Deutsch-Österreich wohnenden Deutschen gilt von dem der Sudetendeutschen. 3½ Millionen zählt die Zahl der Sudetendeutschen in Böhmen, Mähren und dem früheren Österreich-Schlesien[1]). Etwa 3 Millionen davon entfallen auf die deutschen Grenzgebiete, die unmittelbar an deut-

[1]) Die von den amtlichen Statistiken der betreffenden Staaten hier und da abweichenden auf zuverlässigen Angaben von deutscher Seite beruhenden Zahlen sind dem Buch von Dr. Paul Rohrbach „Deutschtum in Not", Berlin-Leipzig 1926, entnommen, auf dessen ausführliche Darstellung der Schicksale der Deutschen in Europa außerhalb des Reiches verwiesen wird.

sches oder deutschösterreichisches Gebiet angrenzen. Diese kompakte Masse Deutscher bildet eine „Minderheit" in der Tschechoslowakei, der sie der Machtspruch der Alliierten zugeteilt hat. Auch diesen Deutschen ist das Selbstbestimmungsrecht versagt worden, bei dessen Ausübung sie sich mit den deutschen Volksgenossen und nicht mit den stammesfremden Tschechen zusammengeschlossen hätten. Die Sudetendeutschen haben schwer zu ringen, um ihr Deutschtum gegenüber dem nationalistischen Tschechentum zu behaupten. Aber der deutsche nationale Gedanke ist stark in ihnen.

In dem kraft des Diktates der Alliierten an Polen abgetretenen Posen und Westpreußen wohnten 1,1 Millionen Deutsche. Davon ist der größere Teil von den Polen vertrieben worden oder abgewandert. In Ostoberschlesien, das in rechtswidriger Weise trotz Ausfalls der Volksabstimmung für Deutschland von dem Völkerbund gleichfalls an Polen gegeben ist, leben noch mehr als 300 000 Deutsche. Diese zu Polen gelangten Deutschen haben unter dem polnischen, sich bisweilen geradezu überschlagenden Nationalismus schwer zu leiden gehabt. Rücksichtslose Enteignung und Vertreibung von Deutschen waren an der Tagesordnung. Das Deutschtum hat dort in jeder Beziehung außerordentlich schwer zu kämpfen.

Die Stadt Danzig ist durch Versailler Diktat vom Deutschen Reich abgetrennt und zum selbständigen Staat, jedoch mit polnischen Belastungen, gemacht worden. Danzig mit etwas über 300 000 Deutschen, hat Mühe, sich durch Beschwerden beim Völkerbund gegen immer wiederkehrende polnische Übergriffe zu behaupten.

Im Süden sind 250 000 Deutsche in Südtirol von dem zusammenhängenden deutschen Gebiet abgerissen und an Italien gegeben worden, außerdem noch das vorher zu Kärnten gehörige Kanaltal mit 6000 Deutschen. Dort ist unter der ultranationalen fascistischen Herrschaft die Bedrückung ganz besonders stark. Die Deutschen sollen gewaltsam italienisiert werden. Alle dazu dienlichen Mittel, einschließlich der Verbannung Widerspenstiger auf die Insel Lipari, werden angewendet, um die Beibehaltung der deutschen Sprache und Sitten zu verhindern. Bis zur Anordnung ausschließlich italienischen Unterrichtes an allen Volksschulen der Provinz Bozen vom 1. Oktober 1927 ab und zum Verbot aller deutschen Anzeigen und Anschriften selbst auf Gläsern, Servietten usw. in Hotels und Pensionen hat sich die italienische Terrorherrschaft auf diesem alten deutschen Kultur-

boden gesteigert. Dabei steht dieses gegenwärtige italienische Vorgehen in schärfstem Widerspruch zu den früher von der italienischen Regierung den Einwohnern von Südtirol gemachten Zusagen.

Weiter sind im Süden einige von Deutschen bewohnte, zur Steiermark gehörige Gebiete abgerissen und zusammen mit Slovenien dem Jugoslawischen Staat zugeteilt worden.

Im Norden sind in Nordschleswig 25 000 Deutsche auf Grund des Versailler Diktats durch Abstimmung an Dänemark gekommen. Durch die Art der Abstimmung für die erste Zone wurde dabei der südliche Teil derselben trotz überwiegender deutscher Bewohner mit an Dänemark ausgeantwortet, der bei gemeindeweiser Abstimmung wie in der zweiten Zone, zweifellos ebenso wie diese bei Deutschland verblieben wäre. Die dänische Politik verfolgt die Entnationalisierung des Deutschtums und versucht die Aufsaugung der deutschen Minderheiten herbeizuführen, wobei insbesondere auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens ein Abbau der Einrichtungen zur Verminderung des deutschen Wirkens betrieben wird.

Im Nordosten ist das deutsche Memelgebiet vom Deutschen Reich abgetrennt und später durch Entscheidung des Völkerbundes bei Litauen belassen worden, welches sich durch Gewaltstreich des Landes bemächtigt hatte. In Memel sind 70 000 Deutsche vorhanden neben 70 000 Litauern, die aber überwiegend innerlich als zu Deutschland gehörig sich fühlen. Obwohl die Rechte der Memelländer in dem Memelstatut von 1924 festgelegt sind, haben die litauischen Behörden sich doch vielfach Übergriffe und Nichtbeachtungen dieser Rechte zuschulden kommen lassen. Die Lage im Memellande ist andauernd unbefriedigend und läßt die Ungerechtigkeit der Abtrennung des deutschen Landes in hellem Lichte erscheinen.

Im Westen sind mit Elsaß-Lothringen 1½ Millionen deutsche Elsässer und Lothringer von Deutschland abgetrennt worden. Unter ihnen ist eine Bewegung von wachsender Stärke entstanden, welche die Erlangung der Autonomie für Elsaß-Lothringen fordert.

Ferner sind durch das Friedensdiktat mit Eupen und Malmedy 50 000 Deutsche an Belgien abgetreten. Es handelt sich dabei um altes deutsches Gebiet. Die der Bevölkerung zugestandene Abstimmung wurde durch die Belgier sabotiert und die Eintragung in die aufgelegten „Protestlisten" hintertrieben. Auf Grund dieses Ergebnisses einer tatsächlich gar nicht erfolgten Abstimmung entschied der

Völkerbund für die Zuteilung des deutschen Gebietes, in dem sich nur ein kleiner Prozentsatz Nichtdeutscher befindet, an Belgien.

Die bisher aufgeführten Deutschen leben sämtlich auf dem mit Deutschland oder Österreich zusammenhängenden Boden in Mitteleuropa. Wenn die Alliierten das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Wirklichkeit überführt hätten, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß alle diese Deutschen – allein ausgenommen die Elsaß-Lothringer, deren Verlangen auf Autonomie gerichtet ist – den Anschluß an das Deutsche Reich erklärt hätten. Die Friedensdiktate, welche Millionen deutscher Volksgenossen gegen ihren Willen fremden Staaten zugeteilt haben, bedeuten eine Verletzung ebenso dieses von den Alliierten proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker wie des Vorfriedensvertrages, welcher ausdrücklich die Verschiebung von Volksteilen von einer Souveränität zur anderen untersagte. Aber in diesem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker liegt eine Stärke und eine Hoffnung für die Zukunft. Die auf einem gemeinsamen Raum in Mitteleuropa wohnenden Deutschen sind in der Vergangenheit durch eine unglückliche geschichtliche Entwicklung, nicht ohne eigene Schuld, verhindert worden, sich in einem gemeinsamen Reiche zu vereinigen. Aber in ihnen ist das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit vorhanden und der Wunsch, auch zum staatlichen Zusammenschluß zu kommen, wenn die Gestaltung der Weltverhältnisse dies ermöglicht. Dieser großdeutsche Gedanke ist nichts anderes als der Ausfluß des im nationalen Bewußtsein begründeten Verlangens der Vereinigung der zusammenhängend auf gleicher Bodenfläche lebenden Deutschen. Er ist innerlich genau so begründet, wie es das Streben anderer europäischer Nationen gewesen ist, welche infolge glücklicherer Entwicklung dieses Ziel der Vereinigung in einem Staat längst erreicht haben.

Außer diesen im örtlichen Zusammenhang mit Deutschland in Mitteleuropa lebenden Grenzlanddeutschen, deren Zahl ohne die Elsaß-Lothringer 4–5 Millionen Menschen umfaßt, gibt es noch etwa 4 Millionen Deutsche in den übrigen Ländern Osteuropas, von denen der größere Teil in kompakten Niederlassungen innerhalb des fremden Volkstums lebt. Großenteils handelt es sich dabei um Deutsche, welche von früheren Herrschern der betreffenden Länder herbeigerufen sind, um die betreffenden verlassenen oder rückständigen Gebiete landwirtschaftlich und kulturell zu erschließen.

Von diesen Deutschen entfallen auf Rußland über 1 Million hauptsächlich an der Wolga und am Kaukasus. Etwa ½ Million Deutsche leben in dem früher zu Rußland gehörigen Teil Polens und in dem an Polen zugeteilten Wolhynien. In dem jetzigen Ungarn leben etwas über ½ Million Deutsche, in Rumänien etwa 800 000, darunter die Siebenbürger Sachsen mit einer Kopfzahl von etwa 230 000 und die Schwaben im Banat mit etwa 300 000, die Satharer Schwaben mit 50 000, die deutschen Bauern in Bessarabien mit 100 000, in der Bukowina mit 75 000. An Jugoslawien sind nahzu 600 000 Deutsche gekommen. Davon leben in Slovenien (Südsteiermark und Krain) etwa 40 000, weiter südlich in der Vojvodina (früher zu Ungarn gehörige Teile des Banat und die Batschka umfassend) etwa 400 000 Deutsche, in Syrmien, dem früheren Slavonien, 130 000, in Bosnien 16 000 Deutsche.

In den baltischen Ländern sind noch eine beträchtliche Zahl Balten deutscher Abstammung vorhanden. Die Zahl dieser Deutschen beträgt in Estland fast 30 000, in Lettland 70 000, in Litauen 50 000.

Neben diesen in verschiedenen Ländern Europas wohnenden Deutschen fremder Staatsangehörigkeit gibt es noch viele Millionen Deutschstämmiger in Amerika und beträchtliche Zahlen solcher in anderen Erdteilen. Über den Anteil der Deutschen an der Entstehung der amerikanischen Nation ist oben (s. S. 164ff.) gesprochen worden. Viele Abkömmlinge von früher eingewanderten Deutschen sind völlig in dem „hundertprozentigen" Amerikanertum aufgegangen. Aber es gibt doch noch Millionen von Deutschamerikanern, welche mit Liebe an der alten Heimat hängen, deutsche Sprache und Sitten festhalten und sich kulturell mit dem deutschen Volk verbunden fühlen. In Kanada betrug die Zahl der Deutschstämmigen nach der Zählung von 1921 294 636. In den folgenden 4 Jahren sind noch rund 12 000 deutsche Einwanderer hinzugekommen. In Südamerika wird die Zahl der Deutschstämmigen auf etwa 600 000 angenommen, wovon der größte Teil in dem Südosten von Brasilien, vor allem in Rio Grande do Sul wohnt.

Von den anderen Kontinenten weist Australien eine Anzahl deutschstämmiger Staatsbürger auf. In Afrika ist besonders der Anteil der Deutschen an der Bevölkerung der Südafrikanischen Union hervorzuheben (s. S. 20). In Asien sind, da es sich überwiegend um Staatsbildungen farbiger Rassen handelt, Deutschstämmige fremder Staatsangehörigkeit weniger vertreten, wohl aber spielen in manchen Teilen

dieses Kontinents die Reichsdeutschen, die sich dort niedergelassen haben, eine große Rolle.

Die Reichsdeutschen im Ausland haben besonders in den letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des Weltkrieges eine sehr bedeutende Tätigkeit als Auslandsposten der deutschen Wirtschaft entfaltet. Sie haben in manchen Ländern als Pioniere gewirkt und Handelsbeziehungen eröffnet, in anderen bereits vorhandene Beziehungen ausgebaut. Ihre Tätigkeit hat einen außerordentlich großen Einfluß auf die Entwicklung des deutschen Außenhandels und damit der deutschen Wirtschaft überhaupt gehabt. Außerdem ist ihr Wirken von größter Bedeutung für das Ansehen der Deutschen und Deutschlands in der Welt. Sie sind die Vertreter und Träger deutscher Kultur besonders in den Ländern, in denen keine Staatsbürger deutscher Abstammung vorhanden sind. Diese Reichsdeutschen im Ausland haben durch den Krieg und dessen Folgen in einem großen Teil der Welt auf das schwerste gelitten. In den unter der Herrschaft der Entente stehenden Ländern wurden sie interniert oder von dort vertrieben, ihr Eigentum wurde beschlagnahmt und liquidiert. Im Friedensdiktat von Versailles war zwar Entschädigung der Beraubten durch das Deutsche Reich vorgesehen, aber gleichzeitig wurde letzteres durch Abtrennung von Gebieten, Wegnahme der Handelsflotte und der auswärtigen Besitzungen, Auferlegung untragbarer Lasten und sonstige Maßnahmen der Alliierten außerstande gesetzt, diese Verpflichtung zu erfüllen. Die Ansätze dazu wurden durch die Inflation zerstört. Nur allmählich konnte ein geringer Prozentsatz des erlittenen Schadens den Betroffenen erstattet werden. 1927 ist eine Gesetzesvorlage von der Regierung vorbereitet worden, in der aber auch nur teilweiser Ersatz der Schäden vorgesehen ist, der zu dem im deutschen Gesamtinteresse notwendigen Wiederaufbau der im Ausland zerstörten deutschen Unternehmungen nicht voll ausreichen wird.

Trotz der furchtbaren Zerstörungen und der gewaltigen Hindernisse, die sich dem Wiederaufbau entgegentürmten, sind in einer Reihe von Ländern, darunter auch in solchen, in denen zunächst die Wiedereinreise von Deutschen verboten war und erst in allerletzten Jahren die Wiederzulassung erfolgte, bereits beträchtliche Fortschritte gemacht worden. Aber ein großzügiger Wiederaufbau, der im Interesse der Steigerung des deutschen Außenhandels dringend geboten ist, ist doch ohne ausreichendes Kapital nicht möglich.

Die deutschen Handels- und Wirtschaftskolonien im Ausland um-

faſſen z. T. auch Deutſche, welche infolge der Lage der Geſetzgebung der betreffenden Länder deren Staatsangehörigkeit erworben haben. Es ſind an vielen Orten der Welt ſolche überwiegend reichsdeutſch eingeſtellte Kolonien vorhanden. Die Zahl der Deutſchen, welche ſie umfaſſen, wird auf etwa 1½ Millionen anzunehmen ſein.

Der Zuſammenhang des Deutſchtums in der Welt hat durch den Weltkrieg und ſeine Folgen eine gewaltige Stärkung erfahren. Das gilt nicht nur für die Reichsdeutſchen, mögen ſie in der Heimat oder im Ausland wohnen, nicht nur für die im örtlichen Zuſammenhang mit dem Deutſchen Reich lebenden deutſchen Volksgenoſſen, von denen oben (ſ. S. 312 ff.) die Rede war, ſondern auch für die örtlich getrennt, z. T. in fernen Weltteilen lebenden Deutſchſtämmigen, welche fremde Staatsangehörigkeit beſitzen. Für manche Teile Europas waren es die ungeheuren deutſchen Leiſtungen im Weltkrieg, bisweilen im Zuſammenhang damit auch die Wiederberührung durch lange Zeit abgetrennt lebender Deutſcher mit Volksgenoſſen aus der Heimat, welche das hie und da faſt verloren gegangene Bewußtſein der Volkszuſammengehörigkeit wieder aufleben ließen. Andererſeits war es gerade die ungeheure Lügenpropaganda der Alliierten, die alles Deutſche in den Schmutz zog und häufig die deutſchſtämmigen Bürger fremder Staaten ebenſo wie die Reichsdeutſchen als Hunnen oder Barbaren brandmarkte, welche die Deutſchen in der ganzen Welt wieder näher aneinanderbrachte.

Das Bewußtſein der Volkszuſammengehörigkeit iſt ſowohl in Deutſchland ſelbſt wie bei den außerhalb lebenden Deutſchen weit lebendiger geworden. Man kann in dieſem Sinne auch von einem Nationalismus bei den entfernt von der Heimat in fremden Ländern wohnenden Deutſchen ſprechen. Aber dieſer Nationalismus hat in einer Beziehung ein weſentlich anderes Ziel als der oben gekennzeichnete Nationalismus der in örtlichem Zuſammenhang mit dem Deutſchen Reich lebenden Deutſchen. Während bei den letzteren der Drang nach Vereinigung mit dem Heimatlande zu einem Nationalſtaat vorhanden iſt, fehlt dieſes Streben naturgemäß bei den anderen. Die Deutſchen, die als Minorität in fremden Staaten über See oder durch andere Völker vom Deutſchen Reich getrennt in Europa leben, können nur das Ziel der Aufrechterhaltung kultureller Gemeinſchaft mit dem deutſchen Volk haben, der Bewahrung ihrer Sprache, ihrer Sitten, überhaupt der deutſchen Kultur. Sie können gute Staatsbürger des fremden Staates ſein, ohne doch ihr deutſches Volkstum

aufzugeben. An der Pflege dieses Deutschtums hat jeder Deutsche im In- und Auslande Interesse. Es handelt sich darum, die deutsche Kultur auch auf fremdem Boden aufrechtzuerhalten. Es handelt sich um die Förderung der Belange der eigenen Nation, die sich im Falle des deutschen Volkes nicht mit den staatlichen Grenzen decken und nie werden decken können, selbst wenn einmal alle Wünsche der Großdeutschen zur Erfüllung gelangen sollten.

Gegenwart und Zukunft des Imperialismus

Wie der Nationalismus, so hat auch der Imperialismus in den Friedensdiktaten Triumphe gefeiert. Das Leitmotiv für die Staatsmänner der europäischen Großmächte, welche mit dem Präsidenten Wilson gemeinsam in Paris die Friedensbedingungen festsetzten, war, alles, was die Mittelmächte und ihre Verbündeten an Territorien, an Grundbesitz, an Konzessionen oder sonstigen Rechten außerhalb ihres eigenen Landes besaßen, ihnen abzunehmen und sich selbst zuzueignen. Hand in Hand damit ging das Streben, die auf diese Weise zu erlangende Erweiterung der eigenen Machtsphäre nach Möglichkeit für die Zukunft zu sichern. Dem sollte die Entwaffnung der besiegten Gegner dienen, die Verkleinerung ihrer Länder und Bevölkerungen durch Abtrennung großer Gebietsteile, die Anlegung von Fesseln, vor allem für Armee und Marine, die Auferlegung ungeheurer Lasten. Auf diese Weise sollte ein Wiedererstarken der besiegten Staaten verhindert werden, das den sicheren Besitz der erlangten Siegesbeute gefährden könnte.

Präsident Wilson hatte bei den Verhandlungen mit den Alliierten für sein Land keine imperialistischen Ziele verfolgt. Er hatte in seinen 14 Punkten und seinen sonstigen der Welt bekannt gegebenen Grundsätzen das Gegenteil verkündet. Er wandte sich, wie aus den Geheimprotokollen jener Verhandlungen hervorgeht, welche großenteils der Öffentlichkeit bekannt geworden sind[1]), gegen das System der „Kriegsbeute", welches die Alliierten verfolgten, und wollte mit Hilfe des Völkerbundes, dessen Einrichtung er mit großem Eifer betrieb, eine neuere und bessere Gestaltung der Weltverhältnisse herbeiführen. Der Völkerbund wurde ihm zwar von den Alliierten zugestanden und ebenso das Mandatsystem, auf das weiter unten noch einzugehen sein wird (s. S. 325ff.). Dafür aber mußte er von seinen sonstigen Grundsätzen so viel preisgeben, daß die schließlich zustande gekommenen un-

[1]) Ray Stannard Baker, „Woodrow Wilson and World Settlement" (London 1923, Bd. I, S. 250ff.).

geheuerlichen Friedensdiktate fast in allen Punkten das Gegenteil dieser Grundsätze darstellen[1]). Der amerikanische Senat lehnte die Ratifizierung des Versailler Diktatfriedens ab. Bei der Präsidentenwahl unterlag Wilson.

Es blieben aber die unter Wilsons Mitwirkung geschaffenen Friedensdiktate bestehen, soweit es sich um die Alliierten und ihre Gegner handelte, welche durch Ultimatum mit Kriegsandrohung zur Unterzeichnung der sogenannten „Friedensverträge" gezwungen waren. Für die Alliierten wurde damit eine für sie angenehme Lage geschaffen. Den Sieg hatten sie lediglich dem Eingreifen Amerikas zu verdanken. Angesichts der gewaltigen, durch den Krieg außerordentlich gewachsenen Finanz- und sonstigen Macht der Vereinigten Staaten hätte das Verbleiben eines für die letzteren keinen unmittelbaren imperialistischen Zuwachs erstrebenden amerikanischen Präsidenten im Verbande der Vertragspartner voraussichtlich für sie manche Schwierigkeiten mit sich gebracht. Nunmehr blieben sie unter sich und konnten, da die neue amerikanische Regierung, den Traditionen Amerikas entsprechend, sich aus den Verwicklungen Europas fernhielt, alles tun, was sie zur Erfüllung ihrer imperialistischen Wünsche für zweckmäßig hielten. Sie konnten sogar daran denken, noch nachträglich über die infolge Wilsons Protest gegen ihre annektionistischen Bestrebungen festgesetzten Schranken sich hinwegzusetzen und über diese hinaus sich Vorteile zu verschaffen.

Das imperialistische Vorgehen der alliierten Großmächte äußerte sich einmal darin, daß sie ihren Gegnern alle ihre Besitzungen, Rechte und Ansprüche außerhalb Europas bzw. im Fall der Türkei der verengten Landesgrenzen abnahmen und untereinander verteilten. Praktisch wurden davon, soweit es sich um territoriale Gebiete außerhalb Europas handelte, nur Deutschland und die Türkei betroffen. Ihnen wurden diese Besitzungen durch die Diktate von Versailles und von Sèvres restlos abgenommen. Die Türkei hat nachträglich durch das tapfere Vorgehen der Nationalisten unter Kemal Pascha eine wesentliche Änderung der ihr auferlegten Bedingungen im Vertrag von Lausanne erreicht, aber immerhin auf die großen Länder Irak, Palästina

[1]) Vgl. das Buch des früheren französischen Generalkonsuls Alcide Ebray, La paix malpropre. in deutscher Übersetzung. „Der unsaubere Frieden", Berlin 1925, in dem Punkt für Punkt die Grundsätze Wilsons, welche die vereinbarte Friedensgrundlage darstellten und die tatsächlichen Festsetzungen der Friedensdiktate einander gegenübergestellt sind.

und Syrien in Vorderasien verzichten müssen. In die deutschen Kolonien teilten sich England und seine Dominions, Frankreich, Belgien und Japan. Allerdings erhielten die Alliierten diese Kolonien nicht, wie sie gewünscht hatten, als Eigentum, sondern lediglich als Mandate, die sie im Namen und Auftrag des Völkerbundes zu verwalten haben. Italien bekam später gemäß den ihm vor seinem Eintritt in den Krieg von den Alliierten gemachten Zusagen eine gewisse Kompensation durch Abtretung eines nicht allzu großen und wertvollen England gehörigen Kolonialgebietes in Ostafrika.

Der Machtzuwachs, den die Alliierten durch diese Gebietserweiterungen erhalten haben, war sowohl politischer wie wirtschaftlicher Art. In wirtschaftlicher Hinsicht verschaffen sie sich weitere Vorteile dadurch, daß sie das Eigentum der Angehörigen ihrer Kriegsgegner allenthalben im Machtbereich der Alliierten, allein ausgenommen Deutsch-Südwestafrika, beschlagnahmten und liquidierten. Praktisch handelte es sich dabei im wesentlichen um deutsches Eigentum. Milliardenwerte gingen auf diese Weise in den Besitz von Angehörigen der alliierten Staaten über, großenteils gegen weit hinter dem wirklichen Wert zurückbleibende Zahlungen der Käufer. Wenn es sich dabei auch um Privateigentum und zu einem sehr erheblichen Teil um private Erwerber der liquidierten Besitzungen und Werte handelte, so stellt dieser Vorgang im großen gesehen doch eine Verstärkung der Wirtschaftsmacht der daran beteiligten Alliierten auf Kosten ihrer Gegner dar und ist insofern imperialistischer Natur.

Dem politischen und wirtschaftlichen Imperialismus der Großmächte dienten auch unmittelbar und mittelbar die den Mittelmächten und ihren Verbündeten aufgezwungenen Landabtretungen in Europa. Von den Großmächten selbst erhielten nur Frankreich und Italien eine Vergrößerung ihres Territoriums, ersteres durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen seitens Deutschlands, letzteres durch die Abtretung von Gebieten seitens Österreichs. Aber die Schaffung der selbständigen Republiken Polen und Tschechoslowakei sowie der Randstaaten, die Vergrößerung Jugoslawiens und Rumäniens aus früher ihren Kriegsgegnern bzw. Rußland gehörigen Gebieten stellen mittelbar eine Erweiterung der Machtsphäre der Alliierten dar, indem jene auch für ihr weiteres Bestehen und ihre Entwicklung mehr oder minder auf die Hilfe oder wenigstens wohlwollende Haltung jener Großmächte angewiesen sind.

Gleichzeitig hat die Bildung oder Vergrößerung jener Staaten da-

zu gedient, die Macht der Mittelmächte zu vermindern und diese als Gegenspieler gegen den Imperialismus der alliierten Großmächte nach Möglichkeit auszuschalten. Nicht nur daß durch die Aufteilung Österreich-Ungarns und die Abtrennung großer volkreicher Gebiete vom Deutschen Reich das erstere als Großmacht überhaupt weggefallen und das letztere geschwächt ist, es sind auch die auf ihre Kosten gegründeten oder bereicherten Staaten als Bundesgenossen zur Niederhaltung Deutschlands und der von seinen ehemaligen Kriegsverbündeten verbliebenen Reststaaten gedacht.

Imperialistisch ist auch die Art, wie einseitig die Entwaffnung Deutschlands und seiner Verbündeten durch die Friedensdiktate und spätere Aktionen der Alliierten erzwungen ist, während diese selbst ihre militärischen Rüstungen gesteigert haben. Es gibt heute trotz der vollständig vollzogenen Entwaffnung Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens in Europa mehr Soldaten als vor dem Weltkriege, von der Vermehrung und Vervollkommnung der materiellen und technischen Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ganz abgesehen. Nach der Völkerbundsatzung sollte die Abrüstung der Mittelmächte nur den Anfang der allgemeinen Abrüstung bilden. Es sollte eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfolgen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinsames Vorgehen vereinbar sei. Aber nichts in der Richtung ist geschehen. Die wiederholten Abrüstungskonferenzen sind vergeblich verlaufen. Das letzte Heeresgesetz Frankreichs hat zwar eine gewisse Verminderung der Zahl der stehenden Armee gebracht, aber dafür die vollkommenste Mobilisierung des ganzen französischen Volkes für den Kriegsfall vorbereitet, die die Welt bisher gesehen hat. Dies bedeutet in Wirklichkeit eine starke Vermehrung der französischen Kriegsrüstung, nicht eine Verminderung.

Stellt der Völkerbund ein Gegengewicht gegen den Imperialismus der Kriegsmächte dar? Der Völkerbund soll, wie die Einleitung zur Völkerbundsatzung sagt, zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit dienen. Seine Mitglieder sollen zu diesem Zweck bestimmte Verpflichtungen übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten, in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten, die Vorschriften des internationalen Rechts genau zu beobachten und die Gerech-

tigkeit herrschen zu lassen, sowie alle Vertragsverpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker peinlich genau zu achten. In Wirklichkeit hat sich der Völkerbund in den ersten Jahren nach seiner Errichtung lediglich als ein Werkzeug der Siegermächte zur Durchführung von deren Gewaltpolitik gezeigt.

Schon seine Zusammensetzung war wenig geeignet, eine andere Politik erwarten zu lassen. An Großmächten waren in ihm lediglich die vier alliierten Mächte vertreten, welche Seite an Seite gegen die Mittelmächte gekämpft hatten, England, Frankreich, Italien, Japan. Die Politik dieser Siegerstaaten war darauf gerichtet, die im Kriege errungenen Vorteile sich zu sichern und weiter auszubauen. Ein Gegengewicht, welches bei Einigkeit dieser Großmächte sich erfolgreich hätte geltend machen können, war im Völkerbund nicht vorhanden. Von den übrigen Großmächten blieben die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland fern. Deutschland beantragte nach der Errichtung des Völkerbundes seinen Eintritt, wurde aber abgewiesen.

So wurden die Entscheidungen, welche der Völkerbund in bezug auf Angelegenheiten traf, welche die Interessen der Siegermächte und der unterlegenen Staaten berührten, ausnahmslos so erlassen, wie es den Wünschen der ersteren entsprach. Schwierigkeiten für den Völkerbund entstanden nur dann, wenn etwa in einer Frage die Interessen der Großmächte, vor allem Frankreichs und Englands, auseinandergingen. Aber selbst solche Differenzen gereichten in der Regel den unterlegenen Staaten zum Nachteil und wurden auf ihrem Rücken und auf ihre Kosten ausgetragen. So sind die vom Völkerbund in solchen Angelegenheiten ergangenen Entscheidungen fern von jeder Gerechtigkeit und lediglich ein Ausfluß des Siegerwillens der interessierten Großmächte. Um nur einiges anzuführen, wurde in der Oberschlesienfrage entgegen dem Sinn und Wortlaut des Versailler Diktats und entgegen dem Ergebnis der Abstimmung Ostoberschlesien von dem Deutschen Reich abgetrennt und an Polen gegeben. Entgegen der Gerechtigkeit waren die Entscheidungen des Völkerbundes betreffend die Überantwortung der früheren litauischen Hauptstadt Wilna an Polen, durch die ein militärischer Gewaltstreich nachträglich bestätigt wurde. Dasselbe gilt von einer ganzen Reihe von Entscheidungen, die sich auf andere Dinge bezogen.

Auch in der Angelegenheit der M a n d a t e hat der Völkerbund nicht die ihm nach der Völkerbundsatzung obliegenden Aufgaben erfüllt. Die Errichtung des Mandatsystems, die Übertragung der Mandate

auf die Alliierten, die Handhabung der Mandatsverwaltung durch die Mandatare und die Aufsicht durch den Völkerbund sind so bezeichnend für den Nachkriegsimperialismus der Großmächte, daß es eines näheren Eingehens darauf bedarf.

Das Mandatsystem wurde ursprünglich von dem südafrikanischen Minister General Smuts für die der Türkei abgenommenen Länder in Vorderasien vorgeschlagen. Der Präsident Wilson griff diese Idee auf und setzte die Anwendung des Mandatsystems auch auf die deutschen Kolonien gegenüber England, Frankreich und Japan durch, welche die letzteren als Kriegsbeute betrachteten und annektieren wollten[1]). Aber er gab den Vertretern der Alliierten darin nach, daß er der tatsächlichen Verteilung der Mandate unter die Mächte in Gemäßheit der von diesen schon während des Krieges geschlossenen Geheimverträge lediglich nach machtpolitischen Gesichtspunkten zustimmte. Damit fiel der Punkt 5 seiner Grundsätze, welcher eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Prüfung der kolonialen Ansprüche und Berücksichtigung der Interessen der Eingeborenen vorsah, gänzlich zu Boden.

Die Wegnahme der deutschen Kolonien wurde dem Deutschen Reich und der Außenwelt gegenüber damit begründet, daß Deutschland sich als unfähig und unwürdig zum Kolonisieren erwiesen habe. Diese Behauptung war lediglich ein Bestandteil der Kriegspropaganda und ist als völlig unbegründet erwiesen (s. S. 353).

Der im Artikel 22 der Völkerbundsatzungen niedergelegte Leitgedanke des Mandatsystems ist, daß die Völker in den Kolonien und sonstigen Gebieten noch nicht imstande sind, sich selbst zu leiten, daß das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker eine heilige Aufgabe der Zivilisation bilden und daß der beste Weg, diesen Grundsatz durch die Tat zu verwirklichen, die Übertragung der Vormundschaft über diese Völker an die dazu geeigneten und bereiten fortgeschrittenen Nationen sei, welche die Vormundschaft als Mandatare des Bundes und in seinem Namen zu führen haben.

Es wurden drei Arten von Mandaten gebildet, die A-, B- und C-Mandate.

Die A-Mandate sind die ehemals türkischen Gebiete, Syrien, Palästina und Irak; von ihnen heißt es in der Völkerbundsatzung, daß sie einen solchen Grad der Entwicklung erreicht haben, daß ihr Da-

[1]) S. R. St. Baker, Woodrow Wilson and World Settlement, Bd. I, S. 225, 253 ff.

sein als unabhängige Nationen anerkannt werden kann, unter der Bedingung, daß die Ratschläge und die Unterstützung des Mandatars ihre Verwaltung bis zu dem Zeitpunkte leiten, wo sie imstande sein werden, sich selbst zu leiten. Bei der Wahl des Mandatars sind in erster Linie die Wünsche jener Gemeinwesen zu berücksichtigen.

Tatsächlich sind auf Grund der während des Krieges geschlossenen Geheimverträge Syrien an Frankreich, Palästina und Irak an England gekommen, ohne daß die einheimischen Bevölkerungen danach gefragt wurden. Daß die Einwohner dieser Länder mit der Mandatseinrichtung nicht zufrieden waren, zeigten die sowohl gegen die englische wie die französische Mandatverwaltung ausbrechenden Aufstände und die beständigen Beschwerden der Bewohner, welche von der ihnen aufgezwungenen Fremdherrschaft befreit zu werden und ihre Unabhängigkeit zu erlangen suchten und suchen.

B-Mandate sind die deutschen Kolonien Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Togo. Von ihnen heißt es in der Völkerbundsatzung, daß der Grad der Entwicklung, in dem sich die sie bewohnenden Völker befinden, erfordert, daß der Mandatar dort die Verwaltung des Gebietes übernimmt, doch ist dies an Bedingungen geknüpft. Außer der Abstellung von Mißbräuchen wie Sklaven-, Waffen- und Alkoholhandel muß Gewissens- und Religionsfreiheit gewährleistet sein, sowie das Verbot der Errichtung von Befestigungen oder von Heeres- oder Flottenstützpunkten, ferner das Verbot militärischer Ausbildung der Eingeborenen, soweit sie nicht lediglich polizeilichen oder Landesverteidigungszwecken dient. Dem Güteraustausch und Handel der anderen Bundesmitglieder muß ferner die gleiche Möglichkeit der Betätigung gesichert sein.

Das Mandat über Deutsch-Ostafrika sowie den kleineren Teil von Kamerun und Togo hat England erhalten, welches seinerseits wieder das im Innern Ostafrikas belegene volkreiche Sultanat Ruanda an Belgien als Mandat abgetreten hat. Das Mandat über den größeren Teil von Kamerun und Togo bekam Frankreich. Die Mandate wurden in vom Völkerbundsrat ausgestellten Mandatsurkunden bestätigt, in welchen die Verpflichtungen des Mandatars näher umschrieben sind. Diese Mandatsurkunden wurden aber nicht am Sitz des Völkerbundes in Genf, sondern in London unterzeichnet, was darauf hindeutet, daß sie von den Mandataren selbst entworfen und untereinander vereinbart sind. Ihr Inhalt verstößt in einigen wichtigen Punkten gegen die Bestimmungen der Völkerbundsatzung. In dem französischen Man-

dat für Kamerun und Togo ist entgegen dem in der Satzung ausgesprochenen Verbot der militärischen Ausbildung von Eingeborenen zu anderen als polizeilichen oder Landesverteidigungszwecken dem Mandatar ausdrücklich das Recht zugestanden, im Falle eines allgemeinen Krieges die in den Mandatgebieten ausgehobenen Truppen auch außerhalb derselben zu Verteidigungszwecken zu verwenden. In dem englischen Mandat für Deutsch-Ostafrika wurde entgegen der Völkerbundsatzung, welche für die B-Mandate lediglich die Übernahme der Mandatverwaltung durch den Mandatar vorsieht, ohne daß eine Vereinigung mit Kolonialbesitzungen des Mandatars wie bei den C-Mandaten zugelassen wäre, dem Mandatar die Befugnis zugesprochen, das Mandatgebiet in einer Zoll-, Finanz- oder Verwaltungsunion oder Föderation mit den anliegenden britischen Gebieten zu vereinigen, vorausgesetzt, daß die getroffenen Maßnahmen nicht den Bestimmungen des Mandats widersprechen.

C-Mandate sind schließlich Deutsch-Südwestafrika und die deutschen Inseln im Stillen Ozean. Diese können, wie es in der Völkerbundsatzung heißt, infolge ihrer geringen Bevölkerungsdichte und geringen Ausdehnung, ihrer Entfernung von den Mittelpunkten der Zivilisation, ihrer geographischen Nachbarschaft zum Gebiet des Mandatars oder infolge anderer Umstände nicht wohl besser verwaltet werden als nach den Gesetzen des Mandatars und als integrierender Bestandteil ihres Gebiets unter Vorbehalt der Bürgschaften im Interesse der Eingeborenen, wie sie für die B-Mandate oben wiedergegeben sind. Deutsch-Südwestafrika wurde der Südafrikanischen Union zugeteilt. Deutsch-Neuguinea fiel an Australien, Samoa an Neuseeland, die deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators wurden als Mandat Japan zugeteilt. Auch in diesen Fällen war von einer Berücksichtigung der Wünsche der Eingeborenen nicht die Rede. Das hochstehende Volk der Samoaner hat immer wieder die bittersten Anklagen gegen die Mißwirtschaft und Gewaltherrschaft der neuseeländischen Mandatverwaltung vorgebracht. In Neuguinea mit seiner tiefstehenden Eingeborenenverwaltung sind durch Berichte von Weißen schwere Mängel und Mißgriffe der Australier an das Tageslicht gebracht worden.

Die Aufsicht über die Mandatverwaltung führt der Völkerbundsrat, der von der Permanenten Mandatkommission beraten wird, welche die von den Mandataren einzureichenden Jahresberichte zu prüfen hat.

Wie die Handhabung des Mandatsystems von Wilson gedacht und von den anderen Staatsmännern angenommen war, darüber enthält insbesondere die Note der amerikanischen Regierung an die englische Regierung vom 20. November 1920 interessante Aufschlüsse. In dieser noch zur Zeit der Präsidentschaft Wilsons ergangenen Note, die zum Anlaß Maßnahmen der Mandatmacht in dem Mandatgebiet Irak hatte, ist ausgeführt, daß auch die leiseste Abweichung von dem Geist und der ausschließlichen Absicht einer denkbar strikteſten Treuhänderschaft (trusteeship) über die Mandatgebiete eine falsche Auffassung, um nicht zu sagen ein Mißbrauch der durch den gemeinsamen Sieg der Alliierten erworbenen vorübergehenden Herrschaft (temporary dominion) über jene Gebiete sein würde. Tatsächlich hat jene falsche Auffassung und jener Mißbrauch der vorübergehenden Herrschaft stattgefunden. In Vorderasien denken weder England noch Frankreich daran, ihre von den unterworfenen Völkern nur widerwillig geduldete Herrschaft aufzugeben[1]). In den deutschen Kolonien suchen verschiedene Mandatare an die Stelle der Treuhänderschaft unter der Hand eine Annektion zu setzen. Die britischen imperialistischen Staatsmänner stellen sich auf den Standpunkt, daß Deutsch-Ostafrika unwiderruflich in den Rahmen des Britischen Reiches eingefügt sei und suchen die Zusammenschmelzung dieses großen Mandatgebiets mit den britischen Nachbarkolonien zu einer unlöslichen Einheit herbeizuführen. Die britischen Dominions sind bemüht, die ihrer Mandatverwaltung zugeteilten deutschen Kolonien sich als dauernden Besitz zu sichern.

In der Mandatfrage ist ein Prüfstein für die Existenzberechtigung des Völkerbundes gegeben. Wenn er in dieser Angelegenheit, bei der es sich um die Aufrechterhaltung der in der Völkerbundsatzung feierlich und ausführlich festgelegten Grundsätze handelt, zu deren Überwachung er selbst berufen ist, dauernd versagt, so spricht er sich damit selbst sein Urteil. Die Permanente Mandatkommission, in der koloniale Sachverständige aus Mitgliedstaaten des Völkerbundes, vor allem den Mandatstaaten selbst sitzen, hat verschiedene Ansätze zu einer Kritik des rechtswidrigen Vorgehens einzelner Mandatare gezeigt und das Bestreben erkennen lassen, zuverlässigere Grundlagen für sein Urteil zu erhalten als die einseitigen Jahresberichte der Mandat-

[1]) Neuerdings hat die englische Regierung Irak zugesagt, für dessen Eintritt in den Völkerbund 1932 einzutreten, vorausgesetzt, daß die gegenwärtigen Fortschritte des Landes andauern würden. Damit würde das Mandat wegfallen. Es bleibt abzuwarten, in welcher Art dieses Versprechen Erfüllung finden wird.

verwaltungen. Aber die Vorschläge der Mandatkommission, die unter anderem die persönliche Anhörung von Beschwerdeführern aus den Mandatgebieten und erweiterte Fragebogen zur Beantwortung durch die Mandatare vorsahen, sind vom Völkerbund unter persönlichem Auftreten des englischen und französischen Außenministers dagegen abgelehnt worden. Der Imperialismus der Mandatarmächte setzte sich nach wie vor über die Mandatsbestimmungen hinweg, ohne daß der zu ihrer Überwachung berufene Völkerbund dagegen auftritt. Wenn hierin keine Änderung eintritt, so spielt der Völkerbund auch weiterhin eine sehr traurige Rolle, indem er lediglich den Deckmantel bietet, hinter dem die Mandatare die Aneignung der Mandatgebiete als Kriegsbeute, deren Erlangung ihnen durch das Eingreifen des Präsidenten Wilson bei Festsetzung der Friedensbedingungen verwehrt wurde, nachträglich entgegen der Völkerbundsatzung und entgegen dem von ihnen selbst festgelegten Friedensdiktat doch noch durchführen. Damit würde aber nicht nur die Erlangung irgendeiner moralischen Autorität seitens des Völkerbundes, sondern dessen Wirkungsmöglichkeit im Sinne seiner Satzungen überhaupt ausgeschlossen werden. Eine solche Haltung würde dem Völkerbund die Grundlagen wegnehmen, auf denen seine weitere Betätigung überhaupt denkbar ist.

Im September 1926 ist, nachdem der Locarnovertrag mit Garantie der gegenwärtigen Westgrenze Deutschlands geschlossen war, das Deutsche Reich in den Völkerbund eingetreten. Es hat einen ständigen Ratssitz im Völkerbund und Sitze in den Kommissionen, ein Jahr später auch einen Sitz in der Permanenten Mandatkommission erhalten. Dagegen stehen die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland nach wie vor außerhalb des Völkerbundes. Wie stellt sich das Wirken des Völkerbundes nach dem Eintritt Deutschlands dar?

Um ein richtiges Urteil zu gewinnen, muß man sich klarmachen, was der Völkerbund eigentlich ist. Der deutsche Name ist irreführend; denn es handelt sich in Wirklichkeit nicht um einen Bund. Besser ist der französische Ausdruck société des nations, wobei nation in dem französischen Sinne der staatlich organisierten Nation gebraucht wird. Die von uns Völkerbund genannte Institution ist eine Gesellschaft selbständiger Staaten, welche ihre Vertreter nach Genf senden, um gemeinsame Beschlüsse zu fassen, bei denen in der Regel Einstimmigkeit erforderlich ist. Es handelt sich um eine neue Methode der Erörterungen zwischen den Staaten, um eine andere als bisher übliche

Art des Verfahrens. An die Stelle des früheren diplomatiſchen Verkehrs und des Notenwechſels von Regierung zu Regierung tritt der Verkehr der Staatsmänner in gemeinſamen Sitzungen.

Wenn man unter dieſem Geſichtspunkt den Völkerbund betrachtet und ſich von Illuſionen betreffs des von wortgewandten Staatsmännern immer wieder beteuerten Idealismus ſeiner führenden Mitglieder fernhält, ſo kann man nicht umhin, die Zugehörigkeit Deutſchlands zum Völkerbund für zweckmäßiger zu halten als ſein Fernbleiben. Abgeſehen von allem anderen würde ein dauerndes Fernbleiben Deutſchlands ſeine Iſolierung gegenüber dem Kreis der zum Völkerbund gehörigen europäiſchen Staaten zur Folge haben und zudem leicht in der Weiſe gegen es propagandiſtiſch ausgenutzt werden können, daß das Deutſche Reich ſich den auf Erhaltung des Friedens und Verwirklichung der Gerechtigkeit gerichteten Bemühungen des Völkerbundes widerſetzen wolle. Ferner aber iſt bei der erforderlichen Einſtimmigkeit der Beſchlüſſe des Völkerbundrats in wichtigen Fragen Deutſchland in der Lage, ihm ſchädliche Beſchlüſſe von weittragender Bedeutung zu verhindern. Im übrigen hat ſich bei den bisherigen Verhandlungen des Völkerbundrates unter deutſcher Teilnahme gezeigt, daß in der Praxis die deutſchen Vertreter die Beſchlußfaſſung in manchen Fällen beeinfluſſen konnten und daß ſich Kompromiſſe ergaben, die zwar dem deutſchen Standpunkt nicht voll gerecht wurden, aber doch eine gewiſſe Beſſerung gegenüber den ſonſt vermutlich gefaßten Beſchlüſſen bedeuten. Mit dieſem Kompromißcharakter mancher Entſchließungen des Völkerbundes hängt es zuſammen, daß die deutſchen Vertreter andererſeits in manchen Fällen Beſchlüſſen zuſtimmten, die an ſich den berechtigten deutſchen Anſprüchen nicht genügten.

Der Völkerbund hat ſich, wie oben dargelegt, in den erſten Jahren ſeines Beſtehens lediglich als ein Werkzeug des Imperialismus der Siegermächte erwieſen. Iſt darin eine Änderung eingetreten? Iſt von ihm ſeither ein effektives Gegenwirken gegen den Imperialismus erfolgt oder für die Zukunft zu erwarten?

Bisher ſind keine Tatſachen hervorgetreten, welche ein Abweichen von den bisherigen Pfaden der Politik der Großmächte infolge des Einfluſſes des Völkerbundes erkennen ließen. Im Gegenteil treten immer ſtärker die Klagen der kleineren Staaten, welche Mitglieder des Bundes ſind, hervor, daß dieſer mehr und mehr ausgeſchaltet wird und die zu Völkerbundstagungen in Genf anweſenden leitenden Mi-

nister der Großmächte in besonderen Besprechungen untereinander alles Wichtige abmachen. Sachlich hat der Völkerbund in den großen Fragen, die sein eigenstes Gebiet bilden sollten, nämlich der Sicherung des Friedens und der Abrüstung, nichts zustande gebracht. Als die stärksten Kritiker des Völkerbundes, wie er sich bisher gestaltet hat, haben sich zwei der bedeutendsten Anhänger und Stützen des Völkerbundsystems gezeigt, die seither als Delegierte ihrer Staaten an den Völkerbundssitzungen in Genf teilnahmen, nämlich das englische Kabinettsmitglied Lord Robert Cecil und der französische Senator Henry de Jouvenel. Ersterer hat im August 1927 seinen Rücktritt erklärt, was zugleich sein Ausscheiden aus der englischen Völkerbunddelegation zur Folge hatte, letzterer im gleichen Moment seine Stellung als Delegierter seines Landes zum Völkerbund niedergelegt. Beide haben in Veröffentlichungen diesen ihren Schritt gerechtfertigt. Lord Cecil hat als Grund in erster Linie das Versagen in der Abrüstungsfrage angeführt, deren Lösung für den Frieden der Welt eine Notwendigkeit sei, wobei er der englischen Regierung mit die Schuld zuschiebt. Senator de Jouvenel beklagt den „lethargischen Zustand" des Völkerbundes und spricht von einem „wenn auch zweifellos nur vorübergehenden Verfall des Völkerbundes". Er stellt eine Reihe von Forderungen auf, die erfüllt werden müßten, wenn der Völkerbund seine Aufgabe erfüllen solle, darunter die Beseitigung des Dualismus, der die diplomatischen Methoden der Sonderverhandlungen von Staat zu Staat den Methoden des Völkerbundes gegenüberstelle. Angesichts dieser Stellungnahme von zweien der hervorragendsten Kenner und führenden Mitarbeiter des Völkerbundes ist die Annahme gerechtfertigt, daß dieser in der Tat die von den Völkerbundsfreunden auf ihn gesetzten Erwartungen bisher nicht erfüllt hat.

Das völlige Versagen des Völkerbundes ist besonders in der Abrüstungsfrage klar geworden. Die vom Völkerbund eingeleiteten Kommissionsverhandlungen darüber haben bisher zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Der Grundsatz, zu dem sich die Völkerbundsmitglieder in der Völkerbundssatzung bekannt haben, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf ein Mindestmaß erfordere, ist fern von der Verwirklichung. Die europäischen Mächte, mit Ausnahme der kraft Friedensdiktaten entwaffneten Staaten, starren von Waffen und sind auf immer weitere Verstärkung ihrer technischen Hilfsmittel und ihrer Schlagfertigkeit bedacht. Dies ist ein völlig unhaltbarer Zustand. Das fortdauernde Rü-

sten jener Staaten stellt eine ständige Bedrohung des europäischen Friedens dar.

Das Fehlen positiver Leistungen des Völkerbundes auf dem Gebiet der Abrüstung bedeutet ein Untergraben der Fundamente des Bundes; denn wie soll er seine Aufgabe der Gewährleistung des internationalen Friedens erfüllen, wenn es ihm nicht gelingt, dem Wettrüsten der Militär- und Marinemächte vorzubeugen, welches nach früheren Erfahrungen nur allzu leicht zu kriegerischen Zusammenstößen führen kann? Wie kann er einen Zustand der internationalen Sicherheit und der Gerechtigkeit herbeiführen, wenn einige Nationen ohne die zur Abwehr von Angriffen notwendigen Hilfsmittel gelassen werden, während die sie umgebenden Mächte über starke, mit allem modernen Kriegsmaterial ausgerüstete Armeen verfügen?

Die Antwort auf diese Fragen kann nur negativ lauten, und ebenso die Antwort auf die oben gestellte Frage nach einem Entgegenwirken des Völkerbundes gegen den Imperialismus. Es ist bisher nichts zutage getreten, welches als solch ein Gegenwirken gedeutet werden könnte.

Ebensowenig wie die vom Völkerbund veranlaßten Verhandlungen über die Abrüstung hat die 1927 in Genf stattgehabte Konferenz der drei Hauptseemächte Amerika, England und Japan über die Seeabrüstung zu einem Ergebnis geführt. In der Washingtoner Konferenz von 1921/1922 war eine Beschränkung nur für Schlachtschiffe und Flugzeugmutterschiffe eingeführt worden (s. oben S. 185). Nunmehr sollte auch für Kreuzer und sonstige Kriegsschiffe eine Beschränkung durch Abkommen getroffen werden. Frankreich und Italien, die Teilnehmer an der Washingtoner Konferenz gewesen waren, hatten allerdings eine Beteiligung von vornherein abgelehnt. Die Verhandlungen der drei Hauptseemächte scheiterten daran, daß England erklärte, an einer größeren Zahl von kleineren Kreuzern zum Schutz seiner Verbindungswege und ausgedehnten überseeischen Besitzungen festhalten zu müssen, während Amerika mit Rücksicht auf die Weiten des Stillen Ozeans und den Mangel an überseeischen Stützpunkten eine kleinere Zahl größerer und stärkerer Kreuzer für notwendig erklärte. Die Folge des Scheiterns der Konferenz ist einerseits ein verstärktes Rüsten der drei Seemächte, andererseits eine Wiederannäherung zwischen England und seinem früheren Verbündeten Japan, von dem England sich gelegentlich der Washingtoner Konferenz 1922 hatte trennen müssen (s. S. 121 ff.). Auch dieser Ausgang der See-

abrüstungskonferenz spricht nicht dafür, daß sich an dem Imperialismus der drei beteiligten Großmächte etwas ändern wird. Die nunmehr an die Stelle der vorgeschlagenen Abrüstung tretende vermehrte Aufrüstung der beteiligten Seemächte eröffnet vielmehr die Aussicht auf eine auf die stärkere Seemacht gestützte noch intensivere Verfolgung der imperialistischen Ziele jener Mächte, wie sie oben in den vom britischen, amerikanischen und japanischen Imperialismus handelnden Abschnitten umschrieben sind. Da diese Imperialismen sich in ihren Kreisen überschneiden und sich in ihren Zielrichtungen überkreuzen, so vergrößert sich mit Zunahme der Rüstungen die Möglichkeit, daß es eines Tages zu einem Zusammenstoß kommen wird, für welchen der Stille Ozean den Schauplatz abgeben würde.

Wenn diese Seeabrüstungskonferenz außerhalb des Völkerbundes vor sich gehen mußte, da die Vereinigten Staaten von Amerika ihm nicht angehören, so gilt dasselbe von allen Verhandlungen, die sich auf große *Finanzfragen* der Mächte untereinander beziehen. Amerika ist in einem solchen Maße zum Gläubiger und Geldgeber der Welt geworden, daß seine Mitwirkung unerläßlich ist. So sind diese Fragen bisher durch Verhandlungen außerhalb des Völkerbundes unter Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika oder durch Sonderverhandlungen zwischen diesen und einzelnen europäischen Staaten geregelt worden.

Die großen Fragen der Deutschland auferlegten *Reparationen* und die *Kriegsschulden* an die Vereinigten Staaten von Amerika haben bisher keine befriedigende Lösung gefunden. Der Dawesplan hat Deutschland ungeheure Lasten auferlegt, beginnend mit Zahlungen von 1 Milliarde, die in 5 Jahren bis zu 2½ Milliarden jährlich ansteigen. Wenn das Deutsche Reich bisher seine Verpflichtungen aus dem Dawesplan restlos erfüllt hat, so beruht das darauf, daß Anleihen in solcher Höhe aus amerikanischem Kapital nach Deutschland geflossen sind, daß daraus diese Zahlungen bewirkt werden konnten. Große internationale Autoritäten wie der Engländer Keynes und der Schwede Cassel haben überzeugend nachgewiesen, daß derartige Zahlungen auf die Dauer nur aus einem Ausfuhrüberschuß geleistet werden können. Tatsächlich hat das Deutsche Reich keinen Ausfuhrüberschuß, sondern im Gegenteil einen Einfuhrüberschuß aufzuweisen, der 1925 und 1926 insgesamt 4 Milliarden Mark betrug und im Jahre 1927 allein voraussichtlich den gleichen Betrag erreichen wird. Ebenso ist die Zahlungsbilanz passiv, da die früheren großen Einnahmen

aus Kapitalinvestitionen, aus denen vor dem Kriege der deutsche Einfuhrüberschuß leicht gezahlt werden konnte, zum allergrößten Teil in Wegfall gekommen sind. Im übrigen könnten solche Summen auf die Dauer nur transferiert, an die Gläubigerländer übertragen werden, wenn diese imstande und willens wären, eine entsprechend große deutsche Ausfuhr von Industrieartikeln aufzunehmen. Tatsächlich ist dies nicht der Fall. Jene Länder wehren sich durch hohe Zölle gegen eine solche Einfuhr, welche der Entwicklung ihrer eigenen Industrie nachteilig wäre.

Ähnliches gilt im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den europäischen Staaten, welche aus dem Kriege her den ersteren verschuldet sind. Es handelt sich um außerordentlich hohe Beträge. Die amerikanischen Anleihen an europäische Regierungen auf Grund der Liberty Loan Acts beliefen sich auf 9,6 Milliarden Dollar (rund 40 Milliarden Mark). Die Hauptschuldnerländer waren Großbritannien mit 4,3 Milliarden, Frankreich mit fast 3 Milliarden und Italien mit 1,6 Milliarden Dollar. Dazu kam noch der Verkauf überschüssigen Kriegsmaterials an europäische Staaten für fast 2½ Milliarden Mark. Nachdem durch Verträge zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und verschiedenen europäischen Schuldnerstaaten Verminderungen der Kriegsschulden vereinbart sind, betrug Mitte 1926 der Gegenwartswert der Kriegsschulden der europäischen Staaten an Amerika noch 6,9 Milliarden Dollar oder fast 29 Milliarden Mark[1]).

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich mit hohen Zollmauern zum Schutze ihrer eigenen Industrie umgeben. Die Schuldnerländer sind daher nicht in der Lage, durch Warenausfuhr nach Amerika ihre Schulden zu begleichen. Daß die Vereinigten Staaten in absehbaren Zeiten ihre Zollschranken soweit niederreißen würden, daß eine starke Wareneinfuhr aus Europa ermöglicht werden würde, ist äußerst unwahrscheinlich, da dies die Bedingung für das Blühen der amerikanischen Industrie ist und die gehobene Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter beeinträchtigt würde.

So scheint eine Lösung der großen Frage nur möglich durch eine Revision des Dawesplanes einerseits in der Weise, wie der Plan es selbst vorsieht, daß nämlich seine Zahlungen der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt werden, und durch einen Aus-

[1]) Nach Tabelle aus dem European economic and political survey vom 15. Juni 1926 wiedergegeben im „Weg zur Freiheit". 6. Jahrgang, S. 324.

gleich der Schulden der europäischen Staaten an Amerika andererseits. Von französischer Seite ist zeitweise mit großer Lebhaftigkeit für einen amerikanischen Schuldenverzicht das Argument vorgebracht worden, daß die Forderung der Rückzahlung seitens Amerikas überhaupt unberechtigt sei; denn Frankreich habe zur Erringung des gemeinsamen Sieges weit größere Opfer an Blut und Menschen gebracht, als die Vereinigten Staaten von Amerika an Geldaufwendungen. Es entspräche der Billigkeit, wenn Amerika wenigstens die letzteren selbst trage und seinen Verbündeten nicht jene weiteren Lasten auch noch aufbürde. Es fehlt dabei nicht an Hinweisen darauf, daß Amerika infolge der ungeheuren Verdienste aus Kriegslieferungen und des Aufschwunges, den seine Wirtschaft im Zusammenhang damit genommen habe, der eigentliche Kriegsgewinner sei. Die Vereinigten Staaten haben dem gegenüber bisher mit Energie daran festgehalten, daß es sich um regelrechte, unter Verpflichtung der Rückgabe seitens der Schuldner gewährte Anleihen handele und daß diese wie andere Schulden zurückgezahlt werden müßten. In den Äußerungen mancher amerikanischer Staatsmänner wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Zahlungsschwierigkeiten der europäischen Schuldnerstaaten mit ihren hohen Ausgaben für militärische Rüstungen zusammenhingen.

Es sollen hier nicht diese Argumente gegeneinander abgewogen werden, sondern die Sache soll lediglich vom allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Standpunkt angesehen werden. Es liegt auf der Hand, daß die Lage, wie sie in den Finanzverhältnissen Deutschlands zu den Alliierten einerseits, der alliierten Schuldnerländer zu den Vereinigten Staaten andererseits gegeben ist, ungesund ist. Es sind Lasten vorhanden, deren Abzahlung mit einer normalen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Länder und schließlich der Weltwirtschaft unvereinbar ist. Diese Lasten sollen im Falle des Dawesplanes auf unabsehbare Zeiten, in denen der interalliierten Schulden auf etwa 60 Jahre gezahlt werden. Die Frage der dauernden Transferierung der gewaltigen Summen ist ungelöst und nach dem Stande der Wirtschaftsverhältnisse der hauptsächlich in Betracht kommenden Länder, nicht zuletzt auch der Vereinigten Staaten von Amerika selbst, nach menschlichem Ermessen unlösbar. Unter diesen Umständen erscheint ohne durchgreifende Änderung der betreffenden Festsetzungen eine Gesundung der Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse Europas nicht möglich. An dieser haben aber

die Vereinigten Staaten unter dem Gesichtspunkt ihres eigenen Absatzes in Europa ein starkes Interesse. Im übrigen fällt ins Gewicht, daß ein Zustand, in dem zwei Generationen hindurch Europa ungeheure Summen an die Vereinigten Staaten zu zahlen hat, für die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen den europäischen Ländern und Amerika keine günstigen Perspektiven eröffnet.

Bei der überragenden Stellung, welche Amerikas Finanz- und Wirtschaftsmacht und damit im Zusammenhange seine politische Macht erlangt hat, bedeutet das Fernbleiben der Vereinigten Staaten aus dem Völkerbund ein sehr starkes Manko für diesen. Aber selbst wenn dieser Zutritt einmal erfolgen sollte, was angesichts der oben (s. S. 182 ff.) erörterten Einstellung der amerikanischen Politik äußerst unwahrscheinlich ist, so würde doch aller Voraussicht nach damit keine grundlegende Änderung in der Politik der Großmächte verbunden sein. Die Staatsmänner der zum Völkerbund gehörigen Staaten halten bei den Zusammenkünften in Genf meist von Idealismus durchtränkte Reden. Aber es sind leere Nußschalen, die sie sich gegenseitig zuwerfen. Die wirkliche Politik der Großmächte wird nach wie vor nach imperialistischen Gesichtspunkten gemacht. Frankreich sucht die kleineren Staaten im Osten an sich zu fesseln, um an ihnen eine Stütze seiner Politik gegen Deutschland zu haben. Es baut seine Stellung in Marokko und Syrien aus und macht sein ungeheures Kolonialreich durch Ausbildung farbiger Soldaten seinen militärischen Zwekken nutzbar. England sucht die russische Sowjetrepublik, deren bolschewistische Propaganda ihm ebenso in der eigenen Arbeiterschaft wie in Asien gefährlich geworden ist, und ihm in China starke Verluste an seiner Stellung und seinem Prestige verursacht hat, unter Heranziehung anderer europäischer Staaten einzukreisen. Es ist nicht nur bemüht, das britische Imperium in einer Weise zu organisieren, die das Zusammenbleiben seiner Bestandteile sichert, sondern sucht in unersättlichem Imperialismus noch immer neue Gebiete dem bereits den vierten Teil der Erde und den vierten Teil der Menschheit umfassenden Britischen Reich einzuverleiben, indem es die ihm als Mandat zu treuen Händen anvertrauten deutschen Kolonien zu annektieren trachtet. Italiens Imperialismus scheint, wenn man die Reden Mussolinis liest, schrankenlos. Das alte römische Imperium ersteht wieder in der Phantasie. Aber in der Wirklichkeit sind diesen italienischen imperialistischen Bestrebungen, so lebhaft sie sich immer geltend machen und so sehr sie von dem Nationalismus der Fascisten

vorwärts getrieben werden, doch in den tatsächlichen Machtverhältnissen enge Grenzen gesteckt. Das eigentliche und natürliche Ziel italienischen Ausdehnungsbestrebens Tunis steht unter der Herrschaft des militärisch stärkeren französischen Nachbarn, einer Ausdehnung nach Kleinasien stehen mannigfache Hindernisse entgegen. Der durch den Tiranovertrag herbeigeführte Zustand eines tatsächlichen Protektorats über Albanien, sowie der englisch-italienische Vertrag über Abessinien, stellen zwar eine Macht- und Einflußerweiterung Italiens dar, ohne daß jedoch damit den eigentlichen Bedürfnissen des kopfreichen, in beständiger Zunahme begriffenen Volkes Genüge geschähe.

Japan verfolgt seine auf ähnlicher Grundlage der ständigen, nur noch schnelleren Volkszunahme beruhenden imperialistischen Ziele in Ostasien in zäher Arbeit.

Die Vereinigten Staaten von Amerika führen ihre imperialistische Politik insbesondere auf dem amerikanischen Kontinent weiter. Das amerikanische Kapital bringt immer größere Teile der Welt unter seine Abhängigkeit und damit in den Bereich der Beeinflussung durch die Politik der Vereinigten Staaten.

Die Stützen dieses Imperialismus der Großmächte sind die politische Macht, gestützt auf die Möglichkeit der Ansetzung von Militär, Marine- und Luftstreitkräften zu deren Geltendmachung, sowie die wirtschaftliche und finanzielle Macht. Dahinter steht aber als mitentscheidender Faktor die Volkskraft der betreffenden Länder. Ein Blick auf die Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse in neuester Zeit zeigt nun, daß die Zunahme der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern keineswegs immer im Einklang steht mit dem imperialistischen Ausdehnungsdrang der Großmächte. Im allgemeinen ist die Geburtenzahl in den Kulturländern zurückgegangen und weiter im Rückgang begriffen. Dies wird für manche Länder durch Abnahme der Sterblichkeitsziffer ganz oder teilweise ausgeglichen. Aber gerade einige der imperialistischen Großmächte weisen keineswegs eine solche Zunahme auf, die zu der Annahme berechtigte, daß sie die ihrer Herrschaft unterstehenden ungeheuren Gebiete innerhalb der menschlichen Voraussicht zugänglichen Zeiten werden mit Abkömmlingen ihres Volkes füllen können.

Das gilt einmal von England, welches in Kanada, Australien und Neuseeland schwach bevölkerte Dominions besitzt, die das Vielfache der gegenwärtigen Bevölkerung aufnehmen könnten und das außerdem noch in verschiedenen anderen Kolonialgebieten große besied-

lungsfähige Flächen besitzt. Die von der englischen Regierung eingeleiteten Schritte, eine großzügige Verpflanzung von Engländern in überseeische Teile des Britischen Reiches, besonders nach Australien vorzunehmen, haben bisher nur zu sehr bescheidenen Ergebnissen geführt. Einerseits fehlt es bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in England selbst an dem geeigneten Bauernmaterial, das zur Erschließung derartiger überseeischer Länder besonders geeignet ist; das massenweise vorhandene Industrieproletariat ist kein Ersatz dafür. Andererseits macht sich der Widerstand der Kolonialengländer besonders in Australien geltend, welche von einer derartigen Masseneinwanderung eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen befürchten.

Noch viel ungünstiger liegen die Verhältnisse bei der anderen imperialistischen Großmacht Europas, nämlich Frankreich. Dieses Land ist von seiner verhältnismäßig günstigen Stellung früherer Jahrhunderte in bezug auf seine Bevölkerungsstärke längst herabgesunken und hinter anderen Nationen zurückgeblieben. Es vermehrt sich seit längerer Zeit nicht merklich (s. S. 260/1). Das französische Volk ist keineswegs in der Lage, die Menschen hervorzubringen, die für eine großzügige Entwicklung seines gewaltigen Kolonialreichs und die Besiedlung der dafür geeigneten Gebiete mit Franzosen notwendig sind. Schon für das benachbarte Nordafrika gilt dies. Die Folge ist, daß sich die Angehörigen eines an Bevölkerung zunehmenden Landes, Italiens, dort niederlassen. Im französischen Tunis sind bereits viel mehr Italiener als Franzosen. Selbst nach Frankreich sind Hunderttausende von Italienern hineingeströmt. Sie machen in manchen Landesteilen einen immer größeren Prozentsatz der Bevölkerung aus. Die Franzosen sind ihrerseits im Bewußtsein des Stagnierens der eigenen Bevölkerung bemüht, einen Ersatz zu schaffen dadurch, daß sie die farbige Bevölkerung ihrer Kolonien zu Franzosen zu machen suchen und ein Vaterland von 100 Millionen Franzosen konstruieren, von dem $^3/_5$ aus Farbigen besteht (s. S. 264ff.). Ein Ersatz der Franzosen durch Farbige ist aber ohne völlige Änderung des Wesens der französischen Nation nicht möglich. Eine Vermischung in größerem Stile müßte zum Verderben des französischen Volkes führen.

Von den imperialistischen Großmächten Europas ist Italien die einzige, welche in starker Bevölkerungszunahme begriffen ist. Seine Lage ist in mancher Hinsicht ähnlich derjenigen Deutschlands, abgesehen von dem Umstand, daß dieses durch seinen Zusammenbruch

aus dem Kreise der imperialistischen Mächte ausgeschieden ist. Auch Italien hat eine zu geringe Bodenfläche, aus deren Erträgen es seine ständig anwachsende Bevölkerung nicht zu ernähren vermag. In bezug auf Rohstoffe ist es noch ungünstiger gestellt als Deutschland, indem es weder Kohlen noch Mineralien in nennenswertem Maße besitzt. Der italienische Drang nach weiterer kolonialer Ausdehnung ist verständlich, da seine bisherigen Kolonien zwar große Flächen umfassen, aber nicht geeignet sind, erhebliche Mengen italienischer Auswanderer aufzunehmen. Nachdem die italienische Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika auf ein Mindestmaß herabgesetzt ist (seit 1924 auf 3845 jährlich, vorher 42128 jährlich) hatte sich die Auswanderung in stärkerem Maße nach Südamerika gewandt. Aber es haben sich dort, wie bei den Verhandlungen der Internationalen Handelskonferenz in Rio de Janeiro im Herbst 1927 zutage trat[1]), starke Schwierigkeiten ergeben. Das Italien Mussolinis verlangt Garantien hinsichtlich der Rechtssicherheit der Bewahrung der nationalen Eigenart und Sprache für seine auswandernden Landeskinder von den Staaten, in welchen sie einwandern. Die Mehrzahl der südamerikanischen Staaten verweigert dies. Ihre Politik ist darauf gerichtet, durch ihre Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen eine friedliche Verschmelzung der Einwanderer mit der eigenen Nation herbeizuführen. Damit ergeben sich empfindliche Hindernisse für die italienische Auswanderung nach Südamerika.

In den Vereinigten Staaten von Amerika erfolgt die Vermehrung der Bevölkerung entfernt nicht mehr in demselben Maße wie in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege. Einerseits hat Amerika starke Einwanderungsbeschränkungen eingeführt, die den jährlichen Zustrom von Einwanderern auf gegenwärtig rund 165 000 beschränken. Andererseits sind die Vereinigten Staaten in die Reihe der Kulturstaaten eingetreten, in welchen die Zahl der Geburten gegen früher abgenommen hat. Doch trotzdem gehören sie nach wie vor zu den Ländern, deren Bevölkerung von Jahr zu Jahr zunimmt. Diese Großmacht hat aber noch reichlichen Platz für weiteres Anwachsen der Bevölkerung. Dies wird ohne weiteres klar, wenn man die Verhältnisse der Vereinigten Staaten mit denen Deutschlands vergleicht. Die Fläche der ersteren ist 17mal so groß wie die unseres Vaterlandes, die Bevölkerung noch nicht doppelt so groß. Selbst wenn man die infolge der Boden- und klimatischen Verhältnisse für Besiedelung

[1]) S. Dr. Lejeune-Jung in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 16. 10. 1927.

nicht in Betracht kommenden Gebiete abzieht, bleibt doch noch reichlicher Spielraum vorhanden. Was Amerika außerhalb seiner Grenzen benötigt, ist nicht mehr Land zur Besiedelung, sondern es sind Absatzgebiete, um die amerikanische Bevölkerung auf dem hohen Niveau ihrer Wirtschafts- und Lebensführung zu erhalten, das sie infolge ihrer gewaltigen Leistungen, der Gunst der natürlichen Verhältnisse und des Ganges der Weltpolitik erreicht hat. So wendet sich der amerikanische Imperialismus der Gegenwart folgerichtig nicht auf die Gewinnung neuer Landflächen oder überseeischer Kolonien, sondern auf die wirtschaftliche und finanzielle Kontrolle immer weiterer Länder. In welchem Maße dies auf dem amerikanischen Kontinent bereits erreicht ist, wurde oben (s. S. 188ff.) dargestellt. Der finanzielle und wirtschaftliche Einfluß der Vereinigten Staaten erstreckt sich aber infolge der Kriegsschulden europäischer Mächte und deren Reparationsforderungen an Deutschland auch nach Europa hinüber (s. S. 187). In Polen ist es anläßlich der im Oktober 1927 erfolgten Gewährung einer amerikanischen Anleihe unter schweren Bedingungen zu der Einsetzung eines amerikanischen Finanzberaters gekommen. Auch in Afrika beginnt neuerdings das amerikanische Kapital zu arbeiten. Im Herbst 1927 ist mit Kenntnis der amerikanischen Regierung zwischen einer amerikanischen Bankgruppe und der Regierung von Abessinien ein Konzessionsvertrag über den Bau eines Staudammes am Blauen Nil abgeschlossen worden. Der beabsichtigte Bau fällt in den Bereich der englischen Interessensphäre, wie sie zwischen England und Italien vereinbart ist (s. S. 279) und begegnet infolgedessen und bei der Abhängigkeit des englischen Sudan und Ägyptens von dem Nilwasser starken Einwendungen von englischer Seite. Wenn man solche Dinge mit dem Vorgehen des amerikanischen Imperialismus in Mittel- und Südamerika vergleicht, so kann man nicht umhin, festzustellen, daß die amerikanische Finanzmacht auch in Europa und Afrika nach drüben erprobten Methoden ihren Einfluß ausbreitet.

Diejenige Großmacht, deren Bevölkerung am schnellsten zunimmt, ist Japan. Seiner imperialistischen Politik liegt als treibende Kraft das starke Anwachsen des japanischen Volkes zugrunde (s. S. 213). Die japanische Expansion zeigt sich aber weniger in der Auswanderung von Japanern, denen die am ersten für sie geeigneten Gebiete in Amerika und Australien durch die Angelsachsen gesperrt sind, als in der Beherrschung und Nutzbarmachung von Ländern, welche von

Angehörigen fremder Nationalität, in erster Linie von Chinesen und Koreanern bewohnt sind. In der Mandschurei, deren südlicher Teil unter japanischer Kontrolle steht, sind gewaltige Flächen vorhanden, die zur dauernden Besiedlung geeignet sind. Aber aus klimatischen und wirtschaftlichen Gründen sind es nicht Japaner, sondern Chinesen, welche das große Land besiedeln (s. S. 214). Es findet eine gewaltige Einwanderung von China nach der Mandschurei statt. Im Jahre 1902 wurde die Zahl der Bewohner der Mandschurei auf 5½ Millionen geschätzt, jetzt wird sie von Landeskennern auf 20 Millionen angenommen. Das ist eine Einwanderung größten Stiles, welche für die künftige Entwicklung von ausschlaggebender Wichtigkeit ist. Wer immer zeitweise die Herrschaft in der Mandschurei führen wird, ob Japaner oder Russen, das Land selbst wird ein chinesisches Land sein. Hier zeigt sich das Wirken der elementaren Kräfte der Völkervermehrung, die trotz fehlender militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Kraft des gegenwärtigen Chinesischen Reiches doch zur tatsächlichen Inbesitznahme eines großen Landes durch die chinesische Bevölkerung führt.

Zu den Ländern, deren Bevölkerung in Zunahme begriffen ist, gehört auch das bolschewistische Rußland. Das russische Volk hat durch den Krieg und durch den bolschewistischen Terror sowie durch Hungersnöte nach dem Krieg sehr starke Verluste an Menschen erlitten. Aber dem steht eine starke Zunahme der Bevölkerung im Wege der natürlichen Vermehrung gegenüber. Nach der letzten Volkszählung wird die Kopfzahl des russischen Volkes bereits wieder auf 145 Millionen angegeben. Das ungeheure Land besitzt aber in Sibirien noch sehr große Flächen, welche weitere Bevölkerungsmassen aufzunehmen vermögen. Das bolschewistische Drängen nach den Grenzen des Reiches in Asien, welches mit dem imperialistischen Vorgehen anderer Mächte im übrigen eine starke Ähnlichkeit besitzt, ist dementsprechend weniger auf neue Landgewinnung gerichtet, als auf die Erlangung des maßgebenden Einflusses auf jene Völker und deren Aufhetzung gegen die britische Herrschaft.

Werden diese elementaren Kräfte der Völkervermehrung sich, wie dies in der Mandschurei geschieht, auch in anderen Teilen der Welt trotz der augenblicklichen Machtverteilung zwischen den imperialistischen Mächten geltend machen? Oder werden die von den letzteren aufgerichteten Schranken für alle Zukunft halten? Die gegenwärtige Verteilung der Erde unter den Staaten steht in einem scharfen Ge-

genſatz zu deren Volksſtärke und in einem noch größeren zu der Tendenz der Volksvermehrung. England und Frankreich haben die überſeeiſchen Räume mit Beſchlag belegt, ohne ſie ausfüllen zu können. Große ſich vermehrende Völker wie das deutſche und das italieniſche entbehren des Grund und Bodens, auf dem ihre Söhne ſich niederlaſſen oder auf dem ſie auch nur die zur Ernährung der im engen Heimatlande zuſammenlebenden Volksgenoſſen nötigen Nahrungsmittel und Rohſtoffe zu erzeugen vermöchten. In Italien iſt das Wort geprägt worden von den ihres Anteils an den Reichtümern der Welt beraubten Proletariervölkern und den Kapitaliſtenvölkern, welche die natürlichen und menſchlichen Hilfsmittel der Welt ausbeuten, ſowie von den Keimen neuer blutiger Kämpfe, die damit gelegt ſind[1]).

Es liegen hier zweifellos außerordentlich ſchwere Probleme vor, deren Löſung im Intereſſe der dauernden friedlichen Verſtändigung zwiſchen den weißen Nationen nur in der Richtung gefunden werden kann, daß den kopfreichen Völkern mit ungenügender Bodengrundlage ein angemeſſener Anteil an der Koloniſation großer unentwickelter überſeeiſcher Länder gewährt wird. Soweit es ſich dabei um von weißen Völkern errichtete Staaten handelt, wie in Kanada, in Südamerika, ſollten der Anſiedlung von Einwanderern in geſchloſſenen Gruppen, die ihnen die Aufrechterhaltung ihrer nationalen Eigenart und ihrer Kultur ermöglicht, keine Hinderniſſe in den Weg gelegt werden. Irgendeine Gefahr für den Beſtand jener Staaten würde ſich daraus nicht ergeben. Eine richtig organiſierte Einwanderung dieſer Art würde ebenſo den übervölkerten Ländern Europas wie jenen neuen Ländern zum Nutzen gereichen.

Wie ſoll ſonſt die Löſung dieſer Frage erfolgen? Die Frage der freiwilligen Geburtenbeſchränkung iſt hier und da erörtert worden. Aber rein unter dem Geſichtspunkt der Bevölkerungspolitik angeſehen, erheben ſich dagegen die ſchwerwiegendſten Bedenken. Wenn die großen weißen Kulturvölker in freiwilliger Selbſtbeſchränkung auf dem erreichten Bevölkerungsſtandpunkt ſtehenbleiben, ſo muß das zu einem immer weiteren zahlenmäßigen Überwiegen der kulturell minderentwickelten Völker kommen. Bereits in der Gegenwart zeigt es ſich, daß gerade die geiſtig und ſozial hochſtehenden Schichten innerhalb der Kulturvölker eine geringere Kinderzahl haben wie die unteren Schichten der Bevölkerung, und daß wiederum die minderkultivierten Völ-

[1]) S. Gennaro Mondaini, L'assetto coloniale del mondo dopo la guerra, Bologna 1921.

ker vielfach mehr zunehmen als die kulturell hochstehenden Nationen. Bei Zurückbleiben der Kulturvölker infolge Selbstbeschränkung würde die Gefahr ihres Unterliegens gegenüber den minderentwickelten Völkern und unter Umständen ihres Unterganges überhaupt sich ergeben. Man braucht dabei nicht bloß an die Völker weißer Rasse zu denken, so sehr wir uns infolge der Entwicklung der letzten Jahrhunderte an deren Vorherrschaft in der Welt gewöhnt haben. Bei Erwägung dieser Frage muß der Blick vielmehr auch schweifen auf die farbigen Hundertmillionen-Völker, welche alt an Kultur, in moderner Technik und Waffenrüstung zurückgeblieben und deshalb zum Objekt imperialistischer Politik der weißen Völker geworden waren. Als erstes Volk der gelben Rasse haben die Japaner mit überraschender Schnelligkeit alle Errungenschaften der westlichen Zivilisation aufgenommen und sind als Großmacht auf den Plan getreten. Ist es ausgeschlossen, daß andere zahlenmäßig weit stärkere Völker alter Kultur in künftiger Zeit eine ähnliche Entwicklung durchmachen? Welches würde dann das Schicksal der Völker weißer Rasse sein, wenn sie ihrer Vermehrung selbst künstliche Schranken errichten oder aber sich gegenseitig weiter an der Entwicklung hindern oder in neuen Kriegen aufreiben würden?

Die Solidarität der weißen Rasse, wie sie den farbigen Völkern gegenüber durch Jahrzehnte hindurch bestanden und lediglich im Russisch-Japanischen Krieg in Ostasien eine Unterbrechung erfahren hatte, ist im Weltkrieg verloren gegangen. Das Prestige der Europäer hat eine nicht wieder gutzumachende Einbuße erlitten. Es bedarf der Wiederherstellung dieser Solidarität wenigstens insoweit, daß die weißen Kulturvölker einander die für ihre Existenz erforderlichen Grundlagen und den für ihre natürliche Entwicklung notwendigen Spielraum zubilligen.

Neben dem Ringen der Großmächte um imperialistische Ausbreitung ihrer Macht oder ihres Finanz- oder Wirtschaftseinflusses — von denen meist der eine den anderen mit sich führt — findet der Kampf der großen Wirtschaftsmächte um die Rohstoffe der Welt statt. Es sind im wesentlichen große finanzgewaltige Privatgesellschaften, welchen dabei die entscheidende Rolle zufällt. Aber es handelt sich doch um Imperialismus sowohl dem Ziel wie dem Wesen nach, wenn er sich auch äußerlich nur auf wirtschaftlichem Gebiet bewegt. Das Ziel dieser Bestrebungen ist, über die Hauptrohstoffe die möglichst ausschließliche Kontrolle zu erlangen, sich selbst das Monopol auch

bezüglich der Preisbildung zu sichern und die übrige Welt für ihren Bezug abhängig zu machen.

Einige der Hauptrohstoffe, auf welche die modernen Kulturvölker für ihre Wirtschaft angewiesen sind, wie Kohle und Eisen, finden sich in einer ganzen Reihe von Ländern verteilt, so daß für diese die Erlangung ausschließlicher Kontrolle durch eine Macht außer Betracht bleibt. Dagegen gibt es andere Rohstoffe beschränkten Vorkommens oder bisher beschränkter Erzeugung, für welche solche imperialistischen Bestrebungen in vollster Blüte stehen. Es sind dies vor allem Erdöl und Kautschuk.

Seit Jahren findet in allen Teilen der Welt, in welchen Öl vorkommen festgestellt sind oder vermutet werden, ein heftiges Ringen der beiden großen Ölgruppen um die Sicherung jener Gebiete statt. Auf der einen Seite stehen die amerikanischen Interessen, deren Hauptträgerin die Standard Oil Company ist, auf der anderen Seite die britischen Interessen, die in der englisch-holländischen Royal Dutch Shell Gruppe und der Anglo Persian Oil Comp. zusammengefaßt sind, an welcher letzteren die englische Regierung maßgebenden Anteil hat. Es handelt sich dabei keineswegs nur um Wirtschaftsfragen. Es sind ebenso machtpolitische Gesichtspunkte, welche bei diesem Ringen eine Rolle spielen. Das Öl ist nicht nur in seinen verschiedenen Derivaten für alle Arten von Motoren von unersetzlicher Wichtigkeit, sondern spielt auch seit der Einführung der Ölfeuerung für die Schiffahrt eine immer größere Rolle. Die Leistungsfähigkeit der Kriegsflotten auf See wie der militärischen Kraftfahrzeuge wie endlich der Flugzeuge hängt davon ab. So ist die Sicherung ausreichender Ölversorgung für die kriegerische Leistungsfähigkeit eines Volkes auf dem Lande, auf der See und in der Luft von ausschlaggebender Bedeutung.

Das Öl ist von einem bloßen Gegenstand privatwirtschaftlicher Ausnutzung zu einem Machtfaktor ersten Ranges geworden. Dementsprechend hat der Kampf um das Öl keineswegs bloß den Charakter einer privatwirtschaftlichen Konkurrenz um die Erzielung hoher Gewinne, so ungeheuer auch die Summen sind, die in der Ölindustrie angelegt sind, und so hoch die Gewinne, die daraus erzielt werden. Vielmehr handelt es sich dabei gleichzeitig um ein imperialistisches Ringen der beteiligten Großmächte um die Sicherung ihrer Wirtschaft, ihrer Verkehrseinrichtungen und last not least ihrer Kriegsrüstungen. Die Zusammenhänge der Ölpolitik mit der imperialistischen

Politik Englands und Amerikas sind oben (s. S. 184, 195ff.) wiederholt gestreift worden. Von einem näheren Eingehen auf die verschlungenen Pfade der Ölpolitik soll hier abgesehen werden[1]). Die letzte Phase des englisch-amerikanischen Ölkampfes war das Ringen um die russischen Petroleumvorkommen, deren Ausbeutung die amerikanische Standard Oil Company in den Verträgen mit dem russischen Naphta-Syndikat sich gesichert hat. Es genügt die Feststellung, daß die englischen und amerikanischen Ölinteressen in weitgehendstem Maße die allgemeine Politik des Britischen Reiches und der Vereinigten Staaten von Amerika beeinflußt haben und beeinflussen.

Hervorzuheben ist, daß die Ölvorräte der Welt nicht unbeschränkt sind. Die Schätzungen über die Zeitdauer, während welcher die bekannten Ölvorkommen eine Ölversorgung der Welt in dem bisherigen Tempo weiter gestatten werden, gingen in verschiedenen Zeitpunkten auseinander. So wurde z. B. vor wenigen Jahren eine Erschöpfung der nordamerikanischen Ölvorkommen in etwa 20 Jahren vorausgesagt. Spätere Schätzungen amerikanischer Sachverständiger lauten jedoch erheblich günstiger[2]). Den Erdölfeldern in Britisch- und Niederländisch-Indien sowie in Persien und Mesopotamien wird eine Lebensdauer von 150 bzw. von 275 Jahren prophezeit[3]).

In der neuesten Zeit sind nun infolge deutscher Erfindungen Entwicklungen eingeleitet, die zu einer gänzlichen Umwälzung auf dem Gebiet der Ölgewinnung führen können. Die modernen in Deutschland erprobten und bereits zur praktischen Fabrikation geführten Verfahren ermöglichen die Gewinnung des Öls aus der Kohle. Diese Verflüssigung der Kohle wird zunächst Deutschland, das kein nennenswertes Ölvorkommen in seinen Grenzen hat, von dem Import von Öl unabhängig machen und im weiteren Verlauf der Entwicklung den Export von Öl gestatten. Die Gesamtentwicklung dürfte schließlich dahin führen, daß das in der Natur vorkommende Öl zwar nicht seinen wirtschaftlichen Wert, wohl aber seinen Charakter als imperialistisches Machtmittel großenteils verlieren wird; denn die Staaten mit Kohlevorkommen werden für die Sicherung ihrer Verkehrseinrichtungen und für ihre Kriegsrüstung unabhängig von jenem Öl sein und sich durch eigene Gewinnung aus Kohle sichern können. Da-

[1]) S. die ausführliche Darstellung in Karl Hoffmann, Ölpolitik, Berlin 1927.

[2]) Vgl. Karl Hoffmann a. a. O., S. 22—25.

[3]) S. Obst, England, Europa und die Welt, Berlin 1926, S. 229.

durch dürfte die Entwicklung der Ölpolitik im Laufe der Zeit gleichfalls beeinflußt werden.

Der zweite wichtige Rohstoff, um den ein wirtschaftsimperialistisches Ringen stattfindet, ist der Kautschuk. Der Kautschuk wurde ursprünglich als wilder Kautschuk von verschiedenen Gummibäumen und Gummilianen gewonnen, und kam zum größeren Teil vom Amazonengebiet in Brasilien, zum kleineren Teil aus anderen Ländern, besonders aus Afrika. Die Weltproduktion an Kautschuk bewegte sich in den Jahren von 1900 bis 1905 zwischen 52 000 und 62 000 Tonnen. Dann kam es zur Anlage von Kautschukpflanzungen, mit denen bereits in den vorhergehenden Jahren Anfänge gemacht waren, auf der Malaiischen Halbinsel, in Ceylon, in Holländisch-Indien, in Afrika und in der Südsee. Mit der schnell steigenden Nachfrage nach Gummi, der in immer weiteren Industriezweigen, vor allem in der rapid wachsenden Automobilindustrie gebraucht wurde, stiegen die Preise für Kautschuk schnell. Die Folge war eine ganz außerordentliche Steigerung des plantagenmäßigen Anbaues von Kautschuk. Im Jahre 1914 überstieg bei einer Gesamtproduktion von 120 000 Tonnen bereits die Menge des Plantagenkautschuks den wilden Kautschuk. Nach wenigen weiteren Jahren erzeugten die ostasiatischen Pflanzungen in den drei erstgenannten Hauptgebieten allein ein Mehrfaches der früheren Weltproduktion an wildem Kautschuk. 1919 betrug die Gesamtproduktion an Kautschuk 327 000 Tonnen, 1920 344 000 Tonnen. Das rapide Anwachsen der Produktion von Plantagengummi führte dahin, daß zeitweise das Angebot die Nachfrage überflügelte. Die Folge war ein Preissturz. Nunmehr wurde von der englischen Regierung 1921 ein Komitee zur Untersuchung der Frage eingesetzt, welches den sogenannten Stevensonplan aufstellte. Nach diesem wurde für jede Plantage eine gewisse „Standard"-Menge der Kautschukerzeugung festgestellt auf Grund der tatsächlichen Produktion des Jahres 1920. Von dieser Menge sollte dann je nach dem Stande der Weltmarktpreise für Kautschuk ein vierteljährlich festzusetzender bestimmter Prozentsatz ausgeführt werden dürfen, in der Weise, daß bei niedrigem Preis eine geringere Menge, bei höherem Preis eine größere Menge exportiert werden dürfte. Diese Beschränkungen wurden von der englischen Regierung durch Verordnung vom 1. 1. 1922 für die englischen kautschukerzeugenden Kolonien eingeführt. Sie hatten den erstrebten Erfolg, indem die Kautschukpreise stiegen. Es wurde dadurch dem drohenden Zusammenbruch der eng-

lischen Gummiplantagen vorgebeugt und die Rentabilität der darin angelegten Kapitalien zunächst gesichert. In diesen Vorgängen zeigte sich, daß England praktisch ein Monopol der Kautschukerzeugung hat, indem eine Verordnung der britischen Regierung genügte, um die Weltmarktpreise in die Höhe zu treiben. Allerdings vollkommen ist diese Monopolstellung nicht, indem neben der Gummierzeugung auf englischem Kolonialboden eine sehr starke Produktion in Niederländisch-Indien vorhanden ist. Von der Anbaufläche in letzterem ist zwar fast ein Drittel in englischem Besitz, doch spielte bei dem Fall der Kautschukpreise im Jahre 1926 das Anwachsen der nicht englischer Kontrolle unterstehenden Kautschukerzeugung durch die Eingeborenen in Niederländisch-Indien bereits eine gewisse Rolle. Von der Weltproduktion an Kautschuk befinden sich insgesamt über 63 % unter englischer Kontrolle[1]).

Der überwiegende Teil des Kautschuks wird in den Vereinigten Staaten von Amerika verbraucht, wofür besonders die außerordentlich stark entwickelte Automobilindustrie des großen Landes die Ursache ist. Im Jahre 1924 gelangten fast drei Viertel der gesamten Welterzeugung an Kautschuk dorthin. Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden daher durch die eine Preissteigerung des Kautschuks herbeiführenden britischen Maßnahmen am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. In Amerika entstand eine heftige Agitation gegen die britischen Monopolbestrebungen, die auch zu diplomatischen Vorstellungen gegen die englischen „Beschränkungen des internationalen Handels" führte, wogegen allerdings in der englischen Öffentlichkeit auf die Beschränkungen des internationalen Handels durch die amerikanischen Schutzzölle hingewiesen wurde. Dieser Zustand der Dinge führte auch zu Versuchen unter amtlicher Förderung, die amerikanische Gummiindustrie von dem englischen Monopol unabhängig zu machen. Die amerikanische Firestone Company erwarb 1925 in der Negerrepublik Liberia an der Westküste Afrikas eine Landkonzession von 1 Million Acres und sicherte sich auch in Meriko Land mit dem Ziel, Gummiplantagen größten Stils einzurichten. Daß amerikanisches Kapital dafür in ausreichendem Maße aufgebracht werden könnte, ist durchaus möglich. Auch für Kautschukbau geeigneter Boden ist in Afrika noch hinreichend vorhanden. Schwieriger ist die Frage der Gewinnung genügend großer Mengen von Eingeborenenarbeitern, ohne deren Lösung eine Kautschukerzeugung großen Stils nicht möglich ist.

[1]) S. Obst a. a. O., S. 279.

Es scheint nicht, daß das Unternehmen bisher zu großen Erfolgen geführt hat. Das gleiche gilt von einigen anderen 1925 eingeleiteten, auf die Einrichtung amerikanischer Gummipflanzungen gerichteten Gründungen.

Kautschukanbau und Kautschukkonsum haben seither beträchtlich zugenommen. Die Erzeugung überstieg 1925 500 000 Tonnen, im Jahre 1926 600 000 Tonnen. Mit dem weiteren Ansteigen des Kautschukbedarfs wie der Produktion ist zu rechnen. Es scheint, daß England auch weiterhin seine monopolistische Stellung wahren wird, wenn nicht eine jetzt noch nicht übersehbare anderweite Entwicklung eintreten sollte.

In dem dritten großen Artikel, Baumwolle, besaßen die Vereinigten Staaten von Amerika lange Zeit hindurch praktisch ein Monopol und besitzen es in gewissem Umfange auch gegenwärtig noch. Die amerikanische Baumwollernte machte den größten Teil der Welternte aus. Die Baumwollindustrien anderer Länder waren in der Hauptsache auf die Einfuhr amerikanischer Baumwolle angewiesen. Diese Abhängigkeit wurde vor allem von der hochentwickelten englischen Baumwollindustrie als unbequem empfunden. Sie drohte besonders auch deswegen gefährlich zu werden, weil mit der Entwicklung der amerikanischen Baumwollindustrie ein immer größerer Teil der amerikanischen Produktion im Lande selbst verbraucht wurde, ohne daß eine entsprechende weitere Steigerung der amerikanischen Baumwollproduktion zu erwarten wäre. Bereits eine Reihe von Jahren vor dem Kriege setzten die Bemühungen ein, durch Baumwollerzeugung innerhalb des Britischen Reiches die Unabhängigkeit von Amerika zu sichern. An der Spitze dieser Bewegung stand die British Cotton Growing Association, die britische Baumwollbauvereinigung, welche die Baumwollerzeugung in allen dafür geeigneten englischen Kolonialgebieten zu fördern suchte. Erwähnt sei, daß auch im Bereich der deutschen Kolonisation vor dem Kriege ähnliche Bemühungen seitens des kolonialwirtschaftlichen Komitees eingeleitet waren, welche besonders in Deutschostafrika und Togo zu vielversprechenden Ergebnissen führten.

Die britischen Bemühungen haben eine beträchtliche Steigerung der Baumwollerzeugung innerhalb der britischen Besitzungen zur Folge gehabt. Im Jahre 1924 wurde bereits mehr als ein Viertel der gesamten Weltproduktion innerhalb des Britischen Reiches erzeugt[1]).

[1]) S. Obst a. a. O., S. 186 ff.

An der Spitze standen noch die Vereinigten Staaten mit fast 3 Millionen Tonnen oder rund 55 % der Welternte. Dann folgte Britisch-Indien mit 1 Million Tonnen (22,5 %), China mit 469 000 Tonnen (8,74 %), Ägypten mit 319 000 Tonnen (5,94 %). Von den anderen Ländern folgte mit weitem Abstand Brasilien. Von den britischen Kolonialgebieten haben einige Länder in Afrika in den letzten Jahren beträchtliche Steigerungen aufzuweisen, besonders Uganda mit 1924 128 000 Ballen von je 400 englischen Pfund, der Sudan mit 48 000 Ballen, Liberia mit 25 000 Ballen, Tanganyika (der englische Mandatsteil von Deutsch-Ostafrika) mit 11 000 Ballen, ferner Queensland in Australien mit 12 000 Ballen. Die englischen Anstrengungen sind darauf gerichtet, den Einfuhrbedarf Großbritanniens an Baumwolle aus den englischen Besitzungen außerhalb Indiens zu decken, dessen Baumwollerzeugung im wesentlichen in Indien selbst und in anderen ostasiatischen Ländern verbraucht wird. Vorläufig ist allerdings England von diesem Ziel noch entfernt. Im Jahre 1924 hat Großbritannien nur rund ein Drittel seines Baumwollbedarfs in britischen Kolonien decken können. Es bezog noch 60,4 % seiner Baumwolleinfuhr aus den Vereinigten Staaten. Immerhin haben die englischen Anstrengungen, durch eigenen verstärkten Baumwollanbau das amerikanische Baumwollmonopol zu brechen, bereits beachtliche Erfolge erzielt und werden aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer beträchtlichen Zunahme der Baumwollproduktion im Britischen Reich führen.

Der vorstehende Überblick über die gegenwärtigen Verhältnisse der Welt zeigt, daß der Imperialismus in höchster Blüte steht. Die Großmächte, welche aus dem Weltkrieg als solche hervorgegangen sind, wenden, gestützt auf ihre Militär- und Seemacht, auf ihre Finanz- und Wirtschaftskraft die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel an, um ihre politische oder wirtschaftliche Macht auf fremde Länder und Völker auszudehnen und deren Organisation in einer Weise zu bewerkstelligen, daß diesen imperialistischen Errungenschaften Dauer gewährleistet wird. Der Völkerbund hat bisher zu keiner Abschwächung dieser imperialistischen Tendenzen geführt. Im Gegenteil erscheint das Urteil berechtigt, daß der Imperialismus zu keiner Zeit, auch nicht vor dem Kriege, stärker in die Erscheinung getreten ist als gegenwärtig. Das gilt auch von dem Bestreben der imperialistischen Großmächte, ihre eigene Macht durch Bündnisse und andere Vertragsabmachungen mit fremden Staaten zu stärken. Die Unterschiede be-

ruhen nur darin, daß auf der einen Seite die Vereinigten Staaten von Amerika außerordentlich an Stärke, Bedeutung und imperialistischem Wirken zugenommen haben, auf der anderen Seite einzelne Mächte aus dem imperialistischen Ringen ausgeschieden sind. Zwar kann man dies nicht von Rußland sagen, trotz der Behauptung des Leiters des Zentralexekutivkomitees, Rykow, bei dem 10jährigen Jubiläum der Sowjetunion im Oktober 1927, daß diese im Gegensatz zu den bürgerlichen Staaten keine Erweiterung ihres Gebietes auf Kosten anderer Völker anstrebe. In Wirklichkeit hat das Streben der Bolschewisten, den russischen Einfluß in Asien auszubreiten, durchaus imperialistischen Charakter.

Wohl aber gilt es von den Mittelmächten, die im Weltkrieg unterlegen sind. Die frühere Großmacht Österreich-Ungarn ist vernichtet und aus dem imperialistischen Ringen ausgeschieden, an dem es vor dem Kriege, wenn auch bescheidenen Anteil genommen hatte. Deutschland war vor dem Kriege eine der Hauptgroßmächte und hat als solche wie die übrigen Großmächte imperialistische Politik betrieben, wie oben (S. 60ff.) dargelegt ist. Wenn es sich dabei im engeren Rahmen bewegte als England und Frankreich und wenn ihm geringere Erfolge beschieden waren als jenen, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß Deutschland gleichfalls vor dem Kriege sich imperialistisch betätigte.

Wie ist die Lage gegenwärtig? Deutschland ist formell von den anderen Mächten als Großmacht anerkannt worden. Es ist im Völkerbund wie die übrigen Großmächte mit einem ständigen Sitz im Rat bedacht worden und erfreut sich auch neuerdings in den Verhandlungen mit anderen Staaten formell der Behandlung als Großmacht. Aber ist es dies in Wirklichkeit?

Der Führer des Bolschewismus, Lenin, zählte nach dem Zusammenbruch Deutschland zum Typus der halbkolonialen Länder. Er betrachtete es also als ein Land, welches Objekt und nicht Subjekt imperialistischer Politik war. Dieses Urteil entbehrte angesichts des Friedensdiktates mit seiner Zerstückelung des deutschen Volkskörpers, der Knebelung und Belastung Deutschlands und der folgenden Gewaltpolitik mit Ruhrbesetzung und rechtswidriger Abtrennung Ostoberschlesiens nicht der Begründung. Seither hat sich die Lage insofern geändert, als an die Stelle jener Gewaltpolitik andere Formen der Durchführung des Friedensdiktates getreten sind, insofern auch, als unser Vaterland sich allmählich seelisch wie wirtschaftlich von

dem Niederbruch wieder aufzurichten begonnen hat. Die gegenwärtigen Führer des Bolschewismus rechnen Deutschland jetzt wieder als in die Reihe der imperialistischen Mächte gehörig.

In Wirklichkeit kann von einem Imperialismus des gegenwärtigen Deutschland nicht die Rede sein. Dazu gehört die Macht, sich über die Grenzen des eigenen Landes hinaus durchzusetzen. Deutschland ist gegenwärtig nur äußerlich, aber nicht tatsächlich eine Großmacht. Kann man ein Land, das vollkommen entwaffnet im Kreise stark gerüsteter Staaten lebt, dessen Militärmacht keineswegs hinreicht, um sich gegen den Angriff durch die Armee irgendeiner Großmacht zu verteidigen, eine Großmacht nennen? Ein Land, das keine modernen Kriegsmittel wie schwere Artillerie, Tanks, Militärflugzeuge besitzen oder herstellen darf, dem für seine kleine Kriegsmarine äußerst enge Beschränkungen auferlegt sind, die es weit unter das Maß der Seemacht irgendeiner Großmacht herabdrücken? Ein Land, das in seiner Finanzierung nicht frei ist, sondern mit einem beträchtlichen Teil seiner Staatseinnahmen für die Erfüllung der Daweslasten haftet und des Einspruchs des von den fremden Mächten eingesetzten Reparationsagenten gewärtig ist? Ein Land, dem es untersagt ist, sich mit deutschen Volksgenossen jenseits der Grenzen zu vereinigen, obwohl diese selbst in einem selbständigen Staat leben und den Willen zur Vereinigung klar und unzweideutig bekundet haben?

Kann man im Ernst daran denken, ein Land, das in diesem Maße noch Gegenstand von Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit durch fremde Großmächte ist, die im wesentlichen ihren Ursprung in dem Imperialismus jener Mächte haben, als imperialistisch zu bezeichnen? Imperialismus und Großmacht gehen miteinander. Ohne die Macht einer solchen ist kein Imperialismus denkbar. Damit wird der Gedanke wesenlos, daß das moderne Deutschland wieder dem Imperialismus huldige. Selbst wenn irgendein deutscher Politiker derartige Gedanken hegen würde, so würden sie im Bereich der grauen Theorie bleiben. Imperialismus ist ohne Macht nicht denkbar. Deutschland besitzt gegenwärtig keine solche Macht. Trotz allmählicher Erholung seiner Wirtschaft gilt dies auch für das wirtschaftliche Gebiet. Die deutsche Wirtschaft konnte und kann ihren Wiederaufbau nur mit Hilfe beträchtlichen Kapitalzuflusses aus dem Auslande, vor allem aus Amerika, bewerkstelligen. Sie verfügt noch nicht über jenes Maß eigener Kapitalkraft, wie sie für den Wirtschaftsimperialismus eine Voraussetzung ist. Aber selbst wenn dies der Fall

wäre, so würde ein deutscher Wirtschaftsimperialismus doch nicht möglich sein; denn auch diese Art des Imperialismus bedarf der politischen Macht des Staates als Stütze, mit dem Korrelat der Seemacht oder militärischen Macht dahinter.

Man spricht hier und da in der Außenwelt von imperialistischen Zielen Deutschlands, die hervorträten. Man denkt dabei in erster Linie an die Bestrebungen zur Wiedererlangung deutscher kolonialer Besitzungen. Es ist in der Tat eine starke Bewegung im deutschen Volk vorhanden, welche die Rückgabe der deutschen Kolonien fordert. Diesem Verlangen liegen aber keine imperialistischen Gedankengänge zugrunde. Es handelt sich vielmehr um eine Rückforderung zu Unrecht geraubter Besitztümer, deren Rückgabe eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk ist.

In Punkt 5 der Wilsonschen 14 Punkte, welche die Friedensgrundlage bilden sollten, war eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Prüfung aller kolonialen Ansprüche zugesichert worden, wobei die Interessen der Eingeborenen berücksichtigt werden sollten. An Stelle dessen ist dem Deutschen Reich ohne irgendwelche unparteiische Prüfung der Verzicht auf seine Kolonien mit der Begründung aufgezwungen worden, daß es in der kolonialen Zivilisation versagt und sich als unfähig und unwürdig zum Kolonisieren erwiesen habe. Diese Behauptungen sind längst als unwahr erwiesen worden[1]). Sie werden in der unterrichteten ausländischen Presse, vor allem in den führenden englischen und amerikanischen Zeitungen, nicht mehr aufrechterhalten. Die Staatsmänner der Alliierten haben bei den Locarnoverhandlungen ausdrücklich erklärt, daß Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund ebenso wie andere Völkerbundsmitglieder für Kolonialmandate kandidieren könnte. Hierin sowie in der Ernennung eines deutschen Mitgliedes der Permanenten Mandatkommission, welche die Aufsicht über die Mandatverwaltung führt, liegt ein Fallenlassen der früheren Behauptungen der Kriegspropaganda. In den amtlichen Berichten der Mandatverwaltungen finden sich wiederholte Anerkennungen deutscher Kolonialverwaltung, vor allem auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung und des Unterrichtswesens.

[1]) Vgl. insbesondere Dr. Heinrich Schnee, Die koloniale Schuldlüge, München, 10. Auflage, 1927. Die Schrift ist in englischer Sprache als »German Colonization Past and Future, the Truth about the German Colonies«, London 1926, erschienen. Übersetzungen in französischer und spanischer Sprache sind im Erscheinen begriffen.

Bei dieser Sachlage wird es in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes als ein jedem Rechtsempfinden widersprechender Zustand empfunden, daß unter Bruch des Vorfriedensvertrages, nach dem für die Regelung der Kolonialfrage der oben angeführte Punkt 5 Wilsons hätte gelten sollen, und trotz Erweises der früheren Begründung der Wegnahme der deutschen Kolonien als eines falschen Vorwandes Deutschland seine sämtlichen Kolonien vorenthalten bleiben sollen.

Es handelt sich aber auch um eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes. Deutschland ist übervölkert. Wir sind nicht in der Lage, unsere wachsende Bevölkerung auf dem zu schmalen Heimatboden zu erhalten. Wir müssen jährlich für Milliarden Mark Nahrungsmittel und Rohstoffe aus fremden Ländern einführen, ohne im wesentlichen zur Bezahlung etwas anderes als unsere Arbeitsleistungen zu haben. Dies führt notwendigerweise dazu, daß das deutsche Volk mehr arbeiten muß und weniger für sich ausgeben kann als andere Völker, oder mit anderen Worten zu einer Senkung des Niveaus der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters und schließlich des ganzen deutschen Volkes gegenüber der Lebenshaltung anderer Nationen, welche im Besitz der überseeischen Rohstoffquellen sind.

Deutschland bedarf einer Erweiterung seiner zu schmalen Bodengrundlage durch überseeische Besitzungen, in denen es zur Ergänzung seiner heimischen Produktion Nahrungsmittel und Rohstoffe erzeugen kann. Es bedarf solcher großen Kolonialgebiete, wie es sie in seinen afrikanischen und in einem Teil seiner Südseekolonien hatte. Die Wiedererlangung überseeischer Besitzungen ist für uns eine Lebensnotwendigkeit.

Die Forderung nach Kolonialmandaten ist auch von amtlicher deutscher Seite erhoben worden, indem der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann bereits in seinem Memorandum vom September 1924, in dem er die Voraussetzungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund feststellte, hervorhob, daß Deutschland erwarte, zu gegebener Zeit aktiv an dem Mandatsystem beteiligt zu werden. Es ist bisher trotz der oben wiedergegebenen grundsätzlichen Anerkennung der Mandatfähigkeit Deutschlands noch nicht zur Übertragung von Kolonialmandaten auf dieses gekommen. Aber ebenso wie der Gedanke sich bei den Alliierten durchgesetzt hat, daß eine Ausschließung Deutschlands aus der Weltwirtschaft ihnen selbst zum Schaden gereicht, so wird auch die Idee durchdringen, daß die Ausschließung Deutschlands aus der wirtschaftlichen Kolonisation den anderen nicht

zum Vorteil gereicht. Das Feld der Betätigung in den großen unentwickelten Kolonialländern ist so groß, und die englischen und französischen Kolonialreiche sind auch abgesehen von den Mandaten so ungeheuer, daß eine Beteiligung Deutschlands im Interesse der Kulturarbeit in jenen Ländern und des Fortschrittes der Welt liegt. Andererseits birgt das Vorhandensein eines übervölkerten Landes in Mitteleuropa, wie es Deutschland in wachsendem Maße darstellt, ohne jeden Auslaß für seine wachsenden Bevölkerungsmassen, ohne die Möglichkeit ausreichender Nahrungsmittelerzeugung auf eigenem Boden eine Gefahr für die europäische Entwicklung in sich. Es liegt im Interesse auch der anderen europäischen Staaten, dieser Bevölkerung einen Auslaß und Spielraum zur Nahrungsmittelerzeugung über See zu gewähren. Endlich ist die im Interesse des europäischen und des Weltfriedens notwendige dauernde Verständigung unter den Völkern nur möglich, wenn dem Rechtsempfinden wie den Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes durch Wiedergewinnung kolonialer Besitzungen Genüge geschieht.

Die vorstehende Betrachtung hat ergeben, daß in der Gegenwart keine Wandlung in dem Imperialismus der Großmächte eingetreten ist, sondern daß dieser entsprechend der Zunahme der gesteigerten Wirkungsmöglichkeit einzelner derselben eine Zunahme erfahren hat und weiter erfährt. Wohin wird der Weg führen? Wird der gleiche Imperialismus auch in Zukunft die Herrschaft behalten? Oder ist mit einer grundlegenden Umgestaltung zu rechnen?

Wird der Imperialismus sich zu einem „Ultraimperialismus" entwickeln, wie manche Sozialisten meinen (Kautsky[1]), bei dem die imperialistischen Großmächte, anstatt gegeneinander mit kriegerischen oder friedlichen Mitteln um den Besitz der Erde und ihrer Produkte zu kämpfen, miteinander gemeinsame Sache machen und als ein die Welt umspannender Trust die Länder der Erde kontrollieren? Die Geschichte der privaten großen Trusts zeigt, wie es schon auf dem wirtschaftlichen Gebiet außerordentlich schwierig ist, für einen einzigen Rohstoff ein die Weltproduktion erfassendes Weltmonopol zu schaffen. Es tritt dagegen nicht nur die Konkurrenz wirtschaftlicher Privatinteressen auf, sondern auch bei den Produkten, welche von Bedeutung für die nationalen Interessen sind, der Widerstand und die Gegenmaßnahmen staatlicher Politik der davon betroffenen Länder.

[1]) S. Die Neue Zeit 33. Jahrg. 1915, S. 144.

Als Beispiel mag hier nur auf die oben (S. 345 ff.) erörterten Bestrebungen und Maßnahmen betreffend Petroleum, Kautschuk und Baumwolle verwiesen werden.

Gänzlich unmöglich erscheint ein dauerndes Zusammenwirken zwischen den Imperialismen der verschiedenen Großmächte zum Zwecke der Beherrschung der Welt, wie es der Ultraimperialismus voraussetzt. Dazu sind die Gegensätze zwischen den einzelnen Imperialismen zu groß. Selbst ein vorübergehendes Zusammengehen der sämtlichen Großmächte ist angesichts der einander in manchen Fällen diametral gegenüberstehenden Interessen äußerst unwahrscheinlich. Außerdem aber spielt die stimmungsmäßige Einstellung der Völker zueinander eine Rolle, die im Falle einzelner Großmächte keineswegs einem Zusammenwirken günstig ist. Eine dauernde Kombination dieser Art liegt außerhalb des Bereichs des Möglichen. Die Idee des „Ultraimperialismus" muß hiernach als eine bloße Phantasievorstellung beiseite gelassen werden.

Als eine Art Interimperialismus können allerdings solche Abmachungen zwischen Großmächten bezeichnet werden, welche unter Ausschluß anderer Mächte große Teile der Welt untereinander verteilen, wie dies etwa in dem französisch-englischen Marokkoabkommen 1904 und in dem englisch-russischen Abkommen über Persien 1907 der Fall war. Aber diese Abkommen erstreckten sich doch immer nur auf einige imperialistische Großmächte und ließen andere konkurrierende Großmächte außer Betracht, so daß durch solche Abmachungen die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße der Imperialismen nicht vermindert, sondern verstärkt wurde. Im übrigen bringt selbst die zeitweise Aufrechterhaltung solcher Interessengemeinschaften, wie der vorerwähnten englisch-russischen, für die Politik mindestens einer der Großmächte starke Belastungen mit sich, wie es im vorliegenden Falle für die englische Politik der Fall war. Nach dem Weltkriege ist eine Zeitlang viel von einem Zusammengehen der beiden angelsächsischen Großmächte England und Amerika zum Zwecke der friedlich-schiedlichen Regelung der Weltverhältnisse die Rede gewesen. In Wirklichkeit ist derartiges fern von jeder Verwirklichung geblieben. Im Gegenteil haben sich die beiden Großmächte zu scharfen Konkurrenten auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet entwickelt und werden nach Scheitern der Seeabrüstungskonferenz 1927 und dem nunmehr begonnenen Wettrüsten auch auf dem Gebiete der Seemacht immer schärfere Rivalen werden.

Wird hiernach der Imperialismus der Großmächte immer weiter wirken ohne andere Schranken als diejenigen, welche in der Gegenwirkung der Imperialismen anderer Großmächte oder des Nationalismus der Völker liegen, welche Objekte des Imperialismus sind oder werden sollen? Oder ist eine Entwicklung zu erwarten oder wenigstens denkbar, die dem Imperialismus anderweite Schranken setzt?

Um diese Fragen beantworten zu können, bedarf es eines Zurückgehens auf den innersten Kern des Imperialismus. Was liegt diesem zugrunde? Es ist letzten Endes der nationale Egoismus. Dieser ist aber nichts anderes als eine Stufe der Entwicklung des menschlichen Egoismus überhaupt. Ebensowenig wie es gelungen ist, den Egoismus des einzelnen Menschen aus der Welt zu schaffen, wird es möglich sein, den nationalen Egoismus zu beseitigen, der in seiner Betätigung durch Großmächte nach außen hin als Imperialismus hervortritt.

Aber dem Egoismus des einzelnen Menschen sind doch im Laufe der Entwicklung der Menschheit Schranken auferlegt worden. Auf der tiefsten Entwicklungsstufe tritt dieser Egoismus ungezügelt hervor. In jenen anarchistischen Zuständen, wie sie heute noch die tiefstehenden Eingeborenen aufweisen, steht jeder erwachsene Mann auf sich selbst und findet die Grenze der Betätigung seines Egoismus lediglich in der Abwehr durch die anderen. Mit dem Zusammenwachsen der Menschen zu Stämmen, zu Völkern, zu Nationen, mit der Organisierung in staatlichen Verbänden sind dann in stets zunehmendem Maße Grenzen für den Egoismus des einzelnen geschaffen worden. Der Wille der Gesamtheit hat dem Einzelwillen Fesseln angelegt. Die staatliche Gewalt ist an die Stelle der früheren Anarchie getreten. Durch Gesetze sind die Rechte der einzelnen gegeneinander und im Verhältnis zur Gesamtheit festgelegt. Die Selbsthilfe ist in den zivilisierten Staaten ausgeschlossen und durch Gerichtsurteile und deren Vollstreckung durch staatliche Organe ersetzt worden. Auch die Sitten und Gewohnheiten, welche sich in dem gemeinschaftlichen Zusammenleben der Völker entwickelten, haben der Entfaltung des individuellen Egoismus mancherlei Hindernisse in den Weg gelegt. Schließlich haben in moderner Zeit humanitäre Strömungen, soziale Anschauungen und eine bessere Einsicht in die Bedingungen des Gedeihens der Völker zu weiteren Beschränkungen der Wirksamkeit des Egoismus geführt. Insbesondere sind der rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeitskraft von Mitmenschen, besonders von Frauen und Kindern, in allen

Kulturländern durch Schutzvorschriften verschiedenster Art Dämme entgegengesetzt worden.

Wie der Egoismus der einzelnen, so ist auch der Egoismus ganzer Völkergruppen aus ähnlichen Gesichtspunkten wie den zuletzt angeführten in seiner Wirksamkeit abgeschwächt oder in andere Bahnen gelenkt worden. Das gilt insbesondere von den Beziehungen der weißen Nationen zu den farbigen Völkern. Die Negersklaverei ist, soweit es sich um das Halten von Sklaven durch Weiße oder innerhalb der Kulturländer selbst handelt, bereits im 19. Jahrhundert abgeschafft, im übrigen auch in überseeischen Ländern im Bereich der Herrschaft der Kulturnationen zum Absterben verurteilt. An die Stelle der früheren Ausbeutung von Kolonien lediglich zum Nutzen der kolonisierenden Macht, wobei vielfach Raubbau an den Eingeborenen getrieben wurde, ist das moderne Kolonialsystem der Entwicklung der überseeischen Besitzungen und der pfleglichen Behandlung der Eingeborenen getreten.

Ebenso ist der partikularistische Egoismus von Gruppen eines Volkes, die infolge der historischen Entwicklung ein Sonderdasein geführt hatten, durch Aufgehen in eine größere Einheit oder Zusammenschluß in einer solchen beseitigt oder wenigstens gemildert worden. Bei den in eine einheitliche Nation wie etwa der italienischen verschmolzenen früheren kleinen Staaten italienischer Nationalität macht sich solcher Partikularismus kaum noch bemerkbar. In Deutschland, wo dieser Partikularismus ganz besonders blühte, ist er nach erfolgter Schaffung des Deutschen Reiches für den größten Teil der Länder stark zurückgetreten und gedeiht nur noch in einzelnen Gebieten.

In ähnlicher Weise nur, wie eine Einschränkung des individuellen Egoismus durch Staat und Gesellschaft, des Egoismus von Völkergruppen durch freiwillige Selbstbeschränkung oder durch Zusammenschließung in einer größeren Einheit erfolgt ist, kann eine Eindämmung des Imperialismus der Großmächte geschehen. Die Errichtung von Schranken für den ihm zugrunde liegenden nationalen Egoismus stößt allerdings insofern auf sehr große Schwierigkeiten, als keine Zentralmacht vorhanden ist, die einer Großmacht gegenüber eine Rechtsordnung durchsetzen könnte, wie es der Staat dem Individuum gegenüber tut. Das Verhältnis der Mächte zueinander hatte bis in die neueste Zeit hinein große Ähnlichkeit mit dem Zustand, in dem die in Anarchie lebenden Wilden sich befinden. Eine drastische Charakterisierung dieses Verhältnisses gab Bismarck in seiner Rede vom 11.

Januar 1887, indem er sagte: „Die Politik zweier Staaten nebeneinander kann man vergleichen mit der Lage zweier Reisenden, die einander nicht kennen, in einem wüsten Wald, von denen keiner dem anderen vollständig traut; wenn der eine die Hand in die Tasche steckt, so spannt der andere schon seinen Revolver, und wenn er den Hahn des anderen knacken hört, feuert er schon."

Der Versuch der Schaffung einer Art übergeordneter Instanz zur Aufrechterhaltung des Friedens, wie ihn der Völkerbund darstellen sollte, ist bisher gescheitert und hat wenig Aussicht auf Verwirklichung. Zwar enthält die Völkerbundsatzung einige Bestimmungen, welche dem Völkerbund eine gewisse Autorität zusprechen und ihm die Aufgabe zuweisen, im Falle der Bedrohung des Friedens Maßnahmen zu dessen Sicherung zu ergreifen. Aber das Fernbleiben von zwei Großmächten, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika und Rußlands allein genügt bereits, um die Autorität des Völkerbundes im Falle von Verwicklungen zwischen Großmächten illusorisch zu machen. Im übrigen hat es sich gezeigt, daß die dem Völkerbund angehörigen Großmächte keineswegs geneigt sind, in der Frage der Abrüstung und anderen wichtigen Fragen ihren nationalen Egoismus zugunsten einer der Idee des Völkerbundes entsprechenden Gestaltung der Verhältnisse zurücktreten zu lassen. Zudem ist, wie die Verhandlungen über das schließlich gescheiterte Genfer Protokoll ergaben, England nicht bereit, weitere Bindungen in bezug auf europäische Länder zu übernehmen, als es bereits auf Grund der Locarnoabmachungen übernommen hat. Solchen weiteren Bindungen widersetzen sich auch die britischen Dominions.

Daß diese Verhältnisse in absehbarer Zeit sich ändern werden, ist kaum anzunehmen. Aber wenn es hiernach auch äußerst unwahrscheinlich ist, daß der Völkerbund sich zu einer obersten Weltinstanz zur Sicherung des internationalen Friedens entwickeln wird, so ist doch die durch ihn ermöglichte Art des persönlichen Verhandelns der führenden Staatsmänner der Mitgliedstaaten bei den Verhandlungen des Völkerbundes von Wert für die Verständigung zwischen den Nationen.

Nur auf dem Weg solcher Verständigungen zwischen den Staaten, in erster Linie zwischen den Großmächten, kann der weitere Fortschritt erzielt werden. In der Zeit hoher Entwicklung des Nationalismus und des Imperialismus, in der wir leben, ist mit einer auch nur teilweisen Preisgabe der Handlungsfreiheit seitens der Großmächte

zugunsten einer Zentralinstanz nicht zu rechnen. So ist die Schaffung einer obersten Macht auf Erden nicht zu erwarten, welche den Imperialismus der Großmächte von außen her eindämmen könnte. Lediglich von innen her, von den Völkern, die die Träger des Imperialismus sind, kann im Wege der Selbstbeschränkung eine Eindämmung erfolgen.

Dafür sind in manchen Beziehungen Ansätze vorhanden. Vor allem hat der Gedanke der Schiedsverträge große Fortschritte unter den Nationen gemacht und vielfach praktische Verwirklichung gefunden. Damit ist die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs bei internationalen Differenzen erheblich verstärkt. Die auf internationale Verständigung gerichteten Bestrebungen sind in verschiedenen Ländern in Zunahme begriffen und bemächtigen sich immer weiterer Kreise der Weltmeinung. Neben der oben gewürdigten paneuropäischen Bewegung sind auch andere Persönlichkeiten und Kreise, darunter Staatsmänner, Politiker, Wirtschaftler, Männer der Wissenschaft in der Richtung der Verständigung zwischen den Nationen bemüht, z. T. für die europäische Verständigung mit Einschluß des von Pan-Europa ausgeschlossenen England, z. T. für eine Verständigung zwischen den Völkern, welche im Kriege gegeneinander standen, z. T. allgemein im Sinne der Erhaltung des Weltfriedens. Eine besondere Bedeutung besitzt in dieser Hinsicht auch die oben (S. 295) erwähnte Interparlamentarische Union, auf deren alljährlichen Konferenzen eine große Zahl von Parlamentariern aus den Ländern der Alten wie der Neuen Welt zusammenkommen und die für die internationale Verständigung wichtigen Vorgänge und Bestrebungen erörtern. Wenn auch positiv greifbare Erfolge bisher nur bei manchen wirtschaftlichen Verständigungen zutage getreten sind, so kommt doch allen diesen Bestrebungen für die Beeinflussung der Psyche der Völker und der öffentlichen Meinung der Welt eine große Bedeutung zu. Von Wichtigkeit ist dabei auch, daß im Wege solcher Erörterungen und Zusammenkünfte einflußreiche Angehörige der verschiedenen Nationen miteinander in Verbindung treten und auf diesem Wege eine bessere Kenntnis der gegenseitigen Verhältnisse und Denkweise gewonnen wird. Dies trägt dazu bei, den Boden für die Verständigung zwischen den Nationen zu ebnen.

Ungemein erschwert wird die im Interesse nicht nur der europäischen Nationen, sondern der ganzen Menschheit liegende dauernde friedliche Verständigung zwischen den Völkern dadurch, daß die Frie-

densdiktate, wie oben (S. 283 ff., 321 ff.) dargelegt ist, für große Bestandteile der europäischen Bevölkerungen unerträgliche Zustände geschaffen haben. Ihre Beseitigung durch eine Neuregelung, welche den Lebensbedürfnissen der betreffenden Völker gerecht wird und den besiegten Staaten die Freiheit und Gleichstellung mit den anderen Nationen wiedergewährt, ist die Voraussetzung dafür. Auf dem Gebiet der Wirtschaft ist die Meinung, als ob ein europäisches Land aus dem Ruin eines anderen Landes Vorteile ziehen könnte, durch die Ereignisse längst widerlegt worden. Es hat sich gezeigt, daß die Vernichtung einer großen blühenden Volkswirtschaft auch für die Wirtschaft der Länder, die mit ihr in Handelsbeziehungen standen, schwere Nachteile mit sich bringt. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, daß die in der Weltwirtschaft verflochtenen Länder wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind und daß die gegenseitige Absatzmöglichkeit eine große Rolle spielt, die in der entsprechenden Entwicklung der Wirtschaft der anderen Länder ihre Voraussetzung hat. Erforderlich ist, daß ebenso die Erkenntnis sich durchsetzt, daß auch in sonstiger Beziehung die beste Politik nicht die imperialistische Unterdrückung, sondern die Gewährung der notwendigen Lebensgrundlage und Freiheit der Betätigung an die anderen Völker ist. Der Imperialismus der Großmächte enthält unzweifelhaft für diese selbst zwei starke Gefahrmomente in sich. Das eine ist die Möglichkeit, um nicht zu sagen Wahrscheinlichkeit, daß aus dem Zusammenstoß der Imperialismen bei Weitergehen der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Ausdehnungsbestrebungen unter gleichzeitigem Wettrüsten sich ein neuer Weltkrieg entwickelt. Das zweite ist der Widerstand der Nationen, welche durch den Imperialismus in ihrer Freiheit beschränkt und in ihrer Entwicklung behindert werden. Auch in dieser Richtung sind Keime zu Verwicklungen vorhanden, sowohl in Europa als auch in Asien und Afrika, welche zu künftigen kriegerischen Konflikten führen können.

Man kann, trotzdem der Imperialismus in seiner Maienblüte steht, nicht sagen, daß der Ausblick in dieser Beziehung gänzlich hoffnungslos ist. Zwar hat sich bei den Staatsmännern der führenden Großmächte die Erkenntnis noch keineswegs durchgesetzt, daß nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch das Gedeihen der eigenen Länder mit von dem Gedeihen der übrigen europäischen Länder abhängig ist. Aber es gibt auch in den Ländern, deren Regierungen sich gegenwärtig am imperialistischsten gebärden, große Parteien, die das Heil für ihr eigenes Land wie für Europa und die ganze Welt in

einer wirklichen Verständigung zwischen den Nationen erblicken. Diese Einsicht erfaßt stetig wachsende Zahlen von Menschen in allen Ländern, auch solche, die durchaus auf nationalem Boden stehen. Hieraus ergibt sich eine Hoffnung für die Zukunft für den Fall, daß jene verständigungsbereiten Elemente in dem politischen Kampf innerhalb der imperialistischen Großstaaten die Oberhand erlangen und in die Lage kommen, ihre Ideen zur Durchführung zu bringen. An die Stelle des Mißtrauens, das sich in einseitigem Rüsten der Alliierten und Freiheitsbeschränkungen der besiegten Staaten äußert, muß ein Geist der Verständigung treten, der auch den anderen Völkern ihre Grundrechte wiedergibt. Nur im Wege der Verständigung zwischen den Nationen und der Anerkennung der Freiheit und Gewährung der notwendigen Lebensgrundlage für sämtliche Völker kann den Gefahren vorgebeugt werden, welche der Imperialismus für die Zukunft in sich birgt. Nur auf diesem Wege unter Selbstbeschränkung des Imperialismus der Großmächte ist eine solche Gestaltung der Weltverhältnisse zu erreichen, welche der friedlichen Entwicklung und dem Fortschritt der Menschheit dient.

Perſonen- und Sachregiſter

A.

Abc-Staaten, 211
Abd el Aziz, 254
Abd el Krim, 257, 258, 268
Abdul Aſis Ibn Saud, 152
Abeſſinien, 274, 279, 338, 341
Abrüſtung, 186, 332 ff.
Abſolutismus, 22 ff.
Abukir, 246
Achmed, Schah, 155
Adalia, 276
Adel, 75, 79, 87
Adua, 274
Afghaniſtan, 154, 229
Afrika, 137 ff., 250 ff., 293 ff.
Afrikaniſche Kirche, 147
Agadir, 256
Agrarreform, 288
Ägypten, 41, 135 ff., 150 ff., 245, 246, 254, 298, 341, 350
Akadien, 161
Akka, 246
Alaska, 166, 187
Albanien, 338
Alexander V., Papſt, 35
Alexander der Große, 15
Alexandria, 183
Algeciras, 255
Algier, 248, 249, 253, 261, 278
Altmärker, 25
Amazonengebiet, 256
Amerika, 160 ff., 338 ff.
Amerikaner, 163 ff., 281
Amerikanertum, 201
Amerikaniſch-ſpaniſcher Krieg, 172
Amritſar, 136
Amſelfeld, 33
Analphabeten, 168
Angelſachſen, 15, 16, 19, 69, 163
Anglo-Amerikaner, 188
Anglo-indiſche Reich, 112
Anglo Perſian Oil Comp., 345
Angora, 141
Annam, 250
Annexionen, 113 ff.
Äquatorialafrika, 267
Aquino, Thomas v., 14
Araber, 135, 140 ff., 150, 152, 268, 275, 282, 297 ff.
Arabi, Paſcha, 138
Arabien, 152, 298
Aragon, Katharina v., 75
Argentinien, 201, 309, 310
Armada, 105
Arndt, E. M., 28
Arthur, Port, 56, 136, 205
Aſien, 135 ff., 202 ff., 250 ff.
Aſſiento, 107, 109
Auslandsdeutſche, 312 ff.
Auſterlitz, 247
Auſtralien, 118 ff.
Auswanderung, 130, 213 ff.

B.

Bacon of Verulam, Lord, 94
Bagdad, 141
Bagdadbahn, 58, 60 ff.
Bajuvaren, 30
Baldwin, 103, 128
Balfour, 125, 143
Balkan, 33, 59, 68, 221 ff., 278
Balkanbund, 221
Balkaniſierung, 288
Balkankrieg, 275

Balkanſtaaten, 275, 279, 284, 290
Balten, 317
Banat, 317
Baratieri, 274
Baring, Sir Evelyn, ſ. Cromer
Basken, 16
Basra, 62
Batſchka, 317
Baumwolle, 349 ff.
Bayern, 25, 29, 30, 163
Beaconsfield, Earl of, 99, 114
Belgien, 38, 163, 210, 283, 293, 297, 316, 323, 327
Belgier, 315
Beludſchiſtan, 154
Bentham, 94
Berlin, 138, 236, 247, 321
Berliner Konferenz, 218, 221
Berliner Kongreß, 59, 223, 250, 271
Beſſarabien, 235, 317
Bevölkerungsfragen, amer. 167 ff., japan. 213, franzöſ. 260 ff., Allgem. 338 ff.
Bey v. Tunis, 250 ff.
Bill of rights, 77
Bismarck, 25, 27, 29, 32, 60, 63, 65, 85, 218, 249 ff., 258, 358
Bizerta, 279
Blaine, 200
Blake, Admiral, 91
Blaue Nil, 341
Blücher, 28
Böhmen, 313
Bolſchewismus, 216, 226 ff., 237 ff., 271 ff., 296, 302, 304, 331.
Bolſchewiſten, 157, 225 ff., 237 ff.
Bombay, 108
Bonaparte, 28, 246
Borodin, 238
Bosnien, 2, 218, 223, 317
Bosporus, 218
Boſton, 110
Bouillon, Franklin, 259
Boulogne, 247
Bourgeois, 225
Bourgeoſie, 231
Boxeraufſtand, 156, 178
Bozen, 314
Braſilianer, 309
Braſilien, 201, 309, 317, 350, 374
Breſt Litowsk, 225
Britannien, 15
Britiſch-Columbia, 215
Britiſch-Nordamerika, 118
Britiſch-Oſtafrika, 146
Britiſch-Südafrika, 144
Britiſche Reich, 5, 10, 33, 41, 50 ff., 105 ff.
Britiſche Reichskonferenzen, 117 ff.
Britiſh Cotton Growing Aſſociation, 349
Brüſſel, 150
Buddhismus, 202
Bukowina, 317
Bulgaren, 287, 290
Bulgarien, 33, 103, 283, 292, 301, 324
Bülow, v., 254
Bündnis, engl.-japan., 122
Buren, 20, 134
Bürgerkrieg, 246
Burgunden, 16
Burns, John, 82

C.

Caillaux, 257
Cairo, 138
Calles, 199
Cambridge, 88, 99
Campbell Bannermann, Sir Henry, 104, 105
Cant, 51, 101 ff.
Cape Coaſt Caſtle, 107
Carlyle, Thomas, 98
Carnegieſtiftung, 303
Carranza, 196, 197
Caſablanca, 255 ff.
Cäſar, 16
Caſſel, 334
Cecil, Lord Robert, 332
Ceylon, 132, 347
Chamberlain, 10, 63, 82, 96, 130
Chartered Company, 115
Cheaſepeakbai, 106, 160
Chile, 201

China, 60, 155 ff., 177 ff., 203 ff., 220, 224, 229, 231, 233, 238, 248, 250, 299, 302, 337, 342, 350
Chineſen, 13, 155 ff., 168, 214 ff., 238, 432
Chineſiſch-franzöſiſche Krieg, 250
Chriſtentum, 13
Chriſtina 161
Churchill, 78
Clayton-Bulwer-Vertrag, 190
Cleinow, 226
Clemenceau, 120, 250, 265
Cleveland, Grover, 177
Clive, 112
Cobden, Richard, 95 ff., 112 ff., 130
Colombia, 190, 199, 200
Colonial Conference, 117
Colonial Institute Royal, 116
Colour Bar, 146
Columbus, 309
Cook, 108
Coolidge, 169, 176
Coſtarica, 191
Coudenhove-Kalergi, Graf, 303, 305
Cowdray, Lord, 195, 198, 199
Criſpi, 273
Cromer, Lord, 138
Curzon, Lord, 101
Cyprus, 250
Cyrenaika, 253, 275

D.

Dalmatien, 276
Dalny 56, 156, 205
Damaskus, 268
Dänemark, 15, 283, 315
Dänen, 69
Däniſch-Weſtindien, 195
Dante, 14
Danzig, 314
Dardanellen, 58, 60, 141, 216 ff.
Dardanellenpläne, 66
Darwin, 100
Das, 136
Dawesplan, 187, 259, 334, 336, 352
Dawſon, 112, 114
Delamere, Lord, 148
Delaware, 161
Delcaſſé, 252 ff.
Demageon, 118
Denſchawa, 139
Derwiſche, 253
Deutſchamerikaner, 19, 172
Deutſchland, Nation, 17 ff., 23 ff., Vorkriegsimperialismus, 60 ff., Nachkriegsentwickelung, 282 ff., 322 ff., 351 ff.
Deutſch-Oſtafrika, 129, 149, 327 ff., 329, 349, 350
Deutſch-Öſterreich, 129, 149, 327 ff., 329, 349, 350
Dewey, Kommodore, 173
Diaz, Porfirio, 195, 196
Dilke, Charles, 99
Diocletian, 306
Diſraeli, 99, 114, 137
Djibuti, 274
Djihad, 299
Doheny, 195, 197, 198
Dollar-Diplomacy, 178, 192
Dollar-Diplomatie, 178, 192
Domingo, Santo, 193, 194
Dominions, 122 ff., 131 ff., 145, 151 260, 323, 329, 338, 359
Dorpat, 222
Dreißigjähriger Krieg, 18
Druſenkrieg, 269
Dſchingiskan, 17
Dualismus, 332
Duma, 225
Dupleix, 110
Dyer, 136

E.

Ebray, Alcide, 322
Edinburgh, 103
Eduard I., 74
Einwanderungsbeſtimmungen, amerikan., 168 ff.
Elfenbein-Küſte, 252
Eliſabeth, Königin, 72, 75, 100
Elſaß, 260
Elſaß-Lothringen, 55, 57, 67, 224, 249, 258, 283, 315 ff., 323

England, 4 ff., 68 ff.
Englisch-französische Kriege, 69
Englisch-französische Marokkoabkommen, 138
Englisch-indische Reich, 55
Englisch-japanisches Bündnis, 122, 180, 209 ff.
Englisch-russisches Abkommen, 356
Entente cordiale, 55, 254
Entwaffnung, s. Abrüstung
Erbfolgekrieg, 246
Erytraea, 274
Estland, 234, 287, 296, 317
Eupen, 283
Europa, 1 ff., 12 ff., 20 ff., 281 ff.

F.

Fall, Senator, 197
Farbigenprobleme, 143 ff., 151 ff., 170, 261 ff.
Farbige Truppen, franz., 246 ff.
Faschoda, 55, 252 ff.
Fascismus, 234, 272 ff., 337
Feissal, Emir, 142, 152, 268
Ferry, Jules, Minister, 250, 251
Fez, 254, 256
Fichte, 28
Fiesta de la Raza, 309
Finanzkapital, s. Kapital
Finnland, 222, 234, 287
Flaggenfrage, südafrikanische, 126
Florida, 161, 165
Flotten, s. Seemacht
Flottenabkommen, 185 ff., 210 ff.
Flottenprogramm, 185
Fonseca, 191
Formosa, 205
Forster, W. E., 99
Forsyte Saga, 115
Franken, 16, 30, 242 ff.
Frankfurt a. M., 29
Frankreich, 16, 242 ff.
Franz Ferdinand, Erzherzog, 223
Französisch-englische Marokkoabkommen, 356
Französische Revolution, 262
Freeman, J., 178, 180, 189
Freihandel, 31, 95 ff.
Freiheitskriege, 1, 27, 38
Friedensdiktate, 284 ff., 321
Friedjung, 4
Friedrich der Große, 85, 246
Friedrich Wilhelm I., 59
Fuad, Sultan, 140

G.

Galizien, 296
Gallier, 16, 242
Galsworthy, 115
Gambetta, 138
Garvey, Markus, 149
Garveyismus, 149
Genf, 128, 186, 295, 308, 327, 330, 333, 337, 359
Genfer Protokoll, 359
Gent, 165
Georg V., 124
Germanen, 13, 17, 242
Germain, St., 292
Germantown, 161
Ghandi, 135, 144
Gibraltar, 257, 278
Gilbert, Parker, 187
Goethe, 27
Goldküste, 132
Gorst, Sir, Elden, 139
Görz, 276
Goten, 16
Gouraud, 268
Gradiska, 276
Greater Britain, 99
Griechenland, 32, 153, 252
Groener, 133
Großbritannien, 65, 68 ff., 335
Großrussen, 17, 222
Groß-Serbien, 9, 33, 223
Guadalupe, Hidalgo, 166
Guadelupe, 248
Guam, 173, 175, 186
Guatemala, 192
Guayana, 248
Guignard, 298
Guiscard, Robert, 17

H.

Haag, 104, 256
Habeas Corpus-Akte, 76
Habsburgische Monarchie, 30
Haiti, 193, 194
Hankau, 156, 158
Hankou, 212
Hannover, 27
Hanotaux, 252
Harding, 123, 183, 185, 197, 200
Harrison, 177
Hawaii, 177, 203, 213
Hawaiigruppe, 176, 186
Hawaii-Inseln, 215
Hawkins, 106
Hay, John, 178
Hay-Pauncefote-Vertrag, 190
Hedjas, 142, 152, 268, 298
Heinrich II., 80
Heinrich IV., 303
Heinrich VIII., 15, 75
Helena, St., 71
Hengist, 15
Herder, 27
Herzog, 126, 146 ff.
Herzegowina, 2, 218, 223
Hildburghausen, 17
Hilferding, 45
Hindu, 136, 299
Hinterindien, 250
Hoffmann, Karl, 346
Holland, 4, 108, 111, 161, 163, 210
Holländer, 18, 35, 59, 91, 108, 161, 162 ff.
Holländisch-Indien, 347
Honduras, 129
Hongkong, 123, 155, 173
Hörigkeit, 21 ff., Aufhebung in England, 74
Horsa, 15
House of Commons, 74, 81
House of Lords, 81
Howa, 252
Hudsonbai, 109, 246
Huerta, General, Präsident, 196
Hugenotten, 18, 162
Hughes, 120, 186 ff., 193
Hukuang-Eisenbahn, 178
Humanitätsbestrebungen, 357
Hunnen, 282, 319
Hussein, König, 142, 152, 268, 298

J.

Iberer, 16
Imperial Economic Committee, 129
Imperial-Federation-League, 9, 99, 117
Imperial Institute, 117
Imperialismen, Konflikte, 54 ff.
Imperialismus, Begriff, 11, Entwicklung, 34 ff., amerikanischer, 172 ff., britischer, 103 ff., deutscher, 60 ff., französischer, 245 ff., italienischer, 273 ff., japanischer, 204 ff., russischer, 217 ff., Gegenwart u. Zukunft, 281 ff.
Imperial Shipping Committee, 129
Inder, 130, 297, 298
Indianer, 192
Indianerstämme, 108
Indien, 42, 110 ff., 130 ff., 150 ff., 209, 246 ff., 262, 298, 299, 350
Indochina, 263
Inflation, 233, 318
Interimperialismus, 256
Internationalismus, 30, 300
Interparlamentarische Union, 295, 360
Irak, 141 ff., 151, 259, 268, 298, 322, 326 ff., 339
Iren, 2, 19, 162, 164, 167
Irland, 2, 8, 77, 79, 120, 124, 168
Irreconcilables, 183
Irredentabewegung, 271
Islam, 263, 299
Ismael, Khedive, 137
Isthmus, 189
Istrien, 276
Italien, 16, 23, 33, 57, 160, 167, 180, 185, 210, 232, 234 ff., 254 ff., 257, 260, 270 ff., 293, 295, 297, 325, 333, 335, 338 ff., 341, 343
Italiener, 1, 2, 171, 250, 251, 261, 339
Italienisch-türkischer Krieg, 275

J.

Jakob II., 77
Jamaika, 91
Jamestown, 106, 160
Jang-tse-kiang, 156, 208, 238
Japan, 5 ff., 57, 116, 121 ff., 156 ff., 178 ff., 185 ff., 202 ff., 220, 224, 237, 260, 323, 325, 326, 333, 338, 341
Japanisch-russischer Krieg, 6
Java, 111, 238
Jefferson, Thomas, 174
Jena, 27
Joffe, 233
Johann ohne Land, 74
Jones Act, 176
Jouvenel, Henry de, 268, 332
Jubaland, 276
Juden, 143, 144, 147, 171, 286, 287
Jugoslawien, 276, 279, 290, 292, 299, 315, 317, 323

K.

Kabul, 154
Kalif, 299
Kalifornien, 161, 166, 215
Kalkutta, 108
Kambodscha, 263
Kamerun, 55, 65, 257, 265, 327 ff.
Kanada, 10, 19, 39, 43, 72 ff., 110 ff., 131 ff., 145 ff., 161 ff., 188 ff., 209, 215, 246 ff., 317, 338, 343
Kanaltal, 314
Kapitalanlagen, amerik., 180 ff., 335 ff., franz., 261, britische, 129
Kapitalismus, 41 ff., 334 ff.
Kapkolonie, 111, 146
Karibisches Meer, 187, 194
Karl I., 76
Karl II., 106, 162
Kärnten, 314
Karolineninseln, 65
Karthager, 16
Katholiken, 299
Kaukasus, 317
Kautschuk, 41, 347 ff.
Kautsky, Karl, 42, 44, 355
Kelten, 16 ff., 69, 98
Kelt-iberische Bevölkerung, 16
Keltischen Eroberer, 15
Kemal, Mustapha, Pascha, 141, 153, 276, 322
Kenya, 130, 146, 148 ff., 277
Kerenski, 225
Key, S. Helmer, 170
Keynes, 334
Khakiwahlen, 31
Kiautschou, 60, 65, 156, 180, 183, 186, 206, 211, 298
Kiderlen-Wächter, v., 256
Kinley, Mac, 173, 176, 177
Kirgisen-Republik, 227
Kitchener, 55, 139, 140, 252 ff.
Kleinasien, 61, 276, 338
Kleinrussen, 17, 222, 228
Knox, 179
Kolonialkonferenzen, engl., 117
Kolonialmandate, s. Mandate
Kolonialpolitik, deutsche, 60, 353 ff., engl., 105 ff., franz., 261 ff., ital., 273 ff.
Koloniale Schuldlüge, 326, 353 ff.
Kommunismus, 30, 225 ff.
Konferenzen, Britisches Reich, 117 ff.
Kongo, 252
Kongofluß, 257
Kongokolonie, 65, 257
Konstantinopel, 55 ff., 217, 224, 229
Korea, 204 ff.
Koreaner, 342
Korfu, 278
Kotschinchina, 249, 250
Koweit, 62
Krain, 317
Krefeld, 161
Kriegsflotten, s. Seemacht
Kriegsschulden, 334
Kriegsschuldfrage, 67
Krimkrieg, 218
Kroaten, 1, 286, 290
Kuba, 172 ff.
Kulturautonomie, 296

Kulturnation, 7
Kurfürſt, Großer, 59

L.

Lancaſhire, 107
Landesherren, 23 ff.
Landshut, 25
Langobarden, 17
Lanſing, 104, 120, 285
Lappen, 15
Larouſſe, 8
Lateinamerika, 189, 196, 309, 310
Lauſanne, 141, 153, 259, 283, 322
Leibeigenſchaft, ſ. Hörigkeit
Leibniz, 26, 245
Lenin, 44 ff., 225, 245, 351
Leroy-Beaulieu, 251
Leſſeps, 190
Leſſing, 26
Lettland, 234, 287, 317
Leys, Norman, 149
Liautung, 56, 156, 205 ff., 220, 237
Liberia, 348, 350
Liberty Loan Acts, 335
Libyen, 276
Liquidierung deutſchen Privateigentums, 323
Liſſabon, 150
Liſt, Friedrich, 304
Litauen, 235, 283, 287, 317
Liverpool, 107
Lloyd George, 31, 128, 135, 141, 256, 259
Locarno, 236, 259, 359
Locarnoverhandlungen, 353
Locarnovertrag, 253, 306, 330
Lodge, Senator, 181, 183 ff., 188
London, 77, 110, 118, 124, 127, 129, 146, 259, 321, 327
Londoner Geheimvertrag, 276
Lothringen, 42, 315
Louiſiana, 161, 164, 246
Ludwig XIV., 23, 36, 72, 242, 245, 249
Lüneburger, 25
Luther, Martin, 24, 75
Lyautey, 257

M.

Mac Donald, 116, 128
Macedonien, 290, 296
Madagaskar, 252
Madero, 196
Mad Mullah, 150
Madrid, 254
Madrider Konferenz, 254
Magna Charta, 74
Magyaren, 283, 286, 287
Mahan, A. T., 49
Mahdierhebung, 253
Mähren, 313
Maine, 173
Majordomus, 202
Malaiiſche Halbinſel, 347
Malmedy, 283, 315
Malmesbury, 114
Malta, 279
Mancheſter, 97, 142
Mancheſtertum, 95 ff.
Mandate, 116, 325 ff., 353 ff.
Mandatsſyſtem, 321 ff., 326 ff., 353
Mandſchurei, 157, 179, 214, 237, 342
Manhattan, 161
Manſion Houſe, 256
Marchand, 55, 252 ff.
Maria, 77
Marianeninſeln, 173
Marineabkommen, ſ. Flottenabkommen
Marlborough, Duke of, 78
Marokko, 138, 253 ff., 263, 268, 279, 337
Marokkoabkommen, 65, 138, 256
Marokkovertrag, 57, 254
Martinique, 248
Marxismus, 42 ff., 225 ff.
Maſſachuſetts, 106, 160
Maſſai, 148
Maſſilia, 15
Maximilian von Öſterreich, 249
Mayflower, 92, 106, 161
Mc. Adoo, 197
Meinecke, 7
Mekka, 152
Memelgebiet, Memelland, 283, 315
Menelik, 274

Menoniten, 161
Merkantilismus, 10
Mesopotamien, 42, 135, 141, 268, 346
Methodisten, 93
Mexiko 165, 166, 195 ff., 215, 249, 348
Mikado, 202 ff.
Mill, St. John, 94
Milner, Lord, 140
Minderheiten, 291 ff.
Minoritäten, s. Minderheiten
Mischlinge, 147, 192
Mitscherlich, Waldemar, 14
Mittelamerika, 309, 341
Mitteldeutschland, 17
Mitteleuropa, 355
Mittelmandschurei, 237
Mohammedaner, 136, 153, 278, 299, 300
Moldau, 33
Moltke, 133
Mondaini, Gennaro, 343
Mongolei, 45 ff., 237
Mongolische Herrschaft, 17
Monroe, Präsident, 165, 174
Monroe-Doktrin, 249
Montague-Chelmsford-Reformen, 137
Moon, 189, 192, 196, 197
Morgan, 178
Moskau, 229, 230 ff.
Mossul, 40, 142
Mulattenbevölkerung, 193
Mulay, Hafid, 255, 257
Mulay, Jussuf, 257
München, 25, 171
Mussolini, 272 ff., 340

N.

Naidu, Frau, 137
Naphta-Syndikat, 346
Napoleon I., 2, 24, 27, 69, 85, 103, 111, 164, 243, 246 ff., 303
Napoleon III., 248 ff., 258
Napoleonische Kriege, 246
Natal, 145
Nationalcharakter, englischer, 83 ff.
Nationalgefühl, 1 ff., 26 ff.
Nationalismus, Begriff, 9, Entwicklung, 12 ff., Gegenwart und Zukunft, 281 ff., ägypt., 137 ff., amerik., 160 ff., arab., 140 ff., engl., 168 ff., franz., 242 ff., indischer, 135 ff., ital., 270 ff., japanischer, 202 ff., russischer, 222 ff., 228
Nationalitätenbewegung in Europa, 1 ff.
Nationalitätenbewegung in Rußland, 225 ff.
Nationalversammlung, 243
Nationen, Entstehung, 12 ff., Zusammensetzung, 15 ff., Entstehung der europäischen, 20 ff.
Navigationsakte, 91
Nearing, 178, 180, 189
Neger, 19, 149, 163, 192
Nejd, 152
Nelson, 246, 247
Neu-Amsterdam, 106, 161
Neu-England-Kolonien, 32, 106, 110, 160, 162
Neu-England-Staaten, 133, 162, 164
Neufundland, 106, 109, 246
Neuguinea, 12, 113, 328
Neuilly, 235, 292
Neu-Kaledonien, 248, 261
Neu-Mexiko, 166
Neu-Schottland, 161
Neuseeland, 10, 20, 39, 72, 118, 122, 209, 215, 328, 338
Neuyork, 162
New York, 106, 150, 171, 200
Nicaragua, 189, 191
Nicaraguakanal, 190
Niederlande, 111
Niederländisch-Indien, 328, 346, 348
Nigeria, 132
Nil, 252
Noncooperation, 136
Nordafrika, 67, 149, 250, 273, 279, 339
Nordamerika, 18 ff., 110, 160, 162, 164, 215, 246, 309
Nord-Borneo, 132
Norddeutsche Bund, 80
Norddeutscher Lloyd, 25
Nordmandschurei, 157, 208, 212, 237

Nordweſtafrika, 252
Normandie, 16 ff.
Normannen, 15 ff., 69
Norwegen, 167 ff.

O.

Oberſchleſien, 293, 325
Obregon, 197, 198
Obſt, 131, 346, 348, 349
Offene Tür, 178 ff.
Öl, 40 ff., 195 ff., 345 ff.
Omdurman, 140, 253
Opiumkriege, 155
Oranien, Wilhelm v., 77
Oranjefluß, 114
Oranje-Freiſtaat, 43
Oregon, 166
Orlando, 120
Oſtafrika, 130, 135, 149, 209, 252, 274, 323, 327
Oſtaſien, 57, 116, 128, 137, 185, 186, 204, 207 ff., 221, 224, 229, 237, 297, 338, 344
Öſterreich, 30, 31, 33, 271, 306, 312, 313, 316, 323 ff.
Öſterreich-Ungarn, 1, 57, 66, 103, 167, 168, 218 ff., 255, 271, 282, 283 ff., 288, 312, 324, 351
Oſtindien, 109, 110
Oſtjordanland, 152
Oſtoberſchleſien, 283, 291, 306, 314, 325, 351
Ottawa, 117, 295
Ottomaniſche Reich, 141, 283
Oxford, 88

P.

Pago-Pago, 177
Paläſtina, 139, 141 ff., 151, 259, 268, 298, 322, 326 ff.
Panama, 190, 199
Panamakanal, 190 ff.
Panamakanalzone, 186 ff.
Pan-Amerika, 201, 309
Pan-Aſien, 229
Pan-Europa, 303 ff.
Panſlawismus, 222 ff.
Panther, 256
Paris, 109 ff., 119, 150, 160, 246, 253, 255, 263, 321
Parlamentarismus in England, 76 ff.
Partikularismus, 23 ff.
Paſtorius, 161
Paulskirche, St., 29
Pazifismus, 301 ff.
Pearſon, 195 ff., 198 ff.
Peel, Sir Robert, 95
Peking, 156, 249
Penn, William, 93, 161
Pennſylvanien, 93, 162
Perry, 203
Perſhing, 197, 198
Perſien, 56, 154ff., 229, 346, 356
Peskadores, 205
Peter der Große, 26
Petersburg, 225
Petroleum, 40 ff., 345 ff.
Philadelphia, 161, 162
Philippineninſeln, 173, 186
Phönizier, 16
Plymouth, 106, 160
Poincaré, 252, 257 ff., 260
Polen, 1 ff., 32 ff., 234 ff., 260, 282 ff., 286, 290, 292, 294, 296 ff., 299, 314, 317, 323, 325, 341
Polniſche Aufſtände, 32
Polniſcher Korridor, 283, 291, 306
Portorico, 173, 175
Portsmouth, 156, 178, 206
Portugal, 4, 35, 203, 210
Poſen, 314
Pretoria, 145
Preußen, 27, 28, 33, 85, 109
Privilegierte, 243
Propaganda, 102 ff.
Pytheas, 15

Q.

Quäker, 92
Quebeck, 20, 109, 161
Queensland, 330

R.

Racconigi, 257
Raleigh, 106

Ranke, Leopold v., 35
Rapallo-Vertrag, 235 ff., 239
Rassenbewegung, schwarze, 146 ff.
Ratzel, Friedrich, 70
Ray, Stannard Baker, 321
Reform-Bill, 80
Reichsdeutschen, 31
Reichskonferenz, britische, 112 ff.
Religion, christl. s. Christentum, indische, 136, mohammed., 152
Reparationen, 334
Réunion, 248
Rhein, 18, 55, 245
Rheinpolitik, französische, 245 ff.
Rhodes, Cecil, 115
Rhodesia, 115
Richelieu, 85
Rieß, Dr. L., 73
Rif, 248
Rifkabylen, 247, 268
Rio de Janeiro, 340
Rio Grande do Sul, 317
Risikogedanke der Flottenpolitik, 66
Rizza, Khan, 155
Rockefeller, 44
Rohrbach, Paul, 313
Rohstoffe, 40 ff., 344 ff.
Rom, 36, 75, 171, 272 ff., 277
Römer, 15, 16, 277
Römerreich, s. Römisches Reich
Römisches Reich, 18, 34
Roosevelt, 173, 178, 190, 254, 255
Roturiers, 87, 243
Rouvier, 255
Royal Colonial Institute, 112, 116
Royal Dutch Shell Gruppe, 185, 198, 200, 345
Ruanda, Sultanat, 327
Rückversicherungsvertrag, 60, 62, 219
Rudini, 274
Ruhrgebiet, 311
Rumänien, 235, 252, 286 ff., 290, 292, 317, 323
Russen, 204, 342
Russisch-französisches Bündnis, 62, 220
Russisch-japanischer Krieg, 56, 66, 121, 156, 178, 255, 344
Russisch-türkischer Krieg, 218
Rußland, 5 ff., 166 ff., 178 ff., 205 ff., 217 ff., 283, 296, 304, 317, 325, 330, 351, 359
Ruthenen, 286
Rykow, 230, 238, 315

S.

Saargebiet, 42, 249
Saarstaat, 260
Sachalin, 214
Sachsen, 25
Sahara, 267
Salisbury, Lord, 63
Salona, 307
Salvador, 192
Sam, Präsident, 193
Samoa, 93, 328
Samoagruppe, 177
Samoaner, 328
Samuel, Sir Herbert, 143
Sanders, Liman v., 61
Sansibar, 132
Sarail, 268
Sarazenen, 17
Sarraut, 246, 267
Sastri, 145
Satharer Schwaben, 317
Saud, Ibn, 298
Schanghai, 159
Schantung, 157, 180, 186, 208
Scharnhorst, 28
Schiiten, 142
Schiller, 26, 27, 50
Schintoismus, 212
Schlesien, 17, 313
Schleswig, 283
Schlieffen, 133
Schogun, 202 ff.
Schottland, 77, 79, 167
Schulze-Gävernitz v., 97, 98
Schutzgebiete, s. Deutsche Kolonien und Kolonialpolitik
Schwaben, 25, 317
Schwarze Meer, 218, 224
Schweden, 161, 162, 168

Seeabrüſtungskonferenz, 356
Seely, 99
Seemacht, 48 ff., 105, 111, 333 ff.
Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker, 3, 282 ff.
Selbſtregierung, 84
Senegal, 248, 249, 252, 262
Serajewo, 59, 223
Serbien, 33, 223, 286, 290
Shimonoſeki, 156, 205, 206
Sibirien, 55, 206, 208, 212, 216 ff., 342
Siebenbürger Sachſen, 317
Siebenjähriger Krieg, 109, 246
Sinai, 139
Singapore, 116, 126, 128
Sinowjew, 241
Sizilien, 273
Skandinavien, 15 ff., 69, 164, 167
Sklavenhandel, 107
Slowaken, 290
Slowenien, 315, 317
Smith, engl. Kommodore, 246
Smuts, 120, 126, 326
Somaliland, 150, 274, 277
Sowjetherrſchaft, 225
Sowjetrepublik, 227, 231, 304, 337
Sowjetrußland, 229, 239
Sowjetunion, 232, 237 ff., 351
Sozialdemokraten, 301, 312
Sozialdemokratie, 312
Sozialismus, 30, 271 ff., 300, 302
Spalato, 306
Spanien, 4, 16, 18, 165, 166, 254, 255, 257
Spanier, 32, 35, 172, 203, 261
Spaniſch-amerikaniſcher Krieg, 172, 173
Spann, Ottomar, 11
Spengler, 43
Staatsnation, 7
Stalin, 230, 240
Stambul, 299
Standard Oil Companie, 185, 195, 196, 198, 200, 345 ff.
Steiermark, 315
Stein, Freiherr vom, 27
Steinsburg, 17
Stevenſonplan, 347
Straßburg, 245
Streſemann, 354
Südafrika, 10, 20, 54, 72, 114 ff., 126 ff., 143 ff., 238
Südafrikaniſche Union, 111, 120, 145 ff., 317, 328
Südamerika, 19, 108, 200, 215, 309, 317, 340, 341, 343
Sudan, 140, 253, 267, 274, 341, 350
Sudetendeutſchen, 313, 314
Südfrankreich, 264
Südmandſchurei, 180, 237
Südſee, 39, 50, 93, 158, 347, 354
Südſeeinſeln, 180, 208, 328
Südſlawien, 278
Südſteiermark, 317
Südtirol, 3, 272, 276 ff., 294, 314 ff.
Südweſtafrika, 113
Sueven, 16
Suezkanal, 71, 135, 140, 190
Sun-Jat-ſen, 157, 233
Sunniten, 142
Supan, 52
Swaraj, 136
Swarajbewegung, 300
Swarajiſten, 136
Syrien, 55, 141, 249, 258, 264, 268, 269, 298, 323, 326 ff., 337
Syriſche Küſte, 246
Syrmien, 317

T.

Taft, Präſident, 178
Tampico, 196
Tanganyika Territory, 129, 149, 350
Tanger, 254, 257, 278
Tartaren, 218
Tasmania, 108
Terrorismus, 227
Teras, 161, 166
Thüringen, 17
Tirana, 279
Tiranavertrag, 338
Togo, 55, 258, 265, 327 ff., 348
Tonkin, 250
Toul, 245

Tower, 161
Trafalgar, 50, 111, 246
Transjordanland, 152
Transvaal, 43
Trentino, 271, 276
Trianon, 292
Trient, 271
Trieſt, 271, 276, 288
Trikolore, 244, 253
Tripolis, 253, 275
Trotzki, 240 ff.
Tſchang-Kai-Shek, 157
Tſchang-Tſo-lin, 157
Tſchechen, 112, 286, 290, 314
Tſchechentum, 314,
Tſchechoſlowakei, 3, 282 ff., 286, 290, 294, 297, 314, 323
Tſingtau, 122, 206
Tu chuns, 157
Tudor, 75
Tunis, 250 ff., 253, 263, 273, 275, 279, 338, 339
Turgot, 114
Türkei, 13, 57, 59, 61, 103, 140 ff. 152 ff., 218 ff., 229, 259, 275, 276, 283, 301, 322, 326
Tutuila, 177

U.

Ucciali, 274
Uganda, 132, 350
Ukraine, 228
Ukrainer, 286 ff., 296
Ultraimperialismus, 355 ff.
Unabhängigkeitskrieg, amer., 160
Ungarn, 1, 283, 292, 301, 306, 317, 324
Univerſalismus der chriſtlichen Kirche, 14
Utrecht, 107, 109, 246

V.

Valona, 276
Vandalen, 16
Vauſſard, Maurice, 14
Venezuela, 181, 200
Verfaſſung, amerikaniſche, 163, britiſche, 116 ff.
Vereinigte Staaten von Amerika, 5, 39, 41, 58, 80, 84, 92, 108 ff., 160 ff., 173, 177, 239, 246, 249, 278, 297, 309 ff., 322, 330, 334 ff., 341, 348, 350 ff., 359
Verſailles, 322
Verſailler Diktatfrieden, 180, 257, 292, 314, 318, 325
Verſailler Vertrag, 182 ff., 235
Villa, General, 196 ff.
Virginia, 84, 106, 160
Vogeſen, 249
Vojvodina, 317
Völkerbund, 121, 182, 293 ff., 314, 316, 321, 323 ff., 353, 359
Voltaire, 167
Vorderaſien, 224, 282, 323, 326, 329

W.

Wadai, 253
Wahabiten, 152
Wallachei, 33
Walpole, Robert, 77
Wangoni, 13
Waräger, 17
Warren Haſtings, 112
Waſhington, 123, 125, 165, 182, 193, 196 ff., 209
Waſhington, Georg, 174
Waſhingtoner Konferenz, 180, 185 ff., 209 ff., 333
Weimarer Verfaſſung, 293
Weißruſſen, 17, 222, 286
Weltbürgertum, 26 ff.
Weltkrieg, 2 ff., 31, 33, 47, 55, 56, 118, 151, 157 ff., 168, 179 ff., 218, 224, 257 ff., 264, 276, 281, 297, 300, 307, 318 ff., 344
Weltkrieg, Urſachen des, 67
Wesley, 93
Weſtafrika, 59, 107, 148, 256, 263
Weſtamerika, 248
Weſtgoten, 16
Weſtindien, 107, 173, 193
Weſtpreußen, 314
Wettiner, 20
Wieland, 27

Wien, 248, 288, 305
Wikinger, 15 ff.
Wilsan, 265
Wilna, 235, 325
Wilson, 104, 120, 179, 182 ff., 192, 196 ff., 208, 259, 265, 283 ff., 302, 321, 322, 326, 329, 330, 353 ff., 356, 361
Windsor, 79
Wirtschaftsimperialismus, 5, 344 ff.
Wladiwostok, 208, 237
Wolfe, 109
Wolga, 317
Wolga-Deutsche, 227

Z.

Zaghlul, Pascha, 140
Zentralsudan, 253
Zölle, 130 ff.
Zulukaffern, 13
Zürich, 44

University of British Columbia Library

DUE DATE

SEP 26 1988	
OCT 11 1988 RECD	

FORM 310

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 00969 8850